

Texte

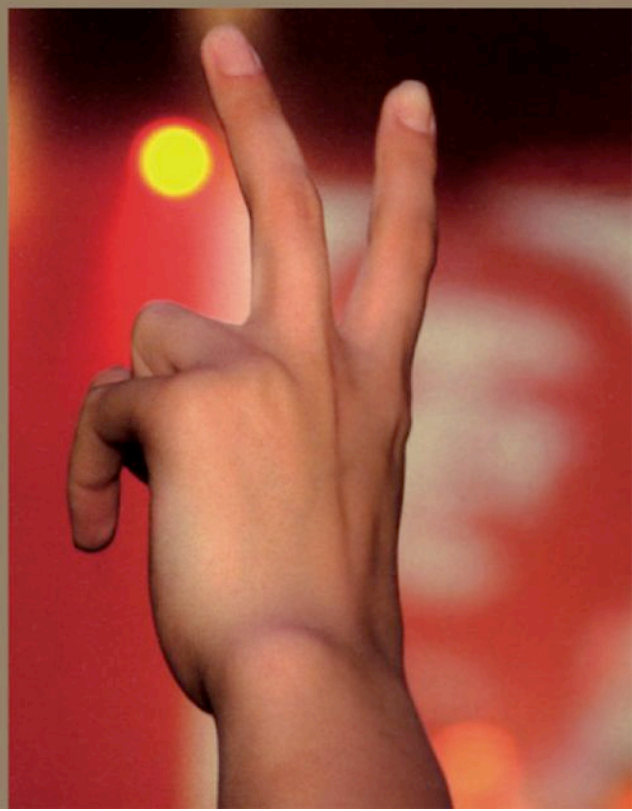
dietz berlin

Globale Solidarität und linke Politik in Lateinamerika

Olaf Gerlach
Marco Hahn
Stefan Kalmring
Daniel Kumitz
Andreas Nowak
(Hrsg.)

rls

58



Rosa-Luxemburg-Stiftung

Texte 58

Rosa-Luxemburg-Stiftung

OLAF GERLACH, MARCO HAHN, STEFAN KALMRING,
DANIEL KUMITZ, ANDREAS NOWAK (HRSG.)

Globale Solidarität und linke Politik in Lateinamerika

Karl Dietz Verlag Berlin

Olaf Gerlach, Marco Hahn, Stefan Kalmring, Daniel Kumitz, Andreas Nowak (Hrsg.):
Globale Solidarität und linke Politik in Lateinamerika
(Reihe: Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 58)
Berlin: Karl Dietz Verlag 2009

ISBN 978-3-320-02196-2

© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2009

Satz: Elke Sadzinski

Umschlag: Heike Schmelter (unter Verwendung des CD-Covers Başegmeden von Grup Yorum)

Druck und Verarbeitung: MediaService GmbH BärenDruck und Werbung

Printed in Germany

Inhalt

<i>Olaf Gerlach, Marco Hahn, Stefan Kalmring, Daniel Kumitz, Andreas Nowak</i> »... hört die Signale«? Globale Solidarität und linke Politik in Lateinamerika	9
---	---

Perspektiven globaler Solidarität

<i>Reinhart Kößler, Henning Melber</i> »Hoch die ...«. Zur Geschichte, Aktualität und Problematik internationaler Solidarität	19
---	----

<i>Claudia von Braunmühl</i> Geschichte und Perspektiven der Solidaritätsbewegung in der BRD	33
---	----

<i>Christa Wichterich</i> Gemeinsam und verschieden: fragend schreiten wir voran. Internationale Frauensolidarität im Kontext von Global Governance	45
---	----

<i>Frieder Otto Wolf</i> Inter-Nationalismus – Schwierigkeiten eines unverzichtbaren Begriffs	61
--	----

<i>Stefan Kalmring, Andreas Nowak</i> Globalisierungskritik und Solidarität. Zur Theorie, Strategie und Geschichte eines notwendigen Projekts	69
---	----

<i>Olaf Gerlach</i> Krise der Arbeiterbewegung und gewerkschaftliche Erneuerung. Kritische Anmerkungen zu den Labor Revitalization Studies	85
--	----

Bedingungen für Solidarität im asymmetrischen Weltsystem

Wolf-Dieter Narr

Fremderscheinung Solidarität in Zeiten globaler Konkurrenz –
Eine kontrafaktische Spurensuche

105

Rainer Rilling

»... and increasingly quacks like an empire«:
eine Annäherung an »Imperialität«

131

Klaus Peter Kisker

Armut und Tod durch Freihandel

155

Linke Regierungen und Bewegungen in Lateinamerika

Albert Sterr

Lateinamerikas Linksentwicklung – Reformer, national-populare
Regierungen und rebellische Basisbewegungen

165

Dieter Boris

Die neuen »Mitte-Links«-Regierungen in Lateinamerika

179

Juliana Ströbele-Gregor

Die Ethnisierung des Politischen.
Politische Indigene Bewegungen in Ecuador und Bolivien

193

Uli Brand, Nicola Sekler

»Postneoliberale« emanzipatorische Kräfte in Lateinamerika?

207

Voneinander Lernen: Praxis solidarischen Handelns

Lutz Brangsch

Praktische Kritik von überkommener Praxis und Theorie:

Der Beteiligungshaushalt in Porto Alegre

229

Dario Azzellini

Volksmacht und Emanzipation. Kommunale Räte in Venezuela

245

Marco Hahn, Ulf Pape, Wolfram Metzger

Brücken bauen, voneinander lernen. Bildung und Gesundheit für alle!

Ein Solidaritätsprojekt im neuen Gesundheits- und

Bildungssystem Venezuelas

257

Über die Autorinnen und Autoren des Bandes

274

Olaf Gerlach, Marco Hahn, Stefan Kalmring,
Daniel Kumitz, Andreas Nowak

»... hört die Signale«?

Globale Solidarität und linke Politik in Lateinamerika

»Hoch die internationale Solidarität« ist eine Forderung, die jeder und jedem bekannt und eingängig sein dürfte, die oder der schon einmal auf einer Demonstration gewesen ist. Erfreut die Forderung sich als skandierter Parole doch fast unveränderter Beliebtheit und ist oft dabei, ganz gleich was Anlass und Hauptforderung der Demonstration ist. Internationale Solidarität – darin klingt das universalistische Projekt der Linken an, Emanzipation und gleiche Rechte, Freiheit und Auskommen für alle Menschen, weltweit. So heterogen das linke Spektrum auch sein mag, einen internationalen Anspruch haben sie doch fast alle; wie könnte das auch anders sein? Der Arbeiter/innenbewegung war früh bewusst, dass ein Vorteil des Kapitals gegenüber dem Proletariat gerade darin bestand, nicht in derselben Art und Weise an nationalstaatliche Bezugsrahmen gebunden zu sein und die Arbeiter/innen des einen Landes gegen die eines anderen Landes ausspielen zu können. Bereits das kommunistische Manifest schließt 1848 mit der Aufforderung: *Proletarier/innen aller Länder, vereinigt Euch!* Diese Forderung ist bis heute aktuell, und ganz gleich was das primäre Anliegen linker Gruppen und Bewegungen ist, die internationale Dimension ist eigentlich immer schon da, wie ein kurzer Blick auch auf andere soziale Bewegungen verdeutlicht.

»Bedingungsloses Grundeinkommen für alle!« forderte der dritte deutsche Grundeinkommenskongress in Berlin Ende Oktober 2008 und im Abschlussplenarium kam es zur Überlegung, dass das für *alle* Menschen auf dem Gebiet der BRD gelten müsse, unabhängig von Aufenthaltsstatus und Passdokumenten, dass außerdem Grenzen zu öffnen und Migration nicht zu behindern seien, damit freilich die Finanzierbarkeit schnell dahin sei, ergo das Ziel ein *weltweites* Grundeinkommen für alle sein müsse. Die international(istisch)e Dimension ist auch für Anti-Militarismus- und Friedensbewegung, für die Anti-AKW- und Ökologiebewegung selbstverständlich und offensichtlich. Doch in dem Konzept der internationalen Solidarität liegen auch Ambivalenzen und Stolpersteine. Soussan Sarkhosh, eine Aktivistin aus dem Iran, verdeutlichte 2005 zum Jubiläum der internationalistischen Zeitschrift PERIPHERIE ein Missverständnis zwischen Metropolen und Peripherie, das sich um den Begriff der Globalisierung dreht: »Mir und vielen in Iran bedeutete Globalisierung den freien Austausch der Gedanken, einen Fluss von Information und Wissen, eine Quelle der Entwicklung. Ich hatte die negativen Folgen einer Abschottung von der Welt gerade erlebt. Für den Gottesstaat war

Globalisierung ein Teufelswerk, eine Machenschaft gegen den Glauben, extra erdacht gegen den Islam. So befremdeten mich die einseitigen Anti-Globalisierungs-Tendenzen bei manchen Intellektuellen und in manchen Artikeln [in der BRD und in der Zeitschrift PERIPHERIE]. Mir war bald klar, dass man in den Metropolen unter Globalisierung etwas anderes verstand als wir in Iran. [...] Aber aus unserer Erfahrung wussten wir, dass Desintegration auch kein Allheilmittel war und nur bedeutete, auf die engen traditionellen Grenzen zurückgeworfen zu werden. Man wählt nicht Abgeschlossenheit, man wird dazu verdammt, z. B. durch wirtschaftliche und sonstige Sanktionen« (Sarkhosh 2005: 428).

Globalisierung, in positiver Weise verstanden als Internationalisierung, Kosmopolitisierung und Universalisierung, drückt den Wunsch nach einer gemeinsam gestalteten Welt ohne kleinteilige Grenzziehungen, ohne partikuläre Konflikte und ohne asymmetrische Verteilung des Wohlstands und der politischen Teilhabe aus. Demgegenüber steht Globalisierung in der globalisierungskritischen Bewegung für zunehmend entgrenzte Kapitalströme und damit einhergehende steigende Konkurrenz von Menschen im Kampf zwischen Standorten, für neuen Imperialismus, globale Enteignungsökonomie und die Entrechtung der Arbeiter/innen gegenüber Konzernen. Die Kritik an solcher Globalisierung ist im Kern gerade internationalistisch motiviert, kämpft sie doch gegen die erzwungene Entsolidarisierung im Weltmaßstab. Zugleich geht mit dieser Kritik aber ein wenig der Hauch der gefühlten internationalen Gemeinsamkeit und Zusammengehörigkeit verloren, da statt kumulativer Kämpfe von lokaler hinauf auf die globale Ebene nunmehr Kämpfe der globalen Ebene in der Wahrnehmung vieler auf die lokale Ebene zurückfallen. Der Preis für die Verteidigung der (globalen) universalistischen Ansprüche linker Bewegungen ist hoch, wenn ausgerechnet die Aufgabe des damit verteidigten Universalismus selbst droht, weil es zu einem Sich-Zurückziehen auf partikuläre Positionen und zu verteidigende Errungenschaften kommt. Ist der Rheinische Kapitalismus (mit seiner staatlichen Regulierung von Märkten, seinen Sozialpartnerschaften und Sozialversicherungen) neoliberal bedroht, verlieren für große Teile der Arbeiter/innenbewegung hierzulande soziale Kämpfe in anderen Gegenden der Welt an Dringlichkeit, zumindest Unmittelbarkeit.

Wie aber damit umgehen? Privilegien sind schließlich auch eine Ressource, die sich in den Kampf für eine bessere Welt einbringen lässt. Vom Verzicht des/der VW-Arbeiter/in hat der/die Arbeitslose auch noch nichts, zumindest so lange sich nichts an den Rahmenbedingungen ändert. Es ist vielmehr logisch, Errungenschaften früherer sozialer Kämpfe zu verteidigen und sich nicht in einen Wettlauf nach unten einzubringen. Sei es, dass Studierende Universitäten verteidigen, die noch nie für alle offen waren, sei es, dass Gewerkschaften Flächentarifverträge, Arbeitszeitverkürzungen und Kündigungsschutz verteidigen, während Millionen ohne Arbeit sind, in anderen Ländern deutsche Arbeitsschutzstandards hehrer Traum bleiben. Für die, die schon immer viel weniger hatten, bleibt das bitter. Tatsächlich fällt es Gewerkschaften immer schwerer, die Verteidigung gut bezahl-

ter Arbeitsplätze bei VW angesichts zunehmender Prekarisierung und Hartz IV als Akt der Solidarität zu begründen, von internationalen Arbeitskämpfen ganz zu schweigen. Nichtsdestoweniger haben in vielen Fällen die Schlechtergestellten gute Gründe, sich mit Bessergestellten zu solidarisieren.

Leider beruht dieses Verhalten allzu selten auf Gegenseitigkeit, ein Grundproblem der sich immer mehr als Dienstleisterinnen definierenden Gewerkschaften. Solidarität mit den Milliarden Armen des Südens ist, wenn überhaupt, kein direktes Resultat aus gewerkschaftlicher Solidarisierung in den Metropolen, im Gegenteil erstreben Anti-Sweatshop-Kampagnen in den USA und in Kanada gegen die Textilproduktion in Südasiens oft gerade die Sicherung heimischer Arbeitsplätze, nicht die Verbesserung der Lage der Arbeiter/innen in Bangladesch und anderswo. Ein Problem, das aus unserer Sicht nicht gegen Gewerkschaften, sondern für mehr und radikalere Gewerkschaften spricht. Aber warum ist die internationalistische Front der Arbeiter/innenbewegung überhaupt so schwach aufgestellt, scheiterte in weiten Teilen bereits zu Beginn des Ersten Weltkriegs, als die Arbeiterparteien in verschiedenen Ländern nationalpolitisch motiviert den Krieg unterstützten, so auch die SPD im Deutschen Reich? Sozialismus war schon 1914 nicht vor nationalistischer Raison gefeit. Auch die letztendliche außenpolitische Instrumentalisierung des Internationalismus durch die Sowjetunion hat nicht unwesentlich zur Delegitimierung des Konzepts beigetragen (vgl. Wolf in diesem Band). Die Schwäche des Internationalismus der Arbeiter/innenbewegung in Gewerkschaften und Parteien mit der hegemonialen oder relativen Stärke der Nationalstaaten, des Kapitals und des neoliberalen Paradigmas zu begründen, ignoriert also die dem Internationalismus selbst eingeschriebenen Brüche. Solidarität in Überwindung nationalstaatlich definierter Interessen und in gegenseitiger, sich anerkennender und herrschaftsfreier Weise ist ein Kunststück, das schwierig zu vollbringen ist. Schwieriger als die vergleichsweise simple Herleitung der Notwendigkeit solcher Solidarität aus den Strukturen dieser Welt. Ohne Solidarität geht es nicht; aber wie geht es mit ihr? Und worin genau bestehen die über die strukturellen systembedingten Schwierigkeiten und Hindernisse hinausgehenden immanenten Probleme der Solidarität? In der aus den 68ern hervorgehenden zweiten Frauenbewegung und der Solidaritäts- bzw. Dritte-Welt-Bewegung wurden basale Schwierigkeiten und Widersprüche der internationalistischen Gesinnung sichtbar und produktiv bearbeitet. Das zentrale Problem der Solidarität zeigt sich schon bei der Gegenüberstellung eines schlecht oder gar nicht ausgebildeten Hartz-IV-Empfängers mit dem Facharbeiter bei VW in Wolfsburg, und es offenbarte sich vielleicht noch viel deutlicher auf den internationalen Konferenzen für globale Emanzipation und Frauenrechte und bei der Projektion eigener Revolutionshoffnungen auf Algerien, Vietnam, Zimbabwe oder Nicaragua: Wer solidarisiert sich eigentlich mit wem, wer spricht für wen und wer entscheidet über den Inhalt und das Ziel der Solidarisierung? Ist (linke, internationale) Solidarität selbst herrschaftsfrei?

Was ist überhaupt Solidarität, was unterscheidet sie von anderen Formen des Handelns? Im Alltagsdiskurs ist Solidarität oft schlichtweg die Unterstützung von in Not und Elend geratenen Menschen. Institutionell kann Solidarität, ein alter Rechtsbegriff, der das füreinander Einstehen und Haften einer Gruppe bezeichnet, jedoch nur unter Gleichen funktionieren, die mindestens durch eine solidarisierende Institution als gleich definiert werden. Dadurch ist sie von der Mildtätigkeit und dem Almosen und anderen gewollt asymmetrischen Beziehungen wie Loyalität, Staatsbürgerschaft oder Familie zu unterscheiden. Die Definition einer Gruppe von Gleichen – im Falle des Sozialstaates ist das die Gruppe der imaginierten Nation – ist in institutioneller Solidarität immer bereits enthalten. Das bedeutet nicht notwendig, dass Gleichbehandlung stattfindet oder angestrebt wird; der deutsche Sozialstaat macht das Gegenteil. Aber innerhalb der vorausgesetzten Ungleichheit zwischen Klassen definiert er alle Staatsbürger/innen als grundsätzlich Gleiche, denen bestimmte Transferleistungen zustehen. Nicht alle haben das gleiche Recht auf menschenwürdiges Leben, aber alle haben das Recht auf Grundsicherung oder Hartz IV. Seit den Hartz-Gesetzen können Empfänger/innen die Gleichheit immer weniger beanspruchen und sind immer mehr gezwungen, die Gleichheit durch ihr eigenes Handeln aktenkundig zu machen: Die Beweislast wurde weitgehend umgekehrt. Auch deshalb wird der Sozialstaat in weiten Teilen der Linken nicht als Form der Solidarität begriffen. Wir finden es hilfreich, einer auf formaler Gleichheit beruhenden Solidarität eine *emanzipatorische Solidarität* gegenüberzustellen, die gerade auf faktische Gleichheit in politischen Rechten und Zugang zu materiellen Ressourcen abzielt. Emanzipatorische Solidarität sucht immer die Ursachen und Strukturen von Not und Elend zu finden und greift diese an, muss in dieser Welt heute immer auch antikapitalistische, antipatriarchale und antirassistische Solidarität sein. Sie strebt Gleichheit über die bereits vorhandene oder nicht vorhandene Gleichheit hinaus an. Sie begreift solidarisches Handeln als Gegenentwurf zu asymmetrischen Beziehungen, will diese durch Solidarität transformieren.

Das Projekt internationaler, emanzipatorischer Solidarität muss also strukturell und ideologisch gezogene Grenzen zwischen Menschen überwinden, Grenzen, die zwischen bürgerlichen Staaten, zwischen Klassen und entlang rassistischer und nicht zuletzt sexistischer Strukturen verlaufen. Grenzen, die die Gleichheit der Menschen allen Menschenrechtserklärungen zum Trotz negieren, man denke nur an die Migrationspolitik der EU. Internationalismus als Projekt speist sich auch aus der Erkenntnis, dass Insellösungen nicht funktionieren und postkapitalistische Vergesellschaftungs- und Produktionskonzepte weit über einzelne Staaten hinausgehende, wenn nicht globale Grundlagen brauchen. Die zur Zeit der Drucklegung dieses Bandes sich schnell ausbreitende internationale Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt auch, wie abhängig einzelne Teile der Welt voneinander geworden sind und wie selbstverständlich die Interessen der einen protegiert werden, während der größte Teil der Welt, gerade auch im globalen Süden, aller Voraus-

sicht nach mit den Auswirkungen alleine zurecht kommen muss. Um den Umsturz aller Verhältnisse, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes und ein verächtliches Wesen ist, zu betreiben, ist das Überwinden des nationalstaatlichen Bezugsrahmens, das Denken und Handeln in globalem Maßstab also dringend geboten. Alternativen und emanzipatorische Ansätze sind einer nationalen Engstirnigkeit entgegenzusetzen.

Linke Projekte sind ihrem Anspruch nach universalistisch und global, strukturiert und emanzipatorisch. Dadurch entkommen sie einerseits den Widersprüchen internationaler Solidarität, sind aber andererseits besonderen Widersprüchen überhaupt erst unterworfen. In der internationalen Frauenbewegung trafen das universalistische Projekt der Emanzipation vom Patriarchat und die aus Verallgemeinerungen und zunächst einseitiger Verschwisterung resultierenden identitätspolitischen Konflikte aufeinander. Wurden Frauen des Südens von privilegierten »weißen« Frauen vereinnahmt, gar zu Stellvertreterinnen in Konflikten gemacht, also Feminismus mithilfe rassistischer Zuschreibungen und Denkmuster betrieben? Die (zumindest teilweise) Emanzipation der Frauenbewegungen der Metropolen auch dadurch bekräftigt, dass nunmehr die Frauen der Peripherie befreit werden sollten? Wurde die Positionierung »weißer« Frauen gegenüber »nicht weißen« Frauen, aber auch »nicht weißen« Männern ausgeblendet, ein Strukturmerkmal der ersten Frauenbewegung (Dietrich 2007), damit beibehalten? Eine brisante Kritik, auch in strategischer Hinsicht: Drohte infolge der Auseinandersetzung eine Zersplitterung der Frauenbewegung in zahlreiche Einzelbewegungen und Identitäten, und damit das Scheitern des Projektes, ein vorausseilendes Sich-Teilen, so dass die Herrschaft des Patriarchats ungebrochen weitergehen konnte? Auf den Weltfrauenkonferenzen wurden diese Konflikte ausgetragen und Modelle entwickelt, die weit über die Frauenbewegung hinausweisen: Seit der Proklamation »Uns eint mehr, als uns trennt« der Weltfrauenkonferenz 1985 in Nairobi (vgl. Wichterich in diesem Band) ist Universalismus nur noch in feministisch *und* postkolonial informierter, bewusster kritischer Auseinandersetzung mit Identitätspolitik tragbar.

Damit bereits angesprochen ist die Problematik der Projektion. Solidarität unter formal oder strukturell Gleichen ist mit Sicherheit vernünftig und per se noch gar nicht notwendig links. Das wird sie erst im emanzipatorischen Kampf gegen Herrschaft und Ausbeutung. Wo Herrschaft und Ausbeutung sind, da ist Gleichheit aber ein Ziel, das erst zu erreichen bleibt. Wie also mit anderen solidarisch sein, die de facto sozial nicht gleichgestellt sind? Beim Internationalismus der bundesdeutschen Linken, die im internationalen Vergleich privilegiert ist, stellt sich die unbequeme Frage, ob hier wirklich eine Gleichheit mit Kleinbäuerinnen in Nicaragua, Landlosen in Brasilien oder philippinischen Wanderarbeiterinnen gefühlt, gedacht und eingefordert wird. Oder ob es darum geht, dass sie, die Anderen, es wenigstens ein bisschen besser haben, dass es wenigstens irgendwo auf der Welt ein wenig in die richtige Richtung geht, dass sie, die ja »richtigen Grund«

haben, sich zu wehren, das auch tun sollen, mit unserer ideellen (aber vollen) Unterstützung? Ob in den 1970er und 1980er Jahren die Revolution also in Vietnam, Mosambik, Chile und anderswo beginnen (stattfinden) sollte, für die es in den Metropolen nicht reichte.

Hoffnung auf grundlegende Veränderungen keimte bei weiten Teilen der bundesdeutschen Linken seit Mitte der 1990er Jahre wieder auf, als 1994 eine Revolution im lakandonischen Urwald ausgerufen wurde und in den folgenden Jahren nach Jahrzehnten neoliberaler Politik immer mehr linke Regierungen in Lateinamerika an die Macht kamen, in Venezuela gar ein Sozialismus des 21. Jahrhunderts ausgerufen wurde. Hatte schon lange eine gewisse Faszination die Linke in Deutschland für die sozialistischen Bestrebungen in Ländern Lateinamerikas begleitet, so schienen sich diese nun zu erfüllen. Einen Beitrag zum Wandel in den internationalen Verhältnissen und Beziehungen, Impulse für Gesellschaftsveränderung: nicht gerade wenig erhofften sich viele aus Lateinamerika. Aber ist es wirklich ein gesellschaftsverändernder Aufbruch oder doch nur eine neue Form der Einbindung in die globalen Zusammenhänge? Es handelt sich um sehr unterschiedliche soziale Bewegungen, Vernetzungs- und innovative Protestformen. Mittlerweile haben einige Akteur/innen Regierungspositionen erlangt, mit unterschiedlichen Resultaten. Kurz: Die Heterogenität ist sehr groß, es verbietet sich zu verallgemeinern. Um weder pauschal unkritisch solidarisch zu sein, noch pauschal auf Distanz zu gehen, ist die Auseinandersetzung mit den verschiedenartigen Momenten dieser sozialen Entwicklungen zu suchen. Dieses Anliegen nahm der stiftungsübergreifende stipendiatische Arbeitskreis Internationalismus der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Hans-Böckler-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Entwicklungstheorie, der Projektgruppe Brückenbildung, dem AK gesundundmunter und der Abteilung Soziologie des Lateinamerikainstituts (LAI) der Freien Universität Berlin (FUB) mit finanzieller Förderung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, des AStA der FUB und des Internationalen Treffpunkt Berlin (ITB) e.V. zum Anlass, in einer Ringvorlesung am LAI der FUB im Wintersemester 2006/07 dem Thema internationaler Solidarität nachzugehen. Was sind das für Bewegungen und Regierungen, die für den Linksruck in Lateinamerika – vormaliger Experimentierstube des Neoliberalismus – stehen, wie sind ihre Chancen und Rahmenbedingungen, nicht zuletzt innerhalb eines globalen kapitalistischen Systems? Was ist aus den Erfahrungen der bisherigen internationalistischen Linken zu lernen, was uns in der Solidarisierung mit emanzipativen Kräften auch und vielleicht gerade in Lateinamerika unterstützen kann? 1997 resümierten Ludger Weckel und Michael Ramminger über die Dritte-Welt-Gruppen: »Solche Unsicherheit findet sich auch – für jeden aus engagierter Perspektive nachvollziehbar – in den Dritte-Welt-Gruppen. Unsicherheiten über die Adressaten und PartnerInnen solidarischen Handelns, über die Bestimmung zu unterstützender politischer Orientierungen, aber auch über die Reichweite politischen Handelns vor Ort bestimmen – wenigstens hintergründig – ihre Arbeit« (Weckel, Ramminger 1997: 9).

Und bereits 1982 formulierte das Freiburger Informationszentrum Dritte Welt vier blinde Flecke der Solidaritätsbewegung: die Rolle der Gewalt, die Rolle des Nationalismus, die Besonderheiten der Klassenstruktur und die (damalige) Rolle der Sowjetunion in der Dritten Welt (Pöttker 1982). Ernüchternd liest sich die Klage der Redaktion, dass das Erstellen eines Themenheftes zur kritischen Würdigung des Internationalismus, gedacht als Jubiläumshft für die hundertste Ausgabe, auf ungeahnte Schwierigkeiten stieß: »[E]s gab wenig Themenblöcke, die uns derart viele Probleme bereiteten, wie dieser. Es gibt in der Solidaritätsbewegung offensichtlich nur wenige, die sich mit diesem Problem befasst haben« (iz3w 1982: 23). Glücklicherweise ist die auch dort angestoßene Debatte weitergegangen, und wir freuen uns, dass wir sie auch in dem vorliegenden Band fortführen können.

Wir haben den Band in vier Blöcke gegliedert.

Der erste Block liefert einen allgemeinen Überblick. Er wird eröffnet von *Reinhard Kößler* und *Henning Melber*, die sieben Jahre nach ihrer Streitschrift für Globale Solidarität (2002) die Geschichte internationaler Solidarität nachzeichnen und die vielseitigen Schattierungen der Problematik begrifflich fassbar und nutzbar machen. *Claudia von Braunnühl* resümiert die 68er Solidaritätsbewegung und tritt für eine stärkere Präsenz des Solidaritätspostulats in der heutigen globalisierungskritischen Bewegung ein. *Christa Wichterich* zeigt entlang der Weltfrauenkonferenzen die Entwicklung der Weltfrauenbewegung und der zwischen Nord und Süd aufbrechenden Konfliktpunkte und diskutiert mögliche Lösungen. An diese historischen Perspektiven und programmatischen Ausblicke schließt *Frieder Otto Wolf* an. Er wendet sich dem Begriff des Internationalismus selbst zu, um in der Diskussion der Tücken des Begriffs die Unverzichtbarkeit desselben zu rekonstruieren. *Stefan Kalmring* und *Andreas Nowak* erörtern den Stand, die Schwierigkeiten und Perspektiven der gegenwärtigen Globalisierungskritik. *Olaf Gerlach* formuliert anschließend eine These zur gegenwärtigen Krise der Arbeiterbewegung und arbeitet einige zentrale Schwachstellen des gegenwärtigen Standes der Labor Revitalization Studies heraus.

Im zweiten Block folgt auf den programmatischen Blick auf das, was ist, die Frage nach dem, was sein kann: Was sind heute die Bedingungen internationaler Solidarität? Zwei Rundumschläge eröffnen den Block. *Wolf-Dieter Narr* geht auf die Suche nach der »Fremderscheinung« Solidarität zwischen Globalisierung, Staat und Herrschaft, Kapitalismus und linker Bewegung, nicht zuletzt bei den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm 2007. *Rainer Rilling* analysiert die Weltordnung anhand der Frage, inwiefern sie als Imperium strukturiert ist. Nicht zuletzt für die Möglichkeiten der lateinamerikanischen Linksbewegung ist die Bewertung der Rolle und Entscheidungshegemonie der USA von herausragender Bedeutung. *Klaus Peter Kisker* beschließt den Block mit einem unverblühten Blick auf die Strukturen des Weltmarkts und das durch das Freihandelsgebot verursachte Leid.

Der dritte Block wendet sich den Linksbewegungen in Lateinamerika zu. Sind sie mehr als eine kleine Bewegung des Kochlöffels im großen Kochtopf? Was macht sie links, was sind ihre Möglichkeiten und Perspektiven? Welche Akteur/innen lassen sich hier ausmachen zwischen Chávez, Zapatismus und sozialdemokratischen Regierungen? *Albert Sterr* unterscheidet die linke Politik in verschiedene Strömungen, zwischen Reformern, national-popularen Regierungen und Basisbewegungen. Bei ihm und auch beim folgenden Beitrag zeigt sich einmal mehr: Weltmarktintegration und Staat bleiben mangels Alternativen zentrale Bezugspunkte. *Dieter Boris* ordnet die Mitte-Links-Regierungen in historische und polit-ökonomische globale und regionale Strukturen ein. *Juliana Ströbele-Gregor* nimmt die Andenregion unter die Lupe, in der die angesprochenen Widersprüche zwischen Universalismus und Identitätspolitik mit der Wahl indigener Staatsoberhäupter besonders sichtbar geworden sind. *Uli Brand* und *Nicola Sekler* schließlich interpretieren die sozialen Bewegungen in Lateinamerika, so die Piquetero-Bewegungen, lokale Kooperativen und die Zapatistas, als postneo-liberale, antihegemoniale und damit dekonstruktive Akteurinnen.

Der vierte Block wendet sich der letztlich entscheidenden Frage zu, wie internationale Solidarität konkret aussehen kann, und was lokale Praxen der Solidarität sein können. Will man doch über das Kaufen von Fair-Trade-Produkten aus ökologischem Anbau hinauskommen, ganz davon zu schweigen, dass der Hartz-IV-Haushalt sich diese Produkte gar nicht leisten kann, sie in dem als Existenzminimum hierzulande definierten Warenkorb nicht vorgesehen sind – Sozialhilfe also die Ausbeutung großer Teile der Welt bereits stillschweigend voraussetzt. Auch das Eintreten gegen Waffen-Export im weltweitgrößten Exportland, gegen Klimawandel und grüne Gentechnik, für starke und internationale Gewerkschaften, gegen Armut überall sind unverzichtbar, aber noch keine reale Überwindung nationaler Grenzen in persönlichen Beziehungen. Solidarität, noch dazu internationale, ist im Jahr 2009 kein Normalzustand. Sie besteht in der alltäglichen Aufgabe, sich nicht in der Berechnung von Effizienz und Produktivität, Erteilung von Rechten und Lebenschancen dividieren zu lassen. *Lutz Brangsch* stellt das Konzept des Bürgerhaushaltes in Porto Alegre vor, *Dario Azzellini* diskutiert die kommunalen Räte in Venezuela. Hier wird in lokaler Praxis solidarisches Handeln ermöglicht, von dem wir hierzulande vieles lernen können. *Marco Hahn*, *Ulf Pape* und *Wolfram Metzger* diskutieren den Fall in umgekehrter Richtung und resümieren ihre Erfahrungen in Solidaritäts-Gesundheitsprojekten in Venezuela. Wie dabei sich ehrlich und aufgeschlossen in immer andere Kontexte begeben, wie einen Dialog auf gleicher Augenhöhe führen? Sie sehen einen Teil der Lösung darin, anzuerkennen, dass Solidarität als politisches Handeln keinem Altruismus entspringt, sondern auf eben diesen politischen Zielen beruht.

Martha Zapata Galindo vom Lateinamerikainstitut war eine streitbare, kollegiale und inspirierende Schirmherrin der Ringvorlesung. Wir danken allen, die an der Ringvorlesung mitgewirkt haben, vor allem den vielen Referentinnen und Re-

ferenten, gerade auch denjenigen, die nicht in diesem Band vertreten sind. Yvonne Franke für kritische Kommentare und Korrektur der Einleitung. Und nicht zuletzt allen Autorinnen und Autoren für die solidarische Unterstützung bei der Fertigstellung des Buches.

Moe Hierlmeier fordert in seiner instruktiven Einführung in die Geschichte des Internationalismus: »Die Brüche [des Internationalismus] und ihre Dynamiken zu erkennen und sie durch ihre Intervention emanzipatorisch weiterzutreiben, d. h. sie in einen globalen Kontext zu stellen, ist heute Aufgabe der Linken« (Hierlmeier 2006: 192). Diese Linke, die Internationale, die sich für manche in der Sozialforenbewegung neu formiert, in den Widerständen gegen Weltwirtschaftsforen, G7/G8-Gipfeltreffen, NATO-Sicherheitskonferenzen und WTO-Runden, sie bleibt unverzichtbare Akteurin und Bezugsgröße.

Literatur

- Dietrich, Anette (2007): Weiße Weiblichkeiten. Konstruktionen von »Rasse« und Geschlecht im deutschen Kolonialismus. Bielefeld: transcript.
- Hierlmeier, Moe (2006): Internationalismus. Eine Einführung in seine Ideengeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. 2., erw. Auflage. Stuttgart: Schmetterling Verlag (theorie.org).
- Kößler, Reinhart; Melber, Henning (2002): Globale Solidarität? Eine Streitschrift. Frankfurt/Main: Brandes & Apsel.
- Pöttker, Horst (1982): »Blinde Flecken in unserm politischen Weltbild«. In: Blätter des iz3w, Nr. 101, S. 24-33.
- iz3w, Redaktion (1982): »Internationalismus«. In: Blätter des iz3w, Nr. 101, S. 23-24.
- Sarkhosh, Soussan (2005): »Aus der Peripherie an die PERIPHERIE«. In: PERIPHERIE, 25. Jg., H. 100, S. 425-434.
- Weckel, Ludger; Ramminger, Michael (1997): Dritte-Welt-Gruppen auf der Suche nach Solidarität. Münster: Westfälisches Dampfboot.

»Hoch die ...«

Zur Geschichte, Aktualität und Problematik internationaler Solidarität

Vorgeblich solidarisches Verhalten steht immer wieder erstaunlich hoch im Kurs. So berichtete die *Süddeutsche Zeitung* am 2. März 2007 vom Fall des wegen Steuerrückzahlung verurteilten ehemaligen Präsidenten des 1. FC Kaiserslautern, der nach der Rückkehr auf seine Beamtenstelle von der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei in das diesem Bundesland eng verbundene Rwanda geschickt wurde – ausgestattet mit unklarem Auftrag und einer satten Auslandszulage, die auch vor zivilrechtlichen Ansprüchen des Fußballclubs geschützt ist. Dazu meinte SPD-Generalsekretärin Heike Raab, die SPD führe Solidarität nicht nur im Mund, sondern wende sie »auch in bester Weise an« – ein deutlicher Hinweis darauf, dass man auf sehr unterschiedliche Weise mit sehr verschiedenen Menschen solidarisch sein kann. Aber es zeigt sich hier auch, dass der Anspruch der Solidarität auch den Gruppenzusammenhalt bezeichnen kann, der zur Versorgung von Insidern genutzt wird, also sehr unterschiedliche moralische Orientierungen bezeichnet.

Auch wo der Anspruch, Solidarität zu üben, deutlich altruistischer daherkommt, entsteht zuweilen ein schaler Geschmack, etwa anlässlich der teilnehmenden Beobachtung der ebenfalls im März 2007 ausgerichteten »Fiesta Cubana« der im Ruhrgebiet aktiven »Humanitären Cuba Hilfe«. Am Eingang ruppig darauf hingewiesen, die 12 Euro Eintritt seien schließlich für eine gute Sache, findet man sich in einem nostalgisch anmutenden Ambiente: neben dem hauptsächlich mit großformatigen Bildbänden bestückten Büchertisch der Stand mit dem viel reichhaltigeren Zigarrensortiment, das auch gleich vielfach in die Luft geblasen wird – Beschwerden über den Qualm kontert jemand mit dem Hinweis, in Kuba finde das alles im Freien statt. Der Dunst lässt den Blick noch halbwegs frei auf die Bühnendekoration mit einer Reihe kubanischer Flaggen und einem möglicherweise langjährig nachgedunkelten roten Transparent in der Mitte, auf dem die schwarzen Umrisse des bekannten Che-Porträts zu erkennen sind. Materiell können Sammeln und Versand ausgedienter Medizintechnik und Computer auf die Insel sicher von hohem Engagement, doch fragt sich der Betrachter, ob dies notwendig mit bestimmten Formen der Identifikation und der Traditionspflege einhergehen muss.

Es bleibt also jenseits der verbreiteten Verwendung des Wortes *Solidarität* zu klären, worum es dabei eigentlich geht und was die Bedingungen und Möglichkeiten *internationaler* Solidarität sind. Diesen Fragen werden wir nachgehen, indem wir Konzeptionen von Solidarität, zumal internationaler, in einem histori-

schen Rückblick vergegenwärtigen (vgl. dazu ausführlicher Kößler, Melber 2002a: Kap. 1). Unsere Überlegungen werden dann anhand neuerer Entwicklungen und Beobachtungen weiter verdeutlicht.

Solidarität und nationalstaatliche Grenzen

Der Begriff stammt ursprünglich aus der Rechtswissenschaft und bezeichnet eine Haftungsgemeinschaft (s. Wildt 1998: 203; Brunkhorst 2002: 10). Solidarische Haftung bedeutet, dass alle Mitglieder einer bestimmten Gruppe gleichermaßen für eine Schuld aufzukommen haben. So waren die Angehörigen russischer Dorfgemeinschaften bis 1917 gemeinsam für Abgaben verantwortlich, was die Grundlage ihres viel gerühmten gemeinsamen Grundeigentums war, das regelmäßig zusammen mit der Abgabenschuld – zuweilen unter physischem Zwang – umverteilt wurde (vgl. Goehrke 1964). Im Kern hat Solidarität etwas damit zu tun, aufeinander angewiesen zu sein und Disziplin zu üben.

Die Französische Revolution eröffnete neue Perspektiven: *Liberté, Égalité, Fraternité* signalisieren die utopische Perspektive der Überwindung von Herrschaft von Menschen über Menschen und ihr – solidarisches – Zusammenwirken zum gemeinsamen Wohl, aufgrund der *Volonté Générale*. Jenes Gemeinwillens also, dessen Ergründung sich schon bald als ein ernstes, für manche lebensgefährliches Problem erwies, was bereits kurze Zeit später und sehr drastisch zeigte, dass Solidarität auch mit Druck zur Übereinstimmung und manchmal physischem Zwang zu tun hat. Unter dem Druck der Koalitionskriege verabschiedete sich die Französische Republik freilich bald von wichtigen Elementen der Menschheitsverbrüderung: Hatte man in den Jahren revolutionären Aufschwungs alle, die wie Thomas Paine oder Georg Forster sich auf Seiten der Revolution stellten, als Bürger begrüßt, so kam es nun zur nationalstaatlichen Abgrenzung und bald auch zur Expansion (vgl. Kristeva 1990: 169 ff.). Aber auch im Innern fand Solidarität ihre Grenzen: Ganz abgesehen von der Weigerung, Frauen als vollwertige Bürgerinnen anzuerkennen, wurde auch das Wahlrecht für Männer an Einkommensbarrieren gebunden. Die Schaffung eines neuen politischen Systems war nicht nur mit dem Einschluss der Beteiligten verbunden, sondern auch mit dem Ausschluss derer, die nicht dazu gehören sollten. Unmittelbar nach der Revolution und der Erklärung der Menschenrechte durch die Nationalversammlung führte die durch die Revolution auf Haiti aufgeworfene Frage, ob Menschen- und Bürgerrechte wirklich für alle Menschen oder Einwohner französischer Besitzungen gelten sollten, also auch für Schwarze und Sklaven, zu heftigen Auseinandersetzungen über die Grenzen von Bürger- und Menschenrechten (vgl. James 1980).

Den Bürgern jedenfalls garantiert der moderne Staat gegenseitige Anerkennung als politische Subjekte sowie ein Mindestmaß an Schutz, etwa im Ausland, in den industriekapitalistisch entwickelten Staaten aber auch vor extremer mate-

rieller Verelendung. Diese Bürgerrechte wurden wenigstens im westlichen Europa im Verlauf des 19. und im ersten und zweiten Drittel des 20. Jahrhunderts immer weiter ausgedehnt, und dies war nicht zuletzt ein Erfolg einer von der bürgerlichen deutlich und klar unterschiedenen, gesellschaftlich weit bestimmteren Form der Solidarität.

Es war der Erfolg des gemeinsamen, organisierten und damit auch disziplinierten Auftretens von Menschen, die sahen oder glaubten, dass sie eine gemeinsame »Lage« verbindet, dass sie also ernste, handfeste Gründe hatten, nach gemeinsamen Anliegen zu streben. Die Klassenlage, vor allem die der Arbeiter, schien Chancen der Gemeinsamkeit zu bieten, um vorab die Konkurrenz auszuschalten, die der Markt auch den Arbeitenden untereinander vorgab (Marx 1968: 420): Es waren mühsame, langwierige Prozesse, in denen nacheinander verschiedene Gruppen von Arbeitern, bald auch Arbeiterinnen lernten, Organisationen aufzubauen, am Leben zu halten und aktionsfähig zu machen. Nicht zuletzt war und ist dazu Disziplin erforderlich, die, wenn nötig, auch gegen die eigenen Mitglieder durchgesetzt wurde (vgl. Köbler 1990: 302-327). Die berühmte Arbeitersolidarität war keine Idylle, sondern integraler Bestandteil des harten Anpassungsprozesses der Arbeitenden an die historisch unerhörten Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft, in der überkommene Regeln der Reziprozität und Patronage nichts mehr galten und jeder und jede zunächst einmal auf sich alleine gestellt war. Sie war Form und Ausdruck des mühsamen Kampfes, gesellschaftlichen Zusammenhalt nach dem Zerreißen alter Bindungen wieder herzustellen (vgl. Hobsbawm 1976; Thompson 1978). Die Hoffnung auf eine ganz andere, ihrer Struktur nach in dem Sinne solidarische Gesellschaft, dass hier das Eintreten füreinander nicht erst mühsam erkämpft, sondern in den gesellschaftlichen Verhältnissen selbst verankert wäre, durchzog viele der Alltagskämpfe.

In Frontstellung zur Arbeiterbewegung entstand eine andere Form der Solidarität. In Bismarcks staatlich verordneten und garantierten Solidarfonds wurden die großen Lebensrisiken der kapitalistischen Gesellschaft – Krankheit, Arbeitslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit, endlich auch Alter – genau mit dem Ziel abgesichert, die befürchtete, und in der Pariser Kommune 1871 vor den Augen der preußisch-deutschen Armeen kurz aufgeblitzte, revolutionäre Alternative zu verhindern. Bald übernahm auch in anderen westeuropäischen Staaten die Nation als großer Solidarverband, als Super-Gemeinschaft (Schiel 1996: 60), Funktionen, die im Großbritannien der frühen industriellen Revolution noch Gewerkschaften und *Friendly Societies* – oft mehr schlecht als recht – wahrgenommen hatten (vgl. van der Linden 1996).

Der Nationalstaat, der für ein Minimum an Sicherheit zwar nicht unbedingt aufkommt, dieses Minimum aber doch organisiert und garantiert, hat daher mehr zu bieten gehabt als plumpen Hurratriotismus. Er lieferte starke Argumente für die strikte Abgrenzung derer, die dazugehörten, von denen, die aus diesem Solidariuszusammenhang ausgeschlossen waren, gleich mit. Die aktuellen Auseinander-

setzungen um Abbau oder Verteidigung des Sozialstaates, bis hin zu den xenophoben Entgleisungen von Politikern, die gerne die politische »Linke« vertreten möchten, unterstreichen die anhaltende Brisanz dieses spannungsreichen Arrangements. Zugleich lässt sich aus dieser Perspektive die Frage stellen, ob es sich hier weniger um Entgleisungen als vielmehr um die – unbewusste oder uneingestandene – Artikulierung eines tiefgreifenden, innerhalb der bestehenden institutionellen Vorkehrungen schwerlich lösbaren Widerspruchs handelt. Dieser Widerspruch kam in gänzlich anderem Kontext, aber mit sehr ähnlichen, nämlich xenophoben Erscheinungsweisen zum Ausdruck, als sich in Südafrika nach dem Ende der Apartheid eine Nation neu konstituierte, und Staatsführung wie Teile der Zivilgesellschaft ohne große schicht- oder klassenspezifische Unterschiede prompt begannen, die territorialen Grenzen und die durch die Staatsbürgerschaft konstituierten Ausschlusskriterien gegenüber Migranten hochzuhalten (vgl. Jensen, Buur 2007: 71, 78). Im Frühjahr 2008 entlud sich die Frustration über die ausgebliebenen materiellen Früchte der Mehrheitsherrschaft daher nicht von ungefähr gegen MigrantInnen aus anderen afrikanischen Ländern und deren bescheidene Errungenschaften, die Ressentiments und schließlich Gewaltbereitschaft auslösten. Auch dies lässt sich in der Sprache der Solidarität verstehen, nämlich des nicht eingelösten Versprechens einer durch den Nationalstaat vermittelten materiellen Solidarität einerseits und der gewaltsamen Schließung der nationalstaatlich definierten, aber eben kaum substantiellen Super-Gemeinschaft andererseits.

Bei allen Unterschieden produzieren und reproduzieren Formen der Solidarität doch immer auch Grenzen. Diesseits einer institutionell schwer vorstellbaren Menschheitsverbrüderung geht es um bestimmte, wenn auch sehr weitgefasste Personenkreise, die untereinander oder denen gegenüber andere, wiederum bestimmte Personenkreise solidarisch fühlen und handeln. Das gilt für diejenigen, die gemeinsame Anliegen verfolgen und daraus ein Gefühl der Zusammengehörigkeit, des Angewiesenseins aufeinander und des Vertrauens entwickeln, ebenso wie für diejenigen, die sich aufgrund ihrer Zugehörigkeit, verbrieft im Staatsbürgerstatus, auf materielle Garantien durch den Staat berufen. Freilich mögen diese Garantien unter dem Signum der Globalisierung heute brüchiger als zuvor erscheinen; manchmal werden sie umso entschiedener verteidigt. Gerade dies beglaubigt zumindest scheinbar zudem nationalstaatliche Grenzziehungen. Der staatlich definierte gesellschaftliche Zusammenhang wird durch die staatlich garantierten Solidarfonds ebenso wie die begrenzten, weitgehend an Staatsbürgerschaft gekoppelten Transferleistungen im Spannungsfeld zwischen »realer Zwangsanstalt und fiktiver Supergemeinschaft« (Schiel 1996: 60) abgestützt und bestätigt. Nicht umsonst richtete sich Bismarcks Schaffung solcher Solidarfonds gegen die von der Sozialdemokratie repräsentierte Form der Solidarität als gemeinsamer, militanter Kampf für materielle Interessen und darüber hinaus für eine Gesellschaft, deren Grundlagen durch solidarische Beziehungen geprägt wären. Überlebensgarantien müssen nicht unter allen Umständen staat-

lich vermittelt und nationalstaatlich begrenzt sein. Es gab und gibt Wege, die darüber hinausführen.

Wie wird Solidarität international?

Bei internationaler Solidarität geht es um Solidarität, die ausdrücklich nicht allein die eigenen Verhältnisse in den Blick nimmt, sondern zugleich auch oder sogar ausschließlich die anderer. Diese Perspektive ist keineswegs neu und wurde nicht von der Solidaritätsbewegung der 1970er Jahre erfunden. Sie findet sich in jenen Organisationsformen, in denen die klassische Arbeitersolidarität nationalstaatliche Grenzen überschritt und damit internationale Dimensionen annahm: in den Versuchen der internationalen Organisation von politischen Vereinigungen, Arbeiterparteien oder gewerkschaftlichen Zusammenschlüssen. Für die streikenden Textilarbeiter in Crimmitschau (Sachsen) wurde vor hundert Jahren in ganz Europa gesammelt, und auch aus jüngerer Zeit weiß man von australischen Hafentararbeitern, die sich weigerten, Schiffe aus bestreikten Häfen in Großbritannien zu entladen. Hafentararbeiter stehen in besonderem Maß in internationalen Zusammenhängen und können auch recht kurzfristig internationale Solidarität üben. So weigerten sich im April/Mai 2008 die gewerkschaftlich organisierten Dockarbeiter in vier Ländern – Mosambik (Maputo), Südafrika (Durban), Walvis Bay (Namibia) und Angola (Luanda) – die für das Mugabe-Regime in Simbabwe bestimmte Waffenlieferung von dem chinesischen »Schiff der Schande« zu entladen.

Extrem überhöhten Ausdruck fanden Anspruch und Wunschbild internationaler Klassen-Solidarität des Proletariats in der Dritten, der Kommunistischen Internationalen (Komintern). Nach üblicher Zählung folgte sie auf die als Erste Internationale bezeichnete Internationale Arbeiter-Assoziation, die weitgehend Einzelpersonen in nationalen Sektionen organisiert hatte und in den 1870er Jahren im Wesentlichen an den Gegensätzen zwischen Marxisten und Anarchisten um Bakunin zerbrach, sowie auf die 1889 gegründete Zweite oder Sozialistische Internationale, den Zusammenschluss sozialdemokratischer, durch den kautskyanischen Marxismus geprägter Parteien in Europa, Nordamerika und auch Japan. Die Zweite Internationale scheiterte durch die Unterstützung, die die meisten ihrer Mitgliedsparteien 1914 den Kriegsanstrengungen ihrer jeweiligen Staaten leisteten. Die Gründung der Komintern nach der nicht zuletzt gegen den Krieg gerichteten Oktoberrevolution in Russland 1917 war Ausdruck dieser Spaltung. Sie verstand sich als Weltpartei des Proletariats im Sinne einer straffen, durch das Leninsche Organisationskonzept geprägten Aktionseinheit. Diese sollte in der Lage sein, auch aufgrund identischer Klassenlage und Interessen die Kämpfe der Arbeitenden auf der ganzen Welt nach einer einheitlichen Generallinie zu steuern – mit teilweise katastrophalen Folgen für diejenigen, die Freiheit, Leib und Leben dafür riskierten. Neben Deutschland oder Spanien kam es zu solchen Katastro-

phen vor allem in China und auch in der Türkei und Indonesien. Neu war, dass die Kolonialvölker von der Komintern erstmals in der Geschichte der Arbeiterbewegung als Bündnispartner verstanden wurden, allerdings eindeutig als nachgeordnete Hilfstruppen gegenüber dem proletarischen Kern (s. Köbler 1982: Kap. 1).

Wurden und werden in solchen Fällen, zu denen auch die internationale Frauenbewegung zu rechnen ist (vgl. Rupp 1994, Wichterich in diesem Band), zumindest dem Anspruch nach gleichgerichtete Interessen Kontinente überspannend organisiert, so gilt dies in einer ganz anderen, entscheidenden Traditionslinie gerade nicht. Das erste große Thema, das in der Moderne die Frage internationaler Solidarität aufwarf, war die Sklaverei. Sie konstituierte zum einen Zusammenhänge, die sich als transatlantischer Austausch nicht nur der Herrschenden, sondern auch zwischen freien und unfreien Arbeitenden begreifen lassen (vgl. Linebaugh, Rediker 2008); der Skandal massenhafter, offener Sklaverei in zusehends durch die Aufklärung geprägten Gesellschaften rief aber auch anders strukturierte Reaktionen hervor. Mitte der 1780er Jahre begann in Großbritannien William Wilberforce mit seiner jahrzehntelangen, christlich motivierten Kampagne zur Unterdrückung des Sklavenhandels und später zur Befreiung der Sklaven; heute steht *Anti-Slavery International* (vgl. www.antislavery.org) in dieser Tradition und bezeichnet sich selbst als älteste internationale karitative Organisation.

Wenige Jahre, nachdem Wilberforce erstmals einen gegen den Sklavenhandel gerichteten Gesetzentwurf im britischen Parlament eingebracht hatte (1789), stellten die Forderungen der Sklaven in Haiti, damals der wertvollsten überseeischen Kolonie Frankreichs, die revolutionäre Nationalversammlung vor das oben erwähnte Problem, ob die von ihr verabschiedete Erklärung der Menschenrechte auch für Sklaven gelten sollte. Unmittelbar nach der Verabschiedung der Erklärung standen also die Gender-Grenzen der Menschenrechte ebenso zur Debatte wie ihre globale Geltung, in jeder Hinsicht also die Frage, ob sie nur für manche oder aber für alle Menschen Gültigkeit haben sollten. Im Fall der Sklaven auf Haiti ging es für die französischen Revolutionäre keineswegs um gemeinsame Interessen, die sich aus einer vergleichbaren sozialen Lage ergeben hätten, sondern in erster Linie um die Konsequenz aus der Einsicht, dass versklavte Menschen immer noch Menschen sind und dass die Verletzung ihrer Rechte die Menschenwürde aller verletzt oder, wo dieses Engagement christlich motiviert war, im schreienden Gegensatz zur Gotteskindschaft aller Menschen steht.

Gleichheit war hier abstrakt gedacht. Denn die Abolitionisten engagierten sich weder für Menschen, die sie als Gleiche betrachteten, waren doch die Unterschiede hinsichtlich des sozialen Status' und der Lebensumständen hier unübersehbar, noch fußte dieses Engagement auf einem arbeitsteiligen, gegenseitige Abhängigkeit begründenden Zusammenhang, der solidarisches Handeln zur Notwendigkeit gemacht hätte. Für die Abolitionisten war (und ist) die Tatsache, dass zu ihren Lebzeiten noch immer Sklaverei bestand, ein nicht hinzunehmender Skandal, der sie zur Aktion trieb. Die Motivation dieses Handelns wird mit Phi-

lanthropie oder auch Nächstenliebe wohl zutreffend beschrieben. Allerdings umfasste die Zuwendung der Abolitionisten gerade nicht »Nächste«, sondern »Fernste«, die sie in aller Regel nie hoffen konnten, persönlich kennenzulernen, und die sie vielleicht auch gar nicht zu treffen wünschten. Das Engagement gegen Sklaverei war insofern abstrakt, als die Lebensbedingungen der von der Sklaverei zu befreienden Menschen nicht ernsthaft thematisiert wurden, auch nicht durch die Ansiedlung in Liberia oder Sierra Leone (die Hauptstadt heißt nicht von ungefähr Freetown, auch der Name Liberia ist Programm). Diese schwarzen Siedlungskolonien mit steilen Hierarchien und krasser Diskriminierung gegenüber den autochthonen Afrikanern dienten zugleich geopolitischen Interessen als Stützpunkte der USA und Großbritanniens. Die Abstraktheit des Engagements gegen Sklaverei verknüpfte sich hier ebenso wie in der Handelspolitik mit handfestem Eigeninteresse. Dies wurde wenige Jahrzehnte nach den Erfolgen des Verbots des Sklavenhandels und der Aufhebung der Sklaverei in den britischen Besitzungen auf der ganzen Welt erschreckend deutlich, als König Leopold II. von Belgien unter der Losung der Ausrottung des Sklavenhandels zunächst die Erkundung Afrikas u. a. durch Stanley als groß inszeniertes Medienereignis vorantrieb und dies mit der kolonialen Aufteilung des Kontinents verband (im sogenannten *Scramble for Africa*). Der für Leopold als Privatmann (nicht als belgischer König) auf der Berliner Afrika-Konferenz von 1884 vorgesehene Kongo-Freistaat sollte dem nach wie vor schwungvollen Sklavenhandel an die ostafrikanische Küste endlich einen Riegel vorschieben, wurde jedoch in kurzer Zeit zum »Herz der Finsternis«¹, Schauplatz brutalster Orgien der Ausbeutung und Grausamkeit von Menschen gegen Menschen (s. dazu Hochschild 2002).

Die christlichen Abolitionisten standen in einem engen Zusammenhang mit der Missionsbewegung, die zu Anfang des 19. Jahrhunderts einen großen Aufschwung nahm. Das Engagement der Missionare lässt sich durchaus als Form der Solidarität verstehen, weil sie darauf aus waren, ihren Brüdern und Schwestern in Christo die Botschaft zu bringen, die sie für deren Erlösung hielten. Freilich war damit eine strikte Hierarchie immer mitgedacht, die zwischen denen bestand, die bereits im Besitz der Wahrheit waren und jenen, die erst noch dahin gebracht werden sollten (vgl. Kößler 2004). Dieser Weg verlief nicht zuletzt über strenge Erziehungsmaßnahmen zur Ausrottung als lasterhaft interpretierter Gewohnheiten, Durchsetzung von Sesshaftigkeit und europäischer Kleidung ebenso wie zur Alphabetisierung. Die Bekehrung mittels »Zivilisierungsbemühungen«, einer nach außen gewendeten Form der in den europäischen Industriegesellschaften gewachsenen »Disziplinargesellschaft« (vgl. Foucault 1977, 1999 und 2005) mit ihren seit der höfischen Gesellschaft einsetzenden »Affektmodellierungen« (vgl. Elias

1 So der Titel des zuerst 1902 erschienenen Romans von Joseph Conrad (»Heart of Darkness«), der anhand einer Reise auf dem Kongo-Fluss die kolonialen Gräueltaten in einer mehrdeutigen Weise thematisiert, die bis heute Gegenstand von unterschiedlich interpretierenden Analysen geblieben ist (s. zur Lesart als Zivilisationskritik Koebner 1987).

1976 und 1983) bot auch in Übersee für einige Frauen, Junge oder Außenseiter durchaus Chancen und Freiheitsräume, war aber mit tiefen Persönlichkeitskonflikten verbunden.

Der das Verhältnis prägende Paternalismus wurde nicht zuletzt durch die Art dokumentiert, wie die Missionsgesellschaften ihre Arbeit in der »Heimat« vermittelten, dafür Geld sammelten und nebenbei zu wesentlichen Informationsmedien über fremde Länder und Völker wurden. Solidarität, gewendet zur Barmherzigkeit, konnte allzu leicht die Form des notorischen »Nicknegers« annehmen, der als figürlicher Opferstock in vielen Kirchen die milden Gaben mit einem demütigen Kopfneigen belohnte. Von Parteinahme bis zu herablassender Mildtätigkeit scheint ein Kontinuum zu bestehen. Darin ist beständig die Gefahr des kolonialen Blicks gegeben (vgl. Melber 1992), der die hierarchischen Verhältnisse zwischen Angehörigen unterschiedlicher, aber in enger Beziehung zueinander stehender gesellschaftlicher Zusammenhänge reproduziert.

Noch bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts galt es als geradezu selbstverständlich, dass der Besitz von Kolonien das Recht eines angesehenen und mächtigen europäischen Staates sei, gleichsam einfach dazu gehöre. Diese kaum thematisierte Unterstellung einer territorial bestimmten Hierarchie innerhalb des bestehenden weltgesellschaftlichen Zusammenhangs ist mit der staatlichen Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonien keineswegs passé. Sie hallt wider, wenn im verquastesten Entwicklungsjargon von »Gebern und Partnern« die Rede ist oder überlegt wird, was »wir« denn tun können, um – möglichst »auf gleicher Augenhöhe« – zu »helfen«. Solch wohlmeinende Überlegungen richten sich durchaus auf akute Notlagen, wobei die Not eher gesehen wird, wenn wie beim Tsunami Ende 2004 auch Touristen aus dem eigenem Land (also MitbürgerInnen) betroffen sind. Eben dadurch wird aber die bestehende Hierarchie zugleich abgebildet und reproduziert.

Diese versteckte, aber höchst lebendige Wahrnehmung lässt sich auch anhand der Reparationsforderungen der Nachfahren der Opfer des von deutschen Kolonialtruppen begangenen Völkermords vor einem Jahrhundert im damaligen Deutsch-Südwestafrika (dem heutigen Namibia) illustrieren (vgl. Kößler, Melber 2004, Melber 2005a, Kößler 2008). Anstatt sich mit diesen zu solidarisieren und damit der offiziellen Anerkennung einer historischen Schuld durch die deutsche Bundesregierung die nötigen materiellen Konsequenzen folgen zu lassen, identifiziert sich die Mehrheit der deutschen Bevölkerung (so es diese überhaupt nur kümmert oder interessiert) mit der Meinung fast aller im Bundestag vertretenen Parteien, dass eine solche Kompensation keinesfalls gerechtfertigt sei und wir nicht für die Wiedergutmachung damals begangenen Unrechts verantwortlich seien.

Wir sollten uns daher nicht täuschen: All dies ist keineswegs Schnee von gestern. Die (damaligen) Dilemmata und Engführungen bei den Bestrebungen, staatliche und soziale Grenzziehungen durch internationale Praxen und Formen von Solidarität zu überschreiten, müssen uns nach wie vor beschäftigen, wenn wir uns bemühen, solche Beziehungen aufzubauen und über längere Zeit aufrecht zu erhalten.

Gerade vor dem Hintergrund einer neuerlichen, in der aktuellen Krise vielleicht zum Stillstand kommenden Welle der Globalisierung wird auch unter dem Banner der Solidarität oder mit dem bescheidener daherkommenden, aber unverblühteren Anliegen der Hilfe allzu leicht internationale Ungleichheit neu beglaubigt und reproduziert. Auch die eingangs angeführten Beispiele zeigen ja ferner, dass der Anspruch, mit Gleichen, mit denen man etwa die Parteimitgliedschaft teilt, oder aber mit örtlich und wohl auch kulturell ziemlich Fernen solidarisch zu sein, nach wie vor aktuell und keinesfalls unproblematisch ist. Solidarisch handeln zu wollen, schützt alleine noch keinesfalls vor Ausrutschern.

Wer, wann, mit wem?

Diejenigen, die auf Demonstrationen die internationale Solidarität gelegentlich immer noch hochleben lassen, werden kaum jedes Mal über diese Probleme Rechenschaft ablegen, auch wenn sie sich in einen Traditionszusammenhang stellen, der davon nicht ablösbar ist. Es geht dabei um Identifikationen zwischen sehr unterschiedlichen sozialen Bewegungen, ihren Anliegen und Aktionsformen ebenso wie immer wieder um die Auseinandersetzung mit der asymmetrischen Beziehung, die allen Nord-Süd-Beziehungen unausweichlich innewohnt, oder um die Weigerung, dies zu thematisieren.

Das, was sich seit der zweiten Hälfte der 1960er Jahre in Westdeutschland ebenso wie in anderen Ländern Westeuropas und Nordamerikas als Solidaritätsbewegung (implizit mit der »Dritten Welt«) herausbildete, baute in unterschiedlicher Weise auf das – in Deutschland teilweise durch den von der NS-Herrschaft bewirkten Bruch verschüttete – Erbe der zuvor kurz angesprochenen Bestrebungen zu internationaler Solidarität auf (hierzu ausführlicher Kößler, Melber 2002a: Kap. 2 sowie 2006). Die Studentenbewegung berief sich in großen Teilen bald auf die Traditionen der Arbeiterbewegung, viele identifizierten sich mit deren bolschewistischem Flügel und seinem internationalistischen Anspruch. In den politischen, gesellschaftlichen und intellektuellen Aufbruch gingen auch Strömungen innerhalb der Kirchen ein, die gerade dabei waren, sich aus der überkommenden Perspektive der Mission zu lösen und um das Erlernen etwa der lateinamerikanischen Befreiungstheologie bemüht waren. Gesellschaftliche Kämpfe im »Süden« taten ein Übriges, unterschiedlich motivierte Gruppierungen auch in den bürgerlichen Gesellschaften des Nordens in Forderungen nach einer gerechten Weltwirtschaftsordnung und der Informationsarbeit über bestimmte Themen, Länder und Projekte zusammenzuführen.

Es ging aber nicht allein um das Engagement gegen brutale Unterdrückung und rassistische Diskriminierung. Die Perspektiven, die nationale Befreiungsbewegungen von Vietnam über Kuba und Nicaragua bis ins Südliche Afrika oder auch das Chile der *Unidad Popular* unter Salvador Allende zu bieten schienen, kom-

pensierten für viele zugleich die sehr viel begrenzteren Chancen zur Einlösung ihrer Vorstellungen und Hoffnungen von einer gerechteren und menschlicheren Gesellschaft im eigenen Land. Weil es sich hier allermeist um Projektionen handelte, die die wirklichen Zielsetzungen der Befreiungsbewegungen oft geflissentlich übersahen, ging internationale Solidarität diesen Zuschnitts sozusagen auf Weltreise: Als die Perspektiven in Indochina deutlich düsterer wurden und schließlich sogar von der Einsicht in die genozidale Politik der Roten Khmer in Kambodscha auf grausamste Weise überschattet wurden, schienen Nicaragua, kurzzeitig Grenada, aber auch Mosambik und Zimbabwe Möglichkeiten zur praktischen Aufbauhilfe und zur Identifikation zu bieten. Viele glaubten solche Anknüpfungspunkte auch in der *Ujamaa*-Politik in Tanzania oder in manchen Entwicklungsansätzen in Indien zu erkennen. Immer wieder zeigte sich, dass Solidarität und Selbst-Identifikation mit den Adressaten dieser Solidarität zwar der Begeisterung förderlich sein mochten, nachhaltiger Politik aber eher schaden. Insgesamt dürfte diese Über-Identifikation viel dazu beigetragen haben, dass große Teile derer, die einmal die Solidaritätsbewegung zur Massenbewegung gemacht hatten, nach – mehr oder weniger bewusster und schmerzlicher – Einsicht in die engen Grenzen der vermeintlichen Emanzipation andernorts dem Internationalismus den Rücken kehrten und sich enttäuscht ins Privatleben oder die kommunale Selbstorganisierungsinitiative im eigenen Umfeld zurückzogen.

Ähnliches gilt für die meisten Aktivisten der Anti-Apartheidsbewegung. Sie überdauerte zwar fast alle anderen Formen des *Tiersmondisme* als die wohl am längsten aktive Einzelbewegung und erlebte Mitte und Ende der 1980er Jahre sogar einen spürbaren Mitgliederzuwachs (vgl. Bacia, Leidig 2008). Doch als deutlich wurde, dass das südafrikanische Regime unter Präsident de Klerk eine Verhandlungslösung ansteuerte, erst recht mit dem formalen Erreichen der Mehrheitsherrschaft 1994, bröckelte diese Bewegung zusehends ab und löste sich schließlich bis auf wenige meist lokale Organisationskerne auf. Dabei zeigt sich gerade hier, dass die Gründe, reflektiert Solidarität zu üben, mit der Beendigung des manifesten Skandals einer rassistischen Kolonial- und Minderheitenherrschaft, keineswegs verschwinden. Sie bestehen nicht nur in dem schweren Erbe fort, das die Regierungen der unabhängigen Staaten angetreten haben. Zugleich besteht auch aller Anlass, auf der Hut zu bleiben – und weit öfter vernehmlich Einspruch zu erheben, als dies leider geschehen ist –, wenn es um die Praktiken der Befreiungsbewegungen an der Macht geht (Melber 2005b).

Die aktuelle, schon Jahre anhaltende Krise in Zimbabwe (der die weitgehend ignorierte, systematische Vernichtungsstrategie lokaler Opposition im Matabeleland bereits zu Mitte der 1980er Jahre voraus ging) unterstreicht dies mit einer brutalen Deutlichkeit, die sich niemand hätte wünschen wollen. Schon sehr viel länger war erkennbar, dass diejenigen, die internationale Solidarität üben wollen, sehr genau beobachten und Rechenschaft ablegen müssen, wer die Adressaten dieser Solidarität sein sollen: bestimmte Organisationen und deren Führungs-

equipen, zu denen man während ihrer Zeit im Exil oft persönliche Beziehungen aufbaute, oder die noch immer Erniedrigten und Beleidigten (Kößler, Melber 2002b).

Der Entscheidung, mit wem sie es denn halten wolle, konnte die internationale Solidaritätsbewegung immer weniger ausweichen, als die Spielräume enger wurden, die es erlaubten, über tiefe Ambivalenzen bei den noch immer aktuellen oder einstmaligen Adressaten hinwegzugehen, seien dies die brutale Realität der Kulturrevolution in China, der verfehlte und folgenreiche Gigantismus der Wirtschaftspolitik der *Frelimo* in Mosambik oder Misshandlung, Inhaftierung und oft genug der Tod hunderter vorgeblicher südafrikanischer Spione in den Erdlöchern der namibischen *SWAPO* in Lubango (Angola). Wer durchaus mit sehr guten Gründen oder jedenfalls guten Glaubens hier Solidarität geübt hat, wird sich der Verantwortung nicht entziehen können, sich auch mit diesen Realitäten auseinanderzusetzen. Nachhaltige internationale Solidarität, die heute in erster Linie in die Ferne geht, kann daher nicht beendet sein, wenn der unmittelbare Skandal beseitigt ist, der ihr einmal den Anstoß gegeben hat. Es wurde ein moralischer Zusammenhang geschaffen, der zumindest intellektuell und im Rahmen der eigenen Möglichkeiten verlangt, auch für die Folgen einzustehen.

Ganz aktuell stellen sich solche Fragen aber auch, wenn es um Stellungnahmen zur Politik von Hugo Chávez in Venezuela geht. Ganz zweifellos hat dieser in den letzten Jahren vor allem in Lateinamerika eine Abwehrfront gegen Herrschaftsansprüche der USA, zumal unter der zweiten Bush-Administration aufgebaut und dies mit durchaus pfiffigen Sozialprogrammen in den USA selbst, etwa der Versorgung von Armen in Boston mit billiger Energie flankiert. Sympathien für diese antihegemoniale Stoßrichtung seiner Politik dürfen aber nicht über problematische Aspekte wie Chávez' Bemühungen um Allianzen mit dem Lukaschenko-Regime in Weißrussland oder dem Iran unter Ahmadinedschad hinwegtäuschen (s. hierzu Sarkhosh 2005: 431 ff.), oder seine forcierten Rüstungskäufe ignorieren, erst recht nicht die Eingriffe in die Informations- und Pressefreiheit, die 2007 Demonstrationen im Land selbst und eine heftige internationale Debatte auslösten. Allzu leicht tapen auch heute noch Unterstützungsgruppen in die Falle, dass nicht allein meines Feindes Feind schon mein Freund sein, sondern meines Freundes Kritiker auch unrecht haben müsse. So lesen wir zur Auseinandersetzung um die Pressefreiheit in Venezuela auf der »World Socialist Website« unter Verweis auf die Aussagen von US-Außenministerin Rice: »Washingtons Sorge um die Pressefreiheit ist sehr selektiv.«² Richtig. Das heißt aber doch nicht, *wir* brauchten uns nicht zu sorgen oder sollten unsere Sorge nun sozusagen umgekehrt selektiv gestalten!

Die weltweite Politik funktioniert eben nicht nach solch einfachen Schemata. Wer es mit Emanzipation und Befreiung ernst meint, muss auch vor der eigenen Haustür kehren und sich den inneren Widersprüchen stellen, die sich nicht zuletzt

2 <http://www.wsws.org/de/2007/jun2007/venej12.shtml> (letzter Aufruf: 15.12.2008). Die Website wird vom Internationalen Komitee der Vierten [trozkistischen] Internationale betrieben.

unter vermeintlich Gleichgesinnten inmitten einer Weltsozialbewegung und deren *Social Forums* manifestiert (dazu auch Kößler, Melber 2007) sowie die Spannung aushalten, die sich beispielsweise aus der Ambivalenz der Politik von Chávez ergibt. Auch wäre es fatal, in die Klage des Globalaktivisten Walden Bello (2005: 156) über die »Zögerlichkeit der internationalen Friedensbewegung [...], den irakischen Widerstand zu legitimieren« einzustimmen. Vielmehr gilt es zu hinterfragen, wofür dieser »Widerstand« steht. Schließlich wäre auch verfehlt, dem zimbabwischen Präsidenten Mugabe abzunehmen, die brutale Repression seines Regimes von Einwohnern informeller Siedlungen ebenso wie von Oppositionellen sei letztlich die Schuld der gegen ihn gerichteten Politik Tony Blairs. Deshalb braucht man noch lange nicht mit Tony Blair einig zu sein oder das Besatzungsregime im Irak gutzuheißen.

Sozusagen beide Seiten einer Medaille sorgfältig zu betrachten, dürfte als Gewissensprüfung vor einer Parteinahme des Öfteren ratsam sein. Andererseits kann es Solidarität mit allen nicht geben, auch wenn dies die Staaten des Südlichen Afrika in der Abschlusserklärung ihres Sondergipfeltreffens Ende März 2007 in Dares-Salaam, in der sie ihre Solidarität sowohl mit der Regierung als auch mit dem Volk von Zimbabwe bekräftigten, dennoch versuchten. Beides geht aber in diesem Falle nicht. Anderthalb Jahre später hat sich gezeigt, dass diese Politik eine Eskalation von Gewalt und Repression sowie neue Höhepunkte der offenen Verhöhnung des Mehrheitswillens begünstigt hat.

Dabei scheint sich für Despoten und Regime des harten Kalibers eine neue Variante des Machterhalts gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit zu eröffnen, wie schon die ausgehandelte Kompromisslösung in Kenia zum Jahresbeginn 2008 dokumentierte. Durch mit externer Hilfe vermittelte Arrangements zur Machtteilung in sogenannten Regierungen nationaler Einheit wird der Zugang zu den Honigtöpfen unter staatlicher Kontrolle erneut unter Ausschluss des Interesses und Willens der Bevölkerungsmehrheit neu verteilt. Die Taktik ist nicht neu, geht mindestens bis in die Kolonialzeiten zurück und nennt sich Kooptation. Auch für viele Kritiker der überkommenen Verhältnisse scheint dies als »Notlösung« ein akzeptabler Ausweg zu sein, gemäß dem pragmatischen Motto »besser als Nichts«.³ – Wenn dies den untauglichen Versuch darstellen sollte, sich einer Parteinahme letztlich zu entziehen, ist dies wohl die schlechteste Form der Einmischung und hat mit Solidarität gegenüber oder unter den Erniedrigten und Beleidigten rein gar nichts mehr zu tun. Allerdings ist dies anschlussfähig an jene Solidarität, die ja auch die Seilschaft und das Syndikat nötig haben, wollen sie auf Dauer etwas zu verteilen haben, wie dies die rheinland-pfälzische SPD-General-

3 Dass diese Rechnung ziemlich naiv sein kann und ohne den Wirt gemacht wird, zeigt das Beispiel Zimbabwes: Durch die voreilige Einwilligung in ein noch nicht endgültig ausgehandeltes Vertragswerk im September 2008 bugsierte sich die MDC während der folgenden Wochen dank Mugabes Starrsinn und der fortgesetzten Tolerierung seiner Manöver durch die SADC einmal mehr ins Abseits. – Merke: Wer mit dem Teufel Suppe essen will, braucht einen langen Löffel!

sekretärin in unserem Eingangsbeispiel so unmissverständlich deutlich gemacht hat. Ergo: Nicht jede und jeder, die von Solidarität reden, meinen das Gleiche – es gilt, genau hinzusehen, besonders da, wo das Wort zum legitimatorischen Kleingeld heruntergeredet wird. Das ändert wiederum nichts daran, dass ohne Solidarität unter Gleichgesinnten und entsprechend Handelnden gerade in einer zunehmend vernetzten Welt das Eintreten für berechnete Interessen und Rechte aussichtslos wäre.

Literatur

- Bacia, Jürgen; Leidig, Dorothee (2008): »Kauft keine Früchte aus Südafrika!«. Geschichte der Anti-Apartheid-Bewegung. Frankfurt/Main: Brandes & Apsel.
- Bello, Walden (2005): De-Globalisierung. Widerstand gegen die neue Weltordnung. Hamburg: VSA.
- Brunkhorst, Hauke (2002): Solidarität. Von der Bürgerfreundschaft zur globalen Rechtsgenossenschaft. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Elias, Norbert (1976): Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Frankfurt/Main: Suhrkamp (zwei Bände).
- Elias, Norbert (1983): Die höfische Gesellschaft. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1977): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1999): Botschaften der Macht. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Foucault, Michel (2005): Analytik der Macht. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Goehrke, Carsten (1964): Die Theorien über Entstehung und Entwicklung des »Mir«. Wiesbaden: Otto Harrassowitz.
- Hobsbawm, Eric (1976): Labouring Men. London: Weidenfeld, Nicolson.
- Hochschild, Adam (2002) Schatten über dem Kongo: die Geschichte eines der großen, fast vergessenen Menschheitsverbrechens. Reinbek b. Hamburg: Rowohlt.
- James, C. L. R. (1980): The Black Jacobins. Toussaint L'Ouverture and the San Domingo Revolution. London: Allison and Busby.
- Jensen, Steffen; Buur, Lars (2007): »The Nationalist Imperative. South Africanisation, Regional Integration and Mobile Livelihoods.« In: Buur, Lars; Jensen, Steffen; Stepputat, Finn (Hrsg.): The Security-Development Nexus. Expressions of Sovereignty and Securitization in Southern Africa. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet/ Cape Town: HRSC Press, S. 63-84.
- Koebner, Thomas (1987): »Geheimnisse der Wildnis. Zivilisationskritik und Naturexotik im Abenteuerroman.« In: Koebner, Thomas, Gerhart Picklerodt (Hrsg.): Die andere Welt. Studien zum Exotismus. Frankfurt/Main: Athenäum, S. 240-266.
- Köbller, Reinhart (1982): Dritte Internationale und Bauernrevolution. Frankfurt/Main, New York: Campus.
- Köbller, Reinhart (1990): Arbeitskultur im Industrialisierungsprozeß. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Köbller, Reinhart (2004): »Ein unüberbrückbarer Graben. Kommunale Führer und Rheinische Missionare im Süden Namibias.« In: Bogner, Artur; Holtwick, Bernd; Tyrell, Hartmann (Hrsg.): Weltmission und religiöse Organisationen. Protestantische Missionsgesellschaften im 19. und 20. Jahrhundert. Würzburg: Ergon, S. 689-718.
- Köbller, Reinhart (2008): »Entangled History and Politics: Negotiating the past between Namibia and Germany.« In: Journal of Contemporary African Studies, 26. Jg., H. 3, S. 313-339.
- Köbller, Reinhart; Melber, Henning (2002a): Globale Solidarität? Eine Streitschrift. Frankfurt/Main: Brandes & Apsel.
- Köbller, Reinhart; Melber, Henning (2002b): »Zimbabwe: Mit wem für was?« In: PERIPHERIE, 22. Jg., H. 85/86, S. 184.
- Köbller, Reinhart; Melber, Henning (2004): »Völkermord und Gedenken. Der Genozid an den Herero und Nama in Deutsch-Südwestafrika 1904 1908.« In: Fritz Bauer Institut (Hrsg.): Völkermord und Kriegsverbrechen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Jahrbuch 2004 zur Geschichte und Wirkung des Holocaust. Frankfurt/Main, New York: Campus, S. 37-75.
- Köbller, Reinhart; Melber, Henning (2006): »The West German solidarity movement with the liberation struggles in Southern Africa. A (self) critical retrospective.« In: Engel, Ulf; Kappel, Robert (Hrsg.): Germany's Africa Policy Revisited. Interests, images and incrementalism. 2nd, expanded, updated and revised ed. Münster: Lit, S. 101-123.
- Köbller, Reinhart; Melber, Henning (2007): »International civil society and the challenge for global solidarity.« In: Löfgren, Mikael; Thörn, Håkan (Hrsg.): Global civil society – more or less democracy? Uppsala: Dag Hammarskjöld Foundation (Development Dialogue, no. 49), S. 29-39.

- Kristeva, Julia (1990): *Fremde sind wir uns selbst*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Linebaugh, Peter; Rediker, Marcus (2008): *Die vielköpfige Hydra. Die verborgene Geschichte des revolutionären Atlantiks*. Berlin, Hamburg: Assoziation A.
- Marx, Karl (1968): »Lohnarbeit und Kapital«. In: *Marx-Engels-Werke* Bd. 6, Dietz Berlin, S. 395-423.
- Melber, Henning (1992): *Der Weißheit letzter Schluß. Rassismus und kolonialer Blick*. Frankfurt/Main: Brandes & Apsel.
- Melber, Henning (Hrsg.) (2005a): *Genozid und Gedenken. Namibisch-deutsche Geschichte und Gegenwart*. Frankfurt/Main: Brandes, Apsel.
- Melber, Henning (2005b): »Solidarität, Empathie und Befreiungsbewegungen an der Macht – eine (selbst)kritische Zwischenbilanz«. In: *PERIPHERIE*, 25. Jg., H. 100, S. 508-513.
- Rupp, Leyla (1994): »Constructing Internationalism: The Case of Transnational Women's Organizations, 1888-1945«. In: *The American Historical Review*, 99. Jg., H. 5, S. 1571-1600.
- Sarkhosh, Soussan (2005): »Aus der Peripherie an die PERIPHERIE«. In: *PERIPHERIE*, 25. Jg., H. 100, S. 425-434.
- Schiel, Tilman (1996): »Alltag und Geborgenheit«. In: Köbler, Reinhart; Schiel, Tilman: *Auf dem Weg zu einer kritischen Theorie der Modernisierung*. Frankfurt/Main: IKO, S. 40-74.
- Thompson, Edward P. (1978): *The Making of the English Working Class*. Harmondsworth: Penguin.
- van der Linden, Marcel (Hrsg.) (1996): *Social Security Mutualism. The Comparative History of Mutual Benefit Societies*. Bern u. a.: Peter Lang.
- Wildt, Andreas (1998): »Solidarität – Begriffsgeschichte und Definition heute.« In: Bayertz, Kurt (Hrsg.): *Solidarität. Begriff und Problem*. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 202-216.

Geschichte und Perspektiven der Solidaritätsbewegung in der BRD

Wer in den Selbstannoncierungen entwicklungspolitischer Organisationen, gleich ob Regierungs- oder Nichtregierungsorganisation, blättert oder surft, wird rasch feststellen: Sie alle sehen ihre Handlungsfelder, Strategien und Maßnahmen in den Dimensionen von globaler Solidarität. Der Anspruch verbindet sich mit sehr unterschiedlichen Argumentationsfiguren. In den Begründungen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit stehen Solidarität und die Geltendmachung eigener Interessen, zunehmend als Sicherheitsvorsorge in Zeiten bedrohlich werdender Armut definiert, scheinbar spannungsfrei nebeneinander. Ein Großteil der Kirchen wirbt um Mit-Leiden mit den Armen und fordert radikale ökonomische und politische Umstrukturierungen ein, deren »Ziel eine universalisierbare Wirtschafts- und Lebensweise als Grundlage für ein solidarisches Zusammenleben aller Menschen sein muss« (Müller, Wallacher 2001: 10, auch: Deutsche Bischofskonferenz 2000). Globale Gerechtigkeit steht auch im Zentrum der aus ethisch-humanistischer Perspektive erhobenen Forderung nach einem »gerechtigkeitsfähigem Wohlstand« (z. B. Wuppertal Institut 2005). Hilfe beim Aufbau von zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Ländern des Südens und Ostens gilt als Akt der Solidarität (z. B. Frantz u. a. 2004) ebenso wie das Einwerben und Geben von Spenden für Katastrophenhilfe (z. B. www.diakonie.de).

Der Begriff Solidarität, das wird deutlich, ist ein begehrtes symbolisches Gut und streut sehr weit. Er lässt sich in zwei wesentliche inhaltliche Definitionen bündeln:

Solidarität miteinander auf der Basis wesentlicher gemeinsamer Merkmale und Interessen (z. B. Frauenbewegung, ArbeiterInnenbewegung) und

Solidarität mit anderen als individuelle, auf der Grundlage von Werten und als Teil des persönlichen Lebensentwurfs getroffener Entscheidung (z. B. Dritte-Welt-Bewegung; Kößler, Melber 2002: 25 ff.).

Im Folgenden wird nicht die auf gemeinsamen Lebenslagen beruhende Solidarität diskutiert. Noch sollen bi- und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit auf den Wahrheitsgehalt der von ihnen in Anspruch genommenen Solidarität überprüft werden. Es wird vielmehr um zivilgesellschaftliche Akteure gehen, die sich in der BRD im Bereich dessen, was wir im weitesten Sinne Entwicklungszusammenarbeit nennen, unter das Banner von Solidarität stellen. Dabei ist zu präzisieren: der alten BRD. Die staatlich verordnete, kontrollierte und kanalisierte Solidarität in der vormaligen DDR ging weitgehend sehr andere Wege, die hier ebenfalls nicht verfolgt werden.

Zivilgesellschaftliche Akteure sind in den letzten Jahren relativ umfassend beforscht worden. Aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit hingegen liegen zumindest im deutschsprachigen Raum noch sehr wenige Studien vor. Dabei handelt es sich überwiegend um phänomenologische Typisierungen, sektorspezifische historische Abrisse und politologische Funktionsbestimmungen. Des Weiteren existieren Analysen spezifischer Kampagnen, wie z. B. die Jubilee-Entschuldungskampagne, und Problemlagen, wie z. B. die Beziehung zwischen NRO aus dem Süden und dem Norden oder die Zusammenarbeit mit dem Militär in Nothilfe und post-Konfliktsituationen. Theoretisierungen sind bislang nur in ersten Ansätzen geleistet worden (vgl. v. a. Kößler, Melber 1993; 2002).

In diesem Beitrag sollen drei Phasen von sozialen Bewegungen nachgezeichnet werden, die ihre politische Identität im Kontext des Nord-Süd-Verhältnisses verorteten und sich als Ausdruck von Solidarität verstehen:

1. Solidaritätsbewegung,
2. Dritte-Welt-Bewegung,
3. Globalisierungskritik.

Sie lassen sich weder zeitlich noch vom Typus her trennscharf voneinander abgrenzen, markieren gleichwohl ein je spezifisches Selbstverständnis und Handlungsprofil. Die entwicklungsstrategischen Orientierungen, auch das soll kurz skizziert werden, stehen in engem Zusammenhang mit innenpolitischen und internationalen Konstellationen, deren Deutung die Neigung zu bestimmten entwicklungstheoretischen Ansätzen stark beeinflusst.

Solidaritätsbewegung

Die frühe Solidaritätsbewegung bezog sich ganz auf die kolonialen Befreiungsbewegungen. Auf dem Hintergrund der von der Adenauer-Republik forcierten deutsch-französischen Freundschaft spielte dabei insbesondere der algerische Befreiungskrieg eine große Rolle. Der solidarische Impuls war zu dem Zeitpunkt noch nicht organisationskonstituierend. Vielmehr trug er zur Politisierung und Fraktionsbildung innerhalb bestehender Organisationen wie z. B. der Naturfreunde-Jugend, den Falken (Jugendgruppe der SPD), der SPD selbst, den Gewerkschaften, der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) bei. Sie alle teilten die moralische Empörung über den »schmutzigen Krieg« (Balsen, Rössel 1986: 64 ff.) Frankreichs in Algerien mit seinen massiven Menschenrechtsverletzungen und unterstützten die Front de Liberation Nationale (FLN), die algerische Befreiungsbewegung.

Der Protest gegen den Krieg in Vietnam fiel dann schon in den Beginn der Studentenbewegung und wurde unmittelbarer Bestandteil von ihr. Er erfasste eine Jugend, die sich gegen die Aufrüstung der BRD und die Eingliederung in die NATO wehrte und deren Bild der USA, vom Mit-Befreier vom Faschismus, sich ange-

sichts des gegen eine ganze Bevölkerung geführten Napalmkrieges rapide verdunkelte. Die mit der sog. Dominotheorie – mit Süd-Vietnam wird ganz Südostasien in kommunistische Hände fallen – begründete militärische Ablösung Frankreichs seitens der USA und das immer bedenkenlosere militärische Vorgehen wurde nun aus der Perspektive von Imperialismuskritik analysiert und in eine Verbindung zu innenpolitischer Kritik gestellt. Die StudentInnen verstanden sich als politischer Akteur sui generis und forderten ein politisches Mandat für die studentischen Vertretungen im Besonderen und die Universitäten im Allgemeinen.

In den abschließenden Worten Herbert Marcuses bei dem Vietnamkongress in Frankfurt/Main 1966 wird dieser Zusammenhang sehr deutlich, auch, wie stark er von einem moralischen Impuls getragen war.

»Man fragt immer noch, ob die Universität etwas mit Politik zu tun haben soll. [...] Aber sicher hat Ethik einen legitimen Platz an der Universität. [...] Es gibt keine Notwendigkeit, weder strategisch, noch technisch, noch national, die rechtfertigen könnte, was in Vietnam geschieht [...] das ist Schuld und dagegen müssen wir protestieren, selbst wenn wir glauben, dass es hoffnungslos ist, einfach um als Menschen überleben zu können und vielleicht für andere doch noch ein menschenwürdiges Dasein möglich zu machen« (zitiert nach Weckel, Ramming 1997: 14).

Der Vietnamkongress in West-Berlin im Februar 1968 mit ca. 5 000 TeilnehmerInnen stellte sich dann ganz bewusst in den Kontext weltweiter revolutionärer Kämpfe in den Ländern des Südens – »schafft zwei, drei, viele Vietnam!« – und in den Hochburgen des Imperialismus in Westeuropa. Rudi Dutschke begann seine Rede mit den folgenden Worten: »Jede radikale Opposition gegen das bestehende System, das uns mit allen Mitteln daran hindern will, Verhältnisse einzuführen, unter denen die Menschen ein schöpferisches Leben ohne Krieg, Hunger und repressive Arbeit führen können, muss notwendigerweise global sein« (zitiert nach Görlich 2002: 172).

Der schöne Satz Che Guevaras »Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker« stand ohne Widerspruchsempfinden neben der Identifikation mit »emanzipativer Gewalt« und der Unterstützung des bewaffneten Kampfes. Vielmehr galt die materielle und finanzielle Förderung des militärischen Kampfes von Befreiungsbewegungen als wesentlicher Teil internationaler Solidarität. Die Berliner Tageszeitung rief die Spendenaktion »Waffen für El Salvador« ins Leben und weitete die Aktion auf den Kampf der sandinistischen Bewegung in Nicaragua aus. Die Tupamaros in Uruguay und die brasilianische Stadtguerilla wurden zu Vorbildern militanter Aktionen und Organisationen der allerdings zunehmend zerstrittenen Studentenbewegung. »Sieg im Volkskrieg« lautete ein beliebter Slogan.

Die Solidarität mit Chile nach dem Putsch von 1973 hingegen äußerte sich, v. a. im universitären Milieu, vorwiegend in unterschiedlichen Formen von ziviler Großzügigkeit, der Aufnahme von EmigrantInnen und in allgemeiner Öffentlichkeitsarbeit. Mit der Zeit entstanden mit Unterstützung aus vielen gesellschaftlichen Kreisen länder- oder regionalspezifische Bewegungen. Sie gründeten Infor-

mationszentren, wie z. B. das Forschungs- und Dokumentationszentrum Lateinamerika (FDCL) Berlin, die ihrerseits, v. a. in Universitätsstädten, zu Zentren der organisierten Solidaritätsbewegung heranwuchsen.

Der andere wesentliche Bezugspunkt von internationaler Solidarität lag in Afrika. Da war zum einen der Kampf von Befreiungsbewegungen z. B. in Zimbabwe, Angola und Mosambik. Die Beteiligung deutschen Kapitals an Modernisierungsprojekten, welche die Interessen der breiten Bevölkerung weitgehend außer Acht ließen, wie im Fall von Siemens beim Bau des Staudamms von Carborá Bassa, wurde zum Gegenstand fundiert angelegter Informationskampagnen und öffentlichen Protests. Vor allem der Kampf gegen die Apartheid in Südafrika – auch dort wurde die Beteiligung deutscher Firmen (Volkswagen, Mercedes) skandalisiert – trug erheblich zur Verbreiterung der sozialen Basis und der Aktionsformen von Solidarität bei. Der Protest ging bis weit in die Amtskirchen hinein. Der protestantische Weltkirchenrat erklärte »Apartheid ist Sünde«, evangelische Frauengruppen riefen zum Früchteboycott auf. Der evangelische Kirchentag entwickelte sich zum Forum der Solidaritätsbewegungen. Angebunden an kirchliche Orte entstanden Dritte-Welt-Läden, die den Verkauf ihrer Produkte mit Informationen verknüpften und so den Gedanken des politischen Konsums einführten. Erstmals wurde ein aktiver Bezug zwischen dem Alltagshandeln im Norden und Lebensweisen und Chancen im Süden hergestellt. Es wurden aber auch Gelder für die Unterstützung von ANC und SWAPO gesammelt, und dies in voller Kenntnis der Tatsache, dass diese Mittel auch in die Beschaffung von Waffen flossen. Insbesondere nach dem Aufstand in Soweto von 1976 entzündete sich eine breite moralisch-ethische und politische Debatte über Apartheid, verbunden nun auch mit der Diskussion der Frage, welche politischen Kräfte zu unterstützen seien.

Durch welche Motivlage war die Solidaritätsbewegung charakterisiert? Wie das Marcuse-Zitat deutlich macht, war hier Sensibilität für einen Schuldzusammenhang am Werk, die sich von Faschismuskritik zu Kapitalismus- und Imperialismuskritik fortentwickelte. »Kapitalismus führt zum Faschismus – Kapitalismus muss weg!« skandierten die StudentInnen zum Takt ihres Laufschriffs bei Demonstrationen. Verletzter Gerechtigkeitssinn, Empörung und moralische Entrüstung bildeten eine noch diffuse Menschenrechtsargumentation heraus. Die stand relativ unvermittelt neben der Identifikation mit den kolonialen Befreiungsbewegungen und ihren mit bewaffneter Gewalt ausgetragenen Kämpfen. Neben Spendensammlung war Öffentlichkeitsarbeit im Dienste der Bewusstseinsbildung über Ungleichheiten, Ungerechtigkeiten und Verantwortungszusammenhänge die vorrangige Handlungsform. Persönlichen Kontakten, Einladungen und Besuchen im Land kam eine relativ große Bedeutung zu. Es entwickelte sich eine Fülle kleinteiliger Städte-, Kiez-, Schul- und Kirchengemeindepartnerschaften, die von Aufbau-Hilfen und längerfristigen Patenschaften zunehmend zu regulärer Projektförderung übergingen.

Der primäre Funktionsmodus von Solidarität war Identifikation. Zwar verschmolzen die Horizonte der Hoffnung auf Veränderung in Süden und Norden –

in den Worten Rudi Dutschkes »mittels Weltrevolution die freie Gesellschaft freier Individuen erlangen« (zitiert nach Kößler, Melber 2002: 53) –, aber der Vorsprung an Kampf und Aktion seitens der Befreiungsbewegungen im Süden schien einen inhaltlichen und strategischen Austausch auszuschließen und lediglich fraglose Unterstützung zuzulassen. Vorstellungen über die gesellschaftliche Gestaltung nach dem – vorrangig staatlichen – Projekt kolonialer Befreiung wurden weder diskutiert noch erfragt. Die Befreiungsbewegungen erfuhren Unterstützung in den von ihnen vorgegebenen Zielen. Kritische Solidarität war nicht Teil des Selbstentwurfs. Eine blockierte und zensierte Wahrnehmung übersah Repression und Menschenrechtsverletzungen. Es dominierte »stiller Glaube vor kritischer Analyse« (Duffield 2001: 33), ein Glaube ohne eigene Maßstäbe und daraus erwachsender kritischer Auseinandersetzung mit den Zielsetzungen, Strategien und Handlungsweisen der Befreiungsbewegungen. Von der Faktenlage her durchaus berechnete Anklagen von politisch konservativer Seite wurden auf dem Hintergrund des Kalten Krieges in Vasallentreue abgewehrt. Diese Haltung war begünstigt durch die Tatsache, dass die – bewunderten, auch romantisierten – Gewährsleute vor Ort die wesentliche Informationsquelle ausmachten.

Das Beschweigen der inhaltlichen Basis von Solidarität wurde spätestens dann unhaltbar, als Befreiungsbewegungen an die Macht gelangten. Nun erwies sich: das nachkoloniale Projekt war durchaus nicht immer eine radikal neue, solidarisch strukturierte Gesellschaft. Einschüchterung und Repression großer Bevölkerungsgruppen, zentralistische Strukturen, eine durch deren geschickte Stipendienpolitik geförderte blinde Orientierung an Sowjetunion oder DDR, Fraktionskämpfe innerhalb der Befreiungsbewegung, eine isoliert lebende Funktionärskaste, Selbstbereicherung, machistischer Personenkult (Martin 2006) waren nicht mehr zu übersehen. Die alten Gesprächspartner, jetzt in Regierungsfunktionen, waren oft kaum mehr erreichbar. Es wurde unklar, wem Solidarität zu gelten hat, der Befreiungsbewegung, die jetzt Regierungsgewalt ausübt, der herrschenden Partei, den Prinzipien, für die sie eigentlich eintreten sollte oder den Menschen, die unter Kolonialismus und vorangegangenen Diktaturen gelitten und sich am Kampf beteiligt hatten. Oft wurde der Konflikt einfach durch Abwendung gelöst. Das fiel umso leichter, als die Solidaritätsbewegung meist kein Verhältnis zu nationalen und lokalen Kulturen entwickelt hatte. In Frankfurt/Main hatten sich 1975 Linke und Feministinnen zu Walpurgisnacht und Tanz in den 1. Mai zusammengefunden und feierten gemeinsam in der Frankfurter Oper. Als in das Fest hinein die Nachricht vom Einmarsch der siegreichen Truppen Hanois in Saigon verkündet wurde, sang die freudig bewegte Menge »Venceremos«, das Wahlkampflied der Unidad Popular Chiles. Die sehr wenigen anwesenden Vietnamesen standen einsam am Rand; einer von ihnen weinte.

Mit der Machtübernahme der vormaligen Befreiungsbewegungen waren also grundsätzliche Fragen an internationale Solidarität aufgeworfen. Eine Neubestimmung dessen, was solidarische Parteinahme heißen kann und muss, war erforder-

lich und v. a. auch das Erarbeiten eigener Maßstäbe. Das Eintreten für nationale Selbstbestimmung war nicht mehr ausreichend. Um glaubwürdig zu bleiben, musste der Solidaritätsbegriff inhaltlich neu gefüllt und mussten eigene politische und gesellschaftliche Positionen erarbeitet werden.

Dritte-Welt-Bewegung

Der Übergang von der Solidaritätsbewegung zur Dritte-Welt-Bewegung, inhaltlich aus der Krise der Solidaritätsbewegung erwachsen, war ein zeitlich und organisatorisch fließender. Nach und nach konsolidierten sich eigene Handlungsfelder, Themenbündelungen und Kampagnen schälten sich heraus, die Öffentlichkeitsarbeit wurde fachlich fundierter und zunehmend mit der Herstellung von Aktionsbündnissen verbunden. 1977 gründete sich der Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) als zugleich Forum und sozialer Akteur von Solidaritätspolitik. In Auseinandersetzung mit entwicklungstheoretischen und strategischen Theorien wurden eigene Maßstäbe erarbeitet und dabei vorsichtige Konkretisierungen eines menschenrechtlichen Rahmens formuliert. Ermutigung erfuhr der Prozess des Neuentwurfs von den Kirchen. Bis vor wenigen Jahren wurde der BUKO durch die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) gefördert, deren Kammer Entwicklungspolitik ihrerseits die in den 70er und v. a. in den 80er Jahren verfolgten Entwicklungsstrategien kritisch begleitete. Enzykliken und Grundsatzpapiere der katholischen Kirche plädierten emphatisch für einen Nord-Süd-Ausgleich (Gabriel u. a. 1995: 19 ff.). 1980 bekannte sich die neu gegründete Zeitschrift »Peripherie« dezidiert zu kritischer Solidarität. Sie wurde ein wichtiges Forum für die anstehenden Klärungsprozesse.

Neu an den Dritte-Welt-Gruppen war:

- Sie verstanden sich dezidiert als Teil von Zivilgesellschaft und neuen sozialen Bewegungen und wurden auch so wahrgenommen. In diesem Verständnis richteten sie sich im Wesentlichen und nun auch konzeptionell untermauert an zivilgesellschaftliche Gruppen in Ländern des Südens.
- Sie konzentrierten sich in der Regel auf einen Ansatzpunkt, z. B. fairer Handel, ein Land oder eine Region, ein spezifisches Projekt.
- Sie knüpften über themenorientierte internationale Kampagnen in wachsendem Maße internationale Kontakte und verstetigten sie in Netzwerken.
- Sie entwickelten zunehmend professionalisierte Verfahrensweisen und Organisationskulturen und bewegten sich fort von einer Politik der Straße hin zu Lobbystrategien.
- Die Organisationsformen veränderten sich, kleine Arbeitseinheiten mit auch bezahlten Stellen wurden eingerichtet, Vereine gegründet, Gemeinnützigkeit angestrebt (Weckel, Ramminger 1997: 13 ff.).

Innerhalb der Dritte-Welt-Bewegung wurden erste Ansätze zu einer Kritik der Modernisierungstheorie und der Rezeption von post-kolonialen und *post-development*-Theorien entwickelt. Die Neu-Orientierung fand in Anlehnung an die *dependencia*-Theorie mit Grobkonzepten von unterschiedlichen, oft noch diffusen Schwerpunktsetzungen statt. In der Diskussion waren Ansätze von *self reliance*, »alternativer Entwicklung«, *people-centered* oder auch *eco-development*, »frauenfreundlicher Entwicklung« (Nederveen Pieterse 2001: 73 ff.). Immer wurden innengeleitete und gesteuerte Entwicklung und Emanzipation miteinander gedacht. Selbsthilfe, verstanden als die Organisation von Autonomie und Widerstand, Partizipation und Einbezug lokalen Wissens waren zentral. In der Perspektive von Empowerment wurden partizipative Verfahrensweisen entwickelt, die dann Mitte der 1980er Jahre als Sozialtechniken in die neoliberal strukturierte staatliche Entwicklungszusammenarbeit Eingang fanden.

Dritte-Welt-Gruppen verstanden sich mehrheitlich als soziale und politische Akteure, die Solidarität mobilisieren und in Projekten selber praktizieren. Insgesamt aber bildete sich kein konsistentes entwicklungspolitisches Paradigma heraus. Vielmehr herrschte ein normatives Wunschbündel von »anders« und »gerechter« mit eher diffusen Vorstellungen sozialer Transformation vor. Eine systematische Zusammenarbeit gesellschaftlicher Gruppierungen wie Gewerkschaften, Umwelt-, Frauengruppen, die sich mit weitgehend getrennt gedachten Bereichen befassten, gab es noch kaum.

Als Ulrich Menzel 1992 mit dem Büchlein »Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der Großen Theorie« seine große Beschimpfung von Solidaritäts- und Dritte-Welt-Bewegung publizierte, war die Krise des Solidaritätsgedankens und seiner bisherigen Realisierung in aller Munde. Bislang hatten, in welcher Ausprägung auch immer, Entwicklungsökonomie und Entwicklungssoziologie in den Entwicklungsländern einen spezifischen Fall gesehen, für den eigene theoretische und strategische Parameter gelten (Nederveen Pieterse 2001: 41 f.). Mit der nach 1989 an Dynamik gewinnenden weltweiten Durchsetzung neoliberaler Politik und konzerngesteuerter Globalisierung verlor die klassische Drittweltarbeit den spezifischen Gegenstand »Entwicklungsland«.

Jetzt kamen die Krisenimpulse von zwei Seiten:

Auf der einen Seite stellten, im Wesentlichen auf intellektueller Ebene, *post-developmental*istische Ansätze die Modernisierungsziele, die sowohl in der Modernisierungs- als auch in der *dependencia*-Theorie zum Tragen kamen, in Frage (Sachs 1992, Escobar 1995).

Auf der anderen Seite erlebte die Modernisierungstheorie, nun ohne praktisch ernst zu nehmendes Gegenmodell, nach 1989 in neoliberaler Theorie und Politik eine weltweite Renaissance.

Der Staat, vormalig Raum und wesentlicher Akteur von Entwicklung, wurde nun durch Auflagenpolitik mittels Deregulierung und Liberalisierung entmächtigt und seiner Potenziale der kollektiven Daseinsvorsorge weitgehend beraubt. Ein

entwicklungspolitischer Sonderfall galt nicht mehr als gegeben. Die strategische Vorgabe lautete »one size fits all«, die entwicklungspolitische Aufgabe, die Entwicklungsländer »fit für die Globalisierung« zu machen, theoretischer ausgedrückt, ihre systemische Wettbewerbsfähigkeit zu unterstützen. Armutsbekämpfung trat an die Stelle von sozialer Entwicklung.

Menzels Selbstabmeldung alternativer Theorie war ein Symptom für die große Verunsicherung über Adressaten und PartnerInnen von Solidarität, zu unterstützende Orientierungen, die Reichweite politischen Handelns vor Ort überhaupt. Das Ende des Kalten Krieges setzte neue Rahmenbedingungen. Politische Regime, insbesondere Entwicklungsdiktaturen, wurden neu bewertet. Die Hegemonie der Neo-Klassik und das Einbiegen, sei es unter Druck, Anreizen oder Resignation, der meisten Entwicklungsländer in den neoliberalen Mainstream, teilweise, wie z. B. in Nicaragua, unter aktiver Mitwirkung der vormaligen revolutionären Helden, führten zu einem krisenhaften Motivationsverlust. Alte Themen nahmen neue Form an. Elemente der Kritik an der Modernisierungstheorie verknüpften sich, reichhaltig empirisch gesättigt und verbunden mit ökologischen Problemlagen, mit Zweifeln am linearen Fortschrittsmodell. An die Stelle einer Rhetorik der nachholenden Entwicklung trat nun die von nachhaltiger Entwicklung, ohne dass sich je ein konturiertes Entwicklungsmodell herausbildete. Die Renaissance der Modernisierungstheorie mit ihrem Wachstums- und *trickle down*-Wohlfahrtsversprechen legte sich autoritativ und erdrückend über jeden, auch ihren eigenen, Widerspruch. Das alte Gerechtigkeitsthema wurde in den Dimensionen von Inklusion und Exklusion definiert und zunehmend mit Sicherheitsrelevanz ausgestattet.

In dieser Situation wurden erstmals selbstreflexive Studien zur Situation von Solidaritätsbewegung und Dritte-Welt-Gruppen initiiert (Weckel, Ramming 1997) und systematischere Überlegungen zu »der Verknappung der Ressource Solidarität« (Gabriel u. a. 1995: 10) angestellt, v. a. aber auch über die der neuen Lage angemessene Ausdrucksformen von Solidarität (Kößler, Melber 1993; 2002).

Globalisierungskritik

Nach dem Ende des Kalten Krieges und dem offenen Eingeständnis, bislang vorwiegend geostrategisch gelenkt gewesen zu sein und fragwürdige Regime unterstützt zu haben, musste Entwicklungspolitik sich neu begründen. Die Umorientierung fand in Kontext neo-liberaler Parameter statt. Der radikal auf Marktkräfte setzende Washington-Konsens prägte Entwicklungsstrategien und Selbstentwurf der Entwicklungsagenturen. Der Kunde trat an die Stelle des Staatsbürgers. Kundenorientierung, Unternehmensleitbild und Umsatzzahlen avancierten zu Erfolgsindikatoren (Wolfensohn 1997). Unter dem Eindruck der zunehmenden Anzahl fragiler bzw. zerfallender Staaten wurden mit Hilfe des Griffs zur Institutionen-

ökonomie staatliche Strukturen und Leistungen, nun als Teil einer globalen Sicherheitsarchitektur verstanden, wieder ein Stück aufgewertet.

Die BRD ihrerseits reagierte mit einander in rascher Abfolge ablösenden, unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen. 1998 legte sie eine Programmatik globaler Strukturpolitik vor, die, im Dienste gerechterer Entwicklungschancen weit über den bislang dominierenden Fokus auf Projekte, Entwicklung blockierende oder konterkarierende Sektorpolitiken ins Visier zu nehmen versprach. Im Jahr 2000 führte das BMZ nach Wachstumspotential, nicht nach Bedarfslagen ausgewählte Schwerpunkt- und Partnerländer ein, deren »systemische Wettbewerbsfähigkeit« es zu fördern gilt. Mit den Millenniumsentwicklungszielen wurde absolute Armut systemimmanenter Armutsminderung überantwortet. 2004 wurde mit der Einführung von Ankerländern die Konzentration auf Länder »mit wirtschaftlichem Gewicht und politischem Einfluss« (BMZ 2004: 5) noch verstärkt. Begleitet ist diese Entwicklung von einem doppelten Diskurs: der Sicherheit und der Solidarität.

Die sich nach 1989 formierende globalisierungskritische Bewegung kommt aus ganz unterschiedlichen thematischen und sozialen Bereichen. Die mit Nord-Süd-Fokus arbeitenden Gruppen sind nur ein Teil von ihr und bei weitem nicht der größte. Gemeinsam ist ihnen allen die Kritik an den Grundzügen neoliberaler Politik mit ihrer Betonung marktförmiger Prozesse, mit Sozialabbau und Demontage demokratischer Gestaltungsmöglichkeiten des Gemeinwohls und dem absoluten Vorrang des *shareholder value*. Ein verbindendes Element ist auch, dass die Erfahrungen mit dieser Politik, die zunächst mit der Strukturanpassung in vollem Umfang nur die Entwicklungsländer zu treffen schienen, in rasanter Geschwindigkeit die Länder des Ostens und auch die des Nordens selber erreichen. Die Theoretisierungen dieser Erfahrungen seitens des Südens werden in wachsendem Maße auch für den Norden relevant. Lokale Interventionen situieren sich argumentativ in globalen Kontexten. Solidarität äußert sich nun in globalem Denken und in der Bereitschaft, sich auf globale Lernprozesse und Allianzen einzulassen.

Inhaltlich gibt es sehr unterschiedliche Strömungen, die von diversen Schattierungen von Linkspositionen bis zu postmodern inspiriertem Denken reichen. Das thematische Spektrum ist breit gestreut und umfasst Umwelt und Natur, Feminismus und Frauenpolitik, Menschenrechte, Arbeitsrechte, soziale Entwicklung, Gesundheit, Landwirtschaft, Technikfolgen, Finanzmärkte u. v. m. Der Fortschritt von Informations- und Kommunikationstechnologien ermöglicht internationale Vernetzungen von großer Intensität und hoher Reaktionsgeschwindigkeit. Daneben stehen neue, oft lange Vorbereitung erfordernde Aktionsformen, wie z. B. die Weltsozialforen oder die Begleitaktionen zu den G7/G8-Treffen, die von oft spannungreichen Bündnissen ins Werk gesetzt werden. Mittlerweile haben die vielfältigen internationalen Kontakte so etwas wie einen globalisierungskritischen Jetset hervorgebracht.

Das Verbindende sind zunächst einmal Themen und gemeinsame, auf der Basis grober Verständigungen über Vorstellungen von Gerechtigkeit und gesellschaftli-

cher Teilhabe erarbeitete Grundpositionen. Diese basieren mehr oder weniger explizit auf Begriffen von Menschenwürde und Menschenrechten. Sie zielen auf globale Umverteilung, auf die Internalisierung der ökologischen und sozialen Kosten der konzerngesteuerten Globalisierung und auf über einen anderen Umgang mit Natur hergestellte Generationengerechtigkeit.

Ein spezifischer Länderbezug tritt ein Stück zurück hinter einer Bandbreite von Themen, die unter Verweis auf einzelne Länder illustriert werden. In dieser Perspektive werden gemeinsame Kampagnen durchgeführt und längerfristige, thematisch gebündelte Partnerschafts- und Bündnisbeziehungen aufgebaut, die durchaus verschiedene Praxisfelder miteinander verknüpfen. Öffentlichkeitswirksame Protestaktionen sind ebenso Teil des Handlungsrepertoires wie der Versuch, durch diskrete, hoch professionelle Lobbypolitik Gehör und Einfluss bei staatlichen wie nicht-staatlichen Akteuren zu erlangen. Eine beachtliche Anzahl von mit anerkannter Expertise ausgestatteten *Advocacy* Organisationen praktiziert einen Spagat zwischen aktivierender globaler Verknüpfung von lokalen Gruppen und Verfertigung wissenschaftlich fundierter Studien für Selbstqualifizierung wie öffentlichen Konsum.

Ausblick

Die Mehrzahl der globalisierungskritischen Gruppen und Organisationen sieht sich als Teil einer globalen Zivilgesellschaft und versteht ihre Handlungsstrategien als dem Postulat grenzüberschreitender Solidarität verpflichtete zivilgesellschaftliche Mehrebenenpolitik. Aber, so beobachten manche, es fehlt ein wesentliches Element: »Solidarität – nicht nur auf der Ebene begrifflicher Auseinandersetzung, sondern eben auch unverzichtbar auf jener des ›Gefühls‹ und endlich auch der Praxis – ist eine drängende Aufgabe bei der Formulierung zukunftsorientierter Perspektiven geblieben« (Köbler, Melber 2002: 149 f.).

Die globale Zivilgesellschaft im Allgemeinen und ihre globalisierungskritischen Kräfte im Besonderen sind mittlerweile Gegenstand der Forschung zu sozialen Bewegungen, internationalen Beziehungen, Entwicklung und Global Governance. Ihr ist eine eigene Zeitschrift mit angesehenen AutorInnen – *Global Civil Society* – gewidmet, deren Beiträge im Internet abrufbar sind. Das Themenspektrum der Forschungen und Erörterungen zur globalen Zivilgesellschaft streut weit: Formen der internationalen Zusammenarbeit, Spannungen zwischen Nord- und Süd-NGOs, Zielkonflikte bei der Kooperation mit Regierungen, Funktion von NGOs in Global Governance und Mehrebenensystemen, Verstrickung in globale Machtgefüge, Koalitionsbildungen, Finanzierung, NGO als globale demokratische Legitimationsressource oder Demokratieersatz, Probleme interner Demokratie und Transparenz, Mobilisierungsbedingungen, Probleme zivilmilitärischer Zusammenarbeit u. v. m. Interessanterweise ergibt eine Durchsicht von

ca. einem Dutzend Publikationen der jüngeren NGO-Forschung, dass sie sich aller denkbaren Themen und Schwerpunkte annimmt, den Aspekt der internationalen Solidarität aber nicht für erwähnenswert hält. Insofern könnte die anlässlich des G8-Treffens 2007 geäußerte Aufforderung durchaus nicht überflüssig sein: »Wir – ChristInnen aus ganz verschiedenen Ländern der Erde, aber vor allem aus dem sog. ›Süden‹, wo sich die tödliche Logik der neoliberalen Globalisierung am deutlichsten zeigt, der aber zur Zeit auch ein Erstarren der Basisbewegungen, der Selbstorganisation und des Protests gegen diese Logik erlebt – wir fordern Euch auf: Seid solidarisch! Solidarisch mit der wachsenden Zahl von Menschen, die bei uns und bei Euch auf der Schattenseite stehen, die Arbeit, ihr Zuhause, ihre Gesundheit oder ihr Leben verlieren, weil sie für die Profitmaximierung überflüssig sind oder im Wege stehen« (G8-Aufruf).

Literatur

- Balsen, Werner; Rössel, Karl (1986): Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik. Köln: Kölner Volksblatt Verlag.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2004): Ankerländer. Partner für globale Entwicklung. Ein Positionspapier des BMZ. <http://www.bmz.de/de/service/infothek/fach/spezial/spezial116pdf.pdf> (letzter Aufruf: 15.12.2008).
- Deutsche Bischofskonferenz (2000): »Gerechter Friede«. www.dbk.de/gerechterfriede/ (letzter Aufruf: 15.12.2008).
- Duffield, Mark (2001): Global Governance and the New Wars. The Merging of Development and Security. London, New York: Zed Books.
- Escobar, Arturo (1995): Encountering Development. The Making and Unmaking of the Third World. Princeton: Princeton University Press.
- Frantz, Christiane; Klein, Ansgar; Rohde, Markus; Willems, Ulrich (2004): Advokaten internationaler Solidarität. Zivilgesellschaftliche Organisationen in Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit. http://www.iisi.de/fileadmin/ISI/upload/papers/editorial_1_2005.pdf (letzter Aufruf: 15.12.2008).
- G8-Aufruf (2006) in: Rundbrief Nr. 26 des Institut für Theologie und Politik, S. 1 f.
- Gabriel, Karl; Keller, Sabine; Nuscheler, Franz; Treber, Monika (1995): Handeln in der Weltgesellschaft: Christliche Dritte Weltgruppen. Hrsg. von der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz: Bonn.
- Görlich, Christopher (2002): Die 68er in Berlin. Schauplätze und Ereignisse. Berlin: Kai Homilius Verlag.
- Köbller, Reinhart; Melber, Henning (1993): Chancen internationaler Zivilgesellschaft. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Köbller, Reinhart; Melber, Henning (2002): Globale Solidarität? Eine Streitschrift. Frankfurt/Main: Brandes & Apsel.
- Martin, Marko (2006): »Alte Revolutionäre, neue Populisten. Gespräch mit Sergio Ramirez über Vergangenheit und Gegenwart Nicaraguas«. In: Kommune 4, S. 48-53.
- Menzel, Ulrich (1992): Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Müller, Johannes; Wallacher, Johannes (2001): Entwicklungszusammenarbeit im Zeitalter der Globalisierung. Argumente zwischen Eigeninteresse und Altruismus. <http://www.hfph.mwn.de/igp/res/EZBegrueundung.pdf> (letzter Aufruf: 15.12.2008).
- Nederveen Pieterse, Jan (2001): Development Theory. Deconstructions/Reconstructions. London: Sage Publications.
- Sachs, Wolfgang (Hrsg.) (1992): Wie im Westen so auf Erden. Ein polemisches Handbuch zur Entwicklungspolitik. Hamburg: Rowohlt (rororo Handbuch 6343).
- Weckel, Ludger; Ramminger, Michael (1997): Dritte-Welt-Gruppen auf der Suche nach Solidarität. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Wolfensohn, James D. (1997): Wirtschaftspolitik und nachhaltige Entwicklung. Bonn: Deutsche Stiftung für Entwicklung.
- Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (Hrsg.) (2005): Fair Future. Ein Report des Wuppertal Instituts. München: C. H. Beck.

Gemeinsam und verschieden: fragend schreiten wir voran

Internationale Frauensolidarität im Kontext von *Global Governance*

Internationale Solidarität war stets vom Band der Brüderlichkeit umschlungen. Doch bereits seit der Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelten Frauenorganisationen im Zeichen schwesterlicher Verbundenheit einen eigenständigen Internationalismus und eine autonome internationale Solidarität. Damals wie heute ist die zentrale Fragestellung: Wie organisiert sich transnationale Solidarität im Spannungsverhältnis zwischen einer kollektiven Frauenidentität und den vielfältigen Unterschieden zwischen Frauen?

Die internationale Frauenbewegung, die sich seit Beginn der 1970er Jahre zunächst langsam, dann strategisch zielgerichtet um die Achse großer UN-Konferenzen formierte, schrieb ein neues Kapitel in der Geschichte internationaler Frauensolidarität. Transnationale Solidarisierung war die Voraussetzung für die Erfolge, die sie im Kontext der *Global Governance* Regime erzielte. Der folgende Beitrag beschäftigt sich mit verschiedenen Phasen und Formen von internationaler Frauensolidarität in diesem globalen Politikrahmen.

Begriffliche Annäherung

Der Begriff der Solidarität im Sinne von Eins-Sein und Verschwisterung hatte in den 1970er und 1980er Jahren eine große kampf- und bewegungspolitische Popularität. In den 1990er Jahren wurde er jedoch durch den der Identitätspolitik verdrängt. Dies verweist auf das Kerndilemma globaler Frauensolidarisierung: wenn Solidarität das Engagement für gemeinsame Interessen meint, welche Interessen von Frauen sind transnational gemeinsam? Wenn Solidarität die Herstellung eines kollektiven politischen Subjekts und einer entsprechenden kollektiven Handlungsfähigkeit zum Ziel hat, auf welche kollektive Identität der Fraueninternationale stützt sie sich dann?

Robin Morgan verkündete bereits 1984: »Sisterhood is global« und behauptete aus Sicht des westlichen Feminismus die »internationale Frauenbewegung« als neue »weltweite politische Kraft« mit einer »gemeinsamen Weltsicht« als Folge einer »gemeinsamen Ausgangslage« (Morgan 1984). Postkoloniale Feministinnen kritisierten dieses Konzept von globaler Schwesternschaft umgehend und warfen westlichen Aktivistinnen und Wissenschaftlerinnen einen Essentialismus vor, der Frauen des Südens generalisierend als Opfer männlicher Unterdrückung charakte-

risiere und wenig Raum für historische und kulturelle Kontextanalysen ließe (DAWN 1985; Mohanty 1988).

Zur Bezeichnung solidarischer Akteurinnen vermeiden einige Politik- und Bewegungsforscherinnen seit den 1990er Jahren den Begriff Bewegung und benutzen spezifischere Begriffe wie »transnational advocacy networks« (Keck, Sikkink 1998), »transnational feminist practices« (Grewal, Kaplan 1994), »global feminist advocacy« (Charckiewicz 2004), »global moral entrepreneurs« (Keck, Sikkink 1998) oder »global women's lobby« (Alvarez 2000). Naples und Desai (2002) kommen den jüngsten Praktiken wohl am nächsten, wenn sie von »transnational feminist solidarities« sprechen und damit die Frauensolidarität in eine Pluralität einzelner und spezifischer Solidaritäten auflösen.

Auch die Adjektive »international«, »global« und »transnational« reflektieren eine solche wachsende Differenzierung. Sie fokussieren unterschiedliche Aspekte und werden nicht einheitlich verwendet (Naples, Desai 2002: 5). »International«, zum Beispiel in internationalen Beziehungen, bezieht sich auf das Verhältnis zwischen Containerbegriffen wie Nation, Staat, Kultur, Religion bzw. auf den Zusammenschluss nationaler Organisationen. Dagegen akzentuiert der Begriff »transnational« das Grenzen und nationale Besonderheiten Überschreitende (Marx-Ferree 2007), während der Begriff »global« umfassend sowohl die Mikro- als auch die Makro-Ebene von Politik und Wirtschaft einschließt (Ruppert 2002).

Bündnis von Gleichen, Unterstützung für Andere

Die transnationale Frauensolidarität, die sich seit den 1970er Jahren entwickelte, basierte *zum einen* auf den neuen Frauenbewegungen, die sich zeitversetzt zunächst in westlichen Ländern, dann in Ländern des Südens formierten. Die Unterstützung von Emanzipationskämpfen von Frauen in anderen Ländern gründete auf der Unterstellung eines universellen Patriarchats und der Strukturgleichheit von Gewalt gegen Frauen und ihrer Unterdrückung. Gemäß der zentralen Parole des westlichen Feminismus, dass »das Private politisch ist«, standen dabei häufig körperpolitische Themen wie der Kampf gegen Bevölkerungskontrolle, für ein Recht auf Abtreibung und gegen Gewalt gegen Frauen im Vordergrund.

Zum anderen fand im Kontext einer »Dritte-Welt-Solidarität« eine Solidarisierung sowohl mit den Frauen in Befreiungsbewegungen, wie in Nicaragua und im Anti-Apartheidskampf, als auch mit den Armen, den Rechtlosen, den Unterdrückten statt. Der feministische *Third-World-Ansatz* führte zu spontanen und eher zufälligen Unterstützungsaktionen und Hilfsprojekten von Nordfrauen für Südfrauen, die unter dem Vorzeichen standen, dass der Modernisierungsvorsprung des Westens gegenüber dem Süden automatisch auch einen Emanzipationsvorsprung westlicher Frauen bedeute.

Ab 1975 boten sich das von den Vereinten Nationen auserufene »Jahrzehnt der Frau« und die drei UN-Weltfrauen-Konferenzen, die Anfang, Halbzeit und Ende der Frauendekade markierten, als ein internationales Handlungsfeld zur Entwicklung transnationaler Beziehungen und Organisationsprozesse an. Im Unterschied zu der Spontaneität, mit der internationale Solidarität zunächst verbunden war, entstand in diesem neuen politischen Handlungszusammenhang ein mühsamer, konfliktreicher Prozess der Selbstverständigung. Solidarität war hier nicht der Ausgangspunkt für Kommunikation und Kooperation, sondern das Resultat eines schwierigen transversalen Dialogprozesses und schmerzlicher Kontroversen.

Solidarisierung durch Auseinandersetzung

Auf der 1. Weltfrauenkonferenz in Mexiko Stadt begann dieser Selbstorganisationsprozess von Frauengruppen aus allen Kontinenten und Kulturen (Wichterich 1995; Ruppert 1998:14 f.). Trotz regen Erfahrungs- und Ideenaustauschs führten divergente Prioritätensetzung und der Führungsanspruch westlicher Feministinnen zu Spannungen und Kontroversen, die die Unterschiedlichkeiten und Ungleichzeitigkeiten nationaler und regionaler Frauenbewegungen reflektierten. Feministinnen aus dem Norden leiteten ihren Avantgardeanspruch aus einer kurzschlüssigen Übertragung der kollektiven Geschlechtsidentität, die sie in ihren neuen Frauenbewegungen konstruiert hatten, auf Frauen des Südens ab. Sie unterstellten essentialistisch ein weltweit strukturgleiches Patriarchat und universelle Strukturen männlicher Macht- und Gewaltausübung sowie weiblicher Opfererfahrungen (zur Kritik daran vgl. Mohanty 1988; Lenz 1996). Frauen aus dem Süden wiesen diesen universalistischen Repräsentationsanspruch von autonomen wie auch liberalen gleichheitsorientierten Feministinnen aus dem Norden zurück. Verletzt darüber, dass eigenständige Frauenbewegungen in den anti-kolonialen Kämpfen und in den post-kolonialen Staaten ignoriert oder lediglich als Ausdruck westlich geprägter Modernisierung definiert wurden, bestritten sie eine kollektive Identität und verweigerten eine Konsensbildung (Desai 2002: 28).

Überlebensfragen und soziale Ungleichheit waren für sie bestimmender als eine kollektive Geschlechtsidentität. Den alten Klassengegensatz der ersten Frauenbewegungen zwischen proletarischem und bürgerlichem Lager brachte Domitila Barrios de Chungaras, Ehefrau eines bolivianischen Minenarbeiters, mit ihren zu Berühmtheit gelangten Fragen an eine Frau aus der mexikanischen Elite auf den Punkt: »Sagen sie mir bitte, Señora, hat Ihre Lage Ähnlichkeit mit der meinen? Über welche Gleichheit werden wir reden? Scheint es Ihnen nicht so, dass wir im Augenblick, auch als Frauen, nicht gleich sein können?« (Viezzer 1985: 241).

Auch 1980 in Kopenhagen ließ sich Strittiges zunächst leichter identifizieren als Verbindendes. Gleichzeitig nutzten Politik und Medien die aufgebrochenen Differenzen, um zu spalten und den »Schwesternstreit« zu schüren. Die Ge-

gensätze in den Frauenbewegungen brachen paradigmatisch auf, als US-amerikanische Feministinnen auf das Thema Genitalverstümmelung fokussierten und Afrikanerinnen dies mit dem Verweis auf die notwendige Beschäftigung mit der Weltwirtschaftsordnung und dem Imperialismus einerseits und mit dem Postulat der Nicht-Einmischung und ihrer frauenpolitischen Souveränität andererseits ablehnten (Rowhani 1986).

Trotzdem hatten die NGO-Foren eine große Bedeutung für die Artikulation und Thematisierung, für die Sichtbarmachung, den Austausch und die wachsende Verständigungsbereitschaft von Frauen mit sehr unterschiedlichen Problemen, Lebens- und Arbeitswelten und Perspektiven. Dies galt sowohl für die transkontinentale Nord-Süd-Kommunikation als auch für die regionale Kooperation. Die peruanische Feministin Virgina Vargas berichtet, dass Frauen aus den verschiedenen Ländern Lateinamerikas und Exil-Lateinamerikanerinnen aus Europa sich bei der Weltfrauenkonferenz in Kopenhagen »zum ersten Mal als lateinamerikanische Gruppe entdeckten« (Vargas 1994) und in der Folge feministische Treffen im Subkontinent organisierten.

Bei der 3. Weltfrauenkonferenz in Nairobi 1985, mit der die Weltfrauentekade endete, traten erstmals Frauen aus dem Süden, vor allem das neu gegründete Netzwerk DAWN (*Development Alternatives for Women for a New Era*) als themensetzend, diskursführend und visionär auf. DAWN schloss Frauen aus dem Norden aus, forderte die Anerkennung für eigenständige feministische Entwicklungen und Diskurse im Süden, lieferte aber gleichzeitig die Schlüsselformel zur Überwindung der alten Polarisierungen und für neue Solidarität: »Feminismus kann nicht monolithisch in seinen Themen, Zielen und Strategien sein. Es gibt und muss eine Vielfalt von Feminismen geben« (DAWN 1985: 13).

Zusätzlich zu dieser Diskursöffnung bereitete die zunehmend gefühlte Globalität von Problemen in den 1980er Jahren den Boden für eine erfolgreiche Solidarisierung. Strukturanpassung, atomare Bewaffnung, Umweltzerstörung und neue Technologien verschränkten augenscheinlich die Problemlagen von Frauen global. Aufgrund dieser Erfahrungsklammern stellte sich die Frage nach den Gemeinsamkeiten wie auch die Frage transnationalen kollektiven Handelns neu. Dies wirkte als Antriebsfeder für die Gründung einer Vielzahl transnationaler thematischer Netzwerke, die Süd- und Nordfrauen verbanden.

Diese neue Solidarität wurde hart erarbeitet und ausgehandelt. In einem nach kollektiven Identitäten suchenden, transversalen Kommunikationsprozess lernten Frauen aus allen Kontinenten, Querschnittsthemen zu identifizieren und Fäden zu verknüpfen, mit ihren Differenzen umzugehen, Debatten zu internationalisieren und Konfrontationen konstruktiv zu bearbeiten. Das Ergebnis war eine sukzessive Bündelung unterschiedlicher Themen und Strömungen sowie ein neues Bewusstsein kollektiver Stärke durch transnationale Vernetzung und transkulturelle Verständigung. Am Ende der Frauentekade (1976-1985) dominierte also eine wechselseitige Akzeptanz und Bündnisbereitschaft auf der Grundlage: »Uns eint mehr,

als uns trennt« (Wichterich 1995; Tesfa 1986). Manisha Desai nennt dies »den Durchbruch für transnationale Solidaritäten« (Desai 2002: 29). Solidarität blieb dabei eng verknüpft mit sozialen Bewegungen und dem Konzept, durch Solidarität Macht von unten, Gegenmacht, aufzubauen.

Sammelbewegung und strategische Solidarisierung

In den 1990er Jahren bot der Aufbau von multilateralen Regimen zur *Global Governance* nach dem Ende der bipolaren Weltordnung einen veränderten Rahmen für eine solidarische transnationale Frauenpolitik. Frauenorganisationen und -netzwerke sahen die Öffnung multilateraler Aushandlungsprozesse für zivilgesellschaftliche Kräfte als Möglichkeitsterrain, um Frauen- und Genderthemen auf die internationale Tagesordnung setzen und Mit-Macht innerhalb der politischen Verhandlungssysteme erreichen zu können. Um jedoch als politisches Kollektivsubjekt auftreten und institutionalisierte Politik aus einer Frauenperspektive beeinflussen zu können, war ein Prozess strategisch zielgerichteter Solidarisierung notwendig.

Transnationale *advocacy*-Netzwerke wurden zu zentralen Akteurinnen für die Organisation transnationaler Solidarität und die Vermittlung zwischen Frauenbewegungen an der Basis und staatlicher sowie UN-Institutionenpolitik. Die auf die Politikbeeinflussung zielgerichtete Mobilisierung ging über Frauenbewegungen hinaus und bezog einerseits Wissenschaftlerinnen und Expertinnen, andererseits auch Femokratinnen und Politikerinnen mit ein. Alison Woodward nennt diese Triade von Akteurinnengruppen das »samtene Dreieck von Geschlechterpolitik«. Samtig, d. h. weich, ist dieses Solidaritätsdreieck, weil die Biographien der drei Typen von Akteurinnen miteinander verknüpft sind und einige zwischen den drei Lagern wechseln (Woodward 2001: 35 ff.).

Frauennetzwerke hofften auf einen Schraubstock- oder *Sandwich*effekt, dass nämlich der Druck von oben, durch die normsetzende Programmatik der UN, zusätzlich zum Druck von unten, durch nationale Frauenbewegungen die Handlungsbereitschaft nationaler Regierungen fördern würde. Keck und Sikkink sprechen von einem Bumerang-Effekt transnationaler *advocacy*-Arbeit: wo staatliche Institutionen auf nationaler Ebene die Forderungen zivilgesellschaftlicher Kräfte abblocken, können diese vermittelt über die transnational solidarische Beeinflussung internationaler Politik Druck auf die eigene Regierung ausüben, die Reformblockaden aufzulösen (Keck, Sikkink 1998: 12).

Das 1990 gegründete internationale Netzwerk WEDO (*Women's Environment and Development Organization*) fungierte als Schaltzentrale für die weltweite Mobilisierung und Zusammenführung von vielfältigen, parallel, aber oft unverbunden agierenden Organisationen, Netzwerken und Einzelaktivistinnen. WEDO war ein neuer Netzwerktypus: im Vorstand führende Aktivistinnen aus allen Kon-

continenten, das Büro in New York, betrieben von einem multi-kulturellen Team von – in der Mehrzahl – Migrantinnen, die politisch-strategische Kultur geprägt durch den US-amerikanischen, extrovertierten Politikstil der Gründerin Bella Abzug, einer früheren US-Kongressabgeordneten.

WEDO gelang das, was Keck und Sikkink als Muster erfolgreicher transnationaler Netzwerkarbeit analysieren: sie übernahm eine Katalysatorrolle, um Frauen-NGOs weltweit über die Umwelt- und Entwicklungskonferenz 1992 in Rio de Janeiro zu informieren, mit integrativem Impetus eine transnationale Sammlungsbewegung zu initiieren und auf ein erstes Ziel auszurichten, nämlich den *World Women's Congress for a Healthy Planet* 1991 in Miami. Auf diesem Kongress wurde ein »Vereinigungssymbol« (*condensation symbol*), Keck, Sikkink 1998: 181) durch die Verabschiedung eines gemeinsamen Positionspapiers, der *Women's Action Agenda 21*, geschaffen. Auf dieser Grundlage begann eine zweite Etappe transnationaler Frauensolidarität (Wichterich 1992).

Die *Women's Action Agenda 21* enthielt als Grundkonsens eine autonome Standortbestimmung und eine strategische Identitätsbildung von Frauen unterschiedlicher politischer, kultureller und organisatorischer Herkunft: »We, women of many nations, cultures and creeds, of different colors and classes, have come together to voice our concern for the health of the living planet [...]. As caring women, we speak on behalf of those who could not be with us, the millions of women who experience daily the violence of environmental degradation, poverty and exploitation of their work and bodies [...]« (World Women's Congress 1991: Preamble).

Hier legitimiert sich anwaltschaftliche Politik als Stellvertretungspolitik, die »einige wenige Privilegierte« ohne formaldemokratische Legitimation für die Millionen an der Basis machen. Mit der Konstruktion dieser »Wir«-Identität bildeten Organisationen und Individuen handlungs- und ergebnisorientiert eine Allianz, eine »strategische Schwesternschaft«, wie Bina Agarwal (1996) dies im Anschluss an den Begriff der »strategischen Gender-Interessen« (Molyneux 1985) nannte. Im Unterschied zum Konzept »globaler Schwesternschaft« in den 1980er Jahren ging es hierbei nicht um die Konstruktion einer homogenen oder hegemonialen Geschlechtsidentität, denn die Unterschiede zwischen Frauen, ihren feministischen Ansätzen und ihren Lebensverhältnissen waren höchst virulent. Der Topos der globalen Schwesternschaft wurde als »altes Schwesternmodell der Missionierung, der Einmischung und Erlösung« zurückgewiesen (Grewal, Kaplan 1994: 6).

Die Identitätspolitik strategischer Verschwisterung war eine Methode, um auf Grundlage der Kategorie Geschlecht politisch artikulationsfähig und eingriffsmächtig als politisches Kollektivsubjekt in männlich dominierten Feldern internationaler Verhandlungspolitik auftreten zu können. Aus strategischen Gründen wird nach außen Einheit, Homogenität und Geschlossenheit demonstriert – trotz aller bewussten internen Differenzen. Die auf diese Weise konstruierte transnationale Frauenbewegung war jedoch kein »historischer Block«, sondern ein beweg-

liches und dynamisches Netzwerk, für das trotz aller strategischen Verschwisterung das Diktum von Saskia Wieringa gilt, dass »Frauenbewegungen nie nur mit einer Stimme gesprochen haben« (1995: 7).

Entsprechend der transformatorischen Ziele, wie sie in der *Women's Action Agenda 21* formuliert waren, dominierte der Anspruch, auf Grundlage globaler Solidarisierung zu Katalysatoren der Veränderungen, *change agents*, zu werden. Der Bezug auf das multilaterale Aushandeln eines globalen Regimes steckte einen integrativen gemeinsamen Handlungsrahmen für dieses Ziel ab. Es stellte eine Klammer dar sowohl für Kräfte, die emanzipativ und herrschaftskritisch auf die Transformation gesellschaftlicher Strukturen und des neoliberalen Entwicklungsmodells zielten, als auch für Gruppierungen, die sich gleichstellungsorientiert vor allem auf Partizipation und Überwindung der Diskriminierung von Frauen richteten (Wichterich 1995; Ruf 1996; Wichterich 2000). Auch radikalere und autonome Kräfte teilten aufgrund der sich bei den UN öffnenden Möglichkeitsfenster die Einschätzung, dass in dieser historischen Situation durch kooperative Strategien und Verhandeln mehr zu erreichen wäre als durch die konfrontativen bewegungsnahen Methoden der 1980er Jahre. Dies bedeutet, dass im Unterschied zu den damals initiierten Netzwerken, für die emphatische Solidarisierung und transnationale Kooperation selbst im Mittelpunkt standen, bei der Vernetzung in bestimmten Politikfeldern nun eine Logik zielgerichteter *advocacy* handlungsleitend wurde.

Deutungsrahmen Frauen-/Menschenrechte und die Moralisierung von Politik

Für das Projekt, *Global Governance* Regime zu beeinflussen, benötigte die bei den Vereinten Nationen als politisches Kollektivsubjekt auftretende »Global Women's Lobby« einen globalen Deutungs- und Solidarisierungsrahmen. Mit dem Frauen-/Menschenrechtskonzept entwickelten Frauennetzwerke einen handlungsleitenden Diskursrahmen als »*master frame*« für ihre politischen Interventionen bei den Vereinten Nationen (Keck, Sikkink 1998: 184). Er überlagerte den Entwicklungsdiskurs, der die internationale Frauenpolitik seit den 1970er Jahren bestimmt hatte (Kerr 1993; Tomasevski 1993). Die Internationalisierung des Frauen-/Menschenrechtsparadigmas wurde in erster Linie möglich, weil die Gewalterfahrung von Frauen sich als starkes Bindeglied und kulturübergreifendes Solidarisierungsvehikel erwies (Bunch, Reilly 1994; Keck, Sikkink 1998: 177).

Die Bezugnahme auf das Menschenrechtsparadigma war eine normative Leitplanke, die für die sehr unterschiedlichen Frauenbewegungen aus den verschiedenen Kontinenten und Kulturen einende ethische Referenzpunkte vorgab (Holthaus, Klingebiel 1998). Für alle möglichen Einzelthemen, die Frauenorganisationen bearbeiteten – Gesundheit, Gewalt, Bildung, Ressourcenkontrolle u. a. –, wirkte der Rechtsansatz wie ein innovatives Verbundsystem, das sowohl Themen

als auch die verschiedenen politischen Handlungsebenen vom Lokalen zum Globalen verknüpfte (Wölte 2002).

Gleichzeitig gab der Rechtsansatz den Impuls für ein neues Selbstverständnis: Frauen traten nun als Trägerinnen eines allgemeinen Rechtsanspruchs auf, als zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Rechtssubjekte, nicht mehr primär als Bittstellerinnen und Bedürftige wie dies im Entwicklungsdiskurs der Fall gewesen war. Auf diese Weise wurde es möglich, Unrecht an Frauen und damit Herrschaftsverhältnisse sichtbar zu machen, gleichzeitig aber die Opferrolle als Rechtssubjekte zu überwinden.

Im Bewusstsein kultureller und sozialer Differenzen zielte die transnationale Frauenbewegung auf universelle Geltungsansprüche von Frauenrechten, knüpfte an liberale Tendenzen in den jeweiligen kulturellen und historischen Kontexten an und verteidigte sie gegen kulturellrelativistische Positionen (Bunting 1996). Auseinandersetzungen über Differenzen gehörten zum Prozess der Verständigung über Gemeinsamkeiten. Sie führten jedoch keineswegs immer zu einem Minimalkonsens – exemplarisch die Frage der Abtreibung – und sollten aus einer transkulturellen oder demokratietheoretischen Perspektive nicht romantisiert werden. So kam es im Vorfeld der Bevölkerungskonferenz 1994 zu einer heftigen Kontroverse zwischen der *International Women's Health Coalition*, die das Konzept der reproduktiven Rechte formulierte, und Kritikerinnen von Bevölkerungskontrolle, die eine Instrumentalisierung reproduktiver Frauenrechte für demographische Eingriffe befürchteten und deswegen eine Position der Nicht-Einmischung bei der Konferenz vertraten (Wichterich 1995: 104 ff.).

Handlungsfähige Solidarität

In der Zeit zwischen dem Kongress in Miami 1991 und der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 veränderten sich die Akteurinnen und ihre Strategien. Zu Beginn ruhte ihr Auftritt in der internationalen Arena auf drei strategischen Säulen: Austausch und Solidarisierung, Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit und Lobbying. Während des Konferenzmarathons wurde das Gewicht immer stärker auf das Verhandeln gelegt und die Akteurinnen perfektionierten die Methoden des Lobbying und Mainstreaming.

Die Methode der *Caucus*-Bildung während der Konferenzen, mit der sich einzelne Interessen- oder Identitätsgruppen bereits seit den 1990er Jahren eine Stimme zu geben versuchten, wurde zunehmend ausdifferenziert. Neben Kontinent- und Länder-*Caucuses* bildeten sich themenspezifische Gruppen, die sich während der Verhandlungen regelmäßig trafen, um ihre Positionen zu formulieren und sie in Lobbyarbeit zu verfechten. In Peking bildeten sich einige Dutzend *Caucuses*, die dann versuchten, ihre Positionen zu bündeln.

Die *Global Women's Lobby* agierte als professioneller Arm der internationalen Frauensolidarität. Bei allen Konferenzen erzielte sie beachtliche Thematisierungs-

und Beeinflussungserfolge. Der signifikanteste Fortschritt bestand darin, dass in den UN-Dokumenten eine Normsetzung durch die Verankerung von Frauenrechten geleistet werden konnte. Überall konnte sie ihr Vokabular in die Sprache der multilateralen Politikpapiere einbringen. *Gender Mainstreaming* wurde als zentrale Strategie der Institutionalisierung von Frauen- und Geschlechterpolitik festgeschrieben. Die von der politischen Symbolkraft her größten Erfolge lagen im Bereich der Körperpolitik, weil Privates wie nie zuvor zum Politikum, zum Gegenstand internationaler Politik gemacht wurde: bei der Menschenrechtskonferenz in Wien die Enttabuisierung und Politisierung des Themas Gewalt gegen Frauen und die Verankerung von Gewaltfreiheit als universelles Frauen-/Menschenrecht, bei der Bevölkerungskonferenz in Kairo die Anerkennung von sexuellen und reproduktiven Frauenrechten.

Es wäre jedoch verkürzt, die Erfolge der *Global Women's Lobby* allein auf ihr zunehmend professionelles Lobbying zurückzuführen. Vielmehr war es die Kombination der unterschiedlichen Taktiken und Strategien, die von innen und außen, aus verschiedenen Richtungen und auf unterschiedlichen Ebenen – der nationalen, regionalen und internationalen – auf die Regierungsverhandlungen wirkten. Es waren die transnationale Frauensolidarisierung in ihrer Vielstimmigkeit, der Strategie- und Instrumenten-Mix und der Mehr-Ebenen-Ansatz bei gleichzeitiger konsequenter Zielgerichtetheit, die in der Summe die Handlungsfähigkeit der globalen Bewegung ausmachten.

Verhandeln mit Regierungen und supranationalen Politikinstitutionen nötigt jedoch zur Anpassung an vorgegebene Inhalte und an technische Verfahren. Der deutliche Gewinn an politischer Transparenz und Partizipation, den die *Global Women's Lobby* erhandelte, verdeckt, dass sie keine substantielle Entscheidungs- und Gestaltungsmacht in dem Sinne gewann, dass sie den UN-Dokumenten den Stempel ihres Modells von alternativer nachhaltiger Entwicklung und Umverteilung von Macht und Ressourcen hätte aufdrücken können. Durch den Anpassungsdruck wurden die anfänglich artikulierten transformatorischen und umverteilungsorientierten Ansprüche der globalen Frauenbewegung zurückgedrängt von liberalen integrations- und partizipationsorientierten Ansätzen (Naples, Desai 2002: 278). Ebenso erwies es sich als leichter, Anerkennung für bürgerlich-politische Frauenrechte zu erzielen als für ökonomische oder auch sexuelle Rechte (Basu 2000).

Paradoxien des Erfolgs

Mit der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking erreichte die transnationale Frauenbewegung 1995 den Zenit der Mobilisierung und der öffentlichen Aufmerksamkeit. Das NGO-Forum und die Konferenz waren auf der Ebene symbolischer Politik eine machtvolle Demonstration der Stärke der globalen Frauensolidarität, ihrer Multilokalität, Multifokalität und ihrer Zielgerichtetheit auf Frauenrechte (Wichterich 1996; Ruf 1996). Im Vergleich mit dem Szenario zehn Jahre zuvor bei der

Weltfrauenkonferenz in Nairobi war die Bewegungslandschaft ungleich ausdifferenzierter, spezialisiert und professionalisiert in der Organisationsform von Projekten, NGOs und Netzwerken. Die alte Dreiteilung entlang der drei Konferenzthemen der Frauendekade – Gleichheit, Entwicklung, Frieden – in Westen, Süden und Osten war nach dem Kollaps der bipolaren Weltordnung und unter der spürbaren Wucht der Globalisierung überwunden.

Die Pluralität wurde mit dem Slogan »Vielfalt ist unsere Stärke« zum Programm erhoben. Winnie Karagwa Byanyima, Mitglied der verfassungsgebenden Versammlung in Uganda formulierte das neue Selbstbewusstsein der globalen Frauenbewegung: »Wir sind der Nukleus der internationalen Zivilgesellschaft auf dem Weg ins 21. Jahrhundert« (Wichterich 1996; Lachenmann 1996). Die Harmonie multipler und hybrider Feminismen basierte auf der Akzeptanz von unterschiedlichen Identitäten und Differenzen und auf der Vermeidung von Konfrontationen über Hegemonien und Widersprüche (Scholz 2000: 157 ff.). Gestritten wurde nur mit religiös fundamentalistischen und extrem reaktionären Kräften.

War beim Erdgipfel 1992 und bei der Menschenrechtskonferenz 1993 der politisch kämpferische Impetus von »Wir Frauen« bei der Positionierung und Profilierung noch sehr stark, so wurde die Unterstellung einer kollektiven Handlungsidentität in Peking durch die sichtbare Vielfalt von Identitäten und Identitätspolitiken aufgebrochen. Der diskursive Kontext für diese Veränderungen lag vor allem in postkolonialen Denkansätzen, wo ein Paradigmenwechsel von der Dynamik der Solidarisierung zur Betonung von Identitätspolitik und »Politik der Zugehörigkeit« (Yuval-Davis 2002) stattfand.

Die gefeierte post-koloniale Theoretikerin Gayatri Spivak kritisierte zwar grundsätzlich das Prinzip der Repräsentation und des Sprechens für die »Subalternen«, akzeptierte jedoch punktuell die strategische Nutzung von Essentialismus für den Aufbau zielgerichteter Frauenbündnisse. Nach der Peking-Konferenz distanzierte sie sich allerdings von der Kooptation der Frauen des Südens durch das UN-»Konferenztheater«, das sie erneut als Objekte konstruiert hätte, die *empowert* werden müssten: »Ich bin keine Schwester« (Spivak 1996). Wendy Harcourt bewertet im Nachhinein die vielgepriesene Gemeinsamkeit als nur »imaginierte« Identität und als essentialistische Naivität (Harcourt 2006: 9).

Die Professionalisierung und Spezialisierung von Lobbying und Mainstreaming führte dazu, dass sich die Interventions- und Verhandlungsführerinnen zunehmend zu einer Fach- und Funktionselite entwickelten. Daraus erwachsen neue Hierarchien in der globalen Frauenbewegung, die ein Risiko für die Solidarität bedeuten, weil die Entfernung der Profis von der Basis wächst und die Rückvermittlung an unterschiedliche politische Handlungsebenen schwierig wird (Naples, Desai 2002: 31, 276; Harcourt 2006; Roth 2005: 100).

Benutzt man die kategoriale Unterscheidung zwischen identitätsbasierter Anerkennungspolitik und sozial- und klassenorientierter Umverteilungspolitik, die Nancy Fraser (2001) für Frauenpolitik vorgenommen hat, so war die politische Ein-

flussnahme durch die globale Frauenbewegung zunehmend durch Anerkennungs- politik dominiert. Die *Global Women's Lobby* erstritt Anerkennung für Frauen als politische und Rechtssubjekte, Anerkennung für frauen- und geschlechterpolitische Themen und Frauenrechte als Menschenrechte, Anerkennung für eine Geschlechterperspektive in verschiedenen Politikfeldern. Dabei nahm sie ihre Ansprüche zurück, als Katalysator von Systemveränderung zu wirken.

Die Paradoxie dieses Prozesses liegt darin, dass die globale Frauenbewegung mithilfe der Solidarität genau die Sichtbarkeit und die Stimme bekam, die sie angestrebt hatte, aber trotzdem die Koordinaten politischer Macht nicht signifikant und nachhaltig verschieben konnte. »Giving voice without influence« nennt Ewa Charkiewicz diese Einbindung von auf Beeinflussung orientierten Kräften, »giving visibility to women [...], while the power regime was left intact« (2004: 53 f.).

Für ihre Thematisierungs- und Demokratiegewinne zahlte die internationale Frauensolidarität einen hohen Preis: Frauenpolitik ist durch institutionelle Verfahrenstechniken entpolitisiert und endradikalisiert worden, kritische Begriffe und emanzipatorische Prozesse sind enteignet. Die Partizipations- und Inklusionsfortschritte waren Teil der neoliberalen Umstrukturierung von multilateraler Politik durch zivilgesellschaftliche Beteiligung und Konsensbildung. Wie die Märkte, so flexibilisierten sich auch politische Systeme durch Öffnung. Bei der Peking+10-Konferenz im Jahre 2005 (in Peking) stellten die früher transformationsorientierten Frauennetzwerke am Ende einer 30-jährigen Reise von den Rändern internationaler Politikfelder hinein in die Zentren fest, dass sie es zunehmend versäumt hatten, die Frage zu stellen, mit der sie aufgebrochen waren: die Machtfrage: »We are no more agents of change« (Wichterich 2005; Abeysekara 2004).

Es wäre zu einfach, die Verstrickungen der transnationalen Frauensolidaritäten auf politische Vereinnahmung zu reduzieren. Vielmehr setzten sich in diesem 30-jährigen Prozess Mechanismen der Gouvernamentalität im Foucault'schen Sinne durch, die Regulierung von außen in Selbstregulierung übersetzen. Sie bilden einen neoliberalen Konsens auf internationaler Ebene und schaffen damit neue Formen der Vergesellschaftung und der Hegemonie (Charkiewicz 2004). Transnationale Frauennetzwerke bleiben in diesem Prozess zwar an den Rändern der Macht, aber sind gleichzeitig integrierter Teil des neuen Mainstreams. In diesem Kontext wurden das *Gender Mainstreaming* und das liberale Frauen-/Menschenrechtskonzept immer heftiger als lediglich integrative Instrumente kritisiert (Barton 2004): Wenn das Rechtsparadigma nicht auch gesellschaftliche Verhältnisse in den Blick nimmt oder auf kollektive Rechte fokussiert, verschiebt es die Perspektive von der notwendigen Veränderung ungerechter *gesellschaftlicher* Strukturen auf Chancen, Schutz und Freiheiten *individueller* Frauen. Den Unterschieden zwischen Frauen wird es als universalistisches Konstrukt nicht gerecht (Naples, Desai 2002: 271; Molyneux, Razavi 2002; Barton 2004).

Erosion und Neukonstruktion von Solidarität

Je stärker die globale Frauenbewegung wurde, die sich als ein Handlungszusammenhang um die Achse der großen UN-Konferenzen bildete, desto vielfältiger wurde sie und desto mehr gewannen verschiedene Identitätspolitiken gegenüber der strategisch konstruierten Geschlechtssolidarität an Bedeutung. Mit dem Ende der UN-Konferenzserie 1997 brach für die globale Frauensolidarität die Referenzachse in die Zukunft zunächst ab. Die transnationale Frauenbewegung als ein netzwerkgestützter Handlungszusammenhang im Umfeld der neuen *Global Governance* Regime wurde schwächer und brüchiger, auch wenn punktuell und kurzfristig immer wieder Synergien erzeugt werden konnten.

Seit Ende der 1990er Jahre erodierte der solidarische Zusammenhalt und eine Umorientierung auf neue Handlungsfelder fand statt: einerseits kam es zu einer Dezentralisierung und Relokalisierung des Bewegungsaktivismus, andererseits entstanden neue Bezugspunkte, nämlich die WTO als *Global Player*, die Weltsozialforen und der Weltfrauenmarsch (Olympe 2001). Diese Neukonstruktion von Solidaritäten war geprägt von Forderungen nach einer Repolitisierung und Radikalisierung von feministischer und Geschlechterpolitik und einer »Rekonzeptionalisierung des feministischen Projekts auf der Grundlage der Intersektionalität von multipler Unterdrückung« durch Klasse, ethnische Herkunft, Alter, sexuelle Orientierung etc. (Barton 2004).

Beim 2. Weltsozialforum 2002 in Porto Alegre erweiterten Lelian Celibert und Virginia Vargas das Verständnis von Frauenbewegungen und Feminismen im »Deutungsrahmen« Globalisierung: Nicht mehr als »vereinte Akteurinnen« oder als »globale feministische Schwesternschaft« verstehen sie sich, sondern als »weites diverses Akteurinnenfeld in ständiger Veränderung« (Celibert, Vargas 2002: 13). Sonja Alvarez nimmt die neuen sozialen Bewegungen als diskursive, heterogene Felder mit polyzentrischen Aktivitäten und mehreren alternativen Öffentlichkeiten wahr. »In diesem heterogenen Feld bestehen verschiedene Widerstandsformen. Die Orte politischer Intervention vervielfachen sich, wobei durch elektronischen Austausch der kollektive Wille von Tausenden verknüpft und koordiniert wird« (ebenda). Entsprechend werden gemeinsame Nenner zunehmend breiter und vage. So fand sich beim Weltsozialforum in Porto Alegre eine Allianz von Frauenorganisationen unter dem Kampagnenmotto zusammen: »Gegen Fundamentalismen, die Menschen sind fundamental!« War das Vehikel transnationaler Organisation in den 1980er Jahren die Solidarität, in den 1990er Jahren die Identität und eine Politik von Zugehörigkeit, so ist in jüngster Vergangenheit öfters *Affinität* zum Stichwort für temporäre, flexible Formen von Mobilisierung und Allianzen geworden. Diese begriffliche Entwicklung bildet eine Veränderung der Praxis von transnationaler Kooperation, Vernetzung und wechselseitiger Unterstützung ab. Der Affinität in ihrer Nähe zur Sympathie fehlt das emphatisch Unbedingte und Bedingungslose und die deutliche emanzipatorische Zielgerichtet-

heit, die der politischen Frauensolidarisierung vor zwanzig Jahren ihre politische Ausstrahlung und Wirkkraft gab.

Formalisierte oder zentralistische Strukturen passen nicht zu diesem neuen Solidaritätsverständnis, in dem Ansätze und Methoden, innen und außen, protest-, wissens- und *advocacy*-orientierte Strategien verknüpft werden. Solidarität hat nicht mehr das Format früherer sozialer Bewegungen und auch nicht das der *Global Women's Lobby* der 1990er Jahre. Von einem Ende der internationalen Frauensolidarität zu sprechen, würde jedoch an diesen neuen Realitäten von Organisation, Vernetzung und Bewegtheit vorbeigehen. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die zyklische Dynamik von Aktivismus und Ruhephasen, von Expansion und Kontraktion, der alle Bewegungen unterliegen, auch die globale Frauensolidarität erfasst hat.

Nicht mehr die Konstruktion *eines* politischen Handlungssubjekts auf Basis einer strategischen Geschlechtsidentität bestimmt globale Frauensolidaritäten zu Beginn des 21. Jahrhunderts, sondern ein Geflecht großer und kleiner Koalitionen, transnational vernetzte, synergetische Handlungsstränge, dezentrale, komplementäre Aktionen und strategische Allianzen lokaler, nationaler und internationaler Frauenorganisationen entlang multipler feministischer Interessen und Positionen. Das Kerndilemma internationaler Frauensolidarität, bei unterschiedlichen Problem- und Interessenlagen gemeinsame Werte und Ziele immer neu zu identifizieren und in eine transnationale Praxis umzusetzen, bestimmt die Bewegung nun in globalisierter Form, nämlich als ambivalente Wirkung der Globalisierung: es führt die internationale Frauenbewegung *einerseits* dazu, sich zu verknüpfen, strukturell anzugleichen und Raum-Zeit-Distanzen zu überwinden, *andererseits* dazu, sich durch verschärfte neoliberale Konkurrenz und Individualisierung zu entsolidarisieren.

Literatur

- Abeysekera, Sunila (2004): »Social Movements, Feminist Movements and the State: A Regional Perspective«. In: ISIS: Women in Action. Examining feminist and social movements, Manila, S. 34-50
- Agarwal, Bina (1996): »From Mexico 1975 to Beijing 1995«. In: Indian Journal of Gender Studies, 3. Jg., H. 1, S. 87-92.
- Alvarez, Sonja (2000): »Der Boom feministischer Nicht-Regierungsorganisationen in Lateinamerika«. In: Gabbert, Karin u. a. (Hrsg.): Geschlecht und Macht. Jahrbuch Lateinamerika – Analysen und Berichte 24, Münster, S. 37-54.
- Antrobus, Peggy (2004): The Global Women's Movement, London.
- Barton, Carol (2004): »Global Women's Movements at a Crossroads: Seeking Definition, New Alliances and Greater Impact«. In: Socialism and Democracy, 18. Jg., H. 1, S. 151-184.
- Basu, Amrita (2000): »Globalization of the Local/Localisation of the Global: Mapping Transnational Women's Movements«. In: Meridians, 1. Jg., H. 1, S. 68-84.
- Bunch, Charlotte; Reilly, Niamh (eds.) (1994): Demanding Accountability: The Global Campaign and Vienna Tribunal for Women's Human Rights, New Jersey, New York.
- Bunting, Annie (1996): »Zur kulturellen Verschiedenartigkeit von Frauen in internationalen Menschenrechtsstrategien von Feministinnen«. In: Lenz, Ilse; Germer, Andrea; Hasenjürgen, Brigitte (Hrsg.): Wechselnde Blicke. Frauenforschung in internationaler Perspektive, Opladen, S. 130-152.

- Butegwa, Florence (1995): »International Human Rights Law and Practice: Implications for Women«. In: Schuler, Margaret (Hrsg.): *From Basic Needs to Basic Rights: Women's Claim to Human Rights*, Washington, S. 27-39.
- Celibert, Lilian; Vargas, Virginia (2002): »Feminists at the Forum«. In: *Marcosur Feminist Articulation: your mouth is fundamental against fundamentalisms*, Montevideo, S. 11-25.
- Charkiewicz, Ewa (2004): »Beyond Good and Evil. Notes on Global Feminist Advocacy«. In: *ISIS, Women in Action. Examining feminist and social movements*, Manila, S. 50-62.
- DAWN (1985): *Development, Crisis, and Alternative Visions: Third World Women's Perspectives*, Stavanger.
- Desai, Manisha (2002): »Transnational Solidarity. Women's Agency, Structural Adjustment, and Globalization«. In: Naples, Nancy; Desai, Manisha (eds.): *Women's Activism and Globalization*, New York, London, S. 15-34.
- Fraser, Nancy (2001): »Von der Umverteilung zur Anerkennung? Dilemmata der Gerechtigkeit in post-sozialistischer Zeit«. In: Fraser, Nancy: *Die halbierte Gerechtigkeit*, Frankfurt, S. 23-66.
- Grewal, Inderpal; Kaplan, Caren (eds.) (1994): *Scattered Hegemonies: Postmodernity and Transnational Feminist Practices*, Minneapolis.
- Harcourt, Wendy (2006): *The Global Women's Rights Movement. Power Politics around the United Nations and the World Social Forum*, UNRISD, Geneva.
- Holthaus, Ines; Klingebiel, Ruth (1998): »Vereinte Nationen – Sprungbrett oder Stolperstein auf dem langen Marsch zur Durchsetzung von Frauenrechten?« In: Klingebiel, Ruth; Randeria, Shalini (Hrsg.): *Globalisierung aus Frauensicht*, Bonn, S. 34-66.
- Keck, Margaret; Sikkink, Kathryn (1998): *Activists Beyond Borders: Advocacy Networks in International Politics*, Ithaca.
- Kerner, Ina (1999): *Feminismus, Entwicklungszusammenarbeit und Postkoloniale Kritik. Ein Analyse von Grundkonzepten des Gender-and-Development Ansatzes*, Hamburg.
- Kerr, Joanna (Hrsg.) (1993): *Ours by Right: Women's Right as Human Rights*, London.
- Lachenmann, Gudrun (1996): *Weltfrauenkonferenz und Forum der Nichtregierungsorganisationen in Peking – internationale Frauenbewegungen als Vorreiterinnen einer globalen Zivilgesellschaft? Working Paper No. 251*, Bielefeld.
- Lenz, Ilse (1996): »Grenzziehungen und Öffnungen: Zum Verhältnis von Geschlecht und Ethnizität zu Zeiten der Globalisierung«. In: Lenz, Ilse; Germer, Andrea; Hasenjürgen, Brigitte (Hrsg.): *Wechselnde Blicke. Frauenforschung in internationaler Perspektive*, Opladen, S. 200-229.
- Marx-Ferree, Myra (2007): »Inline identities and organizational connections: Networks of transnational feminist websites«. In: Lenz, Ilse; Ullrich, Charlotte; Fersch, Barbara (Hrsg.): *Gender orders unbound: Globalisation, restructuring and reciprocity*, Opladen, S. 141-165.
- Moghadam, Valentine (2005): *Globalizing Women. Transnational Feminist Networks*, Baltimore.
- Mohanty, Chandra Talpade (1988): »Aus westlicher Sicht: feministische Theorie und koloniale Diskurse«. In: *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis*, H. 23, S. 149-163.
- Molyneux, Maxine (1985): »Mobilization Without Emancipation? Women's Interest, the State and Revolution in Nicaragua«. In: *Feminist Studies*, 11. Jg., H. 2, S. 227-254.
- Molyneux, Maxine; Razavi, Shazia (eds.) (2002): *Gender Justice, Development and Rights*, Oxford.
- Morgan, Robin (1984): *Sisterhood Is Global, The International Women's Movement Anthology*. Garden City, NY.
- Naples, Nancy; Desai, Manisha (eds.) (2002): *Women's Activism and Globalization*, New York, London.
- Olympe (2001): *Marche mondiale des femmes. Exploration – ein Mosaik. Olympe. Feministische Arbeitshefte zur Politik*, H. 13.
- Roth, Roland (2005): »Transnationale Demokratie. Beiträge, Möglichkeiten und Grenzen von NGOs«. In: *Brunnengräber*, Achim; Klein, Ansgar; Walk, Heike (Hrsg.): *NGOs im Prozess der Globalisierung. Mächtige Zwerge – umstrittene Riesen*, Bonn, S. 80-129.
- Rowhani, Inge (1986): »Resümee zum Ende der Dekade der Frauen«. In: *New Internationalist (Hrsg.): Frauen – ein Weltbericht*, S. 337-349.
- Ruf, Anja (1996): *Weltwärts, Frauen! Von der Weltfrauenkonferenz in die globale Zukunft*, Bonn.
- Ruppert, Uta (Hrsg.) (1998): *Lokal bewegen – global verhandeln, Internationale Politik und Geschlecht*, Frankfurt/Main, New York.
- Ruppert, Uta (2002): »Global Women's Policies: Towards the Globalization of Women's Human Rights?« In: Braig, Marianne; Wölte, Sonja (eds.): *Common Ground or Mutual Exclusion? Women's Movements in International Relations*, London, New York, S. 147-160.
- Santiago, Mari (2004): »Building Global Solidarity through Feminist Dialogues«. In: *ISIS: Women in Action. Examining feminist and social movements*, Manila, S. 10-20.
- Scholz, Roswitha (2000): *Das Geschlecht des Kapitalismus. Feministische Theorien und die postmoderne Metamorphose des Patriarchats*, Bonn.
- Spivak, Gayatri Chakravorty (1996): »Woman as Theatre. United Nations Conference on Women. Beijing 1995«. In: *Radical Philosophy*, H. 75 (Jan/Feb 1996), S. 2-4.

- Tesfa, Wassy (1986): »Bericht vom Treffen der nichtstaatlichen Frauenorganisationen«. In: *New Internationalist* (Hrsg.): *Frauen – ein Weltbericht*, Berlin, S. 327-337.
- Tomasevski, Katarina (1993): *Women and Human Rights*. London, New Jersey.
- Vargas, Virginia (1994): »El movimiento feminista latinoamericano: Entre la esperanza y el desencanto«. In: Leon, Magdalena (Hrsg.): *Mujeres y Participación Política. Avances y desafíos en América Latina*, Santafe de Bogotá, S. 45-67.
- Viezzer, Moema (1985): *Wenn man mir erlaubt zu sprechen – Das Zeugnis der Domitila, einer Frau aus den Minen Boliviens*, Bornheim-Merten.
- Wichterich, Christa (1992): *Die Erde bemuttern. Frauen und Ökologie nach dem Erdgipfel in Rio, Köln*.
- Wichterich, Christa (1995): *Frauen der Welt. Vom Fortschritt der Ungleichheit*, Göttingen.
- Wichterich, Christa (1996): *Wir sind das Wunder, durch das wir überleben. Die 4. Weltfrauenkonferenz in Peking, Köln*.
- Wichterich, Christa (2000): »Wir wollen unsere Rechte jetzt – und zwar mit Zinsen«. Fünf Jahre nach der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking: Bilanzen, Positionen, Perspektiven. *Studien, Berichte der Heinrich-Böll-Stiftung*, Nr. 5, Berlin.
- Wichterich, Christa (2005): »Wo steht das Projekt der Globalisierung von Frauenrechten?« In: *Feministische Studien*, 23. Jg., H. 2, S. 328-330.
- Wieringa, Saskia (Hrsg.) (1995): *Subversive Women*, London.
- Wölte, Sonja (2002): »Claiming Rights and Contesting Spaces: Women's Movements and the International Women's Human Rights Discourse in Africa«. In: Braig, Marianne; Wölte, Sonja (eds.): *Common Ground or Mutual Exclusion? Women's Movements in International Relations*, London/New York, S. 171-189.
- Woodward, Alison (2001): »Die McDonaldisierung der internationalen Frauenbewegung: Negative Aspekte guter Praktiken«. In: *Zeitschrift für Frauenforschung, Geschlechterstudien*, H. 1+2, S. 29-45.
- World Women's Congress (1991): *Women's Action Agenda 21*. <http://www.iisd.org/women/action21.htm> (letzter Aufruf: 15.12.2008).
- Yuval-Davis, Nira (2002): »Citizenship, Identity and Belonging«. In: May, Stephen; Modood, Tariq; Squires, Judith (eds.): *Nationalism, Ethnicity and Minority Rights*, Cambridge.

Inter-Nationalismus – Schwierigkeiten eines unverzichtbaren Begriffs

Seit den 1970er Jahren vollzieht sich ein gegenwärtig immer noch anhaltender Internationalisierungsschub kapitalistischer Vermarktlichung – von Befürwortern wie Kritikern zumeist unscharf als Globalisierung gekennzeichnet. Wer sich damit nicht einfach abfinden oder sich auf *ad-hoc*-Reaktionen beschränkt sehen will, braucht dafür in seinem Denken einen strategischen Begriff, der ein Handeln zur Gegenwehr gegen diese in Gestalt einer Internationalisierung auftretende kapitalistische Durchdringung und politische Initiativen zur Durchsetzung historischer Alternativen bezeichnet, das nicht an den Staatsgrenzen halt macht. Der Begriff des Internationalismus¹ hat in dieser Hinsicht einige Tücken, auf die ich hier näher eingehen möchte.

Konkurrierende Begriffe wie Kosmopolitismus² oder internationale Solidarität³ haben demgegenüber allerdings andere Mängel aufzuweisen, die eher noch gravierender sind. Es wird einer wirklich gegenwärtigen Bewegung gegen die Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise in ihrer weltweiten Durchgesetztheit (die allerdings immer wieder reproduziert werden muss, was nicht einfach von selbst geschieht) also nichts anderes übrig bleiben, als den Begriff des Internationalismus sorgfältig kritisch zu untersuchen und, so gut es geht, neu zu bestimmen.⁴

- 1 Im Historisch-Kritischen Wörterbuch des Marxismus (hg. von Labica) wird ein »zweifacher Mangel« konstatiert: Dass im »ursprünglichen Marxismus [...] die nationalen Gegebenheiten vernachlässigt« wurden und dass »die Risiken der Machtpolitik, die jede Staatwerdung (darin eingeschlossen eine mit sozialistischer Zielsetzung) enthält, unterschätzt oder verleugnet« wurden (Bd. 3, 1985: 570 f.). Angesichts des Auseinanderfallens eines nur noch von der Sowjetunion und »einer kleinen Zahl von kommunistischen Parteien und prosovjatischen Fraktionen« vertretenen »proletarischen Internationalismus«, eines auf die Dritte Welt orientierten Internationalismus und eines trotzkistischen Insistierens auf dem »Primat der proletarischen Weltrevolution« erscheint dem Verfasser G. G. eine »Neudefinition des Internationalismus« dringend notwendig. Das HKWM (Bd. 6 II, 1437 ff.) spricht unter dem Titel der internationalistischen Bewegung nur über den »Aufbruch der Jugend und der Studierenden, die zum Träger des neuen Internationalismus werden sollten« (1437) und verfolgt diese Linie bis zu den Neo-Zapatisten – und nicht über die Probleme des alten Internationalismus.
- 2 Der uns von der Wortbedeutung her auf Konzepte wie Weltbürger und Weltstaat, ja sogar auf ein den gesamten Kosmos umspannendes politisches Gemeinwesen verweist.
- 3 Die sich als eine besondere Dimension der Praxis der Solidarisierung mit den Kämpfen anderer begreift, durch die die Arbeiterbewegung ihre spezifische Handlungsfähigkeit aufbaut, neben etwa einer lokalen, regionalen oder nationalen bzw. einer professionellen oder sektoralen Solidarität – ohne besonders auf die Probleme dieses Internationalen einzugehen.
- 4 Ich gehe davon aus, dass wir jedenfalls im öffentlichen Gebrauch der Vernunft Wörter und Begriffe finden müssen und sie nicht nach Belieben erfinden können. Ob etwa Transnationalismus ein brauchbarer Begriff für das Gesuchte werden könnte, erörtere ich daher gar nicht erst. Auch wenn vielleicht die Existenz transnationaler Konzerne und von entsprechenden Kämpfen gegen ihre Marktmarktstrategien heute schon die Frage nach der Transnationalität von gesellschaftlichen Kämpfen nahe legt.

1.

Wie alle vergleichbaren Kunstworte mit »Inter«⁵ leidet auch der Inter-Nationalismus an einem schwierigen Verhältnis zwischen dem ersten und dem zweiten Wortteil: Geht es wirklich um etwas zwischen den Nationen oder geht es nicht auch um einen Gegensatz gerade zu der nationalistischen Affirmation dieser Nationen. Und: Ist es denn selbstverständlich, dass die Menschheit aus Nationen besteht bzw. sich in derartige politisch-soziokulturelle Menschengruppen aufgliedert? So gefragt, selbstverständlich nicht.⁶ Aber diese einfache Klarheit verdeckt wiederum weitere Probleme: Wie müssen wir das Verhältnis derartiger Gruppen zu den sie bildenden Individuen begreifen – und wie verhalten sich Nationen zu anderen Formen von Menschengruppen, etwa Sippen, Stämmen oder Kulturen?

2.

Außerdem schleppt der Begriff des Internationalismus ein problematisches Erbe mit sich herum: In der kommunistischen Arbeiterbewegung wurde er mehrfach auf den Hund gebracht – nachdem im Kommunistischen Manifest noch überschwänglich davon ausgegangen worden war, dass das eigentumslose Proletariat mit den der Sicherung des Privateigentums dienenden Nationalstaaten einfach gar nichts zu tun hatte, dann aber die wirkliche politische Organisierung der Arbeiterbewegung durchaus im nationalstaatlichen Rahmen erfolgt war.⁷ Zunächst versagten die sozialistischen Parteien im nationalistischen Sog des Ersten Weltkriegs, ließen also ihren vorher propagierten Internationalismus einfach fallen – was die Frage nach dem politischen Stellenwert des Konzepts aufwarf. Dann haben die Stalinisten den Begriff des Internationalismus »umfunktioniert«, indem sie die Verteidigung des Aufbaus des Sozialismus in einem Land zur internationalistischen Pflicht aller klassenbewussten Proletarier erklärten (1928 wird die SU zum »Vaterland des Sozialismus« erklärt) und dies dann noch selbst pervertierten, indem sie unter Berufung auf deren Internationalismus von den kommunistischen Parteien der Welt in den Jahren 1939-1941 sogar noch ein Wohlverhalten im Sinne des Hitler-Stalin-Paktes verlangt haben. Aber auch trotzkistisch orientierte Dissidenten haben noch weiter zur Verwirrung beigetragen, als sie angesichts des Krieges gegen den Hitlerfaschismus im Namen des Internationalismus ganz abstrakt dafür plädierten,

5 Intersexualität oder Intertextualität bieten sich als durchaus sprechende Exempel dafür an.

6 Auch etwa in der Rede von den multinationalen Konzernen ist diese Unterstellung zu finden: Es erscheint als selbstverständlich, dass dem kapitalistischen Weltmarkt eine Welt von Nationalstaaten als dessen politische Form entspricht.

7 Der Name der französischen Sozialisten bis in die 1960er Jahre hinein – Section Française de l'Internationale Ouvrière (SFIO) – erinnerte noch an diese ursprüngliche internationalistische politische Organisationsform der Arbeiterbewegung in der ersten Arbeiterinternationale, auch wenn es sich ohne Zweifel um eine nationalstaatliche Partei handelte (die dann sogar eine wichtige Rolle bei der versuchten militärischen Restabilisierung des französischen Kolonialreiches gespielt hat).

dass die Arbeiterklasse nichts mit den kriegführenden imperialistischen Mächten zu tun haben dürfte und deswegen – wie schon im Ersten Weltkrieg – für einen konsequenten revolutionären Defaitismus eintraten, auf *beiden* Seiten. In der stalinistisch dominierten Staatsmacht der UdSSR und später des Sowjetblocks verkam der Internationalismus dann vollends, indem er auf die Unterordnung der kommunistischen Politik unter die Existenz- und Machtinteressen des Sowjetstaates heruntergebracht wurde – von der Verfolgung des Titoismus bis hin zur Breschnew-Doktrin des »proletarischen Internationalismus« als Rechtfertigung des militärischen Eingriffes in formell unabhängige, aber blockzugehörige Staaten (Einmarsch in die ČSSR 1968). Kriegerische Konflikte zwischen Staaten, die sich auf den Sozialismus beriefen (China/Vietnam, Sowjetunion/China) zeigten dann jedenfalls, dass von besonderen internationalistischen Beziehungen zwischen ihnen keine Rede mehr sein konnte.

Vor diesem Hintergrund und in bewusster Absetzung davon hat die Blockfreien-Bewegung (initiiert von Tito, Nehru und Sukarno in Bandung 1956 – und im Anschluss daran auch die unabhängige Linke, wie sie sich seit den 1960er Jahren in Europa entwickelt hat) einen vorrangigen Begriff von »nationaler Befreiung« und von »Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten« souveräner (National-)Staaten entwickelt, dessen Problematik bereits deutlich wird, wenn wir nur die Frage stellen, wie mit diesem begrifflichen Instrumentarium der Unterschied und (ich hoffe doch) Gegensatz zwischen einem linken, emanzipatorischen und einem rechten, herrschaftsaffirmativen Nationalismus klar artikuliert werden kann: Das geht überhaupt nur, indem wir auf zusätzliche Kategorien zurückgreifen und politische Projekte und Methoden als autoritär oder emanzipativ, als affirmativ oder als kritisch beurteilen. Gerade das lässt aber ein konsequenter »Souveränismus«, der das Einmischungsverbot in ein Beurteilungsverbot hinein verlängert, gar nicht erst zu. Die kritiklose Solidarisierung politischer Gruppen mit Kampucheas zur Zeit des Pol Pot oder mit der vom CIA und dem Apartheid-Regime in Südafrika unterstützten Bürgerkriegspartei der UNITA des Dr. Jonas Savimbi in Angola bezeichnen Extrempunkte eines derartig kriterienlos gewordenen »Internationalismus«.

Allerdings wäre es auch offensichtlich falsch, daraus mehr zu schließen, als dass jeder Einzelne, jede Gruppe, jede Organisation letztlich auch für die eigenen Urteile verantwortlich ist, auf die nicht etwa im Namen internationaler Solidarität verzichtet werden kann. Und dass es wichtige Unterschiede in der dafür erforderlichen Urteilskompetenz gibt und geben muss, so dass auch ein reflektiert praktizierter Internationalismus in unterschiedlichen Situationen unterschiedliche Rollen und unterschiedliche Verantwortungen übernehmen muss. Aber wie ist angesichts realer Hierarchien und Abhängigkeitsverhältnisse, wie sie sich auf den Weltmärkten – der für Arbeitskraft ist immer noch ganz anders strukturiert als die für Konsumgüter, für Investitionsgüter, für Dienstleistungen oder für Geld – reproduzieren, eine Praxis des Internationalismus zu entwickeln, welche den Ab-

hängigkeitsverhältnissen entspricht, ohne sie zu reproduzieren – d. h. konkreter, welche die (neo-)koloniale Position der hochentwickelten Länder kritisch reflektiert, ohne sie aus ihrer (historischen und gegenwärtigen) Verantwortung zu entlassen?

Wie sollen wir etwa damit umgehen, dass bis heute die internationalen Beziehungsmuster der Soli-Bewegungen denen der ehemaligen Kolonialreiche entsprechen (mit Lateinamerika als traditionell deutschem Konkurrenzbereich)? Was können vor allem die Bewegungen in den Metropolen wirklich internationalistisch im eigenen Lande (und in Ländergruppen wie der EU) tun, was sicherlich über die bloße Unterstützung der Kämpfe des Globalen Südens hinausgehen müsste?

3.

Eine Reihe von Begriffen ist in den letzten Jahrzehnten in die Debatte geworfen worden, die zwar auch alle gut oder auch schlecht verwendet und weiterentwickelt werden können, die es aber in keinem Fall erlauben, sich der ungeklärten Probleme des Internationalismus – im Verhältnis zu Nation, Staat, Klasse und Befreiung – durch sein Fallenlassen bzw. Ersetzen zu erledigen.

Der Begriff des *Kosmopolitismus* (Held 2002, Beck 2004) hat immerhin auf diese Probleme reagiert – indem er ohne weitere Analyse auf ein früheres Stadium der Begriffsbildung zurückgriff, wie es sich im Individualismus eines Anacharsis Cloots in der Frühphase der großen Französischen Revolution artikuliert hatte, der mit den bestehenden Staaten auch die Völker und Nationen gänzlich umstandslos als historisch erledigt ansah. Aber damals blieb dieser Begriff angesichts der sich rasch selbst national begreifenden, konstituierenden Menge der Vielen der französischen Republik in dem schlechten Sinne abstrakt, dass er sich zu deren politischen Projekten gar nicht sinnvoll verhalten konnte. In seiner Neuauflage ignorierte er dann auch gleich noch über die Völker und Nationen hinaus noch alle realen Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse, so dass immer wieder ein Schönfärbereffekt eintrat angesichts der vielfältigen Herrschafts- und Abhängigkeitsstrukturen innerhalb der gegenwärtigen Menschheit (Neo-Kolonialismus, Kapitalismus, Imperialismus, Patriarchat) und der zu ihrer Reproduktion eingesetzten Gewaltprozesse. Dieser grundsätzliche Mangel hat die auch in dieser Debatte durchaus anzutreffenden interessanten Einzelüberlegungen immer wieder entwertet.⁸ Darüber hinaus fungierte die Propagierung dieses Begriffs im historischen Kontext einer erneuten offensiven Durchsetzung einer Rolle der

⁸ Becks (2004) Versuche, diesen Begriff gleichsam zu erden, kommen dabei nicht über eine zivilgesellschaftliche Unterschätzung der auch unter Globalisierungsbedingungen zentralen Rolle von Staatsapparaten und nationalen Identitäten hinaus.

USA als alleiniger Weltmacht als eine propagandistische Weißwäscherei des imperialen Internationalismus, wie ihn einst Woodrow Wilson propagiert hatte.⁹

Innerhalb der globalen Linken der letzten 40 Jahre hat dann schon etwa Che Guevara angesichts der Probleme, in die sich der Internationalismusbegriff verstrickt hatte, mit Vorliebe auf den Begriff der *internationalen Solidarität* zurückgegriffen und diesen Begriff zugleich mit dem der Existenz von Menschen in Völkern verknüpft: »Die internationale Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker«. Dieser Ansatz ist innerhalb der unabhängigen Linken dann auch entsprechend breit aufgegriffen worden. Dieser Begriff kann jedoch den des Internationalismus keineswegs ersetzen – jedenfalls so weit er dabei bleibt, einfach nicht auf die Frage einzugehen, wie sich die soziale Befreiungsbewegung grundsätzlich zu Nationen und Staatsapparaten verhalten kann oder soll.

Ein weiterer unzureichender Ersatz für den benötigten Begriff ist der des *Anti-Imperialismus* – der allerdings gleich alle Problematiken der anderen Begriffe teilt¹⁰: Außer der klaren Feindperspektive (die allerdings voraussetzt, es sei klar zu identifizieren, was gegenwärtig der Imperialismus ist – gehören etwa Indien oder China schon dazu, oder doch nur die USA und die EU, oder etwa nur die USA?) artikuliert er als solcher einfach gar nichts. Weder ein grundsätzliches Verhältnis zu Staat und Nation – er kann sogar mit der extremen Affirmation beider Hand in Hand gehen, wie immer wieder in Befreiungsnationalismen geschehen –, noch enthält er eine nähere Bestimmung der Herrschaftsverhältnisse, gegen die er zum Kampf aufruft: also die Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise, die Herrschaft des Weltmarkt und Staatenkonstellation verknüpfenden Weltsystems oder auch die Herrschaft der immer noch den größten Teil der weltweit gesellschaftlich notwendigen Arbeit prägenden patriarchalischen Geschlechterverhältnisse. Es sei denn, er unterstellt ebenso schlicht wie fälschlich, dass jetzt, in unserer Gegenwart oder auch seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert, die Herrschaft des Imperialismus an die Stelle der genannten spezifischeren Herrschaftsverhältnisse getreten sei.

9 Angesichts der weitgehenden unangefochtenen Hegemonie von dessen Grundvorstellungen über die dem kapitalistischen Weltmarkt entsprechende politische Ordnung eines Weltsystems der Nationalstaaten, die auch von den realistischen Gegenspielern der sog. idealistischen Wilson-Tradition nicht hinterfragt werden, ist die kritische Auseinandersetzung mit dieser Position bisher nur schwach entwickelt – und wird immer wieder von souveränistischen Anwendungen überlagert, die sich nicht mehr klar von den nationalistischen Kritiken am Versailles-System abgrenzen lassen. Vermutlich wäre es lohnend, Hannah Arendts (1958) ebenso ambitionierten wie problematischen Rekonstruktionsversuch der Ursprünge totaler Herrschaft als einen Beitrag zur Kritik des Wilsonschen Internationalismus neu zu lesen.

10 Verbal funktioniert das noch einigermaßen: »Der revolutionäre Internationalismus im Gegensatz zum Reformismus, der sich auf das Nationalinteresse beruft, definiert sich so als Antiimperialismus, der den nationalen Befreiungskampf der unterdrückten Völker (die Frage der Völker des Ostens) mit dem Wohl der sowjetischen Revolution verbindet, aber auch mit der Aktion der entwickelten Arbeiterbewegung.« (Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 3, 569). Die Frage, wie dieses harmonische Zusammenwirken erreicht werden kann, wird dadurch aber nicht beantwortet.

Mit der global vernetzten globalisierungskritischen Bewegung ist inzwischen auch die Problematik des Internationalismus erneut konkret aufgetreten und begrifflich artikuliert worden (vgl. Watermann 1998), ohne dass zuvor die genannten Probleme aufgearbeitet worden wären. Das Neue wird dabei immerhin daran deutlich erkennbar, dass er jetzt im Plural auftritt, also ein proletarischer, feministischer, bäuerlicher oder auch ein ökologischer Internationalismus unterschieden werden. Aber was das für die Auseinandersetzung mit Staat und Nation bedeutet, wird dabei eben nicht artikuliert. Anstatt sich der Illusion hinzugeben, die Realitäten von Staat und Nation könnten im grenzübergreifenden strategischen Handeln einfach ignoriert werden – weil von ihnen keine Störungen emanzipativer Aktionen zu erwarten wären oder weil sie ohnehin schon historisch im Verschwinden begriffen sind. Beides ist offenbar so sehr falsch, dass das gerade Gegenteil der Fall zu sein scheint: Auch etwa in den neuen Kriegen seit den 1990er Jahren bleiben Staaten und Nationen von zentraler Bedeutung.

4.

Die Schranken, die das Wirken von Staatsapparaten und die Effekte nationaler Identitäten jedem grenzübergreifenden emanzipatorischen Handeln setzen, sind real – wenn auch nicht unüberwindlich. Diese Wirkungen und Effekte zu durchdenken, das werden wir noch ganz dringend nachholen müssen. Das Denken ist zwar immer ein schwieriger und schmerzhafter Prozess, aber wer es verweigert, den holen die nicht bedachten Verhältnisse ein.

Ich denke, Étienne Balibar (Balibar, Wallerstein 1989; Balibar 1993) hat einige wichtige Hinweise darauf gegeben, wie an diese Frage kritisch herangegangen werden kann: *Zum Ersten* wird es darum gehen, sich mit dem herrschaftlichen Charakter des Staates und seiner Rolle in der Reproduktion von Klassen- (und Geschlechter-) Herrschaft kritisch auseinanderzusetzen (Problematik des Absterbens des Staates); *zum Zweiten* brauchen wir aber auch einen erneuerten Begriff des politischen Gemeinwesens und der konstitutiven Rolle, welche die Menge der Vielen darin unvermeidlich spielt (Problematik der Citizenship/Citoyenneté). *Zum Dritten* brauchen wir ganz dringend einen Begriff dafür, wie eine grenzübergreifende Handlungsträgerschaft, ein nicht-verdinglichtes historisches Subjekt aufgebaut werden kann, das im Ausgang von den wirklichen Verhältnissen die wirkliche Bewegung voranbringen kann, welche diese Verhältnisse in Prozessen der Befreiung verändert, ohne selbst zu einer neuen verselbständigten Gewalt zu werden (Problematik der Diktatur des Proletariats). Hieran wäre zu arbeiten – und zwar nicht nur im Hinblick auf die Kämpfe im Globalen Süden, sondern gerade auch im Hinblick auf tragfähige Muster und Formen politischer Kämpfe in den Staaten des Nordens.

Damit werden wir aber darauf gestoßen, die Frage ernsthaft zu stellen, was eine den sich global restrukturierenden Herrschaftsverhältnisse wirksam entge-

gentretende Politik hierzulande konstituieren kann – und uns von der ebenso falschen wie bequemen Projektion verabschieden, die Subjekte des Globalen Südens würden das schon für uns erledigen – vor allem wenn wir sie in *ihrem* internationalistischen Kampf immer kräftig unterstützen. Gerade wenn wir die zu einem neu entfalteten Begriff des Internationalismus in jedem Fall gehörende Forderung der internationalen Solidarität ernst nehmen, dann müssen wir heute vorrangig daran arbeiten, konkret zu bestimmen, wie wir von uns selbst her damit anfangen können – anfangen, nicht dabei stehen bleiben, das ist klar. Aber ein Internationalismus, der sich nur als Solidaritätsbewegung für die Kämpfe anderer begreift – und sich nicht den Problemen stellt, vor die uns ein eigener internationalistischer Kampf gerade in Europa (und auch in den USA) heute stellt, wäre nicht einmal ein halber. Er würde die Völker des Südens trotz aller, auch durchaus praktischen Unterstützung, welche hier für sie organisiert wird, im Kernpunkt allein lassen: Im Kampf gegen die entscheidende Reproduktionsressource, welche die imperiale Staatsmacht hier, in den eigenen Ländern, immer noch besitzt – nämlich in Gestalt der Bereitschaft gerade auch der abhängig Arbeitenden, in allen Formen abhängiger Arbeit, an der Reproduktion der bestehenden Herrschaftsverhältnisse immer weiter mitzuwirken.

5.

Wer das nicht angehen will, der sollte gleich zugeben, dass er sich auf Wolf Biermanns (13.11.1976 in Köln) Stoßgebet der Oma Meume zurückzuziehen gedenkt: »*O Gott, laß DU den Kommunismus siegen [...]*.« Das ist allerdings, im Ernst, die Selbstaufgabe eines Projektes der wirklichen gesellschaftlichen Befreiung – und damit auch die vollständige Preisgabe dessen, was am Begriff des Internationalismus bis heute bedenkenswert ist.

Literatur

- Arendt, Hannah (1958): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. 2. Aufl. Frankfurt/Main.
Balibar, Etienne (1993): Die Grenzen der Demokratie. Berlin.
Balibar, Étienne; Wallerstein, Immanuel (1989): Rasse, Klasse, Nation. Hamburg.
Beck, Ulrich (2004): Der kosmopolitische Blick oder: Krieg ist Frieden. Frankfurt/Main.
Held, David (2002): Democracy and the Global Order. Cambridge.
Waterman, Peter (1998): Globalization, social movements and the new internationalisms. London.

Stefan Kalmring, Andreas Nowak

Globalisierungskritik und Solidarität

Zur Theorie, Strategie und Geschichte eines notwendigen Projekts

Von Porto Alegre über Caracas nach Berlin, London oder Rom

Der hoffnungsvolle Blick, der gegenwärtig von Europa aus auf Lateinamerika gerichtet wird, hat gute Gründe. Die hiesige Linke ist immer noch geschwächt und hofft auf Anregungen und Inspiration. Möglicherweise lässt sich am lateinamerikanischen Beispiel lernen, wie man die eigene Defensivposition überwinden kann? Die sozialen und politischen Prozesse in Lateinamerika haben stets eine gewisse Faszination auf die westeuropäische Linke ausgeübt, daher ist es naheliegend, in einer Zeit, in der die Zentren kraftvoller sozialer Kämpfe offenbar außerhalb Europas liegen (vgl. Roth 2005), wieder nach Eingebungen aus Lateinamerika zu suchen. Die hiesige Linke, keynesianische Reformer/innen, Globalisierungskritiker/innen und Sozialist/innen, sollten sich für Impulse von dort öffnen, die eventuell hier zu neuen Verschiebungen führen können.

Ein Blick auf die politische Landkarte zeigt schnell, dass der Charakter der Linkstendenzen in Lateinamerika äußerst plural und uneinheitlich ist (vgl. Boris u. a. 2005; Boris 2007). Es wäre also falsch, Ungleiches leichtfertig über einen Kamm zu scheren. In den verschiedenen Regionen Lateinamerikas äußern sich unterschiedliche Kräfte mit verschiedenen Zielen und Methoden unter sicher vergleichbaren, aber sehr unterschiedlichen Bedingungen. Die Piqueteros in Argentinien sind nicht mit der kolumbianischen FARC und Lula nicht mit Chavez zu verwechseln. Der Hinweis ist banal, ein Blick ins Feuilleton beweist jedoch, dass er nicht fehlen sollte.¹ Das Abzeichen »links« verweist auch im Falle der gegenwärtigen Linksentwicklungen in Lateinamerika weder auf gleiche Anschauungen noch auf gleiche Programme.

Dennoch existiert eine gemeinsame Klammer, die die verschiedenen Akteure/innen, wenn auch nur lose, umfasst (ebd.). Ohne eine gemeinsame Richtung hätten die mittelschweren Erschütterungen, die in der politischen Tektonik ausgelöst wurden, nicht diese Folgen gehabt. Ein anti-neoliberaler Anspruch eint hier, wen ansonsten vieles trennt. Und es gehen Signalwirkungen von den Versuchen einer Konstruktion von Gegenhegemonie in einem immer noch neoliberal dominierten Weltssystem aus. Soziale Bewegungen haben jahrelang wirkungsvoll neue Protest-, Vernetzungs- und Artikulationsformen erprobt, mittlerweile haben es einige in

1 Siehe auch den Beitrag von Albert Sterr in diesem Band, der u. a. auf die Schwachpunkte der deutschen Berichterstattung eingeht.

mehreren Ländern auf die Regierungsebene geschafft und im Falle Boliviens und Venezuelas sind es nicht eben gerade unbescheidene Ziele, die dort von offizieller Seite ausgegeben werden (Azzellini 2006). Die Botschaft, die weit über Lateinamerika hinaus empfangen und verstanden wird, ist, dass eine Bresche ins neoliberale Gehäuse geschlagen werden kann. Da sind Kämpfe, die gefochten werden, andere die noch ausstehen und man kann an ihnen teilnehmen, mit dem Wissen, dass sie nicht von vornherein aussichtslos sind. Der Neoliberalismus, der noch vor ein paar Jahren ungeachtet einer starken Antiglobalisierungs- und Weltsozialforenbewegung wie eine unüberwindliche Mauer schien, weist sichtbare Brüche und Risse auf.

Selbst diejenigen, die die Aussichten der lateinamerikanischen Entwicklungen skeptisch bis negativ beurteilen, begreifen sie als eine gewichtige Störung im Fluss der marktradikalen Politik. Das lautstark vernehmbare »Nein« zu den neoliberalen Kernprinzipien von Freihandel, Deregulierung und Privatisierung ist ein deutlicher Hinweis auf die wachsenden Widersprüche, die der Neoliberalismus weltweit erzeugt und mit denen er nun konfrontiert ist. Vor Rückschlägen zwar nicht gefeit, bilden die lateinamerikanischen Ereignisse aber eine gewichtige Verbesserung in den Bedingungen dafür, dass Alternativen wieder vorstellbar, denk- und diskutierbar werden – und zwar auch bei uns. War die anti-neoliberale Kritik trotz beachtlicher Mobilisierungsleistungen in der Regel lange Zeit von einer weitgehenden politischen Folgenlosigkeit gekennzeichnet, so verliert das wirkungsvolle Schutzschild des TINA-Prinzips, das *there is no alternative*, nun etwas von seiner stabilisierenden Kraft. Die Möglichkeiten einer politisch *wirksamen* Kritik haben sich ein Stück weit gebessert.

Der Schwung, der von den Linkstendenzen in Lateinamerika ausgeht, muss von der deutschsprachigen Linken aufgegriffen und umgesetzt werden. Voraussetzung dafür ist, die Schwachstellen des globalisierungskritischen Widerstands auszubessern und die Formierung von Opposition auf eine solidere und wirksamere Basis zu stellen, wo immer es möglich ist. Heißt radikal sein, dass man an die Wurzel geht (vgl. MEW 1: 385), dann besorgen wir uns lieber heute als morgen die geeigneten Werkzeuge, um zu graben. Schließlich drängen die Aufgaben. In wenigstens drei Bereichen scheinen uns Ausbesserungsarbeiten notwendig zu sein: Die Kapazitäten zur Analyse der gegenwärtigen Umstrukturierungsprozesse des Kapitalismus müssen gesteigert werden, ein selbstkritisches Geschichtsbewusstsein sozialer Bewegungen ist auszubilden und nicht zuletzt sind utopische Kompetenzen zurückzugewinnen.

Theoretische und visionäre Leerläufe

Die Tiefe des Wandels innerhalb der kapitalistischen Verhältnisse, der mit der Krise der 1970er Jahre beginnt, sucht seinesgleichen. Eric Hobsbawm hat in seiner Geschichte des kurzen 20. Jahrhunderts zu dessen Beschreibung die Metapher des Erdrutsches eingeführt.

»Wir leben in einer Welt, die gekapert, umgewälzt und entwurzelt wurde vom gigantischen ökonomischen und technisch-wissenschaftlichen Prozess der Kapitalismusentwicklung, der die vergangenen zwei oder drei Jahrhunderte beherrscht hat [...]« (Hobsbawm 1998: 719).

Was lange Zeit als stabil und fest angesehen wurde, erodiert zusehends infolge der ökonomisch induzierten Strukturkrise, die in einer mangelnden Profitabilität der Kapitalverwertung seinen Grund findet (vgl. Kisker 1997, Kisker 2007, Krüger 2007). Seit 1974/75 treten Phänomene wie eine säkular steigende Arbeitslosigkeit, geringe Kapazitätsauslastungen, niedrige Wachstumsraten, Fusionswellen und eine rigide Verdrängungskonkurrenz als Krisensymptome deutlich zu Tage. Die Strukturkrise führt zur Bubbleökonomie, deren Instabilität sich u. a. in der gegenwärtigen Finanzmarktkrise deutlich zeigt (Krüger 2008).

Auf der Suche der Kapitale nach den Voraussetzungen eines neuen langandauernden überzyklischen Aufschwungs gerät die gesamte kapitalistische Formation aus den Fugen. Staatsformen transformieren sich, die Klassenlandschaften und Geschlechterverhältnisse bauen sich um, die Kräfteverhältnisse verschieben sich zu Lasten der direkten Produzenten/innen, mit neuen Produktionsmodellen wird experimentiert, auf Kosten der Realkapitalakkumulation werden riesige Geldkapitale gebildet, Wertschöpfungsketten werden internationalisiert und bisher der Kapitalakkumulation verschlossene Räume werden in zuvor unbekanntem Ausmaß der Verwertung erschlossen (Zeller 2004). Die Akkumulation und Regulation der kapitalistischen Warenproduktion sucht sich neue Wege. Der marktradikale Neoliberalismus bietet mit seinem Credo der Dreifaltigkeit von Privatisierung, Deregulierung und Monetarisierung nach wie vor den dominierenden Wegweiser für große Teile der Gesellschaft im anstehenden Restrukturierungsprozess (vgl. Harvey 2007).

Dabei hat sich der Neoliberalismus weltweit als eine gesellschaftsverändernde Kraft erwiesen, die ihresgleichen in der Geschichte sucht. Doch die Risse in der einst so stabilen neoliberalen Hegemonie zeichnen sich deutlich ab (vgl. Bischoff u. a. 1998). Ökonomische Instabilitäten, eine verschärfte soziale Polarisierung weltweit und zugleich innerhalb einzelner Länder, Finanzkrisen, forcierte Naturzerstörungen, kriegerische Tendenzen und autoritärstaatliche Entwicklungen belegen für viele klar erkennbar, dass sich die hochfliegenden Versprechen einer neoliberalen Theorie und Politik für breite Teile der (Welt-)Bevölkerung mehr als haltlos erwiesen haben.² Die Zusicherung einer neuen Prosperitätskonstellation durch Lohnsenkungen, einer Flexibilisierung von Märkten und durch Einsparungen von öffentlichen Ausgaben konnte nicht eingehalten werden. Es wäre angesichts gemachter historischer Erfahrungen auch ein Wunder gewesen, wenn die neoliberalen Zusagen zutreffend gewesen wären. Die Orthodoxie einer reinen Marktwirtschaft war schon während der großen Depression der 1930er Jahre nicht

2 Vergleiche auch den Beitrag von K. P. Kisker in diesem Band.

in der Lage die stagnativen Tendenzen der Weltwirtschaft zu verstehen, geschweige denn sie in den Griff zu kriegen; warum sollte sie es dann heute sein? (vgl. Hobsbawm 1995: 136 f.)

Selbst aus der Perspektive einiger Kapitalfraktionen dürfte sich der Neoliberalismus zunehmend als ein zweischneidiges Schwert darstellen. Die strukturell bedingten Überakkumulationstendenzen der kapitalistischen Warenproduktion, die seit Mitte der 1970er Jahren die kapitalistischen Ökonomien prägen, erweisen sich als stabil. Einerseits eröffnet der Neoliberalismus über Privatisierungen und Freihandelsbestrebungen dem Kapital neue Verwertungsmöglichkeiten und senkt gleichzeitig die Arbeitskosten und Zumutbarkeitsgrenzen für Arbeitnehmer/innen in erheblichem Umfang. Andererseits bedeuten Lohnsenkungen und eine restriktive Haushalts- und Geldpolitik des Staates, dass der Binnennachfrage und damit der Kapitalverwertung an die Gurgel gegriffen wird. Der versuchten Sanierung der Profitraten über einen Abbau von Arbeitnehmer/innenrechten, über Lohnsenkungen, über forcierte Inwertsetzungsprozesse und über eine Senkung der Kosten des Sozialstaats stehen also Effekte des Neoliberalismus gegenüber, die die anvisierten Ziele wieder konterkarieren. Der Wunsch nach einer neuen, langanhaltenden Prosperität, nach allgemeinen Wohlstandsgewinnen bleibt letztlich unerfüllt.

Es sind die Widersprüche des Neoliberalismus selbst, die neue Forderungen nach gesellschaftlicher Veränderung hervortreiben. Da ist gegenwärtig vor allem wieder eine keynesianisch inspirierte Forderung nach einer staatlichen Reregulierung der Warenökonomie (vgl. Flassbeck, Spiecker 2007; Corneo 2006; Hicckel 2006), auf der anderen Seite eine Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen, die zumindest von linker Seite stark utopisch aufgeladen ist (vgl. Rätz u. a. 2005, Reitter 2005). Aber auch ein freiheitlich verstandener Sozialismus äußert sich am Rande von Bewegungen und linken Parteineubildungsprozessen – wenn auch kaum hörbar, dennoch wohlthuend renitent-beharrlich (vgl. Notes from Nowhere 2007).

So erfreulich das Wiedererstarken gesellschaftsverändernder Bestrebungen sein mag, es muss dennoch angemerkt werden, dass alle drei Richtungen einen schwachen Stand aufweisen. Theoretische Defizite sind bei ihnen allen nicht zu leugnen. Die Vertreter/innen eines *neuen Keynesianismus* begreifen die Ursachen der gegenwärtigen Strukturkrise nicht, sehen nicht, dass die gegenwärtigen Nachfrageprobleme nicht nur ein Ergebnis der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik, sondern vor allem eine sekundäre Folge einer strukturellen Überakkumulationskrise sind. Diese tritt ein, wenn der überkonjunkturell stattfindende tendenzielle Fall der Profitraten so weit gediehen ist, dass er gesamtwirtschaftlich sinkende Profitmassen nach sich zieht (Bischoff, Krüger 1983). Eine Situation tritt ein, die strategisches Handeln der Kapitale erfordert, wobei deren Ergebnisse widersprüchlich sein müssen:

»Die zyklendurchschnittliche Einschränkung der Realkapitalakkumulation, die Reduzierung der Erweiterungsinvestitionen und die neuen, Produktionskapazitäts-

ten vernichtenden Zentralisationsstrategien bremsen zwar kurzfristig den Fall der Profitrate, bewirken aber gleichzeitig eine weitere zyklendurchschnittliche Senkung der Akkumulationsrate, so dass die Überakkumulation nicht gebremst, sondern verstärkt wird« (Kisker 2007: 336).

Gleichzeitig bedeutet die Einschränkung der Realkapitalakkumulation bei Zunahme der Rationalisierungsbestrebungen, dass die Arbeitsproduktivität schneller wachsen wird, als das Sozialprodukt. Die damit säkular steigende Arbeitslosigkeit muss sich negativ auf die Konsumgüternachfrage auswirken. Eine sinkende Konsumgüternachfrage wird wiederum eine abnehmende Investitionsgüternachfrage nach sich ziehen, was wiederum zu Freisetzungsprozessen führen muss. Wir erhalten eine sich selbst verstärkende Abwärtsspirale (Kisker 1997).

Die neuen Keynesianer/innen weisen in der Regel nicht nur eine mangelnde Bereitschaft auf, den Staat als Form im Kapitalismus zu problematisieren, sie kennen den aufgezeigten Zusammenhang nicht. Der Neoliberalismus ist weder eine funktional-notwendige Ideologie eines unumgänglichen Globalisierungs- und Entbettungsprozesses der Kapitalakkumulation, wie beispielsweise John Bellamy Foster behauptet (Foster 1999), noch ein schlichtes politisches Projekt herrschender Eliten, das durch eine simple Reregulierung wieder zu beseitigen wäre (vgl. z. B. Flassbeck, Spiecker 2007). Der Neoliberalismus ist kein Projekt, das aus sich selbst gewachsen ist, in einem Moment der Plötzlichkeit wie ein Unwetter über uns hereingebrochen ist und durch einen einfachen Politikwechsel ebenso aus der Welt zu bringen wäre, sondern er basiert auf ihm unterliegenden Triebkräften. Aus diesen ist er zwar nicht linear wie bei Foster abzuleiten, aber er reagiert auf sie. Er ist ein besonders gearteter Versuch, einen Weg aus der strukturellen Überakkumulationskrise zu weisen. Dies muss bei seiner Kritik, wie der Formulierung alternativer Ansätze berücksichtigt werden, wenn sie tragfähig sein wollen.

Wer einen keynesianischen Umverteilungsstaat nach fordistischem Vorbild einfordert, bekämpft die tieferliegenden Ursachen der Überakkumulationskrise nicht, sondern nur ihre nachfrageseitigen Folgen. Er oder sie wird die durch die neoliberale Politik verstärkten Nachfrageprobleme mindern können. Gleichzeitig beseitigt er aber die durch den Neoliberalismus gestärkten Tendenzen, die dem Profitratenfall entgegenwirken, da – zumindest dem eigenen Anspruch und Zielsetzungen nach – die Kostenexternalisierungsstrategien der Kapitale wieder umgekehrt und die neu erschlossenen Verwertungsräume wieder aberriegelt werden. Damit wären wir perspektivisch wieder beim Ausgangspunkt der Krise angelangt. So wichtig und lobenswert es zweifellos ist, gegen die Kostenabwälzungsbestrebungen und Inwertsetzungsversuche der Kapitale anzugehen: Wer, wie die Neokeynesianer/innen, auf dem Boden der gegenwärtigen Ordnung bleiben will, bräuchte neue wirtschafts- und sozialpolitische Instrumentarien, die einerseits Arbeitnehmer/inneninteressen und Umweltschutz berücksichtigten, andererseits eine Antwort auf den Profitratenverfall (und zwar im Sinne der Kapitale) bieten würden. Im fordistischen Werkzeugkasten wird man erst einmal wenig Nutzbringendes finden.

Wie sieht es mit den linken Vertreter/innen des *bedingungslosen Grundeinkommens* aus? In sympathischer Weise wollen sie den kapitalistischen Arbeitszwang abschaffen, dadurch einen Raum für freie Tätigkeit öffnen und die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer/innen stärken (Blaschke 2004). Explizit kämpfen sie gegen den disziplinarischen Charakter des neoliberalen Staats an und verfügen damit über ein gerüttelt Maß an Staats- und Bürokratiekritik. Dies zeichnet sie vor den Neokeynesianer/innen aus. Dennoch ist ihre Utopie eine »schlechte Utopie« (Koch 1998). Warum? Ihre Vision ist nicht mit einer ausreichenden Analyse der bestehenden Verhältnisse geerdet, in die sie verändernd eingreifen wollen. Ein wirklicher Begriff davon, was Kapitalismus ist und was seine historisch-spezifische Form auszeichnet, fehlt offenbar. Deshalb geht der Reformvorschlag ins Leere. Man glaubt mittels eines schlichten Verwaltungsakts den Arbeitszwang abschaffen und die Verteilungsfrage klären zu können, übersieht dabei aber, dass beide nicht vom Klassencharakter bürgerlicher Gesellschaften zu trennen sind. Man reißt Produktion und Distribution gewaltsam auseinander, eine theoretische Untat, die sie aus der liberalen Ökonomie entliehen haben (vgl. MEW 42: 30 ff.). Es besteht die Vorstellung, dass man die Distribution des Sozialprodukts frei und beliebig gestalten könne und dementsprechend nach Maßstäben der Vernunft auch solle. Auf diesem Umwege beabsichtigten sie dann auch die Formen der Teilnahme an der sozialen Produktion zu verändern.

Dies ist nicht realistisch. Denn die Produktion ist das übergreifende Moment im ökonomischen Kreislauf (ebd.: 34). Ihre soziale Gliederung bestimmt die Formen der Distribution und nicht umgekehrt. Das sachlich vermittelte Klassenverhältnis im Kapitalismus wird über den »stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse« (MEW 23: 765) – in erster Linie auf dem Arbeitsmarkt –, über »Erziehung, Tradition, Gewohnheit« (ebd.), aber auch durch eine »ständige Zuarbeit« (Negt, Kluge 1982: 28) der Politik und des Staates reproduziert. Obwohl es sachlich vermittelt ist, das kernstrukturierende Produktionsverhältnis der bürgerlichen Gesellschaft ist ein Herrschaftsverhältnis (Mauke 1970). Der Arbeitszwang ist ihm notwendig eigen.

Was würde passieren, wenn wir wirklich ein Grundeinkommen in einer Höhe durchsetzen könnten, wie es den linken Vertreter/innen des Konzepts vorschwebt? Hätten wir die Macht dazu, wäre zunächst zu fragen, warum wir nicht gleich »radikaldemokratische Produktionsverhältnisse« (Narr, Roth 2005) an die Stelle der bürgerlichen setzen sollten? Aber sei's drum. Der Zwang zur Lohnarbeit müsste in einem solchen Fall neue Formen finden, oder er müsste sich über den verdinglichten Mechanismus des Marktes wiederherstellen, da die Grundstruktur des Klassenverhältnisses ungebrochen wäre. Ein kulturell-normativer Druck zur Lohnarbeit würde aufgebaut, oder – und dies wäre eine Horrorvision – er würde auf politischem Wege hergestellt. Wahrscheinlicher wäre eine selbstregulierende Antwort des Marktsystems. Steigt die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer/innen durch ein bedingungsloses Grundeinkommen von beachtlichem Niveau, stei-

gen die Lohnkosten – und die Arbeitsproduktivität würde dank verbesserter Arbeitsbedingungen sinken. Die gestiegenen Kosten würden von den Unternehmen über die Preise weitergegeben, die Inflation andauern bis das bedingungslose Grundeinkommen ausreichend entwertet wäre. Ist es aber den Kapitalien aufgrund besonderer Umstände nicht möglich, die hohen Kosten über die Preissetzung abzuwälzen, würde die Akkumulationsdynamik dank sinkender Profitraten erlahmen. Die gegenwärtig zu beobachtende Stagnationstendenz würde sich verschärfen. Damit gerät aber der gesamtgesellschaftliche Fonds in Gefahr, aus dem das Grundeinkommen zu finanzieren ist. Die Folge ist absehbar: Ein politischer Druck baut sich immer weiter auf, das Grundeinkommen entweder zurückzunehmen, oder auf ein derart niedriges Niveau zurückzuschrauben, dass die Akkumulationsdynamik nicht mehr gefährdet wäre.

Leider steht es um diejenigen *Globalisierungsgegner/innen*, die eine andere, eine solidarische und antikapitalistische Gesellschaft einfordern, auch nicht wirklich besser. Die Mehrheit von ihnen weigert sich, ein Bild von der zu erkämpfenden Gesellschaft zu entwerfen. Man bedient sich stattdessen Leerformeln wie »Eine andere Welt ist möglich«. Nach dem desaströsen Ende der östlichen Zentralverwaltungswirtschaften reicht ein Slogan wie dieser nicht aus. Die Menschen haben ein Recht darauf zu wissen, was man will und für die Zukunft anstrebt. Sie haben ein Recht darauf selbst zu prüfen, ob die eingeforderten sozio-ökonomischen Modelle zum einem (ökonomisch) lebensfähig sind, zum anderen ihren vitalen Bedürfnissen und Vorstellungen in großem Umfang entsprechen. Der Stalinismus hat die Idee des Sozialismus gerade auch in den Augen derjenigen in Zweifel gezogen, die eigentlich von ihm hätten profitieren müssen (Eagleton 2002). Der Zusammenbruch des Ostblocks hat deutlich gemacht, dass es keineswegs als selbstverständlich angenommen werden kann, dass postkapitalistische Systeme auf Dauer ökonomisch reproduktionsfähig sind. Verbreitete Ängste, dass erneute sozialistische Versuche zum einen wieder repressiv umschlagen, zum anderen gar nicht lebensfähig sein könnten, sind ernst zu nehmen (Haug 1990), werden es aber nur, wenn die Frage nach der institutionellen Struktur einer nachkapitalistischen Gesellschaft offensiv öffentlich zur Diskussion gestellt wird.

Eine Minderheit, die vor allem im angloamerikanischen Raum beheimatet ist, stellt sich der Herausforderung (vgl. Creydt 2001). Hier werden Modelle eines Jenseits des Kapitalismus formuliert. Leider erfolgt dies in der Form eines abstrakten Modellplatonismus, der nicht mit den Entwicklungstendenzen des gegenwärtigen Kapitalismus vermittelt ist (Krätze 2003). Es wird auf eine materialistische Fundierung der Konzepte verzichtet. Dass die ökonomischen Vorbedingungen zur Verwirklichung entsprechender Sozialismusvorstellungen durch den Kapitalismus erzeugt werden, wird schlicht behauptet, nicht aber bewiesen. Schlimmer aber ist, dass die Akteure und ihre dynamischen Bedürfnisstrukturen schlicht ignoriert werden. Agnes Heller hatte vor mittlerweile 30 Jahren herausgearbeitet, dass der Kapitalismus notwendig immer wieder neu sogenannte radikale

Bedürfnisse, also Bedürfnisse, die über den Kapitalismus hinausweisen, erzeugt (Heller 1976). Der neue Modellplatonismus fragt weder bei wem diese Bedürfnisse anzutreffen sind, noch welcher Natur sie sind, noch in welche Richtung sie weisen. Er wird mit anderen Worten mit großer Wahrscheinlichkeit an möglichen Akteuren einer gesellschaftlichen Veränderung vorbeikonstruieren. Mehr als bisher gilt es zu begreifen, dass der Sozialismus ein dynamisches Konzept ist und dass das, was er zu sein hat, sich mit dem Kapitalismus fortwährend ändern muss. Denn der Kapitalismus kann »nicht aufhören, die Forderungen zu verändern, die auf seine Überwindung drängen, nämlich die Bedürfnisse der gesellschaftlichen Klassen, die in ihm ausgebeutet und unterdrückt werden« (Singer 1981: 16). Als Zusammenfassung dieser Forderungen ist der Sozialismus »eine Art Reflex des Kapitalismus: Er spiegelt dessen Widersprüche und die Möglichkeiten, die dessen Entwicklung eröffnet« (ebd.). Auch deshalb gilt es, unsere theoretischen Fähigkeiten zur Analyse der gegenwärtigen Tendenzen des Kapitalismus zu schärfen, um mit ihrer Hilfe die notwendigen Visionen zu fundieren. Ansatzpunkte finden sich in den Verhältnissen zweifellos: erweiterte Autonomieansprüche der Subjekte und z. T. auch selbstorganisierte Arbeitsverhältnisse, Pluralisierung der Lebensstile und Orientierungen, Selbstverwirklichungs- statt Verzichtsethik; das sind alles Elemente, die im Prinzip schon Teil der anti-fordistischen Revolte um 1968 waren (vgl. Gilcher-Holtey 2001) und bei all der nachträglichen neoliberalen Umwidmung und Überlagerung als latent kritisch-widerständiger Subtext geblieben sind bzw. sich verallgemeinert haben (vgl. Baethge 1991; Kleemann u. a. 2003).

Schwäche der Linken und Aufarbeitung der Vergangenheit

Nicht aus der Geschichte der älteren sozialen Bewegungen lernen zu wollen, erscheint uns als ein Fehler. Umso betrüblicher ist, dass dieser in allen Strömungen einer sich reorganisierenden Linken weit verbreitet zu sein scheint. Gegenwärtige Kritikbemühungen reihen sich in eine längere Reihe vielgestaltiger Emanzipationsbemühungen ein. Ohne ein Verständnis der eigenen Traditionslinien, liegen positive Anschlusspunkte brach, es wird unnötig Energie verbraucht, um Konzepte zu entfalten, die eventuell früher schon (in ähnlicher Weise) entwickelt wurden und leicht wieder aktiviert werden könnten. Lernmöglichkeiten ergeben sich aber auch aus vergangenen Fehlentwicklungen, deren Ursachen aufgespürt werden müssen, um ungewollte Wiederholungen zu vermeiden. Ein Studium der eigenen Geschichte erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass Fehler der Vergangenheit nicht in neuer Form reproduziert werden. Dies betrifft in besonderer Weise das Phänomen einer »Dialektik des Antikapitalismus« (Haug 2007; Narr 2007), eines in der Vergangenheit immer wieder beobachtbaren Umkippens von Emanzipationsbestrebungen in erneute Repression. Die gegenwärtige Krise der Linken ist von einer Reihe traumatischer Ereignisse nicht zu trennen, die – wenn auch in un-

terschiedlicher Weise – alle Strömungen des Sozialismus betreffen, meist unverarbeitet geblieben sind und nur zu häufig zu einer enttäuschten Abkehr von den sozialistischen Idealen geführt haben.³ Sollen künftige Enttäuschungen vermieden werden, dann müssen ihre Ursachen aufgespürt werden. Aber auch im Sinne einer schlichten »Trauerarbeit« (Deppe 1998) scheint eine Auseinandersetzung mit diesen Ereignissen unumgänglich. »Wir sind umgeben von zerschlagenden Mythen, gescheiterten Experimenten, unerfüllt gebliebenen Voraussagen, von theoretischen und praktischen Enttäuschungen« (Claudin 1979: 219). Sie haben allesamt ihre sichtbaren Spuren hinterlassen. Der Schatten all dieser Ereignisse wird wahrscheinlich noch auf Jahre auf die verbliebene Restlinke fallen und ihre Bemühungen »wieder ans Licht zu kommen« erschweren. »Vieles deutet darauf hin, daß wir wieder von vorn beginnen und erst einmal das Terrain von den Trümmern säubern müssen« (ebd.).

Der insbesondere in der *Antiglobalisierungsbewegung* verbreitete Gestus einer geschichtslosen Selbstbezüglichkeit, die in ihrem selbsterklärten Bruch zu den alten sozialen Bewegungen mögliche Kontinuitäten weitgehend leugnet, beraubt den globalisierungskritischen Protest der Möglichkeit hegemoniale Konstellationen über eine geschichtliche Traditionsverortung in den gegenhegemonialen Kämpfen zu unterlaufen. Hegemonie ist umso stabiler je mehr die herrschenden Gruppen und Klassen ihre Interessen als das Allgemeine darzustellen vermögen (MEW 3: 47 f.), je mehr sie die subalternen Bevölkerungsteile konsensual einbinden können (Gramsci 1967) und je stimmiger sie verschiedene ideologische Elemente in einer diskursiven Kette verbinden können, die eine innere Logik und Einheit des Gesamtdiskurses gewährleistet (Hall 1989: 194). Die besondere Fähigkeit des Neoliberalismus das gegenwärtige institutionelle Arrangement als zeitlos, abgetrennt von den historischen Kämpfen, aus denen es hervorgegangen ist, diskursiv zu konstruieren, ist wesentlich für seine Stabilität verantwortlich. Weitgehende Geschichtslosigkeit prägt das Bewusstsein breiter Bevölkerungsteile (vgl. Hobsbawm 1998: 17) und erschwert uns, der geschichtslosen Erzählung einer Natürlichkeit des vorherrschenden Marktradikalismus eine eigene entgegenzustellen, die die konfliktgeformte Gewordenheit des Postfordismus herausstreicht. Offenbar fehlt in weiten Teilen der Antiglobalisierungsbewegung eine Sensibilität dafür, wie wichtig es unter einem gegenhegemonialen Blickwinkel für

3 In diesem Zusammenhang ist selbstverständlich nicht nur auf den Zusammenbruch des Ostblocks zu verweisen, sondern auf eine längere Kette von Ereignissen, die sich z. T. vor der Implosion der Zentralverwaltungswirtschaften zugetragen haben. Ralph Miliband hat sich in seiner Auseinandersetzung mit dem in den 1980er Jahren vor allem im angloamerikanischen Raum aufkommenden Phänomen des sogenannten Postmarxismus die Mühe gemacht, die wichtigsten dieser Ereignisse zusammenzutragen. Er nennt: »the experience of ›actually existing socialism‹, Czechoslovakia and Afghanistan, the collapse of Maoist illusions, Cambodia and the sour aftermath of victory in Vietnam, the withering of Eurocommunist hopes, the emergence of ›new social movements‹ born of dissatisfaction with the limits of traditional labour and socialist movements and parties, a growing disbelief in the capacity of the working class to be the agent of radical social change, and the consequent ›crisis of Marxism‹. More specifically for Britain, there is also what has for many been the trauma of ›Thatcherism‹ and, even more traumatic, its ability to win elections« (Miliband 1985: 6 f.).

sie selbst wäre, sich in eine längere Traditionslinie sozialer Kämpfe offensiv einzuschreiben, um auf diese Weise eine tragende Säule der neoliberalen Dominanz zu kippen. Die geschichtliche Einbettung der eigenen Bestrebungen ist ein wichtiger Weg zur Repolitisierung und Rehistorisierung der öffentlichen Auseinandersetzung.

Kann sie auch etwas Positives aus der Geschichte der Arbeiter/innenbewegung lernen? Die Antiglobalisierungsbewegung tut sich schwer damit, ein gemeinsames gesamtgesellschaftliches Projekt zu formulieren. Man will nicht »in den sattsam bekannten Sackgassen der letzten hundert Jahre enden« (Wahl 2002: 16), man hat Angst die Offenheit und Vielfalt der eigenen Bewegung zu beschädigen, wenn man sie unter einem einheitlichen Dach zu vereinigen sucht. »Ideologische Homogenität ist historisch überholt, auch wenn die Sehnsucht danach bei manchen immer wieder durchscheint« (ebd.). Als Negativfolie fungiert hier vor allem die alte Arbeiter/innenbewegung, da sie scheinbar per se durch hierarchische Vereinheitlichungsbestrebungen von unterschiedlichen Strömungen und Ansätzen geprägt gewesen sei. Fragend voranzuschreiten und die Vielfalt widerstreitender Interessen auch innerhalb der eigenen Bewegung zu respektieren, heißt die nicht unsympathische Schlussfolgerung, die man »aus den dogmatisch verhärteten linken Kaderpolitiken« (Kastner 2007) der Vergangenheit ziehen will.

Die Vorstellung, dass aus einem Studium der Geschichte der alten Arbeiter/innenbewegung nicht viel darüber zu lernen wäre, wie eine bunte und vielfältige Opposition gegenhegemonial zu schaffen ist, die vorhandene Widersprüche und Interessensunterschiede lebbar und produktiv nutzbar macht, stützt sich auf eine einseitige Wahrnehmung ihrer Geschichte. Obwohl ein Bewusstsein über die notwendige Mannigfaltigkeit der oppositionellen Interessen erst in den letzten Jahrzehnten wirklich zum Tragen gekommen ist, handelt es sich bei der Problematik um eine grundsätzliche Frage, mit der sich bereits die Arbeiter/innenbewegung auseinandersetzen musste. Die Spaltung, nicht die Einheit war immer der Normalzustand der Arbeiter/innenklasse, so dass die Überwindung der Zersplitterung des Klassensubjekts eine politische Aufgabe war (vgl. Deppe 1981) und nicht vorausgesetzt werden konnte. Der unterschiedliche Umgang mit dieser Aufgabe, markierte eine der wesentlichen Differenzen zwischen den autoritären und nicht-autoritären Strömungen in der Arbeiter/innenbewegung. Anregungen für die heutige politische Praxis wären dementsprechend eventuell bei den verschiedenen Subströmungen der alten Arbeiter/innenbewegung zu gewinnen.⁴ Eine eingehende und differenzierte Betrachtung der Historie ihrer Hauptströmungen könnte Gefahren der (vielleicht auch unbeabsichtigten) Verdinglichung und Homogenisierung beispielsweise auch in ihren gemäßigten Formen wie der Sozialdemokratie aufzeigen, die auch heute noch drohen.

4 Für eine klassische Geschichtsdarstellung der vorherrschenden Strömungen der deutschen Arbeiter/innenbewegung siehe u. a. Abendroth (1969), eine Ideengeschichte der sozialen Bewegungen liefert Hofmann (1974). Alternativ für die Subströmungen der Arbeiter/innenbewegung bei Roth (1974).

Auch die *neokeynesianische Linke*, die sich in ihrer Kritik am neoliberal betriebenen Umbau der Gesellschaft stark an den wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen der 1950er bis 1970er Jahre orientiert (vgl. u. a. Flassbeck, Spiecker 2007), muss sich den Vorwurf einer latenten Geschichtslosigkeit gefallen lassen. Nicht nur, dass ihre Instrumente stumpf bleiben müssen, da sie die ökonomischen Gründe des gegenwärtigen Transformationsprozesses kapitalistischer Gesellschaften nur ungenügend versteht (siehe oben), sie neigt in ihrem Bestreben, den alten Fordismus neu zu beleben, zu einer Art »Retronormativität« (Haug 2003: 172). Ihre Vorstellungen vom alten keynesianischen Wohlfahrtsstaat tragen zweifellos ab einem gewissen Grad idealisierende Züge, relativieren die repressive und destruktive Wucht des alten Fordismus. Weder die extreme Naturvernichtung, die Zersplitterung der Arbeitsprozesse und die damit einhergehende Dequalifikation, weder der autoritäre Etatismus, die kriegerischen Tendenzen und die neokoloniale Weltmarktstruktur noch die starke Normierung des Alltagslebens und der Geschlechterbeziehungen erfahren bei ihnen die kritische Aufmerksamkeit, die sie verdienen würden. Dass eine ganze Reihe von sozialen Bewegungen gegen den fordistisch keynesianisch regulierten Kapitalismus vehement opponierte und zweifellos auch zu dessen Überwindung beigetragen hat (Holloway 2007: 10), fällt aus ihrem Blickfeld. Für eine Kritik an den heutigen Verhältnissen sollte man auf der Kritik der vorhergehenden sozialen Bewegungen aufbauen, statt sie bei der Kritik der heutigen Verhältnisse zu ignorieren. Ansonsten werden nicht nur Erfahrungen aus früheren Kämpfen beiseite geschoben, sondern es wird auch die Chance vertan, aktuell die verschiedenen Strömungen für ein gemeinsames Projekt zu gewinnen, werden doch diejenigen Gruppen, die schon im alten fordistischen Projekt marginalisiert wurden, erneut an den Rand gedrängt.

Es ist wiederum für die *sozialistische Linke* nicht möglich, sich im Angesicht der erschütternden Erfahrungen der Vergangenheit auf die reinen und lichten Höhen des utopischen Ideals eines angeblich »wahren Sozialismus« zurückzuziehen, um dieses einer schlechten Geschichte entgegenzuhalten (Haug 2007). Auch diese Gruppe darf sich nicht, wie oftmals üblich, der Geschichte entziehen, schon gar nicht dadurch, dass sie einen Teil der Historie von sich absplattet, indem sie jegliche Verantwortung für die Verwerfungen der Vergangenheit von sich abweist und bestimmten Strömungen des Sozialismus *alleine* zuweist. Mit Hilfe materialistischer Denkmittel muss umgekehrt ein Verständnis der historischen Verwerfungen der Linken erarbeitet werden. Nur so kann die erklärende Kraft des Ansatzes zum einen unter Beweis gestellt werden und zum anderen eine Aufarbeitung der Geschichte betrieben werden, die eine zentrale Vorbedingung des zu leistenden Neuanfangs ist. Natürlich haben *wir*, also Sozialreformer/innen als auch Bewegungslinke und Antiautoritäre, *unmittelbar* nichts mit dem Stalinismus, dem Pol Potismus oder dem Maoismus und ihren Verbrechen zu tun, standen wir doch in einer offenen Gegnerschaft zu ihnen – oder wenigstens meistens, wie man bedauerlicherweise einschränkend hinzufügen muss (Rosanda 1979: 19 f.). Dennoch hinterlassen

sie auch für uns – oder vielleicht gerade für uns – eine Bürde, die getragen werden muss, soll der Erneuerungsprozess der Linken unter einer emanzipatorischen Perspektive gelingen (Haug 2005). Die Problematik eines geschichtlichen Umschlags einer angestrebten Befreiung in bürokratische Klassenherrschaft, muss gerade von jenen bearbeitet werden, die zu den Verwerfungen des autoritären »Kasernensozialismus« (Kautsky 2001: 79) Nein sagen und gleichzeitig das konkret-utopische Fenster einer möglichen Gesellschaft der Freien und Gleichen offen halten wollen. Es liegt im Besonderen in *unserer* Verantwortung, sich mit dieser Problematik auseinander zu setzen, um künftigen Fehlentwicklungen entgegenzuarbeiten. Das oftmalige Missverständnis einer antistalinistischen Linken, dass sie für eine Aufarbeitung der katastrophalen Fehlentwicklungen im 20. Jahrhundert schlicht und einfach nicht zuständig sei, da sie für diese Entwicklungen nicht haftbar gemacht werden könne, mag zwar psychologisch verständlich sein, die Auffassung mag zudem auf den ersten Blick plausibel begründet sein, sie greift aber dennoch zu kurz (Negt 1996).

Die kritische Aufarbeitung der Geschichte der sozialistischen Linken im 20. Jahrhundert, ihrer geplatzten Illusionen, hat natürlich ihren Zweck darin, über die Gründe des Entstehens eines sozialistischen Autoritarismus aufzuklären. Ein solches Vorgehen hätte wiederum in einer Neubestimmung von Zielen, von Organisationsformen und Methoden künftiger Politiken der Linken zu münden, die sich klar – und öffentlich deutlich kommunizierbar – von jenen Zielen und Formen absetzen müsste, die in die Katastrophe führten. Die Neurezeption von Positionen, die bereits vor Jahren bzw. Jahrzehnten in einer kritischen Auseinandersetzung mit den dominierenden Varianten der alten Linken neue Wege zu beschreiten suchten, dürfte dabei vordringlich sein. Insbesondere dürfte es reizvoll sein, sich die Theorie und Praxis gewisser Formen der sogenannten Neuen Linken der 1950er bis 1970er Jahre kritisch anzueignen, finden sich doch hier ambitionierte und attraktive Versuche einer Neubegründung linker Politik, die sich sowohl den sozialdemokratischen wie leninistischen Politikvorstellungen entziehen als auch die etablierten Bahnen bürgerlicher Politik unterlaufen (vgl. Gilcher-Holtey 2001). Das Stichwort der »partizipativen Demokratie« als dem Inbegriff einer anziehenden gesamtgesellschaftlichen Vision, die gleichzeitig die Ansprüche und Anforderungen an die Organisation der täglichen politischen Praxis formuliert, die Barrieren gegen die Rückführung der eigenen Bestrebungen in gewohnte Muster aufbaut, wäre als eine Richtschnur einer subversiv orientierten Politik wieder zu beleben (vgl. Hayden 2005; Flacks 2008).

Die zu verwirklichende Utopie einer direkten Demokratie der Produzent/innen weist darüber hinaus mit den repressiven Konzepten eines autoritären Staatssozialismus nur geringe Schnittmengen auf. Die Perspektive einer radikalen Demokratisierung sämtlicher Bereiche des gesellschaftliche Lebens – im Besonderen der Ökonomie – steht der leninistischen Vorstellung – und in abgeschwächter Form der sozialdemokratischen – einer »Eingliederung der ganzen lebendigen Gesell-

schaft in die kristalline Struktur des Staates« (Bahro 1977: 44) geradezu schroff entgegen. Die sozialistische Perspektive einer radikalen Demokratisierung der Stadtteile, der Unternehmen, der Haushalte, der Schulen, der Universitäten, also sämtlicher Räume des privaten und öffentlichen Lebens, ist als anti-etatistisches Programm mit den staatsfetischisierenden und entmündigenden Vorstellungen des Realsozialismus unvereinbar. Vergesellschaftung oder Sozialisierung ist eben nicht Verstaatlichung, darauf gilt es immer wieder deutlich hinzuweisen.

Der Neuanfang setzt in diesem Sinne den Bruch mit dem alten Etatismus und dem ihm entsprechenden und alles durchdringenden Ordnungs- und Gestaltungsansprüchen des Staates voraus. Zur Bändigung des Staates ist jedoch nicht, wie der Liberalismus glaubt, auf einen verselbstständigten Marktmechanismus zu setzen. Dies hieße den staatlichen Leviathan mit einem blindwaltenden Ungeheuer einer verallgemeinerten Warenproduktion zu bekämpfen. Es geht um egalitäre Institutionen der ökonomischen und gesellschaftlichen Selbstorganisation und Selbstbestimmung, um die Autonomie der Produzenten in ihrer Lebensgestaltung, um die Abschaffung von Zwang und Herrschaft, um Formen der gesellschaftlichen Selbstreflexion, die gefunden werden müssen. Dies ist der Kern eines emanzipatorischen Konzepts gesellschaftlicher Veränderung.

Der Blick nach vorn

Das Beispiel der lateinamerikanischen Linken vermag Hoffnung auch für die Linke in anderen Regionen der Welt zu geben. Sie demonstriert darüber hinaus wie vielgestaltig linke Bestrebungen sein können. Es kann gelernt werden wie ein defensiver Ausgangspunkt durch Beharrlichkeit und Phantasie in eine Position neuer Stärke umgewandelt werden kann. Der Wiederaufschwung sollte uns jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Defizite in der Theorie und Praxis linker Bestrebungen bestehen, die sich negativ bemerkbar machen werden, wenn ihre Überwindung nicht recht bald offensiv angegangen wird. Dies gilt auch für die europäische Linke. Wir bedürfen eines neuen und differenzierten Verständnisses der Geschichte der sozialen Bewegungen, wir benötigen ein fundierteres theoretisches Verständnis der gegenwärtigen Transformationsprozesse des Kapitalismus als bisher und werden um die Formulierung attraktiver und lebensfähiger gesamtgesellschaftlicher Visionen nicht herumkommen.

Geduld und Ironie gepaart mit einer unermüdlichen Maulwurfsarbeit sind nach Johannes Agnoli (1996) die Mittel, die Linke nutzen sollten, um so einen langen Winter, wie den gegenwärtigen, zu überdauern. Dies ist ein guter Ratschlag. Er schützt vor einer Winterdepression, indem er nicht nur auf den folgenden Sommer verweist, sondern auch auf den Sinn, mit den unterhöhrenden Aktivitäten fortzufahren. Diejenigen, die augenblicklich unbeirrt mit festem Tritt über den Boden laufen, können durch den aufgewühlten Boden ins straucheln kommen. Der alte

Maulwurf, für Marx das Sinnbild des steten Treibens gesellschaftsverändernder Kräfte, wühlt gerade auch in denjenigen geschichtlichen Augenblicken unablässig weiter, in denen er nur selten an der Oberfläche zu sehen ist. Instinktiv gräbt er seine Stollen dort, wo das Erdreich am geeignetsten ist. Und eh man sich versieht, bricht er die verkrustete Erde auf und tritt aus dem Erdreich wieder zu Tage.

Literatur

- Abendroth, Wolfgang (1969): Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung. 6. Aufl. Frankfurt/Main.
- Agnoli, Johannes (1996): Subversive Theorie. »Die Sache selbst« und ihre Geschichte. Freiburg.
- Azzellini, Dario (2006): Venezuela Bolivariana. Revolution des 21. Jahrhunderts. Köln.
- Baethge, Martin (1991): »Arbeit, Vergesellschaftung, Identität. Zur zunehmenden normativen Subjektivierung von Arbeit«. In: Soziale Welt, H. 42, S. 6-19.
- Bahro, Rudolf (1977): Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus. Köln, Frankfurt/Main.
- Bischoff, Joachim; Deppe, Frank; Kisker, Klaus Peter (Hrsg.) (1998): Das Ende des Neoliberalismus? Wie die Republik verändert wurde. Hamburg.
- Bischoff, Joachim; Krüger, Stephan (1983): »Überakkumulation und industrieller Zyklus«. In: Hoffmann, Jürgen (Hrsg.): Überproduktion, Überkonsumtion, Depression – Analysen und Kontroversen zur Krisentheorie. Hamburg, S. 133-166.
- Blaschke, Ronald (2004): Garantiertes Grundeinkommen. Entwürfe und Begründungen aus den letzten 20 Jahren, Frage- und Problemstellungen. Dresden.
- Boris, Dieter (2007): »Linkstendenzen in Lateinamerika«. In: Supplement der Zt. Sozialismus, S. 7-8.
- Boris, Dieter; Schmalz, Stefan; Tittor, Anne (Hrsg.) (2005): Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie? Hamburg.
- Claudin, Fernando (1979): »Eurokommunismus und »antagonistische Gesellschaften eines neuen Typs«. In: Bettelheim, Charles u. a. (Hrsg.): Zurückforderung der Zukunft. Macht und Opposition in den nachrevolutionären Gesellschaften. Frankfurt/Main, S. 219-224.
- Corneo, Giacomo (2006): New Deal für Deutschland. Frankfurt/Main.
- Creydt, Meinhard (2001): »Partizipatorische Planung und Sozialisierung des Marktes. Aktuelle Modelle sozialistischer Wirtschaftsgestaltung aus der angelsächsischen Diskussion«. In: Berliner Debatte Initial, H. 3.
- Deppe, Frank (1981): Einheit und Spaltung der Arbeiterklasse. Überlegungen zu einer politischen Geschichte der Arbeiterbewegung. Marburg.
- Deppe, Frank (1998): »Ein Gespenst geht um«. In: Eric Hobsbawm u. a.: Das Manifest – heute. 150 Jahre Kapitalismuskritik. Hamburg, S. 234-245.
- Eagleton, Terry (2002): »Marxismus und Kultur. Eine Einführung«. In: Sozialistische Hefte, H. 2, S. 3-12.
- Flacks, Richard (2008): »Die philosophischen und politischen Ursprünge der amerikanischen New Left«. In: Gilcher-Holtey, Ingrid (Hrsg.): 1968 – Vom Ereignis zum Mythos. Frankfurt/Main, S. 201-222.
- Flassbeck, Heiner; Spiecker, Friederike (2007): Das Ende der Massenarbeitslosigkeit. Mit richtiger Wirtschaftspolitik die Zukunft gewinnen. Frankfurt/Main.
- Foster, John Bellamy (1999): »Liberalismus, Selbstschutz der Gesellschaft und die Widersprüche des Kapitalismus«. In: Supplement d. Zt. Sozialismus, H. 12, S. 19-32.
- Gilcher-Holtey, Ingrid (2001): Die 68er Bewegung: Deutschland – Westeuropa – USA. München.
- Gramsci, Antonio (1967): Philosophie der Praxis: eine Auswahl. Hrsg. u. übers. von Christian Riechers. Frankfurt/Main.
- Hall, Stuart (1989): »Der Thatcherismus und die Theoretiker«. In: Hall, Stuart: Idelogie, Kultur, Rassismus. Ausgewählte Schriften I. Hrsg. v. Nora Rätzsch, Hamburg, S. 172-206.
- Harvey, David (2007): Kleine Geschichte des Neoliberalismus. Zürich.
- Haug, Wolfgang Fritz (1990): »Chancen und Blockierungen eines demokratischen Sozialismus«. In: Initial – Die Berliner Debatte, H. 4, S. 365-373.
- Haug, Wolfgang Fritz (2003): »Ungedachtes, das keine Ruhe gibt. Eine Symptomlektüre von Altwater/Mahnkopfs »Globalisierung der Unsicherheit«. In: Gerlach, Olaf; Kalmring, Stefan; Nowak, Andreas (Hrsg.): Mit Marx ins 21. Jahrhundert. Hamburg, S. 198-179.
- Haug, Wolfgang Fritz (2005): Dreizehn Versuche, marxistisches Denken zu erneuern. Gefolgt von Sondierungen zu Marx, Lenin, Luxemburg. Hamburg.
- Haug, Wolfgang Fritz (2007): »Zur Dialektik des Antikapitalismus«. In: Das Argument, 49. Jg., H. 269, S. 11-34.

- Hayden, Tom (2005): *The Port Huron statement: the visionary call of the 1960s revolution*. New York.
- Heller, Agnes (1976): *Theorie der Bedürfnisse bei Marx*. Hamburg.
- Hickel, Rudolf (2006): *Kassensturz. Sieben Gründe für eine andere Wirtschaftspolitik*. Reinbek bei Hamburg.
- Hobsbawm, Eric (1995): *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*. Wien, München.
- Hofmann, Werner (1974): *Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts*. 5. unveränd. Aufl., Berlin u. a.
- Holloway, John (2007): »Thompson und die Zersetzung der abstrakten Zeit«. In: Holloway, John; Thompson, Edward, P.: *Blauer Montag. Über Zeit und Arbeitsdisziplin*. Hamburg, S. 5-17.
- Kastner, Jens (2007): »«Alles für alle!». Kulturelle Differenz, soziale Gleichheit und die Politik der Zapatistas«. In: *translate. transversal webjournal*, »Universalismus«, H. 06, Wien.
- Kautsky, Karl (2001): »Terrorismus und Kommunismus« (Auszüge). In: Dewey, John; Kautsky, Karl; Trotski, Leo: *Politik und Moral. Die Zweck-Mittel-Debatte in der neueren Philosophie und Politik*. Hrsg. von Ulrich Kohlmann, Lüneburg, S. 65-85 [zuerst: Kautsky, Karl (1919): *Terrorismus und Kommunismus: Ein Beitrag zur Naturgeschichte der Revolution*. Berlin].
- Kisker, Klaus Peter (1997): »Strukturelle Überakkumulation und Krise der Erwerbsarbeit«. In: *Z – Zeitschrift für marxistische Erneuerung*, H. 31.
- Kisker, Klaus-Peter (2007): »Plädoyer für eine gesellschaftliche Profitorientierung. Interview mit Stefan Kalmring und Andreas Nowak«. In: *UTOPIE kreativ*, H. 198, S. 335-343.
- Kleemann, Frank; Matuschek, Ingo; Voß, G. Günter (2003): »Subjektivierung von Arbeit. Ein Überblick zum Stand der Diskussion«. In: *Moldaschl, Manfred; Voß, Günter (Hrsg.): Subjektivierung von Arbeit*. München, Mehring, S. 57-111.
- Koch, Claus (1998): »Arbeit verbindet nicht, Arbeit trennt«. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, H. 6/7, S. 389-393.
- Krätke, Michael (2003): »Wirtschaftsdemokratie und Marktsozialismus«. In: *Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Hrsg.): Mut zur konkreten Utopie. Alternativen zur herrschenden Ökonomie – Kritische Interventionen. Flugschriften Kritischer Wissenschaft*, Bd. 8, Hannover, S. 41-82.
- Krüger, Stephan (2007): *Konjunkturzyklus und Überakkumulation*. Hamburg.
- Krüger, Stephan (2008): »Finanzmarktkrise: Der Umschlag des Kredit- in das Monetarsystem. Einordnung in langfristige Entwicklungstendenzen der Kapitalakkumulation«. In: *Bischoff, Joachim; Krüger, Stephan; Zinn, Karl Georg: Finanzkrise, Überakkumulation und die Rückkehr des Staates. Supplement der Zeitschrift Sozialismus*, H. 12, S.19-39.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (MEW): *Werke*. Berlin (Ost), 1956 ff. (zit. als MEW Bd: Seite).
- Mauke, Michael (1970): *Die Klassentheorie von Marx und Engels*. Frankfurt/Main.
- Miliband, Ralph (1985): »The New Revisionism in Britain«. In: *New Left Review*, H. 150, S. 5-26.
- Narr, Wolf-Dieter (2007): »Dialektik der Antikapitalismen. Anstöße zur Diskussion«. In: *Das Argument*, 49. Jg., H. 269, S. 35-47.
- Narr, Wolf-Dieter; Roth, Roland (2005): »Not und Notwendigkeit radikaldemokratischer ökonomischer, politischer und kultureller Produktionsverhältnisse«. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 35. Jg., H. 141, S. 497-520.
- Negt, Oskar (1996): »Einleitung«. In: *Marx, Karl. Ausgew. u. vorgest. v. Oskar Negt*. München.
- Negt, Oskar; Kluge, Alexander (1982): *Geschichte und Eigensinn*. 6. Aufl., Frankfurt/Main.
- Notes from Nowhere (Hrsg.) (2007): *Wir sind überall – weltweit.unwiderstehlich.antikapitalistisch. Mit einem Vorwort von Naomi Klein*. Hamburg.
- Rätz, Werner; Patemoga, Dagmar; Steinbach, Werner (2005): *Grundeinkommen: bedingungslos*. Hamburg.
- Reitter, Karl (2005): »Grundeinkommen als Recht in einer nachkapitalistischen Gesellschaft«. In: *grundrisse*, H. 13, Wien.
- Rosanda, Rosanna (1979): »Macht und Opposition in den nachrevolutionären Ländern«. In: *Bettelheim, Charles u. a. (Hrsg.): Zurückforderung der Zukunft. Macht und Opposition in den nachrevolutionären Gesellschaften*. Frankfurt/Main, S. 19-38.
- Roth, Karl Heinz (1974): *Die andere Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zum Neuerständnis der Klassengeschichte in Deutschland*. München.
- Roth, Karl Heinz (2005): *Der Zustand der Welt. Gegen-Perspektiven*. Hamburg.
- Singer, Paul (1981): »Was heute Sozialismus ist«. In: *Bennholdt-Thomsen, Veronika u. a. (Hrsg.): Probleme und Perspektiven der Linken – Lateinamerika. Analysen und Berichte*, Bd. 5, Berlin, S. 15-40.
- Wahl, Peter (2002): »Die Zukunft ist plural. Quo vadis Globalisierungskritik?«. In: *Blätter des iz3w*, H. 261, S. 16.
- Zeller, Christian (Hrsg.) (2004): *Die globale Enteignungsökonomie*. Münster.

Krise der Arbeiterbewegung und gewerkschaftliche Erneuerung

Kritische Anmerkungen zu den Labor Revitalization Studies¹

Arbeiterbewegung – wozu?

Mit sich herausbildender Dominanz der kapitalistischen Produktionsweise und der beginnenden Industrialisierung entstand eine neue gesellschaftliche Gruppe, deren Existenzgrundlage im Verkauf ihrer Arbeitskraft bestand. Die damaligen Bedingungen des Verkaufs und der Anwendung der Arbeitskraft führten aber sofort zu Verhältnissen, die generell untragbar waren. In vielen Fällen lagen sie wohl jenseits dessen, was sich die BewohnerInnen der heutigen Industrieländer vorstellen können. Im Gefolge bildete sich nach kurzer Zeit – etwa ab der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts – eine Arbeiterbewegung. Deren Entstehung bezeichnete Michael Vester als »Lernprozeß«. Fülberth veranlasste das zu der Frage, was dabei gelernt wurde? Antwort: Gelernt wurde »nicht, wie der Kapitalismus zu überwinden ist, sondern wie sie [die Arbeiterklasse] in ihm [dem Kapitalismus] überleben kann« (Fülberth 2005: 172).

Dieser Lernprozess war nicht nur ein Akt mentaler oder physischer Anstrengung, sondern ein praktisch durchgängig harter Kampf. Zuerst musste gegen die herrschende Klasse und deren Staatsapparat das Recht zur Gründung von Gewerkschaften sowie das allgemeine Wahlrecht erkämpft werden. Sodann galt dies auch für das, was für das (Über-)Leben selbst notwendig war: erträgliche Arbeitszeiten und die Existenz sichernde Löhne. Das immer wieder in Erinnerung zu rufen, ist schon deshalb wichtig, weil es in Geschichtsbüchern und offiziellen Darstellungen gerne ausgespart wird und daher der ständigen Gefahr unterliegt, aus dem kollektiven Gedächtnis zu verschwinden oder besser: dort erst gar nicht hinzugelangen.²

- 1 Für nützliche Hinweise danke ich Martina Wiehler sowie meinen Freunden vom Arbeitskreis Entwicklungstheorie: Marco Hahn, Stefan Kalmring, Daniel Kumitz und Andreas Nowak.
- 2 Das hat eine unmittelbar praktische Konsequenz. In Westdeutschland gab es mit der Gründung der Bundesrepublik eine Art Stunde Null: jetzt herrschte soziale Marktwirtschaft und Demokratie, also etwas anderes als Faschismus, Kapitalismus, Weimarer Republik, Krieg. Das sogenannte »Wirtschaftswunder« zwischen ca. 1955 und 1975 schien das zu beweisen: eine Phase allgemeinen, spürbaren Wohlstandszuwachses. Dieser Wohlstandszuwachs war unabhängig von Wahlausgängen, auch sonst ging von (partei-)politischer Seite her kein elementarer Grund zur Politisierung aus, ob (atomare) Wiederbewaffnung, Vietnam-Krieg, 1968er, Radikalenerlass, ökologische Bedrohung, »Volkszählung«, Wiedervereinigung – (negative) Einflüsse auf den individuellen Reichtum und seine Zunahme gingen hiervon nicht aus. Sofern gewerkschaftliche Kämpfe erforderlich waren, handelte es sich – bezogen auf die gesamte Gesellschaft – um begrenzte Phänomene. Diese Situation änderte sich zunächst auch

Allerdings könnte gefragt werden, ob heutigentags eine Arbeiterbewegung noch erforderlich ist, oder ob der Metropolenkapitalismus in seiner heutigen Gestalt und angesichts des dort bestehenden Wohlstandsniveaus die Arbeiterbewegungen überflüssig werden lässt, deren Krise also keinen Grund zu tieferer Beunruhigung liefert. Zugespitzt: Können die ArbeiterInnen ohne Arbeiterbewegung (über-)leben?

In den USA, einem der reichsten Länder der Erde, heißen die Mindestlöhne »Living Wage« – hier sagt schon der Name, worum es geht: Es sind die Löhne, die ein (Über-)Leben erst möglich machen.

Werfen wir einen genaueren Blick auf die USA. 1998 lebten 50 Prozent der dortigen Landarbeiter unter der Armutsgrenze. Zwar gab und gibt es einen Mindestlohn, aber der war seit 1980 nicht mehr erhöht worden, in der Folge hatten die ArbeiterInnen erhebliche Reallohneinbußen zu verzeichnen. Die Großabnehmer der Plantagen übten erheblichen Preisdruck aus, den die Plantagenbesitzer weitergaben. 1993 entstand in Immokalee in Florida eine Gewerkschaft, die Coalition of Immokalee Workers (CIW). Sie wuchs rasch, und 1998 konnte zumindest ein weiteres Absinken des Reallohns verhindert werden. Danach strebte die CIW eine Lohnerhöhung an. Diese war vor allem gegen Taco Bell durchzusetzen, eine Fast-foodkette mit Filialpräsenz u. a. auf dem Campus-Gelände vieler amerikanischer Universitäten. Dafür konnte Unterstützung gewonnen werden aus anderen Gewerkschaften, Kirchen sowie von Prominenten, Wissenschaftlern und Studenten. Druck wurde von dieser Seite vor allem durch den Aufruf zum Boykott ausgeübt. 2005 wurde außerdem eine Protesttour durch die USA durchgeführt. Enden sollte sie in Louisville/Kentucky, dem Sitz der Mutterfirma von Taco Bell. Kurz vor Erreichen von Louisville ging der Konzern auf die Forderungen der CIW und ihrer UnterstützerInnen ein.

Das Beispiel der CIW (Geiselberger 2007a: 81-84) zeigt, dass dort wo es keine (durchsetzungsfähigen) Gewerkschaften gibt und auch keine institutionellen Substitute wie armutssichernde Mindestlöhne und dergleichen, das (Über-)Leben der ArbeiterInnen bedroht ist. Daran ändert sich unter kapitalistischen Umständen offenbar auch dann nichts, wenn der in einem Lande verfügbare Reichtum enorm zunimmt. Um diese Bedrohung zu bannen, also zur Verteidigung und Durchsetzung akzeptabler Lebensgestaltungsmöglichkeiten, sind Arbeiterbewegungen notwendig – nicht nur heute noch, sondern auch zukünftig.

mit dem Ende des Wirtschaftswunders nicht, sondern dauerte noch bis in die zweite Hälfte der 1990er – in vielen westdeutschen Gegenden währt sie bis heute. Über eine Phase von mindestens 40 Jahren war also für einen großen Teil der Bevölkerung der Wohlstandszuwachs, der weder bedroht noch erkämpft werden musste, nicht nur der – von Ausnahmen durchsetzte – Normalfall, sondern der *einzig* Fall, den sie kennenlernen konnten: das »goldene Zeitalter« des Kapitalismus. Dazu kam und kommt nun auch noch der Mangel eines über Printmedien vermittelten Bewusstseins von einer Gesellschaftsordnung, in der ein gutes Leben für die Lohnabhängigen nicht nur nicht per se sichergestellt ist, sondern bedroht ist und ergo kollektiv verteidigt bzw. erkämpft werden muss. Dieser Hintergrund stellt das Problem dar, vor welchem jeder Versuch einer Verbreiterung der Arbeiterbewegung steht: Unverständnis.

Die Arbeiterbewegung in der Krise

Die Arbeiterbewegung steckt in der schwersten und umfassendsten Krise seit ihrer Entstehung.³

Unter ArbeiterInnen verstehe ich die gesellschaftliche Klasse der Lohnabhängigen (Dörre 2007: 55). Unter *Arbeiterbewegung* wird folgend zunächst »eine organisierte Interessenvertretung der Arbeiter« (Kuhn 2004: 11) verstanden. Hierzu zählen nicht nur *Gewerkschaften*, sondern auch gewerkschaftlich nicht organisierte Betriebsräte und politische *Parteien*, sofern sie im Interesse der Lohnabhängigen agieren. Weiterhin werden Bewegungsformen hinzugerechnet, die sich auf organisierte Weise an den Auseinandersetzungen und Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit beteiligen, dabei jedoch keinen – zumindest keinen expliziten – Vertretungsmodus praktizieren. Beispiele hierfür sind Labornet, Rote Hilfe, Attac, Erwerbsloseninitiativen, Sozialverbände, Organisationen wie die »Humanistische Union«, der Chaos-Computer-Club, sowie alle Formen von organisiertem Widerstand gegen Studiengebühren, Gentrification etc. Drittens schließlich sind Formen von Interessenwahrnehmung mit inbegriffen, die auf wenig organisierter Basis stattfinden; bspw. »wilde Streiks«, (verdeckte) Sabotage.

Eine Krise ist eine Situation oder Phase, in der bis dato stabile Gegebenheiten – Institutionen, Organisationen, Standards o. ä. – durch in Gang gekommene Prozesse und Dynamiken in ihrer Form oder Existenz bedroht werden und in der sich entscheidet, ob die bedrohten Organisationen etc. entweder die zerstörerischen Dynamiken stoppen können oder durch Anpassung zu neuer Stabilität finden oder bedeutungslos werden bzw. verschwinden.⁴

Im hier behandelten Zusammenhang zielt der Begriff Krise auf zwei Ebenen. Auf der Erscheinungsebene geht es um Reallohnverluste für die unteren Einkommensklassen, den Trend der Arbeitszeitverlängerung, die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, die Individualisierung von Gesundheitskosten, Rentenkürzungen, Studiengebühren, Kürzung der öffentlichen Ausgaben für Kultur, Bildung, Infrastruktur, usw. Es handelt sich hier um die Zunahme der Ungleichverteilung von Reichtum und Lebensgestaltungsmöglichkeiten in einer Breite und in einem Ausmaß, wie es sie seit der Entstehung der Arbeiterbewegung nicht gegeben hat.

Hinter dieser Erscheinungsebene stecken verschiedene Felder, die diese Entwicklung nicht aufzuhalten vermögen. Von der umfassendsten Krise spreche ich, weil die Schwäche der Arbeiterbewegung auf vier wichtigen Feldern gleichzeitig

3 Das Insistieren auf der schwersten und umfassendsten Krise hat zwei Gründe. Es soll erstens vor dem Hintergrund der eben skizzierten Überlebensnotwendigkeit zur solidarischen Teilnahme an Kämpfen motivieren; zweitens soll deutlich werden, dass es offen ist, in welcher Form und in welcher Stärke die Arbeiterbewegungen und deren Kämpfe zukünftig stattfinden werden.

4 »Der Begriff ›Krise‹ wurde ursprünglich dem medizinischen Sprachgebrauch entnommen: dort bezeichnet er den Umschlagspunkt einer Krankheit: entweder zum Exitus oder zur Heilung.« (Fülberth 2008: 54, vgl. dazu auch Duden 1989: 388 f.; Negt 2004: 19 f.).

stattfindet: auf dem Feld der Organisationen,⁵ der Institutionen,⁶ dem Feld der ArbeiterInnenkämpfe⁷ und auf konzeptionell-wissenschaftlichem Gebiet.⁸ Ein weiteres wichtiges, hier aus Platzgründen nur zu nennendes Feld ist das der Gesinnungen.

Der These der schwersten Krise könnte widersprochen werden mit dem Verweis auf die Bedrohung und die faktischen Schäden, die der Arbeiterbewegung durch die Zerschlagung durch faschistische Regime und durch stalinistischen Terror und Unterdrückung im 20. Jahrhundert entstanden sind. Tatsächlich sind die Organisationen und die Institutionen der Arbeiterbewegung in Ländern mit faschistischer Herrschaft z. T. vollständig zerschlagen worden und der konzeptionell-wissenschaftliche Bereich wurde durch physische Vernichtung von sozialdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Intellektuellen und Wissenschaftlern, deren Flucht oder innerer Immigration irreparabel geschädigt. Dies waren allerdings räumlich und zeitlich begrenzte Erscheinungen. In den USA, England und Skandinavien blieben faschistische Strömungen marginalisiert und es setzte sich eine New-Deal-orientierte Politik mit einer auf Integration und Assi-

- 5 Unter Organisation verstehe ich Apparate, die aus über finanzielle und materielle Ressourcen disponierenden Funktionären bestehen. Die Krise der *Gewerkschaften* besteht zunächst darin, dass sie »in fast allen Industriestaaten unter teils drastischen Mitgliederverlusten« leiden (Hälker, Vellay 2006: 13; genaue Zahlen: Brinkmann u. a. 2008: 21 f.; Kim 2008: 52; für die USA: Atkinson 2004: 121). Dadurch reduzieren sich die den Apparaten zur Verfügung stehenden Ressourcen, in deren Folge die Durchsetzungsfähigkeit sinkt. Seitens der *Parteien* geht es hier um die Rolle der normalsozialdemokratischen oder sozialistischen Parteien. Die Krise besteht hier darin, dass diese Parteien, sobald sie in Regierungsverantwortung kamen, per Adaption neoliberaler Politiken auf die Seite des Kapitals gewechselt haben: »Die staatlichen Politiken stellen sich in zwar unterschiedlicher Intensität, aber ausnahmslos, in den Dienst der Wettbewerbslogik des Kapitals« (Hälker, Vellay 2006: 13).
- 6 Hierunter fallen alle Institutionen und Regelungen, die Teilhaberechte und Lebensgestaltungsmöglichkeiten sicherstellen oder überhaupt erst ermöglichen, insbesondere also Sozialstaat, Steuersystem, Mitbestimmung, Tarifverträge, Streikrecht, Zugang zum Bildungssystem und zu Kultur usw.: »Die Teilhaberechte der Arbeitnehmer sollen auf einen Stand zurückgedreht werden, von dem die Arbeiterbewegung vor über hundert Jahren ausgegangen ist.« (Negt 2004: 16)
- 7 Silver hat die Anzahl der weltweiten kollektiven Arbeiterunruhen zwischen 1870 und 1996 gemessen. Ihr Begriff der Arbeiterunruhe umfasst »im wesentlichen die Akteure, die sich gegen die Auswirkungen des zunehmenden Warencharakters ihrer Arbeitskraft wehren.« (Silver 2005: 226) Das Konzept der Re-Kommodifizierung (commodity=Ware) ist eine Erweiterung des Marx'schen Konzepts der Ware Arbeitskraft. Bei Marx impliziert es den – mangels Alternativen – Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft. Die Stärke dieses Zwangs variiert allerdings. Sie ist abhängig von der gesamtwirtschaftlichen Konstellation, aber auch vom Ausgang der konkreten Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit sowie von Art und Ausmaß staatlicher Regelungen/Institutionen (bspw. Arbeitslosengeld). Nimmt der Zwang zu, wird von Re-Kommodifizierung gesprochen, im umgekehrten Fall von De-Kommodifizierung. Silvers Messungen zufolge ist die Anzahl der Arbeiterunruhen – gegen die Re-Kommodifizierung – seit Beginn der 1980er Jahre in den Metropolenstaaten, aber auch weltweit, auf ein mittlerweile historisches Tief gefallen (s. Anhang 1). Weitere quantitative Aspekte lassen ebenfalls den Schluss zu, dass der aktuelle Rückgang der schwerste seit der Entstehung der Arbeiterbewegung ist (s. Anhang 2).
- 8 Es geht hier um die Diskrepanz zwischen dem zunehmenden Reichtum in den Gesellschaften des Westens (und durchaus auch in den früheren sozialistischen Ländern) bei gleichzeitig zunehmender Armut der mindestens unteren Schichten der Klasse der Lohnabhängigen bzw. der Zunahme sozialer Unsicherheit, angesichts derer es der »wissenschaftlich gestützten Sozialkritik nicht [gelingt], eine Entwicklung einzudämmen, die sich vor allem für diejenigen negativ auswirkt, die ohnehin über die geringsten (wirtschaftlichen, schulischen, sozialen) Ressourcen verfügen« (Boltanski, Chiapello 2003: 309, zit. in: Brinkmann u. a. 2008: 146 f.). »Aus der Diagnose von Boltanski und Chiapello folgt, dass sich Gewerkschaften und kritische Sozialwissenschaften in einer wechselseitigen Abhängigkeit befinden« (ebd.: 147).

milation der Arbeiterbewegung zielenden Politik durch.⁹ Das Entscheidende ist aber, dass es dem Faschismus in Deutschland nicht gelang, auf dem Feld der Gesinnungen der älteren Arbeitergeneration umfassende Erfolge zu erzielen.¹⁰ Die Erfahrungen während des Faschismus führten zudem dazu, dass sich nicht nur in Deutschland, sondern auch in großen Teilen des nicht sowjetisch besetzten Europas der »reformistische Sozialismus [...] auf dem Vormarsch befand« (Abendroth 1972: 157).¹¹

Die Krise der Arbeiterbewegung und die damit verbundenen Umbrüche werfen Fragen nach den Gründen, den Handlungsmöglichkeiten und den potentiellen weiteren Entwicklungen auf. Versuche der Beantwortung werden auch im wissenschaftlichen Bereich unternommen, die international wahrscheinlich wichtigste Forschungsrichtung stellen die (in der BRD bisher allerdings eher wenig umfanglichen¹²) »labor revitalization studies« (folgend: LRS) dar.¹³

- 9 Allerdings muss insbesondere für die USA und England nachdrücklich vor einem zu idealisierten Verständnis gewarnt werden. In den USA blieb die seitens der Politik gewährte Integration von vorne herein begrenzt, ihr Zweck war es, »den wachsenden Einfluss des linken Radikalismus in der Arbeiterschaft« einzudämmen (Nicholson 2006: 236), und trotzdem der New Deal auch für die Kapitaleseite eine »heilsame Medizin« darstellte, war er »den Kapitaleignern« und der »Unternehmerschaft« »verhasst« (ebd.: 233; s. zum Thema New Deal ausführlicher auch ebd.: 233-273 und Brecher 1975: 137-192). »Die britische konservative Regierung [unter Stanley Baldwin ab 1935 – O. G.] wünschte, unter allen Umständen eine ernsthafte Schwächung der faschistischen Mächte zu verhindern, für sie war ein Sieg der Linken auf dem europäischen Kontinent das größere Übel.« (Abendroth 1972: 134; zur Politik der Vorgänger-Labor-Regierung s. ebd.: 111-113, 120 f., zur englischen Wirtschaftspolitik zwischen 1930-1940 s. Youngson 1980: 148-154; zur Einrichtung »kooperativer Beziehungen« zwischen Gewerkschaften und »Arbeitgebern« in Schweden und Norwegen s. Oehlke 2007: 84; zu den politischen Kräfteverhältnissen in Skandinavien s. Abendroth 1972: 140 f.).
- 10 Die strategische Bedeutung des »Kampfes um die Köpfe« hatten die Faschisten klar erkannt: »Wenn die Propaganda ein ganzes Volk mit einer Idee erfüllt hat, kann die Organisation mit einer Handvoll Menschen die Konsequenzen ziehen« (Hitler 1924). Zwar »fand die faschistische Ideologie [...] vor allem Eingang in die Arbeiterjugend« (Harrer 1977: 231). »Dagegen gelang es dem Faschismus trotz vielfältiger Bemühungen in der Regel nicht, die ältere Arbeitergeneration, deren politische Erziehung sich noch unter dem Einfluß der legalen Arbeiterorganisationen vollzogen hatte, zu gewinnen« (ebd.: 232).
- 11 Einerseits empfanden »große Teile der Bevölkerung [...] die Befreiung von der faschistischen Herrschaft als Niederlage.« (Weiß-Hartmann, Hecker 1977: 272) Allerdings wurde die Kapitaleseite »in weiten Kreisen der Bevölkerung« für den Faschismus »mitverantwortlich gemacht« (ebd.: 277). »Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! – das waren Parolen, die die politische Struktur der Gesellschaftsordnung verändern wollten« (Negt 2005: 56). Dem lag die Überzeugung zu Grunde, »daß Kapitalismus und Demokratie langfristig miteinander unvereinbar sind« (ebd.) Es war eine »Situation, in der selbst in bürgerlichen Kreisen im Sozialismus die einzige Ordnung gesehen wurde, in der Frieden, humane Werte und Kultur sowie Demokratie gesichert sein würden« (Demirović 2008: 387; s. dazu auch Weiß-Hartmann, Hecker 1977: 290-292). »Die Marshall-Plan-Hilfe [...] wurde jedoch nur um dem Preis des Verzichts auf sozialistische Planwirtschaft gewährt« (Abendroth 1972: 159).
- 12 Siehe Urban 2008: 8.
- 13 Hälker, Vellay (2006) enthält eine gut strukturierte Auswahl von ursprünglich meist englischen, ins deutsche übertragenen, zusammengefassten und kurz kommentierten LRS-Texten. Einen monographischen Überblick über den Stand der LRS sowie den Umriss eines Forschungsprogramms für die BRD liefern Brinkmann u. a. (2008).

LRS – Kritikpunkte am Stand eines Forschungsprogramms

Primärer Untersuchungsgegenstand der LRS sind Handlungsstrategien und Praxen, mit denen die Gewerkschaften seit einigen Jahren auf ihre Krise reagieren¹⁴: »Aufgabe einer zeitgemäßen Forschung wäre es, innovative Strategien zu identifizieren und die Bedingungen, die für Erfolg oder Misserfolg ausschlaggebend sind, herauszuarbeiten.«¹⁵ (Brinkmann et al. 2008: 65)

Die international bekannteste, weil am häufigsten – und zum Teil mit beachtlichen Erfolgen – praktizierte und daher am meisten diskutierte Strategie ist das *Organizing*. Nicht ganz so verbreitet und etwas weniger diskutiert wird über den *Social Movement Unionism*.

Beide Ansätze werden folgend umrissen, um davon ausgehend einige Problem- punkte der LRS verständlich machen zu können.

Versuche gewerkschaftlicher Erneuerung: Organizing und Social Movement Unionism

Beim Organizing handelt es sich um eine Strategie, die mittlerweile nicht nur in Metropolenländern, sondern auch in (Süd-Ost-)Asien und Lateinamerika praktiziert wird (Brinkmann et al. 2008: 72). Da die konkreten Maßnahmen an die »Vielfalt länderspezifischer Arbeitsbeziehungssysteme« angepasst werden, »kann von einem festen Set an Konzeptionen und Instrumenten [...] keine Rede sein. Die Frage, was eigentlich unter organizing zu verstehen ist, wird dementsprechend in der Literatur höchst unterschiedlich beantwortet.« (Ebd.)

Analytisch lassen sich dennoch drei Organizing-Bestandteile bzw. drei Bestandteile gewerkschaftlicher Erneuerung unterscheiden:

Mitgliederrekrutierung

»Organizing bezeichnet die systematische Mitgliedergewinnung für die Gewerkschaftsorganisation.« (Hälker, Vellay 2006: 159, Fn. 144) Als Ursprungsland gelten die USA. Hier gründete 1985 der amerikanische Gewerkschaftsdachverband »Organizing-Institute, an welchem Mitglieder speziell in Methoden der Mitgliedergewinnung ausgebildet wurden« (Singe 2006: 165). Der australische Gewerkschaftsverband begann Mitte der 1990er mit ähnlichen Bemühungen (Crosby 2007, Kim 2008: 55), und mit der »Organising Academy« zogen 1998 die engli-

14 Die LRS sind auf die Gewerkschaften konzentriert, haben also einen im Vergleich zur eben umrissenen Krise der Arbeiterbewegung, also Gewerkschaften *und* Arbeiterparteien, engeren Fokus. Diese Konzentration ist legitim, es wird aber zu fragen sein, an welchen Stellen damit Probleme verbunden sind.

15 Die folgenden Ausführungen beziehen sich – vor allem auch mit ihrer Kritik – primär auf die Studie von Brinkmann et al. Diese ist die bislang einzige, die einem zusammenfassenden, kritischen Überblick liefert und sich zudem zu den strategischen Perspektiven zukünftiger Forschung äußert. Die Kritik hat ihren Grund also keinesfalls in der Schwäche dieser Studie, im Gegenteil: für eine Beschäftigung mit den LRS ist Brinkmann et al. (momentan – Dezember 2008) die erste Adresse.

schen Gewerkschaften nach (Hälker, Vellay 2006: 160; Singe 2006a), »Die Aufgabe eines Organisers besteht [...] in der schnellen, direkten – und notwendigen – Rekrutierung neuer Mitglieder« (Kim 2006: 171).

Der Grund für die Mitgliedergewinnung liegt auf der Hand: »Die Mitgliederentwicklung ist für jede Organisation eine entscheidende Größe. An ihr entscheiden sich Finanzkraft, Strukturen und ihre Bedeutung.« (Wetzel u. a. 2008: 20) »Weniger Mitglieder zu haben, heißt, dass die Gewerkschaft weniger Geld hat, um ihre Arbeit zu erledigen« (Crosby 2007: 119).

Herstellung bzw. Erhöhung der Streikfähigkeit durch Aktivierung von Mitgliedern und Beschäftigten bei damit einhergehender Relativierung des Stellvertreterprinzips
In den USA wurden die ehrgeizigen Ziele der Mitgliedergewinnung i. e. S. bald um eine weitere Komponente ergänzt. Angestrebt wurde jetzt ein »Wandel weg von der stellvertretenden Interessenvertretung durch den Gewerkschaftsapparat hin zu einer Art ›Hilfe zur Selbsthilfe‹« (Singe 2006: 165). Es geht darum, »Beschäftigte zu unterstützen, ihre Rechte *selbst* in Anspruch zu nehmen und am Arbeitsplatz zu einem selbstbewusst handelnden Subjekt zu werden« (Wetzel u. a. 2008: 9; Herv. i. O.) »mit dem Ziel des Aufbaus kollektiver Verhandlungsstärke« (Dribbusch 2008: 18), was vor allem bedeutet, die »KollegInnen in den Betrieben [...] zu streikbereiten Belegschaften zu entwickeln« (Hälker 2008a: 5).

Herstellung von Öffentlichkeit, Koalitionsbildung mit anderen Akteuren
Dieses Modell firmiert in der Literatur unter dem Namen »Social Movement Unionism« (SMU). Indem die »Öffentlichkeit mittels gemeinsamer Kampagnen in Arbeitskämpfe und Tarifauseinandersetzungen« einbezogen wird, wird das Terrain der Auseinandersetzung von der betrieblichen Ebene auf die gesellschaftspolitische Ebene ausgedehnt (Hälker, Vellay 2006: 219; Meyer 2006: 233; Dribbusch 2008: 19). Um die Durchsetzungsfähigkeit zu erhöhen, wird dazu wenn möglich, Druck ausgeübt »auf die gesamte Vielfalt von Außenbeziehungen eines Unternehmens von der Endverbraucherin bis zum Aktionär« (Meyer 2006: ebd.; Matrai, Wohland 2008: 51). Nicht immer zielen die Aktionen auf »nur« einzelne Unternehmen oder Branchen. In den USA gab es bereits mehrere Koalitionen, deren Kampagnen gesetzliche Mindestlöhne bzw. deren Erhöhung erkämpfen konnten (Turner 2004: 102 f.; Gerlach 2006: 223; Hälker, Vellay 2006: 217).

Die zuweilen ventilerte Frage, ob es sich bei den genannten Bestandteilen bzw. Modellen um »wirklich« etwas Neues oder nur um Neuauflagen des alten »political unionism« handelt (Brinkmann u. a. 2008: 85, Dörre 2008: 5), ist nicht entscheidend. Ebenfalls unwichtig ist, ob die SMU-Strategien zum Konzept des Organizing zu rechnen sind oder nicht. Entscheidend ist, dass sich die Organizing-Bestandteile vom in der Nachkriegszeit sehr erfolgreich praktizierten Gewerkschaftsmodell unterscheiden. Wichtiges Prinzip hierbei war das Stellvertreterprinzip: Die Raten des Wirtschaftswachstums waren in ihrer Höhe und ihrer

Dauer so außergewöhnlich hoch, dass sie die Produktivitätszuwächse überstiegen. Das Resultat war ein Beschäftigungszuwachs mit der Tendenz zur Vollbeschäftigung. Für die Sicherung der Gewinne spielten Erweiterungsinvestitionen die zentrale Rolle. In einer solchen Situation werden »die einfachen Mitglieder in den Betrieben nur [...] für die ritualisierten Drohgebärden während der Tarifverhandlungen gebraucht« (Candeias, Röttger 2007: 90), um die Teilhabe der Lohnabhängigen am Wachstum des gesellschaftlichen Reichtums sicherzustellen. Dieses Modell, oft als »business unionism« oder »servicing model« bezeichnet, ist mittlerweile in die Krise geraten.

Paradefall einer Organizing- und SMU-Gewerkschaft ist die amerikanische Service Employees International Union (SEIU), ihre Kampagne »Justice for Janitors« (JfJ, deutsch: Gerechtigkeit für Reinigungskräfte) gilt in den LRS und in auf gewerkschaftliche Erneuerung orientierten Gewerkschaften als beispielgebend. Die Verfahren und Umstände zur Anerkennung gewerkschaftlicher Vertretung sind in den USA besonders kompliziert und widrig. Auf Versuche gewerkschaftlicher Organisierung reagieren die Unternehmen in den USA mit Kündigung oder anderen Formen der Repression (*union busting*). Zudem sind viele der im Reinigungsbereich Beschäftigten MigrantInnen ohne legalen Aufenthaltsstatus, sie sind folglich besonders leicht erspürbar und gelten als schwer organisierbar. Mittels kontinuierlichen Einsatzes von Organizern, Koalitionen mit und der Unterstützung durch »zivilgesellschaftliche(n) Akteure(n)« – lokale Gemeindeorganisationen, sozialen Bewegungen und Kirchen – sowie unter Einsatz »militanter Aktionsformen« (Choi 2008: 12) konnten ab 1999 diverse zum Teil spektakuläre Erfolge erzielt werden. Für die Beschäftigten bedeutete das u. a. Lohnerhöhungen und Krankenversicherungen; die SEIU verdoppelte zwischen ca. 1990 und 2006 ihre Mitgliederanzahl auf ca. 1,9 Mio (ebd.: 11). »Doch vor allem hat JfJ der SEIU und der gesamten Gewerkschaftsbewegung bewiesen, dass es auch unter widrigsten Umständen möglich ist, gewerkschaftliche Kämpfe zu gewinnen« (ebd.).

Ob der SEIU mit JfJ tatsächlich der Status eines *allgemeinen* Beweises im hier angedeuteten Sinn zukommt (und warum nicht), wird noch zu klären sein.

Soweit zur Skizze des Hintergrunds, vor dem die LRS nach Bedingungen für Erfolg oder Misserfolg gewerkschaftlicher Revitalisierung fragen. Um darauf eine Antwort geben zu können, ist ein Erfolgskriterium oder mehrere zu benennen: »das Thema, ob und warum Lohnabhängige Gewerkschaften überhaupt benötigen, wird zumeist aber nur indirekt bearbeitet« (Brinkmann et al. 2008: 148).¹⁶ Damit sind wir beim ersten von mehreren Problem- und Kritikpunkten an den LRS.

16 Verweise auf Quellen, die überhaupt diese Frage (wenigstens) indirekt stellen, liefern Brinkmann u. a. (2008) nicht.

Rescue of Trade Unions – Self-Purpose?

Against many official verifications and readings, to which according to the organization besides the member recruitment at least also on the second and third part aims (increase of the strikeability through activation of members and employees; creation of publicity, coalition building with other actors), from the side of the trade union apparatus tendencies can be recognized, to the first goal (member recruitment) the priority to give. These tendencies are in the LRS at times critically reflected (s. Choi 2008: 15; Choi, Schmalstieg 2008: 60-63). There at the question, for what purpose the trade union renewal should be carried out, only marginally appears and has not yet been answered, from this side at least no contradiction or only little criticism of the emphasis on member recruitment.

More: From a scientifically-conceptual side this tendency can be confirmed by the existing structure, the content and the readings of the power concept in the LRS.

Sources of Worker Power		
Organisational Power	Structural Power	
»Formation of collective worker organizations« (Wright 2000: 962); · Trade Unions · Political Parties	Market Power/Bargaining Power: · »Low unemployment« · »Possession of rare qualifications« · Ability to withdraw from the labor market	Production Power: · Resulting from highly integrated, vulnerable production processes

Source: own representation based on Silver (2005: 30-34)

Dörre has with the institutional power an important addition to the concept made. It is about compromises, which institutionally and in part in legal form are described (Dörre 2007: 56 f., Brinkmann u. a. 2008: 25, Dörre 2008: 3, s. also above fn. 6).

Einigkeit consists now in that, that the market power has been removed (Silver 2005), and this decrease eventually punctually, certainly but not generally through an increase of the production power compensated. Einigkeit reigns also, that the organizational power the structural power »partially substitute« can, »without it however completely to replace« (Brinkmann u. a. 2008: 25, Silver 2005: 157, critically to: Detje 2008: 8-10). In this background it is at least near, way and goal of trade union revival in the strengthening of the organizational power, also of the successful member recruitment

zu sehen. Doch ohne klares Erfolgskriterium gewerkschaftlicher Revitalisierung läuft diese also Gefahr, nicht zur Erweiterung der Lebensgestaltungsmöglichkeiten der Lohnabhängigen, sondern zum Selbstzweck betrieben zu werden: »kleinster gemeinsamer Nenner« ist »die Wiederherstellung oder Erweiterung gewerkschaftlicher Organisationsmacht«¹⁷ (Brinkmann u. a. 2008: 108).

Schwächen des Machtkonzepts

Nun gibt es zwar einen irgendwie gearteten positiven Zusammenhang zwischen der Anzahl der Mitglieder einer Organisation und deren Macht – worin aber genau besteht die Durchsetzungsfähigkeit von Gewerkschaften? Die besteht vor allem im Streik – also der Unterbrechung der Produktion von Mehrwert/Profit (MEW 23) bzw. der Unterbrechung der Zirkulationsarbeit (MEW 24). Das Pendant dazu liegt in der Unterbrechung oder Störung der Realisation von Mehrwert/Profit. Deren wirksamste, direkte Form besteht im Boykott, indirekte Formen sind die Einflussnahme auf Abnehmer/Käufer oder die Imagebeschädigung.

Während innerhalb des eben skizzierten Machtkonzepts die Produktionsmacht wenigstens implizit auf die Möglichkeit des Streiks verweist, fehlt ein Verweis auf den Boykott völlig. Es wird vor allem diese analytisch-konzeptionelle Leerstelle sein, die dazu geführt hat, dass eine der wichtigsten Verschiebungen, die mit dem gewerkschaftlichen Wandel einhergeht, von den LRS bisher noch nicht identifiziert worden ist: der Kern der SMU-Praxen ist die Ergänzung der Störung der Produktion von Mehrwert/Profit durch die Störung der Realisation – statt vormals nur Streik jetzt Streik und Boykott.¹⁸

Eine ähnliche Verschiebung ist bei den (außerparlamentarischen) Einflüssen auf Regierungen und Parlamente zu beobachten, etwa in Form der Durchsetzung gesetzlicher Mindestlöhne oder deren Anhebung.

Für die institutionelle Macht wäre zu klären, in welchem Verhältnis sie zur organisationalen Macht steht. Während der Streik eines der Hauptdruckmittel der Gewerkschaften ist, steht die Einflussnahme auf die institutionell-gesetzliche Macht vor allem den (Regierungs-)Parteien zur Verfügung. Auf Grund dieses Un-

17 Die Notwendigkeit eines Kriteriums sehen auch Brinkmann u. a. (2008). Im Anschluss an den Umriss des Inhalts der LRS (»Aufgabe einer zeitgemäßen Forschung wäre es, innovative Strategien zu identifizieren und die Bedingungen, die für Erfolg oder Misserfolg ausschlaggebend sind, herauszuarbeiten.« – s. o.) setzen sie fort: »In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach Kriterien für innovative, kreative Praktiken. [...] Innovativ und kreativ nennen wir solche Praktiken, die [...] geeignet sind, den ›Ohnmachtszirkel gewerkschaftlicher Desorganisation‹ zu durchbrechen, indem sie den gewerkschaftlichen Akteuren zusätzliche Ressourcen zur Verfügung stellen und zur Stärkung von Organisationsmacht verhelfen.« (Ebd.) Sie verheddern sich also insofern in ihrer eigenen Argumentation, als dass sie nicht nach Kriterien für Erfolg, sondern nach Kriterien für Innovativität fragen.

18 Interessanterweise ist es Beck, dem das aufgefallen ist: »Zum Beispiel beim Kampf der Reinigungstruppen in Los Angeles wurde nicht auf Streik gesetzt, dann hätten sich die Reinigungsunternehmen einfach neue Putzleute geholt, sondern auf die Mobilisierung der Öffentlichkeit. So haben das auch die Landarbeiter der kleinen Gewerkschaft in Florida gemacht: Die haben einen Käufer-Boykott gegen die Fast-Foodkette Taco Bell initiiert« (Beck 2007: 241).

terschieds scheint es wenig sinnvoll, die Parteien *und* die Gewerkschaften unter der organisationalen Macht, also unter der gleichen Rubrik zu subsumieren.

Auf Grund dieser Schwächen bedarf das oben skizzierte Machtkonzept einer Reformulierung und weiteren Ausarbeitung. Mein *vorläufiger* Vorschlag dazu sieht folgendermaßen aus:¹⁹

<i>Machtart</i>	Institutionelle Macht		Organisationale Macht	Produzentenmacht	
<i>Akteure</i>	hauptsächlich politische Parteien	↔	Unternehmen (Finanzmittel u. a.), außerparlamentarische Initiativen, NGOs, Gewerkschaften; Lobbyorganisationen (bspw. INSM)	außerparlamentarische Initiativen, NGOs, Gewerkschaften, Konsumenten, Unternehmen	Produzenten, Gewerkschaften
			↓ mittelbarer Einfluss		
	↓	↓	↓	↓	↓
<i>Ansatzpunkt</i>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verabschiedung von Gesetzen/ Durchführungsbestimmungen/ institutionellen Regelungen ▪ Abschaffung/ Modifikation/ Einschränkung derselben 		Unterbrechung/ Störung/ Bedrohung der Realisation von Mehrwert/Profit	Unterbrechung/ Störung der Produktion von Mehrwert/Profit bzw. der Zirkulationsarbeit	
<i>Hauptsächliche Durchsetzungsform</i>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Anwendung von Gesetzen ▪ Durchsetzung durch Exekutive 		Boycott	Streik	

Arbeiterbewegung wird auf Gewerkschaften verengt

Der Begriff *Labor* umfasst im Englischen nicht nur »die Arbeiterklasse als Subjekt von Kämpfen gegen das Kapital«, sondern auch jede »organisierte Klassenpolitik, insbesondere in ihrer institutionalisierten und regulierten Form als Arbeiterpartei und -gewerkschaft« (wildcat, friends 2005: 11; Herv. i. O.). Daher stellt sich die Frage, ob die bisherige Beschränkung der LRS auf ausschließlich gewerkschaftliche Erneuerung tragfähig ist.

Dörres Verweis auf die institutionelle Macht ist vollkommen berechtigt. Für die institutionelle Macht, deren Gestaltung, Ausbau und Rückbau qua Gesetzgebung sind aber nicht zuletzt Parteien zuständig. Praxen und Überlegungen zur gewerkschaftlichen Erneuerung kommen um die Frage nach den Arbeiterparteien also nicht umhin. Da zu den institutionellen Bedingungen bspw. auch das Recht zur Gründung von Gewerkschaften und Betriebsräten und das Recht zum Streik gehört, also alle institutionell-juristischen Gegebenheiten, die mittelbar und unmittelbar die Existenz von Gewerkschaften erst ermöglichen (oder einschränken),

¹⁹ Ein wichtiger, hier fehlender Aspekt ist die Fähigkeit der Individuen, durch veränderte Alltagspraxen einen umgestaltenden Einfluss auf die gesellschaftlichen Strukturen und Gegebenheiten zu nehmen.

kann von der parlamentarischen Seite der Arbeiterbewegung selbst dann nicht abstrahiert werden, wenn die gewerkschaftliche Erneuerung als Selbstzweck betrachtet wird.

Nach Ursachen der Krise wird nicht gefragt

Es ist ein erstaunliches Faktum, dass die – wenn man sich mit der Krise der Arbeiterbewegung bzw. der Gewerkschaften befasst – nahe liegende Frage nach den Ursachen dieser Krise bisher nicht gestellt wurde.²⁰

In Teilen der aktuellen deutschen Debatte wird diese Frage indirekt gestellt, indem eine Antwort darauf zu geben versucht wird: die gewerkschaftlichen Probleme werden als »Repräsentationskrise« gefasst (Dörre 2008: 3, 8). Verstanden wird darunter »ein komplexes Bündel struktureller Ursachen« – der »Umbruch(s) nicht nur der Arbeitsorganisation, des Arbeitsmarktes und der Lebensverhältnisse« –, welcher »zu wechselseitiger Entfremdung von Repräsentanten und Repräsentierten« führt (Brinkmann et al. 2008: 42). Das »Bündel struktureller Ursachen« erklärt zwar wenig, verweist aber auf eine (kapitalismusanalytische) Leerstelle.²¹

In zumindest zweierlei Hinsicht kann die Frage nach der Ursache der gewerkschaftlichen Misere präzisiert werden:

- 1) Was sind die Gründe für die Erosion der Mitgliederbasis der Gewerkschaften? Warum entscheiden sich heute deutlich weniger Menschen für eine Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft als in der jüngeren Vergangenheit?
- 2) Worin bestanden die (Haupt-)Ziele des gewerkschaftlichen Kampfes in der Vergangenheit und was waren deren (Erfolgs-)Bedingungen? Vor dieser Folie ist dann zu fragen, was sich an diesen Bedingungen geändert hat und welche Auswirkungen das für die Ziele des Kampfes mit sich bringt.
- 3) Warum hat die in der Vergangenheit erfolgreiche Form des Streiks an Durchsetzungskraft verloren?²²

20 Eine Ausnahme machen Böhm et al. (2008: 33): »Warum haben wir es selbst im Aufschwung nicht geschafft, eine Reallohnsicherung durchzusetzen, warum wurde die Arbeitszeit verlängert statt sie zu verkürzen, warum konnten wir die Agenda-Politik von Rot-Grün fortfolgende nicht verhindern?«

21 Irritierend ist die Rede von der Repräsentationskrise insofern, als Brinkmann et al. sich explizit als Anhänger des organizing-Ansatzes einschließlich des SMU zu erkennen geben. Wenn aber »[d]irekte Mitgliederpartizipation [...] ein entscheidendes Element« darstellt (Brinkmann et al. 2008: 81), vom Prinzip der Stellvertretung, also der Repräsentanz generell aberückt werden soll, ist es etwas widersprüchlich, die Krise als Repräsentanzkrise zu charakterisieren.

22 »Wenn das ultimative gewerkschaftliche Druckmittel Streik an Wirksamkeit verliert, wird nicht nach den Ursachen hierfür gefragt, sondern ziemlich umstandslos auf eine (für sich genommen richtige) Ausweichstrategie mit anderen Handlungsformen und Druckmitteln gesetzt« (Sauerborn 2008: 40).

LRS benötigen kapitalismusanalytische Einbettung

In ihrer weltweit beachteten Studie »Forces of Labor« hat Silver (2005) darauf hingewiesen, dass die Frage nach den Ursachen und Bedingungen der historischen Arbeiterbewegungen eine Voraussetzung ist für Auskünfte und Thesen zu deren Zukunft. Aus den Erklärungen der vergangenen Schwankungen der Arbeiterbewegung lassen sich – Silver zufolge – Schlussfolgerungen für deren gegenwärtige und zukünftige Entwicklung gewinnen.

Wenn der Streik an Durchsetzungskraft verloren hat und darauf mit einer Ausweitung des Kampffeldes und der Diversifizierung der Kampfformen reagiert wird, ergibt sich daraus unmittelbar eine in die Zukunft gerichtete Frage:

1) Kann der Verlust bei der Durchsetzungsfähigkeit des Streiks kompensiert werden mittels Ergänzung oder Substitution durch die Störung/Unterbrechung der Realisation von Mehrwert?²³

2) Das Pendant zu 1) für die parlamentarische Seite lautet, ob der Verlust an Einfluss in Parlament und Regierung durch außerparlamentarischen Druck kompensiert werden kann.

Mit der Konzentration auf innovative Praktiken und deren Erfolgsbedingungen ist eine gewisse Engführung auf vor allem empirisch-induktive Methodik verbunden. Auf dieser Basis sind Aussagen zur Zukunft der Gewerkschaften jedoch in nur eingeschränktem Maße möglich.

Um generelle bzw. allgemeinere Aussagen zu den Handlungsmöglichkeiten und den Erfolgsbedingungen gewerkschaftlichen Handelns treffen zu können, ist aber nicht nur eine methodische Erweiterung notwendig, sondern auch eine inhaltliche. Aus einem ganz einfachen Grund benötigen LRS die oben schon angedeutete kapitalismusanalytische Einbettung: gewerkschaftliches Agieren findet immer in einem Kontext statt. Solange dieser von der kapitalistischen Produktionsweise dominiert wird, besteht er aus einem »idealen Durchschnitt« (MEW 25: 839), der eine je historisch-spezifische Ausprägung annimmt. Die Bedingungen, unter denen gewerkschaftliches Handeln stattfindet, sind abhängig von diesem Kontext. Tatsächlich wird es in diesem Kontext mehrere Möglichkeiten zur Auswahl geben (»strategic choice«), unbegrenzt ist das Menü aber nicht. Nicht nur nach den Optionen, sondern auch nach diesen Grenzen zumindest zu fragen, ist eine bisher vernachlässigte Aufgabe der LRS.

23 Beck ist diesbezüglich optimistisch: »Ich setze große Hoffnungen in den politischen Konsumenten, der als Wahlurne den Einkaufswagen verwendet und an der Supermarktkasse abstimmt. [...] Dagegen gibt es einfach keine Gegenstrategie.« (Beck 2007: 241 f.) »Es gibt allerdings eine Grundvoraussetzung: Kaufkraft. Wer sich ohnehin nichts kaufen kann, kann nicht mitmachen« (ebd.: 243). Detje widerspricht Becks Optimismus, sein »Plädoyer für Verbrauchermacht ist naiv: Sie läuft ins Leere, wenn Unternehmen auf Billig- oder low-road-Strategien setzen [...] und dem Massengeschäft folgen [...]; oder sie läuft ins Leere, weil Produzenten- und Verbraucherinteressen nicht harmonieren« (Detje 2008a: 42).

Möglichkeiten und Grenzen der Arbeiterbewegung

In »verkleideter« Form taucht die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen bei Brinkmann u. a. als Frage nach der Übertragbarkeit des Organizing- (und des SMU-)Modells auf: ist Organizing »eine Option für die deutschen Gewerkschaften«? (Brinkmann u. a. 2008: Kap. 5, S. 111-144) Eine Antwort wurde darauf allerdings bereits einige Seiten vorher gegeben: Der zeitgenössische »Finanzmarktkapitalismus« führe zur Einschränkung oder gar Beseitigung von »Sozialeigentum«, hierzu zählen tarifliche Normen, Mitbestimmungsrechte, Sozialleistungen, öffentliche Güter; dies geschehe »in allen westlichen Kapitalismen« und »macht nicht einmal vor den sich entwickelnden Staaten halt. [...] Deshalb ist es auch wahrscheinlich, dass [...] über die Grenzen nationaler Gewerkschaftsmodelle und Kollektividentitäten hinweg ähnliche Praktiken und Handlungsstrategien entstehen. [...] Auch in Deutschland werden [...] Elemente dieses Ansatzes (Organizing und SMU – O. G.) längst erprobt« (Ebd.: 67 f.). Die Frage der Übertragbarkeit ist damit also beantwortet, nicht jedoch, wo und wie Organizing und SMU erfolgreich sein können und in welcher Hinsicht nicht. Hierzu wird das Beispiel des Kampfes der Belegschaft des Standortes Kiel der Firma »Heidelberger Druckmaschinen« und der IG Metall angeführt (s. ebd.: 124-126). Anfang 2003 wurde dort zur Sicherung der Arbeitsplätze eine Standortsicherungsvereinbarung abgeschlossen, verbunden war sie mit »erhebliche[n] Verzichtleistungen für die Beschäftigten« (ebd.: 124). Im März 2003 kündigte die Firmenleitung an, »weitere 200 Mio. einsparen zu wollen, die Produktion digitaler Druckmaschinen sollte in die USA verlagert werden, 770 von knapp 1 500 Beschäftigten standen vor der Arbeitslosigkeit« (ebd.: 125). Durch den Betriebsrat zu Rate gezogene externe Berater stellten fest, dass die Firma Gewinn erwirtschaftete, aber offenbar war die Sicherung der Profitabilität nicht mehr mit Erweiterungsinvestitionen oder auch nur mit dem Erhalt, sondern nur noch mit der Schließung des Standortes zu sichern.

Belegschaft und IGM reagierten mit der vollständigen Ausschöpfung des Instrumentariums von Organizing und SMU: Informationsveranstaltungen, Kollegen aus dem Controlling berichteten über die wirtschaftliche Lage des Unternehmens, Streik, »lokale Bewegung [...] Bündnisse mit Kirchen und Kommunalpolitikern«, Demonstrationen, »Menschen vor den Werkstoren«, Solidaritätskonzert (ebd.: 126).

Die Forderungen lauteten: »Verlängerung der Kündigungsfristen, [...] Qualifizierungsmaßnahmen, die Fortzahlung der Vergütung für zwei volle Jahre sowie Abfindungen in Höhe von zwei bis drei Monatsentgelten pro Beschäftigungsjahr« (ebd.: 125).

»[E]inige ihrer Forderungen« konnten realisiert werden, »die Leute haben sich nicht so ohnmächtig gefühlt« (ebd.: 125 f.), in der Belegschaft stieg der Organisationsgrad von 28 auf 67 Prozent, und die Auseinandersetzung war »so etwas wie eine Initialzündung für eine neue ›Kultur der Beteiligung«, die sich die lokale IG

Metall inzwischen auch offiziell auf die Fahnen geschrieben hat« (ebd.). Die Entlassungen konnten aber am Ende nicht verhindert werden, das sowohl für die Belegschaft als auch die Gewerkschaft wichtige Ziel des Arbeitsplatzerhalts wurde also nicht erreicht, die »industrielle Reservearmee« hatte mithin einige Zugänge zu verzeichnen.

Beim Vergleich dieses Beispiels mit der Justice for Janitors-Kampagne der SEIU fallen zwei Unterschiede auf. 1) Heidelberger Druck ist ein Industrieunternehmen, das Beispiel JfJ/SEIU kommt aus dem Dienstleistungsbereich. Während der Industriebereich seit dem Ende des »Goldenen Zeitalters« des Kapitalismus von Beschäftigungsabbau gekennzeichnet ist, findet im Dienstleistungsbereich dagegen Beschäftigungsaufbau statt (letzterer war allerdings nicht so hoch, dass der Abbau in der Industrie kompensiert werden konnte). 2) Die Dienstleistung Gebäudereinigung – meist handelt es sich um große Bürokomplexe bzw. die Firmensitze großer Konzerne – ist praktisch verlagerungsresistent.

Der Vergleich macht deutlich, dass der Erfolg der SEIU/JfJ-Kampagne nicht allein Resultat des dabei verwendeten Organizing-/SMU-Instrumentariums und der damit verbundenen Kombination von Streik mit boykottähnlichen Kampfformen war, sondern zudem auf spezifischen und eben nicht generell gegebenen Voraussetzungen beruhte.²⁴

In diesem Fall ist also nicht die Frage nach der Übertragbarkeit auf deutsche Verhältnisse entscheidend gewesen, sondern danach, was in Sektoren und Branchen getan werden kann, die von niedrigem oder stagnierendem Wachstum gekennzeichnet sind und in denen die Sicherung (steigender) Gewinne nicht auf Erweiterungsinvestitionen, sondern auf Deinvestition, Beschäftigungsabbau und Kostensenkung beruht. Was sich zweifelsfrei feststellen lässt, sind zwei Dinge: Erstens, mit dem Ende des »Wirtschaftswunders« ändern sich die gewerkschaftlichen Ziele: Ging es vorher primär um Lohnsteigerungen, geht es jetzt auch um Beschäftigungssicherung und die Verteidigung der Lohnhöhe. Zweitens, trotz energischen Widerstands konnten beide Ziele nicht realisiert werden. Allgemeiner und zugespitzt lautet die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen daher: Können die Arbeiter im Kapitalismus auch mit Arbeiterbewegung (über-)leben?

24 Detjes generellem Pessimismus gegenüber dem Boykott kann daher ebenso wenig zugestimmt werden wie Becks Optimismus. Der Punkt verdient vielmehr eine umfassendere Erörterung, die hier allerdings nicht geleistet werden kann.

Anhang 1: Weltweite Arbeiterunruhen 1870-1996



Quelle: Silver 2005: 161

Anhang 2: Arbeiterunruhen, Metropolenländer, 1870-1996



Quelle: Silver 2005: 162

Der von mir vorgenommene quantitative Vergleich ergibt, dass der »aktuelle«, ab 1980 einsetzende Rückgang der Arbeiterunruhen in den Metropolenländern stärker ist als alle seine Vorläufer. Die in Zeile 2 dargestellten Zahlen sind berechnet, die Zahlen in Zeile 3 und 4 sind abgelesen. Die Berechnungen basieren auf aus der Abb. 4.2 bei Silver (2005) entnommenen Zahlen. Die Felder »1920« sowie »1948« in Zeile 4 enthalten keine Angaben, weil das Ausmaß der Arbeiterunruhen in diesen Jahren absolute, danach nie wieder erreichte Höhepunkte darstellt.

1	Beginn der Abschwungs	1890	1908	1920	1937	1948	ab 1980
2	Stärke des Rückgangs (Abfall in % des Ausgangsniveaus)	75 %	63 %	75,5 %	78 %	56 %	80 %
3	Dauer bis zum Beginn des erneuten Aufschwungs (Jahre)	10	8	7	6	7	mehr als 16
4	Dauer (Jahre) bis zum Erreichen des Ausgangswerts zu Beginn des Abschwungs	17	10	-	10	-	deutlich mehr als 16

Silver kommt zu dem praktisch gleichen Ergebnis; unklar ist allerdings, auf welcher Basis: »Vom Jahre 2002 aus betrachtet scheint die Krise der Arbeiterbewegungen am Ende des 20. Jahrhunderts länger und tiefer zu sein, als diejenige, die die Arbeiterbewegungen am Ende des 19. Jahrhunderts durchmachten.« (Silver 2005: 209) Dieser Satz deutet ein diese Aussage relativierendes »Aber« an. Tatsächlich folgt ein solches bei Silver, sein Inhalt relativiert allerdings nicht die hier dargestellte Aussage zur Stärke des Abschwungs, sondern stellt lediglich eine Vermutung zur weiteren Entwicklung an: »Aber sollten wir angesichts der hier entwickelten historischen Analyse nicht erwarten, dass auch die allgemeine Krise der gegenwärtigen Arbeiterbewegungen nur vorübergehend sein wird?« (Ebd.)

Literatur

- Abendroth, Wolfgang (1972): Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Atkinson, Robert D. (2004): The Past and Future of America's Economy – Long Waves of Innovation that Power Cycles of Growth. Cheltenham, Northampton: Edward Elgar.
- Böhm, Thomas; Busch, Günter; Heim, Stefan; Riexinger, Bernd; Sauerborn, Werner (2008): »Weiter so – oder Krise als Chance?« In: Sozialismus, H. 12, S. 31-35.
- Boltanski, Luc; Chiapello, Eve (2003): Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz: Universitätsverlag.
- Brecher, Jeremy (1975): Streiks und Arbeiterrevolten: Amerikanische Arbeiterbewegung 1877 bis 1970. Frankfurt/Main: Fischer Taschenbuchverlag.
- Bremme, Peter; Fűrniß, Ulrike; Meinecke, Ulrich (Hrsg.) (2007): Never work alone, Organizing – ein Zukunftsmodell für Gewerkschaften. Hamburg: VSA.
- Brinkmann, Ulrich; Choi, Hae-Lin; Detje, Richard; Dörre, Klaus; Holst, Hajo; Karakayali, Serhat; Schmalstieg, Catharina (Hrsg.) (2008): Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung? Umriss eines Forschungsprogramms. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Candeias, Mario; Röttger, Bernd (2007): »Sozialverträge und lokale Arbeiterbewegungen«. In: Geiselberger, Heinrich (Hrsg.): Und jetzt? Politik, Protest und Propaganda. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 88-96.
- Choi, Hae-Lin (2008): »Re-Thinking Justice for Janitors – Strategische Erneuerung der amerikanischen Dienstleistungsgewerkschaft SEIU«. In: WSI Mitteilungen, H. 1, S. 11-17.
- Choi, Hae-Lin; Schmalstieg, Catharina (2008): »Licht und Schatten. Organizing in den USA«. In: Hälker, Juri (Hrsg.): Organizing. Neue Wege gewerkschaftlicher Erneuerung. Supplement der Zeitschrift Sozialismus, H. 9, S. 58-64.
- Crosby, Michael (2007): »Wie die australische Gewerkschaft fast gestorben wäre«. In: Bremme, Peter; Fűrniß, Ulrike; Meinecke, Ulrich (Hrsg.): Never work alone, Organizing – ein Zukunftsmodell für Gewerkschaften. Hamburg: VSA. S. 117-134.
- Demirović, Alex (2008): »Mitbestimmung und die Perspektiven der Wirtschaftsdemokratie«. In: WSI Mitteilungen, H. 7, S. 387-393.
- Detje, Richard (2008): »IG Metall Offensive zur Erneuerung der Gewerkschaftsarbeit. Von Organizing zu einer Politik der Demokratisierung«. In: Hälker, Juri (Hrsg.): Organizing. Neue Wege gewerkschaftlicher Erneuerung. Supplement der Zeitschrift Sozialismus, H. 9, S. 7-13.
- Detje, Richard (2008a): »Tod des Neoliberalismus – Krise der Gewerkschaften?« In: Sozialismus, H. 12, S. 36-43.
- Dörre, Klaus (2007): »Einführung«. In: Geiselberger, Heinrich (Hrsg.): Und jetzt? Politik, Protest und Propaganda. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 53-78.
- Dörre, Klaus (2008): »Die strategische Wahl der Gewerkschaften – Erneuerung durch Organizing?« In: WSI Mitteilungen, 1/2008, S. 3-9.
- Dribbusch, Heiner (2008): »Organizing in der Fläche: Die ver.di/SEIU-Kampagne im Hamburger Bewachungsgewerbe«. In: WSI Mitteilungen, 1/2008, S. 18-24.
- Duden, Der (1989): Das Herkunftswörterbuch. Etymologie der deutschen Sprache. Mannheim u. a.: Dudenverlag.
- Fülberth, Georg (2005): G Strich – Kleine Geschichte des Kapitalismus. Köln: PapyRossa.
- Fülberth, Georg (2008): »Spekulation und Krise«. In: lunapark21, H. 4 (Winter 2008/2009), S. 54-55.
- Geiselberger, Heinrich (Hrsg.) (2007): Und jetzt? Politik, Protest und Propaganda. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Geiselberger, Heinrich (2007a): »Social Movement Unionism. Tomaten des Zorns«. In: Geiselberger, Heinrich (Hrsg.): Und jetzt? Politik, Protest und Propaganda. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 79-87.
- Gerlach, Olaf (2006): »Arbeiterbewegung und globale Gerechtigkeit: Neue Reformkoalitionen in der einzigen Supermacht der Welt«. In: Hälker, Juri; Vellay, Claudius (Hrsg.): Union Renewal – Gewerkschaften in Veränderung. Düsseldorf: Setzkasten, edition der Hans-Böckler-Stiftung, S. 221-225.
- Hälker, Juri; Vellay, Claudius (Hrsg.) (2006): Union Renewal – Gewerkschaften in Veränderung. Düsseldorf: Setzkasten, edition der Hans-Böckler-Stiftung.
- Hälker, Juri (Hrsg.) (2008): Organizing. Neue Wege gewerkschaftlicher Erneuerung. Supplement der Zeitschrift Sozialismus, H. 9.
- Hälker, Juri (2008a): »Organizing: Die Kernelemente«. In: Hälker, Juri (Hrsg.): Organizing. Neue Wege gewerkschaftlicher Erneuerung. Supplement der Zeitschrift Sozialismus, H. 9: S. 3 5.
- Harrer, Jürgen (1977): »Gewerkschaftlicher Widerstand gegen das 'Dritte Reich'«. In: Deppe, Frank; Fülberth, Georg; Harrer, Jürgen (Hrsg.) (1977): Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Köln: Pahl-Rugenstein, S. 211-271.
- Hitler, Adolf (1924): Mein Kampf. Zit. in: Reents, Jürgen: Faschismus an der Macht. in: Neues Deutschland, 26./27. Januar 2008.

- Kim, Susanne (2006): »Die Organising Academy fünf Jahre nach ihrer Gründung«. In: Hälker, Juri; Vellay, Claudius (Hrsg.): Union Renewal – Gewerkschaften in Veränderung. Düsseldorf: Setzkasten, edition der Hans-Böckler-Stiftung, S. 169-174.
- Kim, Susanne (2008): »Global Organizing. Der pragmatische Internationalismus der SEIU«. In: Hälker, Juri; Vellay, Claudius (Hrsg.): Union Renewal – Gewerkschaften in Veränderung. Düsseldorf: Setzkasten, edition der Hans-Böckler-Stiftung, S. 51-57.
- Kuhn, Axel (2004): Die deutsche Arbeiterbewegung. Stuttgart: Philipp Reclam jun.
- Matrai, David; Wohland, Ulrich (2008): »Vom Bohren dicker Bretter – Zur gewerkschaftspolitischen Relevanz der Lidl-Kampagne«. In: WSI Mitteilungen, H. 1, S. 51-54.
- MEW 23: Das Kapital. Erster Band. In: Marx, Karl; Engels, Friedrich (1956 ff.): Werke. Berlin (Ost): Dietz Verlag.
- MEW 24: Das Kapital. Zweiter Band. In: Marx, Karl; Engels, Friedrich (1956 ff.): Werke. Berlin (Ost): Dietz Verlag.
- MEW 24: Das Kapital. Dritter Band. In: Marx, Karl; Engels, Friedrich (1956 ff.): Werke. Berlin (Ost): Dietz Verlag.
- Meyer, Malte (2006): »Harte Arbeit. Die Erneuerung der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung«. In: Hälker, Juri; Vellay, Claudius (Hrsg.): Union Renewal – Gewerkschaften in Veränderung. Düsseldorf: Setzkasten, edition der Hans-Böckler-Stiftung, S. 231-235.
- Negt, Oskar (2004): Wozu noch Gewerkschaften? Eine Streitschrift. Göttingen: Steidl.
- Nicholson, Philip Yale (2006): Geschichte der Arbeiterbewegung in den USA. Berlin: vorwärts buch.
- Oehlke, Paul (2007): »Arbeitspolitische Innovationsstrategien in Skandinavien. Sozialer Dialog als Produktivitätstreiber in Norwegen und Schweden«. In: Gerlach, Frank; Ziegler, Astrid (Hrsg.) (2007): Innovationspolitik: Wie kann Deutschland von anderen lernen? Marburg: Schüren: S. 80-104.
- Sauerborn, Werner (2008): »Die strategische Weiterentwicklung des Organizingansatzes«. Hälker, Juri (Hrsg.): Organizing. Neue Wege gewerkschaftlicher Erneuerung. Supplement der Zeitschrift Sozialismus, H. 9, S. 38-44.
- Silver, Beverly (2005): Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870. Berlin, Hamburg: Assoziation A.
- Singe, Ingo (2006): »Gewerkschaftliche Organisierung in den Vereinigten Staaten«. In: Hälker, Juri; Vellay, Claudius (Hrsg.): Union Renewal – Gewerkschaften in Veränderung. Düsseldorf: Setzkasten, edition der Hans-Böckler-Stiftung, S. 162-168.
- Singe, Ingo (2006a): »Gewerkschaftliche Rekrutierungsstrategien in Großbritannien: Formen und Ergebnisse«. In: Hälker, Juri; Vellay, Claudius (Hrsg.): Union Renewal – Gewerkschaften in Veränderung. Düsseldorf: Setzkasten, edition der Hans-Böckler-Stiftung, S. 175-180.
- Turner, Lowell (2004): »Labor and Global Justice: Emerging Reform Coalitions in the World's Only Superpower«. In: Industrielle Beziehungen, 11. Jg., H 1 + 2, S. 92-111.
- Urban, Hans-Jürgen (2008): »Vorwort«. Brinkmann, Ulrich; Choi, Hae-Lin; Detje, Richard; Dörre, Klaus; Holst, Hajo; Karakayali, Serhat; Schmalstieg, Catharina (Hrsg.): Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung? Umriss eines Forschungsprogramms. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 7-13.
- Vester, Michael (1970): Die Entstehung des Proletariats als Lernprozeß. Die Entstehung antikapitalistischer Theorie und Praxis in England 1848-1972. Frankfurt/Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Weiß-Hartmann, Anne; Hecker, Wolfgang (1977): »Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung 1945-1949«. In: Deppe, Frank; Fülberth, Georg; Harrer, Jürgen (Hrsg.) (1977): Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Köln: Pahl-Rugenstein, S. 272-319.
- Wetzel, Detlef; Jörg Weigand; Niemann-Findeisen, Sören; Lankau, Torsten (2008): Organizing: Die mitgliederorientierte Offensivstrategie für die IG Metall. Acht Thesen zur Erneuerung der Gewerkschaftsarbeit. Frankfurt/Main: IG Metall. <http://www.labournet.de/diskussion/gewerkschaft/real/wetzel.pdf>; letzter Aufruf: 15.12.2008.
- wildcat, friends (2005): »Anmerkungen zur Übersetzung«. In: Silver, Beverly: Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870. Berlin, Hamburg: Assoziation A, S. 10-13.
- Youngson, A. J. (1980): »Großbritannien 1920–1970«. In: Carlo M. Cipolla (Hrsg.): The Fontana Economic History of Europe. Deutsche Ausgabe in 5 Bänden hg. von K. Borchardt: Europäische Wirtschaftsgeschichte, Bd. 5: Die europäischen Volkswirtschaften im zwanzigsten Jahrhundert. Stuttgart, New York: Gustav Fischer Verlag, S. 139-173.

Fremderscheinung Solidarität in Zeiten globaler Konkurrenz – Eine kontrafaktische Spurensuche

A. Umständliche Einleitung: Zur Not radikaler Analyse und solcher von Alternativen

I. Prämissensubversion

»Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kömmt drauf an, sie zu verändern« (Karl Marx, 1845).

Die 11. Feuerbachthese regt niemanden mehr auf. Oder nur, wenn sie von Stecknadeln im Heuhaufen der Intellektuellen praktiziert würde. Das, was sich – in der BRD beamteter (!) Philosoph nennt, also irgendwo ins Spektrum der Geistes- und Sozialwissenschaften fällt, hat von rarsten Ausnahmen abgesehen, ohnehin die hauptsächlichen Prämissen der gegenwärtigen Gesellschaftsformation übernommen. Das nennt man im Englischen *Non-Decisions*. Es handelt sich um Angelegenheiten, die nicht mehr zur entwurzelnden Disposition stehen. Als da sind: 1) (National-)Staat als Muster politischer Organisation vor allem mit seinem essentiellen Instrument: dem Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit; 2) Kapital, ein emphatisch soziales, jedoch asozial naturwüchsig traktiertes Verhältnis als das Struktur- und in eins damit Funktionselement an erster Stelle materieller (Re-)Produktion; 3) repräsentativer Absolutismus, herkömmlich die Verfassung liberaler Demokratie genannt, sprich durchgehend vermittelte Beteiligung der BürgerInnen am Wahlzettelhebel der Elitezirkulation; 4) Menschenrechte als universelle Normen, die besser als alle herkömmlichen Ideologeme und Religionen täglich geübte doppelte Moral in allgemeinem Konsens erlauben (also: mehr scheinen als sind); und eine Fülle von diesen großen Vier abgeleiteter, meist eher rosagefällig phrasierter Begrifflichkeiten, die heute die allgemeine West-Welt-Anschauung rahmen.

In Marx'schem Geist müsste man heute, will mir scheinen, die 11. These anders erzählen. Die Philosophen analysieren die Welt radikal unzureichend; es kömmt darauf an, vor dem Hintergrund nüchterner Bestandsanalyse erfahren, skeptisch, real Möglichkeiten anderer Vergesellschaftungsformen vorzustellen.

Diese umständlich, nicht marxknackig umformulierte These hat mehrere Ursachen. Sie führen mitten in unsere Zeit. An erster Stelle: es hapert daran, dass »wir Philosophen« die staatlich-kapitalistisch und zugleich von rund sechs Milliarden Menschen mitproduzierte oder hingenommene Welt, zureichend begreifen. Es war nicht primär Hegelsche Hybris, die in Marx steckte, die ihn annehmen ließ,

das, was die kapitalistische Welt und ihre Vorformen im Innersten zusammenhält, herausgefunden zu haben: Das Kapital im Allgemeinen und im Besonderen bis ins Pianissimo individueller Gefühle. So sehr ein Rückgriff auf Marx notwendig oder er zu erfinden wäre, wenn es Marx' Kapitalanalyse zusammen mit den Frühschriften nicht gegeben hätte, so wenig reicht(e) es aus, die realisierte und sich realisierende globale Kapitalisierung heute auf dem Stand des Jahres 1883 verstehen zu wollen (es spottete dem in diesem Jahr verstorbenen *historischen* Materialisten Marx). Anders als zu Marx' Zeiten müssten sich geschulte Leute bunter Couleur zusammentun, um die Fülle kapitalistischer Gesichter in Richtung heutiger Zeit wenigstens zusammen zu sehen und wechselursächlich aufeinander über zu führen. Schon aus guten antiherrschaftlichen Gründen ist mitten in dem, was sich Wissenschaft nennt, eine Synthesis nicht mehr möglich. Gerade die angelinkten unter uns Sozialwissenschaftlern haben es jedoch versäumt, Forschung sozial so zu verkörpern (= zu habitualisieren), dass eine neue politisch kognitive Qualität auf der Höhe der Zeit gegen die Zeit möglich (geworden) wäre. Weil die unwissenschaftlich wissenschaftlichen Institutionen dissoziativ prämierten. Weil der den Intellektuellen besonders naheliegende See der *vanitas vanitatum* unerschöpfliche Rationalisierungen enthält.

An zweiter Stelle gebicht es an dem, was Marx und die Seinen realistisch annehmen konnten, wenn auch ihre Gewissheit von Anfang an nicht bewusste Elemente des Glaubens barg. Dass es eine historisch begründete gesellschaftliche Dynamik gebe, die trotz einer unbekanntten Fülle von Schwierigkeiten des Übergangs qualitativ verschiedene Formen der Gesellung zum Ziel habe. Und sei es nur als Alternativengewissheit: Sozialismus oder Barbarei. Da man sich darauf verlassen zu können meinte, war es naheliegend, das Banner der Revolution unter dem eigenen Kissen liegen zu haben, um es jederzeit rasch zu entfalten. Welch eine Differenz der Zeiten! Glücklicherweise entstehen mit neuen Generationen neue Möglichkeiten, neue Kritik und neue Aktionen. Wären beispielsweise in Heiligendamm vom 2. zum 8. 6. 2007 nur Altersgenossen und -genossinnen von mir präsent gewesen, wir hätten kostengünstig ein etwas im Preis herabgesetztes Hotel wie die Dame mit ihren sieben Herren beziehen können. Dennoch – und das wirkte sich negativ gerade auf die »Jungen« aus –, dennoch ragen zwei rohe Tatsachen hervor: dass zwar Tücher verteilt wurden mit der wohlfeil kommodifizierten Aufschrift: »Eine andere Welt ist möglich«, ihnen jedoch nicht einmal Reden, geschweige denn irgendwelche sozial hand- und herrschaftsfesten Anhaltspunkte entsprachen. Dass zwar Alternativen inflationär angeboten wurden, ihr Anspruch jedoch hohl blieb. Das einzig Nachhaltige an ihnen, selbst dort, wo sie weiterreichen, beispielsweise in Sachen andere Energien, bedeutete gerade keine anderen Gesellschaftsformen. Allzu viel über das abgründig verräterische Wort der harmlosen Herrschaftsmaske mit Körper, Angela Merkel, ging all das nicht hinaus, was zu hören und zu lesen war: Eine Globalisierung mit menschlichem Antlitz (könnte man Letzteres nur schamvoll verbergen!).

Weil dem fürs Erste so ist, kommt es neben auslotender Kritik herrschender Umstände und ihrer dynamischen Faktoren so sehr darauf an, immer und immer erneut schweißtreibende Gymnastik der Vorstellungskraft zu betreiben. Damit kapitalistische Vergesellschaftung in ihrer Dynamik nicht schon in der Vorstellung einbahnstraßig versteinere. Weil das Denken mit dem ersten grundlegenden Schritt und Tritt der Erkenntnistheorie kapitalistisch geworden ist. Damit Brocken und Beispiele anderer Vergesellschaftung, und handele es sich nur um konkrete Utopien, die Potenz der Veränderung bewahren. Menschenwichtige Veränderung kann über ihre aktuellen Herrschaftsgefährdungen hinaus an gesellschaftlichen Nahtstellen wirklich werden. Sie sollte zuallererst Teil des kollektiven Gedächtnisses und der Dauerunruhe bleiben. Die zentrale Differenz zu Marx und seinen Genossen, kaum Genossinnen, ist jedoch nicht zu verkennen. Marx historisch materialistische Analyse schien es ihm zu ermöglichen, eine geschichtliche Tendenz zu orten, die auf Revolutionierung kapitalistischer Verhältnisse zutreibt. Eine solche, geschichtsphilosophisch geladene Annahme ist uns nicht möglich, so sehr wir eine sozialistische Welt wünschen, für sie arbeiten und anstreben mögen.

II. Utopische Arbeit dringlicher und härter denn je

Die 11. Feuerbachthese gilt fort. Ihr ist nur noch schwieriger zu entsprechen. Der Doppelpass zwischen radikal nüchterner Analyse dessen, was ist und warum es ist wie es ist, der hohe Anspruch wirklichkeitswissenschaftlich zu verfahren, und der Anstrengung, konkrete, erfahrungshaltige Utopien zu entwickeln, wird zusätzlich doppelt motiviert. Zum einen gilt es, den grünen Typus des »enttäuschten Reformers« zu vermeiden. Einmal hat's einer versucht und hat festgestellt, wie rasch sich Erfolglosigkeit einstellt. Darum: einmal und nie wieder. Nach 1848 erfanden die enttäuschten Liberalen die »Realpolitik«. Karl Ludwig von Rochau 1854 ihr Begriffsschenk. An Stelle idealistischen Strebens trat Bismarcksches Blut und Eisen. 1871 gaben sich jene Liberalen mit dem autoritären deutschen Kaiserreich zufrieden, dem kriegsblutverschmierten National- und Klassenstaat. Die Grundrechte wurden national geopfert. Stattdessen war die Kümmerpflanze »Rechtstaat« genug. Der Typus des enttäuschten Reformers steckt in jedem(r). Auch um der Qualität von Personen willen ist es aber entscheidend, aus Niederlagen zu lernen, ihretwegen jedoch nicht ab- oder auszusteigen.

Das andere Motiv wird täglich verstärkt. Weil der Haushalt der Gefühle, des Verstandes, mehr noch eigener Praxis Grenzen hat, kann man immer nur Ausschnitte wahrnehmen. Die normalen Unfälle, die Menschenopfer, die verelendenden Ereignisse (*normal accidents*, nennt sie Charles Perrow in seinem trefflichen, Großtechnologie-kritischen Buch), die der normale Globalisierungszean in seinen ungleichen Gezeiten täglich informationell und fassbar konkret vor die eigene Tür wirft. Wer da noch auf den zivilisatorischen Stöckelschuhen mit menschenrechtlichen Blumen für den Export über die Straße geht, hat die wenn nicht finste-

ren, so doch mit Finsternis wachstumsrundum geschlagenen Zeiten noch nicht erfahren.

Darum ist die eigene scharfäugige Sensibilität zu erhalten. Simone de Beauvoir, die in vielerlei Hinsichten vorbildlich kämpfende Frau, berichtet einmal davon, wie sich ihre Freunde und sie Ende der 1950er Jahre tätig aufregten, als die Folterakte der Französischen Armee in Algerien bekannt wurden. Und wie sie sich im Laufe der Jahre daran wie andere gewöhnte. Sie empfand das wie eine Tetanussspritze, die ihrer Vorstellungskraft gegeben worden war.

III. Neoliberalismus – Vorsicht: Fetisch!

Darum darf man sich und andere begrifflich nicht selbst blockieren oder blockieren lassen. Gerade Intellektuelle, SozialwissenschaftlerInnen zumal sind besonders gefährdet. Um die Dynamik der Stufen und Stadien europäisch-angelsächsischer Modernisierung erfassen zu können – selbst schon ein goldglänzig glitschiges Wort –, bedarf es verschieden akzentuierter Begriffe. Sollen diese jedoch mehr bedeuten, als werbewirksame Formeln im Reputationswettbewerb der Professionen und in eher taxonomischer Mode Scheinverständnisse anzeigen, sind ihre Markierungen, die Erfahrungen entsprechen (und mitkonstruieren), sind ihre Kriterien, die sie erst zum begriffenen Begriff werden lassen – pardon für die Tautologie –, möglichst systematisch aufzudecken. Sonst geht ob lauter sich überschneidender *Post-* und *Neo-*Kompositionen alles Verständnis und geht vor allem alle politisch kritische Orientierung verloren. Nicht einmal reden will ich über alte, in anderen Kontexten unzulässig runderneuerte Ausdrücke à la Zivilgesellschaft oder neu geladene Diffusformeln à la (global) Governance. Die vielen Orwelliaden, angefangen vom *sustainable development/nachhaltiger Entwicklung* bis zur *good practice* will ich in exzellenzüberfluteten Zeiten nicht weiter erwähnen. Ein ganzes Wörterbuch der präventösen Scheinverständnisse, also der Wirklichkeitsverblendungen wäre zu füllen. Das ist ein ernstzunehmendes Politik lähmendes Politikum. Die Schwierigkeiten beginnen, wie jede(r) weiß mit den handelsüblichen Allgemeinausdrücken: Demokratie, Staat, Freiheit, Gleichheit und so weiter. So störend und ärgerlich das oft sein mag in Zeiten, da (herrschende) Politik und Lüge nahezu identisch geworden sind – die Informations- und Kommunikations-Technologien verstärken diese leidschweren »Identitäten«! –, in Zeiten, da alle erfahren haben könnten, wie sehr mit unzureichenden oder unausgepackte Gold- und Leidsäcke tragenden Begriffen menschenwidrige Politik betrieben bzw. gerechtfertigt werden kann, ist es geboten, überall dort, wo es darauf ankommt, mit begrifflich gläsernen Taschen zu argumentieren. Nur ein Exempelchen: Rund um den diesem Essay zugrunde liegenden Vortrag habe ich unvermeidlich viel über den hegemonialen Neoliberalismus gelesen. Oft nachdrücklich mit dem Kopf nickend! Wie viel treffliche Beobachtungen und Analysen habe ich gesehen, froh, dass andere die Arbeit schon getan haben, die ich so meist nicht hätte vollbringen

können. Bis zum heutigen Tag jedoch, da ich mich zum Schreiben überreden konnte, habe ich nicht herausgefunden, was den weltweit erfolgreichen, in den letzten Jahren ideologisch in die Defensive geratenen – so las ich heute –, jedoch praktisch unverändert global und lokal dominierenden Neoliberalismus in seinem Neo auszeichne und vom Altliberalismus früher georteter Zeiten unterscheide. Vergleichsweise große Übereinstimmung scheint unter den Kritikern wie den global wirksamen Protagonisten des Neoliberalismus, den Politischen Ökonomen unserer Tage in ihrer Doppelgestalt als Praktiker und Wissenschaftler dahingehend zu bestehen, dass mit dem neoliberalen Konzeptionshobel global die Endmoränen aller staatlichen Interventionsversuche und Hemmungen jedenfalls in europäisch-angelsächsischen Ländern glatt zu schleifen oder als Parkstücke klein hügelig am Rande aufzuwerfen seien. Neoliberalismus wäre dann nichts anderes, so mein Eindruck, als Kapitalismus in Zeiten der zweiten großen globalen, quantitativ und qualitativ entgrenzten Expansion. Die erste Expansionsphase, ungleich eingeschränkter, wäre um die Wende des 19. zum 20. Jahrhundert, zu Zeiten des europäisch-angelsächsischen Originalimperialismus anzusiedeln. Wäre dem so, dann könnte dieser Neoliberalismus jedoch, so scheint mir, *nicht* als Projekt, das dazuhin von Nationalstaaten betrieben werden soll, bezeichnet werden. Vor allem: es wäre kaum möglich fast nostalgisch auf angeblich fordistische, zugleich sozialstaatliche Zeiten wie einen einst gültigen gesellschaftlichen Bezug zurückzublicken. Dass ohnehin genauer dargelegt werden müsste, wann, warum und inwieweit sich fordistische und sozialstaatliche Zeiten überschneiden, vor allem, wie sich diese europäisch-angelsächsischen Zeiten einer Normal-Generation in der seinerzeit noch bestehenden zweiten und dritten Welt auswirkten und was damit das Zeitalter der beiden Weltkriege zu tun hatte, füge ich vorsichtig hinzu.

Damit ich nicht missverstanden werde. Ich kritisiere nicht, dass nötigenfalls ein neuer Begriff gebraucht wird. Neue Phänomene, neue Formen und Faktoren verlangen veränderte Begriffe! Ich verkenne nicht, dass seit Anfang der 1970er Jahre eine Fülle von Veränderungen der kapitalistischen Gesellschaftsformation(en) festzustellen ist. An dem alten ismus stört mich sowohl unter analytischen wie unter konkret-utopischen Aspekten:

- dass er wie ein Denkersatz wirkt;
- dass er zu wenig im Zusammenhang der herrschaftlichen Expansion des Kapitals vom europäisch-angelsächsischen Grund erörtert wird;
- dass das Neo im Vergleich zum Liberalismus, der wie selbstverständlich vorausgesetzt wird, nicht eigens qualifiziert wird und außerdem mit dem angeblich fordistischen Sozialstaat ein höchst zweifelhaftes historisches Hintergrundbild gemalt wird;
- dass mir außerdem das Reden vom Projekt und politischen Charakter des Neoliberalismus dessen totalitäre kapitalistische Dynamik und seine hauptsächlichsten Faktoren zu verniedlichen scheinen (als könne das Projekt politisch wieder voluntaristisch abgeblasen werden);

- dass dadurch die Aufgaben, andere gesellschaftlichen Bedingungen, Zusammenhänge und Formen anstelle der weit offenen Büchse der Pandora globalen Kapitalismus der Gegenwart zu finden, zu erfinden, zu schaffen eher unterwertet werden. Als genüge es einer primär ideologisch verstandenen Hegemonie zuwider – auch einer dieser unausgepackten Begriffe gerade im Gedenken an Gramsci – eine Art gegenhegemoniale Kampagne (selbst diese stünde freilich in den Sternen über Heiligendamm) zu entfesseln, indem ein wenig kulturelles Kapital von Intellektuellen zumal investiert würde.

B. Wahrhaft totale Herrschaft in ihrer Unwahrheit

I. Globaler Kapitalismus

Wenige Hinweise auf bekannte Spuren will ich an dieser Stelle geben. Kein Spurengang ist beabsichtigt.

Alle Herrschaft ist von ihrem ersten Hahnenschrei an prekär. Selbst wenn Herrschaftsfriedhofsstille lähmt, gibt es aufmuckende Gruppen. Und sei es nur in Form von Herrschafts-Konkurrenten. Die »ewige« (und schreckende) Elitezirkulation. Darum muss sich Herrschaft immer erneut als herrschaftsmittelstarke Herrschaft bewähren, beweisen, in diversen Formen legitimieren. Diese Beobachtungen galten nach unserem Wissen zu Zeiten der Pharaonen ebenso wie der russischen Zaren, der frühfeudalen Herrscher europäischer Lande wie »totalitär« inszenierter und massenmörderisch ausgeführter »moderner« Herrschaften: der national-sozialistischen oder der stalinistisch-sowjetischen. Kurzum: Solange es Menschen gibt, die wir mit unseren Vorstellungsvermögen verstehen, existierte kein gelungenes Herrschaftsganzes ohne Sprünge, ohne dauernde Sprunggefahren. Sonst wäre tatsächlich ein Ende der Geschichte in Sicht. Nicht nur, um Martha Nussbaums treffliches Buch zu zitieren (und zur Lektüre zu empfehlen), die Zerbrechlichkeit des Guten ist zu erkennen (Nussbaum 1986). Die Zerbrechlichkeit alles Herrschaftlichen und damit aller konkreten Herrschaft ist gleicherweise zu konstatieren. Auch darum der oft kaum verständliche Herrschaftsaufwand, das abgrundtiefe, also oft grundlose Herrschaftsmisstrauen und die mörderischen Herrschaftsexzesse. Rational scheinen sie nicht erklärbar. Sie sind herrschaftsrational.

Diese Feststellung gilt ebenso für das, was man abstrakt genug kapitalistische Herrschaft oder abstrakter noch Herrschaft des Kapitals nennen kann. Als zerklüftete Herrschaft dieser Qualität enthüllt sich die Welt seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts vollends (Hobsbawm 1995).

Für globale kapitalistische Herrschaft heute scheint mehr als je zuzutreffen, dass sie sich als Herrschaft ohne Alternative etabliert, expandiert und verfeinert. Als wäre keine andere Vergesellschaftungsform denkbar über das eine Kapital in der Fülle seiner unterschiedlichen Formen hinaus. Dass dieser Schein die eigene Kritik durchdringt, hat mit der Eigenart dieser Herrschaft zu tun. Sie sperrt sich

allem Begreifen. Auch weil wir mitten in ihr leben und ihrer voll sind. Selbst in der Kritik.

Welche dynamisch wirksamen Faktoren konstituieren diese Herrschaft als kapitalistisches *plebiscite de tous les jours*? Herrschaftsbaltungen, mächtige Gewinner- und schier unzählige Verlierergruppen sind ding- und personenfest zu machen. Die transnationalen Unternehmen. Die Herrschaftsinteressenbündel, genannt Staaten, in der Differenz ganzer Herrschaftsklassen. Die nicht einmal lexikalisch aktuell fassbare Fülle internationaler Organisationen, Konferenzen und intermediärer Gruppen. Man denke nur an das Geldkampfgetümmel auf all den vielen Geldmärkten mit den immer neuen Geldkampfformen von virtuellem Geld, wie von Skalps umhängten Heckenschützen. Bei dieser konfusen Fülle von agitierten Akteuren wäre es hoffnungslos und falsch, ihre formell öffentlichen und formell privaten Anteile aussortieren zu wollen. Sind aber Akteure auszumachen, denen man verantwortliches Steuern als Kybernetes zuschreiben könnte, gleichviel ob in formeller oder informeller Verfassung? *Der Weltmarkt*? Welch ein heimliches Tier. Wie eine Kreuzung aus Behemoth und Leviathan! Oder, fast schon konkret, die USA? Wer aber in den USA und wer könnte dort anders? Welches verführerische Reden vom Hegemon, der wie ein Subjekt, ein King Kong des 21. Jahrhunderts vorgestellt wird. Welch alberne Diskussion darüber, ob, inwieweit und inwieweit nicht, andere konkurrierende Hegemonoi wie die EU, wie China, wie Indien auf dem Weltplan auftauchen, um im Endkampf knapper Naturressourcen die Oberhand zu erreichen.

Dass sich Herrschaft versachlicht hat und weiter versachlicht, ist ein Vorgang, den Karl Marx, Max Weber, unübertreffbar verdichtet Franz Kafka schon vor Langem beobachtet haben. Für Europäer die EU als täglicher Anschauungsunterricht. Versachlichte Herrschaft verdinglicht darum ihre Profiteure zu Charaktermasken und zu flexibel mobilisierten, sozial entkleideten Individuen. Das ungeliebte, jedoch täglich fressend gehätschelte Monster an allen Ecken und Enden: bürokratische Formen der darum asozialen Organisierung. Und dieses wird durch die Informations- und Kommunikationstechnologien in einem Maße zusätzlich abstrahiert, totalisiert und sublimiert, dass seine technologische Natur vollends ungreifbar definiert.

Dass dem wie ausweglos so ist, hat mit einem zentralen Element und einer darin steckenden Fertigkeit kapitalistischer Herrschaft in eins mit ihrem staatlichen Untersatz zu tun: der Größenordnung. Die Definitionsmacht schierer Größen als Ergebnis wie als Ursache ist qualitativ kaum zu überschätzen. Massenproduktion im Sinne der Vielfalt und des Umfangs. Produktion über die ganze Erde für Massen von Menschen. Deren Existenz ist davon abhängig. Keine Ferne macht mehr schwierig. Der Globus ist und wird täglich gleicher geschaltet. Die miteinander, allerdings alles andere als mechanisch verzahnten Größen: Güter diverser Art, ihre beschleunigte Verteilung in annähernder Gleichzeitigkeit zu den Orten der Produktion, der Fülle der konkurrierenden Interessen und Bedürfnisse. Diese

Größen, die durch die Beschleunigung bis zum Zeitstillstand zunehmen und ihrerseits nur zusätzlich beschleunigt aufrecht erhalten werden können, verlangen Regelungen noch und noch. Sie entziehen sich politisch absichts- und erfolgsvollen Steuerungen. O Hegemon, wo bleibt dein Führungsstab? Das ist die Stunde der Bürokratien, ihres informations- und kommunikationstechnologischen Extremismus. Herrschaft kraft entsprechend konstruiertem, häufig legal vertäutem Wissen hat Weber die bürokratische Qualität genannt. Nicht im Singular thront als neues Subjekt irgendeine technokratische Einrichtung. Konkurrenz- und Verflechtungsverhältnisse rücken an dessen Stelle mit einer Fülle unbearbeitbaren »Menschemülls«. Er geht zwischen und unter der Fülle der Regulierungsinstanzen unter. Die Frage der Zuständigkeit verbietet sich geradezu (s. Bauman 2004; vgl. Davis 2004).

Soziopolitisch nicht gestaltbare Größenordnungen, konsequente Versachlichungen, in deren Kontext menschenrechtsumflort Menschen wie Sachen traktiert werden, drücken sich in exzessiven Abstraktionen aus. Einzelheiten, besondere Umstände, lokale Verhältnisse, soziale Besonderheiten, Kollateraleffekte und Schäden fallen unter den Tisch. Herrschaft war immer schon eine Kunst des Absehens von Einzelheiten und Kleinigkeiten, die Menschen ausmachen und bestimmen. Wenn nur ihre Stabilität oder Expansion stimmte. Nun kommt es vollends darauf an, dass die Größenordnungen des Wachstums stimmen. Allein die jeweiligen Schlüsselmehrheiten, die gebraucht werden, sind zu berücksichtigen. Diejenigen, die die nötigen Schlüssel relevanter, nicht wohlfeil ausverlagerbarer Arbeit handhaben; diejenigen vor allem, die legitimatorisch bei Wahlen, als Multiplikatoren der Meinungsmache, als Größen des kulturellen Kapitals, als Bezugsgruppen der Habend-Herrschenden wichtig sind. Die enorme Abstraktion zeitigt drei politisches Begreifen und Handeln zusätzlich lähmende Effekte. Sie saugt soziale Verbindlichkeiten aus und hat Atomisierung zur Folge (mit dem griechischen Lehnwort angemessener ausgedrückt als seiner lateinischen Entsprechung Individualisierung. Letztere wird mit einem Bedeutungshof versehen, als besage sie zunehmende Selbstbestimmung der einzelnen). Sie engt den Handlungs- und Entscheidungsraum regionaler und lokaler Einrichtungen bis auf vereinzelte Korrekturen ein. Sie perfektioniert den depolitisierenden Effekt. Sie beraubt Begreifen, Verantwortung, Kontrolle ihrer sozialen Basis.

So sehr die Depolitisierung als emphatische Entbürgerlichung triumphiert, so sehr werden die Massen der Einzelnen in unterschiedlichem Umfang für das expansive Wachstum gebraucht. Doppelte Mobilmachung der Bevölkerung ist erforderlich (zur Bevölkerung und ihrer Entdeckung im Laufe des 19. Jahrhunderts, zunächst europäisch/angelsächsisch beschränkt vgl. Foucault 2004; in Sachen des Ausdrucks Mobilmachung ist die kriegsbezogene Assoziation nicht zu vermeiden). Zum einen in Richtung Bildung und Forschung geleitet von der heutigen Losung schlechthin: Innovation. Wenn schon nicht alle Räder für den Sieg rollen, so sollen alle Humanressourcen so sozialisiert, ausgerichtet und kanalisiert wer-

den, dass im Kampf der Innovationen und Investitionen das jeweilige geopolitische Zentrum unter die Siegenden zählt. Die bildungs- und forschungspolitische Versportlichung ist ein Symptom dafür. Zum anderen müssen die Innovationen nachgefragt werden. Räume sind zu (er-)finden, sie anwendend anzulegen. Darum waren die Entdeckungen der physikalisch fundierten, informationstechnologisch instrumentierten Biologie so zentral. Sie ermöglichten die biotechnologisch-humangenetischen Entwicklungen. Ernährung und menschliche Körper als unendliche Kapitalisierungsgeschichte. Darum Biopolitik expansiv und sublim zugleich. Modern wissenschaftlich ohnehin nie geachtet, wird das zentrale Menschenrecht Integrität obsolet, im Angelsächsischen Privatheit, deutsch schön mit Unversehrtheit zu übersetzen.

Globaler Kapitalismus meint zunächst nicht mehr, als dass prinzipiell alle menschlich besiedelten Regionen der Erde – erobert, gezogen, gesunken – in die Formen kapitalistischer Produktion einbezogen werden. Und sei es als *forgotten continent* wie lange Zeit Afrika. Er wird gegenwärtig vor allem als Ressourcenbeutestelle international relevant (Richard Barnett). Globaler Kapitalismus mit dem Freiheitslied entgrenzter Räume auf den investiv geschwollenen Lippen besagt jedoch zugleich: Eine fürs erste harte Grenze ist erreicht: die menschlich besiedelte Erde (ob und wie der Weltraum über die heute schon genutzten militärischen und wissenschaftlich-technologischen Funktionen hinaus kapitalherrschaftlich allgemein eine *new frontier* darstellen wird, lässt sich m. W. gegenwärtig nicht begründet einschätzen). Das aber heißt: die Lebensader kapitalistischer Verherrschäftlichung, Konkurrenz, durchpulst von der »Begierde zum Haben und auch zum Herrschen« (Kant), ist primär ins Innere der bewohnten Erde zu verlegen. Darum sind die letzten 40 Jahre, wenn man den neuen Tsunamis der Globalisierung Anfang der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts ansetzt, davon gekennzeichnet: dass kapitalistische Vergesellschaftungsformen alle sozialen Räume oder Räume, in denen Ressourcen gewonnen werden können, durchdringen; dass sich kapitalistische Vergesellschaftung gesamtgesellschaftlich totalisiert. Nischen schwinden. Sozial anders gerichtete Institutionen und Funktionen werden transformiert. Über den mythischen König Midas hinaus muss alles kapitalistisch assimiliert, anverwandelt und integriert werden. Nur das, was so nicht verdaulich ist, Müll, Menschen und entsprechend richtbare Bedürfnisse werden ausgelagert und irgendwie, wenn möglich ihrerseits verwertbar entsorgt. Die Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Macht- und Interessenaggregaten nimmt zu, wird härter, exklusiver und inklusiver. Sie wird exklusiver, weil diejenigen, die nicht mitrennen können und wollen, ausgeschlossen werden. Die *displaced persons* nehmen zu. Menschen, die nicht nur keine Aufenthaltsgenehmigung haben (*sans papiers*), sondern mit ihrem Ausweismangel korrespondierend keine Chance, die Mittel für die eigene Existenz zu verdienen. Konkurrenz wird inklusiver, weil es keine Chance mehr gibt, das zu praktizieren, was Albert O. Hirschman »exit« genannt hat. Die Chance besteht nicht mehr zwischen den zwei, bestenfalls immer erneut

gegebenen Verhaltensmöglichkeiten in Institutionen, in Gesellschaften allgemein zu wählen, mitzumachen und mitzubestimmen oder, wenn's einem nicht passt, herauszugehen und anderswo neu anzufangen. Damit wird auch die Chance kritischer Mitbestimmung geschmälert, wenn nicht unmöglich, sich zu wehren, zu opponieren. Das aber, was individuell zutrifft, trifft kollektiv zu. Es gibt keine Räume mehr, in denen andere Formen der Vergesellschaftung gesucht und experimentiert werden könnten. Der Auszug aus dem kapitalistisch formierten Ägypten ins gelobte Land, eine Vorstellung am Beginn aller Utopien, vieler notgedrungenen Völkerwanderungen, von Migrationsbewegungen bis heute, bis nach Lampedusa – um das Beispiel des Alten Testaments und der jüdischen Tradition metaphorisch zu verallgemeinern –, wird nicht nur repressiv-präventiv zu verhindern gesucht. Er ist auch im Sinne anderer Gesellungsformen nicht mehr gegeben.

All die angeritzten Phänomene und Faktoren türmen ein wie unlösbar scheidendes Trilemma auf: globale kapitalistische Herrschaft ist derart komplex und objektiv geworden, zur weltweiten sozialen Tatsache, dass es keinen Ort mehr zu geben scheint, sie von außen als eine Form der Vergesellschaftung zu begreifen. Globale kapitalistische Herrschaft, ein System mit einer ungeordneten Reihe mehr oder minder abgeschotteter Subsysteme (nicht zu verwechseln mit ihrer angeblichen Autopoiesis) ist an sich selbst nicht zu fassen. »Herrschaft!« – Wer herrscht denn? Funktionale Imperative! – Wer formulierte sie, wer setzte sie durch? Hannah Arendts in anderen Zusammenhängen gewählte Formulierung von der Niemandsherrschaft drängt sich auf. Robert Musil hat in seiner gedankenprallen Fundgrube, »Der Mann ohne Eigenschaften«, von einer Herrschaft der Sachzusammenhänge gesprochen. Mit solchen trefflichen Verlegenheitsausdrücken wird das Dilemma nur stärker verwoben. Wir sind in Gefahr dem nicht zufällig als einäugig und ungeschlacht überlieferten Riesen aus der Odyssee Polyphem zu gleichen. Der hatte einst Odysseus gefangen und in seiner Höhle versteckt. In ihr brachte er nächtlings seine Schafe unter. Odysseus, nach Homerischer Schilderung listenreich bekannt, erwiderte Polyphem noch, als der ihn nach seinem Namen fragte: Er heiße Niemand. Als Polyphem bei Sonnenaufgang seine Schafe aus der Höhle hinaustrieb, hängte sich Odysseus unter den Bauch eines Widders. Er krallte sich an dessen Wolle fest. Polyphem, der die Flucht des Odysseus in der leer gewordenen Höhle rasch bemerkte, suchte seine rundum hausenden Genossen zu bewegen, ihm zu helfen, den Flüchtling wieder zu fangen. Als ihn diese aber fragten, wen suchst du denn, vermochte er nur zu antworten: Niemand! Also war die Suche jäh zu Ende. Die Flucht war gelungen. Wir sind schlimmer dran als Polyphem, wenn wir nicht genauer aufzuklären vermögen, was es mit der Niemandsherrschaft auf sich hat. Ist diese vielleicht, zweite Natur geworden, gar keine Herrschaft mehr?! Also Schicksal! Sind wir auf Teufel-komm-raus in die Höhle dieser Niemandsherrschaft gezwungen? Glückliche, weil doof – wie wir als Kinder andere Kinder beschimpften?

II. Entgrenzungen, Ausgrenzungen

In den folgenden Abschnitten füge ich zum Herrschaftskluster Kapitalismus – das, *nota bene*, dem Exzellenzcluster innovativer Strebungen vorintellektuell zugrundeliegt – nur einige Aspekte und Argumente in den Abschnitten II.-IV. hinzu. Sie zeigen, wie fest der Knoten kapitalistisch orientierter Herrschaftsinteressen geknüpft ist. Diese Festigkeit wird nicht dadurch gelockert, dass die humanen Kosten allem überbordenden *goodspeak* zum Trotz kaum ermesslich bleiben und anhalten. Die Schattenseite des vielstimmig besungenen *sustainable development*, nach dem Brundtland-Report von 1987 ein Wachstum ohne negative Effekte, breitet sich garantiert *sustainable*, also nachhaltig lichtscheu aus.

Orientierungen nach der Logik des Kapitals

Noch tief ins 20. Jahrhundert reichen Phänomene hinein, denen man den Schubladennamen *Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen* gegeben hat, in die Verhaltens- und Bewusstseinsformen an der erreichten *Spitze der Modernität*. Vormoderne handwerkliche, bäuerliche, kleinstädtische Traditionen und Konventionen. Sie sind nicht nostalgisch zu adeln. Als sei's in Cölln doch vordem mit Heinzelmannchen so bequem gewesen. Das unkritische Lob vergangener Zeiten verblendet nüchterne Kritik. Es verklebt angemessene Orientierung (ich komme an einem Beispiel, dem Begriff und der sozialen Tatsache Solidarität am Ende darauf zurück). Aus ungleichzeitigen Gleichzeitigkeiten, also vorkapitalistischen sozialen Zusammenhängen, Bewusstseins- und Verhaltensweisen zehrte jedoch nicht nur die werdende und einmal etablierte kapitalistische Gesellschaft (vgl. zu einigen Hinweisen in dieser Richtung Habermas 1974). Vielmehr bildeten sie den Quellgrund von Motiven und Verhaltensweisen, die Oppositionsbewegungen mitbegründeten (vgl. die Geschichte der Arbeiterbewegungen, hier am hervorragenden Exempel der englischen, Thompson 1966). In west- und zentraleuropäischen wie angelsächsischen Landen scheint es solche Gleichzeitigkeit ungleichzeitiger Gesellschaftsformen, Habitus prägend, kaum noch zu geben. Dort, wo sie fragmentarisch, insular außereuropäisch noch bestehen, werden sie mit allen marktzwingenden Mitteln zerstört, die vor allem den kapitalistisch etablierten Ländern und ihren Machtzentren zu Gebote stehen. (Modernisierungs- oder neuerdings transformationstheoretisch blind wurden und werden sie ohnehin gerade *wissenschaftlich* bekämpft. Die Entwicklungsschuld der Sozialwissenschaften, ihr methodologischer Imperialismus, wären auf einem anderen Blatt zu behandeln.)

Weil es (fast) keine anderen Vergesellschaftungsformen mehr gibt, findet eine Art totalitäre Sozialisation in kapitalistischem Geist jenseits aller protestantischen Ethik statt (sie war, versteht man Weber recht, ohnehin nur ein Antriebsfaktor kapitalistischer Genese).

Der Bologna-Prozess, in dessen Namen im Kontext der Europäischen Union von der vorschulischen Sozialisation bis zur Forschung inmitten ganzer Türme

von Exzellenzclustern alle Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen ähnlich geschleift und geschliffen werden (sollen), bietet ein Exempel kapitalistischer Verinnerlichung. Dieser Prozess, der die Bedingungen, Maßstäbe und Orientierungen schaffen, errichten und vorgeben soll, kognitive Wahrnehmungen und Habitus so einzuüben, dass Menschen ohne Alternative formiert werden, wird von anderen Einrichtungen, Karrieren, Mustern der Anerkennung quer durch die Gesellschaft und ihre privaten und/oder öffentlichen Institutionen gespiegelt und gestärkt. In diesem Sinne besteht gesamtgesellschaftlich, wenn nicht global, das, was Max Weber Adäquanzverhältnisse genannt hat. *Leistung* lautet das erste Wort im Wörterbuch des frühen Menschen im 21. Jahrhundert. *Leistung* wird am zweiten Wort abgelesen, an der *Konkurrenz* (und ihrem *Benchmarking* – ein anderer Ausdruck aus dem Wörterbuch des globalisierten Menschen). Am Abschneiden in der Konkurrenz wird gemessen, dem dritten Wort: *Ranking*. Alle drei Wörter und das in ihnen implizierte Verhalten sind an *Innovationen*, dem vierten Wort, orientiert. Innovationen, möglichst technisch/technologischer, aber auch organisatorisch/habituelier Art erhalten ihrerseits am fünften Kernwort Gehalt: *Verwertbarkeit*. Das steht an der Spitze des Ranking. Seinerseits ist es ausgerichtet am sechsten definitionsmächtigen Wort, der *Standortkonkurrenz* in deren Wettlauf eine Spitzenposition zu ergattern ist. Die Standortfrage entscheidet über den siebten Wert, der den Worte- und Wertehimmel spannt: *Wachstum*. Diese sieben heilig gestuften Worttreppen zum angemessenen individuellen und kollektiven Verhalten werden von einer Reihe weiterer wortverdichteter Eigenschaften umschwärmt. Sie gilt es erneut im individuell-kollektiven Gleichschritt zu erhaschen. Als da sind Flexibilität, sprich jederzeit lernbereit Gelerntes wegzuworfen; Mobilität, will sagen, sich überall dorthin zu bewegen, wo Kapital Arbeit anbietet oder versagt. Dann ist die wunderbare Erfindung der Ich-AG gefragt. Auch lebenslanges Lernen stellt ein hohes Altersgut dar. Seine Rhythmik erlaubt es noch im Pflegeheim, das aus Sparzwängen unvermeidlich drittklassig ausfallen muss, eine aktivierte Greisin zu mimen. Und diese in ihrer grundgesetzgemäß unantastbaren Würde leistet damit zusätzlich einen Beitrag zur Prävention der Altersdemenz.

Fast albern wirkt es, stünde dagegen nicht die angeblich wissenschaftliche, darum konsequent a-soziale und darum in gedoppelter Konsequenz herrschende Ökonomie, auf Marx Einsicht hinzuweisen, die von allen vernunftvoll sehenden Menschen wiedergesehen und bestätigt wird. Um nur einen weiteren intellektuellen Heroen zu nennen, verweise ich als lebenslanger Links-Weberianer auf den Max (illustrierbar durch seine Fragment gebliebene Wirtschaftssoziologie; siehe dort die knappe Erörterung der Kapitalbilanz als eines Machtspiegels). Dass nämlich das Kapitalverhältnis ein *soziales* Verhältnis sei. Genauer ein heute kaum noch übersehbares Ensemble verherrschäftlichter, machtaufgesogener sozialer Verhältnisse. Wie anders?! Wenn dem aber so ist, dann bedeutet das, dass die Politische Ökonomie (Adam Smith, Ricardo und folgende), eine andere wäre, vor allem die dünnblütigen Neoklassiker aller Spielarten, allenfalls ein kostbares Glas-

perlenspiel. Die Kritik der Politischen Ökonomie aber müsste auf dem politisch verrechtlichten Klassenboden Politischer Soziologie bzw. ihrer Kritik stehen. Dieser nicht überraschende und, liebt man keine Scheuklappen, nicht eigens hervorzuhebende Umstand wird nachdrücklich bestätigt, betrachtet man, wie sehr vor allem anlässlich der globalen Totalisierung kapitalistischer Verkehrsverhältnisse kapitalismuskonformes Verhalten aller eingeübt wird. Das ist gerade deswegen der Fall, weil für alle Orwells bekannter erster Satz aus der *Farm der Tiere* gilt – nicht entgegen dem mechanistischen Kommunismus sowjetischer Prägung gerichtet, sondern kapitalistisch essentiell aufgehoben (beseitigt und bewahrt in einem): »Alle Menschen sind gleich. Manche sind gleicher als die anderen.«

Vom verengten Begriff des Interesses und seiner nachhaltigen Individualisierung bis hin zu den hauptsächlichsten Formen sozialer Anerkennung mit asozialen Prämien reicht die Einübung des Gehorsams in kapitalgeschützter Innerlichkeit. Erfolgreich ist nicht, wer genug Mittel zum Leben hat. Erfolgreich ist, wer mehr Geld und darin mehr Macht hat als andere. Ungleichheit ist Trumpf. Als zeigten sich soziale Beziehungen nur im Profil der Ungleichheit unter den Menschen. Wie drückend und entfremdend Institutionen sein mögen, in denen einzelne beschäftigt sind, sie werden zusammengehalten durch die permanent erneuerte Differenz der Verdienstchancen und in ihnen steckender *conspicuous consumption* (Thorstein Veblen). Im Zeichen der Globalisierung und ihrer verschärften, nach innen umschlagenden Konkurrenzen wird das habituelle Management in Ungleichheit ebenso verschärft wie zur isolierten Klammer institutionellen Zusammenhalts. Darum gilt vermehrt: Fürchte den Nächsten wie dich selbst. Hobbes'sche Zustände der gegen andere gerichteten Konkurrenz sind bekanntlich schon im 17. Jahrhundert nur erfundene Natur gewesen. Ihre gegenwärtige Erzeugung kann insofern als neoliberal bezeichnet werden, als auf globaler Stufenleiter neue Formen der zweiten und dritten Akkumulation stattfinden. Sie sollen von einem ungedämpften Liberalismus legitimiert werden.

Technologische Formen der Verinnerlichung

Nur eine kleine Notiz für einen komplizierten und gründlicher auszuführenden Sachverhalt. Die Notiz ist mir jedoch wichtig, weil ich in Sachen Technologie, insbesondere Informations- und Kommunikationstechnologie nicht zuletzt in kapitalismuskritischer Hinsicht Ansichten zirkulieren sehe, die mehr als fragwürdig erscheinen. Bis hin zum seltsamen Kultbuch von Hardt, Negri: »Empire« (2003), Analyse nicht zu nennen.

Ohne die, den Titel »neu« nicht mehr verdienenden Neuen Technologien, insbesondere Informations- und Kommunikationstechnologie, Biotechnologie und Humangenetik, Erfindungen im Umkreis der Nanotechnologie und mit den genannten verbundenen Transportmöglichkeiten u. ä. m., wäre die letzte Stufe der Globalisierung nicht breit und breiter geworden. Allein die hybriden Entwicklun-

gen im Bereich des Finanzkapitals machen das deutlich. Diese Technologien erst lassen Größenordnungen und Zeiträume so durchdringen, dass neue Verhaltens- und Handlungsformen möglich werden. Die neuen Formen zeichnen sich durch ihre technologische Abhängigkeit aus. Sie verändern vor allem Handeln. Sie machen es ohne sozialen Kontext möglich. Indem sie Individuen in großer Zahl direkt betreffen, erfassen, kontrollieren, stimulieren, informieren können. Im gegebenen Zusammenhang sind mir vier Aspekte wichtig. Zum ersten: Diese Technologien bergen zwar vielerlei Nutzungsmöglichkeiten. Sie sind jedoch nicht frei von politisch-ökonomischer Form und Funktionalität. Verkürzt gesagt: sie sind kapitalgänglich. Damit hängt zum zweiten zusammen, dass mit ihrer Hilfe die globalisierte Umkehr der Leiter – nun wird die Metapher falsch – von der obersten Sprosse nach unten erst perfektioniert wird. Sprich: Die Herrschaft hochabstrakter Sachverhalte macht die Neuen Technologien fugendicht – unbeschadet ihres immer vorhandenen, jedoch verborgenen sozialen Kerninteresses, ihrer Machtfunktionen und deren unvermittelter individuellen Anwendung. Damit verstärken sie die oben berührte terroristische Logik der Abstraktion (das, was ich terroristisch nenne, zeichnet sich dadurch aus, dass es sich unvermittelt um angewandte Abstraktion handelt. Beispiele zuhauf bieten Bildungs- und Arbeitsmarkt). Über die Missachtung des Besonderen in und mit seinem soziohistorischen Kontext hinaus – das ist der springende Punkt –, erlauben sie drittens eine atomistische Präzision. Sozial und personal sind die atomisierten Gesellschaften und ihre Einzelnen nicht mehr unter eigener Kontrolle zu halten. Das macht den Kern der alle politischen Departments übergreifenden Sicherheitspolitik und ihrer präventiven Kehre aus.

Zur Verdeutlichung ein kleines, randständiges, eher primitives Exempel aus dem G-8-Gipfelsturm zu Heiligendamm und dem demonstrativen Geschehen rundum zwischen dem 2. und 8. Juni 2007: Hubschrauber lärmten während der gesamten sieben Tage. Ihre bedrohliche Präsenz und die Chance, mit ihnen notfalls tieffliegerartig einzugreifen, stellte jedoch die eher harmlose Seite ihres Einsatzes dar. So hatte ich sie selbst anlässlich meiner ersten teilnehmenden Beobachtung einer Großdemonstration zu Brokdorf im Februar 1981 erlebt. Am Ende der technologisch vorsintflutlichen Demonstration erinnerte seinerzeit der Propellerwind ihres Einsatzes über und hinter uns meinen Bruder und mich an Tiefflieger. Solche hatten wir als Kinder 1944/45 erlebt. Ganz anders in Rostock am 2., 3. und 4. Juni, auf der Straße zum Flughafen am 5. Juni oder in der Nähe der Mollibahn am 6. Juni. An diesen Orten hielt ich mich jeweils mit Tausenden anderer auf. Die Hubschrauber kreisten in der Regel ziemlich weit oben. Ihre Besetzung war jedoch mit modernstem Gerät in der Lage, Informationen über Personen, die an der Demonstration teilnahmen, unmittelbar der Polizei zu vermitteln, die am Demonstrationort präsent war. Die Einsatzkommandos agierten aufgrund hubgeschraubter, jedoch unmittelbar Boden und dort demonstrierende betreffender Informationen. Beispielsweise suchten die geschlossenen Polizeigruppen, lose auseinandergezogen, am 2. Juni anlässlich der Riesendemonstration Demonstrie-

rende vereinzelt mitten aus demonstrierender Dichte herauszugreifen. Von offenkundigen Irrtümern des präzise Beobachteten einmal zu schweigen – auf diese Weise wurde von der sozialen Situation Demonstrierende und Polizeibeamte im Gegenüber an einem Ort abstrahiert. Die örtlich präsente und situativ informierte Einsatzleitung wurde enteignet (das geschah anderwärts aufgrund bürokratischer Hierarchien). Zugleich wurden Aktionen der Polizei gegen einzelne Demonstrierende inszeniert. In ihrer Gewaltaufmischung dienten sie später dazu, das Demonstrationsgeschehen insgesamt mit der Schrecktafel zu verdecken: Gewalt von Gewalttätern! (vgl. Komitee für Grundrechte und Demokratie 2007).

Der vierte Aspekt steckt im Geschilderten. Die technologische Abstraktion und Vereinzelung marginalisiert beteiligte Personen. Sie tut dies selbst dann, wenn diese qua *Political Correctness* dem Anscheine nach mitagieren. Das, was Gesellschaft, Wahlbürger, soziale Zusammenhänge, Organisation u. ä. m. heißt, ändert sich qualitativ. »Einsame Massen« (David Riesman) werden technologisch agglutiniert.

III. Akkumulationspermanenz und Innovationszug auf Schumpeter-Schiene

Zur wohl verpassten Gegenwart und Zukunft kapitalistischer Illusionen gehört, dass Güter und Bedürfnisse aufgrund kapitalistisch institutionalisierter und funktionierender Produktionsverhältnisse permanent wüchsen. Trotz massiver Krisen und Katastrophen. Das hat schon Marx fasziniert. Möglicherweise wurde dadurch seine nicht tragsame Utopie motiviert, wie sie früh in der Deutschen Ideologie steckt oder sich im Kommunistischen Manifest äußert. Eine güterüberquellende Gesellschaft frei zu praktizierender Wahlchancen all ihrer Mitglieder! Kapitalistisch organisierter Vergesellschaftung gelang es im Zuge des kapitalewigen Wachstums, Gruppen der Bevölkerung materiell und in damit verbundener (Ungleichheits-)Macht zu kooptieren, auf deren Rücken die ungleichen Wachstumspfade in die Zukunft wiesen. Auch die Illusionen sind also ambivalent. Sie haben nicht-illusionäre Seiten. Verborgen hinter dem irgendwann alle glücklich befriedigenden Wachstumsfetisch und dem Marktzauber werden andauernd massiv-massenhafte Ungleichheiten produziert. J. M. Keynes' sarkastische Bemerkung wird freilich euphemistisch überhört. Sie müsste in die Riesenohren der Entwicklungsdekaden und Millenniumsprojekte geschrien werden: *In the long run we are all dead*. Ungleichheiten materieller Macht, herrschaftlicher Definitionsmacht und solche in geopolitischer Hinsicht dehnen sich. Zur expansiven Nutzung, zu unablässig neuen Nutzungsmöglichkeiten treten wenigstens gleichumfängliche Abnutzungen und expansive Abfälle. Menschenabfälle nicht zuletzt im grammatischen Status des *Genitivus subjectivus* und *objectivus*. Also Anfälle der Menschen. Die sie erzeugen. Und Abfälle des Menschen. Menschen werden zu Abfällen.

Das gehört zu Geschichte und Gegenwart immer neuer, im Vergleich der Länder sich ungleichzeitig verstärkender, jedoch vom vereinten Weltmarkt syntheti-

sierter Akkumulation. Die beschleunigt rasenden Züge der Innovation durchs soziale Akkumulationsgelände bewirken »produktive« Zerstörungen an den Rändern und im Zentrum. Von solchen hat Joseph A. Schumpeter affirmativ nüchtern gesprochen. Ob das Substantiv nur zufällig Zerstörung lautet? Zerstörungen gelten menschlicher Arbeit. Produktiv entstehen neue *Sweatshops*. Die Effekte säkular abnehmender Arbeit verhärteten Arbeitsklassen inklusive struktureller, regional verdichteter Arbeitslosigkeit. Die Erscheinungen, die Claude Levi-Strauss an lateinamerikanischen Beispielen einst die Traurigen Tropen genannt hat, die Erscheinungen dessen halten an, was mit gutem Grund als *Cultural Genocide* bezeichnet wird. Die spärlich überlebenden vormodernen Kulturen werden vollends bestenfalls zu Folklore. Zum Touristenerlebnis. Unvermindert werden ganze Massen nicht gebrauchter Menschen ausgeschlossen. Das geschieht im Innern der Metropolen, vermehrt in den Ländern der nachholenden Entwicklungen. Ein Ausdruck voll Arroganz und verborgener Trauer. Gerade die lateinamerikanischen Länder mit ihren neuen Aufbrüchen, ihrer teilweise praktizierten Kritik an der Weltmarktdominanz der USA und der westlich-nördlichen Länder samt ihren Institutionen à la Weltbank, auch der WTO allgemein, belegen den Druck der Globalisierung. Enge Entwicklungs-Bahnen, nah den weiter kapitalisierten Ländern des Westens und Nordens sind vorgezeichnet. Was an politisch anderen, qualitativ demokratischen Spielräumen bleibt, ist gering. Über Lulas angebliches Versagen kann, immanent gesprochen, keine Trauer sein. Niemand von uns auch so kritischen und wissenden Intellektuellen vermöchte eine andere Politik zu vertreten – ohne vorgängig längerfristige Änderungen, die man erhoffen, die niemand absehen kann. Dass Lula seine attraktiven Versprechen nicht halten konnte und weiterhin nicht wird halten können – wen wundert's, wenn er oder sie offenen Auges die nicht voluntaristisch zu sprengenden herrschenden Zwänge betrachtet, die einem Riesengebilde wie Brasilien besonders gelten. Da ist es eher erstaunlich, dass immer doch noch mehr anders benutzbare Spielräume vorhanden erscheinen, als man selbst als Analytiker annimmt. Als Analytiker, zu radikaler Nüchternheit verpflichtet gegen alle seichte Hofferei, ist man immer auch in Gefahr, geltende Kapital-Gesetze in unvermeidlich abstrakter Rekonstruktion zu verstärken. Die Katastrophe Brasiliens und vergleichbarer Fälle besteht nicht nur darin, dass alles kapitalistisch so weitergeht (um Walter Benjamins bekannte Äußerung zu variieren). Sie ergibt sich vielmehr aus der Beobachtung, dass die aufholende Entwicklung auch die Fehler nachholen lässt – man denke nur an die Art der expandierenden brasilianischen Landwirtschaft als inverser Zerstörung, die weiterentwickelte kapitalistische Länder kennzeichnender Weise wie die Reue zu spät einräumen. Gerade Brasilien belegt zugleich die im Abschnitt A apostrophierte Definitionsmacht schierer Quantität. Die riesigen Größenordnungen, die nicht einmal markteffektiv sind, politisch demokratisch und menschenrechtlich nur negativ zu verbuchen, werden jedoch vom Weltmachtmarkt und seiner Konkurrenz geradezu programmiert.

IV. Brüche im Monolithen

»An den Finanzmärkten geht die Angst um«, heißt es im Finanzmarkt-Teil der FAZ an dem Tag, da ich diesen Abschnitt ausformuliere (Nr. 172 vom 27. 7. 2007). Und weiter im Text: »Rund um den Globus sind die Aktienkurse am Donnerstag abermals kräftig gefallen. Wie schon in den vergangenen Tagen schürten die Krise am amerikanischen Hypothekenmarkt sowie die davon in Mitleidenschaft gezogenen Kreditmärkte die Nervosität. Der steigende Ölpreis belastete die Börsen zusätzlich. Auf der Suche der Anleger nach Sicherheit waren Staatsanleihen gefragt. Daher legten die Kurse der Rentenpapiere beiderseits des Atlantik kräftig zu, im Gegenzug gerieten die Renditen unter Druck [...]«

Finanzmärkte in weitem Sinne gäbe es nicht, also alle Aktioniererei und schier nicht erfassliche Fonds-Vielfalt eingeschlossen, sie wären denn hektisch und nervös. Allein die Bilder der börsenpräsenten Akteure, genauer der Makler und ihrer Assistenten, in denen Arme, Hände, Gesichtszüge, wenn schon nicht die Beine und Unterkörper sich wie in einer (post-)modern nachgestellten Laokoon-Gruppe verschlingen, machen die panische Essenz erkenntlich. Sie kennzeichnet die Aktien-, Devisen- und Hypothekenmärkte Tag für Tag. Gemach also. So beruhigte sogleich der Chefstrategie der Dresdener Bank. Der muss wohl wissen, wo einzelne Schlachtgeschehen Kriegsverluste anzeigen. Er verwies auf die Gründe für den Optimismus: das robuste Wachstum der Weltwirtschaft und die hohe Liquidität. Und einige, die großen Finanzinvestoren und Superreichen gewinnen (fast) immer. Sie erwerben gerade dann Aktien, wenn andere sie abstoßen.

So gelassen Nichtaktionäre selbst im Geiste wie ich solche Nachrichten lesen können, denen monatelang Meldungen über steigende Indexzahlen und unerhörte Ratings vorausgingen, die Einbrüche der Neuen Ökonomie und der Asiatischen Krise liegen schon wieder lange Jahre zurück, so symptomatisch sind Schlagzeilen wie: Die Angst geht um an den Finanzmärkten. Sie belegen, übrigens auch für die Realökonomie und nicht nur ihren wie nie zuvor ausdifferenzierten finanzökonomischen Teil:

Wie kurzfristig die Kalküle und ihre Motive anhalten; wie schnell die vulgärpsychologisch bewirkten Masseneffekte auftreten. Sie mögen vereinzelte, segmentelle oder ganze Regionen, wenn nicht global übergreifende Zusammenbrüche zeitigen. Die Kurzsichtigkeit gilt gerade für die mit Strategen überhäuften Multi-, wenn nicht Transnationalen Konzerne. Deren strategische Entscheidungen zur freundlichen oder unfreundlichen Übernahme anderer Unternehmen oder deren Entscheidung, sich aufs Kerngeschäft zu konzentrieren, mögen sich binnen eines Jahres als Fehler herausstellen. Milliarden-Kosten, die Mittel- und Kleinunternehmen in die Knie, in die Insolvenz zwingen, können sich Unternehmen wie Siemens oder Mercedes, vormals Chrysler, spendabel leisten. An dieser wie an anderer Stelle wird offenbar, dass Unternehmensgröße keine ökonomische Qualität im Sinne haushälterischer fiskalischer Effizienz, sondern der Machtgröße darstellt. Für Gewinne wie Verluste gibt der Machtfaktor Größe den Ausschlag,

wie die damit verbundene Fähigkeit zu Betriebsstilllegungen, Massenentlassungen u. ä. m.

Wie sehr allen gegenteiligen wirtschaftswissenschaftlichen und allgemein ideologischen Versicherungen über die natürliche Wirtschaftsweise zum Trotz die Angst vorm großen Kladderatsch ein dauerndes Gefühls-, Orientierungs- und Verhaltensferment darstellt. Es steckt in den Gebeinen (Institutionen und Funktionen) der weit auseinandergetretenen und zugleich aufeinander angewiesenen Kapitalformen als Finanz- und Realkapital. Dieser systemischen Angst – vor all dem, was zusammenbrechend dynamisch der Fall sein könnte – korrespondiert auf der einen Seite die hybride Fülle regulativer, standardisierender Mechanismen und Institutionen. Hier handelt es sich um die umfänglich gewachsene innere Rationalisierung des organisierten Kapitalismus seit der Erfindung der Betriebswirtschaftslehre Ende des 19. Jahrhunderts. Verbunden ist damit auf der anderen Seite die Einsicht, welche existentielle Bedeutung schon innerkapitalistisch, wenn man es so verkürzt sagen kann, das kapitalherrschafliche *Aliud*, im Illustrationsfall die Staatsanleihen besitzen. So sehr selbst rechtliche Regelungen, herkömmlich staatlich gesetzt und notfalls vom staatlichen Gewaltmonopol durchgesetzt, im Rahmen der Globalisierung durch internationale, sogar primär privat funktionierende Hybridformen ausgedehnt, verändert und ersetzt werden – man denke nur an die enorme Rolle längst zum ökonomischen Faktor selbst gewordener Rechtsanwaltskanzleien im nur noch Experten nützlichen Gestrüpp inter-, ja transnationaler Regelungskomplexe –, so sehr bewährt sich die eher statische, gewaltmonopolzwingende Kraft staatlicher Einrichtungen. Und dies selbst und gerade im Kontext geldpolitischer Spekulationskünste. Sie machen in den luftigen Höhen der Abstraktion, fern, wie es scheint, aller realen Ökonomie beste Seiltänzer erstaunt stürzen; und wieder hochklettern.

Die Ängste, die die Spekulation treiben und von der Spekulation getrieben werden, sind indes in wenigen Jahrzehnten zu alltäglich geworden – wohlgemerkt auch unter der Voraussetzung der Informations- und Kommunikationstechnologie –, als dass sie die kompliziert und gewöhnlichem Auge undurchdringlicher gewordenen finanzkapitalistischen Verkehrsverhältnisse beeinträchtigten oder irgend delegitimierten. Im Gegenteil. Dem nicht überraschenden Kollaps der Neuen Ökonomie folgte in der BRD, die ohnehin auch (!) hier den USA hinterherhinkt, ein zunächst abnehmendes Gedränge von Möchtegern-ohne-Anstrengung-Reichwerden-Aktionären. Insgesamt aber nehmen, öffentlich massiv gefördert, private Anlageformen auf den Geldmärkten zu. Man denke nur an die Altersversicherung(en). So wird der alte Traum des Volkskapitalismus wahr. Ein bestimmungsmächtiger Prozentsatz der Bevölkerung kann seine *stakes* im kapitalistischen System positiv, selbstbestimmt stecken. Und nicht nur das: »All die Gedanken, die diese Aktionäre haben, sind, von den Nachrichten noch und noch befördert, dem alten Liebeslied gemäß, bei dir, den Aktionen und anderen Anlagen. All mein Gedanken, die ich hab, die sind bei dir!« Wie dicht bespickt sind allein die Tagesnachrichten durch Börsenmeldungen!

Erneut zeigt sich individuell und kollektiv das, was oben das Ende der exit-Chance genannt worden ist. Sprich: aus dem gegebenen System kann man nicht mehr abhauen. Kein *Going West!* Dieses Faktum macht trotz der hintergründig ängstigenden und ab und an realisierten Katastrophen verschiedenen Ausmaßes so etwas wie die Superstabilität schon des Finanzkapitals aus. Auch wenn seine negativen Effekte bei jeder, von Finanzhaien bewirkten freundlichen/unfreundlichen Übernahme in Form von Massenentlassungen, Umsetzungen und Dequalifizierungen fast täglich irgendwo durchschlagen, der global geweitete Raum macht andere Anlagemöglichkeiten wenigstens der Großen im Geschäft anderwärts möglich. Vergleiche die gegenwärtige Dollarschwäche. Selbst wenn sich die Unfälle zu einem Riesenunfall mehrten – außer riesigen humanen Kosten eröffneten sich jedenfalls keine neuen Horizonte, keine anderen ökonomischen und politischen Formen.

»Brüche im Monolithen« habe ich die Überschrift dieses Abschnitts genannt. Die Überschrift ist geklaut. Wörtlich übersetzt verwandte sie vor Jahrzehnten der Politikwissenschaftler Karl W. Deutsch – *Cracks in the Monolith* –, um den monolithischen Dogmatismus ideologischer Totalitarismusforschung der 50er und 60er Jahre des verflossenen Jahrhunderts am Exempel der Sowjetunion empirisch-analytisch und begrifflich in Frage zu stellen. Eine Analogie zwischen totalitärem System dort, kapitalistischer Herrschaft hier zu ziehen, wäre von vornherein falsch. *Ana-Logie*, das heißt wiederkehrende, also übereinstimmende Logik. Die von Karl Deutsch mit freundlicher Genehmigung des vor langen Jahren verstorbenen, aber befreundeten Verfassers übernommene Metapher soll im Zusammenhang des zur zweiten Natur gewordenen globalen Kapitalismus mich selbst und die Lesenden daran erinnern, wie wichtig allen ultrastabilen Stärken zum Trotz es ist, sich an die Widersprüche und widerständischen Bewegungen in einem Analysezug mit der anscheinhaften Alternativlosigkeit zu erinnern. So gesehen ist es weder möglich, unbeschwert zu luftigen anderen Wegen abzuheben. Die Bleigewichte realen Kapitalismus und deren definitionsmächtige Dynamik sind dauernd präsent zu halten. Noch ist es angezeigt, das ängstliche Kaninchen zu mimen, das andere Möglichkeiten schon nicht mehr zu denken traut, von der übermächtigen kapitalistischen Schlange fixiert. Dazu ist die kapitalistische Globalschlange von zu vielen Abgründen gefährdet, die sich katastrophisch jäh öffnen mögen.

Nur drei Hinweise erneut. Jede gründliche Widerspruchsanalyse müsste bei Karl Marx in den Elementarunterricht gehen, offen für die Veränderungen, die seither nicht nur beiläufig passiert sind; offen auch für immanente Kritik beispielsweise an der Arbeitswertlehre, an der mangelnden Organisationsanalyse, darum die Gefahr eines bloßen Funktionalismus, einer a-historischen Logik u. ä. m. Kapitalismus 2007 ist trotz aller Kontinuitäten nicht der Begriff des Kapitals im Allgemeinen 1867 (Erscheinungsjahr des 1. Bands des Kapital).

Die kapitalistische Dynamik kennzeichnet ihr Ausgang von sozioökonomischen Ungleichzeitigkeiten und deren vermehrte Fortsetzung. Die Koexistenz ein-

ander sperriger, einander gefährdender, einander feindlicher sozialer Formen. Sie sind pauschal nicht mit Tradition vs. Innovation zu schubladisieren. Die anhaltende Obsoleszenz ist kapitalistischer Dynamik eingeschrieben bis hin zum am meisten störenden und doch dauernd benötigten Faktor, genannt Mensch. Der wird noch gebraucht. In Richtung dieses allzu statischen Faktors Mensch und seiner antiquierten Menschenrechte sind darum die meisten Innovationen zu erhoffen. Auch darum Biopolitik! Ungleichzeitigkeiten treten in jeder Gesellschaft auf. Sie ereignen sich zwischen den Gesellschaften verstärkt, die zu verschiedenen Zeiten die kapitalistische *take-off*-Phase durchschritten haben. Sie bilden sich in den Menschen selbst. Diese kommen gleichsam mit sich selbst und den ihnen abverlangten Anpassungen nicht mehr mit.

Die Widersprüche und Konflikte weltweiter Konkurrenz zwischen den geopolitisch schweren Machtaggregaten nehmen erwartbar zu (und verstärken die abverlangten Gleichzeitigkeiten einander sperriger Verhaltensformen und Ungleichheiten). Der längst allgemein spatzengepiffene Kampf um knappe Ressourcen an Wasser, an Energie, an Land, an Nahrungsmitteln, an Umweltbedingungen, die menschliches Leben zulassen, an erster Stelle. Dieser Kampf trägt gewaltschwere Potenzen hinaus über das alle eigene Vorstellung immer erneut überfordernde Ausmaß täglicher Gewalt heute. Die Furcht davor ist berechtigt, diese Gewaltpotenzen seien kriegsschwanger. Ob und wie sich Kriege, verallgemeinert: Formen kollektiver Gewalt realisieren werden, ist nicht vorher zu sagen. Alle Untergangsprognosen sind methodisch und politisch skeptisch zu betrachten. Ihre Vertreter sind meist allzu voluntaristisch darauf erpicht, eine Art Bewusstseinschock und einen Verhaltensruck zu bewirken.

Widerstände negativ privilegierter Gruppen in allen Weltteilen gegen den Machtmarkthobel mehrfacher Irrelevanz, gegen Hunger- und Krankheits-»Befreiung« – die doppelte Freiheit des Arbeiters, von der Marx sprach, müsste längst fort- und neu gefasst werden –, halten die Debatte über den Sinn und die Sinngrenze global kapitalistischer negativer Vergesellschaftung in Atem. Um den widerstehenden Gruppen gerecht zu werden, zugleich jedoch ihre alternative Potenz zu bewerten, muss(t)en sie einzeln analytisch Revue passieren. Eindeutig und einsichtig ist: Auch global kapitalistische Herrschaft ist nicht perfekt (vgl. den Abschnitt A). Sie wird noch und noch durch organisierte Menschengruppen, nicht objektiv durch ihre unsäglichen humanen Kosten in Frage gestellt. Lässt sich begründet jedoch mehr sagen (übers Hoffen hinaus)?

C. Hoch die antinationale Solidarität!

So lautete einer der skandierten Rufe der losen Gruppe nicht nur schwarz gekleideter junger Leute, deren Demonstration ich am Montag, den 4. Juni 2007 in Rostock gegen die systematische Diskriminierung nicht staatsbürgerlich beurkun-

deter Deutscher begleitet habe. Mir gefiel er. Er ist an Stelle des abgedroschenen, nachweislich kaum je wirksamen und dazu in der Sache fragwürdigen Spruchs getreten: Hoch die internationale Solidarität. In den ersten Augusttagen 1914 ist dieser schon durch den nationalen Aufbruch der nur bürgerlich als vaterlandslose Gesellen diskriminierten Arbeiter und ihrer Parteien auf Dauer der Nationalstaaten und ihrer kollektiven Identifikationen disqualifiziert worden. Die Arbeiterparteien, zuvor, wie in Deutschland, als vaterlandslose Gesellen beschimpft und unterdrückt, nahmen bekanntlich am wechselseitig mörderischen Krieg teil. *Dulce et decorum est pro patria mori.*

Im Kritisch-Negativen leuchtet mir antinationale Solidarität ein. Nationalstaatliche Identifikationen, herrschaftsgewitzt so rundum produziert, dass sie wie natürlich verinnerlicht worden sind, sind nicht nur eine der Ursachen der Massenschlächtereien des 20. Jahrhunderts. Nationalstaatliche Organisations- und Identifikationsformen sind spätestens seit den Zeiten der unzureichenden Entkolonialisierung nach 1945, insbesondere nach 1960 radikal falsche Modernisierungsmuster afrikanischer, lateinamerikanischer, osteuropäischer und asiatischer Gesellschaften. Die auch im 21. Jahrhundert unverändert westweltlich vertretene, kriegerische Eingriffe legitimierende Devise des *Nation-Building* demonstriert nicht nur neokolonialistische Arroganz und Hybris. Sie ist (und war) für die in aller Regel multiethnischen Gesellschaften, denen ein Nationalstaat aufgezwungen werden soll, verhängnisvoll. Sie ist im Übrigen auch für die westimperialen Nationalstaaten diesseits und jenseits der Europäischen Union nicht mehr zeitgemäß (von ihrem menschenrechtlichen Widerspruch zu schweigen). Wie ein abgrundtief schlechter Witz wirkte es, als im November 2001 das antiterroristische besiegte Afghanistan auf dem Petersberg bei Bonn mit einer freiheitlich demokratischen Grundordnung *à la carte* BRD mit Schröder-Basta verfasst worden ist.

Was meint indes antinationale Solidarität? Welche Bedingungen oder, titelgemäß, welche Perspektiven besitzt sie? Worin besteht ihre positive Orientierung? Ist sie irgend X-wahrscheinlich?

In den vorgeschalteten Abschnitten A und B habe ich fast nur von Eigenarten, meist von Stärken der kapitalistischen Weltsozialisation gesprochen. Obwohl ich sie entsprechend meinen eigenen materialistisch menschenrechtlichen und das heißt radikaldemokratisch sozialistischen politisch-persönlichen Begriffen primär negativ bewertete, wurde klar, dass antinationale Solidarität wider den globalen Kapitalismus und seine humanen Kosten globaler Größenordnung ein hochgradig unwahrscheinliches Phänomen darstellt. Das, was kapitalistische Vergesellschaftung als systematisch negative bewirkt, steht all dem entgegen, was mit Solidarität assoziiert wird (bzw. werden darf – Solidarität wie schon die der deutschen Sozialversicherung stellt eine repressiv missbrauchte Herrschaftskategorie dar). Statt solidarischem Verhalten wird das Verhalten der Menschen so weit dissoziiert wie möglich. Am kapitalistisch neu und neu produzierten Wetzstein des Geld-, Positions- und Vorteilsinteresses wird das Verhalten der einzelnen ob in Familie,

Bildung, Beruf, selbst noch im Krankenhaus und im Pflegeheim geschliffen und noch einmal geschliffen. Eine Törin, die sich anders verhält! Das rechnet sich nicht! Und wie das, was wir Globalisierung nennen, kapitalistische Verhaltensweisen und Orientierungen nicht nur weltweit verallgemeinert, sondern intensiviert und zur Innenausstattung der Individuen macht, so perfektioniert sie die einer kapitalistischen und etatistischen Vergesellschaftung eigenen Formen der Dissoziation, der negativen Vergesellschaftung. Diese Atomisierung oder Vereinzelung, herrschaftsrational seit Platons noch eher statischen Träumen (Buch 2 und folgende der *Politeia*), ist heute in jedem kapitalistisch-staatlich durchwirkten gesellschaftlichen Bereich zu beobachten. Sie gilt in der Bildungspolitik, der (A-) Sozialpolitik, dem Arbeitsmarkt, den Beschäftigungsformen im zweiten und dritten Sektor (der Industriearbeit und dem hochgradig heterogenen Dienstleistungsbereich) ..., sie bestimmt auch das Liebesleben, den Umgang mit Kranken und Alten und schließlich den seinerseits abbrechenden Umgang mit den Toten. Antigone als Exempel lang vergangener, traditionaler Zeiten. Schon Jefferson rügte an den von ihm ansonsten weniger als die Schwarzen (Sklaven) gering geschätzten Indianern ihren Traditionalismus mitsamt ihrem Totenkult. Kurzum: überall wird Vereinzelung angezielt. Sie kann nicht nur im Sinne alle sozialen Bezüge aufhebender Konkurrenz genutzt werden. Sie eignet sich vielmehr prächtig für alle Formen des Akzeptanzmanagements, auf die andere Formen der Legitimation weithin reduziert werden.

Sodalis, sodalis, sodale bedeutet lateinisch: gesellschaftlich, kameradschaftlich, genossenschaftlich. Als Substantiv meint es einen Kameraden, einen Gespielen, einen Freund, einen Genossen. Solidarität, in der Wortbedeutung eng verwandt, geht jedoch auf *solidus, solida, solidum* zurück; dicht, massiv, zusammenhängend, befestigen. Wie immer es jedoch mit der allemal vorsichtig, wenngleich oft sehr anregend zu erkundenden Wortgeschichte bestellt sein mag, solidarisches Verhalten war aus gutem Grund in den primitiven Gesellschaften stark. Der Einzelne lebte vom Zusammenhalt in der Gruppe und der Rücksicht auf die Anderen in der Gruppe. Solidarität wird durch Gabe und Gegengabe gestiftet oder, in anarchistischer Tradition, von Pjotr Kropotkin an erster Stelle, gegenseitige Hilfe genannt. Dieses Verhalten ist nicht – abstrahierend – zu idealisieren. Konflikte, auch tödlicher Art waren nicht ausgeschlossen. Die eher nahen sozialen Beziehungen und die funktionalen Bedürfnisse entsprachen jedoch überwiegend den Formen der Reziprozität. Sie wurden durch gesellschaftliche Riten, Symbole und ihre religiösen Formen bestätigt und erneuert. Emile Durkheim, der große französische Soziologe, hat das früh herausgearbeitet.

Erstaunlicherweise ist es gelungen, solidarische Verhaltensweisen in ungleich umfanglicheren und in diesem Sinne auch abstrakteren gesellschaftlichen Zusammenhängen zu bewahren, zu erneuern oder neu zu schaffen. Die Geschichte der Arbeiterbewegungen in vielen Ländern mit endmoränigen Ausläufern bis heute ist das beste Beispiel dafür. Ohne solidarische Formen und Inhalte wäre sie nicht zu

denken. Sie wurden fort und fort geübt und erneuert. Teils bestanden sie aus Traditionen aus Zeiten, die noch von der moralischen Ökonomie gekennzeichnet waren, wie E. P. Thompson vorkapitalistische Verhältnisse genannt hat. Teils und vor allem entstanden sie neu in der Auseinandersetzung mit den kapitalistischen Unternehmern, ihrer ausbeutenden Praxis, in den frühen, auf Emanzipation drängenden Klassenkämpfen (s. Thompson 1966, vor allem das Kapitel überschrieben mit »Community«). Man denke allein an die Symbole, die Lieder, die Kleider, die Mützen, die Fahnen, die Losungen ... Ohne sie hätten die Arbeiterbewegungen die Fülle der herrschaftsgewitzten Repressionen fabrikprivat und klassenstaatsöffentlich nicht letztlich erfolgreich, wenngleich mit strukturellen und habituellen Einbrüchen überstanden (letztere im Sinne der erzwungenen Anpassung ans Kapital bis heute werden meist siegfrohlich und siegfalsch übersehen – die Niederlagen in den Siegen sind oft wirksamer als die Siege der Siege). So wenig die sozialen Bedingungen auf einen Nenner gebracht werden können, die in den ihrerseits sehr verschiedenen Geschichten der Arbeiterbewegungen quer durchs 19. und 20. Jahrhundert galten, so sehr fällt auf, dass in der Art der Arbeitsorganisation, den Formen des Wohnens, der politischen Diskriminierung und vielen anderen Faktoren eine Reihe von Bedingungen in Richtung solidarischen Verhaltens wiesen. Sie sind dann von den Arbeiterbewegungen aufgegriffen und stark miterzeugt worden.

Wie aber sollte solidarisches Verhalten und das auch noch auf einer globalen Ebene mehr als punktuell, wenn die Zeichen einmal günstig stehen, hier und heute möglich sein? Und das mit Perspektive?! Fast alle sozialwissenschaftlich erfahren interpretierbaren Zeichen stehen dagegen. Solidarität, das macht ihre Not, das begründet auch ihre Notwendigkeit. Acht, eher thesenförmige Schlussätze mögen beide differenzieren und zuspitzen zugleich:

Die Not solidarischen Handelns auf weltweiter Ebene ist kaum groß genug zu kennzeichnen. Die machtvollen globalen Abstraktionen, fassbar und fasslich in den global versachlichten Akteuren des Weltmarkts und den Riesenstaaten, reichen in ihrer Definitionsmacht bis ins lokale und personale Detail. Insofern gilt ein Teil des Hegelschen Diktums: Das Abstrakte ist das Konkrete. Letzteres hat fast keinen Eigensinn.

Gewiss: Viele der Technologien, ohne die Globalität, soweit sie besteht, und Globalisierung als andauernder Prozess nicht zustande kämen und nicht funktionieren könnten, stehen auch wider die kapitalistische Globalisierung gewandten Einzelnen und Gruppen weltweit zur Verfügung. Anders wären die massendemonstrativen Gegenaktionen von Seattle (1999) bis Heiligendamm (2007) nicht möglich gewesen. Sie gaben der Globalisierungskritik einen Namen. Sie gaben ihr ein soziales Fundament nicht herabzumindernder politischer Bedeutung. Freilich: die von den Informations- und Kommunikationstechnologien vor allem ermöglichten informellen und informationellen Austauschformen, Vernetzungen – ein Modewort der Zeit schlechthin – und mobilisierend organisierenden Abstimmungen über weite Räume hinweg dürfen in ihrem Politikum nicht überschätzt werden.

Sie können gerade fundamental-demokratisches Verhalten ebenso wenig kontinuierlich praktizieren wie sie den obersten Bezugswert aller Menschenrechte, die einzelne Person zureichend wahrzunehmen und zu schützen vermögen. Kurzum: der kapitalistisch-etatistischen Globalisierung auf ihrer Ebene zu begegnen, ist zum einen von sehr begrenztem Effekt. Zum anderen wird der eigenen anderen Welt, die als möglich vorgestellt werden soll, in den sozialen und politischen Formen eher zuwider gehandelt. Diese Feststellung gilt auch von globalen Sozialforen à la Porto Allegre. Sie werden dann und vor allem bedeutsam, wenn sie Anstöße für regionale und lokale Foren geben.

Ich will die Not solidarischer Verbindungen und Aktionen nicht länger ausloten. Gerade wenn man jedoch davon überzeugt ist, dass die Notwendigkeit solidarischer Politik gegeben ist und wächst, darf man sich über die Not, die kargen globalen Bedingungen dafür, der Globalisierung mit einer wirtschaftlich und politisch anderen Globalisierung zu begegnen, nicht hinwegtäuschen.

Die Notwendigkeit qualitativ anderen Verhaltens ist angesichts des globalen Lemmingenlaufs kapitalistischen Wachstums größer denn je. Sie bleibt auf der Tagesordnung an erster Stelle. Auf soziale Bindungen, auf gegenseitige Hilfe, auf praktische Solidarität mit Gruppen von Menschen anderwärts, auf eine gemeinsame Verantwortung aller sozialen Lokalitäten für das, was weltweit geschieht, kommt es an.

Gemäß dem seit langem flüggem Allgegenspruch: Global denken, lokal handeln, ist es zu allererst erforderlich, lokal/regional wider die dissoziierende Kraft der präsenten Globalisierung alle möglichen Formen und Initiativen des Sich zu Assoziieren zu setzen. Hier kann in der Bundesrepublik und anderwärts auf Vieles von dem schon assoziiert, gelernt und erfahren zurückgegriffen oder daran weiter- und neu gebaut werden, was rund um die Neuen sozialen Bewegungen entstanden ist. Gegenwärtig käme es vor allem darauf an, den vereinzelnden Effekten der bildungspolitischen, sozial- und arbeitsmarktpolitischen wie der migrationspolitischen und integrationspolitischen Maßnahmen in der neu-alten PPP, der Public Private Partnership, entgegenzuarbeiten, positiv: Assoziationen zu bilden. Und dies neben und außer den herrschenden Instanzen.

Die konzeptionelle Arbeit, das eigene kulturelle Kapital darf nicht vernachlässigt werden. Das ist jedoch weithin der Fall. Andere Gesellschaftsformen kann man aber meiner Überzeugung nach nicht vorstellungskräftig und human skrupulös angesichts von ca. 6 Milliarden Menschen auf dieser Erde entwickeln. Etwa indem man mit Phantastereien à la *Cosmopolitan Democracy* anhebt, mit Formeln wie *global governance* schwätzt, globale soziale Rechte fordert, als steckten diese nicht in nur materialistisch angemessenen verständlichen Menschenrechten und dergleichen mehr. Die anderen humanen Möglichkeiten tödlicher Größenordnungen und ihre unvermeidlich büro-technokratische Dynamik sind zu unterlaufen. Es kommt darauf an, um Marx' humorigen Umlaut zu wiederholen, Formen der Ökonomie ineins mit Formen der (Basis-)Demokratie zu entwickeln, die ihrerseits

vorsichtig, gebremst, umfangssparsam und kontrolliert mit koordinierenden regionalen und überregionalen Instanzen zu versehen sind. Überall dort, wo viele kleine Entscheidungen nötig sind, wird man auf wahrhaft marktförmige Mechanismen zurückgreifen – nicht wie heute pseudo-marktführerische Machtkolosse lose reguliert ihrer Kapitaldynamik überlassen. Als wäre Liquidität macht- und interessenfrei. Ein solcher radikaler politischer Organisationsansatz aber, der darauf achtete, dass alles, was getan wird, zurechenbar verantwortet und also demokratisch kontrolliert werden kann, wird auch das erneut sprießen und gedeihen lassen, was da solidarisches Verhalten genannt werden darf (vgl. zu erst gerade eingesehenen Ideen dazu u. a. McKibben 2007).

Antinationale Solidarität wird auf diese Weise in lokalen und regionalen Gruppen in Richtung einer Fülle von Aktivitäten in doppelter Hinsicht solidarisch auf andere wie einen selbst gewandt sein. In der Gruppe, in der eine oder einer bildungspolitisch, migrationspolitisch, arbeitsmarktpolitisch (...) bis an die Grenze der eigenen Möglichkeiten für sich selbst und andere aktiv ist, wird sie und er sich im Gruppenkollektiv geradezu notwendig solidarisch auch um das kümmern, was in anderen lokalen und regionalen Kollektiven auf anderen Feldern passiert. Weil das, was an lokalen und regionalen Aufgaben ansteht, immer auch, wenn nicht vorwiegend von abstrakteren Zusammenhängen bis hin zum Weltmarkt beeinflusst wird, ist es um der eigenen lokalen/regionalen Wirkung willen unabdingbar, sich um abstrakte Sachverhalte und Zusammenhänge zu kümmern. Zu diesem Sichkümmern kommt hinzu, dass man anfängt, sich für Gruppen zu interessieren, mit ihnen Kontakt aufzunehmen, mit ihnen wenigstens punktuell zusammenzuarbeiten, die andernorts Ähnliches tun oder die andernorts noch negativer von der menschenwidrigen Fehlpolitik kapitalistischer Globalisierung getroffen werden. Kurzum: der Horizont dehnt sich, ebenso der Kreis der Aktivitäten und seiner Verknüpfungen.

Wie frei könnten wir alle werden, begriffen wir tätig, wider die westliche Moderne und ihren ewigen Thomas Hobbes, den staatsgewaltgeschützten Besitzindividualismus der nur habend und herrschend Liberalen gerichtet, begriffen wir tätig und handelten wie wir's begriffen: der Nächste hier und irgendwo fernab ist Teil unseres eigenen Wohlseins, unserer Freiheit. Die Angst der westlichen Moderne, die Angst, die Gewalt schafft gilt nicht mehr. Die Devise »Fürchte den Nächsten wie dich selbst« hat ihre Bedingungen der Möglichkeit verloren.

Der Untertitel dieses Aufsatzes verwendet den Ausdruck kontrafaktische Spuren. Das muss man dauernd wissen. Das kann einen stimulierend auf den Weg ins Freie bringen. Dass die heutigen Umstände und Funktionen der kapitalistischen, etatistisch gesicherten Globalisierung die Fakten unserer Tage setzen. Dass aber Spuren gegeben sind, angefangen mit uns selbst, gegen diese Fakten über sie hinweg solidarisch zu kämpfen.

Hoch die antinationale Solidarität, die Solidarität mit allen Minderheiten dieses Globus, zuerst und zuletzt der letzten Minderheit, der einzelnen Person, aller einzelnen Personen.

Literatur

- Bauman, Zygmunt (2004): Verworfenes Leben. Die Ausgegrenzten der Moderne, Hamburg.
- Davis, Mike (2004): Die Geburt der Dritten Welt. Hungerkatastrophen und Massenvernichtung im imperialistischen Zeitalter, Berlin.
- Davis, Mike (2004): Planet of Slums, London.
- Habermas, Jürgen (1974): Legitimationsprobleme des Spätkapitalismus, Frankfurt/Main.
- Hardt, Michael; Negri, Antonio (2003): Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt/Main.
- Hobsbawm, Eric (1995): Age of Extremes. The Short Century 1914-1991, London.
- Foucault, Michel (2004): Geschichte der Gouvernementalität I/II, Frankfurt/Main.
- Komitee für Grundrechte und Demokratie (2007): Jahrbuch 2007. Menschenrechte und Völkerrecht. Münster.
- McKibben, Bill (2007): Deep economy: economics as if the world mattered. Oxford.
- Nussbaum, Martha X. (1986): The fragility of goodness. Luck and ethics in Greek tragedy and philosophy, New York.
- Thompson, E. P. (1966): The making of the English Working Class, New York.

**»... and increasingly quacks like an empire«:
eine Annäherung an »Imperialität«**

So, call it as you prefer, ladies and gentlemen,
but if it looks like an empire, and acts like an empire,
and increasingly quacks like an empire, well, perhaps you know what it is?
Der Historiker Paul Kennedy am 1. April 2003

Doppelgänger

Die spektakuläre Kriegszeit seit *9/11 2001* steht bei allen politischen Richtungen fast unbestritten für eine Wiederkehr der totgeglaubten Gespenster des Imperialismus und imperialer Macht. Was mit dem Ende des Kalten Krieges und seiner bipolaren Konstellation als definitiv überwunden galt, kehrte wieder: ein neuer militärischer und kultureller Autoritarismus legte sich über die globalisierte internationale Ordnung. Die *starke* Politik nach dem Millenniumswechsel konkurrierte ganz plötzlich mit der Macht der *starken Ökonomie* der in den 90ern entfesselten Märkte der new economy und neoliberalen Inwertsetzung. Wie soll dieses plötzliche Doppelgängertum von neoliberaler Selbstentmachtung der Politik zugunsten einer starken Machtökonomie und souveränistischer Selbststärkung des Politischen verstanden werden? Steht es für eine Krise oder gar Erschöpfung des neoliberalen Musters oder nur für einen Formwechsel, vielleicht sogar für einen neuen globalen Ausgriff? Wie es benennen?

Namen ohne Begriff

Begriffe, die Zeiten repräsentieren und unterscheiden, Ordnungen, Regime oder Schlüsselakteure benennen und Abhängigkeiten oder Trends interpretieren, sind selbst zeit- und machtgebundene Konstrukte und stehen für Diskursherrschaft, wie Toni Morrison schrieb: »definitions belong to the definers – not the defined.« (Morrison 1987: 190) Bei der Bestimmung von Begriffen, die weiträumige Gültigkeit beanspruchen, geht es rasch um offene und verborgene Interessen und Motive, also um die Subjekte neuer, weit ausgreifender Konstellationen der Macht, die Hintergrundverständnisse für Alltagsorientierungen transportieren. Zweifellos ist mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus eine neue Ära der internationalen Politik eingeläutet worden, doch sie hat ihre eigene zentrale Begrifflichkeit

bis zum heutigen Tage noch nicht gefunden. In den 1920er und 30er Jahren – der *Zwischenkriegszeit* – ging es um »Faschismus«, »Volksfront«, »Isolationismus«, »Appeasement« und »Krieg«. Der »Kalte Krieg« beschrieb sich mit Begriffen wie »Stalinismus«, »Freiheit«, »Containment«, »Deterrence« oder »Détente«. Die Zeit nach 1989 aber hat ihre vielen Namen noch nicht auf einen Begriff gebracht. Sie verhandelt »Unipolarität«, »Globalisierung«, »Terrorismus«, »Prävention«, »Freiheit« oder »Empire«, »Postfordismus« oder »Neoliberalismus«. Seit 2001 wird wiederum nahegelegt, eine Ära mit einer anders strukturierten Grundkonstellation als eine Zeit des Krieges, des »Krieges gegen den Terror« auszuzeichnen – dass die dominierenden Vorschläge zur Bestimmung der Zeitläufte äußerst gerne auf Kriege zurückgreifen, ist offensichtlich: dem »Ersten Weltkrieg« folgten die »Zwischenkriegszeit« und der »Zweite Weltkrieg«, dann der »Kalte Krieg« und die Beschwörungen des »dritten« oder »heißen« Krieges. Noch aber ist dieser Vorschlag umstritten. Es scheint, als ob sich die Diskursherren uneinig sind. Als Francis Fukuyama vom »Ende der Geschichte« sprach, also (ungeachtet seiner späteren Dementis) die Endlosigkeit des triumphierenden Liberalkapitalismus heraufbeschwor, ging damit ein Friedensversprechen einher. Über die Charakterisierung des letzten Vierteljahrhunderts oder gar der Zwischenzeit seit 1989 besteht keine Einigkeit.

Linke Debatten

Diese ungewöhnliche begriffspolitische Unübersichtlichkeit macht keinen Bogen um die Linke, die ungeachtet manch bitterer Erfahrungen ihren Hang zur politischen Hochschätzung terminologische Geradlinigkeit keineswegs aufgegeben hat. Bei der Erfassung der neuen politischen Konstellation nach 1989 waren für sie vor allem zwei Debatten von Bedeutung (sieht man von dem schmerzhaften Umgehen mit den wertgeladenen Formationsbegriffen »Kapitalismus« und vor allem »Sozialismus« ab).

Eine Debatte, die nach der *politischen Ordnung der globalisierten Welt* fragte, war die neue *Empire*-Debatte, die Anfang der 90er Jahre neu entstand und zwischen 1998 und 2005/6 ihren Höhepunkt hatte.¹ Sie transportierte gegenüber den in der Linken vorherrschenden gramscianischen Hegemoniekonzeptionen (Cox 1981; Cox 1983; Candeias 2004; Morton 2006) bzw. Governance-Ansätzen (Wilkinson, Hughes 2002) eine Wiederkehr der Imperialismustheorie² mit ihrer Betonung der militärischen bzw. kriegerischen Aspekte sowie der Ressourcen- bzw.

1 Ihren Ausgangspunkt nahm die Debatte natürlich mit dem Buch von Michael Hardt und Antonio Negri: *Empire* (2000). Nachgezeichnet ist eine machtrelevante Richtung der Diskussion in Rilling (2005) sowie in Rilling (2007).

2 Siehe u. a. Callinicos (2003) sowie die Texte von James Petras [<http://petras.lahaine.org>, letzter Aufruf: 15.12.2008].

Rohstofffrage und lenkte den Blick auf die Rolle der USA, deren Politik sie als imperial bzw. imperialistisch interpretierte. Im Resultat ist es zunehmend üblich geworden, die gegenwärtigen internationalen oder transnationalen Beziehungen nicht mehr nur als hegemonial, sondern auch als *imperial* zu bezeichnen (Chibber 2004; Foster 2006; Gowan 2003; Gowan 2004; Gowan 2005; Gowan 2006; Panitch, Gindin 2004; Porter 2006; Robinson 2004; Smith 2005; Sparke 2004; Steinmetz 2005).

Parallel hierzu und damit kaum verbunden findet sich eine weitere anhaltende zeitdiagnostische Bemühung um die Charakterisierung der *Entwicklungstypik* des gegenwärtigen Kapitalismus. Unter zahlreichen Vorschlägen stechen zwei hervor: ausgegangen wird entweder von einer *Übergangssituation* (»Postfordismus«) (Bischoff 2006) oder es wird der Globalkapitalismus der Gegenwart als *neoliberal* geprägt bestimmt (Plewe u. a. 2006; Zarembka, Soederberg 2004). Als spezifische Merkmale seiner politischen Ökonomie gelten hier häufig die Schlüsselrolle der Finanzmärkte (Brie 2006) und die »Akkumulation durch Enteignung«³.

Seit Mitte dieses Jahrzehnts sind nunmehr auch verschiedene Diagnosen einer neuen *Krisenhaftigkeit* des neoliberalen Kapitalismus hinzugekommen. Danach befinde sich der Neoliberalismus in einer sich ausweitenden *Legitimationskrise* – als Beispiel gelten die wahlpolitischen Verschiebungen zu einer breiten (Lateinamerika) oder radikal-minoritären (Europa) Linken, die Blockaden des politischen Systems oder politische Passivität. Eine Grundlage dieser Zustimmungskrise wird in der *sozialen Krise* gesehen, die das neoliberale Projekt der Umverteilung und Durchsetzung sozialer und räumlicher Ungleichheiten mit sich gebracht habe (Harvey 2005: 9 ff., 154 ff.; Huffs Schmid 2003). Beide Momente mündeten in eine disperse, ungleichzeitige und ungleichgewichtige *Funktionskrise* einzelner Herrschaftsmechanismen des neoliberalen Kapitalismus ein – etwa der Einrichtungen des »imperialen Multilateralismus« (so Wahl 2007: 26 f.) wie G8, Weltbank, WTO, IWF oder der Instrumentarien des finanzmarktgetriebenen Akkumulationstyps.

Aus diesen neuen Krisendiagnosen werden unterschiedliche Konsequenzen gezogen. Die einen sehen sich angesichts solcher Krisenmomente und der Aufwertung disziplinierender und militärischer Sicherungsinstrumentarien darin bestätigt, dass der Neoliberalismus nur eine vorübergehende Bewegungsform des modernen Globalkapitalismus ist oder dass diese Kennzeichnung sogar nur auf das Ideologische beschränkt werden sollte. Für diese Krisendiagnostiker ist das Hervortreten der »starken Politik« ein Indiz eines *Niedergangs* des neoliberalen Kapitalismustyps. Für sie ist die lange Zeit des liberalen Kapitalismus zu Ende – das neue Regiment aus global wirksamem Finanzkapital und internationalen Konzernen verlange nach autoritärer Ordnung der Politik. Wir erleben den Übergang

3 Siehe Harvey (2003). Zur Kritik die Beiträge von Wood, Ashman, Castree, Sutcliffe, Fine und Brenner in *Historical Materialism* 4/2006.

zu einem neuen geschichtlichen Abschnitt. Die anderen sehen hier entweder eher grundlegend einen *Formwechsel* des Neoliberalismus hin zum disziplinierenden, disziplinären oder disziplinargesellschaftlichen Neoliberalismus und erblicken hierin eher ein Anzeichen für die Modifikationskraft und Entwicklungsfähigkeit des neoliberalen Kapitalismus, der so seine Zielsetzung (Ungleichheit) (Duménil, Lévy 2004) und Reproduktionsweise (»finanzgetriebene Akkumulation durch Enteignung«) nachhaltig sichern kann. Hier werden Neoliberalität und Imperialität in der Figur eines *neoliberalen Empire* oder eines *imperialen Neoliberalismus* zusammengedacht (Nederveen Pieterse 2004; Candeias 2005). Argumentiert wird aber auch mit einem sich vollziehenden *Hegemonie-* bzw. *Repräsentanzwechsel* – von den USA zu China oder Westen zum Osten (Arrighi 2005). Militarisierte und imperiale Politik indiziert hier das Bemühen, einen solchen Hegemoniewechsel aufzuhalten, steht also für den Niedergang des bisherigen (US-) Hegemons, also für den Verlust an Hegemonie und für Zwang ohne Konsens, nicht aber für ein Auslaufen der neoliberalen Prägung des Kapitalismus. Doch gleichgültig welche Position hier bezogen wird: in jedem Fall ist »Imperialität« im Spiel.

Probleme mit dem Begriff »Imperial«

Was aber ist unter *imperial* zu verstehen? Tatsächlich spielten Imperien und »Reiche« beim Verständnis von Weltordnung Jahrhunderte lang eine Schlüsselrolle. Sie waren fundamentale Ordnungen in der Weltgeschichte. Vor einem Jahrhundert waren fast alle Territorien außerhalb Europas und dem amerikanischen Kontinent formell oder informell beherrscht von einer guten Handvoll Staaten (im wesentlichen England, Frankreich, Deutschland, Holland, Italien, USA, Belgien, Japan). Die Semantik der Imperialität war alltäglich. Aufgrund dieser langen Tradition gibt es zahllose historische Verständnisse davon, was ein Imperium denn nun ausmache.

Zu rechnen ist dabei zunächst mit dem Ballast der Begriffsgeschichte. »Empire« (Reich) stammt aus dem lateinischen *imperium* ab, das abgeleitet ist vom Verb »imperare«, »befehlen«, »(zu tun) heißen« – im *Imperativ*, der »Befehlsform« klingt dies bis heute nach. Als staatsrechtlicher terminus technicus bezeichnete das Imperium die Amtsgewalt der höchsten Magistrate; dabei bezog sich der Begriff »Imperator« zunächst auf Magistrate mit militärischem Kommando – eine Konnotation, die bis heute wirksam ist. Imperium meinte zunächst das Recht zur Durchsetzung des Rechts und dann, ab der späten römischen Republik, das anerkannte Recht auch über andere Völker zu herrschen, die legitime Autorität (so die Formel *imperium populi Romani*). »Aus dieser rechtlich weniger genau fixierbaren Befehlsgewalt über Personen wurde die Befehlsgewalt über die betreffenden Gebiete und schließlich die Bezeichnung für das beherrschte Gebiet selbst: der

Befehlsbereich wurde zum ›Imperium Romanum‹.⁴ Dann bezog sich der Begriff auch auf den *imperator* und die beherrschte Entität. So kombinierte das »Heilige Römische Reich« Macht, Person und politische Einheit, ein Bedeutungswandel, der sich unter Octavian/Augustus vollzog, der den Ehrentitel *Imperator* erhielt. Die Momente personaler Herrschaft, militärischen Zwangs und ideologisch-kultureller und moralischer Selbstverherrlichung scheinen in der Geschichte der imperialen Projekte immer wieder massiv auf, ebenso aber die im Falle Roms eher schwach ausgeprägte ausgedehnte und zentralisierte Bürokratie oder stark ausdifferenzierte soziale Gradationen wie im Falle des zeitgleichen Han-Reiches in China. Im Mittelalter war das »Imperium« auf kaiserliche und königliche Herrschaft und dem diesen zugeordneten Reich eingeschränkt. Diese Verknüpfung löste sich dann wieder auf; der Begriff der Souveränität kam ins Spiel und die politische Figur des *Imperators* wanderte ins Reich der Fantasy und Science Fiction ab. Die moderne bürgerliche Konzeption des Empire reflektiert mit ihrer Fokussierung auf den Nationalstaat dann ganz anders politische Herrschaft und vor allem (etwa in Zeiten eines Heinrich VIII.) Souveränität einer großen politischen Einheit. Sie operiert in der Kultur des bürgerlichen Nationalismus. Als sich die ersten bürgerlichen Theorien des Empire verbreiteten, standen diese dann auch schon für Verletzungen der Souveränität und der »Selbstbestimmung der Nationen«. Die seitdem den Imperien und dem Imperialismus zugeschriebenen und sie charakterisierenden Praxen der »nichtkonsensualen Kontrolle« (Beissinger) werden in diesem bürgerlichen Verständnis auf die Unterdrückung nicht etwa der Klassen, sondern der Nationen gerichtet. Imperien stehen hier für politische Diktatur, Okkupation, staatsrechtliche Einverleibung und werden als formalisierte Ordnungen gedacht, die fest verankert sind im System der Nationalstaaten. Verbreitet ist daher die Annahme, dass mit dem Schwinden des Kolonialismus auch das Zeitalter der imperialen Ordnung der Welt zu Ende gegangen sei.

Imperien sind aber nicht nur ganz offenbar schwierig zu definieren und zu erklären, sie haben auf den ersten Blick ihre langjährige kategoriale Identität weitgehend verloren. Aufgezählt werden Merkmale wie: Expansion, militärische Eroberung und Terror, Ausbeutung der Eroberten durch Tribute, Steuern oder Raub; Aneignung von Gütern und ihre Verteilung an Landeigentümer und Siedler; Hierarchisierung der globalen Ordnung; imperiale Projekte, Strategien und Ziele; imperiale Symbole und Institutionen, Bedeutungen und kollektive Identitäten, also eigene Kulturen und soziale Identitäten; endlich imperiale Eliten und Rekrutierungs- und Kooptationsmuster. Solche Aufzählungen sind meist am Beispiel klassischer vor- oder frühkapitalistischer Imperien gewonnen (Pomper 2005: 2, 6, 22). Sie werden in vielen Analysen und Beschreibungen auf die unterschiedlichste Weise miteinander kombiniert und kommen zudem allesamt auch in den verschiedensten anderen politischen Einheiten vor, so dass das Problem der Unterschei-

4 Siehe Fisch, Walther (1982: 172). Zur Begriffsgeschichte siehe weiter Maier (2006: 36 ff.).

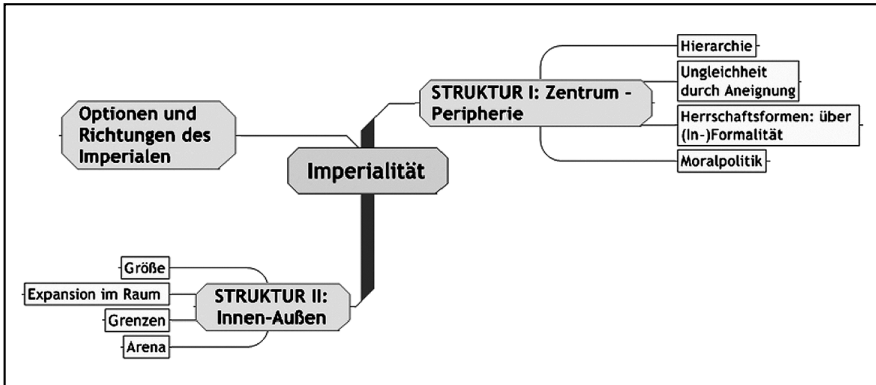
dung bleibt. Diese großen Begriffsunklarheiten haben mit bewirkt, dass der Begriff auch politisch verschlissen wurde. Pomper etwa folgert, dass es gegenwärtig keine Imperien und imperialen Staaten mehr gebe und kein relevantes politisches Subjekt sie favorisiere. Nicht zuletzt die faschistischen Reichsprojekte hätten »thoroughly discredited all imperial projects«.

Imperiale und imperialistische Ordnungen dauerten einst Jahrhunderte. In der Neuzeit sind sie eine grundlegende Institution der politischen Moderne wie des postmodernen Kapitalismus. Nicht nur dass imperiale Projekte und Ordnungen sehr differenziert sind und ihren Charakter im Verlauf der Geschichte oft variierten. Ebenso wie es sie in vorkapitalistischer Zeit gab und in der Zeit des aufsteigenden Kapitalismus, so gab es sie in der Zeit des Imperialismus. Festzuhalten ist, dass die Wandlung mancher kapitalistischer Gesellschaften in imperialistische Ordnungen dann immer wieder auch imperiale Projekte hervorgebracht hat. Doch ebenso wie es viele kapitalistische Staaten gab, die kaum imperialistisch genannt werden konnten oder solche Qualitäten nur schwach ausgebildet hatten, gilt dies für den Zusammenhang von »Imperialismus« und »Imperialität«. Einst existierten Imperien, aber sie hatten kapitalistische oder vorkapitalistische Ordnungen, keineswegs aber einen »Imperialismus« als Grundlage.⁵ Und es gab imperialistische Staaten, deren imperiale Qualität kaum ausgebildet war (eine Situation, die heutzutage kaum noch anzutreffen ist und deshalb auch kaum noch bedacht wird). Hinzu kommt: die Qualitäten, welche eine imperiale Unternehmung ausmachen, haben unterschiedliches Gewicht und jedes dieser Merkmale für sich genommen findet sich auch in anderen Kapitalismusvarianten und Nationalstaaten: Imperien und (große) Nationalstaaten trennt keine chinesische Mauer, diese haben vielmehr historisch jene vermittelt. Eine abschließende, scharfe Abgrenzung des Begriffs »Imperialität« («notwendig», »hinreichend«) ist deshalb fehlleitend – Änderungen historischer Konstellationen führen auch zu neuen Merkmalsgewichtungen und -verknüpfungen, die es dann sinnvoll machen, von »Imperialität« zu sprechen. Die Frage ist, ob es *heute* solche *spezifischen* Konstellationen gibt, die das erlauben.

Hier soll an einen grundlegenden Aspekt der traditionellen Betrachtungsweise angeknüpft werden und als *analytischer Ausgangspunkt* für ein aktuelles Verständnis von Imperialität eine doppelte *Unterscheidung* zwischen Zentrum und Peripherie, Kern und Rand, »Mitte« und »Extreme«, »Metropole« und »Land« – aber auch zwischen »Empire« und »Nicht-Empire«, zwischen »Innen« und »Außen« vorgenommen werden. Beiden Dimensionen können Bündel weiterer Bestimmungen zugeordnet werden.

5 Darauf zielt die Unterscheidung zwischen »Empire of Property«, »Empire of Commerce« und »Empire of Capital« ab, die Ellen Meiksins Wood (2003) beeindruckend entwickelt hat.

Übersicht I: Gliederung



Zentrum – Peripherie

Gedacht wird Imperialität als etwas, das sich durch eine spezifische *Struktureigenschaft* auszeichnet; es geht um die *Struktur* einer Ordnung und sie wird verstanden als Beziehung zwischen *Zentrum* und *Peripherie*, also als eine Beziehung zwischen *ungleichen* Positionen, Ressourcen, Möglichkeiten etc. »A political system encompassing wide, relatively highly centralized territories, in which the center [...] constituted an autonomous entity«, formulierte 1968 Eisenstadt in einem Stichwortbeitrag zu »Empires« (Eisenstadt 1968: 41) und Motyl (2001: 4) schreibt 2001: »A core elite and state dominate peripheral elites and societies.«⁶ Auch Doyle geht 1986 in einer weit verbreiteten Analyse von dieser Unterscheidung aus: ein Empire »is a system of interaction between two political entities, one of which, the dominant metropole, exerts political control over the internal and external policy – the effective sovereignty – of the other, the subordinate periphery.« (Doyle 1986: 12)⁷ Stephen Howe (2002: 14) schließlich meint, dass »a consensus definition would be that an empire is a large political body which rules over territories outside its original borders. It has a central power or core territory – whose inhabitants usually continue to form the dominant ethnic or national group in the entire system – and an extensive periphery of dominated areas.« Auch Colás stellt in seinem exzellenten Text diese Charakterisierung in den Vordergrund: ein Empire »is an expansive polity which, with the assistance of military, economic and cultural instruments of order, dominates and exploits a subor-

6 Auch Colás und Saull (2005: 2) qualifizieren in ihrer Definition: »Empires, understood as hierarchical and exploitative forms of rule over diverse territories and peoples from and for a metropolitan centre, involve enduring structures of domination buttressed by historically specific modes of social reproduction; they are not simply forms of government, nor do they appear and reappear with shifts in foreign policy.«

7 Imperialismus ist für Doyle schlicht der Prozess der Errichtung und Aufrechterhaltung eines Empire.

minated population from a metropolitan centre.«⁸ Hier wird also zur Definition des Empire ein Subjekt (metropole, core, central power etc.) bestimmt, nach der Größeneigenschaft des politischen Körpers gefragt (large political body), der Charakter einer zentralen politischen Beziehung (effective political control) und ihre Reichweite (internal and external policy) abgefragt und schließlich die vorausgesetzte Struktur (core/periphery) als Ausgangspunkt einer solchen relationalen Definition aufgerufen. Bei der Charakterisierung von Imperien von einer solchen Unterscheidung auszugehen ist analytisch tragfähig und kann zahlreiche historische Beispiele als Beleg anbringen. Mit dieser grundlegenden Unterscheidung geht eine Reihe weiterer gültiger Bestimmungen einher.

Hierarchie

Zu fragen ist nach der Qualität dieser Beziehung – sie ist für viele der entscheidende Aspekt: »*How one obtains a particular result matters... The issue is not whether strong or weak (or core and peripheral) states cooperate but the terms of cooperation, which distinguish empire from dominion, hegemony, protectorates, alliances, and convergences of interest... Empire, however, is essentially a matter of political form, of (formal or informal) rule, not some particular objective sought by some, many, or even all empires/rulers.*« (Donnelly 2006: 139-170, Herv. R. R.) Kommt also die Unterscheidung zwischen Zentrum und Peripherie auf eine wesentliche Weise ins Spiel, dann geht es um Asymmetrie, Hierarchie und Ungleichheit. Imperien ordnen sich hierarchisch – was sie sicherlich mit anderen Ordnungen verbindet. Die einfache Frage ist daher, ob imperiale Hierarchien etwas Besonderes sind. Tatsächlich gruppieren imperiale Hierarchien Macht entlang geographischer Linien der Über- und Unterordnung und schaffen dabei eine Struktur, bei der die Beziehung zwischen Zentrum und peripheren Orten jene zwischen diesen Orten grundsätzlich überragt.⁹ In der Regel bezieht sich diese Verbindung auf militärische oder wirtschaftliche Dimensionen der Macht.

Ungleichheit durch Aneignung

Welchen Charakter und »Inhalt« hat diese Beziehung, die Ungleichheit begründet bzw. voraussetzt? Welche soziale Qualität besitzt also ein Empire – denn es ist ein Gebäude der Souveränität und der Mächtigen und nicht der Machtlosen? Imperien

8 Colás (2006: 18) und ähnlich (ebd.: 28): »I shall assume that any single polity that successfully expands from a metropolitan centre across various territories in order to dominate diverse populations can usefully be called an empire.«

9 Colás (2006: 8) spricht sogar sehr streng von »the absence, indeed the structural impossibility, of independent relations among peripheral entities« und sieht nur im Bereich der Kultur eine Ausnahme, wo sich Hybridisierungspraxen allmählich zu einem Kranz um das Zentrum verflechten würden. Nach Colás (ebd.:18) ist ein Empire »an expansive polity which, with the assistance of military, economic and cultural instruments of order, dominates and exploits a subordinated population from a metropolitan centre.« Ähnlich auch Howe (2002: 14) und zahlreiche andere Autoren.

zeichnen sich gegenüber ihrer »inneren« wie ihrer »äußeren« Peripherie (Umwelt) durch starke Vorteile an Verfügung über Ressourcen (Kapital/Reichtum, Recht, Kultur, Gewalt) und daraus kommender Fähigkeit zur *Aneignung* (bzw. Einfluss) aus, der ihre Souveränität sowie lokale Wirksamkeit begründet und ein Verlassen des imperialen Raums (exit) verhindert. *Ungleichheit durch Aneignung* ist das zentrale Merkmal dieser Beziehung (vermittelt durch Zonierung, Segregation, Attraktion, Grenzmanagement etc.). Mit den Mitteln außerökonomischen Zwangs (z. B. Krieg) erstellen und sichern Imperien die Bedingungen und den Prozess der Aneignung (im Kern: den asymmetrischen Prozess der Kapitalakkumulation – aktuell mit dem Gewicht auf Akkumulation durch Enteignung) und finanzieren sich übrigens auch oftmals darüber (»Tribut«).

Zu dieser Frage nach der Qualität der zentralen *Strukturbeziehung* von Imperialität gehört auch eine Aussage über ihre *Reichweite*, also darüber, auf welche Felder, Gebiete oder Bereiche der Politik sie sich erstreckt. Und damit zusammen hängt auch die Frage, welche Eindringtiefe imperiale Politik hat (*Intrusion*), ein Problem, das im letzten Jahrhundert mit dem Konzept des Totalitären verbunden wurde. Oft findet sich die Unterscheidung zwischen imperial (Intervention in eine andere politische Einheit ohne sie tatsächlich strategisch oder operativ zu regieren), hegemonial (Setzen der Regeln) und kolonial (wirkliches Regieren der inneren Angelegenheiten eines untergeordneten politischen Gemeinwesens).¹⁰

Herrschaftsformen: über (In-)Formalität

Wesentlicher in der Geschichte der Debatte über Imperien und Imperialität als die Frage nach der Struktur und Reichweite von Herrschaft war immer wieder die *Formfrage* und die Unterscheidung zwischen formeller und informeller (bzw. direkter und indirekter) Herrschaft. Lange wurde davon ausgegangen, dass eine *formelle* Kontrolle von *Territorien* jenseits der Grenzen eines Nationalstaates ein notwendiges oder ausreichendes Kriterium sei, um von einem Empire sprechen zu können. Mittlerweile werden allgemein differenzierte und *komplexe* Formen imperialer Herrschaft ins Auge gefasst, welche »both formal annexation and informal domination, direct political rule and indirect economic control« miteinander verknüpfen.¹¹ In der Regel wird aber gleichwohl die Dominanz hierarchisch ange-

10 Siehe Cooper (2005: 2). Dieser Unterscheidung wird hier nicht gefolgt.

11 Michael Cox (2007a: 21) und Cox (2007b). Demgegenüber die Definition von Abernathy (2000: 19), wonach ein Empire eine »relationship of domination and subordination between one polity (called the metropole) and one or more territories (called colonies) [sei] that lie outside the metropole's boundaries yet are claimed as its lawful possessions«. Ähnlich auch Agnew (2005: 22): »Hegemony's difference from empire, however, lies in (1) its lack of explicit commitment to the territorial or geographical – bloc organization of power per se and (2) its reliance, to some degree, on persuading or rewarding subordinates rather than immediately coercing them, although even empire as »absolute hegemony« is never reliably achieved purely by coercive means.« Ähnlich auch Maier (2006: 24 f.): »An empire in the classic sense is usually believed, first, to expand its control by conquest or coercion, and, second, to control the political loyalty of the territories it subjugates. It may rule these subject lands directly or it may install native leaders who will govern on its behalf.«

legter, *zwangausgestatteter direkter* über *indirekte* oder *informelle* Kontrolle durch Konsensorganisation als notwendiges Merkmal eines Empire angesehen, oder zumindest gilt die Formel in den Worten von Dominic Lieven »(that) there has to be some sort of direct rule over the dominion for a power to be classified as an empire« (Lieven o. J.).¹² Im strengen Sinn aber haben auch die USA im Irak keine formelle Diktatur etabliert und ihre Politik macht vor jener annektierenden, kolonialistischen Praxis halt, *welche die Bürger zu eigenen Untertanen macht und das Land auch formell annektiert*. Auch sind ihre militärischen Basen und politischen Institutionen der Macht auf keiner eigenen, exklusiven, formellen Territorialsouveränität begründet. Dies ist eine gewichtige Differenz, denn sie zeigt, dass es hier nicht um die formelle Aneignung eines Territoriums, sondern *um die materiell-autoritative politische Ordnung des Raumes* geht – also um eine politische Praxis, die auf das zielt, was einst Carl Schmitt die »Großraumordnung« genannt hatte und in deren Mittelpunkt für ihn die »Raumhoheit« steht, welche die einst völkerrechtlich unstrittig fixierte »Gebietshoheit« abgelöst hat. Raumhoheit hat zwar auch einen territorialen Bezug, ist aber eben nicht an den National- und Territorialstaat gebunden.

Imperien kombinieren die Einheit der illusionären imperialen Gemeinschaft mit innerer Vielfalt und Vielheit (als Opposition der Vielfalt der Peripherie (Kolonien, Protektorate, koloniale Mandate, Departments, föderale Gemeinwesen usw.) gegenüber der Homogenität des oftmals bürokratischen Zentrums oder als inneres Beziehungsgefüge eines multiethnischen oder multinationalen Staatsvolks).¹³ Die Zentren oder der Kern der Imperien sind also äußerst komplexe und extensiv gebaute Regierungs- und Machteinrichtungen; ihre Fähigkeit, eben auch krass heterogene Elemente zu integrieren, zeichnen sie aus. Sie können *Diversity Management*. Dabei verläuft die imperiale Struktur nicht zwischen Staaten, sondern zwischen den Zentralakteuren imperialer Macht, intermediären Akteuren und ihren Gefolgschaften. Solche intermediären Akteure der Praxen existierten lange bevor einst ein *Lord Lugard* das alles dann »indirekte Herrschaft« nannte. Doch sie sind dabei kaum noch als Kompradoren, externalisierte Teile einer imperialen Bürokratie oder inthronisierte Machthaber zu denken – solchen Figuren fehlt vertrauensschaffende Autonomie. Gefragt sind vielmehr Broker und Mediatoren, welche die Klängen imperialer Macht verborgen halten. Auch ihre Funktion ist eine andere, erinnert man sich an einen Grundsachverhalt, den Colas zu Recht betont: »Indeed, empires can be said to control territories through their command over people – be they colonial settlers or vassal subjects – whereas sovereign states

12 Lieven hält die USA nicht für ein Imperium. Aber: »Whether or not one chooses to define the United States or the Soviet Union as empires, their conflict was truly imperial« (Zit. nach Pomper (2005: 3)).

13 Vergleiche etwa die Bestimmungen des Empire durch Donnelly (2006): »[...] an extensive polity incorporating diverse, previously independent units, ruled by a dominant central polity«; von Lieven (2003: 21): »rule without consent over many, culturally alien peoples is part of empire's definition« oder von Agnew (2005: 21), der schreibt: »It is the unification of multiple peoples under a single ruler that is the main distinguishing feature of empires.« Gemeint sind hier nicht »Staatsvölker«!

control people thorough their command over bounded territories.« (Colás 2006: 63) Und wo, wie seit geraumer Zeit, »regime change« und »state-building« das Ziel haben, bereits existierende politische Gemeinschaften zu rekonstruieren und keineswegs Staatenbildung von Grund auf betrieben wird, da sind solche Akteure wesentlich eher denn je, die zudem oftmals Wertmaximen des Nationalismus und der Selbstbestimmung folgen. Die imperiale Konstruktion der Raumhoheit thematisiert somit zwingend das Verhältnis von *Vielfalt* und *Einheit*, *Exklusion* oder *Inklusion* (Integration), auch von *Zivilisation* und *Barbarei*. Dominanz durch Assimilation, Extinktion wie Exklusion gehört wohl durchgängig zur politischen und kulturellen Historie des imperialen Projekts. Die Formen, in denen sich diese Widerspruchsbewegung realisiert, sind vielfältig, doch immer finden sich Zusammenhang und Differenzierung, Stabilität und Erschütterung, Einschluss und Verlagerung, Überwältigung und Widerstand zugleich.

Im Übrigen gehen in der weitverbreiteten Debatte um informelle oder formelle (direkte oder indirekte) Herrschaftslogik (Dimier 2002) oft mindestens drei Unterscheidungen durcheinander. *Zunächst geht es um eine grundsätzliche Unterscheidung: es ist erstens wesentlich, als essentielle und genuine Figur kapitalistischer (und imperialistischer oder postimperialistischer) Herrschaft das grundlegende Zusammenspiel von formeller (z. B. direkter) politischer Herrschaft und informeller (indirekter) ökonomischer Kontrolle festzuhalten.* Während etwa die militärische Gewalt oder der rechtlich-normative Zwang für die formale und direkte Kontrolle zuständig waren und sind, realisiert die kapitalistische Ökonomie indirekt und informell Zwangs- und Herrschaftsverhältnisse – schließlich ist, um nur das grundlegende genuin kapitalistische Herrschaftsverhältnis zu nennen – der Produzent aufgrund seiner Situation der Eigentumslosigkeit gezwungen, seine Arbeitskraft zu verkaufen. Informelle Imperialität bezieht sich dann auf den indirekten Zwang durch die Ökonomie bzw. den Markt, der in der Trennung des Produzenten von seinen Produktionsmitteln gründet und durch die Trennung von Ökonomie und Politik überhaupt erst ermöglicht wird.

Der »imperialismus of free trade«, den erstmals die Historiker Robinson und Gallagher dem britischen Empire des 19. Jahrhunderts in Teilen Chinas, Ägypten oder dem Osmanischen Reich zuschrieben, gilt als erste (und später überwundene oder marginalisierte) Form eines informellen Empire.¹⁴ Sie gingen dabei davon aus, dass ein informelles Empire die präferierte imperialistische Form sei: »British policy followed the principle of extending control informally if possible and formally if necessary. [...] The usual summing up of the policy of the free trade empire as »trade not rule« should read »trade with informal control if possible; trade with rule when necessary« [...] [b]y informal means if possible, or by

14 Siehe Gallagher, Robinson (1953). Sie bezogen sich auf die Zeit etwa zwischen 1840 und 1860. In der nicht nur im orthodoxen Marxismus gängigen Gegenüberstellung vom »Kapitalismus der freien Konkurrenz« und »Monopolkapitalismus« (=Imperialismus) ging diese frühe Figur der informellen Imperialität verloren. Dazu Louis (1976).

formal annexations when necessary.« (Robinson, Gallagher 1953: 13, 3) Großbritannien entwickelte diese informelle Imperialität jenseits des von ihm unmittelbar administrierten Felds, wo informelle Mittel ökonomischer Kontrolle wirksam wurden. Die Ergebnisse »informeller« ökonomischer Ausbeutungspraxis wiederum provozierten militärische, also politische Intervention und den Aufbau von Strukturen formeller politischer Herrschaft. Die Ursachen des Wechsels von informellem zu dominant formellem Empire sahen Robinson und Gallagher im Unterschied zu anderen Historikern des Britischen Empire primär in der Peripherie, in den kolonialen Revolten also, die zu territorialen Annexionen führten und in der Rivalität der europäischen Mächte untereinander, die aus Gründen raumpolitischer strategischer Kalküle zur Errichtung formeller Regimes führten. Mit ihrer Studie von 1953 begründeten sie eine neue und bis heute nicht abgeschlossene Auseinandersetzung um die Frage, ob nicht aus den inneren Widersprüchen informeller Imperialität eine letztlich zwingende Transformationstendenz in Richtung auf eine formelles Empire resultiert.¹⁵

Zweitens bezieht sich die in der historischen und politikwissenschaftlichen Debatte verbreitete Unterscheidung »formell« versus »informell« (die der Historiker Fay (1940: 399) eingeführt hatte) demgegenüber zunächst auf die Kategorie des Staates und die Existenz territorialer Grenzziehungen – werden diese Grenzen relativiert (also zum Beispiel durch andere Ressourcen und Formen der Herrschaftsausübung »überschrieben« bzw. substituiert) und wird auf eine Inkorporierung in eine staatliche Konstruktion verzichtet, dann nimmt Herrschaft eine informelle Natur an. Einfach formuliert: es sind zunächst Rechtsformen (z. B. Verträge), welche den Sachverhalt des Formellen begründen. Insofern ist festzuhalten, dass die »westliche Allianz«, die nach dem zweiten Weltkrieg entstand, in Verträgen formalisiert wurde und es bereits insofern falsch wäre, diese Struktur als ausschließlich »informell« zu bezeichnen. Was unter Informalität zu verstehen ist, erschließt sich für manche Autoren endlich *drittens* aus einer weiteren Unterscheidung: jener zwischen »direkt« und »indirekt«. Joachim Hirsch schreibt zum Imperialismus: »Bei der äußeren Expansion können grundsätzlich zwei Formen, nämlich formelle und informelle unterschieden werden. Formelle Expansion beruht auf der direkten militärischen Unterwerfung und Kontrolle von Territorien, typisch im Fall des Kolonialismus. Informelle Expansion dagegen findet dann statt, wenn dominierende Mächte die Staaten und Regierungen ihres Einflussgebiets dazu zwingen können, sich so zu verhalten, dass der Expansion des Kapitals keine Hindernisse entgegengesetzt werden [...]. Auch informelle Expansion setzt die Verfügung über militärische Gewaltpotentiale voraus, die aber in der Regel nicht zu ter-

15 In seiner Analyse des Empire prognostizierte etwa Ferguson (2003) dementsprechend: »The hypothesis, in other words, is a step in the direction of political globalization, with the United States shifting from informal to formal empire much as late Victorian Britain once did [...]. As we have seen, its empire began as a network of coastal bases and informal spheres of influence, much like the post-1945 American »empire«. But real and perceived threats to their commercial interests constantly tempted the British to progress from informal to formal imperialism«. Auch in den postkolonialen Studien wird dies aufgegriffen.

ritorialen Eroberungen, sondern dazu benutzt werden, formell selbständige Regierungen zu einer geeigneten Politik zu veranlassen.« (Hirsch 2004)

Moralpolitik

Im Übrigen setzen Imperien immer deutliche *moralpolitische* (und dabei oft auch angesichts ihrer Selbstverortung in der Zeit als langfristige Projekte manichäistische) Unterscheidungen: sie sind »gute« oder »wohltätige« (benign) Unternehmungen und legen deshalb deutlich fest, wo Grenzen zu ziehen sind: gegenüber dem »Außen« oder dem »Bösen«, dessen Entstehung oder Entwicklung (z. B. zum Hegemonialkonkurrenten) es ggf. auch durch massive Intervention zu verhindern gelte. Es gibt gegenwärtig weit verbreitete Legitimationen starker imperialer Politik und deren neuer Freude an polizeilich-militärischer Intervention: es gehe um globale Sicherheit (z. B. Massenvernichtungswaffen, Terrorismus), um übergreifende Menschheitsinteressen (z. B. Umweltschutz, Freiheit) und um Verbote (z. B. Genozid). Sie überschreiben gleichsam die Sichtbarkeit der alten Praxis imperialer Legitimationen, die auf der Basis ökonomischer Asymmetrie und politisch-sozialer Ungleichheit eine *Kultur* der eigenen Superiorität, der Aberkennungspolitiken und der Respektversagung stark machten und zugleich aber als eigene Leistung das Management der globalen Akkumulation, Zugang zu ihr und deren politisch-militärische Sicherung, zu stabilen Zukunftsperspektiven, endlich auch zu einer bestimmten zivilisatorischen Moral und einer zumeist differenzierten Kultur boten (Williams 2002: 158) – und noch bieten. Superiorität, wie sie im Übrigen hier gefasst wird, ist nun aber nichts anderes als ein Ausdruck einer bestimmten, eben *bürgerlich-imperialen* Form von *Souveränität*. Der Boden dieser Kultur ist der einfache Zuschnitt dieser Unterscheidungen zwischen »Oben« und »Unten«, »Besser« und »Schlechter«, Innen« und »Außen« durch rassistische oder ethnografische Zuschreibungen, durch welche, um mit David Theo Goldberg zu sprechen, »existing principles of gradation into new doctrines of degradation« transformiert werden (Colás 2006: 118). Diese langen Traditionen der Rechtfertigung imperialer Interventionen haben weiter eine große alltagskulturelle Macht und sind keineswegs versiegt.

Innen – Außen

Die Unterscheidung zwischen »Zentrum« und »Peripherie« korreliert mit einer weiteren: jener zwischen einem »Empire« und dem »Nicht-Empire«, also zwischen »innen« und »außen«, zwischen Zentrum und Peripherie und dem, was hier als jenseits dieser Peripherie gedacht wird, wo also Peripherie nicht mehr als Bestandteil des imperialen »Systems« begriffen wird, sondern jenseits davon existiert, ein »Außen« und ein »Anderes« ist – eine Unterscheidung, die an Bedeu-

tung gewinnt, wie Charles Maier betont: »Empires claim universality but accentuate *divisions between inclusion and exclusion*, both on a world scale and within their own borders. Consider these external and internal effects in turn. [...] A major consequence of this preoccupation with the frontier has been a new political agenda. The salient issues today have shifted from the controversies over distribution that troubled the politics of the West [...]. They have become questions of citizenship, residence, and belonging: who will be in and who will be outside our polities, and what intermediate rights – such as employment, welfare entitlements, and local suffrage – they might be granted. [...] These *issues of inclusion and exclusion, belonging and estrangement, the peace of empire and the violence it generates* despite its efforts, is what twenty-first-century politics, certainly since September 11, is increasingly about.« (Maier 2002; Herv. R. R.) Diese Beziehung zwischen »innen« und »außen« (die für Hardt, Negri, die das »Empire« als planetare Veranstaltung denken, nicht mehr existiert – »es gibt kein außen mehr« lautet ihre Formel) thematisiert mehrere zentrale räumliche Aspekte, die für das Verständnis von Imperialität unerlässlich sind.

Größe

Imperien müssen heute aus ressourcenpolitischen Gründen eine territoriale Basis haben, die sich (im Unterschied etwa zu den einstigen Handelsimperien Holland oder Spanien) durch Größe auszeichnet. Für »kleine« politische Subjekte ist kein ausreichender Zugriff auf Ressourcen gegeben – weitaus mehr als in der Zeit des entstehenden Kapitalismus kommt es heute auf die global relevanten Ressourcen und deren komplexes »Hinterland« an. Die *Skalierung der Macht* ist daher ein Schlüsselfaktor der Imperialität: hier geht es um die *economics of scale* und die Rationalisierungseffekte, durch welche die Technologien der Macht optimiert werden können.

Expansion im Raum

Weiter ist die *Bewegung des Raumes*, nicht nur als Ausprägung einer inneren Zentrum-Peripherie-Beziehung, sondern als *Expansion* in »das Außen« ein grundsätzliches und bestimmendes Schlüsselmerkmal von Imperialität. Expansivität im einfachen Sinne von Ausweitung und zugleich Vertiefung gehört zum Wesen des imperialen Projekts. *Imperien sind nicht, sie werden*. Sie streben Sicherheitsgewinn und Machtzuwachs durch Expansivität an, welche die Wurzel ihrer Prekarität und Spannung, des ständigen Streits zwischen Machtkonzentration im Zentrum und Zerstreuung der Macht zur Sicherung der Expansion und neuer Grenzüberschreitung ist. Das andauernde Ineinanderspiel von Deterritorialisierung und Reterritorialisierung, von Exklusion und Inklusion ist die oft unmerkliche (!) Bewegungsform von Imperialität.

Grenzen

Daher macht es keinen Sinn, den Begriff »Empire« an ein Staatsverständnis zu binden, das mit dem Gedanken der territorialen Souveränität mit klaren Grenzziehungen zwischen »innen« und »außen« verknüpft ist – ist doch vielmehr gerade das *Fehlen solcher eindeutiger Grenzziehungen* ein das Imperiale substantiell auszeichnendes Merkmal. Die heutige imperiale Peripherie unterscheidet sich von jener des klassischen Imperialismus: imperiale Formationen produzieren und managen im Raum *disparate Zonen abgestufter Souveränität und unbestimmter Rechte der Menschen, die fluid sich verdichten, wieder auflösen und neu bilden* und deren elastisches Wirkungsfeld keineswegs in nationalstaatliche Grenzziehungen eingespannt ist. Dies ist das deutliche Hervortreten einer alten, konstitutiven Eigenschaft von Imperien: sie haben keine *permanenten und ausschließenden Grenzen*. Ihre Beweglichkeit und Plastizität wird gesichert durch die kontinuierliche Praxis der *Ausnahme*. *Denn letztlich verstehen sich imperiale Projekte als grenzenlos. Maßlosigkeit ist ihr einziges Maß*. Logiken der Ausdehnung und Aneignung sind ihnen eigen, gleichgültig welche Machtbasis sie haben. Imperien haben zwar Grenzen, aber keine Demarkationslinien wie der Territorialstaat, nach denen die gegenwärtig etwa zweihundert Nationalstaaten gebaut sind, denn sie haben als Wille, Vorstellung und Versuch kein Ende. Die immer wieder neue Arbeit an Unterscheidungen zwischen Innen und Außen, Zivilisiertheit und Barbarei, Zugehörigkeit und Ausschluss mitsamt den dazugehörenden Bemühungen durch Krieg, Recht, Ökonomie und Kultur sie durchzusetzen, welche die Geschichte der imperialen Projekte immer begleitet, zeigt diesen ständigen Impuls der Ausdehnung und Auslöschung der veralteten Unterscheidungen. Bei der dunklen Seite des amerikanischen Exzeptionalismus etwa geht es nicht nur um den rhetorischen und diskursiven Apparat der Imperialität – es geht um die aktive *Produktion* wirklicher Ausnahmen und Ausschlüsse im imperialen Inneren, seinen Grensräumen und jenseits davon.¹⁶ Die Konzeption des imperialen politischen Raums ist dynamisch und unaufhebbar widersprüchlich. Imperien beherrschen nicht Territorien, sondern Menschen.

Arena

Es hängt aber vor allem vom Charakter der Arena ab, ob ein Spieler imperialen Zuschnitt bekommt: Imperien haben hiernach im Unterschied zu anderen Akteuren immer einen Bezug zu »Welt«. Es geht um *Weltordnung*: »Empires are in the business of producing world order« (Maier 2002). »Welt« selbst nun ist natürlich

16 Vgl. Stoler, Bond (2005) sowie Stoler, Bond (2006) und auch Colás (2006: 20 f.): »the distinction between empire and nationstate can be sustained on the basis of their different organizations of political space – the one amenable to open frontiers, the other incapable of surviving without fixed and exclusive borders [...] what made Britain and Spain empires as opposed to merely national states were precisely that they were willing to recognize territorial borders in Europe while seeking to extend their imperial frontier overseas.«

ein historisches Konstrukt und fällt erst seit dem letzten Jahrhundert mit der Realdimension des »Planeten« zusammen. Zur Bestimmung des Imperialen gehört also nicht nur eine *economics of scale* der Ressourcenmobilisierung, sondern auch die Absicht und die wirkliche Fähigkeit zur Weltordnung, also ein *Transformationsanspruch*, der auf eine neue Geographie des Globalen zielt. Daher also die besondere Gegenwartsqualität des American Empire: »this is the first truly *world-wide* empire« (Hassner 2002; Herv. R. R.). Da Imperien seit der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts durch eine globale Reichweite (»reach«) und daher durch die Fähigkeit zur globalen Projektion von Macht ausgezeichnet sind, wird »grenzenlose« (Hannah Arendt) Expansion von Macht und Eigentum, also Geopolitik das zwingende Thema aller imperialen Projekte. Imperien besitzen die Fähigkeit zur »Verdichtung« und Zonierung des Raums vom Zentrum aus und zur Reproduktion der ungleichen Verteilung von Ressourcen und Aktivitäten im Raum; das Problem des »Overstretch« – der »Überdehnung der Macht« ist daher ein genuin imperiales Problem und die Fähigkeit und Ambition, Weltordnung zu bilden die Potenz, welche Imperien von anderen Ordnungen unterscheidet. *Gegenwärtig sind die USA der einzige Nationalstaat, der in diesem Sinne ein imperiales, also auf Weltordnung nach ihrem Maß zielendes Projekt verfolgt.*

Übersicht II: Überblick

Merkmal	Imperiale Projekte ...
Raum	... haben eine territoriale Basis, die sich durch Größe auszeichnet und (seit der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts) durch eine <i>globale Reichweite</i> (»reach«/Machtprojektion), wodurch »limitless« (Arendt) Expansion von <i>Macht</i> und <i>Eigentum</i> , heute also <i>globale Geopolitik</i> und Geoökonomie das zwingende Thema jedes imperialen Projekts wird (»producing world order«). Imperialität meint die Stellung zur Welt und ihrer herrschaftlichen Gestaltung. Imperiale Projekte zielen daher heute auf Herrschaft über Menschen durch materielle Raumkontrolle, nicht mehr auf territoriale Aneignung durch koloniale Okkupation oder staatsrechtliche Einverleibung, operieren herrschaftspolitisch also <i>durch</i> und nicht <i>über</i> Staaten; sie besitzen die Fähigkeit zur »Verdichtung« und Zonierung des Raums vom Zentrum aus und zur Reproduktion der ungleichen Verteilung von Ressourcen und Aktivitäten im Raum; das Problem des »Overstretch« – der »Überdehnung der Macht« ist ein genuin imperiales Problem.
Zeit	... unterlegen ihrer Politik zumeist sehr <i>langfristige Zeitkalküle</i> (»1000 Jahre« oder gleich: »ewig«) und sind, einmal etabliert, in aller Regel nachhaltige, konsistente und relativ stabile Unternehmen.

Umwelt	<p>... zeichnen sich gegenüber ihrer Umwelt durch starke Vorteile an Verfügung über <i>Ressourcen</i> (Kapital/Reichtum, Kultur, Macht) und daraus kommender Fähigkeit zur Aneignung (→ <i>Einfluß, Verfügung, Nutzung</i>) aus, der ihre <i>Souveränität</i> sowie lokale Wirksamkeit begründet und ein <i>Verlassen</i> des imperialen Raums (<i>exit</i>) verhindert (dagegen ist <i>voice</i> durchaus zugelassen); sie operieren daher grundlegend in hierarchischen und nicht »anarchischen« Beziehungen; im Unterschied zu anderen politischen Gemeinwesen betreiben sie die Maximierung ihrer Macht nicht nur durch Ausbau ihrer internen Ressourcen (»Selbsthilfe«), sondern auch durch Nutzung externer Ressourcen; <i>Ungleichheit</i> durch <i>Aneignung</i> ist daher das zentrale Merkmal dieser Beziehung (z. B. durch Plünderung, strukturelle Ausbeutung, Zonierung, Segregation, Attraktion, Grenzmanagement etc.), welche dann die Grundlage dafür ist, dass sie als Imperien (und nicht nur als große Nationalstaaten) gelabelt werden. Große Nationalstaaten wie Indien oder Indonesien gelten daher nicht als Imperien, wogegen Russland sein Stigma eines Empire noch behalten hat. Als strukturell expansive Projekte sind sie »unberechenbar« – ihre Grenzen sind fluid.</p>
Kontrolle	<p>... sind daher zuvorderst nicht auf Kooperation, sondern auf Kontrolle aus und in umstände a) nicht nur die <i>Außenpolitik</i>, sondern auch Bereiche der inneren Beziehungen anderer Staaten zu kontrollieren b) eine <i>hierarchisierte zwischenstaatliche</i> Ordnung zu schaffen bzw. zu kontrollieren c) <i>nichtstaatliche Grenzen</i> zu konstruieren und zu managen; sie schränken daher zielgerichtet, routiniert und systematisch die <i>Souveränität</i> eines untergeordneten politischen Gemeinwesens ein – im (seltenen) Extremfall bis zur Aufhebung durch Okkupation oder Annexion – und hebeln damit dessen Entscheidungshoheit und Wahlfreiheit weitgehend aus, ohne allerdings auf die Produktion von Legitimität zu verzichten.</p>
Mittel	<p>... können im politischen Raum sehr unterschiedliche Machtressourcen mobilisieren (Kapital, Recht, Kultur, Gewalt) und <i>direkte/formelle</i> als auch <i>indirekte/informelle</i> (»Penetration«) Mittel in der Regel »cäsaristisch« (autokratisch, undemokratisch) und mit einem signifikanten Einsatz von <i>Zwang</i> und sichtbarer institutioneller Macht einsetzen, um durch offensive Mobilisierung, Organisation und Maximierung politische Ziele (z. B. auch defensiver Art wie »Sicherheit«) zu erreichen; ihr Handlungsspektrum schließt aber auch Integration durch limitierte Partizipation ein.</p>
Subjekt	<p>... haben <i>staatszentrierte</i> komplexe Subjekte der Macht mit hoher sozialer, raum-zeitlicher Dichte und operieren über institutionell gesicherte Zugangspunkte und teilsouveräne, strukturell abhängige intermediäre Akteure; sie sind inkorporierende wie differenzierende Einheiten.</p>

Inhalt	... reproduzieren mit den Mitteln außerökonomischen Zwangs die Bedingungen und den Prozess der Aneignung (gegenwärtig im Kern vor allem den asymmetrischen Prozess der <i>Kapitalakkumulation</i> – aktuell mit dem Gewicht auf <i>Akkumulation durch Enteignung</i>) und finanzieren sich übrigens auch darüber (»Tribut«).
Moral	... setzen immer deutliche <i>moralpolitische</i> (und dabei oft auch angesichts ihrer Selbstverortung in der Zeit manichäische) Unterscheidungen: sie sind »gute« (»benign«) Unternehmungen und legen deutlich fest, wo <i>Grenzen</i> zu ziehen sind: gegenüber dem »Außen« oder dem »Bösen«.
Kultur	... pflegen auf der Basis ökonomischer Asymmetrie und politisch-sozialer Ungleichheit eigene <i>Superiorität, Aberkennungspolitiken und Respektversagung</i> .
Leistung	... bieten das Management der globalen Akkumulation, Zugang zu ihr und deren Sicherung, rechtliche Arrangements, weltanschauliche Perspektive und Moral, die somit eine Grundlage von Legitimität imperialer Projekte werden.
Aktuelle Richtungsoptionen	Gegenwärtig konkurrieren eine Reihe imperialer Projekte: liberal- und rechtsimperiale, global- und »plural«imperiale, endlich unilaterale und alternative Optionen.

Imperialität aktuell

Der Zusammenbruch des Staatssozialismus setzte die Frage nach dem »Empire« wieder und neu auf die politische Tagesordnung, denn parallel zur weltweiten ökonomischen Transformation der staatssozialistischen Wirtschaft in eine kapitalistische Ökonomie (»Globalisierung«) rückte die Frage nach der Neugestaltung des internationalen Systems und damit der Politik in den Vordergrund. Eine globalisierte kapitalistische Ordnung wirft, ob man will oder nicht, die Frage nach einem planetaren Arrangement der politischen Gestalt dieser Ordnung auf. Seit den frühen 90er Jahren stand zur Frage,

- ob sich in dieser geschichtlich neuartigen Situation des *Globalkapitalismus* ein neues *planetares* politisches Subjekt (z. B. eine »transnationale Bourgeoisie«) und eine neuartige globale politische Ordnung (»Empire«) etablieren können,

- ob es zur Neubildung eines »anarchisch-konkurrenzförmigen«, gleichsam »pluralen«¹⁷, wenngleich durchaus ungleichen, hierarchisch geordneten und mehr

oder weniger koordinierten *Machtsystems* kommen werde in dem ein Akteur (etwa China) oder eine Allianz (der transatlantische oder gar planetare »Norden« oder eine neue »asiatische Allianz« oder ein Bündnis verschiedener Staaten des Südens) eine dominierende oder hegemoniale Rolle spielen würde,

- ob ein *einzelner* traditioneller Akteur aufgrund seiner hegemonialen Position (»Hypermacht«) im historisch gewachsenen Machtfeld diese globale Rolle (»American Empire«) zu übernehmen vermag und die USA imstande wären, ihr imperiales Projekt neu – eben global – zu initiieren (»neuimperial«) und aufgrund der *unipolaren* Position, in die sie versetzt worden waren, durch eine primär *unilaterale* Politik ein Projekt der Ordnung der Welt nach eigenem Maß durchzusetzen,

- oder ob schließlich in bestenfalls mittelfristiger Sicht Wirklichkeiten eines alternativen, kooperativen, nichthegemonialdemokratischen, radikal friedlichen und antiimperialen Projekts der »Selbstordnung« der Welt geschaffen werden können.

Die Auseinandersetzung um diese Optionen prägt die gegenwärtige Weltordnung. Unversehens ist ein zentraler politischer Konflikt inmitten der scheinbar so festgefügteten Konstellation des Neoliberalismus entbrannt. *Die neue Delegitimation des Neoliberalismus ist nicht das einzige Zeichen der Zeit – mehr noch geht es um die politischen Richtungskämpfe, die im Rahmen und Raum des neoliberalen Kapitalismus zwischen seinen imperialen (»planetaren«, »pluralen«, »singulären«) und »alternativen« Protagonisten ausgebrochen sind. Dieser Konflikt wird aller Voraussicht nach die nächsten Jahrzehnte bestimmen und durchaus ungeklärt ist, welche sozialen Gehalte und welche politische Qualität dabei bestimmend sein wird.* Mit der jahrhundertlangen Dominanz des angloamerikanischen Kapitalismusmodells ist der Verlauf dieser Auseinandersetzung nicht festgelegt: die Welt ist akteursbestimmendes System und Arena für die Handlungen dieser Akteure der Macht gleichermaßen. Aus der planetenweiten Globalität des Kapitalismus resultiert keineswegs gleichsam im Selbstlauf ein einheitliches global aufgestelltes politisches Subjekt und aus der aktuellen unipolaren Dominanz des imperialen Akteurs USA und seiner weitreichenden Fähigkeit zu unilateraler Politik ergibt sich keineswegs eine stabile und nachhaltige globale politische Konfiguration.

Wie sind solche Konstellationen einzuordnen? Sie können nicht einfach als Reflex der »Erfindung« und des »Aufstiegs« veränderter kapitalistischer Betriebs- und Regulationsweisen gesehen und »moderne« Imperialität daher nur dort vermutet werden, wo solche entstehen. Der Fordismus etwa brachte keine eigene Form der Imperialität hervor, sondern fand die sich seit Anfang des letzten Jahrhunderts entfaltende *liberalimperiale* (welche die Form eines »nicht-territoria-

17 Das ist theoriegeschichtlich (nicht politisch) ein unglücklicher Begriff. Aber »ultra-imperial« ist theoriegeschichtlich belastet und politisch obskur.

len«, »informellen« Empire annahm) wie die *rechtsimperiale*, dann zeitweilig faschistische (formell und mit unmittelbarem Zwang operierende, kolonial-territoriale) Richtungsoptionen gleichsam als passende historische Bewegungsformen vor, die ihn prägten. Beide konkurrierten mit der Sowjetunion als einem weiteren Projekt großräumlicher Neugestaltung, das den Gedanken des Imperialen keineswegs ignorierte, sondern sich explizit als postimperial und daher antiimperial(istisch) verstand und etikettierte – dabei aber zugleich (wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß) als zentralistisches, stark formelles, antiliberales Empire agierte. In der Zeit zwischen der Oktoberrevolution 1917 bis 1942/43, als sich der Ausgang des zweiten Weltkriegs entschied, konkurrierten somit drei imperiale und »entfernt verwandte« Projekte mit globalem Anspruch.¹⁸ *Zunächst 1945, dann 1989 war diese Konkurrenz zugunsten des Projekts eines postterritorialen, informellen Empire entschieden*, als dessen unbestrittener Repräsentant sich nach dem Ende des zweiten Weltkriegs die USA etabliert hatten – eine Position, die sie seit über einem halben Jahrhundert innehaben und erfinderisch, attraktiv wie brutal untersetzten.

Imperiale *Projekte* reflektieren auch nicht in erster Linie alternative *varieties of capitalism*, sondern zunächst grundlegende, untereinander konkurrierende *politische* Richtungen, die sich in Optionen für unterschiedliche *Entwicklungspfade* kristallisieren, sie aber auch in modifizierter Form überdauern können. Der in den hier aufgeführten Stichworten umrissene Begriff »Imperialität« soll daher ein oszillierendes Bündel von richtungsnahen Eigenschaften beschreiben, vor allem, aber eben nicht nur, der Politik kapitalistischer bzw. imperialistischer Ordnungen im Bezug auf deren *Stellung in der Welt und ihrer herrschaftlichen Gestaltung* im Unterschied zum »Imperialismus« als Etappe, Stadium, Formation (»System«) oder bloße Politik des Kapitalismus. Seit weit über einem Jahrhundert existieren sehr hartnäckig traditionsstarke liberal- und rechtsimperiale Projekte, deren kulturelles Set und politisches Design die verschiedensten formativen Konstellationen überdauerten und keineswegs notwendig für spezifische Akkumulationsregimes oder -typen stehen, sondern unterschiedliche politische Räume besetzen. Zur anhaltenden neoliberalen Transformation des fordistischen Kapitalismus gehören daher unterschiedliche imperiale Projekte, die sich nun seit über drei Jahrzehnten in der Auseinandersetzung zwischen liberal- und rechtsimperialen Richtungen verdichten. Beide Projekte installieren auf ihre Weise eine zentrale Figur der Ungleichheit. Die Auseinandersetzung fokussiert sich auf jenes Land, das als Einziges gegenwärtig ein »realistisches« imperiales Projekt verfolgt – eben die USA.

Das Neue am imperialen Projekt in der Zeit des globalen Kapitalismus der Gegenwart ist sein neoliberaler Charakter und seine auf die Bearbeitung von Weltordnung bezogene interventionistische und entgrenzte Anlage; das Neue am Neoliberalismus ist auch die Entfaltung von Imperialität und die Ausbildung eines

18 Im Anschluss an die Formulierung von Schivelbusch (2005).

anderen Typus von Informalität, als er bis in die 70er Jahre charakteristisch war. Als die USA nach 1945 das Projekt des Aufbaus eines informellen Empire verfolgten, war in die US-dominierte Formierung der Nachkriegsstaaten Deutschland und Japan zugleich eine spezifische Variante des Projekts des fordistischen Wohlfahrtsstaates eingeschrieben. Das US-imperiale Projekt der Staatsformierung im Irak dagegen verfolgt und reflektiert einen nachfordistischen, neoliberalen Ökonomie-, Gesellschafts- und Politikzuschnitt und steht daher für eine substantielle Veränderung des Imperialen selbst. Diese Veränderung im übrigen bedeutet zugleich, dass die vor allem in der politischen Linken verbreitete Einschätzung problematisch ist, die Irak-Politik der USA bedeute eine totalitäre oder gar faschistische Wendung und Wandlung dieses Landes (s. Davidson, Harris 2006).¹⁹ Das Projekt eines US-amerikanischen rechtsimperialen Neoliberalismus ist »an attempt to merge the America whose business is business with the America whose business is war« (Nederveen Pieterse 2004: 45). In ihm kontiniert sich die Kultur der Zusammenballung und neuen Zentralität der Macht, die der Neoliberalismus und seine Kontrollindustrie für die weltweite verteilte Produktion seit drei Jahrzehnten hervorbringt und verdichtet sich in einem politisch imperialen Zugriff zu einer neuen Vereinheitlichung des nunmehr globalen politischen, sozialen und ökonomischen Raums. Die neoliberale »neue amerikanische Art der Kriegführung« baut auf dem postfordistischen Modell der kurzen Produktionslinien, spezialisierten Hochtechnologie und flexibler Betriebsweisen auf. Eine hochkonzentrierte militärstaatliche Kernzone ist umgeben von einem rasch wachsenden Ring privatisierter militärischer Dienste und der flexiblen Produktion »just-in-time« entspricht eine »just-in-time« Politik der flexiblen Allianz- und Koalitionsbildung, wie sie im Falle der Irakkriege sich ausbildete (Steinmetz), im Inneren legitimiert durch die Träume der neuen Kriegergeneration der Zeit nach Vietnam. Die Reorganisation der informalen Imperialität und der postfordistischen Subjektivität, Kultur und Ästhetik begann ökonomisch mit dem Übergang zur flexiblen, zunehmend *enteignenden* Akkumulation in den 70er (und zum finanzgetriebenen Modus in den 80er und 90er) Jahren und militärisch wie kulturell im Reaganismus der 80er Jahre; nach 9/11 immer stärker begleitet von postmodernen Formen des »inverted totalitarism« (Wolin 2004).²⁰

Zwar scheinen die USA trotz ihrer Stärkung nach dem Ende des Kalten Krieges gegenwärtig zu schwach, um eine Ordnung stabil zu institutionalisieren, die ihr ein dauerhaftes Primat sichert, das nicht herausgefordert werden kann. Doch andererseits sind sie zu stark, um konzedieren zu müssen, dass andere große Staa-

19 Ob auf die USA der Gegenwart die Konzepte eines neoliberalen Faschismus oder eines faschistischen Neoliberalismus angewandt werden könnten, kann hier nicht debattiert werden. Sie ist nachvollziehbar, aber wird nicht geteilt, da Faschismus als terroristisches Regime eines entwickelten (monopolistischen) Kapitalismus verstanden wird. Überzeugende Darstellungen allerdings, wonach das politische Regime der USA als überwiegend oder ausschließlich terroristisch anzusehen wäre, stehen aus – und zwar komplett. Zum Faschismusbegriff weiterhin substantiell die Arbeiten von Reinhard Opitz.

20 Siehe auch Gershenson 2005.

ten und kapitalistische Zentren gemeinsam mit ihnen nach den Maßstäben eines kollegialen Managements des Globalkapitalismus kooperieren. Aber die USA sind nicht nur das, was man auf der Karte sieht, ein Land mit physikalisch identifizierbaren Grenzen, sondern sie sind ein Land, das in der Welt arrangiert wird²¹, ein Amerika des *Americanism* und seiner Vektoren global projizierter Macht, in der Zugehörigkeiten und Ausschlüsse und Ausnahmen, Teilsouveränitäten und Territorialansprüche, Präsenz und Verschwinden, Rechte und Ansprüche, Ausbeutung und Reichtum, Aneignung und Ungleichheit im Raum und in der Zeit platziert werden. Wie lange freilich diese offene Situation der Gegenwart andauert, *in der rechts- und liberalimperiale, global-, pluralimperiale und singuläre Projekte konkurrieren* und wie sie sich dann lösen wird – darauf findet sich momentan keine überzeugende Antwort. Die Momente, Ambitionen, Kulturen und Praxen des Imperialen und der Imperialität finden sich zu Hauf – aber sie sind noch nicht zu einem stabilen neuen Welt-Ordnungsmuster verdichtet. Eine rasche Eindeutigkeit wäre daher eine Überraschung. Der Begriff des Empire ist deshalb keineswegs überholt. Wer allerdings nach dem letzten »amerikanischen Jahrhundert« nunmehr sein Subjekt und Formgeber sein wird, ist nicht entschieden.

Literatur

- Abernathy, David (2000): *The Dynamics of Global Dominance: European Overseas Empires 1415-1980*. New Haven.
- Agnew, John (2005): *Hegemony: The New Shape of Global Power*. Philadelphia.
- Arrighi, Giovanni (2005): »Hegemony Unravelling«. In: *New Left Review*, H. 32 und 33.
- Bischoff, Joachim (2006): *Zukunft des Finanzmarkt-Kapitalismus*. Hamburg.
- Brie, Michael (2006): »Die Linke – was kann sie wollen? Politik unter den Bedingungen des Finanzmarkt-Kapitalismus«. In: *Supplement der Zeitschrift Sozialismus*, H. 3/2006.
- Callinicos, Alex (2003): *The New Mandarins of American Power*. Cambridge.
- Candeias, Mario (2004): *Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie*. Hamburg.
- Candeias, Mario (2005): »Imperiale Gewalt als Bearbeitungsform neoliberaler Widersprüche«. In: *Badziura, Alexander; Müller, Bea; Speckmann, Guido; Weißbach, Conny (Hrsg.): Hegemonie – Krise – Krieg*. Hamburg.
- Chibber, Vivek (2004): »The Return of Imperialism to Social Science«. In: *Arch. europ. Sociol.*, H. 3, S. 430.
- Colás, Alejandro (2006): *Empire*. Cambridge.
- Colás, Alejandro; Saull, Richard (2005): »Introduction: The war on terror and the American Empire after the Cold War«. In: *Colás, Alejandro; Saull, Richard (Hrsg.): The War on Terror and the American »Empire« after the Cold War*. London.
- Cooper, Frederick (2005): »Modernizing Colonialism and the Limits of Empire«. In: *Items, Issues*, H. 4, S. 2.
- Cox, Michael (2007a): »The Empire's Back in Town: Or America's Imperial Temptation – Again«. In: *Millennium*, H. 1, S. 21.
- Cox, Michael (2007b): »Still the American Empire«. In: *Political Studies Review*, H. 1, S. 1-10.
- Cox, Robert W. W. (1981): »Social Forces, States and World Orders: Beyond International Relations Theory«. In: *Millennium*, H. 2, S. 126-155.
- Cox, Robert W. W. (1983): »Gramsci, Hegemony and International Relations: An Essay in Method«. In: *Millennium*, H. 2, S. 162-175.
- Davidson, Carl; Harris, Jerry (2006): »Globalisation, theocracy and the new fascism: the US Right's rise to power«. In: *Race, Class*, H. 3, S. 47-67.

21 So im März 2004 Donald Rumsfeld auf CNN: »how our country is arranged around the world« (zit. nach Dirlík 2004: 288).

- Dimier, Véronique (2002): »Direct or Indirect Rule: Propaganda around a Scientific Controversy«. In: Tony Chafer, Amanda Sackur (Hrsg.): Promoting the Colonial Idea: Propaganda and Visions of Empire in France. New York, Hampshire.
- Dirlirk, Aruif (2004): »American Studies in the time of Empire«. In: Comparative American Studies, H. 3, S. 288.
- Donnelly, Jack (2006): »Sovereign Inequalities and Hierarchy in Anarchy: American Power and International Society«. In: European Journal of International Relations, H. 2, S. 139-170.
- Doyle, Michael W. (1986): Empires. Ithaca.
- Duménil, Gérard; Lévy, Dominique (2004): Neoliberal Dynamics – Imperial Dynamics. Paper für die Tagung der International Studies Association, Montreal 17.3. 2004, überarbeitete Fassung in http://www.ucm.es/info/eurotheo/materiales/hismat/dumenil_neoimp.pdf, letzter Aufruf: 15.12.2008.
- Eisenstadt, Shmuel N. (1968): »Empires«. In: Sills, David L. (Hrsg.): International Encyclopedia of the Social Sciences. New York, S. 41.
- Fay, Charles Ray (1940): Cambridge History of the British Empire. Bd. 2, Cambridge.
- Ferguson, Niall (2003): »America: an Empire in Denial«. In: The Chronicle Review v. 28.3.2003.
- Fisch, Jörg; Walther, Rudolf (1982): »Imperialismus«. In: Brunner, Otto; Conze, Werner; Koselleck, Reinhard (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Bd. 3, Stuttgart.
- Foster, John Bellamy (2006): »The New Geopolitics of Empire«. In: Monthly Review, H. 57.
- Gallagher, John; Robinson, Ronald (1953): »The Imperialism of Free Trade«. In: The Economic History Review, H. 1.
- Gershenson, Geoffrey (2005): Dynamics of Postmodern Empire: Politics and Culture in the Age of Global Capital. Papier APSA-Tagung.
- Gowan, Peter (2003): »U. S. Hegemony Today«. In: Monthly Review, H. 3.
- Gowan, Peter (2004): »Empire as Superstructure«. In: Security Dialogue, H. 2.
- Gowan, Peter (2005): »American grand strategy«. In: Critical Asian Studies, H. 1, S. 128-139.
- Gowan, Peter (2006): »The Bush turn and the drive for primacy«. In: Colás, Alejandro; Saull, Richard (Hrsg.): The War on Terror and the American »Empire« after the Cold War. London, New York.
- Hardt, Michael; Negri, Antonio (2000): Empire. Cambridge.
- Harvey, David (2003): The New Imperialism. Oxford 2003.
- Harvey, David (2005): A Brief History of Neoliberalism. Oxford.
- Hassner, Pierre (2002): The United States: the empire of force or the force of empire? Chaillot Papers Nr. 54, Paris September 2002.
- Hirsch, Joachim (2004): Was ist eigentlich Imperialismus? http://www.links-netz.de/T_texte/T_hirsch_imperialismus.html 3/2004, letzter Aufruf: 15.12.2008.
- Historical Materialism (2006): On David Harvey's »The New Imperialism«. Mit Beiträgen von Wood, Ashman, Castree, Sutcliffe, Fine und Brenner. 14. Jg., Nr. 4.
- Howe, Stephen (2002): Empire: A Very Short Introduction. Oxford.
- Huffschmid, Jörg (2003): Neoliberalismus, Gewalt und Krieg – Zusammenhänge und Alternativen. Vortrag Juli 2003.
- Lieven, Dominic (2003): Empire's Place in International Relations. Konferenzpapier Genf 2003.
- Lieven, Dominick (o.J.): The Concept of Empire. <http://www.fathom.com/feature/122086>, letzter Aufruf: 15.12.2008.
- Louis, W. R. (Hrsg.) (1976): Imperialism: the Robinson and Gallagher Controversy. New York.
- Maier, Charles S. (2002): »An American Empire?«. In: Harvard-Magazine, H. 2, S. 28-31.
- Maier, Charles S. (2006): Among Empires. American Ascendancy and Its Predecessors. Cambridge.
- Morrison, Toni (1987): Beloved. New York.
- Morton, David (2006): »The Grimly Comic Riddle of Hegemony in IPE: Where is Class Struggle«. In: Politics, H. 1, S. 62-72.
- Motyl, Alexander J. (2001): Imperial Ends: The Decay, Collapse, and Revival of Empires. Columbia.
- Nederveen Pieterse, Jan (2004): Globalization or Empire? New York, London.
- Panitch, Leo; Gindin, Sam (2004): »Global Capitalism and American Empire«. In: Socialist Register.
- Plehwé, Dieter; Walpen, Bernhard; Neunhöffer, Gisela (Hrsg.) (2006): Neoliberal Hegemony. A Global Critique. New York.
- Pomper, Philip (2005): »The History and Theory of Empires«. In: History and Theory, Theme Issue 44 (December).
- Porter, Bernard (2006): Empire and superempire: Britain, America and the world. New Haven, London.
- Rilling, Rainer (2005): American Empire als Wille, Vorstellung und Versuch, MS 2005 8, <http://www.rainer-rilling.de/texte.html>, letzter Aufruf: 15.12.2008
- Rilling, Rainer (2007): »Imperialität. US-amerikanische Diskurse seit 9/11«. In: Brie, Michael (Hrsg.): Schöne neue Demokratie. Berlin.
- Robinson, William I. (2004): A Theory of Global Capitalism. Baltimore.

- Schivelbusch, Wolfgang (2005): *Entfernte Verwandtschaft*. München, Wien.
- Smith, Neil (2005): *The Endgame of Globalization*. New York, London.
- Sparke, Matthew (2004): »Political geography: political geographies of globalization (1) – dominance«. In: *Progress in Human Geography*, H. 6.
- Steinmetz, George (2005): »Return to Empire: The New U.S. Imperialism in Comparative Historical Perspective«. In: *Sociological Theory*, H. 4, S. 339-367.
- Stoler, Ann Laura; Bond, David (2005): »Refractions Off Empire: Untimely Comparisons in Harsh Times«. In: *Radi- cal History Review*, H. 95, S. 93-107.
- Stoler, Ann Laura; Bond, David (2006): »Degrees of Imperial Sovereignty«. In: *Public Culture*, H. 1, S. 117-139
- Wahl, Peter (2007): »Imperialier Multilateralismus in der Krise«. In: *Analyse und Kritik; arranca!; Fantômas; So oder So Magazin* (Hrsg.): *G8: Die Deutung der Welt. Kritik, Protest, Widerstand*. Frankfurt, S. 26 f.
- Wilkinson, Rordon; Hughes, Steve (Hrsg.) (2002): *Global Governance: Critical Perspectives*. London.
- Williams, Steven D. (2002): »Tracking the New World Order«. In: *space, culture*, H. 2, S. 158.
- Wolin, Sheldon S. (2004): *Politics and Vision: Continuity and Innovation in Western Political Thought*. Princeton.
- Wood, Ellen Meiksins (2003): *Empire of Capital*. London, New York.
- Zarembka, Paul; Soederberg, Susanne (Hrsg.) (2004): *Neoliberalism in Crisis, Accumulation, and Rosa Luxemburg's Legacy*. Amsterdam u. a.

Armut und Tod durch Freihandel

In einer Welt, die von Reichtum überquillt, sterben Menschen an Unterernährung, Seuchen und Wasserverschmutzung. Gestorben wird nicht¹, weil es auf der Welt zu wenig Nahrung, zu wenig Ärzte oder zu wenig Mittel für den Aufbau einer menschengerechten Infrastruktur gibt.² Sie werden ermordet – wie Jean Ziegler sagt – durch die Profitmaximierungsstrategien des international agierenden Kapitals. Unter seiner absurden Herrschaft ist der Hunger zu einer Massenvernichtungswaffe geworden, die die Existenz von rund einer Milliarde Menschen bedroht. Allein die nüchternen statistischen Daten zeigen ein düsteres Bild.

Von den ca. 6 Mrd. Menschen auf der Erde leben 2,8 Mrd. – also fast die Hälfte – von weniger als 2 US-Dollar pro Tag. 1,2 Mrd. Menschen – also ein Fünftel der Menschheit – muss mit weniger als 1 US-Dollar pro Tag auskommen. Von diesen Ärmsten der Armen leben knapp die Hälfte (43,5 Prozent) in Südasien, ein knappes Viertel in Afrika südlich der Sahara (24,3 Prozent), ein weiteres knappes Viertel in Ostasien und in der Pazifikregion (23,2 Prozent), 6,5 Prozent in Lateinamerika und gut 2 Prozent in Europa (World Bank 2000/2001).

Das sind Länderzahlen, die nicht zeigen, wie sich Armut und Reichtum innerhalb der Nationen verteilt und polarisiert hat. Sie zeigen nicht, welches physische und psychische Elend in weiten Teilen der Welt herrscht.

In nur wenigen Regionen hat die extreme Armut (weniger als 1 US-Dollar pro Tag) abgenommen, insgesamt aber hat sich die Schere zwischen Armen und Reichen weiter geöffnet. Besonders bemerkenswert ist dabei: in den zwei Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg stagnierte die Entwicklung in den Ländern der Dritten Welt, der untere Scherenarm verlief waagrecht, seit den 1970er Jahren sehen wir eine Entwicklung zur Unterentwicklung. Vertreter der Dritten Welt sprachen schon in den 1980er Jahren von dem verlorenen Jahrzehnt für ihre Länder.

- 1 Extreme Armut ist nicht nur, aber insbesondere ein Problem, das Kinder betrifft. Weltweit sind 219 Millionen Kinder unter 5 Jahren von Armut betroffen. Das sind 39 Prozent aller Kinder in den Entwicklungsländern und sogar 61 Prozent aller Kinder in Afrika. In den Entwicklungsländern sterben 11 Millionen Kinder unter 5 Jahren pro Jahr, das sind 30.000 Kinder pro Tag. Hauptursachen sind Armut, Krankheiten, Gewalt und Kriege. S. UNICEF (2001), Welthungerhilfe (18.12.2007) und Ziegler (2005: 31).
- 2 Nach Angaben von Jean Ziegler, Sonderberichterstatter der UN-Menschenrechtskommission für das Recht auf Nahrung könnten heute bei einer Weltbevölkerung von 6 Milliarden 12 Milliarden Menschen normal ernährt werden, s. Ziegler (2003: 14).

Der Zweifel wächst

Die unübersehbare Entwicklung zur Unterentwicklung, die offensichtlichen Misserfolge der World Trade Organization (WTO) und der Weltbankgruppe bei der seit den 1980er Jahren propagierten Armutsbekämpfung und die wachsenden Protestbewegungen haben zu Irritationen und Unruhen in diesen Institutionen geführt. Zahlreiche mehr oder weniger liberale Weltbankökonominnen haben in den letzten Jahren dieser Institution den Rücken gekehrt, weil sie den Glauben verloren haben, dass die Weltbankgruppe in der Lage ist, die Armut in der Welt wirksam zu bekämpfen.³ Ein kritischer Blick in die letzten Weltentwicklungsberichte, die sich mit den Strategien zum Abbau der Armut beschäftigen, zeigt, dass die Weltbankökonominnen zwar sehen, dass die Ungleichverteilung bedrohliche Ausmaße annimmt, aber diese Institution in ihrer gegenwärtigen Verfassung nicht willens oder nicht in der Lage ist, die eigentlichen Ursachen der Armut zu benennen. Die Maßnahmen, die dort empfohlen werden, sind mehr oder weniger die typischen Ausflüsse der neoliberalen Ideologie⁴, einer Ideologie, die mehr Menschenleben gefordert hat, als jeder Krieg und jede andere schreckliche Fehlentwicklung des menschlichen Glaubens oder Denkens.⁵

Nach wie vor gehen die WTO, die Weltbank (WB) und der Internationale Währungsfond (IWF) davon aus, dass die Förderung des wirtschaftlichen Wachstums und vor allem die Liberalisierung des Weltmarktes einschließlich einer schrankenlosen Öffnung der Finanzmärkte die wesentlichen Mittel zur Überwindung der Armut darstellen. Dass dies pure Ideologie ist, dass Freihandel alleine noch keinem Land zur Entwicklung geholfen hat, zeigt unter anderem die Verdrängung der eigenen Geschichte. Hätte es im 19. Jahrhundert nicht den bedeutenden Wirtschaftstheoretiker Friedrich List⁶ gegeben und hätte die »verspätete Nation« (Plessner 1959) Deutschland nicht dessen Ideen eines Schutzzolles aufgegriffen, hätte es sich wahrscheinlich nie zu einer der führenden Industrienationen entwickeln können.

3 Ein besonders Aufsehen erregender Fall war der Rücktritt des Nobelpreisträgers und ersten Vizepräsidenten der Weltbank, Joseph Stiglitz, 2002.

4 Der Neoliberalismus ist ein Komplex von Theorien sowie daraus abgeleiteter Politiken, die davon ausgehen, dass der Markt, also Angebot und Nachfrage mit den entsprechenden Gestaltungsmerkmalen wie privates Eigentum, freie Preisbildung, Vertragsfreiheit und Gewerbefreiheit automatisch zu einer optimalen Allokation der Ressourcen führt.

5 In den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts starben in 10 Jahren ca. 80 Millionen Menschen, in 10 Jahren sterben heute in den Entwicklungsländern allein 110 Millionen Kinder unter 5 Jahren. Siehe Fußnote 1 und Wehler (2003: 232 ff., 942 ff.).

6 Friedrich List gilt als einer der Begründer der modernen Volkswirtschaft. Zunächst ein Vertreter der klassischen Freihandelstheorie erkannte er später, dass die Vorherrschaft Englands in der industriellen Entwicklung den weniger entwickelten Nationen keine Chance für eine eigenständige Entwicklung gab. Er forderte daher einen Schutzzoll (von ihm Erziehungszoll genannt) für diese: List (1841).

Alte und neue Rechtfertigungen des Freihandels

Die Freihandelsideologie beruht im Wesentlichen auf den Arbeiten der englischen Ökonomen des 18. und 19. Jahrhunderts, die mit ihren Rechtfertigungstheorien eine Legitimationsgrundlage für die Ausplünderung der restlichen Welt durch England entworfen haben. Seit Ricardo (1817, Kap. VII) werden die Vorteile des internationalen Handels mit dem Theorem der »komparativen Kostenvorteile« umschrieben. Danach ist es selbst für absolut unterentwickelte Regionen vorteilhaft, am internationalen Handel zu partizipieren, d. h. sich in den Weltmarkt zu integrieren. 1919 versuchte der schwedische Wirtschaftshistoriker und Nationalökonom Eli F. Heckscher das Phänomen des internationalen Handels theoretisch neu zu fundieren. Sein Schüler und Landsmann Bertil Ohlin verfeinerte 1933 den Ansatz und Paul Anthony Samuelson erweiterte ihn 1948 beziehungsweise 1954. Das Theorem des Ausgleichs der Faktorproportionen von Kapital und Arbeit durch den internationalen Handel stellt zurzeit die neoklassische Auffassung über Ursachen und Struktur der internationalen Kapitalmobilität dar. Im Unterschied zu dem ricardianischen Ansatz wird hier weniger der Wohlfahrtsaspekt als vielmehr ein allgemeiner Struktureffekt betont, aber beide Theorien meinen beweisen zu können, dass alle am internationalen Handel beteiligten Länder bei freiem Gütertausch vom Außenhandel gleichermaßen profitieren, insbesondere, dass sich Löhne und Gewinne international angleichen. Danach besteht eine Tendenz, dass der Arbeiter aus den brasilianischen Favelas durchschnittlich ebenso viel Reallohn erhält, wie sein deutscher Kollege aus Wolfsburg und der Profit des kleinen oder mittelständischen Unternehmers in Peru dem des nordamerikanischen Kapitalisten entspricht.

Diese Rechtfertigungstheorie beansprucht seit den 1930er Jahren, die langfristige Entwicklungstendenz der Weltwirtschaft adäquat zu spiegeln. Angesichts der unübersehbaren Kluft zwischen Theorie und Realität hat es einige Versuche der Weiterentwicklung gegeben. Das Neo-Faktorproportionentheorem geht davon aus, dass nicht allein die Mengenrelationen, sondern auch die Qualitäten der Produktionsfaktoren zu berücksichtigen sind. Danach kann ein Land mit relativ vielen aber wenig qualifizierten Arbeitskräften nur arbeitsintensive Waren exportieren, die zur Herstellung keine großen technologischen Fähigkeiten benötigen und bei deren Produktion eine Rationalisierung nicht absehbar ist. Das ist die typische Lage der meisten Entwicklungsländer. Aber auch ein kapitalreiches Land, in dem die Masse der abhängig Beschäftigten relativ unqualifiziert ist, exportiert demgemäß insbesondere industrielle Massenware, wie das Beispiel USA zeigt. Verfügt ein kapitalreiches Land dagegen über viele hochqualifizierte Arbeitskräfte, kann es – wie das Beispiel Deutschland zeigt – insbesondere humankapitalintensive Waren exportieren.

Mit dieser Modifikation ist das Faktorproportionentheorem ein Stück realitätstüchtiger geworden. Aber es bleibt eine Ideologie, die den Eindruck zu erwecken versucht, dass jeder Widerstand gegen die darauf aufbauende Politik des Freihandels

dels irrational ist und den Wohlstand der Nationen gefährdet. Die internationale Kapitalmobilität insgesamt und insbesondere der Handel zwischen Industrie- und Entwicklungsländern sind auch nach dieser Modifikation durch diese Theorie nicht zu erklären und demgemäß auf ihrer Basis nicht zum Wohl der Menschheit zu gestalten. Die Realität zeigt, dass auf dem heutigen Weltmarkt Länder mit hohem ökonomischen Entwicklungsgrad Ländern gegenüberstehen, deren Völker sich wachsender Verarmung ausgesetzt sehen, und dass sich ungeachtet einiger Ausnahmen die Schere zwischen den reichen und den armen Ländern weiter öffnet. Die vom Theorem des Ausgleichs der Faktorproportionen postulierten Wohlfahrtseffekte sind nichts weiter als der arrogante Versuch der Rationalisierung von Herrschaftsansprüchen. Der intellektuelle Aufwand für diese Theorie steht in umgekehrt proportionalem Verhältnis zu ihrem Erkenntniswert. Trotz der wenig überzeugenden Fundierung, die ihren wesentlichen Schwachpunkt in den typisch neoklassischen Annahmen und vor allem in der Trennung von Real- und Geldwirtschaft hat, wird das Theorem auch heute noch als Grundlage für weltwirtschaftspolitische Forderungen verwendet. Es dient als Legitimationsgrundlage für die Freihandelsforderungen der Industrieländer gegenüber den Schwellen- und Entwicklungsländern, denen sie selbst allerdings nicht nachkommen (s. z. B. Schutz der heimischen Landwirtschaft in den USA und der EU, Erhöhung der Einfuhrzölle für Stahl seitens der USA 2002). Die Modellannahmen werden dabei zu Naturgesetzen erhoben. Der Mehrheit der Entwicklungsländer bleibt nichts anderes übrig, als zu versuchen, ihre unzureichende Konkurrenzfähigkeit über eine exzessive Ausplünderung ihrer natürlichen Reserven – die zu einer Verschärfung der weltweiten Umweltprobleme beitragen –, über Lohnsenkungen – die bei den niedrigen Löhnen schnell an die Grenzen des physischen Existenzminimums stoßen – oder durch Abwertungspolitik zu kompensieren. Mit dieser währungspolitischen Maßnahme fördern die Entwicklungsländer in der Regel jedoch nicht den einheimischen Wohlstand sondern lediglich inflationäre Prozesse und geraten dabei in die Gefahr einer Abwertungs-Inflations-Spirale.

Politökonomische Erklärungen

Die Ursachen für das wachsende Wohlstandsgefälle zwischen der Ersten und der Dritten Welt sind nur durch einen Rückgriff auf die politische Ökonomie zu erfassen. Bereits im »Kommunistischen Manifest« liefert Marx eine der großartigsten, visionären Beschreibungen der internationalen Kapitalmobilität und ihrer Auswirkungen. Es liest sich wie eine moderne Analyse dessen, was heute als Globalisierung bezeichnet wird.⁷

7 Zu den Verschiebungen des Marx'schen Verständnisses bezüglich des Phänomens der global-ungleichen Entwicklung und der geographischen Expansion des Kapitals sowie zu dem Problem der global-ungleichen Entwicklung bei Marx, siehe die zwei Artikel von Kalmring und Nowak (2004; 2005).

»Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren. [...] Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisieepoche vor allen anderen aus [...]. Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel [...]. Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarktes die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet [...]. Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen; sie zwingt sie, die so genannte Zivilisation bei sich selbst einzuführen [...]. Mit einem Wort, sie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde« (MEW 4: 465 f.).

Das sind Sätze, die mit einer etwas anderer Begrifflichkeit heute von Paul Krugman, Lester C. Thurow⁸ oder vielen anderen, nicht dem neoklassischen Mainstream verpflichteten Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaftlern stammen könnten. Marx zeigt hier im Jahr 1848 die sich aus dem Wesen kapitalistischer Regulierung ergebende Tendenz zur Globalisierung und die Zuspitzung der inneren Widersprüche des kapitalistischen Weltsystems, Agglomeration des Reichtums bei einem immer kleineren, Verelendung bei einem immer größeren Teil der Weltbevölkerung.

In der politischen Ökonomie wird davon ausgegangen, dass Raub und Plünderung das Kennzeichen des vorkapitalistischen Kolonialismus waren. Sie haben die Ausgangsbedingungen für die ungleiche Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft geschaffen. Auf der einen Seite hatten sie einen wesentlichen Anteil an der »Ursprünglichen Akkumulation«. Das heißt, Raub und Plünderung bilden zumindest einen Teil der Grundlage, auf der sich der westeuropäische und US-amerikanische Kapitalismus entwickeln konnte. Auf der anderen Seite entblößte diese Ausplünderung der Kolonien große Teile der Welt von den Ressourcen für eine eigenständige, nationalstaatliche Entwicklung.

Mit der Entwicklung kapitalistischer Gesellschaften in Westeuropa nimmt die gewaltsame Ausplünderung der Dritten Welt neue Formen an. Bereits zu Beginn der kapitalistischen Entwicklung findet eine – vielfach durch die so genannte Kanonenbootpolitik⁹ geförderte – Weltmarktexpansion des Kapitals durch Waren- und Warenimport statt. Für die Entwicklungsländer bedeutete dies im Wesentlichen eine weitere Ausplünderung ihrer natürlichen Ressourcen durch die Konzerne der Ersten Welt.

⁸ Siehe Krugman, Obstfeld 2006; Thurow 1996.

⁹ Der Ausdruck Kanonenbootpolitik bezeichnet das Vorgehen von Seemächten gegenüber kleineren Mächten zur Durchsetzung eigener Interessen mittels eines oder mehrerer Kriegsschiffe. Häufig, aber nicht ausschließlich, wurden für diese Aufgaben Kanonenboote eingesetzt, kleinere Kriegsschiffe mit einem schweren Geschütz als Hauptbewaffnung, das gegen die Hafenanlagen und Küsten eines Gegners Wirkung erzielen konnte. Diese Praxis wurde auch vom deutschen Kaiserreich ausgeübt, so zum Beispiel im Rahmen der so genannten Eisenstuck-Affäre 1876-78 in Nicaragua, des Konflikts um Samoa, des Boxeraufstandes 1900 in China oder der Zweiten Marokkokrise 1911 (»Panthersprung nach Agadir«).

Als zweite Phase der Weltmarktexpansion ist der Ende des 19. Jahrhunderts einsetzende Kapitalexport zu charakterisieren. Neben die Warenex- und -importe traten internationale Geldtransaktionen, so genannte Portfolioinvestitionen. Das heißt, Teile der inländischen Profite werden nicht im Inland investiert, sondern – vermittelt durch Regierungen und das Bankensystem der kapitalistischen Länder – als zinstragende Kredite an ausländische Staaten oder Privatfirmen vergeben. Der Warenhandel verliert damit nichts von seiner Bedeutung, er wird im Gegenteil dadurch gestärkt. Die industriellen Anleihegeber profitieren zweifach von dem Kapitalexport, einmal indem sie Zinsen kassieren und zum anderen dadurch, dass die Kreditvergabe in der Regel mit Auflagen erfolgt, in den Gläubigerländern einzukaufen.

Die dritte Phase der Weltmarktexpansion ist durch die Internationalisierung der Produktion, das heißt durch das Vordringen Multinationaler Konzerne (MNK), die heute verharmlosend oft als Global Players bezeichnet werden, gekennzeichnet. Diese Form der Weltmarktexpansion ist zwar bereits im Frühstadium kapitalistischer Entwicklung zu finden – die Firma Siemens ist praktisch als MNK entstanden –, aber zur vorherrschenden Form wird sie erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Obwohl die Errichtung ausländischer Tochtergesellschaften in bestimmten Branchen und bei einigen Produkten zu einer Exportsubstitution geführt hat, ist auch diese Form der Weltmarktexpansion als eine Erweiterung der internationalen Arbeitsteilung und nicht als Ersatz des Waren- oder Geldkapitalexports bzw. -imports anzusehen.

Die kapitalistische Expansion generell und die verschiedenen Formen der internationalen Arbeitsteilung haben sich nicht zufällig ergeben, sie sind das Ergebnis der Möglichkeiten Kapital international zu verwerten. Bereits zu Beginn der kapitalistischen Entwicklung gab es technische Voraussetzungen und Regeln für einen internationalen Warenaustausch. Aber erst die Revolutionierung der internationalen Transport- und Kommunikationsmittel, der Aufbau des Eisenbahnnetzes, der Aufschwung der Dampfschifffahrt und schließlich die Entwicklung des Flugverkehrs sowie die Entwicklung der Telekommunikation schufen die Voraussetzung für eine Verdichtung und Intensivierung der Internationalisierung des Kapitals. Ihre Weiterentwicklung ermöglichte kalkulierbaren Geldkapitalexport und schließlich die Internationalisierung der Produktion. Das heißt, die Kapitale haben sich – unterstützt durch die Regierungen – die Möglichkeiten zur Expansion auf den Weltmarkt selbst geschaffen.

Die ungleiche Entwicklung der Nationen ist zweifellos stark durch die vorkapitalistischen Ausgangsbedingungen und machstrukturelle Momente beeinflusst, aber letztlich damit nicht zu erklären. Die marxistischen Ansätze dazu sind zumindest auf den ersten Blick widersprüchlich. Bekanntlich hatte Marx vor, sich in einem 5. Band des Kapitals mit dem auswärtigen Handel und in einem 6. Band mit dem Weltmarkt zu befassen (s. Rosdolsky 1969: 24 f.). In den von ihm vorliegenden Schriften heißt es einerseits: »[...] zwischen verschiedenen Ländern [...]

können sich 3 Arbeitstage eines Landes gegen einen eines anderen austauschen. Das Gesetz des Werts erhält hier wesentliche Modifikationen.« (MEW 26. 3: 101; ähnlich auch: MEW 23: 584). Andererseits kommt er im 3. Band des Kapitals zu einem dem diametral entgegenstehenden Schluss, »[...] was vom auswärtigen Handel gilt, gilt vom inländischen« (MEW 25: 337). Er fußt auf den gleichen Prinzipien, auf denen die kapitalistische Entwicklung innerhalb einer Nation beruht.

Ernest Mandel (1972), Emmanuel Arghiri (1972) und Samir Amin (1974) haben versucht, eine Theorie des ungleichen Tauschs zu entwickeln. Dabei stützen sie sich auf das oben genannte Zitat von Marx aus den »Theorien über den Mehrwert« und auf eine Äußerung im 1. Band des Kapitals. In dieser heißt es: »Die mittlere Intensität der Arbeit wechselt von Land zu Land [...]. Diese nationalen Durchschnitte bilden also eine Stufenleiter, deren Maßeinheit die Durchschnittseinheit der universellen Arbeit ist. Verglichen mit den weniger intensiven, produziert also die intensivere nationale Arbeit in der gleichen Zeit mehr Wert, der sich in mehr Geld ausdrückt« (MEW 23: 584). Grundlegend für diese Ansätze ist die Annahme, dass die Werte der international gehandelten Waren durch die Produktivität der jeweiligen nationalen Arbeiten bestimmt werden. Die nationale Bestimmung der Werte wird dabei offensichtlich mit einer begrenzten Mobilität von Kapital und Arbeit zwischen den Volkswirtschaften begründet. Ungleicher Tausch findet dann statt, wenn ungleiche nationale Werte auf dem Weltmarkt gleichgesetzt und getauscht werden.

Gegen das »Theorem des ungleichen Tausches« ist grundsätzlich einzuwenden, dass es in all seinen Versionen letztlich auf der »Pfannkuchentheorie des Wertes« beruht.¹⁰ Die Produktion von Wert hat als notwendige Voraussetzung eine technische Seite, die durch den Stand der Produktivkraftentwicklung gekennzeichnet ist. Aber Wert ist keine technische sondern eine gesellschaftliche Größe, die durch das gesellschaftliche Bedürfnis nach einer Ware im Vergleich mit anderen bestimmt ist, die folglich auch erst in der gesellschaftlichen Sphäre des Austausches erscheint. Hier wird festgelegt, ob und wie viel gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit für die Warenproduktion verausgabt wurde. Ist die gesellschaftliche Sphäre des Austausches nun die des internationalen Marktes bzw. des Weltmarktes und bildet sich hier ein tendenziell einheitlicher Marktwert heraus, so scheint es folgerichtig, den Wertbildungsprozess als internationalen zu begreifen.

Folgen wir den Ausführungen in den Grundrissen und im Kapital III ergibt sich: Für den Weltmarkt gilt, genauso wie für den nationalen Markt, dass das produktivere Kapital mehr Wert produziert als das weniger produktive. Die Konkurrenz zwingt die überdurchschnittlich produktiven Kapitale ihre Preise zu senken und die weniger produktiven Kapitale ihre Produktivität zu erhöhen. Können sie dies nicht, werden sie vom Markt verdrängt. Unter diesen Bedingungen sind die Kapitale in den weniger entwickelten Regionen aufgrund ihrer geringeren Effi-

10 Mit Pfannkuchentheorie des Wertes bezeichnet Krause (1977) die Vorstellung, dass der Wert einer Ware dieser bei der Produktion automatisch hinzugefügt wird, wie das Pflaumenmus dem Berliner Pfannkuchen.

zienz nur in der Lage aus solchen Sektoren zu exportieren, in denen sie lokale Vorteile wie Klima, Verfügbarkeit bestimmter Ressourcen besitzen, oder aus solchen Sektoren, in denen es ihnen gelingt trotz mangelnder Effizienz als marginale Produzenten auf dem Weltmarkt zu überleben. Der wesentliche Unterschied zwischen Weltmarkt und nationalem Markt besteht darin, dass dieser Prozess durch das Dazwischentreten von Nationalstaaten mit nationalen Währungen verlangsamt wird.

Werden Auslandsinvestitionen (Export von produktivem Kapital und von Geldkapital) einbezogen, spielen Lohnunterschiede zwischen entwickelten und unterentwickelten Regionen eine Rolle. Bei der Behandlung der Ströme des Warenkapitals ist dies nicht der Fall, denn die Summe der Preise wird unmittelbar durch die Arbeitswerte (relativ zur Geldware) bestimmt. Die Höhe der Reallöhne affiziert hier nur die Profitrate und -masse, d. h. die Verteilung des Nettoprodukts zwischen Lohnarbeit und Kapital. Diese ist nun wiederum für die Bewegung des produktiven Kapitals von entscheidender Bedeutung. Denn obwohl die Produktivität in den unterentwickelten Regionen unter der der Weltmarkthegeemonen liegt, ist der Lohnsatz noch weitaus niedriger. Hieraus ergibt sich zumindest eine potentiell höhere Profitrate.

Liegt die Arbeitsproduktivität unter der der Metropolen, der Lohnsatz pro Beschäftigten aber noch weiter unter dem der Metropolen, so wird bei gleicher Kapitalintensität eine höhere Profitrate realisiert. Das Kapital wird also auf der Suche nach der besten Verwertungsmöglichkeit in die Sektoren der unterentwickelten Regionen strömen, die eine überdurchschnittliche Profitrate zulassen, und dort aufgrund höherer Finanzkraft und Verfügung über produktivere Produktionsmethoden die einheimischen Kapitale verdrängen. Hieraus entsteht nun die typische duale Wirtschaftsstruktur in einigen unterentwickelten Ländern: Massenproduktion für den Weltmarkt, dominiert von ausländischem Kapital, und eine zurückgebliebene einheimische Industrie, die für lokale und regionale Nischen produziert. Die hiermit verbundene Zerstörung der einheimischen Industrie ist eine kaum zu überwindende Blockade für die Entwicklung endogener Potentiale. Arbeiter aus den verdrängten nationalen Kapitalen werden nicht vollständig von den kapitalintensiveren Kapitalen des modernisierten Sektors absorbiert, die hohe Profitmasse des modernisierten Sektors wird überwiegend nicht wieder reinvestiert, sondern in die Metropolen transferiert.

Den in die Entwicklungsländer fließenden Strömen an investivem Kapital sind allerdings enge Grenzen gesetzt, wie der geringe Anteil der Direktinvestitionen dieser Länder zeigt. Vielfach gelingt es den Weltmarkthegeemonen nicht, im Ausland eine den Kapitalinteressen entsprechende Arbeitsproduktivität und den Konkurrenzbedingungen standhaltende Produktqualität zu entwickeln, insbesondere weil sie nicht willens oder in der Lage sind die historischen und kulturellen Besonderheiten des Nehmerlandes zu verstehen bzw. zu berücksichtigen. Ein weiteres Hemmnis für Direktinvestitionen in Niedriglohnländer ist das mit wachsender

Produktivität verbundene Sinken der Lohnstückkosten. Wenn diese nur wenige Prozente der Gesamtstückkosten ausmachen, werden die Vorteile niedrigerer Löhne vielfach durch Organisations- und Transportkosten überkompensiert. Mit steigender Produktivität ist untrennbar eine zunehmende Komplexität der Maschinerie verbunden, die eine spezifische Qualifikation der Arbeitskräfte erfordert, die im Ausland oft nicht vorhanden ist. Schließlich ist bei sehr komplexen Anlagen die Nähe zu dem Maschinenbauer ein Kostenvorteil, denn bei größeren Schäden können oft nur diese selbst kostspielige Ausfallzeiten durch schnellen Vor-Ort-Service vermeiden helfen. Das Fazit dieser Tendenzen ist: Ausplünderung einheimischer Ressourcen und Missbrauch als Werkbänke.

Die ungleiche Entwicklung von entwickelten und unterentwickelten Regionen ist aus der Wirkung des Wertgesetzes im internationalen Maßstab zu erklären, ohne zu Erklärungsvariablen wie Monopolmacht und multinationale Konzerne, die seit der Imperialismus-Theorie Lenins als entscheidende Begründungszusammenhänge für ungleiche Entwicklung gelten, Zuflucht nehmen zu müssen. Ungleiche Entwicklung, bzw. Unterentwicklung ist Resultat des Wirkens der kapitalistischen Konkurrenz selbst und nicht deren Aushebelung durch ökonomische oder außerökonomische Macht! Die widersprüchlichen Aussagen von Marx zum Wirken des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt sind dadurch zu erklären, dass sie unterschiedliche Entwicklungsphasen des Kapitalismus reflektieren. Ungleicher Tausch ist ein Phänomen der national-staatlich eingehegten Kapitalismen. Erst mit der Herausbildung eines internationalen Wirtschaftsraumes durch internationales Recht, durch ein Weltwährungssystem und die Entwicklung materieller wie immaterieller Kommunikationssysteme können sich die Wirkungen des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt tendenziell durchsetzen. Ohne auf die historisch bedingten Ursachen für einen ungleichen Tausch einzugehen betont Marx im 3. Band des Kapitals: »Die Phänomene, die wir in diesem Kapitel untersuchen, setzen zu ihrer vollen Entwicklung das Kreditwesen und die Konkurrenz auf dem Weltmarkt voraus [...]« (MEW 25: 120). Marx, wie die auf ihn aufbauende Politische Ökonomie betrachtet die Weltwirtschaft ihrem Wesen nach als ein durch Arbeitsteilung bestimmtes offenes System, das in seinen ökonomischen Beziehungen nicht an eine bestimmte Nation oder einen Raum gebunden ist, sich aber im werden zu sich selbst befindet.

Wenn es der Weltbankgruppe oder der WTO ernst wäre mit der Bekämpfung der Armut, dann müssten sie bekennen, dass Liberalisierung des Weltmarktes der falsche Weg ist, dass es eines Schutzzollsystems für die Länder der Dritten Welt bedarf, dass eine Regulierung der Rohstoffmärkte installiert werden muss, dass Kapitalverkehrskontrollen notwendig sind und dass die reichen Länder – so bitter dies für sie ist – das zurückzahlen müssen, was sie ihnen durch Ausplünderung und Ausbeutung genommen haben.

Literatur

- Amin, Samir (1974): *Accumulation on a World Scale, A Critique of the Theory of Underdevelopment*. New York.
- Arghiri, Emmanuel (1972): *Unequal Exchange: A Study of Imperialism of Trade*. New York.
- Heckscher, Eli (1919): *The Effects of Foreign Trade on the Distribution of Income*. Stockholm.
- Kalming, Stefan; Nowak, Andreas (2004): »Die geographische Expansion des Kapitals und das Problem der global-ungleichen Entwicklung bei Marx.« In: Gerlach, Olaf; Kalming, Stefan; Kumitz, Daniel; Nowak, Andreas (Hrsg.) (2004): *Peripherie und globalisierter Kapitalismus. Zur Kritik der Entwicklungstheorie*. Frankfurt/Main, S. 220-242.
- Kalming, Stefan; Nowak, Andreas (2005): »Der Marx'sche Blick auf Afrika. Anmerkungen zu Marx fragmentarischer Auseinandersetzung mit dem afrikanischen Kontinent.« In: *Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, H. 62 (Juni), S. 63-75.
- Krause, Ulrich (1977): »Die Logik der Wertform«. In: *Mehrwert*, H. 13, S. 143-164.
- Krugman, Paul R.; Obstfeld, Maurice (2006): *Internationale Wirtschaft. Theorie und Politik der Außenwirtschaft*. Frankfurt/Main.
- List, Friedrich (1841): *Das nationale System der Politischen Ökonomie*. Stuttgart, Tübingen.
- Mandel, Ernest (1972): *Der Spätkapitalismus*. Frankfurt/Main.
- Marx, Karl; Engels, Friedrich (MEW 4): *Manifest der Kommunistischen Partei*, Berlin (Ost), S. 459-493.
- Marx, Karl (MEW 23): *Das Kapital*. Bd. I, Berlin (Ost).
- Marx, Karl (MEW 25): *Das Kapital*. Bd. III, Berlin (Ost).
- Marx, Karl (MEW 26. 3): *Theorien über den Mehrwert*. Bd. III, Berlin (Ost).
- Ohlin, Bertil (1933): *Interregional and International Trade*. Cambridge, Mass.
- Plessner, Helmut (1959): *Die verspätete Nation – Über die politische Verfügbarkeit bürgerlichen Geistes*. Frankfurt/Main.
- Ricardo, David (1817): *On the Principles of Political Economy and Taxation*. London Kap. VII, Deutsch: *Grundsätze der Volkswirtschaft und Besteuerung*.
- Rosdolsky, Roman (1969): *Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen »Kapital«*. Frankfurt/Main, Wien.
- Samuelson, Paul (1948): »International Trade and the Equalization of Factor Prices«. In: *Economic Journal*, 58. Jg., S. 163-184.
- Samuelson, Paul (1949): »International Factor Price Equalisation Once Again«. In: *Economic Journal*, 59. Jg., S. 181-197.
- Thurow, Lester C. (1996): *Die Zukunft des Kapitalismus*. Düsseldorf, München.
- UNICEF (Hrsg.) (2001): *Lage der Kinder in der Welt 2001*. Frankfurt/Main.
- Wehler, Hans-Ulrich (2003): *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*. München.
- Welthungerhilfe: *Was ist Hunger?* <http://www.welthungerhilfe.de/was-ist-hunger.html>, letzter Aufruf 15.12.2008.
- World Bank (2000/2001): *World Development Report, Attack Poverty*. Washington.
- Ziegler, Jean (2003): *Die neuen Herrscher der Welt*. München.
- Ziegler, Jean (2005): *Das Imperium der Schande*. München.

Albert Sterr

Lateinamerikas Linksentwicklung

Reformer, national-populäre Regierungen und rebellische Basisbewegungen

Die lateinamerikanische Linke macht wieder von sich reden. Nach zwei Dekaden weltmarktorientierter Politik zeichnen sich auf dem Subkontinent neue Optionen oder zumindest einzelne Elemente davon ab, wie eine Politik nach dem Neoliberalismus aussehen könnte. Da die Suche nach neuen Perspektiven bereits auf der Regierungsebene angelangt ist, geht es um mehr als die bloße Kritik an Ungerechtigkeiten und um mehr als das Recht auf Differenz, wie es die mexikanischen Zapatisten seit den 1990er Jahren einfordern. Wie dieses »Mehr« jedoch genau aussieht, ist von Fall zu Fall zu untersuchen. Wie es zu beurteilen ist, darüber gibt es äußerst kontroverse Diskussionen.

Der französische Soziologe Alain Tourraine (2006) etwa hält das Links-Rechts-Schema grundsätzlich für ungeeignet, die aktuelle Neuorientierung Lateinamerikas analytisch zu erfassen. Er meint, dass von einer Linksentwicklung keine Rede sein könne, der Subkontinent vielmehr Gefangener einer diffusen Mischung von Nationalismus und Populismus bleibe. Konservative Leitmedien wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung sekundieren und behaupten, dass in »Lateinamerika die Grenze zwischen links und rechts verwischt« (FAZ, 5.12.2006). Auf der anderen Seite stehen Autoren wie der spanische Politik- und Rechtswissenschaftler Augusto Zamora, der in seinem Beitrag »Latinoamérica, izquierda y segunda descolonización« (El Mundo, 9.2.2007) die These aufstellt, der gegenwärtige Prozess sei einzigartig und laufe auf eine »zweite Entkolonialisierung« hinaus. Zwischen diesen Polen findet sich eine Vielzahl von Länderstudien und Übersichtsartikeln, in denen versucht wird die seit einigen Jahren zu beobachtende Entwicklung zu systematisieren, einzuordnen und zu bewerten. Die folgenden Überlegungen sollen zu dieser Debatte einen Beitrag leisten.

Was ist in Lateinamerika heute »links«?

Die heutige Linke Lateinamerikas ist eine »Kombination einer Vielzahl von Parteien, sozialen Bewegungen und Ideologien« (Angell 1996: 4). Sie ist ein Kontinuum sich ergänzender, sich überlagernder und widerstreitender Kräfte. Diese weisen je nach Land und Phase subjektive und objektive Besonderheiten auf, deren Wurzeln zum Teil weit in die jeweilige Geschichte zurückreichen. Dennoch

gibt es in den unterschiedlichen historischen Phasen auch eine Reihe von Gemeinsamkeiten, vor allem was sozio-ökonomische, außenpolitische und politisch-ideologische Rahmenbedingungen betrifft. Hier können vergleichende Analysen ansetzen. Es scheint wenig sinnvoll, den umstrittenen Begriff »links« eng zu fassen und sich bei der Diskussion etwa auf antikapitalistische oder aus der klassischen Arbeiterbewegung kommende Kräfte zu beschränken. Dies hätte den entscheidenden Nachteil, dass nur ein kleiner Ausschnitt der gesellschaftsverändernden Potentiale differenziert wahrgenommen werden kann. Verschiedene Reformregierungen, die derzeit die politische Landkarte Lateinamerikas prägen, wären mit dieser Perspektive gar nicht bzw. nur in negativer Abgrenzung als Ex-Linke, Nicht-Linke etc. zu fassen.

Als positive Definitionskriterien für linke Kräfte scheinen das Eintreten für das »Ideal der Gleichheit« (Bobbio 1994) sowie für sozialen Fortschritt und gesellschaftlichen Wandel geeignet zu sein. Carlos Vilas (2005: 85 f.) gibt jedoch zu bedenken, dass selbst das Eintreten für mehr soziale Gleichheit keine Position mehr sei, die heute ausschließlich von linken Strömungen vertreten wird. Internationale Organisationen wie die Weltbank oder die Interamerikanische Entwicklungsbank treten mittlerweile für ein erhöhtes Maß an sozialem Ausgleich ein, weil sie sonst die Regierbarkeit und die Aufrechterhaltung des neoliberalen Modells auf globaler Ebene gefährdet sehen. Er nennt deshalb als weitere Kennzeichen linker Politik die »Reform des politischen Systems, mit dem Ziel die Partizipation auf bis dahin ausgeschlossene Gruppen auszuweiten«, die »Infragestellung der Organisation der Produktion«, die Organisierung von Arbeitern und popularen Schichten, die Säkularisierung der Kultur und die Einbettung in das internationale Mächtesystem mit einem erhöhten Grad an Autonomie.

Die Bestimmung von »was ist links« in Bezug auf Lateinamerika ist ungleich schwerer. Die Debatte um die Linke Lateinamerikas ist nicht zuletzt deshalb voller Fußangeln, weil die historisch bedeutendsten Veränderungsprozesse in Richtung der oben genannten Parameter nicht von linken Arbeiterparteien – wie in den kapitalistischen Zentren – verwirklicht wurden. Vielmehr waren es »nationalrevolutionäre Bewegungen« oder »national-populare Regimes«, wie sie auch bezeichnet werden, die tiefgreifende sozioökonomische und politische Umgestaltungsprozesse vorangetrieben haben. Es ist hier in erster Linie an die mexikanische Revolution und ihre nachfolgende Institutionalisierung zu denken. Stellvertretend für andere Prozesse wären auch die bolivianische Revolution in den fünfziger Jahren, der Peronismus in Argentinien, populistische Phasen in Brasilien oder der Sandinismus zu nennen. Das Verhältnis zur Arbeiterlinken (klassenkämpferische Gewerkschaften, sozialistische und kommunistische Parteien) bzw. zu Aufstandsbewegungen gestaltete sich je nach Land und historischer Phase sehr unterschiedlich. Es reichte von blutiger Verfolgung bis hin zu verschiedenen Formen der Kooperation. Nachfolgend werden die Parteien und Organisationen mit Wurzeln in Arbeiter- und Landarbeiterbewegungen sowie die politisch und

sozial deutlich heterogeneren national-popularen Bewegungen als Kontinuum politischer Kräfte betrachtet, die zueinander wie kommunizierende Röhren in Beziehung stehen. Dabei können sich diese Strömungen, die vielfach von antiemanzipatorischen Tendenzen wie Autoritarismus, Paternalismus und Klientelismus sowie einem ausgeprägten Personenkult gekennzeichnet waren und sind, ergänzen und einander stärken wie auch gegenseitig blockieren.

Um diese schwierige Lagebestimmung der verschiedenen linken Kräfte am Ende umreißen zu können, wird im Folgenden auf die veränderten sozioökonomischen Bedingungen eingegangen, sowie die verschiedenen politischen Strategien dargestellt, die zu der Debatte um Lateinamerikas Linksentwicklung Anlass gegeben haben.

Neue Rahmenbedingungen

Zwischen den heutigen Reformregierungen und ihren national-popularen Vorläufern liegen zwei historische Etappen: die Diktaturen in den 1960er und 70er Jahren wurden abgelöst von zwei Dekaden, die von der Deregulierung der Binnenmärkte und einer Demokratisierung unter der Ägide liberal-konservativer Parteien geprägt waren. Bis auf wenige Ausnahmen waren die lateinamerikanischen Staatschefs in beiden Phasen enge Verbündete der USA. Die Erfahrungen mit Staatsterrorismus, Exil und der Zerschlagung linker Organisationen auf der einen Seite sowie die kritische Verarbeitung der Implosion des Realsozialismus führten dazu, dass in Lateinamerika heute bürgerlich-demokratische Normen wie freie Wahlen, Organisations-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit usw. von linken Parteien aller Couleur und, wenn auch mit Abschwächungen, von linkspopulistischen Bewegungen als unterstützenswerte Essentials verteidigt werden. Avantgardekonzepte und -parteien, seien sie leninistischer, guevaristischer, trotzkistischer oder maoistischer Provenienz, finden nur wenige Anhänger. Lediglich Kuba hält derzeit noch an seiner realsozialistischen Konzeption fest, in der staatsbürgerliche Freiheiten und soziale Gleichheit in Gegensatz zueinander stehen.

Neben der hohen Wertschätzung, welche bürgerliche Freiheitsrechte in Lateinamerika heute genießen, betrifft der zweite grundlegende Wandel die Außenpolitik der USA. Unter Bedingungen der geopolitischen Rivalität mit dem Realsozialismus galt den USA die Linke Lateinamerikas als »gefährlicher Akteur«, wie etwa Wilfredo Lozano (2005: 132) hervorhebt. Trotz ihrer eingeschränkten Fähigkeit zur sozialen Repräsentation wurden Revolutionäre und teils auch Reformen als wirkliche oder vermeintliche »fünfte Kolonne Moskaus« eingestuft und jahrzehntelang mit aller Härte bekämpft bis hin zu direkten Militärinterventionen oder dem Aufbau von Söldnerarmeen. Seit dem Ende der Blockkonfrontation agieren die USA zurückhaltender, wenngleich dies im Einzelfall wie in Kolumbien mit dem »Plan Andino« oder gegenüber Präsident Chávez militärisches Engagement

oder scharfe politische Konfrontationen nicht ausschließt. Die seit Jahren anhaltenden Auslandseinsätze der US-Militärkräfte im mittleren Osten reduzieren aufgrund der immensen finanziellen, operativen und menschlichen Ressourcen, die dadurch gebunden werden, die Bereitschaft und auch die Möglichkeit in Lateinamerika gegen missliebige Regierungen in relevantem Umfang militärischen Druck aufzubauen. Dies unterscheidet die gegenwärtige Phase grundlegend von den zwei vorhergegangenen.

Größeren außenpolitischen Spielräumen Lateinamerikas stehen trotz der gegenwärtigen Preishausse bei Rohstoffen insgesamt vergleichsweise eng begrenzte Spielräume in der Wirtschafts- und Sozialpolitik gegenüber. Nachdem in der Phase der »importsubstituierenden Industrialisierung« (1930-1980) in Lateinamerika Grundstoff- und Konsumgüterindustrien entstanden waren, der Staat Infrastrukturen und staatseigene Unternehmen ausgebaut hatte, mit Krediten und hohen Schutzzöllen die Produkte der einheimischen Industrien gegen ausländische Konkurrenz geschützt hatte und so seine Funktionen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik vervielfachte, war das Pendel Ende der 1970er Jahre ins Gegenteil ausgeschlagen. Unter dem Diktat der Auslandsverschuldung wurden in den 1980er und vor allem in den 1990er Jahren Gegenreformen durchgeführt, welche die soziale Basis der Linken (die Beschäftigten in der formellen Ökonomie und die Mittelklasse) hart trafen und ihre Möglichkeiten der Interessensartikulation etwa in Gewerkschaften und berufsständischen Interessensverbänden verringerten. Parallel dazu wurde die Privatisierung der Staatsindustrien vollzogen. Dabei war Lateinamerika im Vergleich zu allen anderen Entwicklungsländern führend. 1990-95 wurde aus dem Verkauf von 694 Unternehmen ein Privatisierungserlös von 59 Mrd. US \$ erzielt, mehr als die Hälfte der Gesamterlöse in allen anderen Entwicklungsländern. 1998 waren es sogar 77 Prozent (Boris u. a. 2005: 42). Zusammen mit Zollsenkungen und der Öffnung für Importe verloren die Staaten Lateinamerikas damit nach innen hin an wirtschaftspolitischer Steuerungsfähigkeit. Stellt man noch die hohe Auslandsverschuldung sowie den anhaltenden Bedarf an frischem Kapital in Rechnung, so ergibt sich ein Bild starker Krisenanfälligkeit. Externe Schocks, wie die Asienkrise 1997, Zinserhöhungen der US-Notenbank, erhöhte Zinsaufschläge wegen politischer Krisen, fallende Rohstoffpreise oder andere Veränderungen der außenwirtschaftlichen Variablen, die von Lateinamerika kaum beeinflussbar sind, können alle Ökonomien, eingeschlossen Brasilien und Mexiko, innerhalb kürzester Zeit in akute Krisen stürzen. Damit soll nicht in Abrede gestellt werden, dass sich die Krisenanfälligkeit in den letzten Jahren wegen der hohen Exporteinnahmen wieder etwas reduziert hat.

Aus der anhaltenden außenwirtschaftlichen Verwundbarkeit ziehen die derzeitigen Reformregierungen den Schluss, dass Grundpfeiler der neoliberalen Wirtschaftspolitik beibehalten werden müssen. Jene nämlich, die das makroökonomische Gleichgewicht und die Einordnung der jeweiligen Nationalökonomien in den Weltmarkt steuern, also Inflationsbekämpfung, Erzielung von Leistungsbilanz-

überschüssen zur Schuldenbedienung, ausgeglichene Haushalte, niedrige Zölle, Freihandel etc. Zwar gibt es graduelle Unterschiede in der Entschiedenheit, mit der diese Ziele umgesetzt werden, Brasiliens PT-Regierung unter Lula oder die chilenische Concertación, an der die sozialistische Partei seit Ende der Diktatur beteiligt ist, sind hier orthodoxer, als etwa Kirchner in Argentinien oder Chávez in Venezuela. Die Ökonomen der Weltbank und die Reformregierungen einschließlich der sozialistischen Regierung Kubas sind sich jedoch einig, der makro-ökonomischen Stabilität Vorrang zu geben. Die sozialen Belange der Bevölkerung werden als abhängige Variable davon gesehen. Die Sozialprogramme sind so angelegt, dass sie die Pfeiler der Weltmarkteinordnung nicht in Frage stellen. Anders als bei Linksregierungen in früheren historischen Phasen geht es nicht um Sozialismus. Keine der aktuellen Reformregierungen, abgesehen vielleicht von einer Minderheitstendenz in der Staatsführung Venezuelas, zielt kurz- oder mittelfristig auf einen Wandel der Produktionsverhältnisse oder einen grundlegenden Strukturwandel der Gesellschaft ab. Denn das Privateigentum an Produktionsmitteln wird derzeit nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Es handelt sich vielmehr um gradualistische Strategien mit der Absicht, »den Kapitalismus ausgeglichener und deshalb verregelter« zu gestalten. So fasst Carlos Vilas die aktuellen sozio-ökonomischen Strategien »national-popularer Regimes« zusammen. Auch der »neue, frische, sehr unsrige, eingeborene bolivarianische Sozialismus«, den Chávez postuliert, »ist letztlich noch immer eine Variante des Kapitalismus« wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung (22.1.2006) konstatiert. In Venezuela geht es wie in anderen lateinamerikanischen Staaten darum, dass ein mit verschiedensten Maßnahmen wieder gestärkter Staat Sozialreformen vornehmen und eine vorteilhaftere Einordnung in die globale Wettbewerbsökonomie in die Wege leiten soll. Der Kernbestand makro-ökonomischer und gesellschaftlicher Strukturreformen, welche in den letzten beiden Dekaden das neoliberale Modell auf den Weg gebracht hatte, bleibt – mit partieller Ausnahme Venezuelas – bislang unangetastet. Aus diesem Befund folgt, dass es zwischen den Reformregierungen Lateinamerikas und den sie tragenden Schichten zu einem Dauerkonflikt um die Sozialpolitik kommen muss. Einige große oppositionelle Basisbewegungen (Landlose in Brasilien, Piqueteros und Betriebsbesetzer in Argentinien, Cocaleros im Andenraum oder Bewegungen gegen Privatisierung in einigen Ländern) vertreten zudem sozio-ökonomische Forderungen mit teils antikapitalistischen Stoßrichtungen, die diesen engen sozio-ökonomischen Rahmen sprengen.

Alternativen werden Realität

Die These, dass es keine gangbare Alternative zum neoliberalen Wirtschaftskonzept gebe und sich diesem so gut wie jede gesellschaftliche Regung bei Strafe des Untergangs im internationalen Wettbewerb zu unterwerfen habe, wird mittler-

weile in Lateinamerika von breiten gesellschaftlichen Schichten abgelehnt. Dies hat die liberalkonservativen Parteien, die in den letzten zwei Dekaden tonangebend waren, spürbar geschwächt und ein Momentum erzeugt, das über die Länder und die konkreten Kräfteverhältnisse hinweg für progressive und linke Kandidaturen generell Rückenwind bringt. Noch bis vor wenigen Jahren war das Einklagen von sozialen und ökonomischen Alternativen die Sache außerparlamentarischer Massenbewegungen. Nach diversen Wahlerfolgen, die nicht zuletzt diesen Protestbewegungen zu verdanken sind, suchen nun auch Regierungen nach geeigneten Ansatzpunkten und neuen Wegen. Die Präsidenten, das belegen beispielsweise die letzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Brasilien oder in Venezuela, werden daran gemessen, ob sie dabei Zwischenergebnisse vorzuweisen haben oder nicht. Für Euphorie gibt es keinen Anlass, denn die Bilanz ist durchwachsen. In einigen Bereichen jedoch haben fortschrittliches Regierungshandeln sowie Basisbewegungen die Parameter für die weitere Politik ein gutes Stück wegbewegt vom neoliberalen Projekt. Es seien nur die einschneidendsten Veränderungen benannt:

- ALCA, die ursprünglich für 2005 geplante gesamtamerikanische Freihandelszone, das zentrale neoliberale Projekt der USA für den Kontinent, ist bis auf weiteres auf Eis gelegt, weil es in Südamerika auf mehreren Ebenen und mit unterschiedlichen Begründungen heftige Widersprüche gibt. Die USA behelfen sich unterdessen mit bilateralen Verträgen mit den willigen Staaten.

- Das IWF-Kreditkartell, operatives Hauptinstrument zur Kontrolle der Finanzpolitik, wurde de facto ausgehebelt, nachdem Brasilien, Argentinien, Uruguay und Venezuela die IWF-Schulden zurückzahlten und Venezuela als Kreditgeber auftritt. Kleine und volkswirtschaftlich schwache Länder wie Bolivien und Ecuador können heute ohne IWF-Einmischung ökonomische Experimente wagen. Eine »Banco del Sur« ist im Aufbau.

- Ein einseitig vorangetriebenes Umschuldungsabkommen hat 2005 die Verpflichtungen Argentiniens gegenüber internationalen Privatgläubigern auf einen Schlag um über 60 Milliarden US \$ reduzieren können und zwar ohne dafür mit einem Wirtschafts- und Kreditboykott bestraft zu werden!

- Boliviens Präsident Evo Morales verstaatlichte 2006 zuerst die Erdöl- und Erdgasvorkommen um 2007 die Telekommunikation wieder unter staatliche Kontrolle zu bringen. Weitere Verstaatlichungen im Bergbau sowie im Agrarsektor sind angekündigt.

- Venezuelas Regierung unter Präsident Chávez verstaatlicht Schlüsselbranchen (u. a. Öl, Telekommunikation, angekündigt: Banken) und nutzt die Windfallprofite im Ölgeschäft, um lateinamerikanische Kooperationsprojekte schwerpunktmäßig im Energiebereich (Petrocaribe; Petrosur) voranzutreiben.

- Venezuela, Kuba und Bolivien unterzeichneten im April 2006 ein Kooperationsabkommen, das die venezolanische »Bolivarianische Alternative für Amerika (ALBA) konkretisiert und u. a. Zollfreiheit beim Warenaustausch, verbilligte Öl-

lieferungen und die Entsendung von Technikern und medizinischem Personal beinhaltet. Nicaragua schloss sich an und unterzeichnete umfangreiche Vereinbarungen zur Elektrizitätserzeugung. Ecuador sowie Länder aus der Karibik kündigten ebenfalls ihren Beitritt an.

- Die von internationalen Finanzinstitutionen schon lange geforderte Privatisierung des Energie- und Ölsektors in Mexiko bleibt auch unter der autoritär-neoliberalen Regierung von Präsident Calderón weiter heftig umstritten.

- In Ecuador zeichnet sich unter Präsident Caldera nicht nur eine neue Verfassung sondern auch eine sozial- und wirtschaftspolitische Neuausrichtung ab.

- In Bolivien und Mexico (Oaxaca) traten breit getragene soziale Bewegungen, die teils aufständischen Charakter hatten, mit einer scharfen Kritik am Neoliberalismus in Erscheinung.

Das Fazit dieser Ansätze lautet, dass sich der lateinamerikanische Staat als kontrollierender Lizenzgeber, Eintreiber höherer Steuern und Abgaben sowie als Eigentümer expandierender Staatsunternehmen im Rohstoffbereich nachdrücklich in der ökonomischen Arena zurück meldet. Starke soziale Bewegungen üben auf die Exekutive Druck aus, damit marginalisierte Bevölkerungsschichten in den Genuss höherer Sozialtransfers kommen.

Die Stärkung der Staatsfunktionen in der Wirtschaft ist jedoch nicht einfach ein »Rückgriff in die populistische Klamottenkiste«, wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* oder die *Süddeutsche Zeitung* anlässlich der Verstaatlichungen in Bolivien schrieben. Denn die genannten Maßnahmen sind keineswegs Ausdruck eines generell staatsinterventionistischen Wirtschaftskonzeptes, wie es in Zeiten national-popularer Regime Mitte des 20. Jahrhunderts existierte und das sich vor allem auch auf Produktions- und Konsumgüterindustrien erstreckte. Das über mehrere Jahrzehnte geltende Konzept »importsstituierender Industrialisierung« (ISI) mit seiner Konzentration auf den Binnenmarkt, durch hohe Zölle geschützte Konsumgüterindustrien, Devisenkontrollen und feste Wechselkurse wollen weder Chávez, noch Castro noch Morales wiederbeleben. Der Inhalt ihres ALBA-Wirtschaftsabkommens, dem sich nach dem erneuten Wahlsieg Daniel Ortegas auch Nicaragua angeschlossen hat, ist im Gegenteil freier Güteraustausch untereinander und eine regionale ökonomische Integration! Auf der anderen Seite passen die verstärkten staatlichen Interventionen auch nicht in das Konzept »Exportorientierter Industrialisierung« (EOI), das einen schlanken Staat mit marktfreundlicher Politik fordert und auf einem behaupteten Zusammenhang von Weltmarktexporten und gesamtwirtschaftlichem Wachstum oder gar Entwicklung fußt, so Enrique Dussel Peters (2006: 124). Im Gegensatz zur »Importsstituierenden Industrialisierung« (ISI), die als Angelpunkt die Entwicklung der Binnenökonomie hat, fußt das derzeit weltweit favorisierte Konzept »Exportorientierter Industrialisierung« (EOI) auf der direkten und durch Exporte vermittelten Anbindung jeder Einheit (Firmen, Branchen, Regionen, Nationen) an den Weltmarkt. Produktivitäts- und Effizienzsteigerung und das Ausschöpfen komparativer Vorteile sollen Standort-

vorteile und damit Wohlstand ermöglichen. Diese Strategie hat – unter ganz spezifischen Voraussetzungen und mit hohen ökologischen und sozialen Kosten – in China und Teilen Südostasiens ihre Stärken bewiesen. In Lateinamerika überwiegen aus Sicht Vieler die Nachteile. Die aktuellen Staatseingriffe lassen sich m. E. keiner der beiden Industrialisierungsstrategien zuordnen. Die südamerikanischen Akteure betreten konzeptionelles Neuland.

Linke und national-populäre Strömungen

Die aktuelle Welle linker, national-populärer und progressiver Wahlsiege hat ihr Zentrum in den bevölkerungs- und rohstoffreichen sowie wirtschaftsstarken Ländern Südamerikas. Die neuen Regierungen kamen ins Amt, weil sie eine Korrektur der polarisierenden Wirtschafts- und Sozialpolitik versprachen. Trotz aller Unterschiede bezüglich programmatischer Grundlagen, den Regierungsallianzen bzw. den jeweiligen sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen ähneln sie sich doch insofern, als alle neuen Regime im Vorhinein nicht mehr als einen graduellen Umbau des bestehenden Wirtschaftssystems ankündigten. Inwieweit sie ihre Versprechen einhalten, die Spielräume ausschöpfen oder sogar ausweiten können, ist im Einzelnen zu analysieren. Auf jeden Fall stand ein Systemwechsel, Sozialismus oder gar Revolution von vorne herein nicht auf der Agenda. Hierin unterscheiden sich die von breiten Mehrheiten gewählten Präsidenten in Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, Nicaragua, Uruguay und Venezuela prinzipiell von den Protagonisten der letzten großen linken Welle in Lateinamerika.

Den nationalen Befreiungsbewegungen Mittelamerikas, den kleinsten und wirtschaftlich unbedeutendsten Ländern des Subkontinents, ging es in den 1980er Jahren nicht um Gradualismus sondern um Revolution. Im Zuge der Friedensverhandlungen mit den gegenrevolutionären Kräften verwandelten sich die Revolutionsbewegungen in mehr oder weniger linke bzw. mehr oder weniger starke Reformparteien. Heute sind die ehemaligen nationalen Befreiungsbewegungen Mittelamerikas von ihren Grundorientierungen her mit den Reformkräften Südamerikas vergleichbar. Am Beispiel Daniel Ortegas, der in Nicaragua 2007 eine zweite Amtszeit als Präsident antrat, wird der Richtungswechsel sogar von ein- und derselben Person verantwortet.

Teodoro Pettkoff (2005: 119 f.), ein bekannter venezolanischer Chávez-Kritiker, konstatiert in Lateinamerika die Existenz zweier linker Hauptströmungen. Einer »pragmatischen, demokratischen Reformlinken« stehe eine autoritäre, radikale »archaische Linke« mit den Exponenten Castro und Chávez gegenüber. Jorge Castañeda (2006), der einflussreiche mexikanische Politikwissenschaftler, sieht es ähnlich. Neben der »pragmatischen und realistischen Linken« aus der PT Brasiliens, der Sozialistischen Partei Chiles und der Frente Amplio Uruguays, gebe es eine »populistische, rein nationalistische und mit geringem ideologischen Funda-

ment ausgestattete Strömung um Chávez, Kirchner und López Obrador in Mexiko«. James Petras (La Jornada, 11.3.07) macht drei Strömungen aus: die »radikale Linke« vor allem in Gestalt der kolumbianischen FARC-Guerilla, die »pragmatische Linke« mit Hugo Chávez, Evo Morales und Fidel Castro an der Spitze und die »neoliberale Linke« mit den übrigen Reformregierungen. Der ecuadorianische Soziologe Franklin Ramírez Gallegos (2006) legte mit »Mucho más que dos izquierdas« einen bemerkenswert differenzierten Beitrag vor, der vor allem auf die Heterogenität und die historischen und organisatorischen Besonderheiten der einzelnen Parteien und Bewegungen abhebt. An ihn anknüpfend scheint es sinnvoll, drei fortschrittliche und linke Hauptströmungen voneinander zu unterscheiden: 1) sozialdemokratische und sozialistische Reformparteien, 2) national-populäre Strömungen und Regierungen und 3) anti-systemische Bewegungen und Organisationen. Es ist im Einzelfall wie etwa bei der bolivianischen »Bewegung zum Sozialismus« (MAS) oder der brasilianischen Landlosenbewegung MST sicher nicht immer möglich, Organisationen trennscharf einer Kategorie zuzuordnen, weil in ihrem Inneren unterschiedlichste Flügel koexistieren. Außerdem wandeln sich die Akteure im Laufe ihrer Existenz z. T. erheblich, so wie etwa die Revolutionsbewegung El Salvadors zur Parlamentspartei oder sie fächern sich auf und verlieren rasch an Bedeutung wie die Piqueteros in Argentinien. Obwohl sich, wie Ramírez Gallegos (2006: 35 ff.) zeigt, die soziale Basis, die innerorganisatorischen Strukturen und die inhärenten politischen Logiken signifikant unterscheiden, scheint die Einteilung in drei Grundströmungen dennoch für das Verständnis der Linksentwicklungen nützlich. Diese Grundströmungen sollten jedoch nicht als empirisch exakt abgrenzbare Kräfte fehlinterpretiert werden. Die drei Grundströmungen sind im Weberschen Sinne vielmehr als Idealtypen zu verstehen. Steve Ellner (2005) hat »drei antineoliberale Strategien Lateinamerikas« skizziert, die m. E. nach diesen Strömungen zugeordnet werden können. Ellner spricht von einer Mitte-Links-Strategie (Bündnis linker Reformer/Mittelschichten plus Teilen der nationalen Unternehmer), einer anti-neoliberalen (Oppositions-) Strategie, die vor allem auf die eigene Stärke der Linksparteien setzt, Bündnisse mit liberalen Parteien meidet und vor allem die Auswirkungen des Neoliberalismus anprangert sowie einem dritten Ansatz, bei dem Ablehnung des Neoliberalismus, Antiimperialismus und Antikapitalismus das inhaltliche Gerüst explizit sozialistischer Oppositionsbewegungen bilden. Diese drei Strömungen sollen kurz skizziert werden.

Sozialdemokratische und sozialistische Reformparteien

Die brasilianische PT-Regierung, das von Sozialisten regierte Chile sowie Uruguay unter Tabaré Vázquez sind die bedeutendsten Vertreter des Typus linker Reformregierung, die von linken Parlamentsparteien mit langjähriger Tradition, gefestigter Parteiorganisation und ausformulierter Programmatik getragen werden.

Diese Parteien bzw. Bündnisse haben langjährige innerparteiliche Entwicklungsprozesse hinter sich. Sie sind insbesondere bei Beschäftigten der formellen Wirtschaft und in Mittelschichten stark verankert. Ihr Einfluss bei den Marginalisierten ist vergleichsweise gering bzw. nur elektoral und organisatorisch wenig untermauert. Auf Grund des überdurchschnittlich hohen Politisierungsgrades ihrer Anhängerschaft können diese Regierungen erfolgreich mit Erblast- und Sachzwangargumenten operieren. Argumentationen wie »das kleinere Übel«, »gebundene Hände« oder des nötigen »langen Atems« ziehen. Derartige Diskurse können linken Parlamentsparteien mit solider Organisation und Verankerung unter Intellektuellen Zeit verschaffen. Dennoch sind Spannungen mit nahestehenden sozialen Bewegungen vorprogrammiert. An Einzelfragen kann es zur Konfrontation zwischen Reformregierung und sozialen Bewegungen kommen. Auch Parteiaustritte, Abspaltungen oder die Gründung neuer Parteien wegen nicht eingehaltener sozialer Versprechen überraschen nicht. Die PT wie auch andere sozialdemokratische/sozialistische Regierungen in Südamerika setzen auf eine Strategie der »Mitte-Links-Bündnisse« wie sie vom Politikwissenschaftler Jorge Castañeda seit Mitte der 90er Jahre propagiert werden. Die Einbindung von Teilen der nationalen Bourgeoisie in Wahlallianzen führte zwar zu Stimmzuwächsen, jedoch gelang es nicht, die Mitte für »anti-neoliberale Positionen zu gewinnen«. Im Gegenteil wurde die »Linke auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik handzahn«, so Steve Ellner (2005: 500) über den Schwachpunkt dieser Strategie.

National-populäre Regierungen

Die »national-populären Regimes« unter Präsident Chávez in Venezuela, Kirchner in Argentinien und Morales in Bolivien unterscheiden sich in verschiedener Hinsicht von den Regierungen der parlamentarischen Linksparteien. Ihr Referenzrahmen ist die Nation und nicht ein – abgeschwächter – Bezug auf die Arbeiter in Stadt und Land. Ihre Konfliktanalyse hebt nicht in erster Linie auf ökonomisch-sozial fundierte Klassenkonflikte ab, sondern auf Auseinandersetzungen zwischen einer imaginierten (Mehrheits-)Nation und ihren inneren (Oligarchie) und äußeren (USA, transnationale Konzerne) Feinden. Was ihre Rhetorik und politische Phraseologie angeht, ist sie radikal anti-neoliberal. Die Symbolik ist vielfach betont national bzw. konfrontativ anti-amerikanisch. Dies schreckt Teile der Mittelschichten ab. Die Politikvermittlung durch Institutionen und Organisationen wird ersetzt durch symbolische Gesten, Medienpräsenz und Massenkommunikation von oben sowie Straßenmobilisierungen und variable Zusammenschlüsse von unten. Wobei letztere auf der Basis- und Alltagsebene durchaus demokratisierende Momente haben können. Die Anhängerschaft der linkspopulistischen Caudillos findet sich vorwiegend unter den Marginalisierten bzw. Schichten, die von den bisherigen Parteien politisch nicht repräsentiert waren (wie Indígenas, Cocaleros). Das Wahlverhalten dieser Schichten schwankt erheb-

lich. Die heterogene Anhängerschaft ist, bis auf die Ausnahmen Ecuador und Bolivien, wo es vor allem starke Indígenazusammenschlüsse gibt, organisatorisch wenig strukturiert und durch ein vorwiegend von Hoffnungen und Emotionen getragenes Gefolgschaftsverhältnis direkt an den charismatischen Líder gebunden. Die Beschäftigten der formellen Wirtschaftssektoren sowie ihre Interessensorganisationen wie Gewerkschaften und Standesorganisationen nehmen häufig eine abwartende Haltung ein. Die Bandbreite reicht von vorübergehenden Bündnissen mit Linkspopulisten bis hin zu erbitterter Opposition. Anders als in der klassischen Phase des Populismus im letzten Jahrhundert bilden Arbeiterschaft und Mittelschichten nicht die gesellschaftliche Hauptbasis der Linkspopulisten. Diese Rolle übernehmen die Marginalisierten. Ein weiterer Unterschied: linke Kritiker werden von Linkspopulisten heute nicht verfolgt oder gar gewaltsam bekämpft. Der häufig fehlende organisatorische Unterbau national-popularer Regimes wird durch klientelistische Beziehungen ersetzt. Sofern die sozialen Hoffnungen der Anhängerschaft enttäuscht werden, können Linkspopulisten schnell wieder in die Bedeutungslosigkeit absinken, da Rückschläge als Versagen des Líders verarbeitet werden und nicht als politische Probleme. Vermittlungsinstanzen und Puffer, wie sie Reformparteien in Gestalt ihrer Apparate zur Verfügung haben, welche enttäuschte Erwartungen verarbeiten und dadurch abmildern können, stehen Linkspopulisten nicht zur Verfügung. Hierin liegt ihre größte Schwäche. Das Zeitfenster, innerhalb dessen soziale Erfolge vorzuweisen sind, ist deshalb kürzer. Für die Stabilität des Regimes kommt der Trias von charismatischem Líder, emotionalisierender Rhetorik gegen (äußere) Feinde und ansteigenden Sozialtransfers entscheidende Bedeutung bei. Die phasenweise breite Massenunterstützung ist begründet im entschiedenen Anti-Neoliberalismus und dem Versuch der Re-Regulierung wirtschaftlicher Aktivitäten durch den Staat. Dies ist neben dem Mitte-Links-Bündnis nach Steve Ellner (2005) der zweite strategische Ansatz in der lateinamerikanischen Linken.

Anti-systemische Bewegungen

Neben dem Sonderfall Kuba, der in diesem Rahmen nicht erörtert werden kann, gibt es unterhalb der Regierungsebene in einigen Ländern Lateinamerikas starke soziale Bewegungen, die sich nicht auf die Ablehnung des Neoliberalismus und graduelle Verschiebungen innerhalb kapitalistischer Produktionsverhältnisse beschränken, sondern auch antikapitalistische und antiimperialistische Elemente aufweisen. Dies ist laut Ellner die dritte Strategie derzeitiger Linkspolitik. Wegen ihres Charakters als Oppositionsbewegungen, die an den dringendsten sozialen Bedürfnissen ihrer Anhängerschaft ansetzen, stehen für sie wirkliche oder vermeintliche makro-ökonomische Sachzwänge nicht im Zentrum ihrer Politik. Die meisten Bewegungen formieren sich zur Abwehr weiterer Zumutungen. Sie sind gegen die Privatisierung von Strom, Wasser, Bildung, Gesundheitsvorsorge etc.

Häufig regional verankert vereinen sie in breiten Bündnissen Marginalisierte, formell Beschäftigte und Mittelschichten bis hin zu örtlichen Kleinunternehmern, alle wichtigen Kräfte, um den Ausverkauf bzw. die Verteuerung öffentlicher Dienstleitungen zu verhindern. Diese Bewegungen entstehen oft lokal, bieten Möglichkeiten sozialer Einigung und kollektiver Aktion, können sich radikalisieren und als Widerstandspotential gegen Privatisierung territorial und politisch ausweiten. Gewerkschaften und betroffene Bürgerschaft entwickelten den Protest vorbei an bestehenden Parteien und bauten ihn zu einer Vetomacht aus. In einigen Fällen wie in Uruguay, Bolivien, Peru oder El Salvador konnten konkrete Teilerfolge erzielt werden, wie Anne Tittor in ihrer detaillierten Übersicht über Anti-Privatisierungsbewegungen zeigt (Boris u. a. 2005: 40 ff.). Mehrfach bildeten diese Bewegungen das Rückgrat für den Sturz liberalkonservativer Präsidenten bzw. die WählerInnenbasis für Oppositionskandidaten. In Bolivien schälte sich in einem Zeitraum von fünf Jahren aus einer Anti-Privatisierungsbewegung eine offensive Stoßrichtung in Richtung Re-Nationalisierung der Gasvorkommen heraus, die Evo Morales ins Präsidentenamt trug. Andere wie die Landlosenbewegung Brasiliens (MST), der Indígena-Dachverband CONAIE in Ecuador und Campesino-Vereinigungen in Paraguay oder auch die Bewegung besetzter Betriebe in Argentinien setzen direkt an den Eigentumsverhältnissen an. Unabhängig von Parteien zielen massive Landbesetzungen, Betriebsbesetzungen oder Forderungen nach Agrarreformen auf die Umverteilung von Produktionsmitteln in die Hände der Produzenten. Zum Teil sprechen sich diese Bewegungen – wieder – offen für ein System mit sozialistischem Charakter aus. Eine besondere Variante einer anti-systemischen, ländlich-indianischen Bewegung stellen die Zapatisten dar. Ihre Orientierung auf Verweigerung an der Teilhabe institutioneller Macht, ihr Antiparlamentarismus und ihre Parteienfeindlichkeit, die vor dem korrupten Hintergrund mexikanischer Politik zu sehen sind, verleiht ihnen einen Nimbus von Prinzipientreue und moralischer Unangreifbarkeit, welche der internationalen Kritik an der neoliberalen Globalisierung Impulse verlieh. Programmatisch anti-kapitalistische Organisationen gibt es in Lateinamerika derzeit vor allem in Form diverser sozialistischer/kommunistischer Kleinparteien mit wenigen Prozent der Stimmen und geringem gesamtgesellschaftlichem Einfluss. Als antisystemische Guerillabewegung ist lediglich die ehemals prosojetische FARC in Kolumbien bedeutend. Diese ist zwar militärisch stark, verfügt jedoch politisch nur über ein vergleichsweise geringes Gewicht, da sie im Kampf Mittel einsetzt, die bei potentiellen Bündnispartnern auf Ablehnung stoßen, wie ihre Verwicklung in Drogengeschäfte und die Entführung und Ermordung von Zivilpersonen.

Ausblick

Alles in allem dürften es vor allem die sozialen Bewegungen sein, welche die neoliberale Hegemonie erschütterten und mit ihren vielfältigen Aktivitäten den Raum für fortschrittliche Regierungskoalitionen öffneten. Diese konnten die Handlungsspielräume für linke Strömungen, soziale Bewegungen und Parteien – begrenzt – erweitern (Boris 2007: 498). Für die Zukunft der linken und national-popularen Regierungen ist es entscheidend, wie sich diese Bewegungen weiter entwickeln und wie sich das Verhältnis Regierung/Bewegungen gestaltet. Eine an makro-ökonomischen Indikatoren orientierte Wirtschafts- und Sozialpolitik steht in einem permanenten Spannungsfeld mit den Interessen, auf die sich die Bewegungen berufen. Auf der anderen Seite greift auch das ausschließliche Setzen auf soziale Bewegungen, wie es etwa John Holloway (2002) favorisiert, zu kurz. Schließlich müssen die von breiten Mehrheiten gewünschten Kurskorrekturen auch in staatliche und überstaatliche Politik übersetzt werden. Ansonsten drohen oppositionelle Energien zu verpuffen. Eine qualitative Ausweitung der makro-ökonomischen Spielräume, das haben die Sorgen des IWF vor weiteren Aufständen in Argentinien und die deshalb akzeptierte Schuldenstreichung ebenso gezeigt, wie die Verteidigung des weggeputschten Präsidenten Chávez auf der Straße und dessen nachfolgende Radikalisierung oder die Nationalisierung der Gasressourcen in Bolivien, ist nur in einer Wechselwirkung aus Druck von der Straße und geschicktem Agieren reformbereiter bzw. systemkritischer Politiker zu erzielen. Fehlt ein Element, stehen im Hintergrund schon in mehreren Ländern starke Unternehmerpolitiker bereit, um Rückschläge der neuen Reformregierungen auszunutzen.

Literatur

- Angell, Alan (1996): »Demokratische Politik und Linke in Lateinamerika«, in: Quetzal, H. 15, 16, S. 2-7.
- Bobbio, Norberto (1994): Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin.
- Boris, Dieter (2007): »Lateinamerika linksmittig«. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 4/2007, S. 491-498.
- Boris, Dieter; Schmalz, Stefan; Tittor, Anne (2005): Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie? Hamburg.
- Castañeda, Jorge (2006): »Latin America's Left Turn«. In: Foreign Affairs, May/June 2006.
- Dussel Peter, Enrique (2006): »China und Lateinamerika«. In: PROKLA, H. 142, S. 113-127.
- Ellner, Steve (2006): »The Defensive Strategy of the Left in Latin America«. In: Science & Society, 70. Jg., H. 3, S. 397-410.
- Ellner, Steve (2005): »Die drei antineoliberalen Strategien Lateinamerikas«. In: Das Argument, H. 262, S. 496-505.
- Hamecker, Marta (2004): »Sobre la estrategia de la izquierda en América Latina«. In: Rebelión, 6.10.2004
- Holloway, John (2002): Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen. Münster.
- Laclau, Ernesto (2006): »La deriva populista y la centroizquierda latinoamericana«. In: Nueva Sociedad, H. 205, S. 56-61.
- Lozano, Wilfredo (2005): »La izquierda latinoamericana en el poder«. In: Nueva Sociedad, H. 197, S. 129-145.
- Petras, James (2007): »América Latina: cuatro bloques de poder«. In: La Jornada, 11.3.2007.
- Petkoff, Teodoro (2005): »Las dos izquierdas«. In: Nueva Sociedad, H. 197, S. 114-128.
- Ramírez Gallegos, Franklin (2006): »Mucho más que dos izquierdas«. In: Nueva Sociedad, 205, S. 30-44.
- Rodríguez Garavito, César A.; Barrett, Patrick A.; Chavez, Daniel (2005): La nueva izquierda en América Latina. Bogota.

- Schamis, Hector. E. (2006): »Populism, socialism, and democratic institutions«. In: Journal of Democracy, 17. Jg., H. 4, S. 20-34.
- Touraine, Alain (2006): »Entre Bachelet y Morales, ¿existe una izquierda en América Latina?«. In: Nueva Sociedad, H. 205, S. 46-55.
- Vilas, Carlos M. (2005): »La izquierda latinoamericana y el surgimiento de regímenes nacional-populares«. In: Nueva Sociedad, H. 197, S. 84-99.
- Zamora R., Augusto (2007): »Latinoamérica, izquierda y segunda descolonización«. In: El Mundo, 9.2.2007

Die neuen »Mitte-Links«-Regierungen in Lateinamerika

Seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts hat in Lateinamerika ein neuer politischer Pulsschlag eingesetzt, welcher nunmehr durch seine Vervielfältigung unüberhörbar geworden ist. Die dort bis Ende 2006 abgehaltenen 12 Präsidentschaftswahlen haben zwar keineswegs nur linke oder »Mitte-Links«-Kandidaten siegen lassen, dennoch aber das politische Spektrum insgesamt weiter nach links verschoben. Dies wird nicht nur durch die großen Wahlsiege von Lula (Brasilien) und Chávez (Venezuela) und einige andere Fälle dokumentiert, sondern auch dadurch angezeigt, dass z. B. in Mexiko und Costa Rica die konservativen (für eindeutige neoliberale Kontinuität stehende) Kandidaten nur mit einem Vorsprung in der Höhe eines Bruchteils von einem Prozent die Ziellinie überschreiten konnten.¹ Nicht wenige Beobachter sprechen schon seit einiger Zeit von einem »Linkstrend« oder neuen »Mitte-Links-Regierungen« (MLR), und die sich bisher abzeichnende Diskussion darüber weist noch viele Leerstellen auf. Natürlich werden häufig die Momente der Kontinuität und Diskontinuität zu den Vorgängerregierungen thematisiert, und vielfach wird gefragt, auf welche Möglichkeiten und Grenzen der Politikveränderung diese neuen Regimes treffen. Im folgenden Beitrag, der u. a. ein Zwischenresümee der bisherigen Debatten ziehen will, sollen u. a. folgende Aspekte berührt werden: nach der Thematisierung der gemeinsamen Charakteristika dieser neuen Regierungen (1) sollen Probleme der Entstehung und sozialen Basis (2) sowie die ökonomischen und politischen Hauptzüge ihrer bisherigen Regierungstätigkeit umrissen werden (3). Schließlich soll am Ende ein notwendigerweise spekulativ bleibender Blick in die nähere Zukunft gewagt werden und mögliche Entwicklungsszenarien zur Diskussion gestellt werden (4).

Gemeinsame Charakteristika

Die neuen MLR sind in ihrer Herkunft, ihrem Profil und ihrer Orientierung relativ unterschiedlich, wenn man die Regierungen von Venezuela, Brasilien, Uruguay, Argentinien und Bolivien, Ecuador und neuerdings auch Paraguays vor dem geistigen Auge Revue passieren lässt. Dennoch scheinen sie einige Gemeinsamkeiten aufzuweisen, wobei naturgemäß der Akzent bei manchen eher auf »Mitte«, bei anderen eher auf »links« zu setzen wäre. Gemeinsame Charakteristika können in folgenden Momenten gesehen werden:

1 Zu den ideologisch-politischen Unterschieden der Regierungen im gegenwärtigen Lateinamerika (»Zwischen Monroísmo und Bolívarismo«) siehe die Bemerkungen von Drekonja-Kornat (2006).

a) Die Mitte-Links-Regierungen weisen allesamt eine – geringere oder größere – Distanz gegenüber einem ungebremsten und staatlich kaum gezügelter Neoliberalismus auf.

b) Dem entspricht eine gewisse Wiederaufwertung des Staates, nachdem die Vorgängerregierungen versucht hatten, ihn und seine Funktionen auf ein Minimum zu reduzieren. Allerdings bedeutet dies in der Mehrheit der Fälle nicht, dass im großen Stil Wiederverstaatlichungen vorgenommen wurden (obwohl es dies in einigen Punkten auch gegeben hat), sondern dass die staatlichen Regulierungen privater Unternehmen, das »Re-Embodiment« gewissermaßen breiter und enger geknüpft wurde.

c) Damit geht meistens eine deutlichere staatliche Wirtschaftspolitik einher, die teilweise keynesianische Züge trägt, d. h. eine aktive Geld-, Kredit- und Währungspolitik, die unter den vorangegangenen Regimes mit einer Bindung der eigenen Währung an eine sogenannte »Anker-Währung« nicht möglich gewesen wäre.

d) Eine teilweise bewusst herbeigeführte Politik der Nachfragesteigerung, nicht selten verbunden mit einer breiten Sozialpolitik bzw. Armutsbekämpfungspolitik.

e) Eine auf nationale Souveränität pochende Außenpolitik, die im Außenwirtschaftsbereich gelegentlich auch vor herben Maßnahmen gegenüber ausländischen Gläubigern oder Direktinvestoren nicht zurückschreckt.

f) Damit zusammenhängend streben diese Regierungen neue regionale Bündnisse und/oder Integrationsprojekte an, oder versuchen die vorherigen Integrationsmodelle mit neuen Inhalten zu füllen.

g) Ein weiteres Element der MLR kann darin gesehen werden, dass sie alternativen Wirtschaftsprojekten (solidarische Ökonomie-Sektoren, besetzte Betriebe etc.) einen gewissen Spielraum konzederieren.

h) Schließlich – und keineswegs zuletzt – haben die meisten neuen MLR ein besonderes (teilweise enges) Verhältnis zu sozialen Bewegungen, die nicht selten die Regierungswechsel aktiv und maßgeblich unterstützt hatten. Folglich sind neue Experimente von partizipativer Demokratie, die Einrichtung verfassungsgebender Versammlungen bei einigen MLR zu beobachten.

Entstehung und soziale Basis der Mitte-Links-Regierungen

Wie schon angedeutet, speist sich der Impetus hin zu neuen MLR im Wesentlichen aus zwei Hauptquellen. Zum einen handelt es sich um die wachsende Unzufriedenheit mit den Ergebnissen des Demokratisierungsprozesses nach den Militärdiktaturen. Zum anderen – nicht minder gravierend – um eine tiefe Enttäuschung über die Resultate der sogenannten ökonomischen Reformen, sprich: die Umsetzung des Katalogs neoliberaler Maßnahmen. Beides, die politischen und ökonomischen Reformen, waren von großen Hoffnungen und Erwartungen begleitet worden. Allerdings machte sich in doppelter Hinsicht ein immer deutlicheres Un-

behalten darüber breit, dass die Parteien, die Parlamente, die Exekutiven an den Wünschen großer Bevölkerungsteile zunehmend »vorbeiregierten«. Der demokratische Aufbruch blieb in den meisten Ländern aus, und die traditionellen Parteien verloren zunehmend den Kontakt zur sozialen Basis. Klientelistische, korrupte, paternalistische Politikmuster, die zudem ohne jegliche programmatische Zielstellung in pragmatischer Weise jeweils die Forderungen interner und externer neoliberaler Eliten umzusetzen trachteten, wurde mit dem Terminus »governabilidad« (Regierungsfähigkeit) geadelt; dieser auf Einhaltung institutioneller Regeln der formalen Demokratie stolze Ausdruck ließ jedoch schnell vergessen, dass wachsende Bevölkerungsteile sich nicht oder nicht mehr repräsentiert fühlten. Dies wurde noch dadurch verstärkt, dass der gesamte Regierungsapparat in der Regel ineffizient, bürgerfern oder sogar bürgerfeindlich, ja teilweise auf kriminelle Art und Weise funktionierte. Nicht zufällig erhalten in fast allen Meinungsumfragen seit Jahren in der Mehrheit der lateinamerikanischen Länder neben den Parteien und den Exekutiven vor allem die Verwaltung/Bürokratie, das Justizwesen, die Polizei etc. die geringsten – häufig minimalen – Zustimmungswerte. Nicht-Partizipation und wachsende persönliche Unsicherheit sind zweifellos die zentralen Elemente der nun allenthalben festgestellten »Krise der Repräsentation« gewesen (z. B. zuletzt Mainwaring 2006: 13 ff.).

Nicht minder desaströs waren in den meisten Fällen die Ergebnisse der neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Insbesondere die seit Mitte der 1990er Jahre wieder geringeren und teilweise sogar negativen Wachstumsraten, die sich häufenden Finanzkrisen (vor allem Mexiko 1994/95 und deren Auswirkungen auf den Subkontinent; Brasilien 1999; Argentinien 2001) ließen die vergleichsweise großen Hoffnungen und Erwartungen gegenüber dem neoliberalen Modell als deplatziert oder mindestens voreilig erscheinen. Vor allem aber der Anstieg der Arbeitslosigkeit während der 1990er Jahre in den meisten Ländern sowie die damit einhergehende Tendenz zur Ausweitung prekärer und informeller Arbeitsverhältnisse, die in vielen Ländern stagnierende und hohe, teilweise sogar im Laufe von langen Krisenperioden (wie in Argentinien und Uruguay) ansteigende Armutsquote ließen manche Illusionen über die zunächst vielfach angenommenen »Wunderwirkungen« eines neoliberalen, exportorientierten Modells zerplatzen (Boris 2001; Sangmeister 2003). Vielleicht abgesehen vom Sonderfall Chile konnte wohl nirgendwo in Lateinamerika eine neoliberale Hegemonie, d. h. eine positive und breite Akzeptanz der neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik erreicht werden. Gerade in diesem Klima eines wachsenden anti-neoliberalen Protests, auch verschiedener Protestwellen gegen weitere Privatisierungen (Tittor 2005) konnte die Linke auch dann Fortschritte machen und in Wahlkämpfen Zugewinne erwarten, wenn sie nicht mit klaren und durchdachten Alternativen aufwarten konnte.

Neben den knapp angedeuteten Frustrationserscheinungen mit den politischen Vertretungsmechanismen auf »hoher Ebene« der Politik einerseits und den über-

wiegend ernüchternden Resultaten neoliberaler Wirtschaftspolitik waren es auch andere Faktoren bzw. Mechanismen, die zur Aufschwung der Linken während der 1990er Jahre beitrugen. Denn die Demokratisierungsprozesse sowie die als Dezentralisierung von Politik in neoliberalen Konzepten gedachte Aufwertung von kommunalen Institutionen und demokratischen Prozessen (teilweise auch auf einzelstaatlicher und Provinzebene) waren ein Einfallstor für die Reorganisation linker Parteien und Kräfte, zum Teil auch sozialer Bewegungen. Die Mobilisierungsmöglichkeiten, die Zugangschancen zu Ämtern und die örtliche Kompetenz nicht weniger Repräsentanten linker Politik führte sie zu Bürgermeisterämtern, auch in großen Städten oder sogar in den Hauptstädten. Die von linken politischen Repräsentanten geführte Verwaltung beispielsweise von Mexiko-Stadt während der 1990er Jahre, von São Paulo, Caracas, Montevideo, Porto Alegre und vieler anderer – mit all den neuen Elementen der Politik, die häufig mit diesen Kräften einhergingen und von diesen eingeführt wurden (z. B. der berühmte Bürgerhaushalt in Porto Alegre, s. Brangsch in diesem Band), führte zu einer Konsolidierung der linken Parteipolitik auch schon in dieser Phase neoliberaler Vorherrschaft. Dies machte zweifellos Eindruck auf wachsende Wählerschichten; die Übernahme von Ämtern auf regionaler und einzelstaatlicher Ebene in einer späteren Phase kann zweifellos als Vorstufe und Lernprozess für die dann seit Ende der 1990er und Anfang der Dekade im neuen Jahrhundert konstatierten Wahlsiege der Linken auf nationaler Ebene gedeutet werden (Chavez, Goldfrank 2004; Campbell 2003).

Die Tatsache schließlich, dass die Linke seit der Periode der Militärdiktaturen, d. h. nicht zuletzt während des Redemokratisierungsprozesses sowohl in taktischen wie in strategischen Aspekten ihre Politik gewandelt hatte (viele sehen eine grundlegende Moderierung oder eine Art »Sozialdemokratisierung« linker Parteien wirken, z. B. Castañeda 2006) und die durch politische Pakte im Übergangsprozess verringerten Spielräume politischen Handelns linker Gruppierungen wirkten sich paradoxerweise zweifellos mittelfristig positiv für die Wählbarkeit linker Parteien und ihrer Repräsentanten aus (Cleary 2006). Ohne soziale Mobilisierung, die teilweise auf frühere Organisationen und Strukturen der städtischen Arbeiterbewegung und/oder von Stadtteilbewegungen zurückgreifen konnte, wären die Revitalisierungsprozesse der Linken allerdings sehr erschwert gewesen; bloße wirtschaftliche Misserfolge der herrschenden neoliberalen Regimes und die allzu bekannte, erhebliche soziale Ungleichheit in Lateinamerika allein wären kaum ausreichend gewesen, einen Terraingewinn der Linken zu begründen (ebd.: 37 f.).

Ein weiteres, häufig übersehenes Moment, das auf ökonomische und politische Tendenzen nicht zu reduzieren ist, scheint das Aufkommen und Profil der MLR miterklären zu können: die sozialstrukturellen und bewusstseinsmäßigen Veränderungen in Teilen der (überwiegend lohnabhängigen) Mittelschichten. Die Verkleinerung, Pauperisierung und Polarisierung der Mittelschichten in Argentinien z. B. ist von verschiedenen Soziologen analysiert worden. Alle betonen die große,

gesamtgesellschaftliche Bedeutung des Bruchs mit der typischen »Mittelschichtsgesellschaft«, die die leitenden Werte der Gesellschaft vorgab (Fortschritt, Aufstieg, Kontinuität) – all dies wurde durch Ausbildung, berufliche Qualifikation, Fleiß und Beständigkeit als möglich und erreichbar angesehen. Seit den 1980er Jahren spätestens ist dieses Modell ins Wanken geraten und in der großen Krise 2001/02 völlig zusammengebrochen. Die abgesunkenen Teile der Mittelschichten, die sogenannten »neuen Armen« sind eine hybride und heterogene Schicht. Sie stehen den mittleren Sektoren der Gesellschaft nahe in verschiedenen Variablen, die langfristig wirksame, ökonomisch-kulturelle Aspekte betreffen, wie z. B. das Bildungsniveau und die Familienzusammensetzung, andererseits aber sind sie den strukturell Armen hinsichtlich des Einkommensniveaus, der Unterbeschäftigung und der fehlenden sozialen Absicherung vergleichbar, also bezüglich kurzfristiger Variablen, die Ergebnis der ökonomischen Krise sind. Die »neue Armut« ist aber auch durch enorme Polarisierung und Heterogenisierung der ohnehin schon (wie überall) sehr unterschiedlichen Mittelschichten gekennzeichnet. Die differierende Form der Verarbeitung der neuen Armut schließt komplizierte familiäre Entscheidungen z. B. darüber ein, ob die Kinder weiter auf kostenpflichtige private Schulen geschickt werden können, dafür aber ein Umzug in ein bescheideneres Wohnviertel in Kauf zu nehmen ist, das Auto veräußert werden muss und/oder an der Gesundheitsversorgung gespart werden muss. Zum zweiten werden die verarmten Mittelschichten durch Einsatz ihres sozialen und kulturellen Kapitals versuchen, bestimmte Dienstleistungen zu erhalten bzw. andere Herabstufungen und Entbehrungen zu vermeiden, z. B. den Gang zum Fürsorgeamt. Grundsätzlich gehen die Abstiegserfahrungen mit dem politischen Aufbegehren gegen die vormalig herrschenden politischen Kräfte und Diskurse einher, denen die Verantwortung für die rapide Abwärtsmobilität zugeschrieben wird. Nicht zuletzt die politischen Wendungen der argentinischen Mittelschichten in jüngster Zeit sowie auch deren phasenspezifisch recht unterschiedliches Verhalten in anderen Gesellschaften Lateinamerikas (z. B. in Mexiko oder Brasilien) kann die Frage provozieren, in welchem Maße gerade dieses Segment der Sozialstruktur für markante Kurswechsel in der Politik verantwortlich ist. Konkreter könnte die Hypothese formuliert werden, dass letztlich nur durch Umschwenken eines relevanten Teils der Mittelschichten eine Mitte-Links-Wende bzw. eine Abkehr von neoliberalen Konzepten (auch durch Wahlprozesse sichtbar gemacht) erklärt werden kann.

Die Schwächung des herrschenden Teils der Bourgeoisie allein bzw. die Veränderungen der Kräfteverhältnisse innerhalb der einzelnen Fraktionen des Kapitals scheinen keine ausreichende Begründung hierfür zu liefern; aber auch ein relevanter Meinungswechsel innerhalb der Unterschichten kann nicht als ausschlaggebender Faktor für einen derartigen Politikwechsel angesehen werden. Im Übrigen würde selbst eine größere Geschlossenheit des Wahlverhaltens der Unterschichten allein nicht für die plausible Erklärung entsprechender hoher Wahlsiege von MLR ausreichen. Diese Vermutung oder Hypothese könnte für die Fälle Argentiniens,

Bolivians, Brasiliens und Uruguays im Einzelnen – nicht zuletzt durch sozialstrukturell fundierte Wahlanalysen – überprüft werden.² Der gradualistische, pragmatische und uneinheitliche Charakter der Abkehr neoliberaler Maximen würde ebenfalls für diese These sprechen. Einerseits hing und hängt das jeweilige politische Verhalten der Mehrheit der Mittelschichten mit politischen Konjunkturen und Bedrohungssituationen, ökonomischen Prosperitätsphasen etc. zusammen; andererseits spielt die Art des Akkumulationsmodells und die darin beschlossenen Möglichkeiten zum sozialen Aufstieg oder entsprechenden Abstieg bzw. zu einer Verarmungstendenz eine wesentliche Rolle für die langfristige Veränderung der sozialen Lage dieses gesellschaftlichen Segments; dies wiederum könnte entsprechende (dauerhafte) Modifikationen im politischen Verhalten der entsprechenden Mittelschichtsegmente hervorgerufen haben.

Zwischenresultate der Mitte-Links-Regierungen

Nicht wenige Beobachter gehen davon aus, dass die Etablierung einer Reihe von MLR keineswegs zufällig und singulär war, sondern dass dies eher einen breiten und dauerhaften Trend signalisiert (so etwa Cleary 2006). Wenn man die Regierung der chilenischen Concertación unter Lagos und Bachelet und die brasilianische Regierung unter Lula als gemäßigte MLR gelten lässt, so kann in beiden Fällen bereits von einer zweiten Regierungsperiode gesprochen werden.

Eine knappe und vorläufige Regierungsbilanz dieser Regierungen hat davon auszugehen, dass die schon erwähnte Verschiedenheit natürlich auch differierende Ergebnisse in der Regierungstätigkeit erwarten lässt, die Schwerpunkte derselben unterschiedlich waren und entsprechend auch die Kriterien der Beurteilung nicht völlig einheitlich sein können.

Da die meisten lateinamerikanischen Länder nach der Schwächeperiode zwischen 2000 und 2002 seit 2003/04 einen konjunkturellen Höhenflug erleben³ wie

2 Dies wird von einigen Autoren bzw. in Interviews summarisch angedeutet: »Allerdings war es nicht nur die Überzeugung oder das Vertrauen darauf, dass Morales oder der MAS am besten dafür geeignet seien, die wichtigsten Probleme des Landes zu lösen, sondern eher umgekehrt die Enttäuschung mit den Resultaten des Systems der letzten zehn Jahre, die, verbunden mit einer Abkehr von den radikalsten Positionen, Morales schließlich auch für die städtische Mittelschicht wählbar machte« (Quiroga 2006: 91).

Spiegel: »Werden die Indianer von den Weißen besser behandelt, seit Sie an der Macht sind?« Morales: »Das ist viel besser geworden. Die Mittelschicht, Intellektuelle und Freiberufler sind jetzt stolz auf ihre indianischen Wurzeln. Leider sehen uns einige oligarchische Gruppen weiter als minderwertig an.« (Interview mit Evo Morales, in: Spiegel, Nr. 35, 2006: 113).

Auch Präsident Lula (Brasilien) hat vor der Stichwahl insbesondere die Mittelschichten seines Landes umworben: »Brasilien war in den letzten Jahren Zeuge der Geburt einer neuen Mittelklasse, die über einen großen Unternehmergeist verfügt, eine Mittelklasse moderner Art, die bestrebt ist, zu wachsen und zu produzieren. Im Falle meiner Wiederwahl werde ich meine Aufmerksamkeit speziell diesem sozialen Sektor zuwenden.« (El País v. 28 Okt. 2006)

3 Seit 2003 registrierte Lateinamerika insgesamt ein jährliches Wachstum des BIP von über 5 Prozent oder nahe an 5 Prozent. Damit ist auch das Pro-Kopf-Einkommen in den letzten vier Jahren um ca. 12 Prozent gestiegen (CEPAL 2006: 3 ff., 57).

schon seit Jahrzehnten nicht mehr, ist es schwierig, diesen Erfolg eindeutig bestimmten wirtschaftspolitischen Maßnahmen dieser oder jener Regierung zuzurechnen. Sicherlich hat in erster Linie die günstige Konjunktur der Weltwirtschaft, insbesondere die Preishausse für viele Rohstoffgüter (nicht zuletzt infolge der chinesischen Nachfrage) den lateinamerikanischen Wirtschaften einen starken Wachstumsimpuls verliehen. Die hohe Kontinuität im finanzpolitischen Bereich (Haushaltsüberschüsse, relativ hohes Zinsniveau, Exportförderung etc.) hat zweifellos in zweiter Linie – im Kontext der vorhandenen Rahmenbedingungen – einen positiven Einfluss auf das Wachstum und die Kapitalzufuhr ausgeübt. Aber auch die staatlich beeinflusste Wechselkurspolitik, die keine starke Aufwertung (in den meisten Fällen) zuließ, sowie die gezielte Ausgaben- und Lohnpolitik seitens des Staates (z. B. Minimallohnerhöhungen) haben zur Stabilisierung und Ausweitung der internen Nachfrage sicherlich beigetragen. Die Politik der Schuldenreduktion (vorzeitige Rückzahlung von Krediten an den IWF – im Falle Argentiniens, Brasiliens und Uruguays) trug sicherlich dazu bei, die Freiheitsgrade in der Wirtschaftspolitik im Prinzip zu erhöhen, wenngleich dieser Schritt von sozialpolitischer Warte aus natürlich kontrovers beurteilt werden kann (vgl. zur argentinischen Diskussion: Boris, Tittor 2006). Durch die Fortsetzung der positiven Entwicklung der Handels- bzw. Leistungsbilanzen, die bedeutende Erhöhung der Devisenreserven, die Verringerung und Umstrukturierung der Außenschulden konnte die extreme Verletzlichkeit der lateinamerikanischen Ökonomien gegenüber internationalen Finanzströmen und externen Schocks deutlich vermindert werden (CEPAL 2006: 88).

Gegenüber den Kontinuitätsmomenten in der Wirtschafts- und Finanzpolitik müssen die neuen Akzentsetzungen in der Sozial- und Armutsbekämpfungspolitik zwar als sekundär relevant (und in gewisser Weise als vom ersten wirtschaftspolitischen Komplex abhängig) eingestuft werden, dennoch waren sie für die Belebung der Binnennachfrage, den Rückgang der offenen Arbeitslosigkeit und die Reduktion der Armutsquote in verschiedenen Ländern Lateinamerikas von erheblicher und wachsender Bedeutung zum Beispiel gegenüber der Exportnachfrage. Die Zunahme der Erwerbsquote auf fast 60 Prozent ging mit einer deutlichen Zunahme der formellen, abhängigen Beschäftigung in den meisten Ländern (und einer Stagnation des informellen Sektors bzw. der »Arbeit auf eigene Rechnung«) einher (CEPAL 2006: 73 f.), was bis 2005 nicht immer eine wesentliche »Qualitätsverbesserung« der Jobs bedeutete; erst vom Jahr 2006 an »übersetzte« sich der langanhaltende Aufschwung in der Mehrzahl der Länder in eine – erstmals seit 1997 registrierte – Reallohnerhöhung, die über 2 Prozent lag (ebd.: 75).

In Brasilien beispielsweise ist genau diese möglicherweise als widersprüchlich erscheinende Konstellation vor allem in den beiden letzten Regierungsjahren der Lula-Administration eingetreten. So werden in einer aktuellen Studie der Lula'schen Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht nur die Kontinuitäten zur neoliberalen Finanzpolitik, sondern auch die Unterschiede in anderen Bereichen der Wirt-

schafts- und Sozialpolitik deutlich hervorgehoben: »Die Regierung Lula definierte die Rolle des Staates anders und setzte eine aktive und expansive Politik durch, entgegen neoliberaler Vorstellungen und den Forderungen der Unternehmensverbände. Die Arbeitslosenunterstützung und die Beschäftigungsprogramme wurden finanziell und inhaltlich ausgedehnt. Die Regierung blieb ihrer Zielsetzung treu, reduzierte die Informalität und förderte die Entstehung neuer Beschäftigungsverhältnisse im formalen Sektor« (Weil 2006: 54). Als Schwerpunkt der Lula'schen Sozialpolitik kann das sofort mit Regierungsbeginn gestartete »fome zero«-Programm (Null-Hunger-Programm) gewertet werden. Trotz einiger Vorläuferelemente kann dieses in seiner Quantität und Qualität als klare Innovation der MLR in Brasilien angesehen werden. Die zentralen »Achsen« dieses Programms: a) Nahrungsmittelhilfe/Ernährungsaufklärung, b) Einkommensverteilung und c) regionale Entwicklung sowie auch die häufig übersehenen Begleitprogramme zur Versorgung mit Elektrizität auf dem Lande (besondere Programme für Behinderte und Alte), Brunnenbohrinitiativen usw. haben eine nachhaltige Wirkung gerade bei den ärmsten Bevölkerungssegmenten hervorgerufen. Gegenwärtig werden ca. 11 Mio. Haushalte Brasiliens (über 40 Mio. Menschen bzw. fast ein Viertel der brasilianischen Bevölkerung) erstmals von diesen verschiedenen Programmen systematisch erfasst und die Eigeninitiative der Adressaten wird damit keineswegs stillgestellt. Die sich wechselseitig stimulierenden Elemente der einzelnen Programme (worunter auch Initiativen für die Verbesserung der Ausbildung von armen Kindern, »bolsa escola«, sowie zur Verbesserung des Gesundheitswesens gehören) entfalten durchaus auch regionale und wirtschaftspolitische Wirkungen, die häufig gegenüber den Anlaufschwierigkeiten und durchaus vorhandenen Schwächen dieser Programme übersehen werden. Trotz des z. B. im Vergleich mit dem mehrfach höheren Schulden- und Tilgungsdienst Brasiliens kleinen Volumens von ca. 2 bis 3 Mrd. US-Dollar für solche sozialpolitischen Ausgaben hat diese Dimension der Politik, wie insgesamt die Dynamisierung der Außen- und Binnenwirtschaft dazu beigetragen, dass sich – entsprechend neuerer Studien von Brasilien – die extreme Einkommensungleichheit in diesem Land während der Lula-Regierungsperiode leicht zurückgebildet hat und auch seit 2004 der Anteil der Armen rückläufig war. Da diese positive Weiterentwicklung für die Jahre 2005 und 2006 – trotz noch nicht vorhandener Zahlen darüber – für wahrscheinlich gehalten werden kann, muss davon ausgegangen werden, dass sowohl bezüglich der Einkommensungleichheit wie bezüglich der Reduktion der Armutsquote inzwischen weitere Verbesserungen eingetreten sind. »Beide Faktoren (Sozialprogramme und die Entwicklung der Erwerbslöhne, [DB]) erlebten in den Jahren 2005 und 2006 eine positive Entwicklung. Die Sozialprogramme wurden massiv ausgeweitet. Der Mindestlohn und die Reallöhne konnten weitere Zuwächse verzeichnen. Durch die aktive Lohn- und Beschäftigungspolitik der Regierung und eine innovative Sozialpolitik wurde die soziale Entwicklung Brasiliens vorangetrieben. Es ist auch für die Jahre 2005 und 2006 mit einer Reduzie-

rung der Armut zu rechnen, die dem positiven Maßstab des Jahres 2004 entspricht« (Weil 2006: 100).

Ähnliche Auswirkungen einer neuen Sozialpolitik und Armutsbekämpfungspolitik sind – trotz unterschiedlicher Modi und Formen der Umsetzung – auch in Venezuela zu konstatieren (Azzellini 2006: 129 f.). Zweifellos haben gerade diese Elemente der innovativen und intensiven Sozialpolitik zu ähnlich hohen Wiederwahlergebnissen von Lula (fast 62 Prozent im zweiten Wahlgang) und von Chávez (63 Prozent) beigetragen.

Zur angemessenen Beurteilung der Potenziale und Perspektiven der MLR wären die neuen außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Akzentsetzungen sowie regionale Integrationsprojekte zu überprüfen. Man gewinnt den Eindruck, dass die defensiv eingesetzten Energien vor allem zur (erfolgreichen) Abwehr einer gesamtlateinamerikanischen Freihandelszone unter der Vorherrschaft der USA, ALCA (oder FTAA) sowie in der konfliktiven Unterbrechung der Verhandlungen zwischen dem Mercosur und der EU wie auch der Infragestellung und Bekämpfung bilateraler Freihandelsabkommen einzelner lateinamerikanischer Länder mit den USA bislang im Vordergrund standen. Die Andengemeinschaft bzw. der Andenpakt (Cooperación Andina) ist durch den Abschluss bilateraler Handelsabkommen seitens Perus und Kolumbiens mit den USA massiv gestört worden und hat schon zum Austritt von Venezuela geführt, möglicherweise folgen diesem Land bald Ecuador und Bolivien nach. Der Mercosur befindet sich in einem Transformationsprozess, der einerseits durch erhöhte interne Schwierigkeiten zwischen einzelnen Mitgliedsländern und andererseits durch die Neuaufnahme Venezuelas und die Diskussion um eine Neuausrichtung gekennzeichnet ist. Noch ist es fraglich, ob und inwieweit die neuen auf die gesamte Region und den regionalen Binnenmarkt bezogene Projekte (wie z. B. ALBA) und das Gas- und Erdölprojekt zwischen Venezuela, Brasilien, Argentinien und Bolivien sich weiterentwickeln wird. ALBA (Alternativa Bolivariana para América Latina y Caribe) basiert auf der Schaffung von Kooperationsmechanismen, welche einen Ausgleich der existierenden Asymmetrien zwischen Ländern und Regionen innerhalb dieser erlauben sollen, das Ziel ist es, einen Konsens zu bilden und Integrationsabkommen aus der Perspektive der endogenen nationalen und regionalen Entwicklung neu zu denken. »In Richtung ALBA sind zwischen Venezuela, Brasilien, Argentinien sowie Uruguay auch andere bilaterale Abkommen in strategischen Sektoren geschlossen worden. Sie fördern meistens die Kooperation zwischen staatlichen Firmen bei Infrastruktur- und Energieprojekten, aber auch in den Bereichen Gesundheit, Tourismus und Telekommunikation. 2005 wurde der zwischenstaatliche lateinamerikanische Fernsehsender Telesur gestartet. Im Sinne der ›Rückkehr zur lateinamerikanischen Identität‹ will Telesur ausdrücklich Konkurrenz zu US-amerikanischen, europäischen und nationalen Privatsendern machen. Er soll mittels unabhängiger audiovisueller Produktionen einen alternativen Raum öffnen, sowie Mediengenossenschaften und Mikrofirmen fördern. Vor

allem soll der Sender den Lateinamerikanern ihre eigene Realität zeigen und konsequent alternative Nachrichten anbieten« (García 2006: 91). Sehr viele Veränderungen sind auf dem Feld der lateinamerikanischen Kooperationsabkommen und der regionalen Integrationsprojekte, aber auch hinsichtlich der bilateralen Zusammenarbeit lateinamerikanischer Länder mit außerlateinamerikanischen Staaten (China, Indien, arabischer Raum, afrikanische Länder etc.) in ersten Ansätzen zu konstatieren (vgl. hierzu z. B. Schmalz 2004: 17 ff.). Noch ist es zu früh, die Rückwirkungen dieser Tendenzen auf die ökonomischen und politischen Perspektiven der neuen MLR genauer abzuschätzen, deutlich wird aber – wie auch auf anderen Politikfeldern – dass die verstärkten Suchprozesse und die gesteigerte Experimentierfreudigkeit eine klare Absage an das bisher absolut dominante neoliberale Imperativ: »there is no alternative« (TINA-Prinzip) beinhalten.

Zweifellos wird mittel- und längerfristig die Frage einer tiefgreifenden Veränderung der ökonomischen- und sozialen Strukturen eine zentrale Rolle spielen; der ressourcenbasierte Boom, wie er sich seit 2003 bis heute herausbildete, bringt ebenso viele Fallstricke wie die bloße Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung während der neoliberalen Ägide mit sich. »Da die meisten lateinamerikanischen Ökonomien als ›Mittelklasse-Kategorie weltweit‹ weder Wettbewerbsvorteile in den Niedrigpreissegmenten standardisierter Massenprodukte, noch [...] erfolgreich in den technologisch anspruchsvollen Marktsegmenten konkurrieren (können), die von den Industrieländern dominiert werden« (Sangmeister, Melchor del Rio 2006: 187), ist Lateinamerika einerseits auf eine selektive Weltmarktintegration und andererseits auf verstärkte regionale Binnenmarktorientierung verwiesen. Viel wird für die Perspektiven auf mittlerer Sicht, gerade für die MLR, davon abhängen, entsprechende strategische Überlegungen und Planungen zu notwendigen und gezielten Strukturwandlungsprozessen vorzunehmen.

Die bisherigen Zwischenergebnisse der Regierungstätigkeit von MLR dürfen aber keineswegs nur nach den hier nur knapp gestreiften wirtschaftspolitischen, sozialpolitischen und außenwirtschaftlichen Politikfeldern, so zentral sie sind, beurteilt werden. Die nicht minder großen Herausforderungen der MLR sind auf der Ebene der institutionellen Reformen, der Erhöhung der tatsächlichen Partizipationsmöglichkeiten großer Bevölkerungsteile sowie in der Etablierung oder Wiederherstellung einer demokratischen Öffentlichkeit (sogenannte Zivilgesellschaft), die von repräsentativen sozialen Bewegungen, Parteien und Verbänden konstituiert wird, zu sehen. Die mit dem Aufschwung der indigenen Bewegungen (teilweise zu Regierungsparteien) einhergehenden (besonders zugespitzten) Fragen kultureller Selbstbestimmung und eines neuen Selbstverständnisses in einer Weise zu regeln, dass dies mit einem (abstrakt erreichten) Stand universal gültiger Menschen-, Grund- und Bürgerrechte koexistieren kann, stellt zweifellos große Anforderungen an eine »Neugründung von Gesellschaft«. Nicht zufällig ist es, dass in einigen Ländern über die Einberufung einer »Verfassungsgebenden Versammlung« (in Venezuela schon 1999/2000, in Bolivien jetzt, in Ecuador und an-

deren Ländern vielleicht in naher Zukunft) Grundlagen für einen »neuen Gesellschaftsvertrag« gelegt werden sollen. In manchen Ländern (wie z. B. Argentinien, Uruguay) spielt die tiefgreifende und intensive Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen während der Periode der Militärdiktaturen möglicherweise eine funktional ähnliche, wenn auch nicht ganz so bedeutungsschwere Rolle wie die Ausarbeitung einer neuen Verfassung.

Ausblick

Die Diskussion um die neuen »Mitte-Links-Regierungen« kreist um sehr viele Facetten: Definition (z. B. was heißt heute in Lateinamerika »links«?), innere Differenzierung zwischen den Ausprägungen der MLR, Herkunft und Entstehungsbedingungen, soziale Basis auf der Grundlage veränderter Sozialstruktur, Problematisierung des jeweiligen Politikstils (»linker Populismus«, »Petro-Populismus« etc.), Stabilität und Dauerhaftigkeit der neuen Entwicklungstendenz, Konsolidierung oder Destabilisierung von Demokratie, die mit diesem Phänomen verbunden sein könnte, zukünftige Spielräume von Wirtschaftspolitik und mittelfristige Perspektiven. Zu all diesen und anderen Aspekten werden – mehr oder minder begründet – entgegengesetzte oder zumindest unterschiedliche Positionen vertreten.

Viel wird von den weiteren Formen und Rhythmen der Weltmarktentwicklung abhängen und auch davon, ob die USA sich in absehbarer Frist wieder verstärkt Lateinamerika »zuwenden« können, bzw. in welcher Weise dies geschehen mag. Wenn auf diesen beiden Ebenen nicht tiefgreifende Um- und Einbrüche stattfinden, spricht Einiges dafür, dass die MLR – in der einen oder anderen Form – mittelfristig durchaus dauerhaft sein werden und sich wahrscheinlich noch ausbreiten werden, was vor allem mit den Misserfolgen des deregulierenden Neoliberalismus zu tun hat und auch damit, dass die MLR mit den immer deutlicheren Erwartungen großer Bevölkerungsteile nach ökonomischen Alternativen, nach Abbau von Ungleichheit und Armut und verstärkter politischer Partizipation mehr in Zusammenhang gebracht werden als andere politische oder parteipolitische Optionen; ganz zu schweigen von autoritären Varianten, die seit dem neuen politischen Pendelschlag und auch mit dem ökonomischen Aufschwung wieder deutlich rückläufig sind. Mit der Verbreitung und Verstetigung der Mitte-Links-Regierungen hat die Zustimmung zur politischen Demokratie in Lateinamerika wieder deutlich zugenommen (vgl. die Ergebnisse des Latinobarómetro aus dem Jahre 2006, in: *The Economist* v. 9.12.2006, S. 55 f.).

Gegenüber zahlreichen Stimmen von zeitgenössischen Beobachtern dieser neuen Entwicklungstendenzen, welche häufig deren Bedeutung und Tiefe sehr relativieren (und sich dabei beruhigen – eher konservative und/oder rechtssozialdemokratische Positionen; oder sich aus einer eher »ultralinken« Erwartungshaltung darüber beklagen, dass die »Revolution« »verraten« wurde oder nicht schnell ge-

nug vorankomme) – gegenüber diesen in der Analyse koindizierenden und in der Bewertung entgegengesetzten Kommentaren scheint mir die kürzlich von dem US-Lateinamerika-Spezialisten Mark Weisbrot geäußerte Einschätzung eher zuzutreffen: »Not all of these economic policies and experiments will succeed, but most importantly it appears very possible that Latin America's long quarter-century of economic failure will be reversed in the foreseeable future, and that its hundreds of millions of poor people will be among the main beneficiaries« (Weisbrot 2006a: 2).

In einem am Jahresende 2006 erschienenen Zeitungskommentar fasst derselbe Autor nochmals zusammen, warum er den Einschnitt in die bisherige Entwicklung doch für tiefgreifender hält als manche Analytiker es wahrhaben wollen: »Die Regierungen Argentinien und Venezuelas transformieren nicht nur ihre eigenen Länder, sondern auch die Region, weil sie die Kontrolle des IWF über die Kreditvergabe gebrochen haben. Noch vor wenigen Jahren wären einem Land, das IWF-Auflagen nicht einhält, nicht nur Kredite des Fonds selbst, sondern auch der Weltbank, der Interamerikanischen Entwicklungsbank, der G-7-Regierungen und des Privatsektors verweigert worden. Das war das US-Hauptinstrument zur Einflussnahme in der Region und spielte eine wichtige Rolle bei der Durchsetzung der Wirtschaftsreformen der letzten 25 Jahre: höhere Zinssätze, engere Haushalte, Privatisierung, unkontrollierte Liberalisierung internationaler Handels- und Kapitalströme und die Aufgabe von Entwicklungsstrategien. Für Argentinien, Bolivien, Ecuador und andere Länder bietet Venezuela heute Kredite ohne wirtschaftspolitische Bedingungen. Die Auflösung des IWF-Kreditkartells ist die wichtigste Veränderung im internationalen Finanzsystem seit dem Zusammenbruch des »Bretton-Woods«-Systems festgelegter Wechselkurse im Jahre 1973. Nun können auch arme Länder wie Bolivien Millionen von Dollar zusätzlicher Einnahmen aus Rohstoffen wie Erdgas ziehen – und sie dazu benutzen, ihre eigenen Vorschläge für die Armen der Region in die Tat umzusetzen. [...] Lateinamerika hat ganz klar einen Kurswechsel zu einer neuen Wirtschaftspolitik vollzogen – wie es scheint mit überwiegend positiven Ergebnissen« (Weisbrot 2006b: 4).

Dies ist zugleich zweifellos eine neue Ausgangsbasis für linke Strömungen – soziale Bewegungen, Parteien, intellektuelle Zirkel und Milieus, die eine Sucharbeit nach oder die Vertiefung von anti-neoliberalen Alternativen wesentlich erleichtert. Ob diese verbesserten Bedingungen wirklich entsprechend genutzt werden, oder ob z. B. durch die Fortdauer von Cliques- und Sektenkämpfen oder durch riskante »Alles oder nichts«-Vabanque-Spiele frühzeitig Gefährdungen eintreten, wird erst die nahe Zukunft zeigen. Regressionen gegenüber dem Erreichten sind ebenso möglich wie eine Festigung und Vertiefung des aktuell vorherrschenden Linkstrends.

Letzteres ist schon schwierig genug – angesichts der heftigen internen Oppositions- und Sabotageformen gegenüber den Links-Regierungen z. B. in Venezuela und neuerdings in Bolivien. Sicher ist es verfrüht, nach den bislang durchgeführ-

ten Maßnahmen (selbst in den politisch fortgeschrittensten Ländern) den »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« auszurufen oder über einen »Indoamerikanischen Sozialismus« (Haug 2008) zu spekulieren, zumal wenn die Akteure selbst vorerst lediglich einen reformierten »andinen Kapitalismus« (so der Vizepräsident Álvaro García Linera) anstreben.

Literatur

- Azzellini, Dario (2006): *Venezuela Bolivariana. Revolution des 21. Jahrhunderts*. Köln.
- Boris, Dieter (2001): *Zur politischen Ökonomie Lateinamerikas. Der Kontinent in der Weltwirtschaft des 20. Jahrhunderts*. Hamburg.
- Boris, Dieter; Tittor, Anne (2006): *Der Fall Argentinien. Krise, soziale Bewegungen und Alternativen*. Hamburg.
- Boris, Dieter (2007): *Linkstendenzen in Lateinamerika*, Hamburg (Supplement der Zeitschrift *Sozialismus*, 7-8/2007).
- Campbell, Tim (2003): *The quiet revolution. Decentralization and the rise of the political participation in Latin American cities*. Pittsburgh.
- Castañeda, Jorge G. (2006): »Latin America's Left Turn«. In: *Foreign Affairs*, 85. Jg., H. 3 (May/June), S. 28-43.
- Chavez, Daniel; Goldfrank, Benjamin (Hrsg.) (2004): *The Left in the city. Participatory local governments in Latin America*. London.
- Clearly, Matthew R. (2006): »Explaining the left's resurgence«. In: *Journal of Democracy*, 17. Jg., H. 4 (oct.), S. 35-49.
- Comisión Económica para América Latina y el Caribe (CEPAL) (2006): *Balance preliminar de las economías de América Latina y el Caribe 2006*. Santiago.
- Drekonja-Kornat, Gerhard (2006): »Das Ende Lateinamerikas«. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 11/2006, S. 1373-1379.
- García, Ana (2006): »Es gibt Alternativen zur ALCA. ALBA und warum der ALCA-Prozess gestoppt wurde«. In: *PROKLA*, 36. Jg., H. 142, S. 81-94.
- Haug, Wolfgang Fritz (2008): »Indoamerikanischer Sozialismus? Editorial«. In: *Das Argument*, 50. Jg., H. 276, S. 330-336.
- Mainwaring, Scott (2006): »The crisis of representation in the Andes«. In: *Journal of Democracy*, 17. Jg., H. 3 (july), S. 13-27.
- Quiroga, Yesko (2006): »Bolivien: Revolution in der Demokratie?«. In: *Lateinamerika Analysen*, 14. Jg., H. 2, S. 71-111.
- Sangmeister, Hartmut (2003): »Lateinamerikas Volkswirtschaften im Prozess der Globalisierung. Chancen, Risiken und Nebenwirkungen«. In: *Mols, Manfred; Oehlschläger, Rainer (Hrsg.) (2003): Lateinamerika in der Globalisierung*. Frankfurt/Main, S. 61-80.
- Sangmeister, Hartmut; Melchor del Río, Amaranta (2006): »Lateinamerika in der neuen internationalen Arbeitsteilung: Chancen und Risiken«. In: *Lateinamerika-Analysen*, 14. Jg., H. 2, S. 3-36.
- Schamis, Hector E. (2006): »Populism, socialism, and democratic institutions«. In: *Journal of Democracy*, 17. Jg., H. 4 (oct.), S. 20-34.
- Schmalz, Stefan (2004): »Neue politische Allianzen auf der Südhalbkugel. Von der neoliberalen Konterrevolution zum Wiedererwachen der Peripherie?«. In: *Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung*, 15. Jg., H. 59 (Sept.), S. 17-34.
- Tittor, Anne (2005): »Soziale Kämpfe gegen Privatisierung in Lateinamerika«. In: *Boris, Dieter; Schmalz, Stefan; Tittor, Anne (Hrsg.): Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie?* Hamburg, S. 40-68.
- Touraine, Alain (2006): »Entre Bachelet y Morales ¿Existe una izquierda en América Latina?«. In: *Nueva Sociedad*, H. 205 (Sept./Okt.), S. 46-55.
- Weil, Matthias (2006): *Die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Regierung Lula in Brasilien. Neoliberale Kontinuität oder Neuanfang?* (Diplomarbeit), Marburg.
- Weisbrot, Mark (2006a): »Latin America: The End of an Era«. In: *International Journal of Health Services*, 36. Jg., H. 4.
- Weisbrot, Mark (2006b): *Millionen für die Armen*. In: *taz* v. 28.12.2006, S. 4.

Die Ethnisierung des Politischen

Politische Indigene Bewegungen in Ecuador und Bolivien

Seit Mitte der 1980er Jahre haben ethnische Bewegungen Hochkonjunktur. Ihre Dachverbände und Organisationen sind international vernetzt und agieren sowohl auf lokaler, regionaler, nationaler wie auch internationaler Ebene. Ein Erfolg auf internationaler Ebene war die Verabschiedung der »Declaration on the Rights of Indigenous Peoples« der UN Generalversammlung vom September 2007, der 23 Jahre Verhandlungen vorausgegangen waren.

In Ecuador und Bolivien haben die indigenen Bewegungen in den 1990er Jahren Verfassungsreformen erreicht, in denen die ethnische bzw. kulturelle Diversität der Landesbevölkerung in Form eines multi-ethnischen Staates anerkannt wurden. Diese Verfassungen waren der Ausdruck einer sich in beiden Ländern immer stärker manifestierenden Ethnisierung des Politischen. Sie resultiert aus der Ablehnung der Indígenas des homogenisierenden Nationalstaats-Modells und der zugrunde liegenden *Mestizaje*-Ideologie, mit der die herrschenden europäischstämmigen Machtgruppen bisher ihre Interessen und Themen auf die Tagesordnung setzten und als allgemein verbindliche Vorstellungen von Gesellschaft und Fortschritt deklarierten. Der Prozess der Ethnisierung des Politischen drückt sich in der politischen Kommunikation als Einforderung ethnischer Bürgerrechte aus. Mit diesem Begriff der ethnischen Bürgerrechte bezeichnet Peña (1999) die vollständige Anerkennung kultureller Diversität und der verschiedenen ethnischen Identitäten. Das Konstrukt der ethnischen Identität spielt dabei eine zentrale Rolle. Ethnische Bürgerrechte sind ein Instrument in der Auseinandersetzung um Anerkennung und Behauptung rechtlicher Ansprüche. Die Forderungen umfassen die Anerkennung von sich ethnisch identifizierenden Bevölkerungssegmenten, das Recht auf eigene Territorien innerhalb der Staatsgrenzen – gemeint sind großflächige autonom verwaltete Gebiete im Eigentum einer ethnischen Gruppe, auf dem diese seit alters siedelt bzw. wirtschaftet (siehe ILO-Konvention 169) –, Eigentumsrechte an den natürlichen Ressourcen in diesen Territorien und das Recht auf eine selbstbestimmte Wirtschaftsentwicklung. Weitere zentrale Forderungen sind die Anerkennung politischer und sozialer Rechte sowie eigener Formen der politischen Repräsentation und die rechtliche Anerkennung und Wahrung der jeweiligen Kultur, des Rechtssystems, der Sprache und der Lebensformen ethnischer Gruppen, damit einhergehend auch einer eigenen Bildungspolitik. Insgesamt geht es also um eine Neu-Definition dessen, wie eine gesellschaftliche Neuordnung und nationale Einheit zu konzipieren seien. Da diese Forderungen sehr

viel weitreichender sind als die in den Verfassungsreformen der 1990er Jahre durchgesetzten Rechte, verlangten die indigenen Organisationen eine verfassungsgebende Versammlung zur Neuordnung der Staatswesen unter angemessener Beteiligung der indigenen Völker. Tatsächlich ermöglichten die politischen Konstellationen in beiden Ländern die Einberufung von verfassungsgebenden Versammlungen zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung. In Bolivien verabschiedete die Verfassungsversammlung ihren Entwurf im Dezember 2007, in Ecuador erfolgte dies im Juli 2008. Beide Verfassungsentwürfe müssen noch jeweils in Referenden von der Bevölkerung abgestimmt werden.

Die Ethnisierung des Politischen und die Präsenz indigener Akteure auf der politischen Bühne ist kein zeitgeschichtliches Phänomen, denn seit Ende der Kolonialzeit kam es bereits zur Erfindung des ethnischen Paradigmas. Die heutigen Bewegungen rekurrieren darauf in ihrem Diskurs. Im Folgenden kann ich im gegebenen Rahmen nicht auf die geschichtlichen Hintergründe eingehen; ebenso wenig werde ich mich mit den gleichfalls bedeutsamen und vielfältigen kulturellen Bewegungen befassen, bei denen es um die Revitalisierung und (Re-)Konstruktion der indigenen Kosmologie, Mythologie, Musik, Medizin, indigenen Wissens sowie einer Geschichtsforschung aus der Perspektive der indigenen Völker geht. Zum Thema Entwicklungspolitik und indigene Völker verweise ich auf die zahllosen Publikationen im Bereich der zweisprachigen interkulturellen Bildung (*Educación Intercultural Bilingüe*) sowie auf meine Studie zur Kooperation mit indigenen Völkern in Bolivien (Ströbele-Gregor 2005).

An dieser Stelle beschränke ich mich auf einige Aspekte der gegenwärtigen Politik der indigenen Bewegungen in Ecuador und Bolivien, jedoch im Bewusstsein, dass ihre Basis und ihr Rahmen die Revitalisierung verschiedenster indigenkultureller Elemente ist. Schlaglichtartig werde ich wesentliche Etappen und Strategien der politischen Auseinandersetzung mit dem Staat und zentrale Forderungen der Akteure in der jüngsten Geschichte darstellen. Besonders hervorzuheben ist aus meiner Sicht Folgendes: Zur Stärkung der politischen Durchsetzungskraft der indigenen Bewegung auf der politischen Bühne hat ganz wesentlich der Umstand beigetragen, dass sie in den beiden Ländern nicht nur als Interessenvertreter der Indigenen auftritt, sondern darüber hinaus in Kooperation mit nichtindigenen Alliierten auch Forderungen anderer herrschafts- und regierungskritischer gesellschaftlicher Sektoren vertritt. Beispielsweise bei landesweiten Aktionen in Ecuador gegen Benzinpreiserhöhungen im Zuge neoliberaler Wirtschaftsmaßnahmen oder gegen die Einführung des Dollars als Landeswährung verbanden sich Gewerkschaften, kritische Kreise der katholischen Kirche, Studierende und indigene Verbände unter Führung der CONAIE.

Gemeinsam ist Ecuador und Bolivien nicht nur der erhebliche Anteil der sich als indigen definierenden Bevölkerung (Bolivien Zensus 2002: 65 Prozent; Ecuador Zensus 1992: 35,3 Prozent)¹ und deren hoher Politisierungs- und Mobilisie-

1 Zu den unterschiedlichen Zahlenangaben Barie (2003: 37-46) und die Zusammenstellung in GTZ 2004.

rungsgrad, sondern ebenfalls, dass Indígenas die große Mehrheit der ländlichen und der armen Stadtbevölkerung stellen: Sie sind überdurchschnittlich betroffen von Armut und Benachteiligung hinsichtlich der Grundversorgung in den Bereichen Bildung, Medizin und im gleichberechtigten Zugang zum Rechtssystem. Es wäre jedoch verkürzt, sie allein unter dem Armutsaspekt zu betrachten – was gerade in der Entwicklungspolitik stark der Fall ist. Denn indigene Gemeinschaften verfügen über komplexe, lokal differenzierte kulturelle Ausdrucksformen, erhebliche soziale und wirtschaftliche Flexibilität und eine ausgeprägte Fähigkeit im Umgang mit externen Einflüssen. Ihre Organisationskraft auf der politischen Ebene gründet auf dem Habitus der Gegenseitigkeit im Bereich der sozialen Organisation der Arbeit und des Austausches von Gütern und Hilfeleistungen im Rahmen des Gemeinschaftslebens. Damit verfügen sie über wichtiges soziales und kulturelles Kapital. Im städtischen Kontext haben sich zudem eine wirtschaftlich zum Teil gut situierte Mittelschicht und eine neue – wenn auch noch kleine – Schicht von *professionals* und Intellektuellen herausgebildet. Letztere stehen nicht selten der indigenen Bewegung nahe bzw. sind oftmals deren intellektuelle Führer (und Erfinder ethnischer Diskurse) und Mittler zur »mestizischen« Welt.

Ecuador²

Die Organisationsprozesse in Ecuador seit Mitte der 1980er Jahre haben viele und verschiedene kulturelle und politische Wurzeln. Dazu gehören maßgeblich – sehr verkürzt zusammengefasst – zum einen im andinen Raum die lokalen Mobilisierungen seit den 1940er Jahren für eine Agrarreform und gegen das *Hacienda*-System und die damit verbundene Abhängigkeit, Ausbeutung und Unterdrückung der indigenen Landbevölkerung. Die Landfrage wurde zur zentralen Forderung von neuen indigenen Organisationen. Im Zuge einer Modernisierung der Landwirtschaft erfolgte zwar in den 1960ern und 1970ern eine Agrarreform, die jedoch nur sehr unvollständig den Bedürfnissen der indigenen Gemeinden entsprach. Das Thema Land- und Territorium bleibt deshalb weiterhin auf der politischen Agenda. Zum anderen entstand seit den 1960er im amazonischen Tiefland eine weitere maßgebliche Bewegung. Sie erwuchs aus dem Streben dieser Völker, insbesondere der Shuar, nach kultureller Selbstbestimmung und Autonomie, das heißt Anerkennung indigener Territorien und Kulturen, nach einem eigenen Schulsystem sowie der Intention, eigene Interessenvertretungen gegenüber dem mestizischen Staat aufzubauen. In Amazonien verursachte die massive Ausbeutung von Erdölressourcen durch nationale und internationale Unternehmen katastrophale Zerstörungen der Umwelt und der Lebensgrundlage vieler indigener Gemeinschaften. Das Thema Land und Territorium wurde damit auch dort zum Angelpunkt der politischen Mobilisierung.

2 Einzelne Teile der Kapitel Ecuador und Bolivien sind in Ströbele-Gregor 2006b erschienen.

Land und ein zweisprachiges interkulturelles Grundbildungssystem gehörten dementsprechend zu den prioritären Themen des 1986 gegründeten Dachverbandes der indigenen Organisationen CONAIE (*Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador*). In der CONAIE schlossen sich die drei großen Regionalverbände zusammen: Die Repräsentanz der quichuasprachigen Völker des Hochlandes ECUARUNARI, die der amazonischen Völker CONFENIAE und der Zusammenschluss der Küstenvölker CONAICE. CONAIE repräsentiert damit 75 Prozent der indigenen Basisorganisationen (García 2005). Daneben existieren noch weitere nationale Zusammenschlüsse, so die evangelikale FEINE und die gewerkschaftlich orientierte FENOCIN. Die verschiedenen Organisationen sind ein Ausdruck der kulturellen, ideologischen und geografischen Diversität. Innerhalb der so heterogenen indigenen Bewegung Ecuadors haben unterschiedliche ideologische Strömungen, insbesondere marxistische Ideen, die Theologie der Befreiung sowie nativistische Vorstellungen wie der Mythos von der Rückkehr des Inka Atahualpa, immer wieder Konflikte und Spaltungen provoziert. Die Gründung der CONAIE war Ausdruck des Wunsches nach Zusammenhalt zwecks einer gestärkten Interessenvertretung gegenüber dem Staat, von dem politische und soziale Bürgerrechte, beides Schlüsselemente moderner Demokratie, und darüber hinaus kulturelle und bzw. ethnische Bürgerrechte im Sinne Peñas eingefordert werden.

Während der schweren Finanz- und Wirtschaftskrisen der 1990er Jahre in Ecuador im Kontext neoliberaler Wirtschaftsmaßnahmen kombinierte die indigene Bewegung in ihren Auseinandersetzungen mit dem Staat spezifische indigene Forderungen mit allgemeinen sozialen und ökonomischen Forderungen, die auch den Interessen anderer sozialer Akteure entsprachen.³ Auftakt einer Reihe von Aufständen und des politischen Aufstiegs der indigenen Bewegung war 1990 das »Primer Levantamiento Indígena Nacional«, organisiert von CONAIE. In ihrem 16 Punkte umfassenden Forderungskatalog verband CONAIE bereits partikulare und konjunkturelle politische und wirtschaftliche Forderungen der Indígena-Basis mit der Grundsatzforderung nach einer Anerkennung Ecuadors als plurinationalen Staat und entsprechenden tiefgreifenden Reformen. Mit diesem Aufstand geriet CONAIE erstmals als politischer Akteur ins Blickfeld einer breiten Öffentlichkeit. Viele Angehörige der weißmestizischen Mittel- und Oberschicht erschrakten zutiefst und mobilisierten ihre rassistischen Ressentiments.

1992 erfolgte der Protestmarsch aus dem amazonischen Tiefland zur Hauptstadt Quito. Dazu hatte der regionale Verband CONFINAE aufgerufen, um den Forderungen nach Legalisierung indigener Territorien in Amazonien Nachdruck zu verleihen. 1994 legte der »Zweite Nationale Aufstand« 20 Tage lang das Land lahm. Ursache dieses Protestes war ein Bodengesetz, demzufolge so genanntes nicht produktiv genutztes Gemeindeland indigener Dorfgemeinschaften für den

3 Zur Geschichte der politischen Mobilisierung beziehe ich mich auf García 2005.

Markt freigegeben werden sollte. Die Regierung stufte die Landnutzungsform der Indígenas als Entwicklungs- bzw. Modernisierungshemmnis ein. In Verhandlungen zwischen indigener Organisation, Regierung sowie dem Verband der Mittel- und Großgrundbesitzer erreichte die Rechtsanwältin Nina Pacari, prominente Aktivistin der indigenen Bewegung, die Modifikation des Gesetzes (García 2002: 71).

Weil keine der politischen Parteien indigene Interessen berücksichtigte, waren Massenproteste, Kampagnen und Wahlboycotts bislang diejenigen Instrumente gewesen, mit denen die Indígenas ihre Anliegen vorgebracht hatten. Der große Zuspruch breiter sozialer Sektoren zu den Protestaktionen der indigenen Bewegung gegen Privatisierungspläne des staatlichen Sektors, bei denen CONAIE gemeinsam mit Gewerkschaften, linken Parteien und Teilen der katholischen Kirche agierte, beförderte den Entschluss zur Gründung einer eigenen Partei. Sie sollte Ausdruck dieser Allianz sein und das Instrument, um auf demokratischem Weg lokale und regionale Machtpositionen zu besetzen (García 2002: 71). Der Wahlerfolg 1996 des Wahlbündnis *Movimiento Plurinacional Pachakutik – Nuevo País* gab dieser Entscheidung Recht: *Pachakutik* errang zahlreiche Bürgermeisterämter und Parlamentssitze. Erstmals wurde eine Indígena, die Rechtsanwältin Nina Pacari, Vizepräsidentin des Parlaments.

1998 erfolgte unter Beteiligung von Pachakutik und auf Druck der Indígena-Bewegung eine relativ weitgehende Verfassungsreform. Darin wurden der pluri-kulturelle Charakter der ecuadorianischen Gesellschaft anerkannt und spezifische Rechte für die indigene Bevölkerung festgeschrieben, so die Anerkennung von Kollektivrechten für Indigene und Afro-Ecuadorianer, Territorialrechte, Anerkennung des Rechtspluralismus und die Einführung der zweisprachigen Grundbildung.⁴

Mit der Partizipation am Parlamentarismus gab die indigene Bewegung allerdings ihr bewährtes Instrument der Massenmobilisierung nicht auf. Angesichts von Wirtschafts- und Finanzmaßnahmen der Regierung, die zulasten breiter Sektoren der Bevölkerung gingen, kam es 1999 zu zwei weiteren nationalen Erhebungen, an denen sich über eine Million Indígenas und Nicht-Indígenas beteiligten. Die Regierung sah sich zum Dialog und zu neuen Vereinbarungen gezwungen. Der Umstand, dass sie diese nicht einhielten, provozierte erneut Proteste. Die Unfähigkeit der Regierung zu sozialverträglichen Maßnahmen angesichts der sich verschärfenden Wirtschaftskrise, vor allem durch die Einführung des US-Dollars als nationaler Währung, womit sie die Verschlechterung der Lebensgrundlagen breiter Schichten der Bevölkerung in Kauf nahm, veranlassten CONAIE und ihre Bündnispartner 2000 erneut zu einem Aufstand. Mit Unterstützung einer Fraktion der Streitkräfte wurde der Präsident zum Rücktritt gezwungen. Kurzfristig hatte es den Anschein, als würden die indigenen Protagonisten von CONAIE die Regie-

4 Eine Übersicht über die Verfassung und weitere Rechtsreformen zugunsten indigener Völker in Barie (2003: 283-320).

rungsgewalt übernehmen. Gleichwohl kam es auf Vermittlung der Offiziere nur zu einer Regierungsumbildung. Die Ergebnisse der wenige Monate später stattfindenden Lokalwahlen manifestierten gleichwohl die breite Akzeptanz der Indígenas als politische Akteure.

Die Geschichte seit 1990 ist also eine Geschichte der massiven Protestmobilisierung und von Aufständen, des Verlustes an Glaubwürdigkeit der herrschenden politischen Klasse und ihrer Parteien, des Aufstiegs der indigenen Bewegung zum maßgeblichen politischen Akteur und ihrer Allianzen über ethnische Grenzen hinweg, jedoch mit der Prävalenz ethnischer Diskurse. Mit der Gründung des eigenen Wahlbündnisses *Movimiento Plurinacional Pachakutik – Nuevo País* brachte die indigene Bewegung es bei den Wahlen 2002 sogar bis zur Regierungsbeteiligung.

Im neuen Jahrtausend erfolgte dann der Zerfall der Bewegung. Ursächlich dafür war zum einen die Schwäche von *Pachakutik* als Regierungspartei. Angesichts der schwierigen Wirtschaftslage hatte man sich ohne ein ausgearbeitetes Regierungsprogramm 2002 in die Koalition begeben. Auch mangelte es *Pachakutik* an Durchsetzungskraft in der Koalition. Zum anderen zeigte sich, dass die Bewegung, insbesondere CONAIE nicht fähig war, einmal an der Regierungsmacht beteiligt, sich vor den Kooptations- und Spaltungsstrategien der Regierungspartei zu schützen. Von diesem Niedergang hat sich die Bewegung bisher noch nicht erholt.

Im Wahlkampf 2006 unterstützen CONAIE und *Pachakutik*, wie ein Großteil der politischen Linken, den Präsidentschaftskandidaten und späteren Sieger Rafael Correa. Dessen politische Versprechungen entsprachen in vielen Punkten den Forderungen der Indígena-Bewegung. Dazu gehörten: Die Durchführung einer Verfassungsreform, Überprüfung und eventuelle Neuverhandlung der Verträge mit den in Ecuador tätigen Erdölkonzernen, ein neuer Umgang mit der Staatsverschuldung, das heißt ein Bemühen, sich von internationalen Krediten unabhängig zu machen, die Nichtverlängerung des Vertrages mit den USA über die Nutzung der Militärbasis Manta und die Einstellung von Verhandlungen über einen bilateralen Freihandelsvertrag zwischen Ecuador und den USA. Eine Teilnahme von *Pachakutik* oder CONAIE an der Regierung stand jedoch nicht zur Debatte. Und innerhalb der Bewegung sind weder die Spaltungen und Fraktionierungen noch das Misstrauen vieler Basisorganisationen gegenüber der CONAIE und *Pachakutik* überwunden. Auch wenn sich indigene Wortführer an der verfassungsgebenden Versammlung beteiligten, so spielte die indigene Bewegung insgesamt im Verfassungsgebungsprozess keine besondere Rolle. Allerdings wurden Themen wie die Anerkennung als Nationalitäten und der Schutz indigener Territorien vor ökologischer Zerstörung durch Erdölförderung in die Debatte aufgenommen.

Bolivien

Seit dem 1. Januar 2006 hat Bolivien einen Indígena zum Präsidenten, den Aymara Evo Morales Ayma. Der Vorsitzende des Verbandes der Cocobauern des Chacare und der daraus hervor gegangenen Partei MAS *Movimiento al Socialismo* hatte bei den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen in den letzten Dezembertagen 2005 über 53 Prozent der Wählerstimmen erhalten. Ein in der Geschichte Boliviens einmaliges Wahlergebnis. Die MAS stellt gleichfalls die Mehrheit im Kongress. Erstmals sieht sich die indigene bzw. indigen-mestizische Bevölkerungsmehrheit im Parlament mit einer eigenen Partei angemessen vertreten. Damit hat sich die politische Landschaft grundlegend verändert. Das betrifft nicht nur die neuen Entscheidungsträger, neue Richtlinien in der staatlichen Administration und die politische Strategie der Einbindung der sozialen Bewegungen – »Nun sind unsere Leute an der Regierung« ist eine oftmals zu hörende Äußerung. Es betrifft vor allem auch den indianistischen Diskurs, mit dem der Regierungskurs begleitet und untermauert wird. Ein wesentlicher intellektueller Vordenker ist dabei der nicht-indigene Vizepräsident Alvaro García Linera. Und es betrifft die heftigen politischen Konfrontationen, mit denen die Gegner der Partei MAS und von Evo Morales das Land in schwere Konflikte gestürzt haben – dazu weiter unten mehr.

Es wäre allerdings verkürzt, ja falsch, den Wahlsieg von Evo Morales einseitig »der Indígena-Bewegung« zuzuschreiben, wenngleich die Politisierung des Ethnischen eine maßgebliche Rolle gespielt hat und in der politischen Positionierung weiterhin spielt. Bevor ich schlaglichtartig einige der politischen Ursachen darstelle, die zur Wahl und zum Sieg von Morales und der MAS geführt haben sowie zur aktuellen Konfliktsituation im Lande, sind jedoch zum Verständnis der politischen Entwicklungen einige Anmerkungen zur sehr komplexen jüngsten Geschichte der indigenen Bewegungen in Bolivien erforderlich, denn bereits die Eigendefinitionen verweisen auf unterschiedliche politische Positionen und Interessen.

Panorama der indigenen Bewegung in Bolivien (ZT)⁵

Auch wenn seit den 1980er Jahren die Eigendefinition als *pueblos originarios* (im andinen Hochland) oder als *pueblos indígenas* (im Tiefland) Konjunktur hat, und auf der Ebene des Politischen und des Sozialen Ethnizität zu einem wesentlichen Bezugspunkt wurde, so erscheint es mir doch problematisch, von »der« indigenen Bewegung zu sprechen. Dazu sind zum einen die Vielfalt der Organisationen sowie die kulturelle Differenz und damit verbunden die unterschiedlichen Interessen und Anliegen zu groß. Interessengegensätze bestehen insbesondere zwischen den

5 Ausführlich Ströbele-Gregor 2006a.

Aymara und Quechua des Hochlandes und den Tieflandvölkern. Konfliktherd ist dabei die Landfrage. Hochland-Migranten dringen als Kolonisationsbauern in Territorien der Tieflandvölker ein. Die Folge sind Vertreibung oder Flucht der angestammten Bewohner, Rodung von Wäldern zwecks landwirtschaftlicher Nutzung – oftmals den ökologischen Bedingungen unangepasst –, Holzschlag sowie Ausbeutung natürlicher Ressourcen. Zum anderen divergieren die politischen Positionen ebenso wie die ideologischen Verortungen stark.

Im andinen Kontext ist der Katarismus eine wesentliche ideologische Strömung. Die Bewegung gründete sich Ende der 1960er Jahre und bezieht sich stark auf das kulturelle Erbe der Aymara. Die Akteure entstammen sowohl den Bauernverbänden der Aymara und Quechua, wie auch den Vereinen der Migranten in den Hochlandstädten. Der Katarismus, entstanden im Widerstand gegen die politische Vereinnahmung während der Diktaturen, bezieht sich auf den antikolonialen Kampf angeführt vom Aymara-Helden Tupac Katari und revitalisiert die Ideen der eigenständigen Kultur, Religion und Lebensweise der andinen Bevölkerung. Zentrale Organisation ist der Dachverband der Campesinos CSUTCB (*Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia*). Im Verlauf der Jahrzehnte ist der Katarismus zu einem sehr flexiblen Bezugsrahmen geworden, auf den sich ideologisch durchaus unterschiedliche Positionen berufen. Das reicht von rassistischen und radikal-indianistischen Ideen, etwa der Partei MIP (*Movimiento Indígena Pachakutik*) – ihr geht es um die Wiederherstellung von Gesellschaftsstruktur, Rechtssystem und administrativer Ordnung der Aymara vor der »Integration« in das Inka-Reich – bis zu Ideen des plurikulturellen Staats, in der auch mestizische und »weiße« Bolivianer einen Platz fänden, sofern sie die indigene Autonomie und Territorien einschließlich der Verfügung über die dort vorhandenen natürlichen Ressourcen anerkennen. Der Katarismus ist auch einflussreich im MAS, wo er sich mit den trotzkistischen und marxistischen Ideen der in die Coca-region Chapare abgewanderten ehemaligen Bergarbeiterschaft verbunden hat. Das verbindende Element ist die Ablehnung der herrschenden Gesellschaftsordnung, der neoliberalen Politik und der Altparteien sowie die Vision einer anderen Staatsform, in der basisdemokratische Strukturen und indigene Formen der sozialen Ordnung zusammenfließen sollen. Die Frage, wie »indigen« diese Formen jeweils tatsächlich sind oder welche Einflüsse die mestizische Kultur über die Jahrhunderte auf die indigenen Kulturen hatte, wird nur dann gestellt, wenn es darum geht, die indigene Kultur zu revitalisieren und die als Folge der Beziehung zur westlichen Lebensformen resultierenden »Kontamination« abzustreifen.

Eine andere Orientierung, die in den 1980er Jahren erstmals in Erscheinung trat und ebenfalls in der CSUTCB präsent war, bekannte sich zum bewaffneten Kampf, um ihren radikal-indianistischen Widerstand gegen die »weißen Unterdrücker« und die Befreiung der autochthonen Völker durchzusetzen. Auch wenn Organisationen, wie die Ayllus Rojos und die kleine Guerillaorganisation EGTK (*Ejército Guerillero Tupac Katari*) heute nicht mehr existieren, verdienen sie

doch deshalb Beachtung, weil ihre Ideologie und einige ihrer Führungspersönlichkeiten noch heute Einfluss gerade auf Aymara sowohl auf dem Land wie unter städtischen Migranten haben. Die aus dieser Bewegung hervorgegangene Partei MIP konnte zwar bei den Wahlen 2005 nicht mehr an ihre Erfolge von 2002 anschließen, das liegt jedoch m. E. vor allem an dem autoritären Auftreten ihres Begründers und Führers, Felipe Quispe. Denn Aymara-Organisationen wie etwa CONAMAQ und junge Aktivisten, gerade auch Studierende aus Migrantenfamilien in El Alto oder La Paz, teilen Quispes Ideen.

Einen anderen ideologischen und organisatorischen Weg sind die Völker des bolivianischen Tieflands gegangen. Ihre Situation, ihre Kulturen und ihre Geschichte unterscheiden sich erheblich von derjenigen der Hochlandbevölkerung. Unterdrückung, Ausbeutung bis hin zur Sklaverei sind in entlegenen Gebieten noch an der Tagesordnung. Das ungehinderte Vordringen von Großgrundbesitzern, von Unternehmen, die die natürlichen Ressourcen ausbeuten, aber auch von Migranten aus dem Hochland auf das von indigenen Gemeinschaften genutzte Land und als Folge die Zerstörung ihrer Subsistenz, Lebensweise und oftmals ihrer kulturellen Ausdrucksformen hat zu eigenständigen Organisationsprozessen Mitte der 1980er Jahre geführt. Seit ihrem Marsch »Für Territorium und Würde« 1990 sind sie eine weitere politische Kraft. Ihre regionalen Verbände, zusammengeschlossen im Dachverband CIDOB (*Central Indígena del Oriente Boliviano*), vertreten durchaus eigenständige Positionen, die aus den lokalen Gegebenheiten, den jeweiligen Kulturen und ihren ambivalenten Beziehungen zu einflussreichen Akteuren aus der Welt der »Weißen« resultieren. Das sind neben Staatsbeamten, Großgrundbesitzern, Händlern und Angestellten von Unternehmen insbesondere Kirchen und NGOs. Gemeinsam ist den Tieflandvölkern ihr Kampf um Respekt, Würde und Anerkennung ihrer Kulturen in eigenen selbstverwalteten Territorien sowie das Recht auf die dortigen natürlichen Ressourcen. Ihre politischen Strategien sind die der Verhandlung und Beteiligung an politischen Reformen, nicht der Konfrontation, wohl aber der Massenmobilisierung. Damit hatten sie in den 1990er Jahre die formale Anerkennung einiger Gebiete als indigene Territorien erreicht. Aber sie mussten die Erfahrung machen, dass Regierungen und staatliche Administration nichts taten, um die Gesetze umzusetzen. Seitdem, insbesondere seit Inkrafttreten des Volksbeteiligungsgesetzes (*Ley de Participación Popular*) 1994, nahm die Politisierung an der Basis zu. Damit verstärkten sich die Organisationsprozesse – aber auch der Einfluss politischer Parteien. Das führte zu Spaltungen und zur Schwächung von Organisationen und zu Konfrontationen von Führungspersönlichkeiten. Auch der MAS spielt in diesem Kampf um Einflussphären eine Rolle. So verhinderte das von ihm unterstützte Gesetz zur Wahl der Verfassungsgebenden Versammlung eine eigene Repräsentanz von Minderheiten, wie es die Tieflandorganisationen für sich forderten. Es gelang der MAS, einige maßgebliche Führungspersönlichkeiten von Tieflandorganisationen an sich zu binden; andere orientieren sich politisch anderweitig, arbeiten zum Teil sogar mit

Institutionen der Opposition zusammen, wenn es auf lokaler Ebene oder themenbezogen für sie vorteilhaft erscheint. Auch in der gegenwärtigen Situation herrscht also keine Einigkeit. Allerdings – die jüngste Reform des Agrargesetzes – sofern sie gegen die Machtgruppen im Oriente durchsetzbar ist – käme allen Tieflandvölkern zugute und wird von allen indigenen Organisationen unterstützt.

Dies ist – grob skizziert – das komplexe Szenarium der indigenen Bewegungen. Trotz der Interessenunterschiede bleibt aber festzuhalten, dass die indigene Bevölkerung derzeit »Evo« als ihren Repräsentanten und Verteidiger ihrer Rechte begreift. Im Referendum vom 10. August 2008, bei dem sich Morales der Frage stellte, ob er weiter im Amt verbleiben sollte, stimmten über 67 Prozent der Wahlberechtigten für seinen Verbleib – ein deutliches Votum (siehe auch Valverde 2008).

Bolivien – ein gespaltenes Land

Die politischen Erdbeben, die Evo Morales und seiner Partei MAS 2005 den Wahlsieg brachten, nahmen ihren Ausgang in sozialen Protesten seit 2002 gegen die Auswirkungen der neoliberalen Strukturanpassungspolitik und Pfründewirtschaft der Regierungsparteien.

Schwere gewaltsame Proteste erschütterten 2003 das Land und führten nach dem Aufstand im Oktober 2003 zur Vertreibung des gewählten Präsidenten.⁶ Ursache des Aufstandes war das Zusammenwirken verschiedener Faktoren: eine tiefe soziale Krise als Folge der anhaltenden Wirtschaftskrise und ihre Auswirkung auf diverse soziale Sektoren verbunden mit großer Verteilungsungleichheit; Korruption; Glaubwürdigkeitsverlust der traditionellen Parteien, die Partikularinteressen als nationale Politik verkauften; verschärfte Armut unterer Bevölkerungsschichten; die sich akkumulierende Frustration über zahlreiche ungelöste Konfliktfelder⁷; und die Unfähigkeit der Regierung, auf aktuelle soziale Forderungen und Konflikte angemessen zu reagieren. Im Zentrum des Aufstandes 2003 standen die organisierte indigene Bauernbewegung des Hochlandes – Aymara und Quechua – die indigenen Migranten der Städte El Alto, La Paz, Cochabamba sowie die Coca-Bauern im Anbaugbiet Chapare und in anderen Kolonisationszonen – allesamt Aymara- und Quechua-Zuwanderer aus dem Hochland. Jedoch wäre es falsch, den Aufstand in erster Linie als »ethnischen Konflikt« zu interpretieren, wengleich die ethnische Dimension durchaus eine wesentliche Rolle spielte (Ströbele-Gregor 2005).

Im Mittelpunkt der Forderungen sowohl der indigenen wie anderer sozialer Basisbewegungen standen: die Nationalisierung der Erdgas- und Erdölvorkommen sowie die Erhöhung der Abgaben von Firmen an den Staat; deren Nutzung für Investitionen in den sozialen Sektor und zur Industrialisierung; Rückverstaatlichung strategischer Betriebe; eine Verfassungsgebende Versammlung unter Teil-

⁶ Ausführlich dazu Piepenstock u. a. 2003.

⁷ Ausführlich zu den Konfliktfeldern: Ströbele-Gregor 2005.

habe der Indigenen zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung; Freigabe des Coca-Anbaus; Abkehr von der neoliberalen Wirtschaftspolitik und Strukturreformen. Von indigener bäuerlicher Seite kamen die Forderungen nach eigenen Territorien und einer neuen Agrarreform hinzu.

Evo Morales und seine Partei MAS versprachen einen entsprechenden politischen Kurs. Der wurde bisher eingehalten. Die Verfassungsgebende Versammlung tagte seit August 2006, wenngleich die Arbeit nur schleppend voranging: Ursache dafür waren die Interessengegensätze der Parteien und der Departements sowie rechtlich fragwürdige politische Manöver der MAS. In der letzten Phase boykottierte die vereinte Rechte die Versammlung, verhinderte damit einen ordnungsgemäßen Ablauf der Arbeit. Ohne die Beteiligung der maßgeblichen Oppositionspartei PODEMOS verabschiedete die Regierungspartei (und ihre zeitweisen Bündnispartner) den Verfassungsentwurf im Dezember 2007 in einem mehr als zweifelhaften Verfahren. Die Rechte bezeichnete das Zustandekommen als illegal, weshalb sie den Verfassungsentwurf nicht akzeptiert.

Ein weiteres Wahlversprechen, die »Nationalisierung« der Erdgas- und Erdölvorkommen konnte die Regierung, sehr zum Zorn der Opposition, erfolgreich durchsetzen. Es gelang Morales die internationalen Unternehmen zu neuen Verträgen zu bewegen. Damit verpflichten sie sich nicht nur zu höheren Abgaben, sondern ebenfalls, ihre Arbeit als Dienstleistung dem staatlichen Erdgas/Erdöl-Unternehmen YPFB (*Yacimientos Petrolíferos Fiscales Bolivianos*) zu unterstellen. Ein Novum war ebenso, dass die Verträge dem Kongress zur Abstimmung vorlagen und öffentlich einsehbar sind. Ein weiterer Erfolg ist die Verabschiedung der Reform des Agrargesetzes, mit dem Großgrundbesitz, der nicht produktiv genutzt wird, unter die Aufsicht des Staates gestellt und zur Nutzung an Kollektive übergeben wird. Die Großgrundbesitzer des Tieflands lehnen diese Reform strikt ab. Damit hat sich der Konflikt im bolivianischen Tiefland mit den konservativen Parteien und Verbänden der Departements Santa Cruz, Tarija, Beni und Pando weiter zugespitzt.

Die Konfrontation zwischen diesen Departements und der Regierung nimmt seitdem immer schärfere Formen an. Meldungen berichten seit Ende 2006 von gewaltsamen Übergriffen von »Weißen« auf indigene Organisationen im Tiefland (z. B. Denuncia vom 18.12.06), Großgrundbesitzer verhindern gewalttätig die Vermessungsarbeiten der Beamten der Agrarbehörde und Überprüfung von Landtiteln und Landnutzung.

Bolivien ist eine tief gespaltene Gesellschaft. Die Konfliktlinien verlaufen entlang der Klassenzugehörigkeit, arm und reich, der ethnischen Zugehörigkeit und der regionalen Zugehörigkeit, zwischen sich »weiß« dünkender und indigener Bevölkerung, insbesondere der überwiegend indigenen Landbevölkerung, und auch innerhalb der ethnisch und kulturell vielfältigen Stadtbevölkerung. Diese Polarisierung hat ihre Wurzeln in der Kolonialzeit und sie verstärkte sich weiter in der postkolonialen Gesellschaft, insbesondere im Tiefland (Soruco u. a. 2008). In der Aktualität hat sie Dimensionen erreicht, die manchen Bürger von einem »Bürger-

krieg niedriger Intensität« sprechen lässt. In den Regionen des bolivianischen Tieflands, dem »Halbmond« der ost-, nord- und südbolivianischen Departements, allen voran dem Departement Santa Cruz mit seiner Wirtschaftsmetropole gleichen Namens, laufen all die genannten Konfliktlinien zusammen. Dort bilden sie eine Einheit, die wiederholt Separatismusbestrebungen aufkommen ließ. Höhepunkt des Konfliktes stellten im Mai und Juni 2008 die Abstimmungen über »Autonomie-Statuten« in vier dieser Departements dar, die mit Mehrheit angenommen wurden. Der Umstand, dass diese Referenden illegal waren und von der Nationalen Wahlkommission nicht anerkannt wurden, stört die »Autonomisten« nicht.

Mit den »Autonomie-Statuten« verbunden ist die Nicht-Anerkennung des Entwurfs der neuen Nationalen Verfassung. Die »Autonomie-Statuten« sind eine Kampfansage an die Regierung. Die herrschenden Klassen in den Departements, allen voran die Vertreter des Agrobusiness und die Großgrundbesitzer von Santa Cruz, bestehen auf dem Besitz ihrer immensen Ländereien und auf den Einnahmen aus den natürlichen Ressourcen, insbesondere Erdgas und Erdöl. Abgelehnt wird jegliche Umverteilung der Einnahmen, wie sie die Regierung vorsieht. Rhetorisch begleitet wird das Ganze von rassistischen Argumentationen gegen die »Indios im Hochland«.

Das »Autonomie-Statut« von Santa Cruz (*Estatuto del Departamento Autónomo de Santa Cruz 2007*) beispielsweise ist ebenfalls eine Kampfansage an die indigenen Völker im Departement. Obgleich 37 Prozent der dortigen Bürger sich im Zensus 2001 als Angehörige eines indigenen Volkes definierten, werden im Statut nur fünf der im Departement angestammten indigenen Völker überhaupt anerkannt und mit politischen Rechten ausgestattet. Sie erhalten je eine Stimme im Departementalen Rat – dem insgesamt aus 28 Mitgliedern bestehenden politischen Entscheidungsgremium. Damit ist ihnen jede Möglichkeit, hier ihre Interessen durchzusetzen, genommen. Die große Anzahl der Hochlandmigranten, die 56 Prozent der Indigenen im Departement ausmachen, erhalten überhaupt keine Repräsentanz im Departementsrat.

Wie die Konfrontation zwischen Tieflanddepartements und der Regierung samt der sie tragenden indigenen Bevölkerung ausgehen wird, vermag derzeit niemand zu sagen. Nachdem der Präsident dem Gesetz zur Volksabstimmung über die Abwahl von hohen Amtsinhabern, d. h. des Staatspräsidenten, Vizepräsidenten und der Präfekten zugestimmt hatte und die Abstimmung mit Bravour gewann, sind die Konfliktlinien keineswegs entschärft. Denn zugleich wurden auch (bis auf zwei) die oppositionellen Präfekten in ihrem Amt bestätigt. Damit brachte das Referendum das Land keiner Lösung näher. Die Ankündigung des durch die Abstimmung gestärkten Präsidenten, nun den Verfassungsentwurf Anfang 2009 zur Volksabstimmung zu stellen, löste seit Ende August schwere und gewaltsame Konfrontationen zwischen Anhängern der Opposition und der Regierung aus. In den Departementshauptstädten des Halbmonds besetzten jugendliche rechte Schlägertrupps gewaltsam staatliche und regierungsnahe Einrichtungen, zertrümmerten Büros

von indigenen Vertretungen, bedrohten Menschenrechtsaktivisten mit Mord, belagerten Gasförderanlagen und Flugplätze in Tarija, Pando und Trinidad. Die Gaslieferungen nach Brasilien und ins Inland mussten eingeschränkt werden, Überlandstraßen wurden blockiert, Diesel, Haushaltsgas und Nahrungsmittel wurden knapp in Santa Cruz, weil regierungsnahen Kräfte als Gegenreaktion ihrerseits Überlandstraßen belagerten. Bürger gegen Bürger, arm gegen reich, Städter gegen Campesinos. Die Ordnungskräfte hatten Befehl, sich zurückzuhalten, um weitere Eskalationen zu verhindern. Das schlimmste Ereignis: Bei gewaltsamen Konfrontationen im Amazonas-Departement am 11. September gab es zahlreiche Tote, viele Verletzte und Verschwundene. Die meisten Opfer waren Campesinos. Die Regierung ließ daraufhin den Ausnahmezustand über das Departement verhängen. Der Präfekt wurde festgenommen. Der Vorwurf lautete: Verantwortung für das Massaker an den Bauern. Autonomie-Aktivisten und Angestellte der Präfektur hätten die Bauern, die sich auf dem Weg zu einer Versammlung in der Departementshauptstadt befanden, in einem Hinterhalt mit Waffengewalt überfallen (siehe Ströbele-Gregor 2008). Seit Ende September bemühen sich die Staatsanwaltschaft, eine Parlamentarierkommission und verschiedene Menschenrechtskommissionen um Aufklärung.

Dieser extreme Gewaltausbruch hat das Land unter Schock gesetzt und die gegnerischen politischen Akteure veranlasst, den Dialog aufzunehmen. Ob eine Einigung erreicht wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt (5. Oktober 2008) nicht abzusehen. Die Opposition verlangt grundlegende Änderungen im Verfassungsentwurf, den sie grundsätzlich als illegal betrachtet, da sie an der Abstimmung des Entwurfs nicht beteiligt war. Die Regierung ist nur bereit, über die Themen Verteilung der Gaseinnahmen und Autonomie zu verhandeln. Die regierungsnahen sozialen und indigenen Bewegungen üben Druck auf die Regierung aus, keinen Schritt nachzugeben und drohen mit neuen Märschen und Belagerungen. Die übrige Bevölkerung jedoch fordert Verhandlungslösungen und verfolgt mit Besorgnis die Presseberichte über den Verlauf des »Dialogs«.

Schlussbemerkung

Die indigenen Bewegungen in Bolivien und Ecuador sind zu einem maßgeblichen politischen Akteur geworden seit sie sich nicht mehr auf die Interessenvertretung spezifisch indigener Anliegen beschränken. In beiden Ländern verfügen die indigenen Organisationen über einen landesweiten Aktionsradius. Dazu hat nicht zuletzt die Kooperation mit nicht-indigenen Akteuren wesentlich beigetragen. Ein Faktor ist die politische Allianz mit nicht-indigenen sozialen Sektoren bei gemeinsamen Forderungen und Aktionen, wobei es der indigenen Bewegung gelang, zum Sprachrohr der Anliegen von breiten sozialen Schichten zu werden. Ein anderer Faktor ist in der jahrzehntelangen Unterstützung durch externe Akteure zu

sehen, die sich für die indigene Sache engagieren: NGOs, Anthropologen, Kirchenvertreter und internationale Entwicklungsagenturen. Im Zuge ihrer Emanzipationsbestrebungen werden diese Unterstützungs-Beziehungen von den Indígenas allerdings selten positiv thematisiert. Im Diskurs der Ethnisierung des Politischen findet eine immer stärkere Abgrenzung statt – das hindert indigene Organisationen oder Gemeinschaften aber nicht daran, offen zu sein für weitere finanzielle Unterstützung und solidarische Beratung. Diese ambivalente Haltung führt nicht selten zu gegenseitigem Missverstehen oder auch Frustrationen. Aber die Umsetzung notwendiger tiefgreifender gesellschaftlicher Reformen mit dem Ziel eines Ausbaus von partizipativer Demokratie, Gleichstellung und gesellschaftlicher Teilhabe der bis dahin ausgegrenzten Gesellschaftsgruppen erfordert von beiden Seiten größere Bereitschaft zum Dialog. Von nichtindigenen Akteuren erfordert es eine Praxis der Anerkennung kultureller Diversität und Interessendivergenzen, für die indigenen Bewegungen bedeutet Dialog, nicht in die Falle essentialistischer Idealisierung und eines umgekehrten Rassismus zu geraten.

Literatur

- Barie, Cletus Gregor (2003): *Pueblos Indígenas y derechos constitucionales en América Latina: un panorama*. México, La Paz.
- Estatuto del Departamento Autónomo de Santa Cruz, 12 de diciembre de 2007; Santa Cruz.
- García Serrano, Fernando (2002): »Política, Estado y movimiento indígena: nuevas estrategias de negociaciones en tiempos de la dolarización«. In: Ströbele-Gregor, Juliana (2002) (Coor.): *Neue Tendenzen indigener Bewegungen in den Andenländern und Guatemala zu Beginn des neuen Jahrtausends*. INDIANA 17/18, S. 69-82.
- García, Fernando (2005): *De movimiento social a partido político: el caso del movimiento de unidad plurinacional Pachakutik-Ecuador*. Vortragstext, Sao Paulo.
- GTZ (Hrsg.) (2004): *Indigene Völker in Lateinamerika und Entwicklungszusammenarbeit*. Heidelberg.
- ILO-International Labour Office (Ed.) (1989): *Convention 169: Convention Concerning Indigenous and Tribal Peoples in Independent Countries*, Geneva.
- La Organización Indígena Chiquitana (OICH), la Central Indígena Paikoneka de San Javier (CIP-SJ) y la Central de Comunidades Indígenas de Concepción (CICC) (18.12.2006): *Denuncia*.
- Peña, Guillermo de la (1999): »Reflexiones preliminares sobre la ciudadanía étnica. (El caso de México)«. In: Olvera, Alberto J. (ed.): *La sociedad civil. De la teoría a la realidad*. México.
- Piepenstock, Anne; Vargas, Gonzalo; Goedeking, Ulrich (2003): »Vom Musterland zum Volksaufstand«. In: Gabbert, Karin; Gabbert, Wolfgang; Goedeking, Ulrich; Hoffmann, Bert; Huffschmid, Anne; Koschützke, Albrecht; Krämer, Michael; Müller-Plantenberg, Urs; Ströbele-Gregor, Juliana (Hrsg.): *Medien und ihre Mittel. Jahrbuch Lateinamerika Analysen und Berichte 28*. Münster, S. 149-160.
- Soruco, Ximena; Plata, Wilfredo; Medeiros, Gustavo (2008): *Los barones del Oriente – El poder de Santa Cruz ayer y hoy*, Fundación Tierra: La Paz.
- Ströbele-Gregor, Juliana (2005): »Bolivien – Auf dem Weg zur Neugestaltung der Demokratie?«. In: *Lateinamerika Analysen*, H. 10, S. 119-134.
- Ströbele-Gregor, Juliana (2006a): »Für ein anderes Bolivien – aber für welches? Indigene Völker und Staat in Bolivien«. In: Bopp, Franziska; Ismar, Georg (Hrsg.): *Bolivien. Neue Wege und alte Gegensätze*. Berlin, S. 279-326.
- Ströbele-Gregor, Juliana (2006b): »Indigene Emanzipationsbewegungen in Lateinamerika«. In: *APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitschrift *Das Parlament*, H. 51, 52/2006, S. 5-11.
- Ströbele-Gregor (2008): *Bolivien 2008: Spiel mit dem Feuer*.
<http://www.boell.de/internationalepolitik/internationale-politik-4852.html>, letzter Aufruf: 15.12.2008.
- UN General Assembly (2007): *United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples*, UN: Washington, 12 of September 2007.
- Valverde, Hugo (2008): »Vom Halb- zum Vollmond – Boliviens Präsident Evo Morales gewinnt ein Referendum nach dem anderen ...«. In: *taz – Die Tageszeitung*, 18. Aug. 2008, S. 13.

»Post-neoliberale« emanzipatorische Kräfte in Lateinamerika?

Wo, wenn nicht in Lateinamerika ist das »post-neoliberale« Zeitalter angebrochen, könnte man sich angesichts des explizit anti-neoliberalen Diskurses von Regierungen, Parteien und sozialen Bewegungen seit Mitte der 1990er Jahre und verstärkt seit Beginn des neuen Jahrhunderts fragen. Wie aber ist dieser »Linksruck« zu verstehen und welche Rolle spielen soziale Bewegungen dabei? Ziel unseres Beitrages ist es, die Breite, Vielschichtigkeit und Widersprüchlichkeit gesellschaftlicher (Re-)Strukturierungsprozesse und die Rolle von sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen hierin aufzuzeigen. Mithilfe eines hegemonietheoretischen Zugangs wollen wir weniger die Erfolge einzelner sozialer Bewegungen und die Veränderung offizieller Politik nachzeichnen, sondern vielmehr die unterschiedlichen Dynamiken, Probleme und strukturierenden Momente dieses Prozesses exemplarisch beleuchten.

Ausgangspunkt ist folgender: Neoliberale Strategien lassen sich in vielen lateinamerikanischen Ländern nicht mehr so effektiv umsetzen wie noch vor einigen Jahren. Die Konsequenz sind Versuche herrschender Kräfte, die funktionale wie auch legitimatorische Krise mittels einer »passiven Revolution« (Antonio Gramsci) zu überwinden, d. h. Regierungen werden zur Anpassung ihrer Strategien an die sich verändernden Bedingungen gezwungen. Dadurch und durch das Agieren von emanzipatorischen Kräften entsteht ein »post-neoliberales« diskursives und institutionelles Terrain, das wiederum den Handlungskontext für die Akteure darstellt. Nach einer kurzen Skizze unserer theoretischen Herangehensweise führen wir exemplarisch an unterschiedlichen Bewegungen aus, wie sich »post-neoliberale« Strategien und Praxen entwickeln und in welchem Verhältnis sie zu den sich transformierenden sozialen Verhältnissen stehen. Einen besonderen Fokus legen wir auf den Zusammenhang von sozialen Bewegungen, Staat und Autonomie.¹

Post-Neoliberalismus als dekonstruktive Perspektive

»En efecto, fue la movilización social la que consiguió derrocar presidentes corruptos o impopulares, modificar la relación de fuerzas en varios países, deslegitimar las políticas neo-liberales y especialmente las privatizaciones, y la que contri-

1 Für wichtige Anmerkungen danken wir Miriam Heigl, Arne Rückert, Bernhard Leubolt, Stefan Schmalz und Anne Tittor sowie den Herausgebern des Bandes.

buyó de manera decisiva a que llegaran al gobierno sectores políticos progresistas. Sin embargo, no quedan ahí los logros de los movimientos. Un mundo nuevo está naciendo en los territorios de los movimientos. [...] No es un mundo, sino mundos diferentes« (Zibechi 2006a: 123).²

Wie sehen die von Zibechi angesprochenen neuen Welten aus? Wo entstehen sie und wie wirken sie mit der »alten« Welt einerseits und den anderen neuen Welten andererseits zusammen? Gesellschaftliche Transformation als Bezugspunkt gegenhegemonialer Strategien und Praxen findet auch, so unsere These, über kleinteilige, oft nicht messbare und sichtbarwerdende alltägliche Praxen und Veränderungen statt. Dementsprechend sind soziale Bewegungen und Organisationen zwar im Kontext von gesellschaftlichen Veränderungen und Krisen wichtig, aber nicht auf das Sichtbarwerden konkreter Veränderungen reduzierbar. Die Vielfalt an Akteuren, Praxen und Strategien in ihrem komplexen Zusammenspiel und die Widersprüche, die sich quer durch die Kämpfe um gesellschaftlichen Wandel ziehen, sollen mithilfe einer *dekonstruktiven Perspektive* beleuchtet werden.

Hegemonie als gesellschaftlicher Prozess

Hegemonie in der Tradition von Gramsci rekurriert auf die Fähigkeit herrschender sozialer Kräfte, insbesondere ihre materiellen Interessen so durchzusetzen, dass sie von den anderen relevanten sozialen Kräften, Verbündeten oder Subalternen, als legitimes oder sogar als gesellschaftliches Allgemeininteresse anerkannt werden. Entscheidend ist nicht ein herrschaftlich-repressives Agieren herrschender Kräfte und Institutionen, sondern die konsensuale Einbindung beherrschter Interessen durch aktive Zustimmung oder passive Duldung. Politische, ökonomische und kulturelle Hegemonie konstituiert und verfestigt sich dabei nicht nur in offiziellen Institutionen und Foren, sondern multiskalar, auf unterschiedlichen Ebenen und Terrains bis in gesellschaftliche Alltagsverhältnisse hinein – und umgekehrt: aus ihnen heraus.

Die relative Stabilität hegemonialer Verhältnisse sieht Gramsci in der Wirksamkeit des Alltagsbewusstseins begründet (Gef 3: 372), d. h. Hegemonie muss »als den Lebens- und Arbeitsverhältnissen immanente Praktiken« (Adolphs, Karakayali 2007: 123; vgl. auch Demirović 1997: 257) gedacht werden. Je »plausibler« und stimmiger eine gesellschaftliche Kräftekonstellation ist, desto weniger offensichtlich wird, dass »(s)ocial relations are shaped in and through political struggles« (Torfing 1999: 70). Das impliziert auch, dass eine Repolitisierung schwieriger wird, denn »gesellschaftliche Gruppen und Diskurse, die sich nicht

2 »Eigentlich war es die soziale Mobilisierung, die dazu führte, dass korrupte und unpopuläre Präsidenten gestürzt, die Kräfteverhältnisse in mehreren Ländern verändert sowie die neoliberalen Politiken und insbesondere die Privatisierungen delegitimiert wurden, und sie war es auch, die entscheidend dazu beitrug, dass progressive politische Sektoren an die Regierung kamen. Dennoch erschöpfen sich die Erfolge der Bewegungen nicht nur darin. Eine neue Welt entsteht im sozialen und räumlichen Umfeld der Bewegungen [...]. Dabei handelt es sich nicht um eine Welt, sondern um vielfältige Welten.« (Eigene Übersetzung)

im Rahmen des hegemonial Akzeptierten bewegen« erscheinen »irrational, weltfremd, nicht-realistisch« o. ä. (Candeias 2004: 45).

Bei der Anwendung von Gramscis Hegemoniebegriff wird häufig in einer mechanischen, zustandsbeschreibenden Weise versucht, die momentane Kräftekonstellation auf den Wirkungsgrad einer »Hegemonie« zu überprüfen. Dabei geht jedoch die Komplexität Gramscis verloren, der die Herstellung von Hegemonie »als ein andauerndes Formieren und Überwinden von instabilen Gleichgewichten« (Gef 7: 1584) ansah. Diesen Aspekt des dauerhaft umkämpften, im Wandel befindlichen Prozesses, in dem mittels Kompromissen oder deren Aufkündigung immer bestehende gesellschaftliche Widersprüche bearbeitet werden, möchten wir betonen und damit einem Hegemonie-Verständnis, das auf Stabilität und Homogenität fokussiert, entgegensetzen.

Zivilgesellschaft als »Kampfarena«

Der gesellschaftlich bestimmte »Ort« der Auseinandersetzungen um Hegemonie, des Ringens um Deutungen und »Wahrheiten« und um die Organisationsformen der Gesellschaft, der Stabilisierung sowie ihrer Infragestellung ist die Zivilgesellschaft. In mindestens drei Punkten unterscheidet sich Gramscis Verständnis von Zivilgesellschaft von normativen bzw. liberalen Zivilgesellschaftsbegriffen (vgl. etwa Walzer 1995; Habermas 1992; Cohen, Arato 1992): *Erstens* ist die Zivilgesellschaft keine dem Staat entgegengesetzte Sphäre, sondern Teil des »integralen Staates«, der bei Gramsci die politische Gesellschaft und die Zivilgesellschaft umfasst.³ Damit soll betont werden, dass Hegemonie tief in der Zivilgesellschaft verwurzelt ist und ein Bild, dass alles gesellschaftliche Handeln vom Staat bestimmt wird, vereinfacht und irreführend wäre. Die politische Gesellschaft bzw. der Staat im engeren Sinne und als Institution stellt die hegemonialen Kräfteverhältnisse und die damit verbundenen Kompromissgleichgewichte auf Dauer und »panzert«, d. h. verstetigt sie durch seine finanziellen, administrativen, rechtlichen, diskursiven und physischen Mittel. Dies impliziert *zweitens*, dass Zivilgesellschaft als Terrain der Auseinandersetzung um Hegemonie »keine neutrale Zone ist, in der unterschiedliche Elemente der Gesellschaft als freie und gleiche operieren und konkurrieren« (Buttigieg 1994: 550), denn es wird gesellschaftlich zwar durchaus gekämpft, aber die geltenden Spielregeln sind Bestandteil des hegemonialen Rahmens. D. h. konsensbasierte Herrschaft äußert sich *politisch* darin, dass die Terrains und Modi gesellschaftlicher Konfliktaustragung hegemonial bestimmt und breit akzeptiert werden. *Drittens* wird ein Konsens in der Zivilgesellschaft über einen komplexen Prozess hergestellt, an dem unterschiedliche Akteure und Institutionen direkt und indirekt beteiligt sind. Weder ist die Macht, einen Konsens zu erzielen, gleich verteilt, noch kann eindeutig bestimmt werden,

3 »Aber was heißt das anderes, als dass man unter Staat außer dem Regierungsapparat auch den »privaten« Hegemonieapparat oder Zivilgesellschaft verstehen muss« (Gef 6: 816).

ob die Duldung oder Zustimmung »aus innerer Überzeugung, aufgrund des Zwangs der Verhältnisse oder aus Furcht vor Gewaltanwendung« erfolgt (Scherrer 2003: 481).⁴

Was ist nun der Mehrwert eines hegemonietheoretischen Blicks auf (Zivil-)Gesellschaft und zivilgesellschaftliche Organisationen? Zentral ist *erstens*, dass Akteure nicht losgelöst von ihrer gesellschaftlichen Einbettung und ihrer Rolle im sozialen Reproduktionsprozess betrachtet werden. D. h. zivilgesellschaftliche Organisationen werden als Teil gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse begriffen, sie tragen mit verschiedenen Praxen und Strategien dazu bei, dass sich Hegemonie stabilisiert oder destabilisiert. Als Arena von Kämpfen und als Modus der Reproduktion bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften ist also weder »die« Zivilgesellschaft noch sind »die« zivilgesellschaftlichen Organisationen per se »progressiv«, sondern sie sind Teil bestehender sozialer (Macht-)Beziehungen, zu denen auch liberale, rechte und reaktionäre Akteure und Praxen, Unternehmensverbände, paramilitärische Gruppen und rassistische Organisationen zählen. Im von uns untersuchten »post-neoliberalen Feld« fokussieren wir dennoch auf progressive zivilgesellschaftliche Akteure. *Zweitens*, und das Bild der Kampfarena ernstnehmend, gehen wir davon aus, dass die Herstellung von Hegemonie ein Prozess ist, der nie vollständig abgeschlossen ist und deshalb immer widersprüchlich bleibt, auch wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse, die politischen, ökonomischen und kulturellen Beziehungen und Rahmenbedingungen grundsätzlich akzeptiert sind. D. h. molekulare Veränderungen, untergründige Transformationen als Resultat von alltäglichen Praxen finden immer (schon) statt. Für die Untersuchung hat dies Konsequenzen: Einerseits und obwohl gelegentlich in der von Gramsci inspirierten Staats- und Gesellschaftstheorie unterschätzt, sind hier gerade Prozesse und Strukturen gesellschaftlicher Selbstorganisation im Sinne des Kampfes um autonome Räume und autonome Vergesellschaftung, wie die jüngsten Erfahrungen in Lateinamerika zeigen, ganz entscheidend. Damit geht andererseits einher, dass auch nicht-sichtbare gesellschaftliche Entwicklungen und Akteure, die (noch) nicht das Niveau von Organisationen oder Bewegungen erreicht haben, wichtig für eine hegemonietheoretische Betrachtung sind. Auch wenn diese methodisch schwer zu fassen sind und der Anspruch, sie in ihrer Vollständigkeit einzubringen, vermessen wäre, scheint uns ein schärferes Bewusstsein hierfür dennoch bedeutsam.

Gegenhegemonie als Dekonstruktion

Wie kann nun das Spannungsfeld bzw. das wechselseitige und komplexe Verhältnis von bestehender Hegemonie und gegenhegemonialen Strategien, Praxen oder vielleicht sogar Projekten gefasst werden? Soziale Umschwünge wie der »Links-

4 Unter Zwang verstehen wir nicht nur staatlich angewandte physische Gewalt, sondern – neben dem sozio-ökonomisch »stummen Zwang der Verhältnisse« im Sinne von Marx – auch andere Formen von gesellschaftlich produzierten Zwängen.

ruck« in Lateinamerika finden aus einer hegemonietheoretischen Sicht weniger in Form eines plötzlichen Zusammenbruchs statt, sondern werden als voraussetzungsvoll angenommen. Die »anderen Welten«, so Zibechi (2006a: 124), nehmen über einen langen Zeitraum hinweg Form an und zeigen sich dabei nur selten und »flüchtig« der Öffentlichkeit. Soziale Transformation ist zu verstehen als molekularer Prozess der inneren Destabilisierung hegemonialer oder dominanter sozialer Verhältnisse, der zur Veränderung des Alltagsbewusstseins und damit zum Nährboden für eine »andere Sicht der Dinge« führt. Gramsci hierzu: »Was zuvor zweitrangig und untergeordnet war, [...] wird zum Ausgangspunkt eines neuen ideologischen und theoretischen Komplexes. In dem Maße, in dem die untergeordneten Elemente sich gesellschaftlich entwickeln, wird sich das alte Kollektiv in seine widersprüchlichen Bestandteile auflösen« (Gef 8: 1051).

In Zeiten von (Legitimations-)Krisen, wie etwa in Lateinamerika, findet die »Verteidigung« der bestehenden Hegemonie und der »Angriff«, um Elemente einer neuen Hegemonie zu entwickeln, an mehreren »Frontlinien« statt. Schematisch skizziert, versucht die herrschende Gruppe mittels einer passiven Revolution die Herrschaft wiederherzustellen. Nach Gramsci bedeutet dies, »daß der ›Fortschritt‹ als Reaktion der herrschenden Klassen auf das sporadische und unorganisierte ›Umstürzertum‹ der Volksmassen« (Gef 8: 961) zustande kommt. Dazu werden etwa Teile der Forderungen der »Umstürzler« aufgenommen, ohne allerdings einen allzu großen Kompromiss einzugehen, oder es werden zentrale Figuren in den neuen Kompromiss eingebunden.

Die »Umstürzler« müssen sich einerseits gegen diese Versuche der Herrschenden wehren, sie mittels passiver Revolution wieder in den Kompromiss rückzubinden, im Endresultat ist das ein eher destruktiver, abwehrender Kampf. Andererseits streben sie an, »eine neue Praxis der Politik zu entwickeln, die gegenüber derjenigen der Politik dissymmetrisch ist« (Adolphs, Karakayali 2007: 125; Buciglucksmann 1977). Aufgrund der tiefen Verwurzelung von Hegemonie und ihrer permanenten Produktion in unterschiedlichen Kontexten können auch gegenhegemoniale Praxen und Strategien an unterschiedlichen Punkten ansetzen, wie etwa im Alltag, an den Lebensformen, am Konsumverhalten oder an Institutionen und sind nicht nur auf eine Infragestellung staatlich-institutioneller Politik reduzierbar. Bezugspunkt der emanzipatorischen Akteure für Alternativen bildet zwar häufig einheitlich »der« Neoliberalismus, sie setzen aber auf unterschiedlichen Ebenen, in unterschiedlichen Kontexten und mit unterschiedlicher Reichweite an ganz spezifischen Punkten an. Zibechi betont, dass meist nur bestimmte Teilfelder »emanzipativ« bearbeitet werden und entsprechend in sehr unterschiedlichem Maße mit »dem Alten« gebrochen wird (Zibechi 2006a: 125).

Die auf unterschiedlichen Ebenen und an unzähligen Punkten stattfindende Rekonstitution von Herrschaft und die Etablierung von Gegenhegemonien schafft eine Pluralität von politischen Räumen und Kämpfen. Auf diesem komplexen Terrain positionieren sich die Akteure je nach Kontext sehr unterschiedlich und teil-

weise widersprüchlich: Im Spannungsfeld von sichtbar und unsichtbar, die Hegemonie stabilisierend und destabilisierend, mit überwiegend konstruktiven bzw. destruktiven Aspekten.

Wenn wir im Folgenden gesellschaftliche Transformation in Lateinamerika und die Rolle sozialer Bewegungen mit ihren gegenhegemonialen Praxen, Strategien und Projekten aus einer dekonstruktiven Perspektive betrachten, so baut dies auf dem oben entwickelten Verständnis von Hegemonie auf, dass Hegemonie an unterschiedlichen Orten her- und in Frage gestellt wird. Die Gleichzeitigkeit von unterschiedlich gearteten gesellschaftlichen Projekten, von stabilisierenden und destabilisierenden Prozessen auf diskursiver, politischer und ökonomischer Ebene wird also angenommen. Eine Konsequenz dieser Perspektive ist, dass wir nicht nach einem *einheitlichen*, post-neoliberalen Projekt (»Sozialismus des 21. Jahrhunderts« o. ä., wenngleich ein solcher Begriff durchaus artikuliert wirken kann) suchen, sondern Post-Neoliberalismus als einen *offenen* Prozess betrachten, der diese unterschiedlichen und widersprüchlichen Kämpfe und Suchprozesse pluraler Akteure fasst, als *Ansammlung von Post-Neoliberalismen*. Explizit auf die von uns betrachteten progressiven Akteure bezogen heißt dies, dass sich *destruktive* Praxen, Strategien und Projekte gegen herrschende »Normalitäten« richten und Kooptationsversuche abwehren, während der Aufbau von neuen Formen der Vergesellschaftung, der sozialen Beziehungen und der Interpretationen/Deutungen als *konstruktive* Aspekte bezeichnet werden. Auch hier handelt es sich um widersprüchliche und teils molekular ablaufende (Such-)Prozesse, bei denen je nach Kontext und Akteur eher destruktive oder konstruktive Elemente überwiegen. Im Sinne eines »Postneoliberalismus im Aufbau« (Borón 2003a) arbeiten wir trotz der Betonung des Molekularen und Widersprüchlichen auch heraus, wo etwas zusammenläuft, wo diffuser Protest zu gemeinsamen Strategien wird, zu kleineren Projekten oder gelebten Alternativen.

Der Staat spielt eine ambivalente Rolle, da er einerseits zur Sicherung sozialer Herrschaft entscheidend beiträgt und damit das »Alte« stützt. Andererseits, das zeigen nicht nur die jüngsten Entwicklungen in Venezuela und Bolivien, aber auch ein – asymmetrisch vorstrukturiertes – Terrain bietet, auf dem emanzipatorische Anliegen durchgesetzt und gestärkt werden können. Diese Ambivalenz wird besonders deutlich in Bezug auf das widersprüchliche Verhältnis von sozialen Bewegungen zu »ihren« progressiven Mitte-Links-Regierungen.

»Post-neoliberale« Praxen und Strategien in Lateinamerika: Vielfalt und Widersprüchlichkeit(en)

Im Gegensatz zu den radikalen sozialen und politischen Bewegungen der 1960er und 1970er Jahre, die häufig auf die Übernahme der Staatsmacht zielten und Klassenfragen fokussierten, besteht eine der interessantesten Entwicklungen der

letzten 20 Jahre darin, dass die Annahme eines *einheitlichen* sozialen Subjekts – vormals gesehen in der Arbeiterklasse – und dessen politische Führung durch eine Partei und dies in enger Kooperation mit Gewerkschaften in weiten Teilen v. a. der neueren Bewegungen aufgegeben wurde. Zu »unrealistisch« war diese Annahme angesichts der durch die ökonomische Restrukturierung und Deindustrialisierung bedingten Abnahme formeller Arbeitsverhältnisse und damit der Bedeutung von Gewerkschaften sowie der Zunahme von Prekarisierung und Informalisierung, zu abgrenzend und ignorierend gegenüber anderen Konflikten und emanzipatorischen Ansprüchen wie denen bäuerlicher und indigener Bewegungen⁵ sowie zu »national« gedacht in Anbetracht der Tatsache, dass die nationalstaatliche Ebene weniger als zuvor die zentrale politisch-institutionelle und symbolische Ebene des Politischen darstellt, sondern internationale Unternehmen (insbesondere Banken) und Kapitalgruppen sowie multilaterale Organisationen wie die Welthandelsorganisation, der Internationale Währungsfonds und die Weltbank in ökonomisch und politisch peripherer Lage an Macht und Einfluss gewinnen (siehe auch Sader, Gentili 1999; Boris u. a. 2005; Algranati u. a. 2003; Heigl 2007).

Im Sinne eines »Post-Neoliberalismus im Aufbau« (Borón 2003b) wollen wir im Folgenden die Grenzen und Möglichkeiten unterschiedlicher Zugänge und Ansätze zu sozialer Transformation exemplarisch aufzeigen. Im Mittelpunkt unserer Betrachtung stehen soziale Bewegungen aus den Ländern Argentinien, Venezuela und Mexiko, deren Praxen und Strategien wir – bei allen Widersprüchen – als *emanzipatorische Variante eines Post-Neoliberalismus* bezeichnen. Ob es sich bei den jüngsten, häufig als »links« bezeichneten Regierungen um einen sozialdemokratisch gefärbten Neoliberalismus oder radikalere Brüche mit dem herrschenden System handelt, muss an anderer Stelle diskutiert werden.

Unsere auf Gramsci basierenden konzeptionellen Vorüberlegungen zu (Gegen-) Hegemonie und multiskalärer gesellschaftlicher Veränderung aus einer dekonstruktiven Perspektive ernstnehmend, interessieren uns folgende Aspekte: Aus welchem Kontext heraus sind die Akteure entstanden, welches sind wichtige Ziele? An welchen Punkten setzen sie mit ihrer Kritik an und was und wie wollen sie »Gesellschaft« verändern? Welches Verständnis von sozialer Transformation haben sie? Welche herrschenden sozialen Beziehungen und Strukturen wollen sie durchbrechen, desartikulieren? Welche stellen sie nicht in Frage? Welche Alternativen bauen sie auf und mit welcher Widersprüchlichkeit(en) sind sie dabei konfrontiert? Welche Organisations-, Entscheidungs- und Aktionsformen entwickeln sie?

5 Siehe etwa die breite indigene Bewegung in Bolivien und Ecuador, die Zapatistas in Mexiko, die Mapuche in Argentinien und Chile, die Landlosenbewegung in Brasilien.

Die *Piquetero*-Bewegung(en): unterschiedliche Wege zur gesellschaftlichen Transformation

Argentinien wurde in den 90er Jahren einer konsequenten Politik der Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung unterzogen. Der dadurch verstärkte Deindustrialisierungsprozess legte ganze Landstriche wirtschaftlich lahm und führte zu einem starken Anstieg der Arbeitslosenzahlen. Unter diesen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entstanden Mitte der 90er Jahre die sogenannten Arbeitslosenbewegungen (*Piqueteros*), deren gemeinsamer Ausgangspunkt die Arbeitslosigkeit war und die durch ihre Aktionsform der Straßenblockaden (*Piquetes*) bekannt wurden.

Der konkrete Entstehungskontext der *Piquetero*-Bewegungen ist sehr unterschiedlich (Svampa, Pereyra 2004: 19 ff.; Favaro u. a. 2006; Campione, Rajland 2006: 309 ff.): Eine – auch zeitlich – erste Strömung hat ihren Ursprung 1996/97 in Protestaktionen gegen die Privatisierung der Erdölindustrie im Landesinneren (Neuquén, Cutral-Co). Freigesetzte ArbeiterInnen des Staatskonzerns YPF, die bis dato in relativ privilegierten Normalarbeitsverhältnissen beschäftigt waren, blockierten mithilfe ganzer Gemeinden (Auyero 2004) Hauptzufahrtsstraßen, um gegen die Entlassungen zu protestieren. Ein zweiter großer Strang entwickelte sich wenig später im Großraum Buenos Aires aufbauend auf Strukturen, die aus den territorialen Kämpfen und Landbesetzungen der 1980er Jahre überlebten. Gemeinsam ist dieser Strömung eine lange Geschichte der Verarmung durch Deindustrialisierungsprozesse in den 70er Jahren, d. h. eine »Kontinuität von Marginalität« fernab »normaler« Arbeitsbiographien.

Der Kampf der *Piquetero*-Bewegungen fand zunächst außerhalb der traditionellen politischen und sozialen Institutionen statt, zu eng waren sowohl Parteien als auch Gewerkschaften mit dem neoliberalen Modell verwoben. Ziel der *Piquetes* war es, staatliche Unterstützung in Form von so genannten Arbeits- und Sozialplänen zu erkämpfen. Vor allem im Zuge der großen Proteste während der argentinischen Wirtschaftskrise 2001/2002 spielten die *Piquetero*-Bewegungen durch ihre starke Präsenz und »Radikalität« eine wichtige Rolle und verschränkten sich in ihren Aktivitäten mit anderen Protagonisten wie den Stadtteillbewegungen, den besetzten Betrieben und auch Teilen der Mittelklasse (Colectivo Situaciones 2003; Svampa, Pereyra 2004: 85).

Die zunehmende »Normalisierung« aufgrund eines wirtschaftlichen Wachstums, der Rekonstruktion des Staates und der größeren Verteilungsspielräume sowie der Amtsantritt Nestor Kirchners (2003) führten einerseits zu einer verstärkten Fragmentierung der *Piquetero*-Bewegung und andererseits zu einem Bedeutungs- und Akzeptanzverlust in den eigenen Reihen und bei der, wenn auch prekären, aber materiell rückgebundenen Mittelschicht. Dass es der Regierung Kirchner gelang, wichtige Führungspersönlichkeiten der *Piqueteros* – eine der wichtigsten Säulen der Proteste in der Krise – in die offizielle Politik einzubinden, trug wesentlich zu einer Relegitimierung von staatlichen Institutionen bei und

machte sie wieder zu einem wichtigen Terrain von Kämpfen und Kompromissen. Mehr noch: mit ihrer Hilfe konnte eine neue »Normalität« hergestellt werden, in die zentral eingelassen war, welche Protestformen legitim sind, welche Art der Politik und Einflussnahme konstruktiv ist. Diejenigen, die nicht in diese Konstruktion passten, wurden kriminalisiert und mit repressiven sowie materiellen Konsequenzen konfrontiert (Campione, Rajland 2006: 307; Svampa 2006).

Häufig wird in Analysen zur *Piquetero*-Bewegung dieser Fragmentierungsprozess sehr stark betont, die Heterogenität als Spaltung und (Re-)Integration in traditionelle Politikstrukturen interpretiert, die fehlende massenhafte, »richtige« und auf Dauer gestellte Organisierung als Schwäche diagnostiziert und der Rückzug in die *barrios* als Rückzug aus der Politik gewertet (Wolff 2007; Boris 2005). Übersehen wird dabei, dass Kirchners (Kooptations-)Politik eine von Anfang an bestehende Heterogenität nutzte und verstärkte, dass den nach außen hin wahrgenommenen gemeinsamen Elementen von den einzelnen Strömungen eine unterschiedliche Bedeutung zugeschrieben wurden sowie, dass politische Praxen fernab der (sichtbaren) traditionellen Strukturen zwar mit unterschiedlicher Intensität, aber von Anfang an aufgebaut wurden (Svampa, Pereyra 2004: 155 ff.; Echagüe 2002). Neben den identitätsstiftenden, gemeinsamen Elementen ihres Protests wie Straßenblockaden, der territorialen Arbeit und gemeinschaftlichen Entscheidungsstrukturen (*Asamblea*) prägten die *Piquetero*-Bewegung von Anfang an unterschiedliche politisch-ideologische Strömungen. Für die Teile der Bewegung, die sich grob dem linken Parteienspektrum und abtrünnigen Gewerkschaftsbewegungen zuordnen lassen, war nach wie vor der (Industrie-)Arbeiter Leitbild ihres strategischen Handelns. Entsprechend dienten die erkämpften materiellen Ressourcen der Basisversorgung und der territorialen Arbeit mit dem Ziel, eine breite gesellschaftliche Basis zu schaffen, um dann gestärkter in die politische Auseinandersetzung einzugreifen (Svampa, Pereyra 2004: 190 f.).

Die an Autonomie orientierten *Piquetero*-Organisationen gehen mit ihren Forderungen nach einem radikalen gesellschaftlichen Umbau weit über das Ziel der bezahlten Arbeit und Integration in das »normale« System hinaus. *Piqueteros*, so ihr Ansatz, sind mehr als Arbeitslose. Sie sind zwar »durch dieselben Entbehrungen geprägt [...], aber nicht vollständig von ihnen bestimmt« (Colectivo Situaciones 2003: 81). Über Selbstverwaltung und Basisorganisierung sollen autonome, nicht ausbeuterische Strukturen geschaffen werden. Die durch die Straßenblockaden erkämpfte staatliche Unterstützung wird zum Aufbau anderer Lebens- und Wirtschaftsformen wie Arbeitskooperativen, Werkstätten, Volksküchen, Gesundheitseinrichtungen usw. in den *barrios* verwendet.

Die Vereinbarung unterschiedlicher Positionen zur Organisierung gestaltete sich schon beim ersten nationalen *Piquetero*-Kongress schwierig, bei dem die OrganisatorInnen vorschlugen, »der vielfältigen Bewegung eine repräsentierbare Einheit als solche zu verleihen« (Colectivo Situaciones 2003: 76). Es sollte eine politisch-soziale Kraft entstehen, die fähig ist, in die nationale Situation einzu-

greifen, wodurch die Vielfalt eher als ein Hindernis oder »als Kräftezersplitterung« wahrgenommen wurde denn als Potenzial (Colectivo Situaciones 2003: 77).

Wie Teile der *Piquetero*-Bewegung selbst, die heute entweder regierungsnah oder in der Opposition »Politik« machen, sehen viele AutorInnen die »Schwäche« der *Piquetero*-Bewegung in einer mangelnden Organisierung und allgemeiner im defensiven Charakter (Svampa, Pereyra 2004: 226 f.) ihres Agierens, der sie dann politisch so erfolglos bleiben ließ. Eine genauere Betrachtung ergibt aber ein viel widersprüchlicheres »post-neoliberales« Bild für Argentinien: der Widerstand war immer begleitet von neuen politischen Praxen in Alltag, von territorialer und sozialer Organisierung, von wichtigen Erfahrungen in Selbstorganisierung und im Aufbau alternativer Lebens- und Wirtschaftsformen in den *barrios*. Diese Komplexität sozialer und politischer Prozesse bleibt häufig unberücksichtigt. Nur so, so Svampa und Pereyra, kann man zu dem Schluss kommen, dass *Piqueteros* nie in die Dimensionen der »wahren« Politik vorgedrungen sind (2006: 226). Ein wesentlicher Grund für einen »Rückzug« ins *barrio* etwa bei der Arbeitslosenbewegung in Solano war die Erkenntnis, dass sie durch das schnelle Wachstum ihrer Organisation ihren eigenen Prinzipien der Basisorganisierung nicht mehr gerecht wurden. Interessanterweise zeigen gerade die Ursprünge des zweiten Strangs der *Piquetero*-Bewegung die Wichtigkeit von scheinbar nicht existenten Basisstrukturen, und dass sie abrufbar bleiben.

Kooperativen: zwischen individueller Lösung und gesellschaftlicher Ausstrahlung

Formen der Selbstverwaltung von Produktion können in ganz verschiedenen Kontexten und aus unterschiedlichen Motiven heraus entstehen, wie die folgenden Beispiele der »zurückerobernten« Betriebe in Argentinien und der Genossenschaften in Venezuela zeigen.

Die Besetzung von Betrieben setzte in Argentinien Mitte der 1990er ein, dynamisierte sich aber durch die Wirtschaftskrise ab 2001. In einem gesellschaftlichen Klima von Massenentlassungen und -schließungen v. a. im Industriesektor (siehe oben) und Regelverletzungen von Inhabern und Management – unausbezahlte Löhne, Schiebereien bei der Konkursmasse usw. – war die Besetzung der Betriebe eine eher spontane Protestform. Diese bewusste Regelverletzung war zunächst nicht unbedingt politisch motiviert und nicht grundsätzlich gegen kapitalistische Produktionsformen gerichtet, sondern primäres Ziel war der Arbeitsplatzertret. Häufig erst im Verlauf der z. T. monatelangen »Besetzungen« und Verhandlungen mit den ehemaligen Besitzern, Rechtsvertretern und staatlichen Institutionen um eine Wiederaufnahme der Produktion entwickelten sich die Visionen, eine neue Welt »auf den Trümmern der alten« aufzubauen (Zibechi 2003: 135). Ihre Kämpfe erfuhren nicht nur eine breite gesellschaftliche Akzeptanz, sondern auch konkrete Unterstützung durch soziale Bewegungen, Stadtteilversammlungen, Ar-

beiterInnen aus anderen Fabriken, trotzkistischen Parteien, Rechtsanwälten und insbesondere einzelnen Promotoren (Rebón 2007: 75 ff.). Gewerkschaften hingegen spielten eine eher unrühmliche Rolle, zu stark waren sie mit dem etablierten System verquickt.

Diese neue »Arbeitswelt« sah und sieht je nach rechtlicher und wirtschaftlicher Ausgangslage, Dauer und Konfliktivität des Übernahmeprozesses, Firmenstruktur, Branche usw. in den heute etwa 200 »zurückerobernten« Betrieben sehr unterschiedlich aus.⁶ Die zu Beginn aufgekommene Frage nach dem rechtlichen Status – Staatseigentum unter Arbeiterkontrolle versus selbstverwaltete Kooperativen – entschied sich in den meisten Fällen quasi automatisch für letztere, da sie die Voraussetzung zu einer temporären Enteignung und damit einer Weiterführung der Produktion war. Ausnahmefall ist hier die Keramikfabrik Zanon (in der Provinz Neuquén), die formal weiterhin für eine Verstaatlichung kämpft. Zu Beginn der Dynamisierung des Prozesses 2001 bildeten sich zwei große nationale Strömungen heraus: Das *Movimiento Nacional de Empresas Recuperadas* (MNER) ist ein Zusammenschluss aus mehreren teilweise sehr unterschiedliche Positionen vertretenden Gruppierungen. Ihnen gemeinsam sind ein pragmatischer Umgang mit staatlichen Subventionen und ein explizit politischer Anspruch im Kampf um die Enteignungen. Beispielsweise kam es in vielen Betrieben zu einer Öffnung ihrer Räume für nachbarschaftliche Projekte. Auch als Dank an die Unterstützung in der Besetzungsphase entstanden so in den Fabriken Kulturzentren, Abendschulen, an denen Jugendliche und Erwachsene Abschlüsse nachholen können, und Freiräume, die von dem nachbarschaftlichen Umfeld genutzt werden konnten. Teile dieser Strömung zeigen auch eine Dialogbereitschaft mit staatlichen Institutionen – z. B. gab es direkte Verhandlungen mit Kirchner um einen Unterstützungsfond, der zwar zugesagt, aber nie umgesetzt wurde. Das *Movimiento Nacional de Fábricas Recuperadas por sus Trabajadores* (MNFRT), stark geprägt durch seinen Präsidenten Luis Caro, ein Rechtsanwalt, der teilweise eher dem rechten Spektrum zugeordnet wird, bezeichnet sich als explizit nicht politisch. Im Mittelpunkt des Interesses steht die Weiterführung der Produktion, die Unterstützung beschränkt sich auf die Lösung von juristischen und betrieblichen Belangen und auf staatliche Subventionen wird verzichtet (Ruggeri 2007; Rebón 2007: 117 ff.).

Die größte Herausforderung für die meisten »zurückerobernten« Betriebe stellt im Moment – neben der endgültigen Klärung der rechtlichen Situation und des Enteignungsprozedere sowie der (voraussichtlich) sehr hohen Entschädigungssummen, die an den Staat abbezahlt werden müssen – das Bestehen auf dem (kapitalistischen) Markt dar. So ist eben auch ein Ziel der 2007 aus Teilen des zerspaltenen MNER neu gegründeten *Federación Argentina de Cooperativas de*

6 Die Angaben bzgl. der Anzahl besetzter Betriebe variieren sehr stark, je nach dem, ob die selbstverwalteten aber nicht direkt von der ArbeiterInnenschaft zurückerobernten Betriebe, wie sie etwa von den *Piqueteros* gegründet wurden, mitgezählt werden. Die Zahl 200 ist eine Schätzung auf Grundlage von älteren Zahlen (Ruggeri 2007 etwa nennt 183 für 2006) und aus Gesprächen im Herbst 2007, Frühjahr 2008.

Trabajadores de Autogestionados (FACTA) neben dem Kampf um ein nationales Enteignungsgesetz, das sicherere legale Ausgangsbedingungen garantieren soll, eine stärkere wirtschaftliche Vernetzung innerhalb des Kooperativensektors mit der Perspektive einer »gerechteren und solidarischen Gesellschaft«⁷. Neben »zurückerobernten« Betrieben sind entsprechend auch andere Kooperativen Teil von FACTA. Eine weitere, jüngere Initiative ist das *Red Gráfica Cooperativa*, in dem sich Kooperativen im Grafik- und Druckbereich in Buenos Aires 2007 zu einem so genannten Cluster zusammenschlossen.

Die Tatsache, dass die Kooperativen größtenteils in die Distributions- und Produktionsketten des kapitalistischen Marktes eingebunden sind, wird von vielen AutorInnen kritisiert mit der Konsequenz, sie eher als Stütze des »normalen« Kapitalismus als Infragestellung desselben zu interpretieren. Nehmen wir erstens Gramsci und unsere Ausgangsüberlegungen zur sozialen Transformation als einem langwierigen und molekularen Prozess ernst, so finden gerade in der Widersprüchlichkeit und Prekarität der Selbstorganisationsprozesse »Umstürze« auf der Ebene des Alltagsbewusstseins und der Subjektivitäten statt, wenn täglich im Spannungsfeld zwischen individuellen Bedürfnissen, eigenem Wohlbefinden und Profitdenken einerseits und gemeinschaftlichem Weiterkommen und eventuell politisch motivierter und angestrebter sozialer Transformation andererseits verhandelt und vermittelt werden muss (Zibechi 2003: 144; einen Fokus auf kleinteilige Prozesse legt etwa Magnani 2003). Ein Beispiel: In fast allen Betrieben gilt das Motto: gleiches Gehalt für alle, nur teilweise ergänzt durch einen kleinen Zusatzverdienst für die Präsidenten der Kooperativen, die einen zeitlichen Mehraufwand haben. Dass dieser Prozess der Gleichstellung, der an sich allen bislang gemachten Erfahrungen zuwiderläuft, umkämpft bleibt⁸, zeigt sich an den Diskussionen um die Aufnahme von »Neuen« in die Kooperative und Übergangsregelungen für Gehalt und Stimmrecht. Neben den realen Veränderungen des Alltags ist ein zweiter Indikator, dass zumindest in Teilen der Bewegung »zurückerobernte« Betriebe der Anspruch besteht, perspektivisch die kapitalistische Produktionsweise zu überwinden, zum Beispiel Rosario (Provinz Santa Fe). Insgesamt 27 »zurückerobernte« Betriebe sind hier regional organisiert, treffen sich regelmäßig zu einem runden Tisch und haben zukunftsweisende Projekte: eine schon existierende internationale Produktionskette im Bereich Textilindustrie; im von der Stadt geplanten Industriepark konnte ein Teil für »zurückerobernte« Betriebe reserviert werden, was einigen von ihnen eine Expansion ermöglicht; ein solidarischer Supermarkt, der hauptsächlich Produkte aus selbst verwalteter Produktion verkauft, ist in Planung; ebenfalls anvisiert ist ein Fonds, der den Betrieben Kredite zu günstigen Konditionen gewährt und v. a. auch bei neuen Übernahmen, die immer noch stattfinden, finanzielle Überbrückung bieten kann; des Weiteren lau-

7 www.facta.org.ar, letzter Aufruf 23.11.2008

8 Nach Rebón weist die Mehrheit der ArbeiterInnen in »zurückerobernten« Betrieben ein durchschnittlich höheres Alter und eine lange Betriebszugehörigkeit auf (Rebón 2007: 59 ff.)

fen Verhandlungen mit der Universität, gemeinsam einen Studiengang »solidarische Ökonomie« einzurichten. Die Nennung dieser Projekte sollen die Widersprüchlichkeiten im Hier und Jetzt nicht bestreiten, sie sollen aber darauf hinweisen, dass gesellschaftliche Transformation auch durch »cambio(s) silencioso(s)« (Magnani 2003) – lautlose Veränderungen – schrittweise vorangebracht werden könn(t)e.

Ein kurzer Blick nach Venezuela soll zeigen, wie es im Bereich der Kooperativen in einem anderen Land aussieht, in dem es in den letzten Jahren zu tief greifenden Veränderungen kam. In Venezuela entstand der Großteil der 181 000 existierenden Kooperativen (Ende 2006) erst mit der Ära Chávez (Müller, Lambert 2007). Seit seinem Amtsantritt 1998 und der 1999 in Kraft getretenen Verfassung »fördert und schützt [der Staat] diese Vereinigungen, die zum Ziel haben, die Basis- und Alternativökonomie zu verbessern« (Artikel 118). Die Förderung von Genossenschaften im Rahmen eines umfassenden Ausbildungs- und Genossenschaftsprojekt *Vuelvan Caras* (»Geht zurück, Leute«) ist eingebettet in einen gesamtgesellschaftlichen Umbau hin zum »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« und eine in diesem Sinne propagierte endogene Entwicklung. Staatlich geförderte Kooperativen stellen also einen Teil des Staatsprojektes dar und sollen zur Stabilisierung bzw. Etablierung des Sozialismusprojektes dienen. Der venezolanische Staat – im Sinne eines sich ändernden gesellschaftlichen und politischen Kräftefeldes – ist Initiator des Prozesses und stellt gleichzeitig die entsprechenden Geldmittel für eine einjährige Schulung der Kooperativenmitglieder und eine Anschubfinanzierung zur Verfügung. Die Organisationsform mit Präsident, Sekretär und einer einmal im Monat stattfindenden Vollversammlung ist in allen staatlich geförderten Kooperativen formal gleich und per Gesetz geregelt. Die Frage in Venezuela ist, wie stark der »von oben« angestoßene Prozess über Lernprozesse und Erfahrungen zu einer breiten gesellschaftlichen Veränderung und teilweise auch zur Verselbständigung der Initiativen beiträgt. Selbstorganisation im eigentlichen Sinne wäre so gesehen erst in einem zweiten Schritt, allerdings unter im Gegensatz zu Argentinien ungleich besseren Ausgangsbedingungen anzustreben. Sind die Förderprogramme eher ein »Instrument privater Aneignung« (Arps, Zelik 2006: 126) und für die persönliche Bereicherung, dann wirken sie nicht unbedingt stabilisierend.

Autonomie und Transnationalisierung der Zapatistas

Wir kommen jetzt zu unserem zweiten Hauptbeispiel, der zapatistischen Bewegung in Mexiko. Die Zapatistas selbst nennen ihr Projekt radikaler Autonomie eine Insel, die sich mit vielen anderen Inseln treffen möchte (Subcommandante Marcos 2003: 10). Seit dem Beginn des Aufstandes am 1. Januar 1994 sind die im südostmexikanischen Bundesstaat Chiapas lebenden Zapatistas für die globalisierungskritische Bewegung in Europa und Nordamerika die ersten Ikonen der Kritik

des Neoliberalismus. Mit dem von ihnen 1996 einberufenen »Interkontinentalen Treffen gegen Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft« haben sie den Begriff in den linken Bewegungen und Organisationen verankert (REDaktion 1997). In den globalen sozialen Bewegungen stehen die Zapatistas für ein Politikverständnis, das sich kaum positiv auf staatlich-institutionelle Politiken bezieht, sondern selbstbestimmte Räume, alternative Subjektivitäten und davon ausgehend eine andere Gesellschaft schaffen will (am explizitesten theoretisiert von Holloway 2001; kritisch dazu Borón 2001).

Für die Zapatistas bzw. die sie konstituierenden indigenen Gemeinden im südostmexikanischen Bundesstaat Chiapas steht aufgrund der Jahrhunderte währenden Erfahrung von Ausbeutung, Verachtung und Ausgrenzung die Frage der Autonomie und der indigenen Identität im Mittelpunkt. Sie stehen nicht nur für sehr weitgehende autonome Praxen und die Veränderung von sozio-ökonomischen und kulturellen Lebensverhältnissen, sondern auch für eine radikale Kritik an Vorstellungen politischer Repräsentation. Ihre alternative Praxis des *mandar obedeciendo* (gehorchend befehlen) wurde im Jahr 2005 in Form der *caracoles* und der *juntas del buen gobierno* in der Region etabliert, eine radikal-demokratische Regierungsform mit rotierenden Mandaten.⁹ Lange Zeit war das neoliberale Gesellschaftsprojekt ein zentraler Bezugspunkt ihrer Kämpfe und erst seit Anfang 2006 verwenden sie den Begriff des Anti-Kapitalismus. Sie verzichten auf die Anwendung von militärischer Gewalt und führen stattdessen einen »Kampf um Worte«, um eingefahrene Vorstellungen von Gesellschaft und ihrer (un-)möglichen Veränderung zu unterlaufen (Huffs Schmid 2000).

Hinsichtlich der indigenen Identität – die mit Klassen- und Geschlechterfragen verknüpft wird (Ceceña 2000; Millán 2000) – agieren die Zapatistas dekonstruktiv. Sie versuchen, den jahrhundertelangen Rassismus anzugreifen, der die indigene Bevölkerung Mexikos zu *indios de mierda* (Scheißindios) machte und in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung ganz unten ansiedelte.

Ein weiterer Ansatzpunkt der Zapatistas war und ist die »Zivilgesellschaft« Mexikos – verstanden als politisierte oder noch zu politisierende Gesamtheit unzufriedener Menschen in Mexiko – in emanzipatorischer Absicht zu Selbstorganisation anzuregen. Im Sommer 1994 riefen die Zapatistas eine *Convención Nacional Democrática* (CND) ein, um mit progressiven zivilgesellschaftlichen Kräften eine mögliche Demokratisierung in Mexiko zu beraten. Im Januar 1995 riefen sie in der Dritten Erklärung des Lakandonischen Urwalds zur Gründung des *Movimiento de Liberación Nacional* auf und im Januar 1996 in der Vierten Erklärung initiierten sie die *Frente Zapatista de Liberación Nacional* (FZLN) als Knotenpunkt landesweiter Initiativen. Doch diese und ähnliche Initiativen waren wenig dauerhaft. Lediglich der von den Zapatistas mitinitiierte *Congreso Nacio-*

9 Die »Schneckenhäuser« (*caracoles*) sind eine Art Verwaltungszentrum für fünf Landkreise in den zapatistischen Gebieten, die »Zusammenkünfte der guten Regierung« (*juntas del buen gobierno*) die mit imperativem Mandat ausgestatteten und rotierenden Verwaltungen an eben diesen fünf Orten.

nal Indígena (CNI), als Gegenstück zur staatlich-paternalistischen Organisation, erlangte Kontinuität. Um aus der publizistischen Isolierung herauszukommen schlugen sie kreative Wege ein, z. B. fuhren im September 1997 1 111 Zapatistas nach Mexiko-Stadt, um ihr Anliegen öffentlich zu machen, und im März 1999 waren 5 000 zapatistische Delegierte im ganzen Land unterwegs.

Parallel zur Schaffung autonomer Lebensverhältnisse und der Initiative zu gesellschaftlicher Organisierung gab es zwischen 1994 und 2001 den Versuch, auch die politisch-institutionellen Verhältnisse in Mexiko im Sinne der Indigenen und der Marginalisierten zu verändern. Ein Höhepunkt war das Abkommen von San Andrés im Jahr 1996, das indigene Rechte in der Verfassung zu verankern beabsichtigte. Nachdem der Senat nur eine völlig entstellte Version verabschiedete, zogen sich die Zapatistas zurück und konzentrierten sich auf den Aufbau eigener politischer Strukturen in Chiapas. Obwohl der Staat daran arbeitete, dem zapatistischen Aufstand seine umfassende emanzipatorische Stoßrichtung zu nehmen und auf den Kampf um die Anerkennung indigener Rechte zu reduzieren, wurde noch nicht einmal auf diesem zentralen Konfliktterrain den Forderungen stattgegeben.

Im Sommer 2005 gingen die Zapatistas erneut an die Öffentlichkeit, als sie die »andere Kampagne« (*La Otra Campaña*) ankündigten, mit der sie im Wahlkampf 2006 eine Alternative zum linksliberalen Präsidentschaftskandidaten Manuel López Obrador formulieren wollten. Als wichtige »post-neoliberale Anregung« der Zapatistas in Zeiten vieler Linksregierungen (zu der es in Mexiko bekanntlich nicht kam) sollte sie das Verhältnis von emanzipativen Bewegungen, linken Parteien und Staat genauer durchdenken und thematisieren. Sie beschäftigt sich mit der Frage, wie nicht nur die Karten anders gemischt und ausgeteilt, sondern die Regeln verändert werden können, entstanden aus der Kritik am linken Kandidaten López Obrador, der einen sanfteren Neoliberalismus durchsetzen und vor allem aber im Rahmen der existierenden und hochgradig exklusiven parlamentarischen Demokratie agieren wollte. Die aktuell entscheidende Frage an die linken Regierungen ist aus Sicht der Zapatistas, ob sie willens und in der Lage sind, mit dem dominanten politisch-ökonomischen Projekt zu brechen. Und dafür müssen eben die Spielregeln dramatisch geändert werden. Wenngleich die zapatistische Kampagne die PRD im Wahlkampf eher schwächte, ist die relative Stärke der Partei auch Ausdruck sich verschiebender Kräfteverhältnisse in Mexiko – und die Zapatistas sind Teil dieser Verschiebungen.

Die Zapatistas sind in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert und in dem von uns oben skizzierten Sinne dekonstruktiv. Ausgehend von den konkreten Praxen in Chiapas, handelte es sich bei ihnen von Anfang an nicht nur um eine lokale Bewegung, sondern um eine in Mexiko und transnational agierende und Resonanzen produzierende transnationale Bewegung (Kerkeling 2003; Kastner 2004; Holloway, Pelaéz 1998; Brand, Hirsch 2004). Entsprechend wurden sie auch ein wichtiger Bezugspunkt und Katalysator für andere Bewegungen und Prozesse. Manche

sehen in ihnen den Ausgangspunkt der Bewegung für eine gerechte Globalisierung, die dann in Seattle 1999 durch die Proteste gegen die WTO weltweite Anerkennung erfuhr. Zapatismus, verstanden als Suchprozess emanzipativer Praxis, entwickelt sich erst in Resonanz mit anderen Teilen der Gesellschaft, d. h. über die Rezeption zapatistischer Ideen und Praxen, die in das eigene Denken und Handeln eingefügt werden, was wiederum auf die in Chiapas und Mexiko agierenden Zapatistas zurück wirkt. Seattle, Genua und die vielen anderen sichtbaren und weniger sichtbaren Widerstände stärken die Kämpfe in den Bergen des mexikanischen Südostens (Huffschmid 2000; Brand, Hirsch 2004).

Inwieweit die Zapatistas die mexikanische Gesellschaft grundlegend transformieren können, das muss sich zeigen. Zusammen mit anderen haben sie allerdings dazu beigetragen, dass der PRI-Korporatismus in Mexiko delegitimiert wurde. Gleichzeitig können sie den neoliberalen Strategien außerhalb von Chiapas wenig entgegen setzen. In Chiapas selbst sind sie die Protagonisten der Kritik verschiedener Entwicklungsprojekte wie des *Plan Puebla Panamá* oder des *Corredor Mesoamericano* (López Ramírez 2005). Das zapatistische Projekt ist fortwährend bedroht – insbesondere durch weiterhin sehr effektive Repressions- und Kooptationsstrategien seitens der Regierung – und überlebt v. a. auch deshalb, weil es von Beginn an auf eine transnationale Öffentlichkeit gesetzt hat. Deutlich wird an ihnen jedoch, dass Radikalität und Emanzipation sich entwickeln, wenn aufgrund von Lernprozessen und konkreten Aktionen immer wieder eigene Grenzen und von außen gesetzte Hindernisse überwunden werden. Das ist der Sinn des zapatistischen *preguntando caminamos* (fragend gehen wir voran) und in den vielfach militarisierten Kontexten schwierig genug (Ceceña 2006).

Zusammengefasst sind die Zapatistas in manchen Gebieten von Chiapas recht erfolgreich beim Aufbau autonomer Strukturen und in der Organisation der indigenen Bevölkerung Mexikos. Hier liegt das Gegen-Hegemoniale und »Umstürzlerische« des Aufstands. Zudem hatten sie weltweit eine katalytische Wirkung für die Kritik an der neoliberalen Globalisierung. Auf der zivilgesellschaftlichen Ebene sind sie in Mexiko nur teilweise erfolgreich, in der Hinsicht, dass sich Menschen vermehrt selbst organisieren. Bezüglich des politischen Systems trugen sie wesentlich zur Destruktion des PRI-Systems bei, doch die Erneuerung von Partei und Staat werden eher von neoliberal-konservativen Kräften angeführt, von denen die rechts-liberale *Partido de Acción Nacional* (PAN) ein Ausdruck ist. Gleichwohl haben sich für die linke Sammlungspartei PRD durchaus Spielräume geöffnet, da die Zapatistas kein isolierter Akteur sind, sondern zur Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse nach links beitragen, von der auch die PRD indirekt profitiert.

Ausblick: Autonomie, Bewegung und Staat

Aus einer kritisch-hegemonietheoretischen Perspektive sollte der Anspruch sein, »post-neoliberale« Praxen, Erfahrungen und Akteure in ihrer Komplexität zu betrachten, wenngleich vieles unsichtbar bleibt, »gärt«, nicht explizit ist und viele Brüche mit der (neoliberalen) Normalität zunächst und scheinbar ohne Wirkung bleiben. An bestimmten Punkten werden sie dennoch sichtbar, artikulieren sich (mit anderen) und es kann deutlich werden, was ihr dekonstruktiver Gehalt ist, wie wir exemplarisch und in der gebotenen Kürze dargestellt haben.

Für viele emanzipatorische zivilgesellschaftliche Akteure in Lateinamerika, die sich kritisch auf den herrschenden Neoliberalismus beziehen, stehen Fragen der Autonomie im Zentrum. Prozesse der Autonomie können sich auf sehr unterschiedliche Realitäten beziehen, »die von der ›Abspaltung‹ bis zur ›Selbstverwaltung‹ oder zur ›Selbstbestimmung‹ reichen« (Gabriel, LATAUTONOMY 2005: 73). Insbesondere Analysen im Rahmen der *cultural politics* haben gezeigt, dass die jüngsten sozialen Bewegungen in Lateinamerika die Forderung nach Autonomie mit dem Kampf um sozialpolitische BürgerInnenrechte (*citizenship*) sowie um die Veränderung und Ausweitung kulturell-politischer Räume verbinden (Alvarez u. a. 2004; Kaltmeier u. a. 2004b, kritisch dazu: Bruckmann, dos Santos 2006: 21). In diesem Sinne können die Kämpfe vieler Bewegungen um Autonomie als Kämpfe entrechteter Menschen um die Realisierung ihrer politischen und sozialen Rechte interpretiert werden, die sich nur vermittelt an staatliche Institutionen richten. Beispielsweise liegt hier der Kern der zapatistischen Begriffe der Würde, Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit und ihrer permanenten Produktion von Bedeutungen (Huffs Schmid 2000). Eng damit verbunden ist das Konzept der »sozialen Territorialität«, das sich nicht auf ein physisch-geographisches Raumkonzept beschränkt, sondern Territorialität als Kristallisationspunkt sozialer, produktiver und reproduktiver Beziehungen begreift. In diesem Kontext sind Selbstorganisationsprozesse in den Stadtvierteln (u. a. *Piqueteros*) oder ländlichen Gemeinden (u. a. *Chiapas*) zu sehen, die auf alternative Wirtschafts-, Entscheidungs- und Organisationsformen setzen.¹⁰ Autonomie ist allerdings nicht zu verstehen als isolierter Raum oder als eine anti-staatliche Position (Blank 2004), ebenso wenig kennzeichnet sie eindeutig freie, selbst bestimmte und widerständige Praxen und Strategien. Autonomie als Forderung und Praxis ist widersprüchlich und durchaus mit individualistischen neoliberalen Vorstellungen artikulierbar bzw. kann auch die Selbstorganisation des Elends bedeuten (vgl. Kaltmeier u. a. 2004a: 15 ff.).

Komplementär zur Frage der Autonomie stellt sich die Frage nach dem Verhältnis von sozialen Bewegungen zum Staat, zu institutioneller Politik und traditionellen Formen der Repräsentation, deren Beantwortung der detaillierten Analyse bedarf. Interessant ist, dass die Suche nach »post-neoliberalen« Alternativen

¹⁰ Das Konzept »Territorialität« erhält seine potentielle Sprengkraft gerade dadurch, dass neoliberal-imperiale Projekte genau durch die zunehmende Kontrolle des Territoriums gekennzeichnet sind (Ceceña 2006).

in vielen lateinamerikanischen Ländern nicht etatistisch kurzgeschlossen wird. Dazu sitzen die jüngsten historischen Erfahrungen korrupter Staats-, Partei- und Gewerkschaftseliten zu tief. Für viele Bewegungen und NGOs wird der Staat in Form von Klientelismus, Repression und ausgrenzenden diskursiven und institutionellen Praktiken konkret erfahrbar. Gleichzeitig zeigen die in den letzten Jahren gewählten Linksregierungen sowie Institutionalisierungsprozesse in Bewegungen, dass das politisch-institutionelle Terrain durchaus wichtig bleibt. Entsprechend positionieren sich zivilgesellschaftliche Organisationen in Bezug auf den Staat und seine lokalen wie nationalen Apparate im Spannungsfeld zwischen seiner Anerkennung als wesentliches Konflikt- und Kompromissterrain und als Garant von erkämpften Rechten und einer vollständigen Ablehnung, weil er als zu stark verstrickt gilt in die Interessen des (inter-)nationalen Kapitals und der imperialen Staaten. Ähnlich gespalten ist das Verhältnis zu traditionellen Formen der Repräsentation durch politische Parteien, Großverbände und Gewerkschaften (Bruckmann, dos Santos 2006: 20). Die starke Kritik und entsprechend eine Ablehnung formal-demokratischer Strukturen hängt teilweise mit der neoliberalen Transformation des Staates und der Aushöhlung liberaldemokratischer Strukturen und Prozesse zusammen, die allerdings historisch bedingt in dieser Form noch nie so »inklusiv« und partizipativ ausgebildet waren.

Eine zu berücksichtigende Dimension neoliberaler Strategien sind deren höchst effektive *politics of scale*, d. h. Handlungsterrains werden verschoben, insbesondere internationalisiert, und damit der Zugang für schwächere Akteure erschwert. Die meisten emanzipatorischen Bewegungen konzentrieren sich in ihren Aktivitäten nach wie vor auf den nationalen Kontext, der eben, bei aller Kritik, als das Terrain angesehen wird, auf dem Ansprüche zur Geltung gebracht werden können (siehe etwa Wissen u. a. 2007). Teilweise findet eine Aufwertung der lokalen Ebene durch Kämpfe wie in Chiapas oder in Städten wie Caracas oder Buenos Aires sowie eine Bedeutungszunahme inter- und transnationaler Politik statt. Erst in den letzten Jahren haben die Bewegungen begonnen, die herrschenden *politics of scale* zurückzuweisen – am auffälligsten in den Protesten gegen Freihandelsprojekte auf unterschiedlichsten Ebenen, allen voran das gesamtamerikanische Freihandelsprojekt ALCA (Área de Libre Comercio de las Américas).

Die Analyse der aktuellen emanzipatorischen zivilgesellschaftlichen Kräfte in Lateinamerika steht, so Raúl Zibechi (2006a: 142 ff.), vor dem erkenntnistheoretischen Problem, dass es außer sehr allgemeinen emanzipatorischen Veränderungen in einer pluralen Welt kaum konkrete Orientierungspunkte radikaler Gesellschaftsveränderung gibt, anhand derer sich die Kräfte analysieren und messen ließen. Probleme, das lehren viele jüngere Erfahrungen in Lateinamerika, werden sehr praktisch und situativ angegangen und darin emanzipatorische Praktiken und Lernprozesse möglicherweise intensiviert und potenziert. Kritisch-emanzipatorische Wissensproduktion kann dazu beitragen, die inhärenten Potenziale und Probleme auszuloten, wenn sie durch und mit den Bewegungen und Organisationen

geschieht, die Komplexität sozialer Beziehungen und ihrer Veränderung ernst nimmt und nach dem Sinn radikaler Praxis fragt.

Eine Beschäftigung mit dem Post-Neoliberalismus in Lateinamerika kann nicht die Suche nach einem kohärenten »post-neoliberalen« Projekt bedeuten, sondern der Begriff taugt eher als Folie, um sehr unterschiedliche Suchprozesse in Abgrenzung zum Neoliberalismus zu fassen. Dabei laufen soziale Bewegungen und NGOs entgegen ihrer Anliegen auch immer Gefahr, zum »Steigbügelhalter für neue Herrschaftsprozesse« zu werden (Kaltmeier u. a. 2004a: 20). Werden die vielen »post-neoliberalen« Praxen und Strategien schrittweise emanzipatorisch gewendet, dann können sie gegebenenfalls dem zapatistischen Postulat folgen: es bedarf einer Welt, in die viele Welten passen. Dies meint jedoch kein bloßes Nebeneinander, sondern Momente der Verallgemeinerung im Sinne von Regeln des Zusammenlebens und der Konfliktaustragung, die von allen Betroffenen akzeptiert werden. Das ist nicht wenig und es gibt kein festes Ziel. *Preguntando caminamos* – fragend gehen wir voran.

Literatur

- Adolphs, Stephan; Karakayali, Serhat (2007): »Die Aktivierung der Subalternen. Gegenhegemonie und passive Revolution«. In: Buckel, Sonja; Fischer-Lescano, Andreas (Hrsg.): Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis. Baden-Baden, S. 121-140.
- Algranati, Clara; Seoane, José; Taddei, Emilio (2003): Neoliberalismo y conflicto social: las configuraciones de los movimientos populares en América Latina (<http://www.socialmovements.org/en/node/view/382>, letzter Aufruf 23.11.2008).
- Alvarez, Sonia E.; Dagnino, Evelina; Escobar, Arturo (2004): »Kultur und Politik in sozialen Bewegungen«. In: Kaltmeier, Olaf; Kastner, Jens; Tuider, Elisabeth (Hrsg.): Neoliberalismus, Autonomie, Widerstand. Soziale Bewegungen in Lateinamerika. Münster. S. 31-58.
- Arps, Anne-Britt; Zelik, Raul (2006): »Mit, im und gegen den Staat – Kooperativen im Grenzgebiet von Kolumbien und Venezuela«. In: Altvater, Elmar; Sekler, Nicola (Hrsg.): Solidarische Ökonomie. Hamburg, S. 124-131.
- Auyero, Javier (2004): »When everyday life, routine politics, and protest meet«. In: Theory and Society 33. Jg., S. 417-441.
- Becker, Joachim; Fischer, Karin; Jäger, Johannes (2003): »Drei Jahrzehnte Neoliberalismus in Lateinamerika. Bilanz und Perspektive«. In: Journal für Entwicklungspolitik, 19. Jg., H. 3, S. 6-18.
- Blank, Martina (2004): »Autonomie und Territorialität: Aspekte eines neuen sozialen Protagonismus im Großraum Buenos Aires«. In: Kaltmeier, Olaf; Kastner, Jens; Tuider, Elisabeth (Hrsg.): Neoliberalismus, Autonomie, Widerstand. Soziale Bewegungen in Lateinamerika. Münster. S. 184-195.
- Boris, Dieter (2005): »Piqueteros und Betriebsbesetzer. Soziale Bewegungen in Argentinien«. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 50. Jg., H. 4, S. 474-482.
- Boris, Dieter; Schmalz, Stefan; Tittor, Anne (Hrsg.) (2005): Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie? Hamburg.
- Borón, Atilio A. (2001): »La selva y la polis. Interrogantes en torno a la teoría política del zapatismo«. In: Zeitschrift Chiapas, H. 12, S. 89-114.
- Borón, Atilio A. (2003a): »El posneoliberalismo: un proyecto en construcción«. In: Sader, Emir; Gentili, Pablo (Hrsg.): La trama del neoliberalismo, Buenos Aires (http://www.caritaspanama.org/incidencia/mundoquequeremos/posneoliberalismo_proyecto_construccion.htm, letzter Aufruf 23.11.2008).
- Borón, Atilio A. (2003b): Prefacio (Vorwort). In: Sader, Emir; Gentili, Pablo (Hrsg.): La trama del neoliberalismo, Buenos Aires, S. 7-16.
- Brand, Ulrich (2006): »The world wide web of anti-neoliberalism. Emerging forms of postfordist protest and the impossibility of global Keynesianism«. In: Plehwe, Dieter; Neunhöffer, Gisela; Walpen, Bernhard (eds.): Neoliberal Hegemony. A Global Critique. London, S. 236-251.
- Brand, Ulrich; Hirsch, Joachim (2004): »In Search for Emancipatory Politics. The Resonances of Zapatism in Western Europe«. In: Antipode, 36. Jg., H. 3, S. 371-382.

- Brand, Ulrich; Ceceña, Ana Esther (Hrsg.) (2000): Reflexionen einer Rebellion. »Chiapas« und ein anderes Politikverständnis. Münster.
- Bruckmann, Mónica; dos Santos, Theotonio (2006): »Soziale Bewegungen in Lateinamerika. Eine historische Bilanz«. In: PROKLA, 142. Jg., H. 142, S. 7-22.
- Buci-Glucksmann, Christine (1977): »Über die politischen Probleme des Übergangs: Arbeiterklasse, Staat und passive Revolution«. In: SOPO, H. 41, S. 13-35.
- Buttigieg, Joseph A. (1994): »Gramscis Zivilgesellschaft und die ›civil society‹-Debatte«. In: Das Argument, 36. Jg., H. 206, S. 529-554.
- Campione, Daniel; Rajland, Beatriz (2006): »Piqueteros y trabajadores ocupados en la Argentina de 2001 en adelante: novedades y continuidades en su participación y organización en los conflictos«. In: Caetano, Gerardo (Hrsg.): Sujetos sociales y nuevas formas de protesta en la historia reciente de América Latina. Buenos Aires, S. 297-330.
- Candeias, Mario (2004): Neoliberalismus, Hochtechnologie, Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik. Hamburg.
- Castañeda, Jorge (1993): La utopía desarmada. Intrigas, dilemas and promesas de la izquierda en América Latina. México, D. F.
- Ceceña, Ana Esther (2000): »Die veränderte Bedeutung von Sprache und Politik«. In: Brand, Ulrich; Ceceña, Ana Esther (Hrsg.) (2000): Reflexionen einer Rebellion. »Chiapas« und ein anderes Politikverständnis. Münster, S. 26-41.
- Ceceña, Ana Esther (2004): »La Guerra como Razón del Mundo que Queremos Transformar«. In: Sader, Emir; Brie, Michael (Hrsg.): Reforma ou Revolução? São Paulo, S. 19-109.
- Ceceña, Ana Esther (Hrsg.) (2006): Los desafíos de las emancipaciones en un contexto militarizado. Buenos Aires.
- CEPAL – Comisión Económica para América Latina y el Caribe (1990): Transformación productiva con equidad. La tarea prioritaria de América Latina y el Caribe en los años noventa. Santiago de Chile.
- Cohen, Jean L.; Arato, Andrew (1992): Civil Society and Political Theory. Cambridge, MA., London.
- Colectivo Situaciones (2003): »Vielfalt und Gegenmacht in den Erfahrungen der Piqueteros«. In: dies (Hrsg.): Que se vayan todos! Krise und Widerstand in Argentinien, Berlin, S. 69-94.
- Demirovič, Alex (1997): Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie. Münster.
- Echagüe, Hernán López (2002): La política está en otra parte. Viaje al interior de los nuevos movimientos sociales. Buenos Aires.
- Favaro, Orietta; Iuorno, Graciela; Cao, Horacio (2006): »Política y protesta social en las provincias argentinas«. In: Caetano, Gerardo (Hrsg.): Sujetos sociales y nuevas formas de protesta en la historia reciente de América Latina. Buenos Aires, S. 93-141.
- Gabriel, Leo; LATAUTONOMY (Hrsg.) (2005): Politik der Eigenständigkeit. Lateinamerikanische Vorschläge für eine neue Demokratie. Wien.
- Geiger, Margot (2006): »Betriebsbesetzungen in Argentinien«. In: Altvater, Elmar; Sekler, Nicola (Hrsg.): Solidarische Ökonomie. Hamburg, S. 92-111.
- Gramsci, Antonio (1991 ff.): Gefängnishefte (Prison Notebooks), edited by Bochmann, K. und Haug, W. F., Hamburg.
- Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt/Main.
- Heigl, Miriam (2007): »Anfang vom Ende? Zum Zustand des neoliberalen Projekts in Lateinamerika«, in: Journal für Entwicklungspolitik, 23. Jg., H. 1, S. 125-146.
- Holloway, John (2001): Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen. Münster.
- Holloway, John; Peláez, Eloina (eds.) (1998): Zapatista! Reinventing Revolution in Mexico. Sterling, VA.
- Huffschmid, Anne (2000): »Spinnen im Netz. Zapatismus als Maskerade und paradoxe Politik«. In: Brand, Ulrich; Ceceña, Ana Esther (Hrsg.) (2000): Reflexionen einer Rebellion. »Chiapas« und ein anderes Politikverständnis. Münster, S. 136-177.
- Kaltmeier, Olaf; Kastner, Jens; Tuider, Elisabeth (Hrsg.) (2004a): Neoliberalismus, Autonomie, Widerstand. Soziale Bewegungen in Lateinamerika. Münster.
- Kaltmeier, Olaf; Kastner, Jens; Tuider, Elisabeth (2004b): »Cultural Politics im Neoliberalismus«. In: dies. (Hrsg.): Neoliberalismus, Autonomie, Widerstand. Soziale Bewegungen in Lateinamerika. Münster, S. 7-30.
- Kastner, Jens (2004): »Zapatismus und Transnationalisierung. Anmerkungen zur Relevanz zapatistischer Politik für die Bewegungsforschung«. In: Kaltmeier, Olaf; Kastner, Jens; Tuider, Elisabeth (Hrsg.): Neoliberalismus, Autonomie, Widerstand. Soziale Bewegungen in Lateinamerika. Münster, S. 251-275.
- Kerkeling, Luz (2003): La lucha sigue. Der Kampf geht weiter. Ursachen und Entwicklungen des zapatistischen Aufstands. Münster.
- Laclau, Ernesto; Mouffe, Chantal (2006): Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. Wien.
- López Ramírez, A. (2005): »Los intereses geoestratégicos de Estados Unidos en el Plan Puebla Panamá y el Corredor

- Biológico Mesoamericano«. In: Castro Escudero, T.; Oliver Costilla, L. (eds): Poder y política en América Latina, El debate latinoamericano, vol. 3, S. 214-252.
- Magnani, Esteban (2003): El cambio silencioso. Empresas y fábricas recuperadas por los trabajadores en la Argentina. Buenos Aires.
- Millán, Mátgara (2000): »Indigene Frauen in der neuen Politik. Zu Fragen der Selbstrepräsentation«. In: Brand, Ulrich; Ceceña, Ana Esther (Hrsg.): Reflexionen einer Rebellion. »Chiapas« und ein anderes Politikverständnis. Münster, S. 198-215.
- MTD Solano (2003): »Die Zeiten der Bewegung«. In: Colectivo Situaciones (2003) (Hrsg.): Que se vayan todos! Krise und Widerstand in Argentinien, Berlin, S. 95-104.
- Müller, Nora; Lambert, Tobias (2007): »Bildet zwei, drei, tausende Kooperativen!« In: Lateinamerikanachrichten, H. 392 (<http://www.lateinamerikanachrichten.de/?artikel/1038.html>, letzter Aufruf 23.11.2008)
- Rebón, Julián (2007): La empresa de la autonomía. Trabajadores recuperando la producción, Buenos Aires.
- REDaktion (Hrsg.) (1997): Chiapas und die Internationale der Hoffnung. Köln.
- Ruggeri, Andrés (2007): Las empresas recuperadas en la Argentina: desafíos políticos y socioeconómicos de la autogestión <http://www.recuperadasdoc.com.ar/encuentro/ponencias/recuggeri.pdf>, letzter Aufruf: 23.11.2008.
- Sader, Emir; Gentili, Pablo (Hrsg.) (1999): La trama del neoliberalismo. Mercado, crisis y exclusión social, Buenos Aires.
- Scherrer, Christoph (2003): »Internationale Politische Ökonomie als Systemkritik«. In: Hellmann, Gunther; Wolf, Klaus Dieter; Zürn, Michael (Hrsg.): Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland. Baden-Baden, S. 465-494.
- Subcommandante Marcos (2003): »El mundo: Siete pensamientos«. In: Rebeldía, H. 7.
- Svampa Maristella (2006): La Argentina: Movimientos Sociales e Izquierdas (<http://www.clasco.org.ar/difusion/secciones/osal/enlaces/documentos/izquierdasy-movimientos-sociales.pdf>, letzter Aufruf 23.11.2008)
- Svampa, Maristella; Pereyra, Sebastián (2004): Entre la ruta y el barrio. La experiencia de las organizaciones piqueteras. Buenos Aires (segunda edición).
- Torring, Jacob (1999): New Theories of Discourse. Laclau, Mouffe and Žižek. Oxford.
- van den Brink, Bert; van Reijen, Willem (Hrsg.) (1995): Bürgergesellschaft, Recht und Demokratie. Frankfurt/Main.
- Walzer, Michael (1995): »Was heißt zivile Gesellschaft?« In: van den Brink, Bert; van Reijen, Willem (Hrsg.) (1995): Bürgergesellschaft, Recht und Demokratie. Frankfurt/Main, S. 44-70.
- Wissen, Markus; Röttger Bernd; Heeg, Susanne (2007): Politics of Scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik. Münster.
- Wolff, Jonas (2007): »(De)Mobilising the Marginalised: A Comparison of the Argentine Piqueteros and Ecuador's Indigenous Movement«. In: Journal of Latin American Studies, 39. Jg., S. 1-29.
- Zibechi, Raúl (2003): »Zum Produzieren braucht es keine Chefs. Besetzte Fabriken als Teil der Bewegung«. In: Colectivo Situaciones (2003) (Hrsg.): Que se vayan todos! Krise und Widerstand in Argentinien, Berlin, S. 135-145.
- Zibechi, Raúl (2006a): »La emancipación como producción de vínculos«. In: Ceceña, Ana Esther (Hrsg.): Los desafíos de las emancipaciones en un contexto militarizado. Buenos Aires, S. 123-149.
- Zibechi, Raúl (2006b): »Movimientos sociales: nuevos escenarios y desafíos inéditos«. In: OSAL, H. 21, S. 221-230.

Praktische Kritik von überkommener Praxis und Theorie: Der Beteiligungshaushalt in Porto Alegre

Mit dem Beteiligungshaushalt hat die Praxis sozialer Auseinandersetzungen neue Fragen aufgeworfen, die von der Theorie erst allmählich in ihrer Tragweite verarbeitet werden. Seine Entwicklung lief in allen Phasen der Theorie und parteistategischen Konzepten voraus und wurde tatsächlich in erheblichem Maße von den »Massen« geprägt. Damit traten Akteure in den Mittelpunkt, die in den gängigen politischen Konzepten und Theorieansätzen bestenfalls als passive und zu steuernde Größe behandelt werden. Parteien und NGO verlieren ihre exklusive Stellung in politischen Entscheidungsprozessen und müssen sich einer durch die Massen selbst organisierten Kontrolle genauso beugen, wie auch die Verwaltung. Es verändern sich so die Anforderungen an die Arbeit der Verwaltung und an die Lern- und Veränderungsfähigkeit der politischen Organisationen. Da der Beteiligungshaushalt dabei »nur« ein rechtlich nicht verbindliches Votum der EinwohnerInnen ist, gewinnt er seine Macht nur aus der Öffentlichkeit des Beteiligungsprozesses selbst. Die Kategorien Massen, Öffentlichkeit, Selbstorganisation, Partei, Organisation, Demokratie und Politik erfahren eine praktische Kritik, erlangen einen neuen Inhalt. Von der Kritik der Resultate der Haushaltspolitik wird zur Kritik des Prozesses Haushaltspolitik übergegangen. Repräsentative und direkte Demokratie erweisen sich dabei als miteinander verbunden, als zwei Seiten der gleichen Machtverhältnisse.

Die Geschichte des Beteiligungshaushaltes von Porto Alegre ist seiner Komplexität wegen exemplarisch. In anderen Kommunen sind unter diesem Begriff andere, ähnliche oder auch ganz andere Wege gegangen worden. Letztlich werden sich aber überall immer wieder die gleichen Fragen stellen. Insofern stehen die Erfahrungen in Porto Alegre für grundsätzliche, überall anzutreffende Veränderungen der Bedingungen politischen Handelns. Sie stehen für grundlegende Veränderungen der politischen Fähigkeiten der Menschen und stellen deren politische Erfahrungen in Rechnung. Die auch oft von Linken in Deutschland beklagte Passivität und Politikmüdigkeit erweist sich vor diesem Hintergrund als Anforderung an die politische Linke, den Massen durch neue Organisationsformen und Arbeitsweisen neuartige, selbstorganisiert und selbstbestimmt gestaltbare Räume politischen Handelns zu schaffen.

Die Geschichte

Die Geschichte des Beteiligungshaushaltes (*Orcamento Participativo* – OP) in Porto Alegre beginnt 1989. Nachdem bereits in den achtziger Jahren in einer der Nachbarschaftsorganisationen Porto Alegres darüber diskutiert wurde, ob die damals üblichen Verhandlungen zwischen PolitikerInnen, Verwaltung und einflussreichen NGO zur Verteilung von Mitteln in der Stadt tatsächlich der richtige Weg zur Entwicklung der Stadt sei, gab der Wahlsieg der PT (Partei der Arbeiter) die Möglichkeit, diese Diskussionen zu einer praktischen Konsequenz zu führen und Haushaltspolitik zum Gegenstand eines basisdemokratischen Beteiligungsprozesses zu machen. Clovis Zimmermann untersucht in dieser Form erstmalig im deutschsprachigen Raum die Breite der Rahmenbedingungen für die Durchsetzung der OP in Porto Alegre. (Zimmermann 2006: 143 ff.) Über Jahrzehnte hatten es die wechselnden Regierungen, direkt vom Militär gestellt oder faktisch von ihm kontrolliert, verstanden, jede politische Opposition einschließlich der Gewerkschaftsbewegung zu unterdrücken oder doch wenigstens weitgehend zu lähmen. Die außerordentliche Konzentration des Reichtums in den Händen einer privatkapitalistisch-technokratischen Schicht, deren Interessen eng mit denen multinationaler Konzerne verbunden sind, hatte in ihrer Kehrseite ein außerordentlich korruptes Staatsgebilde hervorgebracht, dessen wesentliche Bestimmung die weitere Konzentration von Reichtum und Macht war. Als neuer, in den achtziger Jahren entstandener linken politischen Kraft war für die PT, der wesentlichen politischen Verfechterin des hier dargestellten Modells, radikale Demokratisierung eine entscheidende Forderung. Das Festhalten an diesem Ansatz erklärt sich zu einem großen Teil aus Herkunft und Charakter dieser Partei. Sie wurde Anfang der achtziger Jahre von Menschen gegründet, die in Gewerkschaften sowie sozialen, oft kirchlichen Basisstrukturen aktiv waren bzw. sind (Sader, Silverstein 1994). Sie steht nicht in unmittelbarer Nachfolge anderer bestehender oder nicht mehr bestehender Parteien. Ihre Exponenten, wie etwa Lula, kamen aus den Gewerkschaften, haben dort aber bereits eine neue Generation von nicht in das vom Militär konstruierte Gewerkschaftssystem integrierten Funktionären vertreten.

Die so erarbeitete Sichtweise und die politisch-soziale Herkunft der AktivistInnen prägten offensichtlich die Überlegungen nach dem Wahlerfolg der PT in Porto Alegre.

Das Problem ist nur allzu gut bekannt. Die PT gewann den Bürgermeisterposten in einer Stadt, die kaum Spielräume für eine soziale Politik zu bieten schien. Fast der gesamte Haushalt wurde von Personalkosten verbraucht, ohne dass dahinter entsprechende Leistungen der öffentlichen Hand gestanden hätten. Die Verteilung der Haushaltsmittel war nicht transparent und traf nicht die realen Bedürfnisse der Bevölkerung. Und dies, obwohl die Stadt seit 1980 eine enorme Zuwanderung zu verzeichnen hatte.

Der erste Schritt der neuen Stadtverwaltung war eine Steuerreform, um den Spielraum für Investitionen zu erweitern. In weiteren Schritten wurde vor allem die Korruption bekämpft. In dem Maße, in dem die Steuerreform Ergebnisse zeigte, stieg auch die Beteiligung der BürgerInnen an den damit verbundenen Entscheidungsprozessen. Das wachsende Gewicht der Stimme der BürgerInnen, die wachsende Transparenz der Entscheidungsprozesse und die unmittelbare Konfrontation der Verwaltung und der PolitikerInnen mit den BürgerInnen in der Haushaltsdiskussion beförderten wiederum den Kampf gegen Korruption und Klientelismus.

Begünstigt wurde dies durch einige Ergebnisse der Debatten um die brasilianische Verfassung von 1988. Die rechtliche Legitimität des OP stützt sich auf die innere Konsistenz entsprechender Bestimmungen der Verfassung, der Verfassung des Bundesstaates Rio Grande de Sul und der Kommunalverfassung von Porto Alegre. (Pont 2003: 37 f.) Diese Bestimmungen geben verschiedenen Formen der BürgerInnenbeteiligung Raum – ohne bestimmte Formen zu konstituieren. Insofern, und dies ist hervorzuheben, verlief und verläuft die partizipative Haushaltsgestaltung in Brasilien ohne das gesetzliche Bestimmungen dazu verändert werden mussten. Dies wäre wahrscheinlich auch nicht möglich gewesen. Partizipative Haushaltspolitik in Porto Alegre verläuft in einem eigenen, direkt-demokratisch dominierten Raum. Seine Durchsetzungsfähigkeit ist nicht rechtlich bestimmt, sondern ausschließlich durch das politische Gewicht des Prozesses selbst.

Der Prozess in der Hochphase

Der Beteiligungsprozess ist vordergründig auf die Investitionsplanung orientiert. Er erfasst damit aber gerade den Bereich, der entscheidende langfristige Wirkungen auf die Lebensbedingungen in der Stadt hat. Der Beteiligungsprozess in seinem Ablauf bildet den Kern einer inzwischen schwer überschaubaren Fülle von Analysen. Die sich in ihrer Mehrzahl mehr oder minder direkt auf eine von Carsten Herzberg 2001 veröffentlichte Arbeit beziehen (Herzberg 2001). Mit der bereits erwähnten Arbeit von Clovis Zimmermann liegt eine an den Originalquellen orientierte aktuelle Beschreibung vor (Zimmermann 2006: 153 ff.).¹

Im Prinzip läuft der Prozess in drei Runden ab.

In einer ersten Runde (März und April) werden die Ergebnisse des letzten Jahres diskutiert und die RepräsentantInnen für das kommende Jahr gewählt. Dazu legt die Verwaltung eine Abrechnung mit Blick auf die Aufgabenstellungen, wie sie im Rahmen der Debatten erarbeitet wurden, vor. Die Abrechnung liegt schrift-

¹ Ein ausführliches Literaturverzeichnis, das auch weitere fremdsprachige Quellen berücksichtigt, ist unter <http://www.brangsch.de/participation/litpart2.htm> abzurufen (letzter Aufruf: 15.12.2008).

lich den BürgerInnen vor. Diese öffentlichen Bürgerversammlungen werden von einem »Koordinationskomitee« geführt, dem u. a. der Bürgermeister, der Chef der Planungsabteilung sowie der jeweilige regionale Koordinator der Bürgerbeteiligung angehören. Die Ergebnisse des vergangenen Jahres werden diskutiert und entsprechend den Ergebnissen dann die VertreterInnen für das »RepräsentantInnenforum« gewählt.

Durch diese RepräsentantInnenforen werden die Diskussionen der folgenden Etappe (Zwischenetappe) organisiert. Diese Phase läuft unabhängig von der Verwaltung, kann auf Nachbarschafts-, Straßen-, regionaler oder eben auch thematischer Ebene abgewickelt werden. Jede dieser Gemeinschaften kann die Zahl und den Ablauf der nun folgenden öffentlichen Beratungen selbst bestimmen. Ziel dieser Beratungen ist die Bestimmung der Prioritäten für die Entwicklung der jeweiligen Region. Diese Prioritätensetzungen werden in einem Punktesystem bewertet und entsprechend der Zahl der von den vorgeschlagenen Projekten betroffenen BürgerInnen gewichtet. Durch die umfassende Protokollierung der Vorschläge und das eingängige Bewertungssystem ist von Anfang an ein Höchstmaß an Zugänglichkeit und Transparenz der Haushaltsdebatte gewährleistet. In den fachbezogenen Foren geht es in ähnlicher Weise um die Diskussion entsprechender Richtlinien für die Entwicklung der Stadt.

Bei den erwähnten *inhaltlichen Themenfeldern* handelt es sich um folgende:

- Transport und Verkehr,
- Gesundheit und soziale Dienste, Bildung,
- Kultur und Erholung,
- Wirtschaft und Steuern,
- Stadtgestaltung und -entwicklung.

In die Diskussionen der Zwischenrunde fließen auch Informationen, Vorstellungen bzw. Vorschläge der Verwaltung ein, ohne dass sie bereits den Charakter von Vorabentscheidungen tragen.

Die Ergebnisse dieser Diskussion werden ebenfalls protokolliert und ergeben schließlich eine Prioritätenliste, die in die zweite Runde eingespeist wird.

In dieser zweiten Runde (Juni/Juli) präsentiert die Verwaltung die erwarteten relativ fixen Ausgaben (Personalausgaben, Zinsen und Tilgungen, andere materielle Aufwendungen) sowie die erwarteten Einnahmen. Gleichzeitig wählt die Bevölkerung direkt die VertreterInnen für den »Rat der BürgerInnenbeteiligung«. Jede der 16 Regionen der Stadt und der fünf themenbezogenen Foren wählt zwei VertreterInnen sowie zwei StellvertreterInnen. Ihr Mandat läuft ein Jahr und sie können einmal wiedergewählt werden. Das VertreterInnenforum kann ihnen das Mandat jederzeit entziehen. Ihre Aufgabe ist es, gemeinsam mit der Verwaltung den Haushalt und den Invest-Plan entsprechend den von der Bevölkerung bestimmten Prioritäten aufzustellen. Von Seiten der Verwaltung wirken der Koordinator des Planungs-Kabinetts und der Koordinator für Beziehungen zwischen Verwaltung und Gemeinde in diesem Rat mit – allerdings ohne Stimmrecht.

In dem sich nun anschließenden Prozess der Haushaltsaufstellung wird von drei wesentlichen Indikatoren ausgegangen: die in den Regionen bestimmten Prioritäten, die in den Diskussionen zu den Themenfeldern bestimmten Leitlinien sowie in Arbeit befindliche Projekte und schließlich die Anforderungen zur Sicherung eines bestimmten Grundbestandes an Dienstleistungen und von Reserven für Katastrophenfälle. Im September wird das Planwerk dann im Rat der BürgerInnenbeteiligung diskutiert und schließlich bestätigt. Im Oktober und November muss sich das Stadtparlament mit dem Haushalt befassen und ihn verabschieden. Anschließend wird der Invest-Plan aufgestellt, der sich auf den Haushalt und auf die in den Debatten ermittelten Bedürfnisse der Bevölkerung stützt. Desgleichen wird anhand eines Punktsystems ermittelt, wie Ressourcen zwischen den einzelnen Regionen zu verteilen sind.

Ein gleichwertiges Element dieses Prozesses ist die Überprüfung der Zweckmäßigkeit und Wirksamkeit des Verfahrens nach jedem Haushaltsjahr. Die partizipative Haushaltspolitik, so wird in Porto Alegre selbst immer wieder betont, ist ein offener Prozess. Das bedeutet auch, dass seine Regeln immer wieder neu festgelegt werden können und so der Prozess neuen Bedingungen und Erfahrungen angepasst werden kann. Die folgenden Aussagen stützen sich auf Gespräche mit Assis B. Gregorio Filho, dem Koordinator der Beziehungen zwischen Beteiligungsprozess und Gemeinde (CRC) und Sergio Baierle, einem der Direktoren von CIDADE, einer NGO, die den OP in Porto Alegre seit Jahren begleitet, die im Frühjahr 2003 geführt wurden. Die erste grundlegende Veränderung wurde 1993/1994 vorgenommen, als die thematischen Beteiligungsprozesse eingeführt wurden. Ziel der nun im Jahre 2002 vorgenommenen Veränderungen ist es, Aufgaben in die tieferen Ebenen, also die Basisversammlungen und die Delegiertenberatungen zu verlagern und die Delegierten sowie die Mitglieder des Rates der BürgerInnenbeteiligung stärker in strategische Entscheidungsprozesse eingreifen zu lassen.

Seit 2002 gibt es, ausgehend von den Erfahrungen der vergangenen Jahre, eine entsprechende Veränderung in der »Haushaltsuhr«, also im Ablauf des Partizipationsprozesses selbst wie auch der Aufgaben der einzelnen Organe der BürgerInnenbeteiligung. Wie bekannt, wurden bisher die Entwicklungsprioritäten in Beratungen der Delegierten aus den Basisversammlungen der ersten Runde festgelegt. D. h., dass die BürgerInnen auf den Versammlungen zwar Aspekte der Entwicklung ihrer Region diskutierten, die konkreten Prioritäten bei der Verwendung von Haushaltsmitteln dann aber von den von ihnen gewählten Delegierten vorgenommen wurden. In der zweiten Runde wurden dann die Prioritäten durch die Delegierten an die Stadtverwaltung übergeben.

Seit 2002 werden diese beiden Runden zusammengelegt. Jetzt werden, ähnlich wie bei dem für den OP auf bundesstaatlicher Ebene erarbeiteten Ablauf, die Prioritätensetzungen auf den Basisversammlungen vorgenommen. Damit erhöht sich die Rolle der Basisversammlungen und verändert sich der Aufgabenkreis der De-

legierten. Sie haben die Aufgabe, die auf den BürgerInnenversammlungen vorgeschlagenen Projekte entsprechend den vorgenommenen Prioritätensetzungen zu bewerten und in eine eigene Hierarchie zu bringen. Zudem muss die Verwaltung nunmehr die von ihr vorgenommene Darstellung der Machbarkeit der vorgeschlagenen Projekte vor den Delegierten, nicht mehr nur vor dem Rat der BürgerInnenbeteiligung verteidigen. Damit war ein wachsendes Maß an Transparenz der letztendlich zu treffenden Entscheidungen und eine noch weitergehende Einbindung des Verwaltungshandelns in die Beteiligungsprozesse gegeben. Ziel der Veränderung war es, Tendenzen der Professionalisierung des Prozesses und der Entstehung einer neuen »OP-Bürokratie« entgegenzuwirken. Der direkt-demokratische Charakter sollte gestärkt werden.

Nach 13 Jahren stellte sich natürlich auch für eine direkt- und radikal-demokratische Institution immer die Frage der Perspektiven. Auch Porto Alegre war von den generellen wirtschaftlichen Problemen nicht verschont geblieben. Auch hier sind Arbeitslosigkeit und Armut gestiegen. Angesichts der restriktiven Haushaltspolitik des Zentralstaates wurden die Bedingungen für die Realisierung von Alternativen immer komplizierter. Die Beteiligung an den OP war nach wie vor hoch, aber erstmals seit über einem Jahrzehnt war Anfang der 2000er Jahre in Porto Alegre eine sinkende Zufriedenheit mit der Situation in der Stadt zu verzeichnen. Auch die Verbindung zur Gewerkschaftsbewegung, die vor allem durch die Einbeziehung der thematisch orientierten Beteiligungsprozesse gestärkt werden sollte, war nach Einschätzungen in Porto Alegre gesunken. Eine von CI-DADE vorgenommene Analyse der Struktur des Kreises der TeilnehmerInnen an den OP-Prozessen in den Jahren 1999-2002 weist selbst für diesen kurzen Zeitraum einen deutlichen Rückgang der Beteiligung von Gewerkschaftsmitgliedern und FunktionärInnen aus. Damit aber bestand die Gefahr, dass sich der OP aus seinem gesellschaftspolitischen Kontext löst und verselbstständigt, in den Mittelpunkt das Management knapper werdender Mittel tritt, die Aktivierung der BewohnerInnen für eigene Zukunftsprojekte in den Hintergrund gedrängt wird.

Um dem entgegenzuwirken und um die Rolle der Delegierten als Akteure einer gesamtstädtischen Entwicklung zu stärken, wurde im Zusammenhang mit den o. g. Veränderungen die Bedeutung der Vollversammlung der Delegierten für die Diskussion strategischer Fragen erhöht. Die Debatte grundlegender Entwicklungsrichtungen der Stadt wurde nun neben der Bestätigung der Liste der Projekte direkt Gegenstand der Delegiertenvollversammlung im Rahmen des OP. Das Thema der strategischen Entwicklungsrichtungen für die Stadt insgesamt wurde Gegenstand einer Vierten Stadtkonferenz. Hier wurde unter anderem auch die Frage der Reform der Verwaltung diskutiert.

Die Reaktionen auf die Veränderungen waren, so die Aussage einer durch CI-DADE durchgeführten Umfrage zufolge, gespalten. Obwohl eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung von Veränderungen im OP im Jahr 2001 geschaffen wurde, wurden die Veränderungen offensichtlich überraschend und sehr schnell eingeführt,

so dass viele der ProtagonistInnen sie nicht diskutieren konnten. Das stieß auf Unverständnis. Auch wurde der Mehraufwand für die ja ehrenamtlich wirkenden Delegierten als problematisch angeführt. Andere der befragten Delegierten begrüßten die Veränderungen wiederum – vor allem wegen der Vertiefung des basisdemokratischen Ansatzes.

Der praktischen Kritik folgt die Kritik der Theorie

Betrachtet man die Entstehung und Entwicklung des OP in Porto Alegre, so erscheint der Prozess als pragmatisch inspiriert. Auch wenn es richtig ist, dass die Praxis des OP keinem vorher ausgearbeiteten theoretischen Konzept gefolgt ist, die Praxis also der Theorie vorauslief, so ordnet sich der OP in theoretische Debatten ein. Diese betreffen vor allem Fragen der Rolle des Staates, der Möglichkeiten und Grenzen von Formen direkter Demokratie in einem bürgerlichen Staat sowie darüber hinaus die nach Fragen der Perspektiven der Demokratie unter den spezifischen Bedingungen Mittel- und Südamerikas. Insoweit werden mit der Praxis von Porto Alegre Grundannahmen der bürgerlichen Politikwissenschaft in Frage gestellt, wie auch neue Herausforderungen an die diversen linken Staatstheorien bzw. -auffassungen formuliert. Weniger reflektiert werden demgegenüber die ökonomietheoretischen Herausforderungen. Das Verhältnis von Ökonomie und Politik wird aber gerade durch den Beteiligungshaushalt in ein neues Licht gesetzt.

Die theoretische Diskussion der hier betrachteten Fragen ist vor allem durch Einseitigkeit und wenig integratives Herangehen gekennzeichnet – Verwaltungswissenschaft und Partizipationsforschung kommen nicht zueinander, Macht und Verwaltung werden nicht zusammengedacht. Meist wird versucht, die Praxis von Porto Alegre in die bestehenden theoretischen Systeme zu integrieren – tatsächlich stellt sie genau diese tradierten Systeme generell in Frage.

Politik zu einer öffentlichen Angelegenheit machen

Die praktische Kritik der herrschenden bürgerlich-demokratischen Demokratie durch Porto Alegre wurde vor allem durch Leonardo Avritzer in grundlegende theoretische Überlegungen gefasst (Avritzer 2002). Ausgehend von einer umfassenden Kritik der herrschenden elitären Demokratieauffassungen, hierbei auch ausführlich der Auffassungen von Jürgen Habermas, hebt er bezugnehmend auf das Profil der neu entstandenen Bewegungen in Süd- und Mittelamerika die Verbindung folgender Merkmale hervor:

1. Die soziale Innovationsfähigkeit
2. Die Entwicklung eigener politischer Ansätze und neuer Strukturen
3. Das durch diese Bewegungen selbst durchgeführte Monitoring gesellschaftlicher Veränderungen (Avritzer 2002: 95).

Das Monitoring selbst ist Ausgangspunkt für die Durchsetzung von öffentlicher Kontrolle öffentlicher Angelegenheiten und muss als ein Geflecht »sozialer Mechanismen zur Forderung von Rechenschaft« verstanden werden (Avritzer 2002: 132). Es ginge dabei vor allem um die Ermutigung zur Partizipation, die Stärkung demokratischer Werte und die Erweiterung von Möglichkeiten öffentlicher Debatte (»increase the occasions in which deliberation take place«) (Avritzer 2002: 132 f.). Öffentliche Debatte wird hier vor allem auch als unmittelbare, persönliche, nicht vorrangig über Medien vermittelte Konfrontation und Diskussion verstanden. Vor diesem Hintergrund sei, so Avritzer, eines der hervorstechenden Merkmale neu entwickelter Partizipationsmethoden, dass sie in der Lage sind, mit Komplexität umzugehen – dabei hebt er die Erfahrungen partizipativer Haushaltspolitik in Porto Alegre und Belo Horizonte ausdrücklich hervor.

Für die theoretische Debatte in Deutschland war vor allem die Tätigkeit der Enquetekommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« von Interesse. Im Juni 2002 wurde der Bericht dem Bundestagspräsidenten übergeben (Bürgerschaftliches Engagement 2002). Dort wird unter anderem der Ausbau direkter Demokratie auf der Bundesebene, der Ausbau von Teilnehmungsformen auf der kommunalen Ebene sowie eine Erweiterung des Kreises der Beteiligten in Verwaltungsverfahren empfohlen (Bürgerschaftliches Engagement 2002: 601 bis 602).

Parteien und parteinahe Stiftungen widmen sich dem Thema aus unterschiedlichen Gesichtspunkten ebenfalls seit Mitte der neunziger Jahre mit zunehmender Aufmerksamkeit. Eine in der Friedrich-Ebert-Stiftung erschiene Aufsatzsammlung spiegelt die Grundrichtung der hier herrschenden Diskussion und ihre wesentlichen politisch-konzeptionellen und methodischen Eckpunkte wider. Der theoretische Zugang erfolgt über die Frage nach dem Verhältnis von Staat und Gesellschaft, nach einem Verhältnis, das durch die Veränderungen im Zuge der Globalisierung wie auch veränderte Zugänge jüngerer Generationen zu gesellschaftlicher Aktivität geprägt sei. Die Zivilgesellschaft, so eine entscheidende Ausgangsthese, organisiert sich zunehmend in Form autonom verflochtener Netzwerke (Meyer, Weil 2002: 7).

Unterschiedliche Antworten auf neue Herausforderungen

Bemerkenswert sind die Unterschiede zwischen Avritzer und den deutschen AutorInnen: während für Avritzer partizipative Demokratie untrennbar mit den in der Gesellschaft offensichtlichen Machtkämpfen verbunden ist, erscheint in der herrschenden deutschen Diskussion Partizipation vor allem als Inkorporationsinstrument, als Hereinholen von abstrakt und meist undifferenziert dargestellten BürgerInnen in »höhere« Zwecke und/oder in die Verwaltungsarbeit. Partizipationsprozesse, wie etwa der Bürgerhaushalt, erscheinen als Technologien, nicht als Felder offener politischer Auseinandersetzung. Damit bleibt aber Partizipation

eine Form der Unterordnung unter herrschende politische Strukturen – eine Sichtweise, die eben von Avritzer in Frage gestellt wird. Er sieht den Beteiligungshaushalt als Form eines selbstbestimmten öffentlichen Raumes, der sich eben nicht notwendig dem gegebenen politischen System unterordnen muss, vielmehr dieses durch die konsequente Ausschöpfung bürgerlicher Freiheitsrechte in Frage stellt.

Die Organisationsfrage neu stellen

Insbesondere die dem Beteiligungshaushalt notwendige eigene Interaktion mit dem Staat in der Form der Verwaltung stellt für Linke ein tiefgehendes theoretisches Problem dar. Eine kurze Zusammenfassung der Kontroversen gibt Zimmermann (2006: 147 f.). Diese Auseinandersetzungen haben nie aufgehört. Das Konzept bricht mit Stereotypen praktisch aller linken Denkrichtungen – seien sie marxistisch, trotzkistisch, stalinistisch oder maoistisch inspiriert. Der in Porto Alegre praktizierte Ansatz stellt zwei Eckpunkte der herrschenden linken Denkrichtungen in Frage: der Blick auf den Staat als ausschließliches und in sich homogenes Machtinstrument der herrschenden Klasse und das Verständnis der (jeweiligen) Partei als omnipotente Avantgarde, die berufen ist, das Volk zu führen und deren Politik Dank wissenschaftlicher Weltanschauung dem spontanen Handeln der Massen überlegen ist. Eine theoretische Fragestellung betrifft so die Beziehung von Spontaneität, Bewusstheit und Organisationsfrage. Mit den Erfahrungen von Porto Alegre erhält die Demokratie einen neuen Stellenwert in Praxis wie auch Theorie gesellschaftlicher Veränderung. Für Brasilien brachte dies Raul Pont, einer der Konstrukteure des Beteiligungshaushaltes in Porto Alegre folgendermaßen zum Ausdruck: »Die Demokratiefrage, die sich immer offensichtlicher als Widerspruch im Verhältnis zwischen dem neoliberalen kapitalistischen Staat und seinen verschiedenen Bevölkerungsgruppen erweist [...] entwickelt sich immer mehr zum strategischen Schlüsselement auf dem Weg zum Sozialismus.« (Pont 2003: 50)

Es sei dahingestellt, ob die Option des Sozialismus zum gegenwärtigen Zeitpunkt als realistische Zielstellung zu betrachten ist – wesentlich ist, und das belegt die Realität der Beteiligungshaushalte in Brasilien durchaus, dass hier ein Tor in Bereiche aufgestoßen wurde, die Interessen verschiedener sozialer Gruppen nicht nur berühren, sondern diese auch zu einer neuen Qualität politischen Handelns anregen. Dies bedeutet aber auch, dass die Frage der Demokratisierung von Haushaltspolitik in die Breite von Demokratisierungsbestrebungen eingeordnet werden muss, ein »unmäßiger« und für die InitiatorInnen auch unberechenbarer Prozess in Gang gesetzt wird. Damit stellt sich jedoch die Frage nach der Fähigkeit der sozialen Bewegungen und der Parteien zur Selbstveränderung, zur Anpassung an die mit den Partizipationsprozessen verbundenen Veränderungen der Akteure. Das Moment ihrer »Vertretung« tritt plötzlich gegenüber dem Moment der Schaf-

fung von Bedingungen für politisches Handeln in den Hintergrund. Die von Avritzer konstatierte Qualität der neuen Beteiligungsprozesse, der gewachsenen Komplexität von Gesellschaft gerecht werden zu können, dürfte für die weitere Forschung eine zentrale Fragestellung sein – das Zusammenfallen der Veränderung der politischen Akteure, die wachsende innere Widersprüchlichkeit der Rolle des Staates, der Verwaltung aber auch der Interessen der Akteure selbst wird durch die gängigen Theorien nur unzureichend und oft in einer durch ideologische Interessen gebrochenen Art erfasst.

Haushalt als Moment von Reproduktion begreifen

Des Weiteren wirft die Praxis des Beteiligungshaushaltes auch neue Fragen für die ökonomische Theorie auf. Insbesondere wird die Polarität von angebots- und nachfrageorientierter Wirtschaftspolitik als Bezugspunkt von Auffassungen zur ökonomischen Rolle und Funktionsweise des Haushaltes in Frage gestellt sowie (und hier ist ein Bindeglied zur politikwissenschaftlichen Diskussion), wie bereits erwähnt, die Frage nach dem Verhältnis von Politik und Ökonomie neu gestellt.

Ein Höhepunkt in der aktiven Nutzung des Haushaltes als gesellschaftspolitisches Instrument und in einer bis dahin nicht gekannten Breite ist mit dem Namen Keynes verbunden. Die haushaltspolitischen Dimensionen der Kriegswirtschaft bzw. der Kolonialpolitik mögen in bestimmten Phasen denen in ihrer quantitativen Seite nicht nachstehen, in ihrer Zielrichtung bleiben sie jedoch gegenüber den im keynesianischen Kontext entwickelten Konzepten bescheiden. Außer Betrachtung bleibt in diesem Zusammenhang die feudale Haushaltspolitik (als Kameralistik), die auf anderen ökonomisch-politischen Grundlagen beruhte und in den Vorstellungen der Merkantilisten und Monetaristen erste bürgerlich geprägte Bewertungen erfuhr. Das Instrumentarium der Haushaltspolitik wie auch die Sichtweise auf dieses Instrumentarium erfahren in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts wichtige Veränderungen. Seit Keynes scheidet sich Haushalts-, Steuer-, Geld- und Wirtschaftspolitik in der Polemik um Rolle, Zulässigkeit und Umfang von Haushaltsdefiziten. Soweit diese Debatten keinen akademisch-finanzmathematischen, sondern politisch-praktischen Charakter tragen, steht dahinter auch immer ein Streit um Gesellschaftsmodelle.

Wegen ihrer oft unmittelbaren Wirkungen wurden die Auseinandersetzungen um Haushaltspolitik meist unter eher pragmatischen verteilungspolitischen Gesichtspunkten geführt. Dies trifft auch für die Positionen der Linken zu. Der Staatshaushalt wird zutreffend als Instrument der Umverteilung und Herrschaftssicherung erkannt – eine Strategie zu entwickeln, mit diesem Fakt umzugehen, die Blockade oder Beförderung von bestimmten Umverteilungsprozessen mit weitergehenden politischen Strategien zu verbinden, ist bisher kaum gelungen.

Auch in den realsozialistischen Staaten verblieben haushaltspolitische Fragen weitgehend außerhalb öffentlicher Eingriffsmöglichkeiten, auch wenn vermittelte

Formen gesellschaftlicher Kontrolle existierten. Allerdings wäre insbesondere für die kommunale Ebene diese Frage weiter zu untersuchen. Auf der gesamtstaatlichen Ebene war die Haushaltspolitik, zumindest was die DDR betrifft, durch die in den verschiedenen Parteien und Organisationen manifesten Interessenkonstellationen mitbestimmt. Inwieweit hier Potenziale für eine weitere Entwicklung hätten liegen können, sei im Rahmen dieser Darlegungen dahingestellt. Auf theoretischer wie praktischer Ebene wurde die Herangehensweise an Haushalt und Haushaltspolitik stark durch die Kontroversen um die Rolle von Geld und Finanzen, von Wert- und Preiskategorien und um die Stellung der Wirtschaftssubjekte im Sozialismus geprägt bzw. in hohem Maße pragmatisch gehandhabt. Natürlich wird Haushaltspolitik auch als Herrschaftsinstrument verstanden. Indem mit Umverteilungsinstrumenten auch hier sozial- und wirtschaftsstrukturelle Ziele realisiert werden sollen. In dem hier betrachteten Zusammenhang sind vor allem die Besteuerung privater Einkommen (insbesondere solcher aus Privat- oder halbstaatlichen Unternehmen) wie auch die Gestaltung der Erwirtschaftungsbedingungen für die volkseigenen, staatlichen und genossenschaftlichen Unternehmen sowie schließlich die Umverteilungen von Investitionsmitteln über den Volkswirtschaftsplan zu benennen. Zwar wurde versucht, Volkswirtschafts- und Haushaltsplan durch die öffentliche Diskussion der Direktiven zum Volkswirtschaftsplan demokratische Legitimation zu verschaffen, doch blieb die Haushaltspolitik in ihrer Ganzheitlichkeit selbst einer breiten demokratischen Mitwirkung verschlossen. Es existierte tatsächlich keine Institution neben den klassisch repräsentativen Organen, die die Resultate des ja tatsächlich ablaufenden Diskussionsprozesses in staatliches Handeln hätte umsetzen können. Die enge Verflechtung der Entscheidungsstrukturen von Staat und SED erwiesen sich unter diesem Gesichtspunkt nicht als gesellschaftsstabilisierend, sondern als die Stabilität untergrabend.

Grenzen linkskeynesianisch geprägter Haushaltspolitik überwinden

Der markante Unterschied zwischen der Positionierung der jungen Sozialdemokratie Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts und den heutigen Linken in der Haushaltspolitik dürfte in der stärkeren Betonung keynesianischer Positionen, in der Betonung der Orientierung von Haushaltspolitik auf die Stimulierung der Nachfrage in Kombination mit deutlichen Umverteilungsschritten liegen. Dem folgt auch der Vorschlag einer Arbeitsgruppe zur Sanierung des Berliner Haushaltes vom Juli 2002 (Regional Consulting 2002). Seitdem findet praktisch keine fundierte Diskussion über Haushaltspolitik in Berlin mehr statt – es bleibt i. d. R. bei gegenseitigen Vorwürfen. Dabei ist auf weiten Strecken der kämpferische, politische Charakter der Auseinandersetzung abhanden gekommen und einem eher akademisch-objektivierenden Gestus gewichen. Parallel dazu hat eine andere Richtung den polemisch-anklagenden Part übernommen, der die Ungerechtigkeit der Umverteilungen anprangert. Beiden Tendenzen ist eine nur begrenzte Wir-

kungsfähigkeit beschieden, gehen sie doch in ihren Aussagen kaum über das hinaus, was ohnehin allgemein bekannt ist. Beide Richtungen sind bisher nicht fähig, eine eingängige Alternative zu formulieren. Beide Richtungen erweisen sich als derzeit unfähig, Haushaltspolitik als sozialen, gesellschaftspolitischen Prozess zu gestalten, in dem soziale Gruppen aktiv in die Auseinandersetzungen eingreifen. Waren die parlamentarischen Auseinandersetzungen um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert um Flottenbau usw. immer mit entsprechenden außerparlamentarischen Bewegungen verknüpft, ist diese Verbindung heute nur schwach ausgeprägt und von begrenzter Wirksamkeit – sie ist aber, und das ist für die hier zu entwickelten Fragestellungen wichtig –, auch konzeptionell nicht integraler Bestandteil der haushaltspolitischen Strategien bzw. Vorstellungen.

Staatsauffassungen neu diskutieren

Zwei Ursachen dafür mögen, zumindest was die kommunistische und linkssozialdemokratische Richtung betrifft, maßgeblich sein. An erster Stelle ist eine kurzschlüssige Sichtweise auf die Marx'sche Politische Ökonomie, insbesondere auf die Reproduktionstheorie, zu benennen. Es wird oft vergessen, dass das *Kapital* in den vorliegenden Bänden nur einen Bruchteil dessen erfasst, was Karl Marx selbst als »System der bürgerlichen Ökonomie« betrachtete und was er entsprechend zu untersuchen gedachte (Marx 1978a: 7). Die Ablehnung eines eigenen haushaltspolitischen Engagements auf der einen Seite, wie auch die Beschränkung dieses Engagements auf die Suche nach Wegen der besseren »Kassenverwaltung« vor allem in den ostdeutschen Bundesländern haben hier eine wesentliche Wurzel. Beide Sichtweisen ignorieren im Grunde zwei Kernaussagen der Marx'schen Reproduktionstheorie – die Einheit materieller und gesellschaftlicher Reproduktion, die Einheit der Reproduktion materieller Güter und gesellschaftlicher Verhältnisse sowie die Einheit von Produktion, Distribution, Zirkulation und Konsumtion. In der ökonomischen Grundlagenausbildung spielten insbesondere die Vermittlungsprozesse zwischen den Phasen des Reproduktionsprozesses eine untergeordnete Rolle. Obwohl in der ökonomischen und später auch in der soziologischen Diskussion die Frage der materiellen Interessiertheit immer wieder eine wichtige Rolle spielte, wurden in der politischen Praxis auftretende Widersprüche bezüglich der Haushaltspolitik auf ideologische Probleme reduziert. Es gelang in diesem Umfeld nicht, die Potenziale, die bspw. den Plandiskussionen in den Unternehmen hätten innewohnen können, haushaltspolitisch und damit gesellschaftlich wirksam zu machen.

Dies hängt sicher mit einer Unterschätzung der Rolle des Staates in seiner Komplexität bzw. eine oberflächliche Reduzierung seiner Rolle auf die eines undifferenzierten Machtinstrumentes der herrschenden Klasse zusammen. Für die Bestimmung politischer Strategien spielen nicht einfach grundsätzliche Charakteristika der »heutigen Gesellschaft« als Abstraktum (auf der Ebene des Wesens)

eine Rolle, sondern vor allem die historisch und national gegebene Ausprägung staatlicher Herrschaft. Dies wird durch Marx in der Kritik des Gothaer Programms ausführlich entwickelt. Hier betont er die Bedeutung der Durchsetzung demokratischer Freiheiten gegen vordergründig globale, allgemeine und sich außerhalb konkreter historischer Gegebenheiten bewegende Forderungen (Marx 1978b: 29 ff.). Der ursprüngliche Publikationsplan, den Marx 1858 Engels vorstellte, sah dementsprechend sechs Bücher vor – »Vom Kapital«, »Grundeigentum«, »Lohnarbeit«, »Staat«, »Internationaler Handel« und »Weltmarkt« (Marx 1978c: 312). Tatsächlich sind von Marx selbst die Teile zum Kapital und zur Lohnarbeit weitgehend ausgearbeitet worden, während die weiteren Teile fragmentarisch blieben. In Lehre und Propaganda wurde daraus der unzutreffende Schluss gezogen, dass die Staatsfrage weniger wichtig bzw. mit der Leninschen Staatstheorie erschöpfend behandelt sei, was aber, wie die Geschichte zeigt, nicht zutrifft. Hervorzuheben ist an dieser Stelle das von Uwe Jens Heuer 1989 veröffentlichte Buch »Marxismus und Demokratie«, in dem eine in dieser Form erstmals in der DDR die bis dahin üblichen (Selbst-)Begrenzungen der Staatsdiskussion überwindende Darstellung linker Staats- und Demokratietheorie in einem breiten Spektrum gegeben wird. Für die jüngere Diskussion ist vor allem die Bezugnahme auf Nicos Poulantzas hervorzuheben, der die skizzierten Einseitigkeiten einer interessanten Kritik unterzieht (z. B. Poulantzas 2002: 40 ff.).

Stellt man diese Umstände in Rechnung bestätigt sich, dass nicht nur die Verteilungsproportionen als solche, sondern auch und vielleicht in viel höherem Maße die Art und Weise, wie Veränderungen in der Einnahme- und Ausgabeseite des Haushaltes zustande kommen und selbst zu notwendigen qualitativen Veränderungen von Haushaltspolitik führen, für die politische Praxis von Interesse sein müssen. Die auf diesem Gebiet zu bewältigende wirtschaftstheoretische Herausforderung liegt somit in einer Neubewertung der Rolle des Haushaltes in der materiellen wie auch in der gesellschaftsstrukturellen Reproduktion der heutigen Gesellschaft, mithin auch die Neubewertung der Orientierung vieler linker ÖkonomInnen an von Keynes inspirierten verteilungstheoretischen bzw. haushaltspolitischen Vorstellungen. Vor allem geht es darum, die Stellung und Rolle von Akteuren in der Ganzheitlichkeit ihrer Interessen wieder in linke haushaltstheoretische Debatten einzubeziehen.

Porto Alegre – Perspektiven nach der Niederlage?

Die letzten Wahlen um den Posten des Bürgermeisters verlor die PT 2004, wenn auch relativ knapp. Die Ursachen dafür lagen vor allem in parteiinternen Auseinandersetzungen. Sie trat außerdem allein gegen alle anderen Parteien an, die der Wunsch nach dem Sturz der PT-Stadtregerung einte. Der Verlust des Postens des Bürgermeisters bedeutete nicht das Ende des OP. Das war vor allem daraus zu erklären, dass der Prozess einerseits tief im Massenbewusstsein verwurzelt war, an-

dererseits als selbstorganisierter Prozess zumindest in seiner Führung von der Verwaltung unabhängig war. Der neue Bürgermeister José Fogaça hütete sich auch, den Prozess in Frage zu stellen – er kündigte an, dass man das, was gut sei, beibehalten und das, was zu verbessern sei, verbessern werde. Die Realität war, dass der Beteiligungshaushalt nicht frontal angegriffen, sondern seiner Wirksamkeit beraubt wurde. So wurde neben den Beteiligungshaushalt eine Art Public-Private-Partnership gesetzt, die als Partnerschaft von Verwaltung, Unternehmen und Drittem Sektor konstruiert wurde. Auf dieser Grundlage wurden verschiedene Teile des Öffentlichen Dienstes *outsource*d und damit dem Beteiligungsprozess entzogen. Außerdem wurde die Realisierung von Projekten des OP weiter verschleppt, so dass jetzt von einem Stau von vier Jahren bei der Realisierung der Projekte auszugehen ist. So ist der Beteiligungshaushalt an den Rand des politischen Geschäfts gedrängt worden. Nach Aussage von Beobachtern des Prozesses ist zudem durch Veränderungen in der Vergütungsstruktur innerhalb der Verwaltung eine Umverteilung von unten nach oben eingeleitet worden. So sei durch Verschlechterungen der Bezahlung der Müllentsorgung eine wichtige Errungenschaft des OP in Frage gestellt.

Zumindest zeigt diese Entwicklung, dass Beteiligungshaushalt keinesfalls unpolitisch ist. Die Kontrahenten des Prozesses haben verstanden, dass seine Beibehaltung Machtstrukturen in Frage stellt, ein offener Angriff aber zu unberechenbaren Reaktionen führen könnte – so muss er diskreditiert werden. Da dies aber als Aktion der neuen Verwaltung wahrgenommen wird, polarisiert verdecktes Agieren gegen den OP gleichfalls. In Porto Alegre wird derzeit damit gerechnet, dass die nächsten Wahlen vielleicht wieder einen Kandidaten der PT an die Spitze der Verwaltung bringen könnten, wodurch sich die Chancen auf eine Erneuerung des OP verbessern könnten.

Freilich wird dies einschließen, neue Wege der Entwicklung dieses Prozesses zu gehen. Aus Platzgründen wurde in diesem Beitrag nur am Rande auf Kritik an dem Verfahren aus dem Kreis seiner UnterstützerInnen eingegangen. Für die laufenden Versuche in Deutschland, Bürgerhaushalt von links zu machen, bleiben die Prozesse in Porto Alegre in ihren Stärken und Schwächen so auch weiterhin ein interessanter Bezugspunkt.

Literatur

- Avritzer, Leonardo (2002): *Democracy and the Public Space in Latin America*. Princeton, Oxford.
- Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« des Deutschen Bundestages (2002): *Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft*., Bericht. Opladen.
- Herzberg, Carsten (2001): »Der Bürgerhaushalt von Porto Alegre. Wie partizipative Demokratie zu politisch-administrativen Verbesserungen führen kann«. In: *Region-Nation-Europa* Bd. 9. Münster.
- Heuer, Uwe Jens (1989): *Marxismus und Demokratie*. Staatsverlag der DDR. Berlin.
- Marx, Karl (1978a): *Zur Kritik der Politischen Ökonomie*, in: *Marx-Engels-Werke (MEW)*, Bd. 13. Berlin.
- Marx, Karl (1978b): *Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei*, in: *MEW* Bd. 19. Berlin.
- Marx, Karl (1978c): *Marx an Engels in Manchester*, in: *MEW* Bd. 29. Berlin.
- Meyer, Thomas; Weil, Reinhard (Hrsg.) (2002): *Die Bürgergesellschaft. Perspektiven der Bürgerbeteiligung und Bürgerkommunikation*. Bonn.
- Pont, Raul (2003): *Hoffnung für Brasilien. Beteiligungshaushalt und Weltsozialforum in Porto Alegre. Entwicklung der PT und Lulas Wahlsieg*. Köln.
- Poulantzas, Nico (2002): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie Autoritärer Etatismus*. Hamburg.
- Regional Consulting (2002): »Berlin sanieren oder kaputtsparen? Arbeitsgruppe Regional Consulting kritisiert Konsolidierungspolitik des rot-roten Senats«. In: *Neues Deutschland* vom 6./7. Juli 2002, S. 10.
- Sader, Emir; Silverstein, Ken (1994): »Keine Angst vor besseren Zeiten«: Lula, die PT und Brasilien. Köln.
- Workers' Party – Brazil (2002): *Paths*. São Paulo.
- Zimmermann, Clovis (2006): *Politische Partizipation in Brasilien. Ein Vergleich der Stadtplanungsmodelle von Porto Alegre und Curitiba*. Frankfurt/Main, London.

Volksmacht und Emanzipation

Kommunale Räte in Venezuela

Die Präsidentschaftswahlen am 3. Dezember 2006 gewann der amtierende Präsident Hugo Chávez mit 62,84 Prozent (bei 74,69 Prozent Wahlbeteiligung) gegen 36,9 Prozent für seinen Kontrahenten Manuel Rosales (CNE 2006). Mit Beginn der neuen Amtszeit wurden Partizipationsmöglichkeiten und Rätestrukturen gestärkt, ausgeweitet und neu eingeführt. Zentral und am weitesten fortgeschritten sind die Kommunalen Räte (Consejos Comunales, CC). Viel unternommen wurde auch zur Demokratisierung der Produktion, ein Prozess der keinesfalls harmlos verläuft. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass eine Vielzahl verschiedener Maßnahmen umgesetzt wurde, um strukturelle Veränderungen in der Ökonomie sowie die Demokratisierung der Besitz-, Arbeits- und Produktionsverhältnisse voranzutreiben. Einige davon zielten auch auf die Überwindung der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse und die Aufhebung der Trennung zwischen Hand- und Kopfarbeit ab, andere hingegen auf eine bloße Demokratisierung kapitalistischer Arbeitsverhältnisse (Azzellini, Ressler 2006; Azzellini 2007a).

Die Rätestrukturen in verschiedenen Gesellschaftssektoren sollen die Grundlage des venezolanischen Sozialismus bilden, sie sollen zusammenarbeiten und auf höherer Ebene konföderieren, um so den bürgerlichen Staat durch einen »kommunalen Staat« abzulösen. Im Rahmen der Verfassungsreform, die in einem Referendum am 2. Dezember 2007 mit knapper Mehrheit und nur 55 Prozent Wahlbeteiligung abgelehnt wurde, war vorgesehen, die verschiedenen »Räte der Volksmacht« (Kommunale Räte, Arbeiter- und Arbeiterinnenräte, Studierendenräte, Bauern- und Bäuerinnenräte, Frauenräte u. v. m.), die demokratische Verwaltung durch Arbeiter und Arbeiterinnen jedweder Unternehmen direkten oder indirekten gesellschaftlichen Eigentums und zahlreiche andere kommunale und kollektive Institutionen als Partizipationsinstrumente im Artikel 70 zu verankern und die Entscheidungen der »Bürger- und Bürgerinnenversammlung« in ihrem Territorium als bindend festgelegt, so lange sie nicht der Verfassung und den geltenden Gesetze widersprechen. Die »Räte der Volksmacht« sollten gemäß Artikel 136 die »Gemeinden, Bezirke und Städte in Selbstverwaltung übernehmen« (AN 2007).

Im vorliegenden Beitrag beschäftige ich mich aus Platzgründen ausschließlich mit den Kommunalen Räten, auch wenn es offensichtlich ist, dass territoriale Selbstorganisation und Arbeiterkontrolle über die Produktion zusammen gehen

müssen, um eine wirkliche soziale Transformation zu erreichen. Darüber hinaus stelle ich ein Projekt vor, dass ich mit Aktivistinnen und Aktivisten aus CCs in Caracas Ende 2007 durchgeführt habe und an dem die Verbindung von kritischer Wissenschaft, politischem Engagement und Solidarität deutlich wird.

Die Kommunalen Räte

Die bolivarianische Bewegung postulierte von Beginn an Formen lokaler Macht und Selbstverwaltung der Gemeinden. Dies spiegelte sich auch in allgemeiner Form in der Verfassung wieder. Die erste konkrete Form stellten ab etwa 2004 die Consejos Locales de Planificación Pública (CLPP, Lokale Räte der Öffentlichen Planung) dar. Doch die CLPPs entwickelten sich nicht in der angedachten Form. Da ihre Finanzierung und Strukturierung von den Lokalverwaltungen abhängig war, versuchten diese häufig – sich dessen bewusst, dass eine Zunahme lokaler Volksmacht eine Schmälerung ihrer Macht bedeutet – die Räte gemäß ihrer Interessen zu bilden oder hielten Finanzierungen auf bürokratischem Wege zurück, wenn die Entscheidungen der CLPPs nicht ihren Positionen entsprachen.

So begann Ende 2005 der Aufbau der Consejos Comunales und im April 2006 verabschiedete die Nationalversammlung das entsprechende Gesetz. Die CCs erhalten ihre Finanzierung nun direkt vom Staat und seinen Institutionen, womit die Einmischung der Lokalverwaltungen vermieden wird.

»Der Kommunale Rat ist die fortgeschrittenste Organisationsform, die sich die Nachbarn einer gewissen Gemeinde geben können, um die wirkliche Ausübung der Volksmacht zu übernehmen, also um die Entscheidungen der Gemeinschaft in die Praxis umzusetzen.

Darüber hinaus ist es die grundlegende Instanz der Planung, in der das Volk die öffentlichen Politiken formuliert, ausführt, kontrolliert und evaluiert. So umfasst er die unterschiedlichen organisierten Ausdrücke der Basisbewegungen.

Der Kommunale Rat ist auch die Grundlage auf der die partizipative und protagonistische Demokratie aufgebaut wird, welche die Bolivarianische Verfassung vorschlägt.« (<http://www.consejoscomunales.gob.ve>, letzter Aufruf: 20.11.2007, Übersetzung DA)

Die CCs werden in urbanen Gebieten in Einzugsbereichen von 200 bis 400 Familien gegründet, in ländlichen Gegenden von 20 und in indigenen Regionen von zehn Familien. Die Basis des CC und das Organ in dem die Entscheidungen getroffen werden, ist die Nachbarschaftsversammlung. Sein ausführendes Organ besteht aus einem Sprecher oder einer Sprecherin für jede Arbeitsgruppe bzw. für jedes Komitee der Gemeinde, fünf Mitgliedern der Finanzkommission (Unidad de Gestión Financiera) und fünf der Kontrollkommission (Unidad de Contraloría Social).

Die Arbeit in den CCs ist auf allen Ebenen ehrenamtlich und unbezahlt. Wer sich zur Wahl stellt, kann nur für ein Organ des CC gewählt werden. Die Personen

bleiben zwei Jahre im Amt und können wiedergewählt werden. Ebenso können sie aber auch jederzeit von derselben Gemeinde abgesetzt werden. Wie ihr Name schon sagt handelt es sich um »Sprecher und Sprecherinnen«, d. h. sie können keine Entscheidungen treffen und das einzige Entscheidungsorgan ist die Einwohnerversammlung. Und es ist auch die Versammlung, die entscheidet welche Komitees zum Rat gehören, was je nach Bedürfnissen der Gemeinden unterschiedlich sein kann. Es können z. B. das Gesundheitskomitee (das die Ärzte der kostenfreien Gesundheitsversorgung in der Vorsorgearbeit unterstützt), die »technischen Wassertische« (Mesas Técnicas de Agua, MTA, die gemeinsam mit den Wasserwerken die Trink- und Abwasserversorgung planen), die Urbanen Landkomitees (Comités de Tierra Urbana, CTU, die gemeinsam mit Ingenieuren die Vermessung ihrer eigenen illegalen Siedlungen vornehmen und für die Legalisierung sorgen), Komitees für Umwelt, Kultur, Sport, Jugend, Großeltern, Basisökonomie, Bildung, soziale Entwicklung und Ernährung, Wohnung, Infrastruktur und Habitat, Konfliktlösung (Friedensrichter), Sicherheit und Verteidigung, das Basisradio oder was an Komitees sonst noch existiert bzw. von der Gemeinde beschlossen wird zu gründen. Die Sprecher und Sprecherinnen bilden das Exekutivorgan, das sich der Planung und Gestaltung der organisierten Partizipation der Gemeinde annimmt. Das Finanzkomitee verwaltet die Ressourcen (und die Kommunalbank, die Struktur mittels der die Gemeinde Kredite mit günstigen Zahlungskonditionen in der Community selbst vergeben kann, die den von der Versammlung beschlossenen Prioritäten entsprechen). Die Contraloría Social hingegen stellt die Instanz dar, die die Handhabe der Finanzen überprüft.

Als erster Schritt zur Bildung eines CC wird ein vorläufiges Promotoren-Team aus Freiwilligen in der Community gebildet, das von einer Person unterstützt wird, die von der respektiven Präsidentschaftskommission für Volksmacht (Comisión Presidencial del Poder Popular) ernannt wird (von der lokalen, regionalen oder nationalen Kommission, je nachdem welche bereits gegründet wurde). Das provisorische Promotoren-Team organisiert die Wahl der offiziellen Promotorenkommission und der Wahlkommission, welche die erste Wahl der Sprecherinnen und Sprecher der Arbeitskomitees und Mitglieder der Finanz- und Kontrollkommission vorbereiten. Dafür organisiert und koordiniert das vorläufige Promotorenteam einen demographischen Zensus der Community und ruft (innerhalb von 30 Tagen nach seiner Gründung) zu einer Versammlung der Anwohner und Anwohnerinnen auf, die wiederum die Promotoren- und die Wahlkommission wählt und eine Mindestbeteiligung von zehn Prozent der Bevölkerung über 15 Jahre (Alter für die Wahlberechtigung betreffs des CC) haben muss. Diese erste Versammlung definiert auch selbst die Grenzen des lokalen Territoriums der Identifikation der Community.

Die Nationale Präsidentschaftskommission für Volksmacht wird durch den Präsidenten der Republik ernannt und soll die Entwicklung der CCs auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene orientieren, koordinieren und evaluieren; den Im-

puls der Volksmacht im Rahmen der partizipativen und protagonistischen Demokratie und die endogene Entwicklung stärken, indem sie der integralen menschlichen Entwicklung, welche die Lebensqualität der Communities hebt, einen Impuls verleiht; Mechanismen der Schulung und Ausbildung hervorbringen; die verschiedenen Projekte sammeln, die von den CCs genehmigt wurden; die zur Umsetzung der Projekte notwendige technische, finanzielle und nicht-finanzielle Unterstützung, gemäß der im Nationalen Fond für die CCs vorhandenen Ressourcen, kanalisieren; in den Communities, in denen es für notwendig gehalten wird, externe Promotoren-Teams bilden, damit die Gründung der CCs einen Impuls erfährt. Die Nationale Präsidentschaftskommission ernennt darüber hinaus mit der Zustimmung des Präsidenten, die regionalen und lokalen Präsidentschaftskommissionen. Alle Präsidentschaftskommissionen arbeiten in Koordination mit der durch die Nationalversammlung ernannten Sonderkommission zur Evaluierung des Aufbaus und der Funktionsweise der CCs zusammen.

Die Promotorenkommission verbreitet unter den Mitgliedern der Community die Reichweite, den Sinn und die Ziele der CCs, arbeitet einen Plan der geographischen Einzugsgebietes der Community aus, sammelt Informationen über die Geschichte der Gemeinde, organisiert und koordiniert die Realisierung eines kommunitären demographischen und sozioökonomischen Zensus, und ruft innerhalb eines Zeitraums von nicht mehr als 90 Tagen nach ihrer Bildung zu einer »Konstituierenden Kommunitären Versammlung« (Asamblea Constituyente Comunitaria), den Wahlen zum CC, auf. Sobald der CC sich konstituiert, hört die Promotorenkommission auf zu existieren.

Die Wahlkommission organisiert und führt den Prozess der Wahl der Sprecher und Sprecherinnen und der weiteren Mitglieder der Organe des CC durch und besteht aus fünf Nachbarn der Community, die von dieser selbst in freien und geheimen Wahlen gewählt werden. Diese erstellt ein Wählerregister, verbreitet in der Community die Informationen zu den Wahlen, erarbeitet die Wahlunterlagen, zählt die Stimmen aus, proklamiert die Mitglieder des CC und beidietet sie und erstellt ein Protokoll über den Wahlprozess und die Ergebnisse. Die Mindestwahlbeteiligung muss 20 Prozent der Gemeindemitglieder über 15 Jahre betragen. Die Mitglieder der Wahlkommission können sich nicht für die Aufgaben des CC postulieren. Die indigenen Gemeinden wählen die CCs nach anderen Verfahrensweisen, die sich an von ihnen beanspruchten Sitten, Gebräuche und Traditionen orientieren.

Die CCs registrieren sich bei der Lokalen Präsidentschaftskommission für Volksmacht und übergeben dafür das Statut und die Gründungsurkunde, die von der Nachbarschaftsversammlung genehmigt wurden. Sobald der CC konstituiert wurde, löst sich die Wahlkommission auf und der CC beginnt mit einer sozio-ökonomischen Analyse des eigenen Territoriums, um die Prioritäten auszumachen und gemeinsam mit allen Komitees einen gemeinsamen Arbeitsplan zu definieren, der von der Versammlung genehmigt werden muss. In dem gemeinsamen Ar-

beitsplan werden kommunale Projekte definiert, für die der CC Finanzierungsbedarf anmeldet.

Gemäß Angaben des Ministeriums der Volksmacht für Partizipation und Sozialen Schutz (Minpades) bestanden im November 2007 33 549 CCs im Land.¹ Ursprünglich war bis Ende 2008 die Zahl von 100 000 CCs vorgesehen. Angesichts der Niederlage beim Referendum über die Verfassungsreform wurde jedoch in den meisten Institutionen, die CCs begleiten und unterstützen, beschlossen sich 2008 auf die Konsolidierung der bestehenden CCs zu konzentrieren.

Die CCs bekommen ihre Ressourcen auf direkte Weise von verschiedenen Institutionen: Ressourcen, die von der Republik, den Bundesstaaten und den Kommunen überwiesen werden; Ressourcen des Interregierungsfonds für Dezentralisierung (Fondo Intergubernamental para la Descentralización, FIDES) und in Folge des Gesetzes für ökonomische Sonderzuteilungen, aus den Minen und fossilen Brennstoffen (LAEE); Ressourcen aus der Verwaltung der Öffentlichen Dienste, die vom Staat übergeben werden; Ressourcen, die durch eigene Aktivitäten gesammelt werden, das Produkt der finanziellen Handhabe aller eigenen Ressourcen mit eingeschlossen; die Ressourcen aus Schenkungen, die sich im Einklang mit dem Gesetz befinden; jede andere Ressource, die aus finanziellen Aktivitäten stammt, die durch das Gesetz erlaubt sind. Alle Entscheidungen bezüglich des Umgangs mit den Finanzressourcen müssen von der Versammlung der Bürger und Bürgerinnen genehmigt werden und in einem Protokoll festgehalten werden, das mindestens von der einfachen Mehrheit der Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Versammlung unterschrieben sein muss. Die Kontrollkommission und die weiteren Mitglieder der Community müssen jederzeit die Möglichkeit des Zugangs zu allen Unterlagen über die Finanzvorgänge haben.

Zusätzlich sollen auch Funktionen und Dienstleistungen von der Ebene der Kommunen und Regionen, inklusive der notwendigen Finanzen, an die CCs übertragen werden, wenn diese in der Lage sind diese anzubieten und es so wollen. Dies betrifft z. B. das Programm des Aufbaus von sogenannten technologischen Plattformen in den Gemeinden durch die 2007 verstaatlichte Telefongesellschaft CANTV. Die technologischen Plattformen stellen Zentren dar, in denen verschiedenste Telekommunikationsdienstleistungen angeboten werden und von denen aus auch Leitungen für Internet, Festnetztelefon usw. gelegt werden. Sie werden in organisierten Gemeinden in Zusammenarbeit mit den CCs aufgebaut. Die CCs stellen das Personal bzw. werden für die Arbeitstätigkeiten ausgebildet, sie verwalten die technologischen Plattformen und zahlen dafür einen Festbeitrag an CANTV. Die restlichen Einnahmen kommen dem CC zu Gute. Ein ähnliches Programm besteht von Seiten PDVs, der staatlichen Tankstellenkette, die ihre Tankstellen schrittweise den lokalen CCs übergibt. Und angesichts der großen Ineffizi-

1 Ministerio del Poder Popular para la Participación y Protección Social: 100 MIL CONSEJOS COMUNALES CONSTITUIDOS ES LA META PARA EL 2008, Internetversion: <http://www.consejoscomunales.gob.ve>, letzter Aufruf: 15.12.2008.

enz (vor allem durch Korruption) der staatlichen Lebensmittelkette Mercal im vergangenen Jahr, begann ab Anfang 2008 der Aufbau von sogenannten Mercalitos, die direkt in den Gemeinden sind und von den CCs verwaltet werden. Ähnlich auch die Funktionsweise der PDVALitos, von den CCs verwaltete lokale Ableger der an den staatlichen Erdölbetrieb PDVSA angegliederten und neu gegründeten Lebensmitteldistribution PDVAL.

Um die finanzielle Unabhängigkeit der CCs weiter zu stärken ist 2007 auch das neue Modell der Kommunalen Kooperativen eingeführt worden. Diese werden von den organisierten Gemeinden gegründet und sind »direktes soziales Eigentum«, d. h. von den Gemeinden und Beschäftigten direkt verwaltetes Gemeinschaftseigentum. Die dort beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter kommen aus den Gemeinden, sind aber weder individuell noch kollektiv Eigentümer der Kooperativen, sondern nur als Miteigentümer des sozialen Eigentums als Mitglieder der Gemeinde.

2006 wurden etwa 16 000 von CCs vorgelegte Projekte genehmigt, darunter befanden sich 2 800 Wohnungsbauvorhaben. Im Februar 2007 wurden weitere 2 100 Projekte genehmigt, die in den nächsten Monaten starten sollten. Gemäß einer Untersuchung des Minpades von Anfang 2007 wiesen nur etwa 10 Prozent der Projekte Fehler auf. Bis November 2007 hatten die CCs umgerechnet 1,666 Milliarden Euro erhalten und sollten bis Ende des Jahres weitere 440 Mio. für Projekte bekommen. Darunter waren auch Großprojekte wie z. B. der von einem Zusammenschluss von 23 CCs im Bundesstaat Miranda vorgeschlagene Bau eines Elektrizitätswerkes, wofür eine Finanzierung von umgerechnet etwa 700 000 Euro bereitgestellt wurde und das sich bereits im Bau befindet.

Angesichts der unterschiedlichen historischen Organisationserfahrungen an verschiedenen Orten, dem unterschiedlichen Grad an Aktivismus und Bildung, dem Zugang zu Informationen sowie auch an politischer Ausrichtung, unterscheiden sich die CCs stark untereinander. Vor allem in einer ersten Phase bildeten sich zahlreiche CCs ohne eine breite Beteiligung der Community. In anderen Fällen zeigte die Bevölkerung schlicht wenig Interesse zu partizipieren und der CC stellt eine aktive kommunitäre Kerngruppe dar. In einem Fall, den ich selbst in einem sehr marginalen Stadtteil in den Bergen von Caracas erlebt habe – und es wird sicher nicht der einzige sein – nahm das ehemalige Nachbarschaftskomitee der Ex-Regierungspartei Acción Democrática schlichtweg die Form eines CCs an. In anderen Fällen, mit einer Bevölkerung mit wenig organisatorischer Erfahrung, bildeten sich einige CCs schlichtweg weil der Vorschlag von Chávez kam und damit in der Bevölkerung Vertrauen genoss, obwohl sie nicht richtig weiß, über welche Funktionen sie verfügen und wie ihre Arbeitsweise ist.

Trotz alledem scheint der immense Großteil der Erfahrungen positiv zu sein. Nach Angaben der CCs, die ich interviewen konnte (die Mehrheit in Caracas, einige auch aus anderen Teilen des Landes) sind vor allem zwei Punkte hervorzuheben:

1) Speziell in den am meisten marginalisierten und ärmsten Gegenden besteht die Mehrheit der Aktivisten und Aktivistinnen aus Frauen und nahezu alle verfügen über keinerlei soziale oder politische Organisierungserfahrung vor der ersten Wahl Chávez' zum Präsidenten Ende 1998 (in den meisten Fällen sogar vor dem Putsch von 2002) und hatten vor den Wahlen 1998 nie an Wahlen teilgenommen.

2) In den CCs ist eine Partizipation der sogenannten NiNi's (so werden jene genannt, die sich weder – ni – mit Chávez noch – ni – mit der Opposition verorten), die aus offensichtlichen Gründen nicht an den vorangehenden Versuchen teilnahmen, eine massive Selbstorganisation der Bevölkerung voranzubringen, wie etwa die Bolivarianischen Zirkel, die Wahlkampfseinheiten (Unidades de Batalla Electoral, UBEs), die Wahlsiegereinheiten (Unidades de Venecedores Electorales, UVEs) und andere, deren Orientierung klar die der Unterstützung des bolivarianischen Prozesses war. In einigen CCs konnte ich nicht nur eine Beteiligung der NiNi's beobachten, sondern sie wurden auch von der Community als Sprecher gewählt (selbst in Gegenden in denen Chávez zwischen 55 und 70 Prozent der Stimmen erhielt). Ihre aktive Partizipation in Gemeindeangelegenheit wog schwerer als ihre parteipolitische Präferenz. Auch in Mittelschichtgebieten werden CCs konstituiert. Die Beteiligung von eisernen Oppositionellen ist jedoch fast inexistent, was allerdings nicht überrascht, da sie ja gegen Volksmacht sind, ist es nur logisch, dass sie sich nicht an ihrem Aufbau beteiligen.

Einige Zweifel und Widersprüche bestehen auch bezüglich der Präsidentschaftskommission. Wenn die Kommission, wie es der Name schon sagt, durch den Präsidenten ernannt wird, ist dies vom methodologischen Standpunkt aus weder demokratisch noch von der Basis ausgehend. Dennoch hat sie fraglos Räume für die Basis geöffnet und möglich gemacht, was mit den CLPPs nicht geschafft wurde und was auf anderem Wege wahrscheinlich in den bürokratischen Netzen der bolivarianischen Parteien und den Fraktionsinteressen innerhalb der selben Institutionen verfangen geblieben wäre.² Die Zusammensetzung der Nationalen Präsidentschaftskommission erscheint problematisch, bisher stammt nur ein Mitglied aus den CCs während die anderen (insgesamt etwa zehn) Intellektuelle, Sozialforscher oder politische Aktivisten mit langjähriger Erfahrung sind. Auf einem landesweiten Treffen von Sprecherinnen und Sprechern von etwa 500 CCs in Caracas im März 2007 wurde der Vorschlag der von der Bauernorganisation FNCEZ (Frente Nacional Campesino Ezequiel Zamora) organisierten ländlichen CCs diskutiert, die Kommission möge aus höchstens drei Staatsvertretern (bzw. durch die Regierung oder Präsidenten ernannte Mitglieder, von denen viele ja keine Staats-

2 So kreuzen sich auf dem Territorium von Caracas beispielsweise verschiedene Institutionen (Stadtverwaltung von Caracas, Verwaltung des Bezirks Libertador – der größte Bezirk, in dem etwa 30 Prozent der Bevölkerung des Stadtgebietes wohnt – und die Finanzinstitution Fondemi, die die Gelder für die kommunalen Banken bereit stellt), die eine Beratung und Begleitung der CCs organisieren. Sie legen ihr Schwergewicht jeweils auf unterschiedliche Elemente der Räte und einige der Promotoren zielen mit ihrer Arbeit darauf CCs zu schaffen, die ihrer Institution näher stehen.

repräsentanten sind) bestehen, während der Großteil aus den CCs selbst kommen soll. Der Vorschlag wurde auf der Versammlung debattiert und es wurde beschlossen ihn landesweit in allen CCs zu diskutieren, um den Vorschlag dann der Exekutive vorzulegen. Das ist bis Anfang 2008 noch nicht geschehen, andererseits aber ist auch die Präsidentschaftskommission im Laufe des Jahres 2007 in den Hintergrund gerückt.

Es scheint auch wenig klar zu sein, wer Projekte der CCs ablehnen kann. Das Statut der Präsidentschaftskommission erteilt der Kommission dieses Recht nicht und bisher war auch nicht von Ablehnungen zu erfahren. So dass also die von den Communities beschlossenen Projekte und Prioritäten ausgeführt werden. Dennoch müsste dieser Punkt klarer definiert werden, damit kein Raum für Zweifel bleibt. Denn es kann ja auch nicht davon ausgegangen werden, dass stets eine Interessensharmonie besteht, die dazu führt, dass keine Diskrepanz bezüglich der angelegten Kriterien herrscht.

Ebenfalls als problematisch kann erscheinen, dass die Mindestbeteiligung der Community auf nur 20 Prozent festgelegt wurde, doch aus Erfahrung ist bekannt wie begrenzt eine solche Basisbeteiligung in vielen Fällen ist, so dass 20 Prozent aktive Beteiligung durchaus als ein guter Anteil gelten können. Selbstverständlich ist eine höhere Partizipation wünschenswert und es gibt nichts, das sie verhindern würde. In den CCs, die ich in den Armenstadtteilen von Caracas interviewt habe, bewegte sich die Beteiligung um die 40 Prozent.

Die am 2. Dezember 2007 knapp abgelehnte Verfassungsreform sah die Möglichkeit vor, dass sich mehrere CCs zu einer »Comuna« (Kommune) zusammenschließen und sobald in einem Bezirk CC und Comunas entstanden sind und die kommunale Selbstverwaltung ausgeübt wird, erklärt der Präsident in Absprache mit dem Ministerrat diesen zur »kommunalen Stadt« (Asamblea Nacional 2007). Diese Zusammenschlüsse hätten eine gemeinsam von unten entschiedene und getragene Politik für größere Territorien gestalten können. Es ist nun vorgesehen dafür andere Mechanismen zu entwerfen. Die Möglichkeit Kommunen zu bilden soll in einem entsprechenden Gesetz verankert werden. Präsident Chávez schlug Anfang 2008 auch die Möglichkeit der Gründung von Föderationen von Consejos Comunales vor.

Darüber hinaus wird ebenfalls an einem neuen Gesetz für die CCs gearbeitet, um ihre Position zu stärken. Es bleibt abzuwarten inwieweit dabei einige der Probleme und Zweifel, die bisher offen bleiben, gelöst werden. Das wird nicht in unerheblichem Maße von der Beteiligung der CCs selbst an der Ausarbeitung des neuen Gesetzes abhängen.

Einige Schlüsse

Wie sich der Aufbau und das Funktionieren der CCs und der Arbeiterräte sowie weiteren Räte und die Kooperation zwischen ihnen entwickeln werden, kann nur die Zeit zeigen. Das ist selbstverständlich auch kein Prozess, der unter antiseptischen Laborbedingungen stattfindet. Da ist der ständige Druck und die Bedrohung von außen, um den Prozess der sozialen Transformation aufzuhalten und umzukehren, wofür die USA, Kolumbien, Teile der venezolanischen Opposition, transnationale Unternehmen und Teile der EU bereit sind, jedwedes Mittel einzusetzen, sei es militärisch, medial, ökonomisch, diplomatisch oder mittels Anschlag und Mord.

Andererseits sind da diverse interne Probleme. Angesichts der Breite der Kräfte, die Teil des bolivarianischen Prozesses sind, ist es logisch, dass auch die Ansichten darüber, wie weiter vorzugehen ist, stark variieren. Bürokraten und die staatszentristische Linke erschweren und behindern den Aufbauprozess der CCs und CTs. Auch arbeiten in vielen Institutionen immer noch Funktionäre, die mittels ihrer Kontakte während vorheriger Regierungen eingestellt wurden und weder die Fähigkeiten und noch viel weniger ein Interesse besitzen, die aktuellen Politiken zu unterstützen. Ohne zu vergessen, dass die existierenden Institutionen nicht geschaffen wurden, um die soziale Revolution zu vollziehen. Jenseits der Institutionen und politischer Orientierungen stellen Korruption, Ineffizienz, die Kultur des schnellen Geldes, die Erbschaft des Rentenmodells der Erdölexportökonomie ein zentrales Problem des Prozesses dar.

Nach der Ablehnung der Verfassungsreform kündigte die Regierung an, die entsprechenden Regelungen bezüglich der Räte per Gesetz einzuführen. Es bleibt abzuwarten, wie diese tatsächlich ausfallen und dann gesellschaftliche Realität werden wird.

Militante Untersuchung mit Aktivistinnen und Aktivisten aus den CCs

Ende 2007 habe ich im Rahmen des Teams für Schulung und Bildung der *Secretaría política de la alcaldía metropolitana de Caracas* (sozusagen das Sekretariat für politisch-organisatorische Arbeit des Oberbürgermeisteramtes von Caracas, verantwortlich für die Verbesserung der politischen Partizipation der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt) Schulungen mit einer dem Kontext angepassten Version des Ansatzes der *co-research* oder *conricerca* (Panzieri 1965), bzw. Mituntersuchung oder *Militanter Untersuchung* für CC-AktivistInnen organisiert. Die Arbeit des Teams besteht in der Unterstützung der Communities, lokale Projekte zu entwickeln und vorzuschlagen, die Gründung und Beratung von Kommunalen Räten zu unterstützen, in den Communities die Gründung von Kooperativen zu fördern und Finanzierung zu organisieren und auf flexible Art und Weise die

Organisierung der Communities zu unterstützen. Dafür arbeitet das Team für Schulung und Bildung mit einer Gruppe von 120 BasisaktivistInnen, die auch alle Mitglieder der CCs vor Ort sind.

Die Militante Untersuchung, mit der die Betroffenen selbst Abläufe, derer sie Teil sind, beschreiben und analysieren, ist ein vom italienischen Operaismus in den 60er Jahren im Rahmen des Aufbaus außergewerkschaftlicher Diskussions- und Kampfstrukturen in den Fabriken entwickelter Untersuchungsansatz. Zentral ist dabei die Feststellung, dass nicht der/die WissenschaftlerIn die Verhältnisse am besten kennt, sondern die interviewten Personen. Da allerdings der Kapitalismus Wissen fragmentiert, kennen die konkreten Akteure zwar die spezifische Situation am besten, sind jedoch häufig nicht in der Lage, ihr Wissen zu systematisieren und zu kontextualisieren. Das Interview (mit einer spezifischen Fragestellung und einer Länge von bis zu zwei Stunden) hat nicht nur die Aufgabe Informationen zu sammeln, sondern zugleich den Interviewten ein Gerüst, bzw. eine Hilfeleistung zu geben, um ihnen die Systematisierung und Kontextualisierung ihres Wissens zu ermöglichen und im besten Fall auch politisch-organisatorische und/oder Handlungskonsequenzen daraus zu ziehen. Die Interviews sind damit Evaluierung und Schulung (der Interviewten und Interviewer) zugleich. Zudem lässt sich feststellen, dass die Interviews auch die Debatten in der jeweiligen Gemeinde fördern. Da die Interviewsituation außergewöhnlich ist, werden die Interviewten im Anschluss von ihrem Umfeld nach dem Interviewverlauf gefragt und es entstehen Debatten über die Antworten. Der »Forscher« ist somit eher »Militanter« (im Sinne von Aktivist, die im Deutschen häufig vorgenommene Gleichstellung von Militanz mit Gewalt ist schlichtweg falsch) als Akademiker. Er leistet die Arbeit sozusagen als Intervention, als organischer Intellektueller (Gramsci), als Teil der Bewegungen und um diese voranzubringen.

Am Anfang des Projektes stand die Erkenntnis, dass es praktisch keine qualitative Evaluierung der Arbeit der CCs gibt und zudem weiter ein großes Defizit an politischer Schulung der BasisaktivistInnen vorhanden ist.

Insgesamt habe ich in drei Monaten mit einer Gruppe von 15 CC-AktivistInnen aus verschiedenen Stadtteilen Caracas' gearbeitet von denen acht die Schulungen bis zum Ende mitgemacht haben. Die Schulungen bestanden aus dem Erlernen des Interviewmechanismus, der Interviewführung und -auswertung sowie der Systematisierung der Ergebnisse. In einer Evaluierung der Schulung betonten die TeilnehmerInnen den großen persönlichen Nutzen, den sie daraus gezogen hätten. So lernten sie für sich selbst ihre Ideen zu systematisieren und zu kontextualisieren. Diejenigen, die die Schulung vollständig mitgemacht haben, übernahmen anschließend gleich weitere systematisierende Rollen bei Debatten, Schulungen und Evaluierungen im Kontext ihrer Aktivitäten.

Die Schulung stieß auf so viel Begeisterung, dass ich vom Team für Schulung und Bildung gebeten wurde für Anfang 2008 eine Schulung zur Evaluierung der produktiven Projekte der CCs zu entwerfen, die nach dem gleichen Prinzip funk-

tioniert. Für die weitere Begleitung des Projekts schule ich nun zwei venezolanische Sozialwissenschaftlerinnen. Die TeilnehmerInnen wurden in die neue Gruppe integriert, zusätzlich wurden weitere sechs AktivistInnen ausgewählt.

Zu einem anfangs angedachten selbstorganisiertem Netzwerk von Militanter Untersuchung kam es bisher noch nicht. Tatsächlich ist die Arbeit mit den AktivistInnen aus den CCs zwar sehr positiv und erfreulich, doch auch mühevoll. Aus Verhältnissen stammend, in denen ihr Alltag über Jahre hinweg kaum von festen Uhrzeiten geprägt war (der Großteil von ihnen ist informell oder nur gelegentlich arbeitend) und zudem auch die Konzentrationsfähigkeit von ihnen wieder angeeignet werden muss, gab es enorme Schwierigkeiten mit Pünktlichkeit, Aufmerksamkeit, Konzentration usw. Allerdings war auch feststellbar, wie die Schwierigkeiten im Laufe der Zeit abgenommen haben.

In der inhaltlichen Tätigkeit lag eine der Hauptschwierigkeiten darin, die AktivistInnen darin zu schulen, in Zusammenfassungen bzw. Analysen der Interviews tatsächlich das wiederzugeben, was die Interviewten gesagt hatten und nicht das was die InterviewerInnen zu den spezifischen Punkten zusätzlich hineininterpretieren oder erfinden, da sie vorgefertigten Diskursen oder vermeintlichen Erwartungshaltungen folgen. Allerdings war das auch ein Punkt, der in der Evaluierung der Schulungen von den TeilnehmerInnen als sehr positiver Lerneffekt betont wurde.

Literatur

- Asamblea Nacional (2007): Reforma de la Constitución de la República Bolivariana de Venezuela. Caracas.
- Azzellini, Dario; Ressler, Oliver (2004): Venezuela desde abajo. Film, 67 min.
- Azzellini, Dario; Ressler, Oliver (2006): 5 Fabriken – Arbeiterkontrolle in Venezuela. Film, 81 min.
- Azzellini, Dario (2007a): »Von den Mühen der Ebene: Solidarische Ökonomie, kollektive Eigentumsformen, Enteignungen und Arbeitermit- und -selbstverwaltung«. In: Holm, Andrej (Hrsg.) (2007): Revolution als Prozess: Selbstorganisation und Partizipation in Venezuela. Hamburg: VSA-Verlag, S. 38-57.
- Azzellini, Dario (2007b): Venezuela Bolivariana: Revolution des 21. Jahrhunderts? Köln: Neuer ISP Verlag.
- Bonilla-Molina, Luis; El Troudi, Haiman (2004): Historia de la Revolución Bolivariana. Caracas.
- Consejo Nacional Electoral (CNE) (2006): Elecciones Presidenciales: Cuadro Comparativo 1958-2000. <http://www.cne.gov.ve/estadisticas/e006.pdf>, letzter Aufruf: 30.11.2008.
- Ellner, Steve; Hellinger, Daniel (2003): La política venezolana en la época de Chávez: clases, polarización y conflicto. Caracas
- Panzieri, Raniero (1965): »Uso socialista dell'inchiesta operaia«. In: Panzieri, Raniero (1994): Spontaneità e organizzazione: Gli anni dei »Quaderni rossi« 1959-1964. Pisa, S. 121-128.

Brücken bauen, voneinander lernen. Bildung und Gesundheit für alle!

Ein Solidaritätsprojekt im neuen Gesundheits- und Bildungssystem
Venezuelas

»Die gesellschaftlichen Veränderungen in unserem Land haben es ermöglicht, dass allen Menschen in Venezuela ein kostenloser Zugang zu Bildung und Gesundheit zur Verfügung steht. Die Defensores de la Salud (VerteidigerInnen der Gesundheit) tragen dabei eine wichtige Rolle und sind zu Stützen des gesellschaftlichen Transformationsprozesses, von denen die Menschen in Venezuela profitieren, geworden. Sie gehören mit zu denen, die heute die Weichen in unserem Land stellen.«

Mit diesen Worten charakterisierte Esly González, Direktorin der Personalabteilung von *Corposalud Mérida* (Regionalverwaltung des venezolanischen Gesundheitsministeriums), die Rolle der neuen GesundheitsarbeiterInnen Venezuelas auf der Abschlussveranstaltung des Solidaritätsprojektes »Brücken bauen, voneinander lernen!«.

Anfang des Jahres 2007 waren wir¹ erstmals nach Venezuela gefahren, um in Armenvierteln des Landes (*Barrios*) Einführungskurse in leicht erlernbaren Massage- und Akupressurtechniken zur Behandlung chronischer Krankheitsbilder wie Asthma, Rücken- und Kopfschmerzen zu geben. Zielgruppe der Kurse waren die sogenannten *Defensores de la Salud*, die mittlerweile integraler Bestandteil des neuen venezolanischen Gesundheitssystems sind. Es handelt sich um ehemals freiwillige Helfer in der medizinischen Versorgung von Stadtteilen und ländlichen Gemeinden, die im Rahmen eines staatlichen Ausbildungsprogrammes als bezahlte GesundheitsarbeiterInnen in das neue kostenfreie Gesundheitssystem (*Barrio Adentro*) integriert werden sollen. Veranstaltungsorte der als Pilotprojekt konzipierten Kurse waren der für seine Elendsviertel bekannte Stadtteil Petare im Ballungsgebiet von Caracas, der Andengebirgsort Mérida und Puerto Ayacucho, die Hauptstadt des südlichen Bundesstaates Amazonas.

Im ersten Abschnitt unseres Beitrages werden wir den gesellschaftlichen Kontext umreißen, der ein solches Projekt ermöglichte. Wie ist das neue Gesundheitssystem Venezuelas strukturiert und welche Veränderungen konnten dadurch auf nationaler Ebene erreicht werden? Darauf aufbauend werden wir im zweiten Teil

1 Zwei Heilpraktiker, ein Medizinpädagogikstudent und Krankenpfleger, ein Psychologiestudent, eine Physiotherapeutin und ein Mediziner. Während des Verfassens des Artikels fand das Projekt zum dritten Mal in Folge statt.

die Grundlagen progressiver lateinamerikanischer Bildungspraxis skizzieren, die einen maßgeblichen Einfluss auf die dortigen Bildungsprojekte ausübt und uns im Rahmen der Projektkonzeption inspiriert hat. Im dritten Teil berichten wir über Erfahrungen, die wir vor Ort gemacht haben. Im vierten und letzten Teil wollen wir uns mit den Perspektiven internationaler Solidaritätsarbeit auseinandersetzen. Durch die kritische Reflexion gängiger Entwicklungshilfetätigkeit sowie unseres eigenen Handelns möchten wir damit einen praxisorientierten Beitrag in diesem Sammelband leisten.

Primärversorgung, Hightech-Medizin und Alternativtherapie

Seinen Anfang nahm das neue Gesundheitssystem Venezuelas im Jahr 2003. Um die katastrophale Situation in den Elendsvierteln des Landes zu bekämpfen, wurde die venezolanische Ärzteschaft aufgefordert, eine medizinische Notversorgung in den Armenvierteln aufzubauen. Als diese ablehnte, wurde im Rahmen eines bilateralen Rahmenabkommens mit Kuba (»Öl für Ärzte«) die Medizinische Hilfsorganisation Kubas (*Misión Médica Cubana*) verpflichtet, Ärztinnen und Ärzte in die *Barrios* von Venezuela zu schicken.

Die ersten kubanischen ÄrztInnen, die in Caracas ankamen, berichteten: »Als wir in den *Barrios* ankamen, haben die Leute uns nicht geglaubt. Sie sagten, es hätte schon so viele Regierungen gegeben, die soviel versprochen hätten, die ganze Welt wäre schon gekommen und hätte ihnen etwas versprochen und es wäre nie etwas passiert, und als sie uns sahen, konnten sie nicht glauben, dass das wahr sei.«

Eine der Frauen, die eine kubanische Ärztin bei sich aufnahm, erzählte: »Sie kamen direkt vom Flughafen in unsere Häuser, wir hatten auf sie gewartet, wir hatten schon alles fertig, es war für uns zwar peinlich, ja wir schämten uns richtig, aber wir hatten viel Liebe, und sie haben sich an unsere Situation gewöhnt.«

Ein anderer kubanischer Arzt schilderte: »Ich erinnere mich, als ich in dem *Barrio* ankam, dem ich zugeordnet war, das Viertel ›El Recreo‹ im Zentrum von Caracas, als wir dort ankamen, es war Nacht, war sogar noch eine Versammlung, sie hatten eine Volksversammlung in diesem Moment, und als die Leute uns sahen, dass wir, die Ärzte, wirklich ausstiegen, mit unserem ganzen Gepäck, konnten sie es nicht glauben. Es war etwa um 9 Uhr in der Nacht und sie wollten uns noch das ganze Viertel zeigen, dass alle uns kennenlernen sollten so spät in der Nacht.«

Eine Hilfskrankenschwester aus Catia erklärte einer Interviewerin: »Wie die Dinge sich verändern in diesem Land. Vorher waren die, die einen Hausarzt hatten, die Reichen! Die Reichen, Frau Doktor! Und jetzt haben wir eigene Hausärzte, und gute Hausärzte, die das nicht nur für Geld machen. Wir haben jetzt Hausärzte hier, die das aus Berufung machen, die jeden Tag mit uns sind, die mit

uns fühlen und leben, in der Armut, mit uns. Das ist für uns das Wertvollste« (PAHO, WHO 2006).²

Da noch keine Behandlungsräume existierten, wurden Ärztinnen und Ärzte zunächst in Familien untergebracht. Dort lebten sie und richteten die ersten *Puntos de Consulta* (Gesundheitsposten) ein. Gleichzeitig wurden kleine zweistöckige Hausarztpraxen (*Consultorios Populares*) gebaut, in die sie nach und nach umziehen konnten. Im Erdgeschoss dieser im Steckkastenprinzip konzipierten, achteckigen Module befindet sich die Arzt-Praxis mit Behandlungs- und Warte-raum. Im oberen Stockwerk teilen sich maximal zwei Ärzte oder Ärztinnen eine spartanisch eingerichtete Kleinstwohnung. Prinzipiell sollen sie 24 Stunden ansprechbar sein, wobei der Arbeitstag in eine morgendliche Sprechstunde im *Consultorio Popular* und eine Hausbesuchsrunde am Nachmittag unterteilt ist. Etwa 6 000 *Consultorios Populares* verteilen sich im ganzen Land, in denen etwa 13 000 kubanische Ärzte und Ärztinnen leben und arbeiten. Jeder von ihnen betreut durchschnittlich 250 Familien. Legt man eine venezolanische Durchschnittsfamilie mit fünf Mitgliedern zugrunde, so sind damit etwa 66 Prozent (ca. 16 Millionen) der Bevölkerung abgedeckt, was dem vorher von der Gesundheitsversorgung ausgeschlossenen Teil der Bevölkerung Venezuelas entspricht. Mit dieser beachtlichen Anstrengung wurde die neue Verfassung Venezuelas von 1999, die jedem das Recht auf eine kostenfreie medizinische Versorgung zuspricht und die Privatisierung des staatlichen Gesundheitssystems verbietet (Art. 84 und 85), in ersten Schritten in die Praxis umgesetzt.

Sehr schnell wurde die Primärversorgung, *Barrio Adentro 1*, durch eine zweite Ebene von Polikliniken, Rehabilitationszentren, Diagnoselabors und Volkskliniken ergänzt, die den Zugang zu Laboruntersuchungen, Rehabilitation, stationärer und intensiv-medizinischer Betreuung gewährleisten sollte (*Barrio Adentro 2*). In Gebieten mit indigener Bevölkerung, wie zum Beispiel dem Staat Amazonas, haben traditionelle Heiler, *Chamanen*, neben SchulmedizinerInnen wie GynäkologInnen und InternistInnen die Möglichkeit Sprechstunden abzuhalten und PatientInnen zu behandeln. Die schwierige Neugestaltung der Krankenhäuser wurde im August 2005 in Angriff genommen (*Barrio Adentro 3*). Ein Jahr später wurde der Plan zum Neubau hochtechnisierter Spezialkliniken mit der Eröffnung eines Hospitals für Kinderkardiologie ins Leben gerufen (*Barrio Adentro 4*). Anders als im klassischen hospitalzentrierten Gesundheitssystem wird Wert darauf gelegt, dass die vier Ebenen des neuen Gesundheitssystems nicht als Hierarchie mit dem Krankenhaus an der Spitze, sondern als Netzwerk mit der Primärversorgung als Fundament verstanden werden (Alvarado u. a. 2008).

2 Zahlen und Zitate, die sich auf das neue venezolanische Gesundheitssystem beziehen, sind, falls nicht anders gekennzeichnet, aus dem Bericht der Panamerikanischen Gesundheitsorganisation (PAHO & WHO 2006). Dieser Bericht ist als PDF-Dokument im Internet in drei Sprachen abrufbar (http://www.ops-oms.org/English/DD/PUB/BA_ENG_TRANS.pdf).

Traditionelle Behandlungsmethoden werden vom Gesundheitsministerium in die allgemeine Gesundheitsversorgung integriert. Dadurch wird dem in anderen Ländern wohlbekannten und kontraproduktiven Konkurrenzkampf zwischen ärztlichem Personal und nicht-ärztlichen HeilerInnen weitgehend der Boden entzogen. So wurde im venezolanischen Gesundheitsministerium eine Kommission zur Etablierung alternativer und komplementärer Heilmethoden gegründet (CONATEC, *Comisión Nacional de Terapias Complementarias*), deren Ziel es ist, traditionellen und alternativen Heilmethoden ein rechtliches Fundament zu geben und sie in die neue Gesundheitsgesetzgebung aufzunehmen. Juristischer Hintergrund ist die Gesetzgebung für die indigenen Minderheiten Venezuelas (*Ley Orgánica de Pueblos y Comunidades Indígenas*) sowie die neue Verfassung von 1999. Zur Zeit unseres Aufenthaltes (Februar, März 2007) wurde damit begonnen, komplementäre Heilmethoden wie zum Beispiel Akupunkturbehandlungen in den *Barrio Adentro*-Einrichtungen der Armenviertel in Caracas einzuführen.

Gesundheitsbewegung und Selbstorganisation

Die Bedingung für den Einzug der kubanischen Ärzte und Ärztinnen war die Selbstorganisation der Stadtviertel und die Einrichtung von Gesundheitskomitees. Im Rahmen dieses Prozesses wurden Personen ausgewählt, die den kubanischen MedizinerInnen zur Hand gehen sollten und sie als Bindeglied zur Bevölkerung unterstützen sollten. Seit 2003 arbeiteten diese freiwilligen HelferInnen in den *Puntos de Consulta* an der Seite der kubanischen Ärztinnen und Ärzte. Zu ihren Aufgaben gehörten einfache medizinische und pflegerische Tätigkeiten, das Management des Gesundheitspostens und die Erfassung der Gesundheitsprobleme des Viertels. Ende des Jahres 2006 wurden diese ehrenamtlichen Gemeindeaktivisten amtlich registriert, um berufsbegleitend zum sogenannten *Defensor de la Salud* (Verteidiger der Gesundheit) ausgebildet zu werden. Der Ausbildungsgang erstreckt sich über drei Jahre. Sowohl Ausbildung wie auch die spätere Arbeit wird mit venezolanischem Mindestlohn vergütet.³ Auf diese Weise entstanden rund 7 000 neue Arbeitsplätze im Gesundheitswesen.

Nicht unerwartet verlief der Prozess der Selbstorganisation der Bevölkerung in den Armenvierteln nicht ohne Widersprüche und Spannungen. Er führte jedoch dazu, dass viele ihre Anliegen selbst in die Hand zu nehmen lernten. Eine der ersten Koordinatorinnen eines Gesundheitskomitees berichtet: »Hier wurde die ganze Zeit für uns entschieden, wir waren wie Marionetten, jetzt nicht mehr, jetzt haben wir uns als Gesundheitskomitee organisiert, das der Pionier für alles war. Von hier haben sich die OCV, das sind die Organisationen für den Wohnungsbau,

3 Der venezolanische Mindestlohn betrug im Jahr 2007 etwas mehr als 600 000 Bolívares. Dazu kommen Nahrungsmittelgutscheine (Cestatickets) im Wert von ca. 450 000 Bolívares. Zusammen sind das ca. 320 Euro zum offiziellen Wechselkurs. Im Jahr 2008 wurde der Mindestlohn noch einmal erhöht (knapp 800 Bolívares Fuertes). Der venezolanische Mindestlohn ist, gemessen an der Kaufkraft, der höchste in Lateinamerika.

und die Landkomitees gegründet. Über die Landkomitees kam es zu Gemeindeversammlungen. Niemand von der Regierung kommt und sagt uns, was wir zu tun hätten, wir halten Versammlungen in jenen Gesundheitskomitees ab, die eine sehr wichtige Rolle hier im Stadtteil spielen. Durch die Gesundheitskomitees haben wir uns vereint, so wie wir es jetzt sind, zu 99 Prozent. Das war eine sehr gute Sache.«

Eine freiwillige Helferin aus dem Stadtteil Catia in Caracas erzählt: »Meine Rolle veränderte sich seit der Ankunft der kubanischen Ärzte, da ich gelernt habe, mich besser auszudrücken. Ich war zu schüchtern. In der Gemeinschaft haben wir uns nicht getraut, und wir wussten auch gar nicht, wie man in der Öffentlichkeit spricht. Nach all den vielen Versammlungen für *Barrio Adentro*, an denen wir teilgenommen haben, und durch die *workshops* habe ich gelernt, die Furcht zu überwinden.«

Die Frage, ob GesundheitsarbeiterInnen, die an der Schnittstelle zwischen Bevölkerung und Gesundheitssystem arbeiten, für externe Interessen von Politik und Pharmaindustrie fungieren oder als »Befreier« ihrer Stadtviertel von Bevormundung und Herrschaft agieren können, ist ein lange und kontrovers diskutiertes Thema (Bender u. a. 1987: 515 528). Die Figur des klassischen Gesundheitsarbeiters, oder *Village Health Worker* (VHW) bzw. *Community Health Worker* (CHW), der selbst aus dem Viertel kommt und dort wohnt, hat weltweit, und besonders in Lateinamerika, eine lange Tradition in der medizinischen Basisversorgung *Primary Health Care* (PHC), *Atención Primaria de Salud* (APS). So wurde in Venezuela bereits Anfang der sechziger Jahre mit der *Medicina Simplificada* (Vereinfachte Medizin) ein Programm der Basisgesundheitsversorgung installiert (Yates 1975). Schon damals gehörten Ärzte und Ärztinnen – aus leicht verständlichen allerdings wenig ärztlichen Motiven – zu den entschiedenen GegnerInnen dieses Modells, da sie sich um die Kontrolle der PatientInnen und um ihre Pfründe sorgten. Meist wird das Argument gegen eine selbstbestimmte Basisgesundheitsversorgung als Kritik an mangelhafter, weil nicht-ärztlicher Qualität vorgetragen. Dies widerspricht jedoch der Kenntnis, dass eine Primärversorgung mit Schwerpunkt auf Vorbeugung und Gesundheitsbildung die Gesundheit der Bevölkerung auf lange Sicht weitaus positiver beeinflussen kann als limitierte medizinische Interventionen (Lawn u. a. 2008).

Doch nicht nur manche Ärzte stehen einer selbstbestimmten Basisgesundheitsversorgung und einem integrativen Ansatz von Gesundheitsbildung, Prävention, Kurativmedizin und Rehabilitation ablehnend gegenüber. Als 1978 die »umfassende« Basisgesundheitsversorgung als Schlüsselkonzept der Erklärung von Alma Ata (Alma Ata 1978) von fast allen Staaten unterschrieben worden war, wurde sie kaum in die Praxis umgesetzt, sondern, im Gegenteil, in Windeseile wieder demontiert und in die so genannte »selektive« Basisgesundheitsversorgung umgeschrieben. Die im ursprünglichen Konzept vorgesehene aktive Partizipation der Bevölkerung war sowohl PolitikerInnen als auch Entwicklungshilfeex-

pertInnen ein Dorn im Auge gewesen. Wäre ihnen doch das Heft aus der Hand genommen, wenn BewohnerInnen von Stadtvierteln und ländlichen Gemeinden die Planung und Implementierung ihrer Gesundheitsdienste selbst hätten durchführen können. Im »selektiven« Modell hingegen wurde der zentrale Bestandteil der Basisgesundheitsversorgung, die Entscheidungsmacht, den Stadt- und Landgemeinden wieder entzogen, indem vertikale Kampagnen wie Still- oder Immunisierungskampagnen bzw. die selektive Bekämpfung von Tbc, AIDS/HIV oder Malaria propagiert und implementiert wurden. Diese wiederum waren vom *Know-how* ausländischer Berater und technischer Experten abhängig. Diese Spezialisten und Spezialistinnen waren allerdings nicht mehr den Gemeinden, sondern ihren Geldgebern verpflichtet.

Räsoniert wird von den Gegnern der umfassenden Basisgesundheitsversorgung stets, dass diese »zu idealistisch« bzw. »nicht machbar« sei. In der Tat spiegelt die Basisgesundheitsversorgung die Ökonomie bzw. die Besitz- und Gewaltverhältnisse innerhalb eines Staates wider (Sidel, Sidel 1977). So hängt die Frage, wie weit BasisaktivistInnen in der Gesundheitsversorgung ihrer Wohnviertel arbeiten können, meistens von Faktoren ab, die mit Medizin nichts zu tun haben. Ohne den Sturz lokaler, nationaler und internationaler GeschäftemacherInnen, d. h. ohne eine fundamentale Umverteilung von Macht und Reichtum, werden progressive Bemühungen meist von Kosten-Nutzen-Rechnungen erstickt bzw. in diese integriert und dann auf das Kostenverträgliche zusammengeschrumpft. Die Geschichte Venezuelas zeigt, dass der Kampf um »Gesundheit für alle« nur dann Erfolge hat, wenn der Neoliberalismus überwunden wird (Metzger 2007). In diesem Sinne begrüßte die Direktorin der Panamerikanischen Gesundheitsorganisation das neue kostenfreie Gesundheitsprogramm in Venezuela und verknüpfte es unmittelbar mit einem klaren antineoliberalen Standpunkt: Über *Barrio Adentro* gäbe es »viel Unwissen und viele verschiedene Darstellungen«. Dabei setze das Programm, auch wenn es ein »historisches Produkt Venezuelas« sei, die lateinamerikanischen und weltweiten Erfahrungen aus 25 Jahren um, die Gesundheitssysteme zugunsten einer gesundheitlichen Grundversorgung zu verändern. Sie bezog sich hierbei direkt auf die Erklärung von Alma Ata, die »Gesundheit für alle« zum Ziel hatte. Venezuela befinde sich, laut der PAHO-Direktorin, auf dem Weg zu diesem Ziel, »weil es Alternativen zu den konventionellen Strömungen schafft und sich dem Fundamentalismus des Marktes explizit entgegenstellt«.

Gesundheit und Bildung für alle

Schon vor mehr als 150 Jahren erkannte der Sozialmediziner Rudolph Virchow in seinem Bericht über die »Not im Spessart« die schlechte Wohn- und Ernährungssituation als die eigentliche Ursache der epidemischen Ausbreitung des Typhus. Er erklärte, dass »Bildung, Wohlstand und Freiheit die einzigen Garanten für die

dauerhafte Gesundheit eines Volkes seien.« In Venezuela sind, im Gegensatz zu den meisten so genannten Entwicklungsländern, medizinische Projekte eng mit anderen Sozialprogrammen verwoben. Tausende Menschen reisten bislang dorthin, um sich im Zuge einer neu sich formierenden Solidaritätsbewegung über die Veränderungen im Land zu informieren.

In den sechziger Jahren richtete sich der Blick schon einmal auf Lateinamerika. In Genossenschaften und Bibelrunden, in Gewerkschaften und Alphabetisierungsgruppen organisierten sich dort Menschen, um über ihre Lebenssituation nachzudenken und nach Wegen der Veränderung zu suchen. Sie waren Teil einer größeren sozialen und politischen Bewegung, die die bestehende Gesellschaftsordnung mitunter einer radikalen Kritik unterzog. Hunger und Elend wurden nicht mehr als Schicksal, sondern als Folge von vielfältigen Formen der Unterdrückung erkannt: Durch GroßgrundbesitzerInnen, ChefInnen, BürgermeisterInnen oder seine/ihre BeamtInnen. Als Reaktion darauf wurde nach Wegen und Strategien zur Befreiung von Herrschaft gesucht. In diesen Volksbewegungen engagierten sich Millionen Menschen. Es war eine mächtige »Lernbewegung«, die Begeisterung hervorrief und Träume von einem solidarischen Zusammenleben wach werden ließ.

Während kritisch-pädagogische Ansätze, solange sie keine gesellschaftliche Reibung erzeugten oder praktische Konsequenzen nach sich zogen, in bürgerlich-neoliberalen Gesellschaften zum Zweck der Effizienzsteigerung ins Lernprogramm des produktiven Nachwuchses integriert wurden, endeten Befreiungsversuche in Lateinamerika, die über das Schulheft hinausgingen, meist in einem Berg von Leichen (z. B. Guatemala 1954, Chile 1973, Grenada 1983). Bereits die Aufstellung von fortschrittlichen PräsidentschaftskandidatInnen konnte ausreichen, diese umzubringen (z. B. Kolumbien 1948). Selbst die öffentliche Ermordung von progressiven Priestern stand auf dem Programm der vom amerikanischen Norden beeinflussten Konterstrategien (z. B. Oskar Romero in El Salvador). Inzwischen hat sich das Kräfteverhältnis verändert. Venezuela, Ecuador, Bolivien, Chile, Argentinien, Nicaragua und Paraguay wählten linke bzw. linksliberale PräsidentInnen, ohne dass ausländische Truppen landen konnten oder ein Bürgerkrieg ausbrach.

Die Frage, ob emanzipatorische Prozesse durch pädagogische Interventionen hervorgerufen werden, oder, andersherum, der Wille zur revolutionären Veränderung einer besseren Pädagogik auf die Sprünge hilft, beziehungsweise wie diese Faktoren in einem dialektischen Verhältnis zueinander stehen, kann in diesem Artikel nicht hinreichend diskutiert werden. Sicher ist, dass die Bildungsbewegung im heutigen Venezuela eine Renaissance erlebt (Abu Chouka, Große 2007: 61). Ziel der bolivarianischen Bildungsreform ist es, die traditionellen, exklusiven Bildungseinrichtungen durch eine »Bildung für alle« zu ersetzen. »Die einzige Form, mit der Armut Schluss zu machen, ist den Armen Macht zu geben. Bewusstsein und Wissen sind Macht«, sagte Hugo Chávez bei seiner Amtseinführung 1999. Mittlerweile haben sich durch die *Misión Robinson* etwa 1,5 Mio. das Lesen und Schreiben angeeignet und Venezuela wurde »analphabetenfrei« erklärt

(UNESCO, nach Azzellini 2006: 139). Schon vor 188 Jahren sagte Simon Bolivar in blumiger Sprache, dass »Moral und Licht« das Volk durch Bildung aus dem Dunkel der Unwissenheit herausführen würden. Im heutigen Venezuela wird der dritte von insgesamt »fünf Motoren« im politischen Programm des Bolivarianismus »Moral und Licht« genannt. Laut Chávez soll Venezuela mit diesen Motoren und in »Höchstgeschwindigkeit und voller Kraft« auf den Sozialismus des 21. Jahrhunderts zusteuern.

»Educación Popular« als Konzept solidarischen Handelns?

Der gesellschaftliche Kontext, den wir in Venezuela erlebten, motivierte uns zur Auseinandersetzung mit der »psychosozialen Methode« Paulo Freires (Dabisch 2002: 5). Seit vielen Jahren sind seine *Befreiungspädagogik* und die daraus entstandenen Konzepte der *Educación Popular* integraler Bestandteil in vielen Bereichen progressiver lateinamerikanischer Bildungspraxis (Abu Chouka, Große 2007: 59). Den emanzipatorischen Ansätzen der *Educación Popular* liegt kein starres bildungstheoretisches Konzept bzw. Methode zu Grunde, sondern verortet sich im Rahmen eines lernenden Konzeptes im konkreten gesellschaftlichen Kontext. *Educación Popular* impliziert einen »dialektischen, pluralistischen und prozessualen Zugang [...], um sie in ihrer befreiungspädagogischen Perspektive und ihrer Dynamik als Projekt permanenter Transformation bzw. Konstruktion zu rezipieren« (Hanemann 2001: 106 107).

Paulo Freire trug Anfang der 1960er Jahre maßgeblich dazu bei, dass innerhalb kürzester Zeit Millionen Menschen des Lesens und Schreibens mächtig wurden. AnalphabetInnen waren in Brasilien zu diesem Zeitpunkt nicht wahlberechtigt, so dass die Alphabetisierungskampagnen zu einem Faktor mit hoher politischer Relevanz wurden und einen wesentlichen Beitrag zur Demokratisierung des Landes leisteten (Mayo 2006: 30). Hier wird deutlich, dass die Bildungskampagnen und die Alphabetisierung, auf die sich Freires Ansatz bezog, nicht losgelöst von politischen Fragestellungen betrachtet werden können. Sie waren ein wichtiger Faktor, die Verfügungsmöglichkeiten der Unterdrückten über die gesellschaftlichen Verhältnisse zu erhöhen und erste Schritte der Partizipation zu ermöglichen.

Freire, der sich selber in Abgrenzung zu »mechanischen Marxisten« als »dialektischer Marxist« (Freire, zit. n. Zielke 1994: 73) verstand, beschrieb den Herrschaftscharakter gängiger Verschulung. Verschultes Lehren und Lernen begriff er als ein hierarchisches Verhältnis, in dem die Lehrenden über das zur Disposition stehende formale Wissen verfügen. Es bestätigt sie in ihrer Rolle, welche Prestige und Macht garantiert, Herrschaft manifestiert und bestehende Verhältnisse reproduziert. Lösungswege und Ergebnisse sind bekannt und vorgegeben. Die Lernenden haben lediglich Bestehendes zu bestätigen.

Freire verweist auf den »Anhäufungscharakter« verschulter Bildung, indem er, in Analogie zur Kontoführung, den Begriff der »Bankiersmethode« verwendet

(Freire 1973a: 57 ff.). Wissen wird ähnlich wie Zinsen abwerfendes Geld auf Konten in Form von Abschlüssen gehortet. Die Lernenden werden als »leere Hüllen« betrachtet, die es mit Wissen zu füllen gilt. Sie werden zu Objekten pädagogischer Bemühungen degradiert. Dabei wird von der Ausschließlichkeit des Lernens innerhalb eines pädagogischen Gefälles ausgegangen: hier der Lehrer, der Wissen weiter gibt, dort der Lernende, der Wissen aufnimmt (Overwien 2003: 2).

Eine emanzipatorische Alternative sieht Freire im direkten praxisrelevanten Dialog zwischen Lehrenden und Lernenden. Der Dialog soll maßgeblich dazu beitragen, dass die hierarchische Trennung zwischen Lehrer und Schüler aufgehoben wird. Freire ließ sich dabei von Marx inspirieren: »Die [...] Lehre von der Veränderung der Umstände und der Erziehung vergisst, dass die Umstände von den Menschen verändert und der Erzieher selbst erzogen werden muss« (Engels, Marx 1953: 594).

Für Freire muss der Lehr- und Lernprozess über konkrete Schlüsselprobleme vermittelt werden, sei es über den wetterfesten Hausbau, über die sich anhäufenden Müllberge – oder über Gesundheitsprobleme. Diese Vermittlungsebenen sind nach Freire die Voraussetzung für kritisches Lernen im Dialog. Aus seiner Kritik an der »Bankiersmethode« entwickelte Freire die »lebensweltorientierte Methode«, die, in Bezug zu seinen Alphabetisierungsprogrammen, auch als »Silbenmethode« bezeichnet wird. Im brasilianischen Kontext ist beispielsweise das Wort Favela (Slum) ein maßgeblicher Gegenstand problemorientierten Lernens der Favela-BewohnerInnen. Der Begriff Favela wird nicht mechanisch auswendig gelernt, um das Wort lediglich schreiben zu können, sondern auch reflektiert. Aus der Zerlegung der Silben werden neue Wörter gebildet. Dabei entstanden stets neue Diskussionen um die Bedeutung der Wörter (Freire 1977: 86). Diese Methodik setzte bei der Aneignung der Schriftsprache vorher nie erreichte Geschwindigkeiten frei. Die Betroffenen erkannten, dass Alphabetisierung konkret nützlich Wissen mehrt und Solidarität stiften kann. Die Aneignung der Schriftsprache verliert den Schein einer unüberwindbaren Hürde. Sie geschah fast beiläufig und spielerisch.

»Die Frage ist, wie Arbeiten und Lernen so gekoppelt sein können, dass wir weder arbeiten, um zu lernen, noch lernen um zu arbeiten, sondern, dass wir lernen, indem wir arbeiten. [...] Menschen haben im Akt des Verwandels der objektiven Realität denken gelernt« (Freire 1973b: 216).

Der Bruch mit der »Kultur des Schweigens«, wie Freire das Ergebnis der Bewusstwerdung (*Conscientização*) im Zuge progressiver Bildungsprozesse bezeichnet, ist die Grundlage für einen qualitativen Sprung der zu Objekten degradierten Ausgebeuteten hin zu Subjekten, die ihre Umwelt erklären, entmystifizieren und diese als veränderbar wahrnehmen (Freire 1973a: 10). Als wir Venezuela einige Zeit vor der Projektdurchführung besuchten, konnten wir ganz ähnliche Bewusstwerdungsprozesse wahrnehmen, die uns tief beeindruckten. Menschen organisierten sich in Kommunalräten (siehe Azzellini in diesem Band), Gesundheits- und

Basiskomitees und bildeten sich massenhaft im Rahmen staatlicher Bildungsprojekte (Azzellini 2006: 137) weiter. Daher erschien es uns umso abwegiger, unsere KursteilnehmerInnen nach verschulden Bildungsvorstellungen im Sinne der von Freire beschriebenen »Bankiersmethode« zu *belehren*. Wir wollten ein Projekt entwickeln, das der Lebenswelt unserer TeilnehmerInnen entspricht und die kollektive Emanzipation im Rahmen unserer Möglichkeiten solidarisch unterstützt und fördert.

Kritische Reflexion der eigenen Tätigkeit: Probleme und Fragen an eine emanzipatorische Bildungspraxis

Im Vorfeld zeigte sich, dass unser Verständnis und unsere Haltung gegenüber emanzipatorischen Bildungsprozessen sehr vielfältig waren. Einen Konsens in der Gruppe herzustellen gestaltete sich oft schwierig. Hinzu kam das Fehlen einer öffentlichen Diskussion über kritisch-reflexive Bildungsansätze. Viele der einst rege diskutierten Theorien und Konzepte sind von neoliberalen VertreterInnen in eine »effiziente Bildungspraxis« integriert und ihr gesellschaftskritischer, befreiender Kern zurechtgestutzt worden. Darüber hinaus wird Partizipation in Kontexten, die häufig einen emanzipatorischen Charakter für sich beanspruchen, zumeist als Methode und nicht als politisches Konzept (miss-)verstanden und praktiziert. Die Anwendung partizipativ erscheinender Methoden soll dazu führen, dass die Lernenden das *Gefühl* haben, sich einbringen zu können. Häufig bleiben Konzepte im Rahmen der Entwicklungsarbeit oder Bildungsprojekte der Logik eines Lehr-Lernkurzschlusses (Holzkamp 2004: 29) und der Erziehung (zur Kritik am Begriff Erziehung vgl. Holzkamp 1997: 144) verhaftet.

Die tatsächliche »emanzipatorische Relevanz« (Markard 2000: 2) von vermeintlich Selbstbestimmung fördernden Methoden wird weitgehend überschätzt und besitzt eher den Charakter eines Kompromisses zwischen dem sachzwang- und systembezogenen Pol und dem pädagogischen Anspruch, den subjektbezogenen Pol in den Unterricht zu integrieren. »Dies führt [...] zur Konzeption einer Methode und eines Vorgehens, die, außer der Transparenz der Anforderungen, für die Schülerinnen und Schüler keine Möglichkeit der Partizipation schafft. Partizipation wird so zur Anpassung an die Gegebenheiten« (Sturm 2007: 206 f.).

Aktuell kann von einem Defizit an aktuellen theoretisch fundierten Konzepten der Lern- und Bildungswissenschaft und daraus resultierender Praxis gesprochen werden, die im Wechselverhältnis mit sozialen Bewegungen agiert. Dies vereinfachte unsere Diskussion und unsere Suche nach hilfreichen Konzepten nicht. Es galt verschiedene Ansätze zu diskutieren und wir entschieden uns, den Rahmen eines offenen und lernenden Konzeptes herauszuarbeiten, dass sich je nach Anforderung modifizieren lässt.

In der konkreten Umsetzung zeigte sich, dass die Praxis, neben vielen Erfolgen, gelegentlich auch unsere »edlen Ziele« auf die Probe stellte. Wir selbst und

ein Großteil unserer TeilnehmerInnen hatten eine konventionell verschulte Bildungssozialisation erlebt. Da haben der »Professor« bzw. die »Professora« stets Recht und werden mit »Sie« angesprochen. Sowohl das Lehren als auch das Lernen in dialogischer Form war für viele von uns Neuland. Die Möglichkeit der Teilhabe und die damit verbundenen Veränderungsmöglichkeiten des Bildungsprozesses durch die KursteilnehmerInnen selber erschienen uns zentral. Solch ein lernendes Konzept musste ständig modifiziert und angepasst werden. Dies unterschied sich elementar von unserer gewohnten Lehrpraxis, die zumeist im Rahmen eines konventionellen Curriculums stattfindet. Es zeigte sich, dass man sich als »Facilitador«, als Erleichterer des Lernens, mit einem komplett veränderten Rollenverständnis auseinandersetzen musste und führte daher regelmäßig zu eigenen Lernprozessen und erfrischend ungewohnten Situationen.

In Venezuela bewegten wir uns auf mehreren hierarchischen Ebenen, bis hin zur Ministerialebene, was niemand von uns in Deutschland dauerhaft gewohnt war. So kam es auch innerhalb der Gruppe der Lehrenden gelegentlich zu kontroversen Diskussionen, die sich um die Themen Selbstwahrnehmung, Macht, Einfluss und Außenwirkung des Projekts rankten.

Gelegentlich brachten uns auch kulturelle Differenzen in Verlegenheit. So meldete sich zum Beispiel in einer Reflexionsrunde in Puerto Ayacucho/Amazonas eine junge Frau zu Wort und gab, stellvertretend für die TeilnehmerInnen aus den indigenen Gemeinden, zu bedenken: »Die Massagetechniken sind ja sehr interessant und hilfreich, aber wenn ich in mein Dorf zurückkehre, kann ich das nur bei meinen eigenen Kindern anwenden. In unserer indigenen Kultur ist es nicht üblich, dass man fremde Leute anfasst«. Da Massage ohne Anfassen nicht möglich ist, andererseits aber das Anfassen fremder Menschen in der indigenen Lebenswelt unüblich war, wurde das Problem in der Gruppe ausgiebig diskutiert. Gefunden wurde von den KursteilnehmerInnen eine erstaunlich unkomplizierte Lösung: Erstens seien Personen, die als HeilerInnen tätig sind, wie zum Beispiel die Schamanen, auch in der indigenen Kultur berechtigt, fremde Personen anzufassen, und der *Defensor de Salud* sei nun dieser Gruppe zuzurechnen. Zweitens seien auch kulturell bedingte Verhaltensweisen nicht als starre, dogmatische Vorschriften zu sehen, sondern könnten Veränderungen unterworfen werden, sofern es dem Menschen diene.

Die Kurse

Im Lehrkonzept der ersten Kursphase wurden Elemente der Thai-Massage mit klassischer europäischer Massage, chinesischer Akupressur und europäischer Physiotherapie kombiniert. Es wurde darauf geachtet, dass die Techniken einfach zu erlernen sind und dass lediglich eine Matte als Hilfsmaterial nötig war. Es wurden Verfahrensweisen ausgewählt, die auch bei Anwendung durch Laien bei vie-

len chronischen Leiden wirksam sein können (z. B. Asthma, chronische Rückenschmerzen, Kopfschmerzen, Lumbago, Hüftgelenksprobleme und Allergien) (vgl. Pape 2009). Ein Schwerpunkt des Unterrichts war Asthma, das in den *Barrios* ein sehr häufig anzutreffendes chronisches Problem ist. Da sich anatomische Strukturen und physiologische Zusammenhänge mithilfe der angewandten Behandlungstechniken hervorragend darstellen lassen, wurde etwa ein Fünftel der Kurszeit zur Vermittlung von theoretischem Hintergrundwissen verwendet. Obwohl, oder gerade weil der Zugang zu notwendigen Medikamenten in *Barrio Adentro* kostenlos ist, wurde die Reduzierung des Medikamentenkonsums, vor allem von Schmerzmitteln, durch die Massage- und Akupressurtechniken als günstiger Behandlungseffekt hervorgehoben. Dabei wurde kein starres Schema gelehrt, sondern es wurde versucht, die Behandlungsabläufe so zu vermitteln, dass sie flexibel in den entsprechenden Situationen angewandt werden konnten.

Um den KursteilnehmerInnen die Möglichkeit zu geben, den Lernprozess aktiv mitzugestalten, wurden tägliche Reflexionsrunden abgehalten, die das Lernen im Dialog begünstigen sollten. Die Kommunikation zwischen deutschsprachigen DozentInnen und spanischsprachigen TeilnehmerInnen wurde bei Bedarf durch einen professionellen Übersetzer unterstützt. In den Gesprächen wurden sowohl kursspezifische als auch gesellschaftspolitische Themen tangiert. Oft wurde die eigene berufliche und persönliche Biographie reflektiert. So erzählten viele KursteilnehmerInnen von ihren persönlichen Erfahrungen, nachdem sie die gesellschaftlich festgelegten Bildungshürden überwunden hatten und sich eine neue Form kollektiven Selbstbewusstseins angeeignet hatten, von dem sie in den Zeiten sozialer Ausgrenzung nur zu träumen gewagt hatten.

In den Gesprächen und mithilfe einfacher anonymer Fragebögen sowie durch Interviews wurde eine quantitative und qualitative Evaluierung vorgenommen. Die Ergebnisse (vgl. Metzger, Neuber 2007) sind im Folgenden zusammengefasst: In den drei einwöchigen Kursen der ersten Phase wurden 61 Frauen und 17 Männer unterrichtet. Neben den *Defensores de la Salud*, die über zwei Drittel der TeilnehmerInnen stellten, beteiligten sich kubanische und venezolanische Ärzte und Ärztinnen, SozialarbeiterInnen, Pflegekräfte und Mitglieder von Gesundheitskomitees an den Kursen. Das Durchschnittsalter aller TeilnehmerInnen war 35 Jahre. Die meisten kannten sich vorher nicht. Neun von zehn TeilnehmerInnen hatten durchschnittlich zwei bis drei Kinder und knapp über die Hälfte war verheiratet. Nur ein Viertel hatte eine Ausbildung als Pflege- oder Hilfspflegekraft, jedoch hatten mehr als drei Viertel an Kurzschulungen zu Themen wie Impfkampagnen oder Ernährungsfragen teilgenommen. In Puerto Ayacucho/ Amazonas kam fast die Hälfte der KursteilnehmerInnen aus dem indigenen Teil der Bevölkerung. Die Kurse wurden an allen drei Orten übereinstimmend als sehr gut, sowie Übersetzung und das ausgegebene Textmaterial als gut verständlich bewertet. Alle TeilnehmerInnen äußerten Interesse an Fortsetzungskursen. Fünfundneunzig Prozent sahen sich in der Lage, die erlernten Massage- und Akupressur-

techniken bei der Arbeit sowohl anzuwenden als auch an andere weiterzugeben. Positiv hervorgehoben wurde, dass der Schwerpunkt der Kurse in den anwendungsbezogenen praktischen Übungen lag, die durch kurze theoretische Einschübe ergänzt wurden. Die logistische Vorbereitung und die Organisation der Kurse (Räume, Unterbringung von KursteilnehmerInnen und Lehrkräften) waren den Umständen entsprechend gut. So meinte eine *Defensora de la Salud*, als einmal Übungsmatten fehlten: »Wir sind so froh, dass wir endlich ernst genommen werden und etwas Sinnvolles lernen können, in diesem Projekt wie in all den anderen Bildungsprojekten. Da können wir mal mit einem geschwollenen Knien leben, denn wir können nun unsere Zukunft besser in die eigene Hand nehmen.«

Die zweite Kursphase, die im November 2007 stattfand, knüpfte in ihrer Konzeption an die erste Phase an. Mithilfe von speziell entwickelten Mnemotechniken (Campayo 2007) wurden die Grundlagen traditioneller chinesischer Medizin (TCM) und ihrer praktischen Anwendung in komprimierter Form vermittelt (Lorente 2009). Zusätzlich wurden Aufbau und Funktion wichtiger anatomischer Strukturen sowie relevante medizinische Probleme und deren sozialmedizinische Aspekte vermittelt. Vor allem wurden Erkrankungen behandelt, die in der venezolanischen Todesursachenstatistik die ersten Ränge einnehmen, insbesondere in der Unterschicht auftreten und somit für die neu entstandene Berufsgruppe der *Defensores de la Salud* von besonderer Relevanz waren (Herz-Kreislaufkrankungen, Stoffwechselerkrankungen, psychiatrische Problemstellungen). Zu Beginn des Kurses waren wir sehr gespannt wie sich die Praxis der TeilnehmerInnen aus der ersten Kursphase entwickelt hatte und ob es ihnen gelungen war, die Behandlungstechniken in ihre Arbeit zu integrieren. Es zeigte sich, dass die Erfahrungen aus dem Erstprojekt inspirierend, motivierend und anwendbar waren. So berichtete Melba Patino, *Defensora de la Salud* aus Ejido/Mérida, dass ihre PatientInnen begeistert gewesen seien und dass die Massage- und Akupressurtechniken aus dem ersten Kurs sehr gut anwendbar waren. Sie werde von einigen ihrer PatientInnen liebevoll als »Hexe« bezeichnet, da sie mit den neuen Behandlungstechniken große Erfolge erzielen konnte. Ihr Fazit war: »Die Behandlungstechniken sind einfach erlernbar und vor allem wirkungsvoll, das hat nichts mit Hexerei zu tun, sie sind eben effizient, nicht mehr und nicht weniger.«

An der zweiten Kursphase beteiligten sich rund 25 TeilnehmerInnen. Neben den *Defensores de la salud* nahmen auch DiätassistentInnen und eine Psychiaterin teil.

Am Ende des Kurses gestalteten die TeilnehmerInnen den Unterricht der letzten beiden Nachmittage selbstständig. Sie öffneten die Türen zu den Kurssälen und luden Menschen von der Straße zur kostenlosen Behandlung ein. Innerhalb kurzer Zeit fand sich eine große Anzahl von PatientInnen mit sehr unterschiedlichen Beschwerden, von Rückenleiden und Knieproblemen bis hin zu Migräne, zur Behandlung ein. »Wir wussten nicht, dass so etwas hier stattfindet. Wir wären sicher häufiger vorbei gekommen«, scherzte Alfredo Gonzalez aus Mérida, der von den *Defensoras de la Salud* gegen starke Knieschmerzen behandelt wurde.

Die Kurse waren in Abstimmung mit der Kommission für Alternativtherapien (CONATEC) des Gesundheitsministeriums als Pilotprojekte konzipiert und in die erste Ausbildungsphase der *Defensores de la Salud* integriert worden. Sie endeten mit der Vergabe eines vom Gesundheitsministerium ausgestellten Zertifikats und eines Lehrfilmes⁴, der weiteres selbstorganisiertes Lernen ermöglichen sollte. Ivon Parra, Koordinatorin der Gesundheitskomitees von Mérida, betonte auf der Abschlussveranstaltung, dass die Fortführung der Ausbildung vor allem vom Engagement der KursteilnehmerInnen selbst, ihren Bedürfnissen und ihrer Arbeit mit den Menschen abhänge. Sie unterstrich die Wechselwirkung zwischen »Ministerialbürokratie« und der Basis der GesundheitsarbeiterInnen, die im Rahmen emanzipatorischer Bildungsarbeit für die gesellschaftliche Transformation im Lande notwendig sei.

Voneinander lernen! – Einige Gedanken über Solidaritätsarbeit heute

Als wir im Jahr 2005 anfangen, das Projekt zu planen, stieß unser Vorhaben – weniger in Venezuela als in Deutschland – auf Skepsis. Das Konzept, fernöstliche Volksheilkunde mit westlichen Therapiemethoden und befreiungspädagogischen Ansätzen zu kombinieren, um es in Armenvierteln in Lateinamerika zu unterrichten, wirkte auf manche wie eine esoterisch anmutende Schnapsidee. Als wir im *Barrio La Dolorita* in Caracas/Petare ankamen, erschien uns jedoch nichts selbstverständlicher, als diese Kurse abzuhalten. Die Selbstorganisation der *Barrios* und die staatliche Neustrukturierung des venezolanischen Gesundheitssystems schufen ideale Voraussetzungen. Wichtig war uns der Praxisbezug des Projektes, d. h. der daraus resultierende konkrete Nutzen und seine Nachhaltigkeit. In dieser Hinsicht konnten wir dazu beitragen, dass sich die *Defensores de la Salud* ein kleines Quantum erweiterter therapeutischer Handlungsmöglichkeiten aneigneten, die sie als MultiplikatorInnen weitergeben und weiter entwickeln können.

In der Vorbereitung des Projektes ging es uns einerseits um den Übergang von der symbolischen zur praktischen Solidarität – nicht um das Symbolische zu verwerfen, sondern um es im Sinne nützlicher Tätigkeit praktisch werden zu lassen. Andererseits wollten wir jedoch nicht dem utilitaristischen Motto huldigen, nachdem man überall auf der Welt etwas Nützliches tun kann, indem man Bäume pflanzt, Kinderpatenschaften übernimmt oder PatientInnen behandelt. Beides, der symbolische Akt und das humanitäre Handeln, sind Ausdruck einer Bereitschaft, sich willentlich der herrschenden Gesellschaftsordnung zu unterwerfen – indem man sie ausblendet. In beiden Fällen setzt sich ein guter, meist weißer Akteur bzw. HelferIn vor dem kontrastreichen Hintergrund gesellschaftlicher Armut in Szene. Die Palette der Möglichkeiten der Selbstdarstellung ist breit und reicht von der

4 In Zusammenarbeit mit der autofocus Videowerkstatt e.V., Berlin.

»Radtour für den Frieden« quer durch ein konfliktbeladenes Land bis hin zum Dschungeldoktor Albert Schweitzer, der sich vor der dunklen Wand des afrikanischen Urwalds fleißig schreibend seine eigene Legende schuf.

Wir kamen überein, dass Projekte internationaler Solidarität ohne den Hintergrund zwischenstaatlicher Gewaltverhältnisse und des daraus resultierenden Phänomens der »staatlichen Entwicklungshilfe« nicht diskutiert werden können. Entwicklungshilfe bezieht sich auf »Entwicklungsländer« und hat ihren Namen von einer politökonomischen Ideologie, der zufolge es sich bei den Nationen des erfolgreichen Kapitalismus um eine weltgeschichtliche Norm, und bei den exotischen Staatskreaturen der kapitalistischen Weltherrschaft in ärmeren Gegenden der Welt um Vorstufen dazu handelt – die allerdings mit einer naturwüchsigen Tendenz ausgestattet sind, auch so zu werden wie ihre maßstabsetzenden Vorbilder (Gerlach u. a. 2004). Die weltanschauliche Haltung, die zu dieser Art Hilfe passt, ist das Nicht-Reflektieren der (gesellschaftlichen) Realität des Helfers und der HelferIn. Es liegt in der Natur der Sache, dass der Blick weg vom Helfenden und auf das hilfsbedürftige Objekt gelenkt wird. Fast automatisch wird die gesellschaftliche Wirklichkeit des Helfenden zur Norm und die des Hilfeempfängers zum Objekt der Veränderung. Nicht ohne Grund wollte der oben genannte Albert Schweitzer, ein großes Vorbild der HelferIn, verhindern, dass die afrikanischen MitarbeiterInnen seines Urwaldkrankenhauses europäische Zeitungen zu lesen bekamen. Hätten sie doch beim Lesen der Blätter erfahren, in welcher unwürdigen Weise EuropäerInnen in zwei Weltkriegen miteinander umgegangen sind. Es ist ein wenig überraschender, freilich leicht nachvollziehbarer Zusammenhang, dass auch in modernen Entwicklungshilfeprojekten – immanent und ohne Worte – die Weltanschauung schon drinsteckt.

Wenn sich unterdrückte Menschen selbst helfen, indem sie sich politisch organisieren, bleibt für die oft gut gemeinte, aber chauvinistische Bevormundung der HelferIn oder des Helfers wenig Platz. BerufshelferInnen rümpfen dann gerne die Nase und vergeben die Note »mangelhaft«. Hilfsorganisationen melden oft »Bedenken« an, wenn auf externe Expertise verzichtet wird. Auch wir mussten unseren eigenen Blick auf die Dinge im bolivarianischen Venezuela immer wieder kritischen Prüfungen unterziehen. Dass in Venezuela etwas bewegt wird, tausende von Basisgruppen sich selbst organisieren und sich politische Räume aneignen, kann man, trotz aller Mühen des Anfangs, trotz vieler Widersprüche, partieller Rückschläge und Gefahren, von den AkteurInnen selbst lernen. In den Reflexionsrunden nach dem Praxisteil erlebten wir leidenschaftliche und zugleich konstruktive und sachliche Auseinandersetzungen. Wir diskutierten über die Kurse und die Möglichkeiten der praktischen Umsetzung des Gelernten, aber auch über das tägliche Leben, über Kapitalismus, Imperialismus und das Fernsehprogramm. Akademisches *name dropping* nahm keinen Raum ein, da die KursteilnehmerInnen in der Lage waren, einfache Sachverhalte auch mit einfachen Worten zu umschreiben. Die Stimmung war heiter und ausgelassen, es wurde viel gescherzt,

aber es fehlte postmoderner Zynismus. Es war auch sehr beeindruckend, dass, obwohl niemand ein Blatt vor den Mund nahm, man sich nicht persönlich angriff, dass alle Beteiligten ausreden konnten und gegenseitiger Respekt galt. Man kam relativ schnell zu praktischen Ergebnissen. Der Ausschluss vom gesellschaftlichen Reichtum wurde thematisiert, das Erreichte angesichts der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse beurteilt und die praktischen Möglichkeiten weiterer Aneignung erörtert.

Vereinfachend lässt sich behaupten, dass die venezolanische Gesellschaft den globalen Zustand einer an Ressourcen reichen Welt widerspiegelt, in der zwei Drittel getrennt vom gesellschaftlichen Reichtum leben, und in der diese Ausgegrenzten, wenn überhaupt, nur minimale Verfügungsgewalt über ihre eigenen Lebensbedingungen und Perspektiven haben. Im Unterschied zum Rest der Welt hatten diese für die gesellschaftliche Reproduktion »überflüssigen« Menschen in Venezuela während eines jahrelangen Umwandlungsprozesses eine politische Massenbasis gebildet und die herrschende Oligarchie von der politischen Macht verdrängt. Es ging nun darum, diese Lebensbedingungen, aufgrund der veränderten Ausgangslage, zu ihrem Vorteil zu verbessern. So gesehen könnte Venezuela überall sein.

In Venezuela, das man in der deutschen bürgerlichen Presse gelegentlich als eine Diktatur des 21. Jahrhunderts bezeichnet⁵, beobachteten wir konkrete gesellschaftliche Veränderungen und erfuhren Lehrstücke partizipativer Demokratie verbunden mit allen Widersprüchlichkeiten, die praktische emanzipatorische Prozesse mit sich bringen. Wir erlebten eine offene basisdemokratische Diskussionskultur jenseits von intellektuellen Diskursen im virtuell-universitären Raum oder medialer Talkshow-»Kultur«. Zurück in Deutschland erschien uns die plural genannte Meinungsvielfalt der deutschen Informationsgesellschaft wie eine geschwätziges Kultur des Schweigens.

Voneinander Lernen lässt es sich, wenn sich auf Augenhöhe in der praktischen und theoretischen Wirklichkeit begegnet wird, wenn man verändert und interpretiert, reflektiert und versucht, den Zustand dieser Welt aus der Perspektive der Unterdrückten zu hinterfragen, Partei ergreift und die Unterdrücker aufs Korn nimmt – wenn man die Unvollkommenheit emanzipatorischer Prozesse ertragen kann, wenn »[...] das Zusammenfallen des Änderns der Umstände und der menschlichen Tätigkeit oder Selbstveränderung als revolutionäre Praxis gefasst und rationell verstanden« (Engels, Marx 1953: 594) wird.

5 Die Defensores de la Salud gehören zu jenen »Rothemden«, die in Die ZEIT mit den »Braunhemden der SA« verglichen wurden (Buch 2007).

Literatur

- Abu Chouka, Sherin; Große, Juliane (2007): »Revolution durch Bildung«. In: Holm, Andrej (Hrsg.): Revolution als Prozess, Hamburg: VSA-Verlag.
- Alma Ata (1978): Declaration of Alma-Ata. International Conference on Primary Health Care, Alma-Ata, USSR, 6-12 September 1978. http://www.who.int/hpr/NPH/docs/declaration_almaata.pdf, letzter Aufruf: 15.12.2008.
- Alvarado, CH.; Martínez, ME.; Vivas-Martínez, S.; Gutiérrez, NJ.; Metzger, WG. (2008): »Cambio social y política de salud en Venezuela«. In: Medicina Social, 3. Jg., H. 2, S. 113-129.
- Azzelini, Dario (2006): Venezuela Bolivariana. Revolution des 21. Jahrhunderts. Köln, ISP Verlag.
- Bender, D.; Pitkin, K. (1987): »Bridging the Gap: The Village Health Worker as the Cornerstone of the Primary Health Care Model«. In: Soc. Sci. Med., 24. Jg., H. 6, S. 515-528.
- Buch, H. C. (2007): »Hurrikan Hugo und die Achse der Guten«. In: Die ZEIT, 11/07, Nr. 45. auch unter: <http://www.zeit.de/2007/45/Venezuela>, letzter Aufruf: 15.12.2008.
- Campayo, Ramon (2007): Entwickle deine mentale Kraft, Madrid/Spainen: Editorial EDAF.
- Dabisch, Joachim (2002): »Über die psychosoziale Methode Paulo Freires«. In: Dabisch, Joachim (Hrsg.): Aspekte der Freire Pädagogik Nr. 16.
- Engels, Friedrich; Marx, Karl (1953): Die Deutsche Ideologie, In: Bücherei des Marxismus-Leninismus 29, Berlin/DDR: Dietz.
- Freire, Paulo (1973a): Pädagogik der Unterdrückten, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Freire, Paulo (1973b): »Freire«. In: Pädagogik: Dritte Welt. Jahrbuch (1973): »Welterziehungskrise« und Konzeptionen alternativer Erziehung und Bildung. Frankfurt/Main, S. 207-216.
- Freire, Paulo (1977): Erziehung als Praxis der Freiheit, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Gerlach, Olaf; Kalmring, Stefan; Kumitz, Daniel; Nowak, Andreas (Hrsg.) (2004): Peripherie und globalisierter Kapitalismus. Zur Kritik der Entwicklungstheorie. Frankfurt/Main: Brandes und Apsel.
- Hanemann, Ulrike (2001): Educación Popular im sandinistischen Nicaragua: Erfahrungen mit der Bildungsreform im Grundbildungsbereich von 1979 bis 1990, Bd. 1. Hamburg: Kovac.
- Holzcamp, Klaus (1997): Schriften I. Normierung, Ausgrenzung, Widerstand. Hamburg: Argument-Verlag.
- Holzcamp, Klaus (2004): »Wider den Lehr-Lern-Kurzschluß. Interview zum Thema »Lernen««. In: Faulstich, P.; Ludwig, J. (Hrsg.): Expansives Lernen, Baltmannsweiler: Schneider, S. 29-38.
- Lawn, J. E.; Rohde, J.; Rifkin, S.; Were, M.; Paul, VK.; Chopra, M. (2008): »Alma-Ata 30 years on: Revolutionary, relevant, and time to revitalise«. In: The Lancet, 372. Jg., H. 9642, S. 917-927.
- Lorente, Alejandro (2009): La vuelta al cuerpo en 40 puntos, Madrid/Spainen: Editorial EDAF.
- Markard, Morus (2000): Kritische Psychologie: Methodik vom Standpunkt des Subjekts. http://www.qualitative-research.org/fqs-texte/2_00/2_00markard-d.pdf, letzter Aufruf 05.12.2008.
- Mayo, Peter (2006): Politische Bildung bei Antonio Gramsci und Paulo Freire, Hamburg: Argument-Verlag.
- Metzger, Wolfram (2007): »Der Kampf um Gesundheit für alle«. In: Holm, Andrej (Hrsg.): Revolution als Prozess, Hamburg: VSA-Verlag, S. 77-96.
- Metzger, Wolfram; Neuber, Harald (2007): »Hilfe für den Barrio«. In: Deutsches Ärzteblatt 104. Jg., H. 36, S. 2405-2407.
- Overwien Bernd (2003): Das lernende Subjekt als Ausgangspunkt – Befreiungspädagogik und informelles Lernen. <http://www2.tu-berlin.de/fak1/gsw/gl/dok/bielefeld.pdf>, letzter Aufruf: 15.12.2008.
- PAHO/WHO (2006): Alvarado, C.; Arismendi, C.; Armada, F.; Bergonzoli, G.; Borroto, R.; Castellanos, PL.; Castro, A.; Feal, P.; García, JM.; Gusmão, R.; Hernández, S.; Martínez, ME.; Medina, E.; Metzger, W.; Muntaner, C.; Muñoz, A.; Núñez, N.; Pérez, JC.; Vivas, S.; Barrio Adentro: Derecho a la salud e inclusión social en Venezuela. Caracas: Panamerican Health Organisation/WHO, 2006. http://www.ops-oms.org/English/DD/PUB/BA_ENG_TRANS.pdf, letzter Aufruf: 15.12.2008.
- Pape, Ulf (2009): Praxis Thaimassage, Stuttgart: Sonntag im MVS 2009, MVS Medizinverlage Stuttgart.
- Sidel, V.; Sidel, R. (1977): »Primary health care in relation to socio-political structure«. In: Soc. Sci. Med., 11. Jg., S. 415-419.
- Sturm, Tanja (2007): Etablierung organisierter Reflexionen in der Schule: Untersuchung der Möglichkeiten einer subjektwissenschaftlichen Gestaltung von Schule mithilfe Pädagogischer Schulentwicklung und Feedback, Hamburg: Kovac.
- Yates, A. S. (1975): »The Venezuelan Medicina Simplificada Programme«. In: Public Health Rep., 90. Jg., S. 247-253.
- Zielke, Axel (1994): »Nie gab es solch eine Gelegenheit zur Wiedergeburt des Traumes vom Sozialismus. Ein Interview«. In: Pädagogik, 47. Jg., H. 7-8, S. 72-74.

Über die Autorinnen und Autoren des Bandes

Dario Azzellini,

Politikwissenschaftler, Autor und Filmemacher und promoviert bei Joachim Hirsch und John Holloway.

Dieter Boris,

Professor am Fachbereich Soziologie der Phillips-Universität Marburg und Autor zahlreicher Bücher u. a. zu Lateinamerika.

Uli Brand,

Professor für Internationale Politik an der Universität Wien, Sprecher der Sektion Politik und Ökonomie der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac und der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO).

Lutz Brangsch,

Wirtschaftswissenschaftler und Leiter des Bereichs Wirtschafts- und Sozialpolitik im Institut für Gesellschaftsanalyse in der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Claudia von Braunmühl,

Professorin für Internationale Politik am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Attac und freie Gutachterin in der Entwicklungszusammenarbeit.

Olaf Gerlach,

Dipl.-Volkswirt, bis September 2008 Promotionsstipendiat der Hans-Böckler-Stiftung und Lehrbeauftragter am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Freien Universität Berlin. Seit April 2009 Referent für Sozialpolitik bei der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag.

Marco Hahn,

Krankenpfleger, studiert Medizinpädagogik an der Charité Berlin, Dozent im In- und Ausland bei Bildungsträgern und Universitäten und Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Stefan Kalmring,

Volkswirt und Soziologe, Promotionsstipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Lehrbeauftragter am Lateinamerikainstitut der Freien Universität Berlin.

Klaus Peter Kisker,

Professor am Fachbereich Wirtschaftswissenschaft der Freien Universität Berlin und Mitherausgeber der Zeitschrift Sozialismus.

Reinhart Kößler,

Mitbegründer der Zeitschrift PERIPHERIE und Professor für Soziologie am Fachbereich Soziologie der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und am Arnold-Bergstraesser-Institut Freiburg.

Daniel Kumitz,

Soziologe, Redaktionsmitglied der Zeitschrift PERIPHERIE, Lehrbeauftragter an mehreren Berliner Universitäten und Promotionsstipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Henning Melber,

Forschungsdirektor am Nordiska Afrikainstitutet und Direktor der Dag Hammarskjöld Stiftung in Uppsala/Schweden und Mitglied der Informationsstelle Südliches Afrika (ISSA) in Bonn.

Wolfram Metzger,

Mediziner und Facharzt für Biochemie mit Zusatzbezeichnung Tropenmedizin, diverse Forschungs- und Arbeitsaufenthalte in Afrika und Lateinamerika.

Wolf-Dieter Narr,

bis 2002 Professor für empirische Theorie der Politik am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, Mitbegründer und Mitsprecher des Komitees für Grundrechte und Demokratie.

Andreas Nowak,

Soziologe, Redaktionsmitglied der Zeitschrift antirassistischer Gruppen (ZAG), Mitarbeiter von Netzwerk Selbsthilfe e.V. und Lehrbeauftragter am Lateinamerikainstitut der Freien Universität Berlin.

Ulf Pape,

Dozent für innovative Physiotherapie, Sozialwissenschaftler, Masseur und Heilpraktiker.

Rainer Rilling,

Professor am Fachbereich Soziologie der Phillips-Universität Marburg, zuständig für Kapitalismusanalyse und internationale Beziehungen des Instituts für Gesellschaftsanalyse in der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Nikola Sekler,

wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Internationale Politik an der Uni Wien, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac und der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO).

Albert Sterr,

Politikwissenschaftler, studierte an der Universität Erlangen-Nürnberg und an der Nationalen Universität (UNAM) in Mexiko, Geschäftsführer einer Offsetdruckerei.

Juliana Ströbele-Gregor,

Anthropologin am Lateinamerika-Institut der Freien Universität Berlin, freiberufliche Gutachterin in der Entwicklungszusammenarbeit, Mitherausgeberin des Jahrbuchs Lateinamerika – Analysen und Berichte.

Christa Wichterich,

Soziologin, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Attac, Redaktionsmitglied der Zeitschrift PERIPHERIE, Beraterin in der Entwicklungszusammenarbeit und Aktivistin bei Women in Development Europe (WIDE).

Frieder Otto Wolf,

Philosoph, Anfang der 1990er Jahre für die GRÜNEN im Europaparlament, Koordinator des Thematischen Netzwerkes »Sustainability Strategy« an der Freien Universität Berlin und Präsident der Humanistischen Akademie, Berlin.